Theorie und Praxis der Diskursforschung

Kristina Kurze

Die Etablierung der Energiepolitik für Europa

Policy-Making in der EU aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive

Springer VS

Theorie und Praxis der Diskursforschung

Reihe herausgegeben von
R. Keller, Augsburg, Deutschland

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum in den Sozial- und Geisteswissenschaften eine lebendige, vielfach interdisziplinär arbeitende empirische Diskurs- und Dispositivforschung entwickelt. Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Reihe durch die Veröffentlichung von Studien, Theorie- und Diskussionsbeiträgen auf eine weitere Profilierung und Präsentation der Diskursforschung in ihrer gesamten Breite. Das schließt insbesondere unterschiedliche Formen sozialwissenschaftlicher Diskursforschung und Diskursperspektiven angrenzender Disziplinen sowie interdisziplinäre Arbeiten und Debatten ein. Die einzelnen Bände beschäftigen sich mit theoretischen und methodologischen Grundlagen, methodischen Umsetzungen und empirischen Ergebnissen der Diskurs- und Dispositivforschung. Zudem kommt deren Verhältnis zu anderen Theorieprogrammen und Vorgehensweisen in den Blick. Veröffentlicht werden empirische Studien, theoretisch oder methodologisch ausgerichtete Monographien sowie Diskussionsbände zu spezifischen Themen.

Reihe herausgegeben von
Reiner Keller
Universität Augsburg

Weitere Bände in der Reihe http://www.springer.com/series/12279

Kristina Kurze

Die Etablierung der Energiepolitik für Europa

Policy-Making in der EU aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive

Springer VS

Kristina Kurze
Göttingen, Deutschland

Theorie und Praxis der Diskursforschung
ISBN 978-3-658-21627-6 ISBN 978-3-658-21628-3 (eBook)
https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.
Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Das europäische Integrationsprojekt steht derzeit stark unter Druck. Rechtspopulistische Parteien gewinnen in einigen europäischen Ländern zunehmend an Einfluss, das Vereinigte Königreich will die Europäische Union verlassen und viele politische Herausforderungen – wie der Umgang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise" – sind weithin ungelöst. Angesichts der vielen Krisen in und um die Europäische Union (EU) geraten erfolgreiche Episoden gemeinsamer Politikgestaltung leicht aus dem Blickfeld von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Dabei gelingt es der EU – ihren Mitgliedstaaten und supranationalen Institutionen – immer wieder, auch in hochkomplexen und konfliktreichen Fragen eine gemeinsame Politik zu verfolgen. Die Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Dezember 2015, zu der die EU als ein führendes Mitglied der sogenannten „High Ambition Coalition" maßgeblich beigetragen hat, ist ein gutes Beispiel hierfür. Die EU hat in Paris (wieder) ihre Führungsrolle im internationalen Klimaschutz bekräftigt und nimmt damit auch eine wichtige Vorbildfunktion ein, wenn es nun um die Umsetzung der Klimaziele geht. Eine potenzielle Stärke der EU liegt dabei darin, langfristige Herausforderungen – wie die nachhaltige Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft – auf der schnelllebigen politischen Agenda zu halten und mögliche Lösungswege vorzuzeichnen. Wie genau dieser Lösungsweg aussehen kann, darüber wird und muss politisch gestritten werden.

Die vorliegende Studie zur Etablierung der „Energiepolitik für Europa" (EPE) befasst sich mit diesem politischen Streitthema und zeigt auf, wie eine Einigung auf europäischer Ebene möglich wurde. Denn mit der EPE wurden 2007 erstmals in der Geschichte der europäischen Integration verbindliche Ziele für eine Energie- und Klimapolitik der EU festgelegt. Die sogenannten „20-20-20-Ziele" sollen bis zum Jahr 2020 erfüllt werden und prägen auch die weitere Debatte um die Ausgestaltung der EU-Energie- und Klimapolitik bis zum Jahr 2030. Die Etablierung der EPE kann somit als ein zentrales Fallbeispiel für gemeinsame Politikgestaltung in der EU bezeichnet werden, das in der vorliegenden Studie

aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive analysiert wird, um so zu einem vertieften Verständnis für die in der Forschungsliteratur noch wenig beachteten diskursiven Möglichkeitsbedingungen im EU-Policy-Prozess beizutragen. Nicht zuletzt wird aus dieser Theorieperspektive auch für Positionen sensibilisiert, die in energiepolitischen Debatten auf europäischer Ebene marginalisiert sind. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen der EU stellen sich Fragen nach den Möglichkeitsbedingungen für gemeinsames politisches Handeln sowie dem demokratischen Umgang mit vielfältigen Positionen in der Gesellschaft umso dringlicher. Die vorliegende Studie, bei der es sich um eine überarbeitete Version meiner Dissertation handelt, möchte hierzu Denkanstöße liefern, auch über den Bereich der EU-Energie- und Klimapolitik hinaus.

Ich bin dankbar, dass ich in den letzten Jahren die Möglichkeit zur vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Themenfeldern hatte, und möchte mich herzlich bei allen bedanken, die mich in dieser Zeit begleitet, gefördert, kritisiert und motiviert haben. Mein Dank gilt hier in erster Linie meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Andrea Lenschow, die das Projekt mit ihren konzeptionellen Vorschlägen und ihrer Expertise in der EU-Umweltpolitik sehr bereichert hat. Ich bedanke mich für die gute fachliche Betreuung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch über die Promotion hinaus. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei meinem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. Thomas Diez, für sein wertvolles Feedback, insbesondere zur diskurstheoretischen Ausrichtung der Analyse. Gedankt sei an dieser Stelle auch Herrn Prof. Dr. Reiner Keller für die Aufnahme der Studie in seine Reihe „Theorie und Praxis der Diskursforschung“ sowie für die hilfreichen Hinweise zur Überarbeitung des Manuskripts. Großer Dank gilt ferner meinen Gesprächspartnern in Brüssel, die ihre beruflichen Erfahrungen mit mir geteilt und kritische Aspekte offen diskutiert haben. Ohne diese exklusiven Einblicke in das „Innenleben“ der EU hätte die Studie so nicht entstehen können.

Als Doktorandin habe ich an der Universität Osnabrück, der Universität Passau und der Universität der Bundeswehr München lehren und forschen dürfen. Danken möchte ich daher neben meiner Doktormutter besonders auch Herrn Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich und Frau Prof. Dr. Ursula Münch für die Unterstützung meiner Forschungstätigkeit. Eine große persönliche Bereicherung waren auch die Gespräche und Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen sowie den Studierenden in meinen Lehrveranstaltungen. Die Abfassung der Dissertation wurde mir zudem von der Studienstiftung des deutschen Volkes ermöglicht. Für die finanzielle und ideelle Förderung, die ich als Promotionsstipendiatin erfahren durfte, bin ich sehr dankbar. Der Abschluss der Promotion wurde im Rahmen der Frauenförderung der Universität Osnabrück finanziell unterstützt. Ohne diese Förderung sowie das fachkundige Feedback, das ich in internationalen Netzwerken, wie dem

UACES Collaborative Research Network „The Governance of Sustainability“, sowie bei zahlreichen Konferenzen, Kolloquien und Workshops erhalten habe, wäre die Studie nicht möglich gewesen. In den letzten Jahren sind so auch neue Kontakte und Freundschaften entstanden, die über die Arbeit an der vorliegenden Studie hinaus weiterbestehen.

Die in der Wissenschaft übliche Verknüpfung von privaten und beruflichen Kontexten ist dabei mitunter Fluch und Segen zugleich. In meinem Fall aber vor allem ein großes Glück. So danke ich meinem Partner Daniel Göler nicht nur für die vielen intensiven Fachdiskussionen und seine kluge Kritik, die mich im Schreibprozess immer wieder entscheidend vorangebracht hat, sondern auch für die aufbauenden Worte in manchmal schwierigen Phasen. Darüber hinaus möchte ich meiner gesamten Familie von Herzen danken, die in den letzten Jahren viel Verständnis und Interesse für meine Arbeit gezeigt hat. Diese umfassende familiäre Unterstützung hat ganz wesentlich zum Gelingen beigetragen. Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern, die mich während meiner ganzen Ausbildungszeit in jeder Hinsicht gefördert und stets ermutigt haben, meine Ziele zu verfolgen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei Agnes und Peter Göler für ihre große Hilfsbereitschaft und speziell für die Unterstützung bei der Korrektur des Manuskripts. Nicht zuletzt danke ich meiner Tochter Charlotte, die mich mit ihrer Neugier und großen Lebensfreude immer wieder antreibt. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

Kristina Kurze
Passau, im Oktober 2017

Inhalt

Vorwort V
Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Übersichten XV
Abkürzungsverzeichnis XVII

I Einleitung 1

1 Literaturüberblick zur Energiepolitik der EU 5
2 Normen, Ideen und Frames in der EU-Energieforschung 10
3 Potenziale einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive 19
4 Spezifizierung der Forschungsfrage und Gliederung 24

II Theoretische Grundlagen und Forschungsperspektive 27

1 Konstruktivismus in der europäischen Integrationsforschung 29
1.1 Kausale und konstitutive Erklärung 36
1.2 Dualität der Struktur 40
1.3 Intersubjektive Wirklichkeitskonstruktionen 42
1.4 Zur Funktion von Sprache im gesellschaftlichen Konstruktionsprozess 44
2 Diskursive Ansätze in der europäischen Integrationsforschung 47
2.1 Akteurszentrierte Diskursperspektiven 51
2.2 Strukturzentrierte Diskursperspektiven 54
2.3 (Poststrukturalistische) Diskursanalyse nach Foucault 58

3 Konzeption einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive ... 64
3.1 Zum Verständnis von Diskurs und Diskursanalyse ... 64
3.2 Konstruktivistisch-diskursiver Erklärungsanspruch ... 68
3.3 Das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und Artikulationen ... 76
3.4 Diskursive Strategien sozialer Akteure ... 84
3.5 Annahmen über die Durchsetzbarkeit politischer Artikulationen ... 86
3.5.1 Interessen als „Erklärungsfaktor“ ... 89
3.5.2 Die „Resonanzhypothese“ ... 94
3.6 Kernelemente der Forschungsperspektive ... 97
4 Analytische Umsetzung der Forschungsperspektive ... 99
4.1 Diskursstrukturierung ... 100
4.1.1 Politische Artikulationen als story-lines ... 104
4.1.2 Funktionen von story-lines im Policy-Prozess ... 108
4.2 Diskurskoalitionen ... 111
4.3 Diskursinstitutionalisierung ... 117

III Methodisches Vorgehen ... 123

1 Drei rekonstruktive Analyseschritte ... 124
2 Qualitative Methodologie ... 128
2.1 Gütekriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit ... 130
2.2 Gütekriterium der empirischen Verankerung ... 133
3 Dokumentation der Datenerhebung ... 135
3.1 Auswahl der Dokumente ... 136
3.2 Durchführung der Experteninterviews ... 139
4 Umsetzung der Diskursanalyse ... 143
4.1 Verfahrensvorschläge der Grounded Theory ... 144
4.2 Auswertungsprozess ... 147
4.2.1 Offene Codierphase ... 148
4.2.2 „Stop and memo“ ... 152
4.2.3 Beispiel: Entwicklung des Codesystems zur Energiekompetenz ... 154
4.2.4 Fokussierte Codierphase ... 156

IV Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa 157

1 Etappen auf dem Weg zur Energiepolitik für Europa 158
1.1 EGKS, Euratom und die Ölkrisen der 1970er-Jahre 159
1.2 Entwicklung eines Energiebinnenmarktes seit den 1980er-Jahren . 166
1.3 Umweltpolitische Einflüsse seit den 1990er-Jahren 172
2 Analyseschritt I: Rekonstruktion des diskursiven Repertoires 177
2.1 Idealtypische story-lines zur Energiekompetenz 180
2.1.1 Idealtypus „Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit“ 182
2.1.1.1 Konkrete story-lines 186
2.1.1.2 Zusammenfassung 197
2.1.2 Idealtypus „Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt“ 198
2.1.2.1 Konkrete story-lines 202
2.1.2.2 Zusammenfassung 206
2.1.3 Idealtypus „Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich“ 207
2.1.3.1 Konkrete story-lines 207
2.1.3.2 Zusammenfassung 210
2.2 Idealtypische story-lines zur Grundausrichtung der EU-Energiepolitik 211
2.2.1 Idealtypus „klassische Energieperspektive“ 214
2.2.1.1 Konkrete story-lines 216
2.2.1.2 Zusammenfassung 220
2.2.2 Idealtypus „umfassende Energieperspektive“ 221
2.2.2.1 Konkrete story-lines 224
2.2.2.2 Exkurs: Alternative Lösungsmodelle 232
2.2.2.3 Zusammenfassung 240
2.3 Grundlegende Merkmale des diskursiven Repertoires 242
2.3.1 Zur Anschlussfähigkeit der rekonstruierten story-lines 244
2.3.2 Quantitative Merkmale des diskursiven Repertoires 247
3 Analyseschritt II: Rekonstruktion der Diskursstrukturierung 252
3.1 Diskursive Öffnung der Energieproblematik 253
3.1.1 Kontext und Inhalt des Grünbuchs der Kommission 254
3.1.2 Positionierungen energiepolitscher Stakeholder 262
3.1.2.1 Normalisierung einer EU-Energiekompetenz 266
3.1.2.2 Interpretationen einer integrierten Energie- und Klimapolitik 268

3.1.2.3 Deutungskonflikte um den „richtigen“ Energiemix für Europa ... 273
3.1.3 Positionierungen der diskursiven Eliten ... 280
3.1.3.1 Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ... 281
3.1.3.2 Diskurskoalitionen im Europäischen Parlament ... 285
3.1.3.3 Gemeinsame Entschließung des Europäischen Parlaments ... 289
3.2 Diskursive Schließung der Energieproblematik ... 296
3.2.1 Die Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa“ der Kommission ... 297
3.2.2 Schlussfolgerungen und Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates ... 305
3.2.3 Deutungshoheit der Klimaschützer-Koalition ... 314
3.2.3.1 Integrationspolitische Aufwertung der EPE ... 315
3.2.3.2 Integrationskraft der low-carbon economy story-line ... 317
3.2.4 Grundlegende Merkmale der diskursiven Schließung ... 323
4 Analyseschritt III: Rekonstruktion der Diskursinstitutionalisierung ... 325
4.1 Elemente und Problemfelder des Energie- und Klimapakets ... 328
4.1.1 Reform des EU-Emissionshandelssystems ... 330
4.1.2 Nationale Zielquoten: „Effort-Sharing“ und erneuerbare Energien ... 334
4.1.3 Regulierung und Förderung der CCS-Technologie ... 337
4.1.4 Zusammenfassende Bewertung des Energie- und Klimapakets ... 340
4.2 Die low-carbon economy story-line im Gesetzgebungsprozess ... 345
4.2.1 Widerstandsfähigkeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise ... 346
4.2.2 Fluch und Segen des „Klimawandel-Hypes“ ... 354
4.2.3 Das „Mantra vom Klimaschutz als Wachstumspolitik“ ... 359
4.2.4 „You could not touch the core anymore“ ... 364

V Schlussfolgerungen ... 367

1 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse ... 368
1.1 Vielfalt und Verknappung energiepolitischer story-lines ... 369
1.2 Deutungskonflikte im Rahmen der umfassenden Energieperspektive ... 373

1.3 Diskursive Schließung der Energieproblematik 377
1.4 Die „Erfolgsgeschichte“ der low-carbon economy story-line 378
1.5 Diskursinstitutionalisierung und Tragfähigkeit der diskursiven Schließung 382
1.6 (Kurze) theoretische Reflexion der Forschungsergebnisse 386
2 Zur Relevanz der Forschungsperspektive jenseits der EPE 390

Literaturverzeichnis 397

Primärquellenverzeichnis 421
A Dokumente der EU-Institutionen 421
B Dokumente von Vertretern der Industrie und Zivilgesellschaft 426
C EU-Sekundärrecht 429
D Gutachten und Berichte 430
E Pressemeldungen der EU-Institutionen 431
F Reden und Statements 433
G Websites zu Teilaspekten der energiepolitischen Debatten 435
H Meldungen der Agence Europe 436
I Zeitungsartikel (Print- und Onlineausgaben) 439

Anhang 441
A1 Ergänzende Erläuterungen zum Textsample t1 (Analyseschritt I) 441
A2 Ergänzende Erläuterungen zum Textsample t2 (Analyseschritt II) 450
A3 Interviewliste 453
A4 Leitfaden 454
A5 Grundlegendes Codesystem (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA) 456

Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Übersichten

Abbildungen

Abb. 1 Forschungsperspektive im Überblick 121
Abb. 2 Dreistufige Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa 127
Abb. 3 Bildschirmausschnitt aus MAXQDA zum offenen Codieren 149
Abb. 4 Beispiel für ein Memo (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA) . . . 153
Abb. 5 Codesystem zur Energiekompetenz (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA) 155
Abb. 6 Dreistufige Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa 158
Abb. 7 Methodisches Vorgehen bei der Rekonstruktion von story-lines 179
Abb. 8 Idealtypen mit gemeinsamer Problemdefinition 245
Abb. 9 Technologiegestützte Lösungsmodelle 247
Abb. 10 Anzahl der Codierungen im Sample t1 zur Energiekompetenz 248
Abb. 11 Anzahl der Codierungen im Sample t1 zu den umfassenden Lösungsmodellen 250
Abb. 12 Zentrale Komponenten des Energie- und Klimapakets mit Zielquoten bis 2020 335
Abb. 13 Deutungskonflikt im Rahmen der umfassenden Energieperspektive 344

Tabellen

Tab. 1 Funktionen von story-lines im Policy-Prozess 111
Tab. 2 Texte des Samples t1 (2005–2006) 178

Übersichten

Übersicht 1 Analyseschritte zur Rekonstruktion der Idealtypen zur Energiekompetenz 181
Übersicht 2 Analyseschritte zur Rekonstruktion der Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung 213
Übersicht 3 Zusammenfassung der rekonstruierten story-lines 242
Übersicht 4 Merkmale des diskursiven Repertoires 250
Übersicht 5 Vertreter der Industrie und Energiewirtschaft (Textsample t2) 265
Übersicht 6 Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft (Textsample t2) 266
Übersicht 7 Konstitutive story-line der Diskurskoalition der Klimaschützer 275
Übersicht 8 Konstitutive story-line der ökologischen Diskurskoalition . . . 277
Übersicht 9 Komprimierte Zusammenfassung der rekonstruierten story-lines 369

Abkürzungsverzeichnis

ACE	Architects' Council of Europe
ACER	Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden („Agency for the Cooperation of Energy Regulators")
ACF	Advocacy Coalition Framework
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
ALTENER	Programm zur Förderung erneuerbarer Energien in der EU
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CCS	CO_2-Abscheidung und -Speicherung („Carbon Capture and Storage")
CDM	Clean Development Mechanism
CEDEC	European Federation of Local Public Energy Distribution Companies
CEEP	European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest
CEFIC	European Chemical Industry Council
CH_4	Methan
CIEP	Clingendael International Energy Programme
CLIM	Nichtständiger Ausschuss des Europäischen Parlaments zum Klimawandel („Temporary Committee on Climate Change")
CO_2	Kohlenstoffdioxid
COP	Konferenz der Vertragsparteien („Conference of the Parties") des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
CPI	Climate Policy Integration
CPMR	Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe
EAA	European Aluminium Association

ECI	European Copper Institute
EDF	Electricité de France
EFA	Erste Folgenabschätzung
EG	Europäische Gemeinschaften/Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EHS	Emissionshandelssystem (der Europäischen Union)
ENTSO	Europäisches Netzwerk zur Zusammenarbeit der Netzbetreiber („European Network of Transmission System Operators“)
ENVI	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit („Committee on the Environment, Public Health and Food Safety“)
EP	Europäisches Parlament
EPE	Energiepolitik für Europa
EPI	Environmental Policy Integration
EPSU	European Federation of Public Service Unions
EREC	European Renewable Energy Council
ERGEG	Europäische Gruppe der nationalen Regulierungsbehörden („European Regulators’ Group for Electricity and Gas“)
ETSO	European Transmission System Operators
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURACOAL	European Association for Coal and Lignite
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EURELECTRIC	Union of the Electricity Industry
EUROCHAMBRES	The Association of European Chambers of Commerce and Industry
EUROFER	European Confederation of Iron and Steel
EUROGAS	The European Union of the Natural Gas Industry
Euromontana	European Association for Mountain Areas
EUROPIA	European Petroleum Industry Association
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
EVU	Energieversorgungsunternehmen
EWEA	European Wind Energy Association
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
FKW	Fluorkohlenwasserstoffe
FoE	Friends of the Earth

FORATOM	European Atomic Forum
F&E	Forschung und Entwicklung
GD	Generaldirektion
GD ENER	Generaldirektion Energie
GMF	Group of European Municipalities with Nuclear Facilities
GT	Grounded Theory
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken („Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left“)
GW	Global Witness
HIE	Highlands and Islands Enterprise
IB	Internationale Beziehungen
IEA	Internationale Energieagentur
IFIEC	International Federation of Industrial Energy Consumers
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie („Independence/ Democracy Group“)
IPCC	Weltklimarat („Intergovernmental Panel on Climate Change“)
ISO	Unabhängiger Netzbetreiber („Independent System Operator”)
ITO	Unabhängiger Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber („Independent Transmission System Operator“)
ITRE	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Industrie, Forschung und Energie („Committee on Industry, Research and Energy“)
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität
JI	Joint Implementation
MdEP/MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments/Member of the European Parliament
NCC	Norwegian Consumer Council
(I)NDCs	(Intended) Nationally Determined Contributions
NGO	Nichtregierungsorganisation („Non-governmental Organisation“)
NI	Fraktionslos („Non-Inscrits“)
NO_2	Stickstoffdioxid
NO_x	Stickstoff(mono/di/tri/…)oxid
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („Organisation for Economic Co-operation and Development“)
OGP	The International Association of Oil and Gas Producers

OPEC	Organisation erdölexportierender Länder („Organisation of the Petroleum Exporting Countries")
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten („Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et des Démocrates Européens")
PSE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europa („Groupe du Parti Socialiste Européen")
SAVE	Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der EU („Specific Actions for Vigorous Energy Efficiency")
SET-Plan	Europäischer Strategieplan für Energietechnologien („European Strategic Energy Technology Plan")
SF_6	Schwefelhexafluorid
SO_2	Schwefeldioxid
THG	Treibhausgas(e)
TPA	Netzzugang eines Dritten/eines Nichteigentümers („Third Party Access")
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
UN	Vereinte Nationen („United Nations")
UNFCCC	Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen („United Nations Framework Convention on Climate Change")
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz („Le Verts/Alliance Libre Européene")
WDA	Wissenssoziologische Diskursanalyse
WWF	World Wide Fund for Nature
ZIB	Zeitschrift für Internationale Beziehungen

Einleitung

Die Energiepolitik gilt als ein besonders konfliktreiches Politikfeld mit großer strategischer Bedeutung für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Lange erschien ein koordiniertes Handeln auf europäischer Ebene oder gar eine Vergemeinschaftung der Energiepolitik kaum möglich. Im März 2007 einigten sich die Staats- und Regierungschefs jedoch erstmals in der Geschichte der europäischen Integration auf verbindliche Zielvorgaben für eine gemeinsame Energiepolitik – die „Energiepolitik für Europa"[1] (EPE). Die sogenannten „20-20-20-Ziele" sehen eine Reduktion der Treibhausgasemissionen und hierzu die Einsparung von Energie sowie die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien vor. Diese grundlegenden Ziele der EPE wurden vornehmlich mit dem Energie- und Klimapaket im Dezember 2008 in verbindliche Rechtsakte und Maßnahmen überführt.[2] Sie bilden das Fundament der bis zum Jahr 2020 geltenden EU-Energiepolitik und prägen auch die Diskussion um die neuen Energie- und Klimaziele bis 2030. Mit der EPE wurde eine *integrierte Energie- und Klimapolitik* eingeführt, die langfristig zu einer umfassenden Transformation bzw. Dekarbonisierung der (Energie-)Wirtschaft in

1 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, (Dokumentennummer 7224/1/07, REV 1), Brüssel; Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009) des Europäischen Rates: Eine Energiepolitik für Europa, Anlage I zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8./9. März 2007 (Dokumentennummer 7224/1/07, REV 1), Brüssel. Vgl. auch Benson, David/Russel, Duncan (2015): Patterns of EU Energy Policy Outputs: Incrementalism or Punctuated Equilibrium?, in: West European Politics 38(1), S. 185-205; hier S. 185; De Jong, Jaques (2008): The 2007 Energy Package: The Start of a New Era?, in: Roggenkamp, Martha M./Hammer, Ulf (Hrsg.): European Energy Law Report V, Antwerpen, S. 95-108.

2 Vgl. Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 11./12. Dezember 2008, (Dokumentennummer 1727/1/08, REV 1), Brüssel; Phillips, Leigh (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, in: EUObserver, 15.12.2008. Für eine Beschreibung der einzelnen Maßnahmen vgl. auch Kapitel IV, Abschnitt 4.1.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3_1

Europa beitragen soll. Die Etablierung der EPE hat somit auch eine wesentliche Prägekraft für die weitere Entwicklung der EU-Energiepolitik und weitreichende wirtschaftliche Implikationen über den Energiesektor hinaus. Zentrale Entscheidungsträger[3] wie der damalige Ratspräsident Nicolas Sarkozy bezeichneten die Verabschiedung verbindlicher energiepolitischer Ziele als großen Erfolg der EU und sogar als „historische Politik"[4].

Die historische Dimension der EPE wird durch den Blick auf die Integrationsgeschichte im Politikfeld Energie nochmals besonders deutlich: Denn obwohl mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) energiepolitische Fragen im Zentrum zweier Gründungsverträge der EU standen, kam es in den folgenden Jahrzehnten nur zu geringfügigen Vertiefungsschritten. Die Schwierigkeiten, eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen der Ölkrisen der 1970er-Jahre zu finden[5], wurden sogar zum Anlass genommen, die Energiepolitik als „the most spectacular failure in the process of integration"[6] zu bezeichnen. Bis Ende der 1980er-Jahre, d. h. bis zu den Bestrebungen, einen Energiebinnenmarkt zu schaffen, blieb die energiepolitische Hauptverantwortung klar auf nationaler Ebene verortet und die Energiepolitik spielte keine wesentliche Rolle im europäischen Integrationsprozess, wie auch der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso Ende des Jahres 2006 resümierte:

> The fact is that energy was, until recently, a forgotten subject in the European agenda. Now it is *back at the heart of European integration*, where it began with the creation of the Coal and Steel Community, and the EURATOM Treaty.[7]

Als Initialzündung für die „Wiederbelebung" der europäischen Energiepolitik lässt sich der informelle Gipfel von Hampton Court im Oktober 2005 betrachten.

---

3 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

4 Redebeitrag von Nicolas Sarkozy, Präsident des Rates, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (15./16. Oktober), P6_CRE(2008)10-21 (7), 21.10.2008, Straßburg.

5 Vgl. hierzu ausführlich Kurze, Kristina (2009): Europas fragile Energiesicherheit: Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Münster.

6 George, Stephen (1991): Politics and Policy in the European Community, Oxford, S. 100.

7 Barroso, José Manuel (2006): Opening Speech External Energy Conference, SPEECH/06/711, 20.11.2006, Brüssel. Auf Hervorhebungen im Original wird in den Fußnoten explizit hingewiesen. Alle anderen Hervorhebungen sind von der Verfasserin.

Hier regten die Staats- und Regierungschefs, insbesondere der damalige britische Premierminister Tony Blair, die Entwicklung eines neuen energiepolitischen Gesamtkonzepts für die Europäische Union an.[8] Im März 2006 einigte sich der Europäische Rat dann auf die Festlegung einer neuen „Energiepolitik für Europa", die „auf eine effiziente Gemeinschaftspolitik, Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten und Stimmigkeit der Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen ausgerichtet ist"[9]. Energiepolitik wurde insgesamt also (wieder) als ein zentraler Handlungsbereich der EU betrachtet und dies nicht nur von den supranationalen EU-Organen, sondern auch von den Mitgliedstaaten und einer Mehrheit der europäischen Bürger.[10]

Im Vergleich zu früheren Initiativen für eine gemeinsame europäische Energiepolitik hebt sich die EPE dadurch ab, dass es diesmal nicht bei unverbindlichen Zielvereinbarungen blieb, sondern rechtlich-bindende Ziele und konkrete Maßnahmen Anfang 2007 festgelegt und diese dann auch mit dem Energie- und Klimapaket im Jahr 2008 weitgehend verabschiedet wurden. So wird auch von einem „2008 exceptionalism"[11] angesichts der schnellen Verabschiedung des Energie- und Klimapakets oder vom „Merkel Miracle"[12] mit Blick auf die unter deutscher Ratspräsidentschaft vorangetriebenen Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007 gesprochen.

Die Etablierung der EPE ist somit keinesfalls ein „Selbstläufer" gewesen.[13] Insbesondere aufgrund vehementer Vorbehalte einiger mittel- und osteuropäischer Mitgliedstaaten, die traditionell die Energiesicherheit als prioritäres Ziel betonen

---

8 Vgl. u. a. Bocquillon, Pierre/Dobbels, Mathias (2014): An Elephant on the 13th Floor of the Berlaymont? European Council and Commission Relations in Legislative Agenda Setting, in: Journal of European Public Policy 21(1), S. 20-38, hier S. 29.

9 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, (Dokumentennummer 7775/1/06, REV1), Brüssel, S. 13.

10 Vgl. hierzu Agence Europe (2006): Majority of European Citizens Are in Favour of European Energy Policy, 25.1.2006.

11 Froggatt, Antony et al. (2012): The Nexus between Climate and Energy Policies in Europe, Chatham House – Energy, Environment and Resources Roundtable Summary, 27.4.2012, Cambridge, S. 3; vgl. für diese Einschätzung auch Skjaerseth, Jon Birger (2013): Unpacking the EU Climate and Energy Package: Causes, Content and Consequences, FNI Report 2/2013, Lysaker, S. 38.

12 Claes, Dag Harald/Frisvold, Paal (2009): CCS and the European Union: Magic Bullet or Pure Magic?, in: Meadowcroft, James/Oluf, Langhelle (Hrsg.): Caching the Carbon: The Politics and Policy of Carbon Capture and Storage, Cheltenham/Northampton, MA, S. 211-235, hier S. 219.

13 Vgl. Skjaerseth, Jon Birger (2016): Linking EU Climate and Energy Policies: Policy-Making, Implementation and Reform, in: International Environmental Agreements 16(4), S. 509-523.

und ihren Energiebedarf teils auch noch stark durch die Nutzung heimischer Kohle decken, war die Verabschiedung verbindlicher Zielvorgaben zur Reduktion von Treibhausgasen (THG) und zum Ausbau erneuerbarer Energien so nicht eindeutig zu erwarten gewesen. Aber auch von der „Umweltlobby" wurde die EPE und das Energie- und Klimapaket deutlich kritisiert.[14] Kritik gegen eine verbindliche Energie- und Klimapolitik der EU wurde zudem in der 2008 aufziehenden Wirtschaftkrise lauter, und dies nicht nur vonseiten weniger osteuropäischer Regierungen.[15] Erstaunlicherweise wurden jedoch die Kernziele der EPE auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise beibehalten.[16] Vor dem Hintergrund lässt sich kaum von einem „shallow compromise"[17] ausgehen. Im Gegenteil, die Etablierung der EPE, insbesondere die Verabschiedung verbindlicher THG-Reduktionsziele unabhängig von anderen Industrienationen, zeigt „the EU's capacity for reaching agreements beyond the lowest common denominator"[18].

Angesichts dieser besonderen „Energie-Episode"[19] wird hier folgende Forschungsfrage untersucht: *Wie lässt sich die Etablierung der EPE, d. h. die Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, verstehen?* Nach einem kurzen Literaturüberblick zur europäischen Energiepolitik gehe ich auf theoriegeleitete Analysen und Studien ein, die sich speziell mit der Etablierung der EPE

14 Vgl. u. a. Vogler, John (2009): Climate Change and EU Foreign Policy: The Negotiation of Burden Sharing, in: International Politics 46(4), S. 469-490, hier S. 486; Lenschow, Andrea (2009): The Internalization of External Pressure: EU Climate Change Policy, in: EUSA Review (Summer 2009), S. 4-7, hier S. 7; Greenpeace (2006): Briefing: A ‚Greener Paper' on Energy: New Vision for a Truly Sustainable, Competitive and Secure Energy Future, 3.3.2006, Brüssel.

15 Vgl. Vogler (2009): Climate Change and EU Foreign Policy, S. 485; Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 6.

16 Vgl. u. a. Howarth, David (2009): Greening the Internal Market in a Difficult Economic Climate, in: Journal of Common Market Studies 47(Annual Review), S. 133-150; Lenschow, Andrea (2010): Environmental Policy: Contending Dynamics of Policy Change, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Young, Alasdair (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 6. Auflage, Oxford, S. 307-330, hier S. 324.

17 Müller, Patrick/Slominski, Peter (2013): Agree Now – Pay Later: Escaping the Joint Decision Trap in the Evolution of the EU Emission Trading System, in: Journal of European Public Policy 20(10), S. 1425-1442, hier S. 1426.

18 Skovgaard, Jakob (2013): The Limits of Entrapment: The Negotiations on EU Reduction Targets, 2007-11, in: Journal of Common Market Studies 51(6), S. 1141-1157, hier S. 1141; vgl. für diese Einschätzung auch Müller/Slominski (2013): Agree Now – Pay Later; Skjaerseth, Jon Birger/Wettestad, Jorgen (2010): Fixing the EU Emissions Trading System? Understanding the Post-2012 Changes, in: Global Environmental Politics 10(4), S. 101-123, hier S. 119.

19 Vgl. hierzu auch Benson/Russel (2015): Patterns of EU Energy Policy Outputs, S. 199.

(bzw. ihren Teilelementen) befassen, um hiervon ausgehend den Mehrwert der eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Perspektive darzulegen.

1 Literaturüberblick zur Energiepolitik der EU

Zum Politikfeld Energie finden sich vielfältige Forschungsbeiträge aus unterschiedlichen Disziplinen und theoretischen Perspektiven[20] sowie auch zahlreiche populärwissenschaftliche Publikationen, die sich etwa mit den internationalen Konflikten um Öl und Gas sowie den Gefahren des globalen Klimawandels auseinandersetzen.[21] Einführende Literatur und Monographien befassen sich meist mit den historischen Entwicklungen, den Akteuren und Institutionen in der europäischen Energiepolitik sowie teils auch mit spezifischen EU-internen energiepolitischen Maßnahmen und zunehmend auch mit der Außendimension der EU-Energiepolitik.[22] Es lassen sich in der energiepolitischen Literatur drei thematische Forschungsschwerpunkte nachzeichnen, die sich in etwa an den drei Grundzielen der europäischen Energiepolitik – Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Energiesicherheit – orientieren. Erstens befassen sich Beiträge mit der „Marktdimension", d. h. mit der Entwicklung eines gemeinsamen Energiebin-

20 Vgl. hierzu u. a. die Vielfalt der Beiträge in der Fachzeitschrift „Energy Policy"; vgl. auch folgende Sonderhefte in weiteren Fachzeitschriften: The Politics of Energy: Challenges for a Sustainable Future, Environmental Politics 20(5); Europäische Energiepolitik, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38(4); Energy Supply Security in the ‚New Europe', Journal of Contemporary European Research 4(2).

21 Vgl. u. a. Yergin, Daniel (1991): The Prize: The Epic Quest for Oil, Money and Power, New York; Müller-Kraenner, Sascha (2007): Energiesicherheit: Die neue Vermessung der Welt, München; Klein, Naomi (2014): This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate, London u. a.

22 Vgl. Kustova, Irina (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration: Policy Making, Energy Security, and EU Energy Actorness, in: Journal of European Integration 39(1), S. 95-101; vgl. auch Matlary, Janne H. (1997): Energy Policy in the European Union, London/New York; Michaelis, Hans (1980): Europapolitik und Energiepolitik, in: Habrecht, Wolfgang (Hrsg.): Die Kernenergie als Problem europäischer Politik, Baden-Baden, S. 9-29; Geden, Oliver/Fischer, Severin (2008): Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union: Bestandsaufname und Perspektiven, Baden-Baden; Buchan, David (2009): Energy and Climate Change: Europe at the Crossroads, Oxford; Birchfield, Vicki L./Duffield, John S. (Hrsg.) (2011): Toward a Common European Energy Policy: Problems, Progress, and Prospects, New York; Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.) (2015): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London; Schubert, Samuel R./Pollak, Johannes/Kreutler, Maren (2016): Energy Policy of the European Union, London/New York.

nenmarktes.[23] Dabei sind besonders auch die Herausforderungen der Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinien seit den 1990er-Jahren sowie Europäisierungseffekte und Strukturveränderungen auf nationaler Ebene Gegenstand vieler Studien.[24] Zweitens wird die „grüne Dimension" der EU-Energiepolitik untersucht, d. h. es wird danach gefragt, wie sich eine nachhaltige und klimafreundliche Energiepolitik in Europa realisieren lässt bzw. wie eine Integration von umweltpolitischen Belangen in den Energiesektor (besser) gelingen kann.[25] Drittens wird die „externe Dimension" der

23 Vgl. u. a. Schmidt, Susanne K. (1998): Liberalisierung in Europa: Die Rolle der Europäischen Kommission, Frankfurt am Main/New York; Jabko, Nicolas (2006): Playing the Market: A Political Strategy for Uniting Europe, 1985–2005, Ithaca/London; Eberlein, Burkard (2008): The Making of the European Energy Market: The Interplay of Governance and Government, in: Journal of Public Policy 28(1), S. 73-92; Eising, Rainer (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG: Die Liberalisierung der Elektrizitätsversorgung, in: Politische Vierteljahresschrift 41(2), S. 251-278.

24 Vgl. u. a. Eising, Rainer (1999): Reshuffling Power: The Liberalisation of the EU Electricity Markets and Its Impact on the German Governance Regime, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London/New York, S. 208-228; Eising, Rainer (2000): Liberalisierung und Europäisierung: Die regulative Reform der Elektrizitätsversorgung in Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland, Opladen; Andersein, Svein S./Sitter, Nick (2009): The European Gas Market: Differentiated Integration and Fuzzy Liberalization, in: Fermann, Gunnar (Hrsg.): Political Economy of Energy in Europe: Forces of Integration and Fragmentation, Berlin, S. 63-84; Bohne, Eberhard (2011): Conflicts between National Regulatory Cultures and EU Energy Regulations, in: Utilities Policy 19(4), S. 255-269; Eikeland, Per Ove (2011): The Third Internal Energy Market Package: New Power Relations among Member States, EU Institutions and Non-state Actors, in: Journal of Common Market Studies 49(2), S. 243-263.

25 Vgl. u. a. Collier, Ute (1994): Energy and Environment in the European Union: The Challenge of Integration, Aldershot; Bedarff, Hildegard (2000): Die Wirkung internationaler Institutionen auf Energie- und Umweltpolitik, Münster; Collier, Ute (2002): EU Energy Policy in a Changing Climate, in: Lenschow, Andrea (Hrsg.): Environmental Policy Integration: Greening Sectoral Policies in Europe, London/Sterling, VA, S. 175-192; Hamer, Jens (2006): Energy and the Environment: The European Dimension, in: Rodi, Michael (Hrsg.): Environmental Policy-Instruments in Liberalized Energy Markets, Berlin; Dupont, Claire/Oberthür, Sebastian (2012): Insufficient Climate Policy Integration in EU Energy Policy: The Importance of the Long-Term Perspective, in: Journal of Contemporary European Research 8(2), S. 228-247; Morata, Francesc/Solorio Sandoval, Israel (Hrsg.) (2012): European Energy Policy: An Environmental Approach, Cheltenham/Northampton, MA; Kurze, Kristina (2012): Towards a Sustainable Energy Policy in Europe? On the Discursive (Dys)functions of Sustainability, in: Meimeth, Michael/Robertson, John D. (Hrsg.): Sustainable Development: How to Bridge the Knowledge-Action Gap? Exploring the Added Value of Social and Cultural Perspectives, Baden-Baden, S. 47-67; Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.) (2013):

europäischen Energie(sicherheits)politik beleuchtet, wobei hier v. a. die Beziehungen zu Russland als Europas Hauptlieferant für Erdgas oft im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.[26] Die Energieaußenbeziehungen der EU, d. h. die verschiedenen Kooperationsformate und Energie-Dialoge, werden aber auch zunehmend mit Blick auf weitere Produzenten- und Transitländer, die europäische Nachbarschaft und andere Weltregionen analysiert.[27] Zudem werden auch potenzielle Zielkonflikte und Synergieeffekte zwischen den drei Grundzielen der europäischen Energiepolitik immer wieder thematisiert.[28]

Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York; Solorio, Israel/Jörgens, Helge (Hrsg.) (2017): A Guide to EU Renewable Energy Policy: Comparing Europeanization and Domestic Policy Change in EU Member States, Cheltenham/Northampton, MA.

26 Vgl. u. a. Müller, Friedemann (Hrsg.) (1992): Russlands Energiepolitik: Herausforderung für Europa, Baden-Baden; Götz, Roland (2003): Licht und Schatten: Die Energiepartnerschaft zwischen Rußland und der EU, in: Osteuropa 2003(9-10), S. 1525-1539; Kaveshnikov, Nikolay (2010): The Issue of Energy Security in Relations between Russia and the European Union, in: European Security 19(4), S. 585-605; Kirchner, Emil/Berk, Can (2010): European Energy Security Co-operation: Between Amity and Enmity, in: Journal of Common Market Studies 48(4), S. 859-880; Kuzemko, Caroline (2014): Ideas, Power and Change: Explaining EU-Russia Energy Relations, in: Journal of European Public Policy 21(1), S. 58-75.

27 Vgl. u. a. Sodupe, Kepa/Benito, Eduardo (2001): Pan-European Energy Co-operation: Opportunities, Limitations and Security of Supply to the EU, in: Journal of Common Market Studies 39(1), S. 165-177; Umbach, Frank (2003): Globale Energiesicherheit: Strategische Herausforderung für die europäische und deutsche Außenpolitik, München; Youngs, Richard (2009): Energy Security: Europe's New Foreign Policy Challenge, London/New York; Göler, Daniel/Kurze, Kristina (2009): Die EU als transnationaler Polity-Shaper: Über die Schaffung sektoraler Governance-Strukturen am Beispiel der Energiegemeinschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38(4), S. 423-436; Padgett, Stephen (2011): Energy Co-operation in the Wider Europe: Institutionalizing Interdependence, in: Journal of Common Market Studies 49(5), S. 1065-1087; Göler, Daniel/Kurze, Kristina (2015): Energiesicherheit, in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Handbuch Sicherheitsgefahren, Wiesbaden, S. 95-103; Prontera, Andrea (2017): Forms of State and European Energy Security: Diplomacy and Pipelines in Southeastern Europe, in: European Security 55(2), S. 273-298; Richert, Jörn (2017): From Single Voice to Coordinated Polyphony EU Energy Policy and the External Dimension, in: European Foreign Affairs Review 22(2), S. 213–232.

28 Vgl. u.a McGowan, Francis (1989): The Single Energy Market and Energy Policy: Conflicting Agendas?, in: Energy Policy 17(6), S. 547-553; Helm, Dieter (2007): European Energy Policy: Securing Supplies and Meeting the Challenge of Climate Change, in: Helm, Dieter (Hrsg.): The New Energy Paradigm, Oxford, S. 440-452; Buchan, David (2010): Energy Policy: Sharp Challenges and Rising Ambitions, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Young, Alasdair (Hrsg.): Policy-Making in the European Union,

Neben der thematischen Vielfalt haben sich mittlerweile auch eine Reihe theoretischer Perspektiven in der EU-Energieforschung etabliert. Bis Ende der 1990er-Jahre lagen jedoch nur sehr wenige theoriegeleitete politikwissenschaftliche Analysen vor.[29] Wenn die europäische Energiepolitik theoretisch beleuchtet wurde, dann beispielhaft für gescheiterte Integration in Europa.[30] Dieses Scheitern wird dabei meist aus intergouvernementaler Perspektive mit divergierenden nationalen Interessen der Mitgliedstaaten erklärt:

> Over the course of the development of the European Union (EU), there have been many attempts to formulate a common energy policy but with only limited success. The main reason for its failure has been the reluctance of member states to pool sovereignty in this highly sensitive policy area.[31]

Neben der grundsätzlichen Annahme eines Souveränitätsvorbehalts in strategischen und sicherheitsrelevanten Energiefragen werden mit dem Liberalen Intergouvernementalismus zudem meist die wirtschaftlichen Präferenzen der Mitgliedstaaten,[32] die sich aus ihren bestehenden nationalen Energieversorgungsstrukturen ergeben, zur Erklärung für Politikergebnisse bzw. vielmehr für das Fehlen einer gemeinsamen Energiepolitik auf europäischer Ebene herangezogen.[33] Seit Ende der 1980er-Jahre

---

6. Auflage, Oxford, S. 357-379; Pollak, Johannes/Schubert, Samuel/Slominski, Peter (2010): Die Energiepolitik der EU, Wien; Heun-Rehn, Stefan Lars/Dratwa, Friederike Anna (2010): In varietate concordia: Strategie und Ziele der ‚neuen' EU Energie- und Klimapolitik, in: Dratwa, Friederike Anna et al. (Hrsg.): Energiewirtschaft in Europa: Im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik, Wettbewerb und Versorgungssicherheit, Berlin/Heidelberg, S. 101-128.

29 Vgl. Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration, S. 95; Brauch, Hans Günter (2000): Literaturbericht: Europäische Energiepolitik zwischen Marktliberalisierung und Umweltpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift 41(3), S. 563-580; Matlary (1997): Energy Policy in the European Union.

30 Vgl. u. a. George (1991): Politics and Policy in the European Community, S. 116.

31 McGowan, Francis (1996): Energy Policy in the EU: Diversity or Convergence?, in: McGowan, Francis (Hrsg.): European Energy Policies in a Changing Environment, Heidelberg, S. 1-20, hier S. 1.

32 Vgl. grundlegend Moravcsik, Andrew (1993): Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies 31(4), S. 473-524.

33 Vgl dazu u. a. McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 10; Matlary, Janne H. (1996): Energy Policy: From a National to a European Framework, in: Wallace, Helen/Wallace, William (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 3. Auflage, Oxford, S. 257-277; Padgett, Stephen (1992): The Single European Energy Market: The Politics of Realization, in: Journal of Common Market Studies 30(1), S. 53-75.

wurden jedoch mit der Liberalisierung der Energiemärkte fundamentale Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen.[34] Die gravierenden Strukturveränderungen im Strom- und Gassektor, die mit der Einführung des Wettbewerbsprinzips einhergingen, lassen sich nur schwer mit vorherrschenden nationalen Interessen im Energiesektor erklären, wie Andersen argumentiert:

> [Failures] and successes of *EU energy policy pose asymmetric problems of explanations*. It is easier to explain why diverse and conflicting self-interests prevent common policies than to explain *how a common denominator emerges* [...].[35]

Dieses intergouvernementale Erklärungsdefizit spitzt sich angesichts der Etablierung der EPE weiter zu. Denn nach den Erweiterungsrunden in den Jahren 2004 und 2007 verfügt die EU über ein weitaus heterogeneres Akteurs- und Interessenspektrum gerade auch in der Energie- und Klimapolitik.[36] Aber auch aus einer nicht-intergouvernementalen Perspektive ergibt sich ein Erklärungsproblem.[37] Folgt man etwa einer neofunktionalistischen Erklärung des Integrationsprozesses, wäre ein Spillover in weitere Bereiche der Energiepolitik bzw. die Etablierung der EPE schon viel früher zu erwarten gewesen.[38] Ein Spillover vom vergemeinschafteten Kohlesektor in andere Bereiche der Energiepolitik und ein weitreichender Kompetenztransfer in Energiefragen auf die europäische Ebene blieben jedoch lange aus. Auch lässt sich die in relativ kurzer Zeit vollzogene Etablierung der EPE nur schwer mit der Vorstellung eines inkrementellen Integrationsverlaufs auf der Basis funktionaler Spillover-Dynamiken erklären.[39] Angesichts der Erklärungsdefizite klassischer Integrationstheorien, die tendenziell rationalistisch und akteurszentriert argumentieren,[40] rückten auch in der EU-Energieforschung alternative Ansätze in den Vordergrund, wobei die neuen

---

34 Vgl. Andersen, Svein (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy: The Case of Natural Gas Liberalisation, Arena Working Papers WP 99/12, Oslo.

35 Ebenda.

36 Vgl. Slominski, Peter (2016): Energy and Climate Policy: Does the Competitiveness Narrative Prevail in Times of Crisis?, in: Journal of European Integration 38(3), S. 343-357, hier S. 345-346.

37 Vgl. auch Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration.

38 Vgl. George (1991): Politics and Policy in the European Community, S. 116.

39 Vgl. für eine ähnliche Einschätzung auch Benson/Russel (2015): Patterns of EU Energy Policy Outputs, S. 198.

40 Vgl. Risse, Thomas (2009): Social Constructivism and European Integration, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 144-160, hier S. 146.

Institutionalismen verstärkt aufgegriffen wurden und damit auch die Analyse von Normen und Ideen.[41] Diese Beiträge werden hier nun genauer betrachtet, da die eingenommene konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive an diese neoinstitutionalistische Forschung anschließt.[42]

2 Normen, Ideen und Frames in der EU-Energieforschung

Die im Folgenden behandelten Ansätze betonen auf unterschiedliche Weise, dass (strategisches) Handeln politischer Akteure institutionell begrenzt und ermöglicht wird. Akteure der europäischen Energiepolitik sind demnach in den institutionellen EU-Kontext eingebettet, wodurch sich „the payoffs they attribute to different policy options"[43] verändern. So argumentiert beispielsweise Rainer Eising in einer Studie zur Liberalisierung der Energiemärkte, dass die Präferenzen der Mitgliedstaaten sich nicht aus den nationalen Strukturbedingungen und Interessen im Energiesektor ableiten lassen, sondern sowohl formelle als auch informelle „europäische" Normen wie Konsens, Reziprozität und ein generelles Bekenntnis zur Marktintegration den Rahmen möglicher Politikoptionen strukturieren.[44] Die EU-endogene Präferenzbildung und Einbettung der Akteure in das institutionelle Setting auf europäischer Ebene sind zentrale Elemente,[45] die in rationalistischen Ansätzen, insbesondere im Liberalen Intergouvernementalismus, ausgeblendet bleiben. Aus dieser Perspektive gehören zu den strukturierenden Institutionen in der europäischen Energiepolitik neben formalen Regeln und Entscheidungsverfahren somit v. a. auch Normen. Gerade informelle Normen können demnach in komplexen Politikprozessen eine entscheidendere Rolle spielen als formale Regeln und Verfahren, da sie Identitäten und Interessen der Akteure konstituieren und damit auch die angemessene

41 Vgl. u. a. Hall, Peter A./Taylor Rosemary C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, MPIFG Discussion Paper 96/6, Köln.

42 Vgl. auch Hajer, Maarten A. (2005) [1995]: The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford, Nachdruck der 1. Auflage, S. 264.

43 Eising, Rainer (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations: Explaining EU Electricity Liberalization, in: International Organization 56(1), S. 85-120, hier S. 87.

44 Ebenda, S. 115-116.

45 Vgl. ebenda, S. 87.

Handlungsweise vorgeben.[46] Die EU bzw. zentrale Entscheidungsträger folgen auch in Fragen der Energie- und Klimapolitik oft eher einer normorientierten „logic of appropriateness" als einer rein instrumentellen „logic of consequentialism".[47]

Neben der Analyse dieser konstitutiven „feedback effects"[48] von Institutionen und Normen wird besonders die Wirksamkeit von Ideen in der europäischen Energiepolitik untersucht. In dem Zusammenhang wird der Kommission aufgrund ihres formalen Initiativrechts, aber auch ihrer informellen Agenda-Shaping-Aktivitäten, eine zentrale Rolle als „policy entrepreneur" zugeschrieben.[49] Im Zuge der jüngeren Entwicklungen in der europäischen Energieaußenpolitik sind dabei besonders auch Framing-Prozesse und speziell die Versicherheitlichung („securitisation") von Energiefragen in den Fokus gerückt, um (Nicht-)Kooperation in diesem sensiblen Bereich der Energiepolitik zu erklären und zu verstehen.[50] Nicht zuletzt aufgrund der vielen Verflechtungen mit anderen Politikfeldern wird Framing – verstanden als „a way of selecting, organzing and interpreting […] a complex reality"[51] – in der Energiepolitikanalyse oftmals als relevant erachtet,[52] um zu verstehen, „welche

46 Vgl. Eising (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations, S. 106; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 148.

47 Vgl. Van Shaik, Louise/Schunz, Simon (2012): Explaining EU Activism and Impact in Global Climate Politics: Is the Union a Norm- or Interest-Driven Actor?, in: Journal of Common Market Studies 50(1), S. 169-186, hier S. 183; hierzu grundlegend March, James, G./Olsen, Johan P. (1989): Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics, New York.

48 Padgett, Stephen (2003): Between Synthesis and Emulation: EU Policy Transfer in the Power Sector, in: Journal of European Public Policy 10(2), S. 227-245, hier S. 240.

49 Vgl. u. a. Andersen (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy; Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (2015): Building the EU's Energy Policy Agenda: An Introduction, in: Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London, S. 1-17.

50 Vgl. Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit; Maltby, Tomas (2013): European Union Energy Policy Integration: A Case of European Commission Policy Entrepreneurship and Increasing Supranationalism, in: Energy Policy 55(April), S 435-444; Natorski, Michael/Herranz Surrallés, Anna (2008): Securitizing Moves to Nowhere? The Framing of the European Union Energy Policy, in: Journal of Contemporary European Research 4(2), S. 71-89.

51 Rein, Martin/Schön, Donald (1993): Reframing Policy Discourse, in: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 145-166, hier S. 146.

52 Vgl. u. a. Vanderheiden, Steve (2011): The Politics of Energy: An Introduction, in: Environmental Politics 20(5), S. 607-616; Throgmorton, Jim A. (1993): Survey Research as Rhetorical Trope: Electric Power Planning Arguments in Chicago, in: Fischer, Frank/

Ressourcen, Interessen und Akteure wichtig werden"[53]. Insbesondere die Frage, wer sich im komplexen und dezentralisierten EU-System an der Gestaltung der Energiepolitik beteiligen kann, variiert potenziell nach den jeweils dominanten Frames und Problemdefinitionen.[54] Dies gilt sowohl für die Einflussmöglichkeiten der supranationalen EU-Institutionen[55] als auch für Interessengruppen in der europäischen Energiepolitik.[56] Nylander stellt in seiner Arbeit zur Liberalisierung der Energiemärkte zudem heraus, dass sich alle beteiligten Akteure (sei es die Kommission oder Interessengruppen) an bestehenden kulturell-fundierten Master-Frames orientieren müssen, um erfolgreich am Policy-Prozess teilhaben zu können, während Akteure „that fail to frame issues in congruence with master frames are likely to become marginalized"[57]. Insgesamt betonen soziologisch-institutionalistische bzw. konstruktivistische Ansätze die konstitutive Wirkung von Institutionen und Normen in Ergänzung zu den formalen Rahmenbedingungen des europäischen Mehrebenensystems sowie den Einfluss von Ideen bzw. Frames in der Politik, um so gerade auch die Erfolge in der europäischen Energiepolitik zu verstehen.

In dieser theoretischen Tradition steht auch eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der Etablierung der EPE beschäftigen, wobei diese meist, im Gegensatz zur vorliegenden Studie, nur bestimmte Teilaspekte der EPE bzw. des Energie- und Klimapakets analysieren[58], wie etwa die Reform des Emissionshandelssystems (EHS), die

---

Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 117-144.

53 Jachtenfuchs, Markus (1996): Regieren durch Überzeugen: Die Europäische Union und der Treibhauseffekt, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 429-454, hier S. 432.

54 Vgl. hierzu Daviter, Falk (2007): Policy Framing in the European Union, in: Journal of European Public Policy 14(4), S. 654-666; Eising, Rainer/ Rasch, Daniel/Rozbicka, Patrycja (2015): Institutions, Policies, and Arguments: Context and Strategy in EU Policy Framing, in: Journal of European Public Policy (22)4, S. 516-533; Tosun/Biesenbender/ Schulze (Hrsg.) (2015): Energy Policy Making in the EU; Sauter, Raphael (2010): EU Energy Policy: Agenda Dynamics and Policy Change, Dissertation, University of Sussex.

55 Vgl. u. a. Jachtenfuchs, Markus (1996): International Policy-Making as a Learning Process: The European Union and the Greenhouse Effect, Aldershot; Jachtenfuchs (1996): Regieren durch Überzeugen, S. 447.

56 Vgl. u. a. Nylander, Johan (2001): The Construction of a Market: A Frame Analysis of the Liberalization of the Electricity Market in the European Union, in: European Societies 3(3), S. 289-314, hier S. 310.

57 Ebenda.

58 Für eine der wenigen Ausnahmen vgl. Skjaerseth, Jon Birger (2016): Linking EU Climate and Energy Policies; vgl. auch Kulovesi, Kati/Mogera, Elisa/Munoz, Miquel (2011): Environmental Integration and Multi-Faceted International Dimensions of

Festlegung von THG-Reduktionszielen oder auch speziell die Einführung spezifischer Policy-Instrumente zur Förderung von erneuerbaren Energien.[59] Gemeinsames Ausgangsargument dieser Studien ist, dass sich diese energiepolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene aus (rationalistisch-)intergouvernementaler Perspektive, d.h. primär mit Blick auf die (ökonomischen) Interessen der Mitgliedstaaten, nicht umfassend erklären lassen. Während sich die „Verwässerung" bestimmter Details des Energie- und Klimapakets zwar durchaus auf einen von nationalen Interessen geprägten Bargaining-Prozess sowie Zugeständnisse und „side-payments" zurückführen lässt,[60] so ist aus dieser Perspektive nur schwer erklärbar, warum die EU bzw. speziell die Staats- und Regierungschefs sich überhaupt auf eine ambitionierte, verbindliche Energie- und Klimapolitik der EU eingelassen haben.[61] Zudem ist es erstaunlich, dass von den wesentlichen Kernzielen der EPE trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Ende 2008 nicht mehr abgewichen wurde.[62]

Die meisten Beiträge rücken daher auch von einer rein (rationalistisch-)intergouvernementalen Erklärung der EPE ab und betonen vielmehr das komplexe Zusammenspiel staatlicher und nicht-staatlicher Akteure im europäischen Mehrebenensystem. Wie auch in früheren Studien wird insbesondere die Rolle der Europäischen Kommission als „agenda-shaper" und „policy entrepreneur"

EU Law: Unpacking the EU's 2009 Climate and Energy Package, in: Common Market Law Review 48(3), S. 829-891.

59 Vgl. Lauber, Volkmar/Schenner, Elisa (2011): The Struggle over Support Schemes for Renewable Electricity in the European Union: A Discursive Institutionalist Analysis, in: Environmental Politics 20(4), S. 508-527.

60 Vgl. hierzu Skodvin, Tora/Gullberg, Anne Therese/Aakre, Stine (2010): Target-Group Influence and Political Feasibility: The Case of Climate Policy Design in Europe, in: Journal of European Public Policy 17(6), S. 854-873; Müller/Slominski (2013): Agree Now – Pay Later; Skjaerseth/Wettestad (2010): Fixing the EU Emissions Trading System?; Skjaerseth, Jon Birger/Bang, Guri/Schreurs, Miranda A. (2013): Explaining Growing Climate Policy Differences between the European Union and the United States, in: Global Environmental Politics 13(4), S. 61-80, hier S. 70; Skjaerseth (2016): Linking EU Climate and Energy Policies.

61 Vgl. hierzu auch Bocquillon, Pierre (2012): The Strategic Construction of the Urgency of Climate Change? The Role of Discourses in the Negotiations on the „EU Energy and Climate Change Package", Paper presented at the workshop ‚Intra-institutional Politics of EU Energy Policy-Making: Landscape-Level Shifts, Bargaining and Organizational Cultures', 27-28 April, Cambridge, S. 5; Skjaerseth (2016): Linking EU Climate and Energy Policies.

62 Vgl. Howarth, David (2009): Greening the Internal Market in a Difficult Economic Climate, in: Journal of Common Market Studies, Annual Review 2009, S. 133-150, hier S. 134; Skjaerseth/Wettestad (2010): Fixing the EU Emissions Trading System?, S. 110; Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

hervorgehoben, die (mehr oder weniger erfolgreich) Zuspruch für ihre energiepolitischen Vorschläge wie das Energie- und Klimapaket generieren konnte.[63] Mit Rückgriff auf Theorien des „issue-linkages" argumentiert Skjaerseth, dass das Paket v. a. deswegen verabschiedet werden konnte, weil die Kommission Themen der Energie- und Klimapolitik geschickt verknüpft und Synergieeffekte betont hat.[64] „Once internal agreement was reached within the Commission, the package was ‚sold' politically by emphasizing the synergies while downplaying possible negative interactions."[65]

Es wird in der Literatur zur EPE zudem thematisiert, wie die Mitgliedstaaten im „fragmented and decentralized European system of governance"[66] interagieren und welche Interaktionsmuster innerhalb und zwischen den EU-Institutionen den Policy-Prozess und Politikergebnisse prägen.[67] Bocquillon und Dobbels zeigen beispielsweise auf, dass die Kommission und der Europäische Rat in einer Art „Ping-Pong-Spiel" die Politikinhalte der EPE definiert und die 20-20-20-Ziele festgelegt haben.[68] Die Beziehung zwischen beiden Institutionen beschreiben sie im Fall der EPE als ein „mutally reinforcing partnership"[69], wobei besonders auch die enge Kooperation zwischen der damaligen Ratspräsidentin Merkel und dem damaligen Kommissionspräsidenten Barroso hervorgehoben wird.[70] Auch Skovgaard beschreibt diese beiden Politiker als entscheidende „policy entrepreneurs", die sich im Jahr 2007 für die Festlegung verbindlicher Emissionsreduktionsziele aktiv eingesetzt

63 Vgl. u. a. Jegen, Maya/Mérand, Frédéric (2014): Constructive Ambiguity: Comparing the EU's Energy and Defence Policy, in: West European Politics 37(1), S. 182-203; Maltby (2013): European Union Energy Policy Integration; Tosun/Biesenbender/Schulze (Hrsg.) (2015): Energy Policy Making in the EU, hier insbesondere Part II „The Commission as Policy Entrepreneur", S. 87-144.

64 Skjaerseth (2016): Linking EU Climate and Energy Policies.

65 Ebenda, S. 520.

66 Bocquillon/Dobbels (2014): An Elephant on the 13th Floor of the Berlaymont?, S. 21.

67 Vgl. Tosun/Biesenbender/Schulze (Hrsg.) (2015): Energy Policy Making in the EU; Sauter (2010): EU Energy Policy; Selianko, Iulii/Lenschow, Andrea (2015): Energy Policy Coherence from an Intra-institutional Perspective: Energy Security and Environmental Policy Coordination within the European Commission, in: Neuhold, Christine/Vanhoonacker , Sophie (Hrsg.): Dynamics of Institutional Cooperation in the European Union: Dimensions and Effects, in: European Integration online Papers 19(1), abrufbar unter: http://eiop.or.at/eiop/texte/2015-002a.htm, S. 1-29.

68 Bocquillon/Dobbels (2014): An Elephant on the 13th Floor of the Berlaymont?, S. 30.

69 Ebenda.

70 Ebenda.

haben.[71] Als wesentlicher Grund für dieses Engagement wird jedoch kein wirtschaftliches Interesse, sondern in erster Linie das normative Ziel der EU angeführt, als glaubwürdiger Vorreiter in der internationalen Klimapolitik aufzutreten.[72] Skovgaard stellt fest, dass die sogenannte „leadership norm"[73] im Vorfeld der 15. Konferenz der Vertragsparteien (COP) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) einen hohen Stellenwert auf europäischer Ebene erlangt hatte und die EU-Entscheidungsträger sich dieser Norm verpflichtet gefühlt haben.[74] Das Ziel, eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimapolitik einzunehmen, wird daher auch als „commonly accepted reform imperative"[75] und weitgehend akzeptierte Norm eingestuft.[76]

Skovgaard resümiert vor dem Hintergund: „The saliency of the leadership norm made it possible to entrap actors by framing an ambitious climate policy in terms of such leadership."[77] Die konkrete Festlegung und Verabschiedung von verbindlichen THG-Reduktionszielen lässt sich entsprechend damit erklären, dass „actors sceptical of a high target could be rhetorically entrapped"[78]. Bürgin argumentiert in ähnlicher Weise in Bezug auf die Festlegung verbindlicher Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien: „The EU's commitment to directional leadership in international climate change […] allowed the supporters of ambitious targets to exercise normative pressure on the opponents"[79]. Skovgaard und Bürgin kommen zu dem Schluss, dass normativ begründete Argumente bzw. Frames essenziell sind, um angesichts divergierender Interessen die Etablierung der EPE (bzw. ihrer Teilaspekte) zu erreichen. Denn im Gegensatz zu interessen- und faktenbasierten Frames ermöglichten diese, normativen Druck aufzubauen und damit die „rhetorische Gefangennahme" (klima-)skeptischer Akteure.[80]

---

71 Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1148.

72 Ebenda, S. 1147; vgl. auch Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 5.

73 Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1148.

74 Ebenda, S. 1147.

75 Bürgin, Alexander (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore: Why the European Commission Developed from a Supporter to a Brakeman, in: Journal of European Public Policy 22(5), S. 690-707, hier S. 693.

76 Vgl. Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1144; Vogler (2009): Climate Change and EU Foreign Policy, S. 486.

77 Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1148.

78 Ebenda, S. 1142, Abstract.

79 Bürgin (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore, S. 695.

80 Vgl. ebenda, S. 704; Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1148.

Auch Lenschow betont, dass die weitreichende Anerkennung der normativen Führungsrolle der EU in der internationalen Klimapolitik von „entrepreneurial policy-makers“[81] konstruiert und geschickt im Policy-Prozess eingesetzt wurde, um EU-interne Widerstände gegen das Energie- und Klimapaket zu überwinden. Diesen „policy entrepreneuren“ ist es demnach gelungen, „to link a policy discourse to an ‚existential discourse‘, namely the quest of playing a distinct and significant role in international politics.“[82] Die „leadership norm“ und der damit verbundene Anspruch der EU, in einer Führungsrolle als glaubwürdige „normative power“[83] in den internationalen Klimaverhandlungen, insbesondere auf der 15. Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen (COP 15) aufzutreten, wird in der Forschungsliteratur somit als ein wesentlicher Faktor für die Etablierung der EPE und speziell für die schnelle Verabschiedung des Energie- und Klimapakets im Jahr 2008 herausgestellt.[84]

Die hier skizzierten Forschungsbeiträge zur EPE bzw. zu ihren Teilelementen betonen somit klar die Relevanz von Normen, Ideen und Frames (und teils auch Diskursen) im Policy-Prozess. Sie rücken damit sowohl von einer funktionalen, an sachlichen Notwendigkeiten orientierten, als auch einer rein (rationalistisch-) intergouvernementalen Erklärung der EPE ab. Als eine weitere Gemeinsamkeit lässt sich jedoch auch festhalten, dass hier von einer „manipulativen Überzeugungskraft“ der Akteure ausgegangen wird.[85] Strategisches, intentionales Akteurshandeln, d. h. das geschickte Framing der Kommission und anderer Unterstützer einer ambitionierten EU-Energie- und Klimapolitik, wird als eine Haupterklärung für die Etablierung der EPE benannt. Diese Forschungsbeiträge behalten damit im Wesentlichen eine akteurszentrierte Perspektive und ein instrumentelles Diskursverständnis bei, wie es in der ideenorientierten und diskursiven

81 Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7; vgl. auch Bocquillon, Pierre (2018, im Erscheinen): (De-)constructing Coherence? Strategic Entrepreneurs, Policy Frames and the Integration of Climate and Energy Policies in the European Union, in: Environmental Policy and Governance (Special Issue: Understanding Coherence between Policy Spheres: The Interplay between EU Energy and Climate Policies).

82 Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

83 Vgl. hierzu auch Scheipers, Sybille (2007): Normative Power Europe: A Credible Utopia?, in Journal of Common Market Studies 45(2), S. 435-457.

84 Vgl. u. a. Kulovesi/Mogera/Munoz (2011): Environmental Integration and Multi-Faceted International Dimensions of EU Law, S. 829-891; hier S. 843; Slominski (2016): Energy and Climate Policy; Skjaerseth (2016): Linking EU Climate and Energy Policies, S. 517.

85 Vgl. auch Göler, Daniel (2006): Deliberation: Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002–2003, Baden-Baden, S. 38.

Politikwissenschaft weit verbreitet ist.[86] Demnach ist Sprache (konzeptioniert als Frames, Argumente, Diskurse etc.) in erster Linie ein „Mittel und Medium der Machtausübung"[87], d. h. Sprache dient dazu, politische Gegner zu überzeugen, zu vereinnahmen und auch zu manipulieren, um so letztlich die eigenen politischen Ziele zu erreichen. Entsprechend stehen oft auch folgende Fragen im Zentrum der Forschungsliteratur zur EPE: Wer „pusht" welche Frames? Was soll mit einer Framing-Strategie erreicht werden und wie erfolgreich ist der jeweilige Akteur dabei im Policy-Prozess?

Es wird zudem auch untersucht, wie politische und sozioökonomische Kontextveränderungen – etwa das Aufkommen der Wirtschaftskrise und das Scheitern der EU auf der Kopenhagener Klimakonferenz (COP 15) – die „Bindungskraft" von Normen sowie die Überzeugungskraft von Argumenten und Framing-Strategien im EU-Policy-Prozess beeinflussen.[88] Weniger berücksichtigt wird jedoch, dass Akteure dabei stets auch in einem *diskursiven Kontext* agieren, der bestimmte Problemdefinitionen privilegiert, Handlungsoptionen vorstrukturiert und „Schranken des Sagbaren"[89] setzt.[90] Inwiefern sich energiepolitische Akteure also im Rahmen eines bestimmten diskursiven Kontexts bewegen und sich etwa an etablierten Master-Frames bzw. Meta-Narrativen, die im diskursiven Repertoire angelegt sind,

---

86 Vgl. Schünemann, Wolf J. (2016): Manifeste Deutungskämpfe: Die wissenssoziologisch-diskursanalytische Untersuchung politischer Debatten, in: Bosančić, Saša/Keller, Reiner (Hrsg.): Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung, Wiesbaden, S. 29-51, hier S. 32; Maier, Matthias Leonhard (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen, S. 25-77, hier S. 50. Vgl. für einen guten Überblick zur politikwissenschaftlichen Diskursforschung auch Herschinger, Eva/Nonhoff, Martin (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, in: Angermuller, Johannes et al. (Hrsg.): Diskursforschung: Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1, Bielefeld, S. 192-207.

87 Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, S. 198.

88 Vgl. u. a. Bürgin (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore; Skovgaard, Jakob (2014): EU Climate Policy after the Crisis, in: Environmental Politics 23(1), S. 1-17; Slominski (2016): Energy and Climate Policy.

89 Diez, Thomas (2014): Bedeutungen und Grenzen: Anmerkungen zur Diskursforschung in den deutschsprachigen Internationalen Beziehungen, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 381-398, hier S. 392.

90 Vgl. auch Larsen, Henrik (2014): Normative Power Europe and the Importance of Discursive Context: The European Union and the Politics of Religion, in: Cooperation and Conflict 49(4), S. 419-437; Biegón, Dominika (2013): Specifying the Arena of Possibilities: Post-structuralist Narrative Analysis and the European Commission's Legitimation Strategies, in: Journal of Common Market Studies 51(2), S. 194-211.

orientieren müssen, um überhaupt legitim sprechen zu können, ist in den Analysen zur EPE bisher kaum berücksichtigt worden.[91]

Seit dem „linguistic turn" wird diese Annahme, dass Sprache nicht nur eine instrumentell-manipulative Funktion hat, sondern auch eine eigenständige, wirklichkeitskonstituierende Rolle spielt, jedoch in der Politikwissenschaft grundlegend anerkannt.[92] Diese performative Kraft von Sprache wird insbesondere mit dem von Michel Foucault geprägten Begriff des Diskurses erfasst.[93] In der an Foucault angelehnten politikwissenschaftlichen Diskursforschung wird daher auch danach gefragt, wie Objekte und Akteure bzw. Subjektpositionen im Diskurs konstituiert werden[94] und inwiefern Diskurse regulieren, was überhaupt als legitimes Argument in einer Debatte gilt und welche Positionen ausgeschlossen bleiben.[95] Diskurse ermöglichen und begrenzen somit die Artikulationspraxis der Akteure.

Die Berücksichtigung dieser diskursiven Möglichkeitsbedingungen wird hier als äußerst relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE erachtet, da eine Fokussierung auf strategisches Akteurshandeln und speziell die Vereinnahmung von klimaskeptischen Akteuren zu kurz greift, um zu verstehen, wie Kritik und Widerstand seitens sehr *unterschiedlich positionierter Akteure* (z. B. Klimaskeptiker und Umweltaktivisten) überwunden bzw. zeitweise eingehegt werden konnte. Vor diesem Hintergrund wird eine konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive eingenommen, mit der nicht nur die (strategischen) Deutungsleistungen der Akteure, sondern auch die bisher vernachlässigten diskur-

91 Vgl. aber u. a. Nylander (2001): The Construction of a Market, S. 310.

92 Vgl. hierzu u. a. Diez, Thomas (1999): Speaking ‚Europe': The Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 598-613, hier S. 599; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 150; Fierke, Karin (2002): Links across the Abyss: Language and Logic in International Relations, in: International Studies Quarterly 46(3), S. 331-354.

93 Vgl. Foucault, Michel (1981) [1969]: Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main, S. 74, vgl. auch Shapiro, Michael J. (1989): Textualizing Global Politics, in: Der Derian, James/Shapiro, Michael J. (Hrsg.): International/Intertextual Realtions: Postmodern Readings of World Politics, New York u.a, S. 11-22, hier S. 14; Dunn, Kevin C./Neumann, Iver B. (2016): Undertaking Discourse Analysis for Social Science, Ann Arbor, S. 2.

94 Vgl. Nonhoff, Martin/Gronau, Jennifer (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs: Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden, S. 109-130.

95 Vgl. Risse, Thomas (2000): „Let's Argue!" Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54(1), S. 1-39, hier S. 17; Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5(2), S. 225-254, hier S. 229.

siven Möglichkeitsbedingungen im EU-Policy-Prozess erfasst werden sollen. Die Potenziale dieser Forschungsperspektive zur Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE lege ich im Folgenden genauer dar.

3 Potenziale einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive

Bisher standen Frames und Diskurse (wenn überhaupt) primär als Machtressourcen der Akteure, die sich in einem spezifischen institutionellen und sozioökonomischen Handlungskontext bewegen, im Fokus der Forschung zur europäischen Energiepolitik. Das heißt, der Einfluss von Sprache bleibt letztlich an das Handeln der beteiligten Akteure gekoppelt.[96] Auch die Beiträge zur EPE basieren weitgehend auf diesem instrumentellen Diskursverständnis und lassen sich en gros einer akteurszentrierten Diskursperspektive[97] zuordnen. Hier wird jedoch argumentiert, dass aus dieser Diskursperspektive zwar die Strategien der Akteure in den Deutungskonflikten um die EPE gut erfasst werden können, aber die konstitutive Rolle von Diskursen und damit auch wesentliche Exklusionsmechanismen[98] im Policy-Prozess ausgeblendet bleiben, die jedoch für ein umfassendes Verständnis der Etablierung der EPE durchaus relevant sind. So ist eben nicht jede Forderung und Deutung der Energieproblematik tatsächlich im EU-Policy-Prozess möglich. Statt „anything goes" sind den Akteuren in der Argumentation diskursive Grenzen gesetzt.[99] Löst man sich also von einem instrumentellen Diskursverständnis, dann rücken genau diese diskursiven „Ermöglichungen"[100] in den Vordergrund, ohne die bestimmte Deutungen der Energieproblematik nicht denkbar und entsprechende Lösungsmaßnahmen auch nicht verhandelbar wären.[101]

96 Vgl. Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 60.

97 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 2.1.

98 Vgl. Milliken (1999): The Study of Discourse in International Relations, S. 229.

99 Vgl. ebenda; Risse (2000): „Let's Argue!", S. 17-18.

100 Diez, Thomas (1998): Perspektivenwechsel: Warum ein ‚postmoderner' Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5(1), S. 139-148, hier S. 145.

101 Vgl. Teräväinen, Tuula (2010): Political Opportunities and Storylines in Finish Climate Policy Negotiations, in: Environmental Politics 19(2), S. 196-216, hier S. 198; Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 61.

Ausgangspunkt dieser an Foucault angelehnten Strömung der politikwissenschaftlichen Diskursforschung ist die Annahme, dass politisch-bedeutsame Realität als soziale Konstruktion zu begreifen ist, wobei insbesondere die performative Kraft von Sprache betont wird.[102] Angesichts von „mulitple, constructed realtities"[103] ist die Bedeutung eines Ereignisses, einer Norm oder eines Policy-Problems nicht objektiv gegeben, sondern prinzipiell mehrdeutig, kontextspezifisch und nie endgültig fixierbar. Diskurse – verstanden als „a specific ensemble of ideas, concepts and categorizations"[104] – spielen insofern nun eine hervorgehobene Rolle in der Politik, als sie sozialen und physischen Realitäten eine bestimmte Bedeutung zuschreiben,[105] d. h. Bedeutung (temporär und partiell) fixieren.[106] „Die Macht des Diskurses ist also eine Definitionsmacht."[107]

Die Vielfalt an Bedeutungen etwa einer Policy-Problematik sowie geeigneter Lösungen wird im Policy-Prozess tendenziell verknappt und einer Deutung untergeordnet. Diesen Prozess der diskursiven Verknappung beschreibt Maarten Hajer als „discursive closure"[108]. Die diskursive Schließung einer Policy-Problematik ist einerseits notwendig, um Politik effektiv zu betreiben, basiert aber gleichzeitig auch auf der Ausgrenzung und Marginalisierung von Alternativen.[109] Diese produktiven und repressiven Seiten diskursiver Macht, d. h. die positive, substanzielle Bedeutungszuschreibung und die Grenzziehung[110], sind untrennbar miteinander verbunden, wie Diez hervorhebt: „This power makes us understand certain problems in certain ways, and pose questions accordingly. It thereby limits

102 Vgl. Herschinger, Eva/Renner, Judith (2014): Einleitung: Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 9-14, hier S. 13.

103 Hajer, Maarten A./Versteeg, Wytske (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental Politics: Achievements, Challenges, Perspectives, in: Journal of Environmental Policy & Planning 7(3), S. 175-184, hier S. 176.

104 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44.

105 Vgl. ebenda.

106 Vgl. Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics, 2. Auflage, London, S. 112.

107 Diez, Thomas (1999): Die EU lesen: Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte, Opladen, S. 43.

108 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22.

109 Ebenda, S. 22-23; vgl. auch Deetz, Stanley A. (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization: Developments in Communication and the Politics of Everyday Life, Albany, S. 187-188.

110 Vgl. Diez, Thomas (2014): Setting the Limits: Discourse and EU Foreign Policy, in: Cooperation and Conflict 49(3), S. 319-333.

the range of alternative policy options, and enables us to take on others."[111] Es lässt sich grundsätzlich daher festhalten, dass die Handlungsfreiheit der Akteure im Policy-Prozess diskursiv ermöglicht, aber auch diskursiv vorstrukturiert und eingeschränkt wird, wie Milliken treffend zusammenfast:

> Throughout, discourses are understood to work to define and to enable, and also to silence and to exclude, for example, by limiting and restricting authorities and experts to some groups, but not others, endorsing a certain common sense, but making other modes of categorizing and judging meaningless, impracticable, inadequate or otherwise disqualified.[112]

Diskursimmanente disziplinierende Effekte[113] oder „unsichtbare Zwänge"[114] werden im Policy-Prozess etwa auch darin manifest, dass „sich vergleichsweise schnell ‚Wiederholungen' finden"[115], dass politische Debatten wenig sprachliche Variationen aufweisen, sondern im Gegenteil oft die gleichen Redewendungen immer wieder auftauchen, die dann auch als „abgedroschene Phrasen" oder „Floskeln" wahrgenommen werden. Auch hierin zeigt sich, dass Politiker und andere Akteure im EU-Policy-Prozess nicht einfach alles sagen können „that suits their immediate interests"[116], sondern effektive und legitime Argumente in der Politik diskursiv vorstrukturiert und begrenzt sind.[117]

Akteure äußern sich zudem oft routiniert ohne tiefgehende Reflexion und greifen bereits etablierte Redewendungen und griffige Erzählungen auf, die Maarten Hajer als *story-lines*[118] bezeichnet. Story-lines spielen im Policy-Prozess eine wichtige

---

111 Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 603.

112 Milliken (1999): The Study of Discourse in International Relations, S. 229.

113 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 57.

114 Schaper-Rinkel, Petra (2006): Die Macht von Diskursen: Europäisierung, Ökonomisierung und Digitalisierung der Telekommunikation, in: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalyse: Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, S. 223-237, hier S. 224. Vgl. auch Hajer/Versteeg (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental Politics, S. 181-182.

115 Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren: Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung, in: FQS Forum Qualitative Sozialforschung 8(2), abrufbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243 (letzter Zugriff: 10.7.2015).

116 Wæver, Ole (2009): Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 163-180, hier S. 165.

117 Vgl. u. a. ebenda; Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

118 Hier wird einheitlich die Schreibweise „story-line", wie von Hajer in „The Politics of Environmental Discourse" (2005), verwendet.

funktionale Rolle, da sie eine komplexe Umwelt in verständlicher Weise ordnen (Ordnungsfunktion), Zuständigkeiten und Lösungsmodelle legitimieren (Legitimationsfunktion) sowie divergierende Positionen integrieren und damit als Basis von Diskurskoalitionen fungieren können (Integrationsfunktion). Mit ihren story-lines tragen Akteure potenziell zur diskursiven Schließung einer Policy-Problematik bei bzw. auch zu einer spezifischen (Macht-)Ordnung.[119] Dass wir es aber in der Politik meist mit eng gesteckten diskursiven Möglichkeitsräumen zu tun haben, die auch die Strategien machtvoller Akteure wie der Kommission eingrenzen[120], ist eine grundlegende Erkenntnis der politikwissenschaftlichen Diskursforschung[121]. Diskurse also nicht nur in einem instrumentellen Sinne als Machtressourcen der Akteure zu begreifen, sondern auch ihre „constraining effects on political options"[122] ernst zu nehmen, ist prinzipiell für das Verständnis von EU-Policy-Prozessen von Bedeutung.[123] So wird der Blick hier auch darauf gerichtet, was nicht wirkungsvoll und legitim in europäischen (Energie-)Debatten gesagt werden kann, sondern ausgeschlossen bleibt. Bisher sind die „Schranken des Sagbaren"[124] und Grenzen legitimer Politik, die im Diskurs gesetzt werden,[125] speziell in der EU-Energieforschung jedoch kaum thematisiert worden.[126]

Die Rekonstruktion dieser produktiven und repressiven diskursiven Möglichkeitsbedingungen wird jedoch als relevant erachtet, um die Etablierung der EPE zu verstehen, da die EPE von sehr unterschiedlich positionierten Akteuren (wie etwa der polnischen Regierung, Greenpeace oder Vertretern der Energiewirtschaft) kritisiert und

---

119 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

120 Vgl. u. a. Biegón (2013): Specifying the Arena of Possibilities.

121 Vgl. u. a. ebenda; Wæver (2009): Discursive Approaches; Nullmeier, Frank (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 285-311.

122 Wæver (2009): Discursive Approaches, S. 165.

123 Vgl. ebenda; Diez (2014): Setting the Limits.

124 Diez (2014): Bedeutungen und Grenzen, S. 392.

125 Vgl. Diez (2014): Setting the Limits.

126 Vgl. Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration; Tosun/Biesenbender/Schulze (2015): Building the EU's Energy Policy Agenda, S. 3; vgl. für Beispiele aber Rothe, Delf (2016): Energy for the Masses? Exploring the Political Logics behind the Desertec Vision, in: Journal of International Relations and Development 19(3), S. 392-419; Teräväinen (2010): Political Opportunities and Storylines in Finish Climate Policy Negotiations; Scrase, Ivan J./Ockwell, David G. (2010): The Role of Discourse and Linguistic Framing Effects in Sustaining High Carbon Energy Policy: An Accessible Introduction, in: Energy Policy 38 (5), S. 2225-2233.

dennoch letztlich verabschiedet werden konnte. Es wird in dieser Studie argumentiert, dass sich die Etablierung der EPE, d. h. die Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, als Folge einer diskursiven Schließung der Energieproblematik um eine dominante story-line verstehen lässt, die unterschiedlich positionierte Akteure positiv ansprach bzw. vereinnahmte (produktive Dimension), aber auch alternative Positionen und Forderungen exkludierte (repressive Dimension). Nicht nur die produktiven Seiten, sondern auch die repressiven Seiten diskursiver Macht zu berücksichtigen, ermöglicht es, die Etablierung der EPE zu verstehen und zugleich für energiepolitische Alternativen zu sensibilisieren, die jenseits des EU-Energiediskurses durchaus propagiert werden.[127]

Es wird jedoch keine rein strukturzentrierte Diskursperspektive in Anlehnung an Foucault eingenommen. Denn ich konzentriere mich nicht allein auf die Rekonstruktion von Bedeutungsstrukturen, sondern auch auf die aktive Deutungsrolle von energiepolitischen Akteuren,[128] womit die Studie an die oben skizzierte Forschung zur EPE anschließt. Die Annahme, dass Akteure sich reflexiv zu den diskursiven Strukturen verhalten und mit ihren konkreten story-lines auch strategisch zur Reproduktion und Transformation einer diskursiven Ordnung beitragen, ist ein wesentliches Merkmal der eingenommenen *konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive*. So wird Politik hier auch als ein ständiger Kampf um Deutungshoheit bzw. „discursive hegemony"[129] betrachtet, in dem energiepolitische Akteure anstreben, eine bestimmte Deutung der Energieproblematik zu fixieren

127 Vgl. Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München; Leismann, Kirstin et al. (2012): Nutzen statt Besitzen: Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur, Berlin; Blühdorn, Ingolfur (2009): Locked into the Politics of Unsustainability, in: Eurozine, abrufbar unter: http://www.eurozine.com/articles/2009-10-30-bluhdorn-en.html (letzter Zugriff: 18.3.2015); Klein (2014): This Changes Everything; Slim, Assen (2013): The Impact of De-growth (la décroissance) on the Discourse of Sustainability, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 48-60; Hänggi, Marcel (2011): Ausgepowert: Das Ende des Ölzeitalters als Chance, Zürich; Eyre, Nick (2011): Demand Reduction and Low Carbon Supply: Friends or Enemies? Proceedings of Energy and People: Futures, Complexity and Challenges Conference, Oxford.

128 Vgl. hierzu auch Hajer/Versteeg (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental Politics, S. 177; Schwab-Trapp, Michael (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse: Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungsperspektiven, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 171-196, hier S. 183.

129 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 59.

und als allgemeingültig zu etablieren. Hierzu können sie auch diskursive Strategien einsetzen, wie in der EU-Energieforschung bereits überzeugend gezeigt wurde. Sie agieren dabei aber eben nie als „freie Gestalter", sondern ihre Möglichkeiten sind stets auch diskursiv bedingt,[130] was wiederum bisher kaum in der Forschungsliteratur zur EU-Energiepolitik und speziell zur EPE berücksichtig wurde.[131] Die eingenommene konstruktivistisch-diskursive Perspektive basiert somit nicht auf einem instrumentellen, sondern auf einem *konstitutiven Diskursverständnis*.[132] Das konstitutive Verhältnis von Akteur und Struktur – im Sinne der Strukturierungstheorie nach Giddens – wird hier auf der Ebene der diskursiven Bedeutungskonstitution analysiert.[133] Das heißt genauer, die Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen steht aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive im Fokus der Analyse. Der Mehrwert der eingenommenen Forschungsperspektive gegenüber instrumentellen und strukturzentrierten Ansätzen liegt somit darin, diese gegenseitige Konstituierung zu erfassen und damit die aktive Deutungsleistung der Akteure und die diskursive Bedingtheit von Politik in den Blick zu nehmen.

4 Spezifizierung der Forschungsfrage und Gliederung

Die anfangs formulierte Forschungsfrage, wie sich die Etablierung der EPE verstehen lässt, wird in dieser Studie also speziell mit Blick auf die diskursiven Möglichkeitsbedingungen untersucht. Genauer wird die *Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und Artikulationen sozialer Akteure als Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE* rekonstruiert. Im folgenden Kapitel II lege ich hierzu die theoretischen Grundlagen genauer dar und erläutere die analytische Umsetzung der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive. Im Hinblick auf die

130 Vgl. Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 255.

131 Vgl. Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration; Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (2015): Building the EU's Energy Policy Agenda: Insights Gained, in: Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London, S. 247-263, hier S. 258-259.

132 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.3; vgl. auch Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, S. 199.

133 Vgl. Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 603; vgl. auch Diez (2014): Setting the Limits.

konstruktivistischen Grundannahmen dient die Theoriedebatte der Internationalen Beziehungen (IB) als Hauptreferenzpunkt. Über die zentrale Rolle von Sprache im Prozess der Wirklichkeitskonstruktion wird eine Brücke zu diskurstheoretischen Ansätzen geschlagen. In Auseinandersetzung mit diesen theoretischen Strömungen und ihren Anwendungsformen in der europäischen Integrationsforschung wird dann die eingenommene konstruktivistisch-diskursive Perspektive spezifiziert. Zur analytischen Umsetzung dieser Forschungsperspektive greife ich auf Konzepte mittlerer Reichweite aus der diskursiven Policy-Forschung zurück. Insbesondere die von Maarten Hajer entwickelten Konzepte der story-lines und Diskurskoalitionen[134] werden in der vorliegenden Studie für die Analyse von EU-Policy-Prozessen genutzt und leiten als „sensibilisierende Konzepte"[135] die empirische Untersuchung der Energiepolitik für Europa an.

Die methodische Vorgehensweise erläutere ich im Kapitel III, wobei ich mich insbesondere auf Verfahrensvorschläge aus der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) nach Reiner Keller sowie der konstruktivistischen Grounded Theory nach Kathy Charmaz beziehe. Mit dem Ziel der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit werden in diesem Kapitel aber nicht nur die methodologischen Grundlagen der qualitativ-interpretativen Sozialforschung dargelegt, sondern ich beschreibe ganz konkret die Vorgehensweise bei der Datenerhebung und Datenauswertung. Der Schwerpunkt der empirischen Untersuchung, deren Ergebnisse dann im Kapitel IV präsentiert werden, liegt auf der Rekonstruktion der diskursiven Strukturen, d. h. des diskursiven Repertoires energiepolitischer story-lines, sowie der Diskursstrukturierung vor den Verhandlungen des Energie- und Klimapakets. Ziel ist es

134 Vgl. Hajer, Maarten A. (1993): Discourse Coalition and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 43-76; vgl. auch: Hajer, Maarten A. (2003): A Frame in the Fields: Policymaking and the Reinvention of Politics, in: Hajer, Maarten A./Wagenaar, Hendrik (Hrsg.): Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society, Cambridge, S. 88-110; Hajer, Maarten A. (2006): Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning, in: van den Brink, Margo/Metze, Tamara (Hrsg.): Words Matter in Policy and Planning: Discourse Theory and Method in the Social Sciences, Utrecht, S. 65-74; Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Janning, Franz/Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden und Anwendungen, Wiesbaden, S. 211-222; Hajer, Maarten A. (2010): Argumentative Diskursanalyse: Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 271-298.

135 Kelle, Udo/Susann, Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 30.

aufzuzeigen, wie sich im Laufe des Policy-Prozesses in den Jahren 2005 bis 2007 eine tragfähige diskursive Schließung der Energieproblematik herausgebildet hat, die auch im Zuge der Verhandlungen des Energie- und Klimapakets im Jahr 2008 nicht mehr aufgebrochen wurde. Im abschließenden Kapitel V folgen eine Zusammenfassung der empirischen Untersuchungsergebnisse sowie eine Diskussion zur politischen und theoretischen Relevanz dieser Forschungsergebnisse jenseits der Etablierung der Energiepolitik für Europa.

II Theoretische Grundlagen und Forschungsperspektive

Im Zuge der „konstruktivistischen Wende" in der Disziplin der Internationalen Beziehungen[136] haben konstruktivistische Ansätze auch Eingang in die europäische Integrationsforschung gefunden. Trotz einer verbindenden Kritik an etablierten (d. h. meist rationalistischen) Integrationstheorien lässt sich aber nicht von dem Konstruktivismus sprechen; insbesondere werden sozialkonstruktivistische und diskursive bzw. poststrukturalistische Ansätze als abgrenzbare Forschungsperspektiven rezipiert.[137] Die Fragmentierung der konstruktivistischen Integrationsforschung zeigt sich nicht zuletzt in der gängigen Unterscheidung zwischen sogenannten „moderaten" (d. h. sozialkonstruktivistischen) und sogenannten „radikalen" (d. h. diskursiven/poststrukturalistischen) Konstruktivisten.[138] Jedoch wird die geringe forschungspraktische Kooperation bzw. das „infighting"[139] zwischen diesen „kon-

136 Vgl. Checkel, Jeffrey T. (1998): The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50(2), S. 324-348.

137 Vgl. u. a. Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 145; Hansen, Lene (2006): Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War, London/New York, S. 4; Checkel, Jeffrey T. (2006): Constructivism and EU Politics, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 57-76, hier S. 58.

138 Vgl. u. a. Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 528-544; Checkel (2006): Constructivism and EU Politics; Schwellnus, Guido (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 321-345; Wæver (2009): Discursive Approaches, S. 163-180; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration; Kurki, Milja (2008): Causation in International Relations: Reclaiming Causal Analysis, Cambridge, S. 128.

139 Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 128.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3_2

struktivistischen Lagern" auch bemängelt.[140] So plädiert Checkel zum Beispiel für ein „bridge building – not between rational choice and constructivism, but *within* the community of constructivist scholars studying Europe"[141].

Ohne die grundlegenden theoretischen Divergenzen bestreiten zu wollen, die eine differenzierte Positionierung notwendig machen, lassen sich dennoch Ergänzungspotenziale ausmachen, die zur Beantwortung der hier gestellten Forschungsfrage nach der Etablierung der Energiepolitik für Europa (EPE) entscheidend beitragen können. Denn durch den Rückgriff auf „radikale" und „moderate" konstruktivistische Ansätze wird sowohl die diskursive Bedingtheit europäischer Politik ernst genommen als auch die Deutungsleistung sozialer Akteure im EU-Policy-Prozess.[142] Die Zusammenführung dieser Ansätze zu einer *konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive* ermöglicht es somit, rein struktur- oder akteurszentrierte Erklärungsansätze zu überwinden und stattdessen das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und aktualisierenden Artikulationen sozialer Akteure zur Beantwortung der Forschungsfrage in den Blick zu nehmen. „Kernthese" der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive ist demnach, dass im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und den Artikulationen der sozialen Akteure eine diskursive Schließung der Energieproblematik hergestellt wurde und diese die Etablierung der EPE ermöglicht hat. Denn mit der (temporären) diskursiven Schließung der Energieproblematik konnten konkurrierende Problemdefinitionen ausgegrenzt sowie energiepolitische Konflikte (zeitweise) unterdrückt bzw. eingehegt werden.[143] Die diskursive Schließung der Energieproblematik konstituiert somit – so das zentrale Argument der vorliegenden Arbeit – die *diskursive Möglichkeitsbedingung* für die Etablierung der EPE.

Für die „Übersetzung" dieser konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive in eine empirische Diskursanalyse kann auf ein mittlerweile sehr ausdifferenziertes Repertoire an Ansätzen der diskursiven Policy-Analyse[144] zurückgegriffen

---

140 Vgl. Klotz, Audie/Lynch, Cecelia (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations, London/New York, S. 22, S. 110-111; Checkel (2006): Constructivism and EU Politics; Klotz, Audie (2001): Can We Speak a Common Constructivist Language?, in: Fierke, Karin M./ Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): Constructing International Relations: The Next Generation, Armonk/London, S. 223-235.

141 Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 70, Hervorhebung im Original.

142 Vgl. hierzu auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 54-55.

143 Vgl. ebenda, S. 22-23; Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187-188.

144 Vgl. Fischer, Frank (2003): Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices, Oxford, S. vii; vgl. auch Wagenaar, Hendrik (2011): Meaning in Action: Interpretation and Dialogue in Policy Analysis, Armonk/London; Hajer, Maarten A./

werden. Primär nutze ich die konzeptionellen Vorschläge und analytischen Konzepte mittlerer Reichweite von Maarten Hajer und Reiner Keller, da diese Autoren nicht nur thematisch relevante Diskursanalysen im Bereich der Umweltpolitik durchgeführt und damit konkrete Anregungen für die diskursive Betrachtung der europäischen Energiepolitik geliefert haben, sondern ihren diskursanalytischen Ansätzen eine ähnlich gelagerte konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive zugrunde liegt.[145] Die theoretischen Grundlagen sowie auch die diskursanalytische Umsetzung der entwickelten Forschungsperspektive werden im Folgenden dargelegt.

1 Konstruktivismus in der europäischen Integrationsforschung

Die konstruktivistische Kernthese von der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit[146] gehört mittlerweile zum „common sense" der Sozialwissenschaften,[147] was sich auch in der prominenten Stellung konstruktivistischer Ansätze in der politikwissenschaftlichen Europaforschung widerspiegelt.[148] Die Publikation des Sonderheftes „The Social Construction of Europe" im Journal of European Public Policy markiert dabei so etwas wie die offizielle Einführung des Konstruktivismus in den integrationstheoretischen Kanon.[149] Im Zuge dessen sind die zuvor dominierenden theoretischen Trennlinien zwischen Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus immer mehr verblasst.[150] Die theoretische Kontroverse

---

Laws, David (2006): Ordering Through Discourse, in: Moran, Michael/Rein, Martin/Goodin, Robert E. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Public Policy, Oxford, S. 251-268.

145 Ich beziehe mich primär auf die grundlegenden Monographien der beiden Autoren: Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse; Keller, Reiner (2009): Müll: Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen, 2. Auflage, Wiesbaden.

146 Vgl. Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2010) [1969]: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie, 23. Auflage, Frankfurt am Main.

147 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 42; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 145.

148 Vgl. Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 58.

149 Christiansen, Thomas/Jørgensen, Knud Erik/Wiener, Antje (Hrsg.) (1999): Preface, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 527.

150 Pollack, Mark A. (2006): Rational Choice and EU Politics, in Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics,

in der Europaforschung dreht sich seit Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr hauptsächlich um die Bedeutung einzelner Akteursgruppen (Staaten oder supranationale Akteure) und ihrer jeweiligen Präferenzen und Interessen, sondern auch um die Frage, inwiefern ideelle Faktoren das Verhalten von Akteuren und den Verlauf des Integrationsprozesses sowie die Entwicklung von Politikfeldern auf europäischer Ebene beeinflussen.[151]

Das heißt, die Analyse des europäischen Einigungsprozesses wurde infolge der konstruktivistischen Wende nicht mehr allein von rationalistischen Ansätzen geprägt, „die die Präferenzen und Interessen exogenisieren und Politikergebnisse aufgrund von materiellen bzw. machtpolitischen Faktoren erklären"[152], sondern der Prozess der Integration wird verstärkt mit Rückgriff auf ideelle Faktoren interpretiert und rekonstruiert.[153] Trotz der zentralen Stellung, die ideenorientierte Ansätze in der konstruktivistischen Integrationsforschung einnehmen, erscheint es jedoch zu verkürzt, die konstruktivistische Wende als eine Abwendung von Interessen und eine Hinwendung zu Ideen zu verstehen.[154] Denn bereits seit den 1970er-Jahren, also lange bevor die Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte die Integrationsforschung erreichte, besteht mit der Untersuchung von europapolitischen „Leitbildern" ein ideenorientierter Ansatz in der Integrationsforschung.[155] Auch in klassischen Integrationstheorien, die zumindest implizit im Rationalismus verankert sind, werden ideelle Faktoren im Prozess der europäischen Einigung thematisiert.[156] Zum Beispiel sieht Haas den Prozess einer Loyalitätsverschiebung von der nationalen auf die supranationale Ebene als einen entscheidenden Indikator für politische In-

---

London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 31-55, hier S. 44.

151 Vgl. Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): Regieren und Institutionenbildung, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 11-46, hier S. 11; Pollack, Mark A. (2001): International Relations Theory and European Integration, in: Journal of Common Market Studies 39(2), S. 221-244.

152 Börzel, Tanja A. (1997): Zur (Ir-)Relevanz der ‚Postmoderne' für die Integrationsforschung: Eine Replik auf Thomas Diez Beitrag ‚Postmoderne und europäische Integration', in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4(1), S. 125-137, hier S. 129.

153 Vgl. Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 537; Scholl, Bruno (2006): Die symbolische Verfassung: Nationale Verfassungstraditionen und die Konstitutionalisierung der EU, Wiesbaden, S. 62-63.

154 Vgl. Klotz/Lynch (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations, S. 4.

155 Vgl. Schneider, Heinrich (1977): Leitbilder der Europapolitik: Der Weg zur Integration, Bonn.

156 Vgl. Risse (2009): Social Constructivism and European Integration.

tegration.[157] Ein auf Ideen reduziertes Verständnis konstruktivistischer Forschung ist daher nicht angemessen, wie auch Klotz und Lynch argumentieren: „Perhaps due to a (misplaced) tendency to equate all work on ‚ideas' with constructivism, researchers often seem unsure what concepts and methods to apply."[158]

Was konstruktivistische Ansätze wesentlich von anderen unterscheidet, bleibt in der Forschungspraxis tatsächlich oft ungenau definiert. Auch ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung des Sonderheftes „The Social Construction of Europe" konstatierte Thomas Risse, dass eine „considerable confusion in the field of European studies as to what precisely constitutes social constructivism"[159] besteht. Diese „Verwirrung"[160] zeigt sich zum Beispiel darin, dass der Konstruktivismus teils auch als eine substanzielle Integrationstheorie präsentiert wird.[161] Der Konstruktivismus beinhaltet aber keine konkreten Aussagen bzw. „empirisch gehaltvolle Annahmen"[162] über den Prozess der Integration, sondern ist eine Metatheorie, die eine „specific analytical orientation"[163] impliziert. Das heißt, bestimmte epistemologische und ontologische Grundannahmen werden auf die Analyse des europäischen Integrationsprozesses übertragen, wodurch eine alternative Sichtweise auf den Untersuchungsgegenstand „EU" ermöglicht wird.

> Crucial aspects of the integration process – polity formation through rules and norms, the transformation of identities, the role of ideas and the *uses of language* – are thereby opened up to systematic inquiry.[164]

---

157 Vgl. Haas, Ernst B. (1968): The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950–1957, 2. Auflage, Stanford. Vgl. auch Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 147; Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 530.

158 Klotz/Lynch (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations, S. 4.

159 Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 144.

160 Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen: Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 99-132, hier S. 100.

161 Vgl. für eine Kritik Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 530; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 144.

162 Risse (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen, S. 101.

163 Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 57.

164 Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, Abstract, S. 528.

Die heute zu verzeichnende Popularität konstruktivistischer Ansätze in der Integrationsforschung[165] ist allerdings nicht allein mit theoretischer Neuorientierung zu erklären, sondern auch ganz konkrete politische Entwicklungen haben die Verbreitung befördert: Das Ende des Kalten Krieges und die anschließende Osterweiterung der Europäischen Union sowie die interne Politisierung des europäischen Integrationsprozesses im Umfeld des Vertrags von Maastricht, die das Ende des sogenannten „permissiven Konsenses"[166] einläutete, sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben.[167] Einerseits konnten klassische (d. h. meist rationalistische) Integrationstheorien diese Entwicklungen nur inadäquat erklären, andererseits rückten auch normative Fragen nach der Legitimität europäischen Regierens oder die Frage nach der Beschaffenheit und politischen Relevanz einer europäischen Identität stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses.[168] Die Etablierung konstruktivistischer Forschungsansätze lässt sich somit auch mit einem erweiterten Erkenntnisinteresse der Europaforschung erklären. Die vorliegende Untersuchung der EPE reiht sich in die bisherige konstruktivistische Europaforschung insofern ein, als auch hier nicht primär nach den materiellen Interessen der Akteure als unmittelbare Erklärungsfaktoren gefragt wird, sondern nach den ideellen Faktoren bzw. genauer den diskursiven Möglichkeitsbedingungen für die Etablierung der EPE.

Auch wenn die Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen (IB) für die Rezeption konstruktivistischer Ansätze in der Europaforschung prägend ist, so soll hier zumindest kurz für den weiteren wissenschaftlichen Kontext des konstruktivistischen Denkens sensibilisiert werden. Der Konstruktivismus speist sich aus einer Vielzahl von Quellen, aus wissenschaftstheoretischen[169] und wissenssozio-

165 Vgl. Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 58.

166 Vgl. grundlegend Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (1970): Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Englewood Cliffs.

167 Vgl. u. a. Diez, Thomas/Wiener, Antje (2009): Introducing the Mosaic of Integration Theory, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 1-22, hier 10-11; Schwellnus (2006): Sozialkonstruktivismus, S. 321.

168 Vgl. Diez/Wiener (2009): Introducing the Mosaic of Integration Theory, S. 10-11; Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe.

169 Vgl. Glaserfeld, Ernst von (1997): Radikaler Konstruktivismus: Ideen, Ergebnisse, Probleme, Frankfurt am Main; für einen Überblick der wissenschaftstheoretischen Debatte vgl. Meidl, Christian N. (2009): Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen, Wien/Köln/Weimar, S. 221-269.

logischen[170] Ansätzen, und wird dadurch je nach disziplinärem Kontext auch sehr unterschiedlich interpretiert und akzentuiert.[171] Dennoch lässt sich grundsätzlich zwischen naturalistischen und kulturalistischen Varianten des Konstruktivismus unterscheiden.[172]

> Naturalistische Konstruktivisten beschäftigen sich mit der Konstruktion von Wirklichkeit via Wahrnehmung, Gehirn, Bewusstsein oder Kognition, ihre Disziplinen sind die Biologie, die Physik und die Psychologie; kulturalistische Konstruktivisten beschäftigen sich mit der Konstruktion von Wirklichkeit via Sprache, Kommunikation, Medien, Kultur und Gesellschaft.[173]

Eine Art Gründungsdokument der naturalistisch-konstruktivistischen Strömung ist die Arbeit des Neurobiologen Humberto R. Maturana „Biology of Cognition" von 1970.[174] Hierin steht der trivial klingende Leitsatz: „Alles, was gesagt wird, wird von einem Beobachter gesagt."[175] Damit wird aber die erkenntnistheoretische Position Maturanas und auch der konstruktivistischen Denkschule insgesamt auf den Punkt gebracht. Denn es wird nicht die Existenz einer Außenwelt an sich geleugnet, sondern lediglich die „voraussetzungsfreie Erkennbarkeit dieser äußeren Welt"[176]. Aus konstruktivistischer Perspektive (naturalistisch und kulturalistisch) wird angenommen, dass jeder Akt des Erkennens auf Konstruktionen und nicht auf

---

170 Vgl. für den wissenssoziologischen Sozialkonstruktivismus Schütz, Alfred (1974) [1932]: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Wien; Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit; für die Strömung des „Laborkonstruktivismus" vgl. Knorr-Cetina, Karin (1984): Die Fabrikation von Erkenntnis: Zur Anthropologie der Naturwissenschaften, Frankfurt am Main; Latour, Bruno/Woolgar, Steve (1979): Laboratory Life: The Social Construction of Scientific Facts, Beverly Hills.

171 Vgl. Foerster, Heinz von / Glaserfeld, Ernst von/Hejl, Peter M. (2006): Einführung in den Konstruktivismus, München; Knoblauch, Hubert/Schnettler, Bernt (2007): Konstruktivismus, in: Buber, Renate/Holzmüller, Harmut H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung: Methoden, Konzepte, Analysen, Wiesbaden, S. 128-135; Pörksen, Bernhard (2011): Eine Einführung, in: Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Schlüsselwerke des Konstruktivismus, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 13-28, hier S. 16-20.

172 Vgl. Meidl (2009): Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen, S. 222-225; Pörksen (2011): Eine Einführung, S. 15.

173 Weber, Stefan (2002): Konstruktivismus und Non-Dualismus, Systemtheorie und Distinktionstheorie, in: Scholl, Armin (Hrsg.): Systemtheorie und Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft, Konstanz, S. 21-36, hier S. 23.

174 Vgl. Pörksen (2011): Eine Einführung, S. 13.

175 Humberto R. Maturana zitiert nach ebenda.

176 Ebenda, S. 14.

der genauen Übereinstimmung mit einer externen Wirklichkeit – also nicht auf der Korrespondenztheorie der Wahrheit – beruht.[177] Neben diesen epistemologischen Fragen beschäftigen sich v. a. kulturalistische Varianten des Konstruktivismus, wie der Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann[178], mit der Konstruktion von Wirklichkeit selbst,[179] sie argumentieren also primär ontologisch. Als kleinster gemeinsamer Nenner konstruktivistischer Forschung kann daher am ehesten das Interesse an „konstruktive[n] Prozesse[n]"[180] benannt werden.

Es handelt sich beim Konstruktivismus also nicht um eine einheitliche Denkschule, was die „Suche nach den argumentativen Grundlagen oder den historischen Ursprüngen des Konstruktivismus schier unmöglich macht."[181] Aus der hier relevanten europawissenschaftlichen Perspektive lassen sich die Ursprünge jedoch recht klar in der Disziplin der IB verorten.[182] Die in dieser Arbeit angewendeten konstruktivistischen Ansätze reflektieren auch diesen spezifischen disziplinären Kontext; die Theoriedebatte der IB dient hier somit auch als Referenzpunkt für die weitere Auseinandersetzung mit konstruktivistischen Ansätzen und theoretischen Grundannahmen. In der für die IB üblichen Tradition der großen Debatten[183] wurden konstruktivistische Ansätze zunächst in Abgrenzung zu bestehenden (meist rationalistischen) Theorien der Internationalen Beziehungen (u. a. Realismus, Neorealismus, Institutionalismus und Liberalismus) rezipiert, wobei insbesondere über die Rolle und Beschaffenheit von Institutionen in der internationalen Politik kontrovers diskutiert wurde.[184] Kratochwil und Ruggie machten dabei auch auf die metatheoretischen Widersprüche der gängigen Regimetheorie aufmerksam:

> Hence, the ontology of regimes rests upon a strong element of intersubjectivity. Now, consider the fact that the prevailing epistemological position in regime analysis is

177 Vgl. ebenda.

178 Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit.

179 Vgl. Collin, Finn (2008): Konstruktivismus für Einsteiger, Paderborn, S. 23-26.

180 Flick, Uwe (2008): Konstruktivismus, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, Reinbek, S. 150-164, hier S. 151.

181 Meidl (2009): Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen, S. 222.

182 Vgl. Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 57.

183 Vgl. Wight, Colin (2002): Philosophy of Social Science and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 23-51.

184 Vgl. Keohane, Robert O. (1988): International Institutions: Two Approaches, in: International Studies Quarterly 32(4), S. 379-396.

> almost entirely positivistic in orientation. Before it does anything else, positivism posits a radical separation of subject and object. It then focuses on the 'objective' forces that move actors in their social interactions. Finally, intersubjective meaning, where it is considered at all, is inferred from behavior. Here, then, we have the most debilitating problem of all: epistemology fundamentally contradicts ontology![185]

Diese grundlegende Kritik an bestehenden Theorien der internationalen Beziehungen sowie die Hinwendung zu interpretativen epistemologischen Positionen zählen zu den Markenzeichen verschiedenster theoretischer Strömungen, die von Keohane zunächst unter dem Label „reflektivistisch" zusammengefasst wurden.[186] In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre setzte sich dann der Begriff des Konstruktivismus auch in den IB durch.[187] Zudem veränderte sich auch die tradierte duale Debattenstruktur der Disziplin.[188] Denn der Konstruktivismus wird oft als eine Art „mediator"[189] oder „middle ground"[190] zwischen den Polen Reflektivismus (d. h. poststrukturalistische Ansätze) und Rationalismus (d. h. etwa Neorealismus, Liberalismus, Institutionalismus) betrachtet. Der sogenannte konstruktivistische „middle ground" ist aber kein homogener Ort,[191] sondern ein weites theoretisches Feld, in dem sich verschiedene Positionen einnehmen lassen.[192] Ein Fazit an dieser

185 Kratochwil, Friedrich V./Ruggie, John Gerard (1986): International Organization: A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization 40(4), S. 753-775, hier S. 764, Hervorhebung im Original.

186 Keohane (1988): International Institutions, S. 382. Vgl. aber Adler, Emanuel (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3(3), S. 319-363, hier S. 320.

187 Vgl. Ulbert, Cornelia (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2.Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 409-440, hier S. 412.

188 Vgl. Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 133-159, hier S. 137.

189 Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 536.

190 Adler (1997): Seizing the Middle Ground.

191 Vgl. Zehfuß, Maja (1998): Sprachlosigkeit schränkt ein: Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5(1), S. 109-137, hier S. 128; Zehfuss, Maja (2002): Constructivism in International Relations: The Politics of Reality, Cambridge, S. 5; Diez (1998): Perspektivenwechsel; Guzzini, Stefano/Leander, Anna (2006): Constructivism and International Relations: Alexander Wendt and His Critics, London/New York.

192 Vgl. u. a. Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 536.

Stelle lautet also, dass es *den* Konstruktivismus auch in den IB und der Europaforschung nicht gibt. Vor diesem Hintergrund kann hier eben auch kein erschöpfender Überblick der konstruktivistischen Forschungslandschaft gegeben werden[193], sondern ich gehe im Folgenden lediglich auf die für diese Arbeit grundlegenden konstruktivistischen Annahmen ein.

1.1 Kausale und konstitutive Erklärung

In den Internationalen Beziehungen ist die Reflexion über die Epistemologie(n) der Disziplin als große „Dritte Debatte"[194] bekannt. Diese Debatte, die zunächst hauptsächlich im anglo-amerikanischen Raum geführt wurde, richtete sich dort auch gegen die Dominanz (neo-)realistischer Forschung, aber mehr noch ging es um eine umfassende und kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Grundannahmen der wissenschaftstheoretischen Denkschule des Positivismus, weshalb sie eben auch als Kontroverse zwischen Positivisten und Post-Positivisten rezipiert wird.[195] Ein zentraler Argumentationsstrang in dieser Debatte dreht sich um die Grundsatzfrage, ob und inwiefern sich die Sozialwissenschaften am Modell der Naturwissenschaften oder an Prinzipien der Geisteswissenschaften orientieren sollten. Etwas konkreter formuliert geht es dabei v. a. auch um die Frage, ob sozialwissenschaftliche Forschung Phänomene erklären sollte oder ob es darum geht, soziale Phänomene zu verstehen nach dem bekannten Leitsatz Wilhelm Diltheys: „Die Natur erklären wir, das Seelenleben verstehen wir."[196] Die traditionsreiche „Erklären- vs. Verstehen-Kontroverse" wurde von Martin Hollis und Steve Smith

193 Vgl. hierfür u. a. Schwellnus (2006): Sozialkonstruktivismus, S. 321-345; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration; Checkel (2006): Constructivism and EU Politics.

194 Vgl. Mayer, Peter (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen: Anmerkungen zum Stand der „Dritten Debatte", in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 47-97; Wendt, Alexander (1998): On Constitution and Causation in International Relations, in: Review of International Studies 24(Sonderheft: The Eighty Years' Crisis 1919–1999), S. 101-118, hier S. 101.

195 Vgl. Wight (2002): Philosophy of Social Science, S. 33.

196 Zitiert nach Johach, Helmut (2013): Diltheys Theorie der Geisteswissenschaften: Programmatik und Bedeutung für die Gegenwart, in: Schlotz, Gunter (Hrsg.): Diltheys Werk und die Wissenschaften: Neue Aspekte, Göttingen, S. 113-129, hier S. 117.

Anfang der 1990er-Jahre in die IB-Debatte eingeführt.[197] Die von ihnen vertretene „two story thesis"[198] ist seither als strukturierendes Element epistemologischer Debatten etabliert.[199]

> One story is an outsider's, told in the manner of a natural scientist seeking to explain the workings of nature and treating the human realm as part of nature. The other is an insider's, told so as to make us understand what the events mean, in a sense distinct from any meaning found in unearthing the laws of nature.[200]

Die positivistische „Outsider-Perspektive" des Erklärens, wie sie v. a. in den Naturwissenschaften vorherrscht, aber auch in den Sozialwissenschaften eine starke Position einnimmt, setzt sich aus zwei zentralen Elementen zusammen: zum einen aus dem sogenannten Hempel-Oppenheim-Modell (auch deduktiv-nomologische Erklärung oder Covering-Law-Erklärung genannt) und zum anderen aus dem von David Hume entwickelten Kausalitätsbegriff. Ersteres besagt, dass eine wissenschaftliche Erklärung nur dann gegeben ist, wenn ein Sachverhalt „unter eines oder mehrere Gesetze subsumiert werden kann"[201]. Das heißt, Wissenschaft dreht sich demnach v. a. um das Testen und Überprüfen von (Gesetzes-)Hypothesen.

Zudem prägt das Humesche Verständnis von Kausalität weiterhin maßgeblich die Erklärungsperspektive in den Sozialwissenschaften.[202] Entsprechend ist ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Forschung, auch in der politikwissenschaftlichen Europaforschung, (implizit oder explizit) auf die Untersuchung von kausalen Zusammenhängen zwischen Variablen ausgerichtet mit dem Ziel einer systematischen Kausalerklärung politischer Phänomene.[203] Nicht jede mögliche Erklärung für ein Politikereignis zählt dabei in der empiristisch-positivistischen Tradition jedoch als wissenschaftliche Kausalerklärung. Folgende Kriterien müssen zunächst erfüllt sein, damit man von einem Kausalzusammenhang ausgehen kann: Eine Ursache, d. h. ein direkt beobachtbares Ereignis A, muss einem direkt beobachtbaren Ereignis B, der Wirkung, zeitlich vorausgehen. A und B sind unabhängig voneinander und befinden sich in räumlich-zeitlicher Nähe. Zentrales Kriterium ist jedoch, dass B

197 Hollis, Martin/Smith, Steve (1990): Explaining and Understanding in International Relations, New York.

198 Wight (2002): Philosophy of Social Science, S. 32.

199 Vgl. Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations, S. 101.

200 Hollis/Smith (1990): Explaining and Understanding, S. 1.

201 Mayer (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen, S. 57.

202 Vgl. Kurki (2008): Causation in International Relations.

203 Vgl. King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sidney (1994): Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton.

regelmäßig auf A folgt. Nur über die empirische Beobachtung von Regelmäßigkeiten lässt sich schließen, dass B nicht ohne A stattgefunden hätte, dass A also die Ursache von B ist.[204] In dieser radikal empiristischen Variante wird die Untersuchung von Kausalzusammenhängen in den Sozialwissenschaften, insbesondere von Forschern in der interpretativen Tradition der Hermeneutik, als nicht angemessen für die Analyse komplexer sozialer Phänomene zurückgewiesen.[205]

Grundsätzlich spiegelt sich diese skeptische Haltung auch in der konstruktivistischen IB- und Europaforschung wider,[206] da die empirische Beobachtung von Regelmäßigkeiten nicht zuletzt die unmittelbare und „voraussetzungsfreie Erkennbarkeit der äußeren Welt"[207] impliziert und somit der konstruktivistischen Erkenntnistheorie deutlich widerspricht. Gerade auch Covering-Law-Erklärungen und die deterministische Annahme – „given regularities, when A, then B"[208] – werden als unangemessen für den Untersuchungsgegenstand, d. h. komplexe politische und soziale Phänomene, betrachtet.[209] Trotz dieser allgemein kritischen Haltung gibt es aber, gerade was den Erklärungsanspruch konstruktivistischer Forschung betrifft, durchaus divergierende Ansichten. So wird v. a. die Frage, ob „kausale Erklärungen in den Sozialwissenschaften möglich"[210] sind, auch unter Konstruktivisten als zentraler Streitpunkt rezipiert.[211] Laut Wight wird der Gegensatz von positivistischen und post-positivistischen Ansätzen in den IB insgesamt letztlich an „the issue of causation"[212] festgemacht.[213] Während post-positivistische Vertreter Kausalerklärungen weitgehend ablehnen, halten jene Konstruktivisten, die einen „breit

204 Vgl. Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 141-143; S. 35-40. Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations, S. 105; Mayer (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen, S. 57-58.

205 Vgl. Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 69.

206 Vgl. z. B. Klotz (2001): Can We Speak a Common Constructivist Language?, S. 232; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 145.

207 Pörksen (2011): Eine Einführung, S. 14.

208 Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 38.

209 Vgl. Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 145.

210 Risse (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen, S. 103.

211 Vgl. Klotz/Lynch (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations; Risse (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen; Klotz (2001): Can We Speak a Common Constructivist Language?, S. 231; Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 60.

212 Wight (2002): Philosophy of Social Science, S. 37.

213 Vgl. hierzu auch ausführlich Kurki (2008): Causation in International Relations.

verstandenen Positivismus"[214] vertreten, am Ziel der Kausalerklärung jenseits von allgemeingültigen Gesetzen und den strikten empiristischen Kriterien Humes fest,[215] insbesondere mit dem Verweis auf die Aufdeckung von Kausalmechanismen, wie etwa Alexander Wendt hervorhebt:

> Whereas the empiricist explains by generalizing about observable behavior, the realist explains by showing how the (often unobservable) causal mechanisms which make observable regularities possible *work*.[216]

Wendt entwickelt mit Rückgriff auf den kritischen Realismus (critical realism) einen alternativen Ansatz zu streng positivistischen Erklärungsansätzen, die sich ausschließlich auf empirisch direkt wahrnehmbare Faktoren konzentrieren. Zudem erweitert Wendt den Erklärungsbegriff, indem er neben klassisch-positivistischen Kausalerklärungen und der Untersuchung von Kausalmechanismen auch *konstitutive Erklärungen* als wissenschaftlich relevant definiert.[217] Bei letzteren geht es nicht darum, Warum-Fragen mit Blick auf Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, sondern Was-Fragen und/oder Wie-ist-es-möglich-Fragen (d. h. How-possible-Fragen) zu beantworten. Diesem konstitutiven Erklärungsansatz liegen andere Annahmen als der von Hume geprägten Kausalerklärung zugrunde. Denn es wird davon ausgegangen, dass A und B zeitgleich existieren, da A konstituiert, was B ist, bzw. das gleichzeitige Vorhandensein von A ermöglicht die Existenz von B. Damit bleibt aber die Annahme relevant, nach der B nicht aufgetreten wäre, ohne dass A stattgefunden hätte[218] bzw. wie es Wendt formuliert:

> […] the answers to constitutive questions must support a counterfactual claim of necessity, namely that in the absence of the structures to which we are appealing the properties in question would not exist.[219]

---

214 Mayer (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen, S. 66.

215 Vgl. Risse (2009): Social Constructivism and European Integration, S. 145.

216 Wendt, Alexander (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41(3), S. 335-370, hier S. 354, Hervorhebung im Original.

217 Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations, S. 108 und 117.

218 Vgl. Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Von den Höhen der Theorie in die Niederung der methodischen Empirie, Papier für die Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Mannheim, abrufbar unter: http://inef.uni-due.de/igapha/papers/ulbert_2005.pdf (letzter Zugriff: 18.2.2010), S. 12.

219 Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations, S. 105-106.

Durch die weitgehende Loslösung des Erklärungsansatzes von positivistischen Elementen (d.h. Covering-Law-Erklärungen und der Humeschen Kausalerklärung) wird ein Raum für post-positivistische Erklärungen von Phänomenen der internationalen und europäischen Politik eröffnet. Die vorliegende Arbeit knüpft an diesen erweiterten Begriff der konstitutiven Erklärung politischer Phänomene an[220], wie ich im Abschnitt 3.2 noch genauer erläutern werde. Nach dieser ersten epistemologischen Verortung im post-positivistischen Spektrum der konstruktivistischen Europaforschung wird im Folgenden zunächst noch auf die ontologischen Kernprämissen des Konstruktivismus sowie auf diskurstheoretische Annahmen eingegangen, die meine Forschungsperspektive wesentlich prägen.

1.2 Dualität der Struktur

Als gemeinsamer „ontological starting point"[221] konstruktivistischer Forschung wird oft die Annahme von der gegenseitigen Konstituierung von Struktur und Akteur genannt. In den IB und damit auch in der europäischen Integrationsforschung ist diese soziologisch fundierte Prämisse insbesondere durch den Aufsatz von Alexander Wendt „The Agent-Structure Problem in International Relations Theory" in den Fokus gerückt.[222] Hier werden die gängigen Herangehensweisen an das Akteur-Struktur-Problem kritisiert, nämlich soziale Phänomene entweder in Bezugnahme auf Strukturen (Strukturalismus) oder in Bezugnahme auf Akteure und ihre individuellen Merkmale bzw. Fähigkeiten, Interessen etc. (Individualismus) zu erklären. Nach Wendt sind beide Ansätze für sich genommen nicht hinreichend, um die Komplexität und Dynamik internationaler Politik zu erfassen. Mit Rückgriff auf die Strukturierungstheorie von Anthony Giddens soll dieser Dualismus überwunden werden.[223] Die Strukturierungstheorie eröffnet eine alternative Betrachtung des Akteur-Struktur-Problems, sozusagen einen theoretischen „dritten Weg". Fundamental für die Theorie der Strukturierung ist dabei das Konzept der Dualität von Struktur, das Giddens wie folgt beschreibt:

---

220 Vgl. hierzu auch Kratochwil, Friedrich V. (2008): Constructivism: What It Is (Not) and How It Matters, in: Della Porta, Donatella/Keating, Michael (Hrsg.): Approaches and Methodologies in the Social Sciences, Cambridge, S. 80-98, hier S. 94.

221 Klotz/Lynch (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations, S. 12.

222 Wendt (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory.

223 Vgl. dazu auch Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 534.

> The constitution of agents and structures are not two independently given sets of phenomena, a dualism, but represent a duality. According to the notion of the duality of structure, the structural properties of social systems are both medium and outcome of the practices they recursively organize.[224]

In Anlehnung an Giddens wird demnach in der konstruktivistischen Europaforschung auch davon ausgegangen, dass Strukturen das Handeln von Akteuren ermöglichen und einschränken, Akteure aber gleichzeitig die jeweiligen Strukturen durch ihre Praktiken (re-)produzieren und auch verändern können. Letzteres setzt voraus, dass Handelnde nicht unwissentlich bzw. unbewusst und blind Strukturen reproduzieren, sondern sich reflexiv verhalten können. „Handelnde sind sich, wenn auch begrenzt, ihres Handelns bewusst."[225] Dennoch sind die strukturellen Momente sozialer Systeme „beyond the control of any individual actors"[226]. In der Strukturierungstheorie nehmen beide Analyseeinheiten somit den gleichen „ontologischen Status"[227] ein, das heißt, weder Akteure noch Strukturen werden grundsätzlich als gegeben betrachtet, sondern immer als „co-determined" bzw. als „mutually constituted entities"[228]. Die Prämisse der Dualität von Struktur impliziert zudem, dass Strukturen nicht nur als Ergebnis vergangener Prozesse betrachtet werden, sondern auch im Hinblick auf die sich hieraus ergebenden zukünftigen Handlungsspielräume zu analysieren sind.[229] Die rekursiven Wechselbeziehungen zwischen Strukturen und Handlungen in verschiedenen sozialen und politischen Kontexten zu erfassen, ist somit ein zentrales Ziel konstruktivistischer Forschung. Dies gilt auch für die vorliegende Arbeit, wobei hier die gegenseitige Konstituierung in Bezug auf das Verhältnis von diskursiven Strukturen und den Artikulationen der sozialen Akteure betrachtet wird.[230]

---

224 Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration, Cambridge, S. 25.

225 Vester, Heinz-Günter (2010): Kompendium der Soziologie III: Neuere soziologische Theorien, Wiesbaden, S. 157.

226 Giddens (1984): The Constitution of Society, S. 25.

227 Zehfuß (1998): Sprachlosigkeit schränkt ein, S. 111.

228 Wendt (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, S. 339.

229 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 206.

230 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.3.

1.3 Intersubjektive Wirklichkeitskonstruktionen

Konstruktivistische Ansätze basieren zudem auf dem ontologischen Grundkonsens, dass die „Wirklichkeit das Resultat intersubjektiver Konstruktionen ist“[231]. Die konstruktivistische Position einer sozialen Ontologie lässt sich daher klar von einer materialistischen Ontologie abgrenzen, nach der materielle Faktoren eine unmittelbare deterministische Wirkung entfalten. Dies bedeutet aber nicht, dass materielle Faktoren im Konstruktivismus per se als irrelevant eingestuft werden.

> […] constructivist insight is not that we replace ‘brute materialism’ with ‘brute idealism’ […]. Rather constructivism suggests that material forces must be understood through the social concepts that define their meaning for human life.[232]

Es wird, wie bereits ausgeführt, nicht die Existenz einer externen materiellen Realität an sich in Zweifel gezogen, sondern lediglich ihre „objektive“ Bedeutung sowie unmittelbare deterministische Wirksamkeit. Die zentrale konstruktivistische Frage lautet also nicht „whether material objects exist but how they become meaningful for us.“[233] Aus konstruktivistischer Perspektive besteht diese Bedeutung der Realität nämlich nicht a priori oder objektiv im Sinne der Korrespondenztheorie der Wahrheit, weshalb es relevant ist, nach den „Zulässigkeitsbedingungen verschiedener Realitätskonstruktionen“[234] zu fragen. Eine weitere zentrale Annahme ist dabei auch, dass eine Unterscheidung zwischen ideellen und materiellen Faktoren problematisch bzw. unmöglich ist, da auch letztere erst durch intersubjektive Konstruktionen ihre Bedeutung erhalten. So hat auch ein physisches Ereignis, wie z. B. ein Erdbeben, nicht eine objektive Bedeutung, sondern kann als ein natürliches Phänomen oder als Zornesäußerung Gottes konstruiert werden.[235] Phänomene werden also nicht in ihrer physischen Gegenständlichkeit sozial konstruiert, sondern lediglich in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Konstruktivisten sind keine Realisten, aber auch keine Idealisten. Sie fokussieren auf die *intersubjektive Wirklichkeitskonstruktion*. Die Intersubjektivitätsprämisse ist für die konstruktivistische Denkweise konstitutiv

231 Hülsse, Rainer (2003): Sprache ist mehr als Argumentation: Zur wirklichkeitskonstituierenden Rolle von Metaphern, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10(2), S. 211-246, hier S. 214.

232 Hurd, Ian (2010): Constructivism, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Relations, Oxford, S. 298-316, hier S. 301.

233 Epstein, Charlotte (2008): The Power of Words in International Relations: Birth of an Anti-Whaling Discourse, Cambridge, MA/London, S. 8.

234 Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 145.

235 Vgl. Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy, S. 108.

und impliziert, dass Wirklichkeit nicht einfach nach Lust und Laune individuell konstruiert und verändert werden kann.[236] Dieser Konstruktionsprozess verläuft nicht beliebig, sondern ist stets „an die Möglichkeiten des Handelns selber und an die Möglichkeiten derer [gebunden], die handeln"[237]. Hierbei spielen wiederum, so die zentrale These der vorliegenden Arbeit, insbesondere diskursive Möglichkeitsbedingungen eine entscheidende Rolle.[238]

Aufgrund der skizzierten sozialen Ontologie wird insbesondere in diskursiven Ansätzen, aber auch in den meisten konstruktivistischen Ansätzen ein simpler Dualismus von Ideen vs. Interessen als analytische Grundlage von Politik weitgehend abgelehnt.[239] Es wird so zum Beispiel nicht prinzipiell bestritten, dass Akteure (materielle) Interessen verfolgen: „Constructivism problematizes states and their interests […] but has not problem accepting that states generally pursue ‚interests'."[240] Entsprechend werden (individuelle) Interessen nicht als gegeben betrachtet, sondern es wird analysiert, wie diese Interessen entstehen, wie sie sich in ihrer Bedeutung konstituieren und wandeln. Interessen werden somit als soziale bzw. diskursive Konstruktionen verstanden, und als solche sind sie eben nicht exogen gegeben und fixiert, sondern wandelbar.[241] Allerdings erlangen soziale bzw. diskursive Konstruktionen, wie bestimmte Interessen, aber oft einen etablierten objektiven Status, insbesondere wenn sie sich in Routinen und Institutionen verfestigen.[242]

Genau diesen Prozess untersuchen Peter Berger und Thomas Luckmann im wissenssoziologischen Klassiker „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit"[243], denn sie fragen danach, „auf Grund welcher Vorgänge ein bestimmter Vorrat von ‚Wissen' gesellschaftlich etablierte ‚Wirklichkeit' werden konnte."[244] Sie nähern sich dem Konstruktionsprozess der Wirklichkeit aus zwei Richtungen, da

236 Vgl. Hall/Taylor (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, S. 8; Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 64.

237 Knoblauch, Hubert (2005): Wissenssoziologie, Konstanz, S. 154.

238 Der theoretische Rang von Sprache wird von Konstruktivisten aber durchaus unterschiedlich beurteilt. Vgl. für eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Thematik u. a. Zehfuß (1998): Sprachlosigkeit schränkt ein; Klotz (2001): Can We Speak a Common Constructivist Language?, S. 226.

239 Vgl. u. a. Epstein (2008): The Power of Words in International Relations, S. 11; Ulbert (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik.

240 Hurd (2010): Constructivism, S. 310.

241 Vgl. hierzu auch Kapitel II, Abschnitt 3.5.1.

242 Vgl. Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit; Adler (1997): Seizing the Middle Ground, S. 327.

243 Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit.

244 Ebenda, S. 3.

Gesellschaft für sie einen Doppelcharakter – als subjektive und objektive Wirklichkeit – besitzt.[245] Die Entstehung subjektiver Wirklichkeit wird v. a. durch Prozesse der Internalisierung sowie der primären und sekundären Sozialisation erfasst. Für die in dieser Arbeit untersuchten politischen Prozesse der Etablierung der EPE spielen jedoch insbesondere Mechanismen der Herstellung überindividueller „objektiver Wirklichkeit" eine entscheidende Rolle, nämlich Objektivierung, Institutionalisierung und Legitimierung. Im Folgenden wird die Funktion von Sprache in diesen Prozessen aufgezeigt, da hierin die zentrale theoretische Begründung für die Fokussierung auf sprachliche bzw. diskursive Mechanismen in der europäischen Energiepolitik liegt und auch die Verbindung zur Diskursforschung besteht.

1.4 Zur Funktion von Sprache im gesellschaftlichen Konstruktionsprozess

Laut Berger und Luckmann ist „Sprache […] das wichtigste Zeichensystem der menschlichen Gesellschaft."[246] Denn durch Sprache wird die Objektivation bzw. Objektivierung[247] von subjektiv sinnvollen Vorgängen möglich und eine intersubjektive, gemeinsam geteilte Welt kann entstehen.[248] Mittels Sprache wird subjektiv gemeinter Sinn jenseits interaktiver Kontexte der sie erzeugenden Akteure überhaupt verfügbar, also aus dem „Hier und Jetzt" der *Vis-à-vis*-Situation herauslösbar.[249] Somit lässt sich Wissen speichern und an kommende Generationen übermitteln. Sprache hat zudem eine wesentliche Ordnungsfunktion im Aufbau der objektiven Wirklichkeit, denn Sprache typisiert und kategorisiert Erfahrungen und subsumiert sie unter allgemeine Sinnordnungen.[250] „Durch die Errichtung dieser Ordnung *verwirklicht* die Sprache eine Welt in doppeltem Sinne: sie begreift sie und erzeugt sie."[251] Sprache besitzt demnach auch eine „wirklichkeitsstiftende Macht"[252]. Soziale Phänomene werden im sprachlichen Prozess der Objektivation zunehmend zur ob-

245 Ebenda, S. 139.

246 Ebenda, S. 39.

247 In der Literatur wird auch von Objektivierung und Vergegenständlichung gesprochen. Der Ausdruck Objektivation wird in der deutschen Übersetzung gewählt. Vgl. ebenda, S. 22, Fußnote 1.

248 Vgl. ebenda, S. 22.

249 Vgl. ebenda, S. 41.

250 Vgl. ebenda.

251 Ebenda, S. 164, Hervorhebung im Original.

252 Ebenda.

jektiven Wirklichkeit bzw. „als *wären* sie etwas anderes als menschliche Produkte“[253]. Dies gilt ganz grundlegend für die Alltagswelt, aber auch für politische Ordnungen und ihre Institutionen.[254]

Auch wenn Institutionen objektive Faktizität erlangen können, bleiben sie im Kern soziale Konstruktionen, die potenziell wandelbar und anfechtbar sind. Oder anders formuliert: Der Mensch kann sich seiner Urheberschaft auch wieder bewusst werden. *Institutionalisierung* ist damit „kein unwiderruflicher Prozeß“[255]. Um Institutionen zu erhalten, müssen diese immer wieder neu legitimiert werden, gerade wenn ihre Entstehung nicht mehr unmittelbar aus dem eigenen Erfahrungshintergrund begreifbar ist.[256] Auch bei dieser *Legitimation* kommt Sprache eine wichtige Rolle zu. „Die objektivierte soziale Wirklichkeit wird von der Sprache auf logische Fundamente gestellt. Das Gebäude unserer Legitimationen ruht auf der Sprache, und Sprache ist ihr Hauptargument.“[257] Berger und Luckmann gehen grundsätzlich davon aus, dass die von ihnen herausgestellten Mechanismen der Institutionalisierung und Legitimierung sowohl für die „Vis-à-vis-Idylle“ der Alltagswelt gelten, die sie primär untersucht haben, als auch auf der Ebene „makrogesellschaftliche[r] Höhen“ wirken.[258]

Allerdings sehen sie auf der gesellschaftlichen Makro-Ebene deutlich mehr Probleme, eine allgemeinverbindliche Sinnhaftigkeit zu generieren und v. a. zu erhalten. Trotz ihrer Fokussierung auf die Stabilität von Wirklichkeitsbestimmungen sprechen Berger und Luckmann also nicht von einer einheitlichen harmonischen Wirklichkeit, sondern machen deutlich, dass auch sogenannte „Subsinnwelten“ existieren und damit eine „Vielfalt der Perspektiven, unter denen sich die Gesamtgesellschaft betrachten läßt“[259]. Im Gegensatz zu der tendenziell macht- und interesselosen Darstellung des Sozialkonstruktivismus in der IB-Debatte bringen Berger und Luckmann Machtfaktoren ins Spiel, wenn es um die Erklärung geht, „an welcher der konkurrierenden Wirklichkeitsbestimmungen die Gesellschaft ‚hängen bleiben‘ wird.“[260]

---

253 Ebenda, S. 95, Hervorhebung im Original.

254 Vgl. ebenda, S. 97.

255 Ebenda, S. 86.

256 Vgl. Loenhoff, Jens (2011): Die Objektivität des Sozialen, in: Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Schlüsselwerke des Konstruktivismus, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 143-159, hier S. 149.

257 Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 69.

258 Ebenda, S. 89.

259 Ebenda, S. 91.

260 Ebenda, S. 117.

> In der Geschichte haben bessere Waffen, nicht bessere Argumente den Aufstieg oder Fall von Göttern entschieden. Dasselbe gilt natürlich von innergesellschaftlichen Konflikten. Wer den derberen Stock hat, hat die bessere Chance, seine Wirklichkeitsbestimmung durchzusetzen, eine Faustregel, die für jede größere Gemeinschaft gilt […].[261]

Dennoch wäre es falsch, hieraus einen „brute materialism"[262] im Sozialkonstruktivismus abzuleiten: Denn Macht wird bei Berger und Luckmann nicht rein materialistisch im Sinne des „derberen Stocks" definiert, sondern schließt auch ein, über „Sozialisationsprozesse zu verfügen, und damit die Macht, Wirklichkeit *zu setzen*."[263] Hiermit deuten Berger und Luckmann die Argumentationslinien an, die in der Diskurstheorie Foucaults, insbesondere in der Analyse von Macht-/Wissen-Regimen, eine zentrale Rolle spielen. Nicht zuletzt ist auch die hervorgehobene Funktion von Sprache in der Erzeugung überindividueller „objektiver Wirklichkeit" als gemeinsames Forschungsinteresse von konstruktivistischen und diskursiven Ansätzen zu nennen. In diskursiven Ansätzen wird der „Diskurs (im Sinne Foucaults) dann als die wesentliche Kraft in der Konstruktion der Wirklichkeit"[264] betrachtet. Im Folgenden gebe ich einen Überblick der zentralen Diskursströmungen, die in der europäischen Integrationsforschung eine Rolle spielen, um hiervon ausgehend dann die eingenommene konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive zu spezifizieren.

---

261 Ebenda.

262 Hurd (2010): Constructivism, S. 301.

263 Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 128, Hervorhebung im Original.

264 Knoblauch, Hubert/Schnettler, Bernt (2007): Konstruktivismus, in: Buber, Renate/Holzmüller, Harmut H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung: Methoden, Konzepte, Analysen, Wiesbaden, S. 128-135, hier S. 132.

2 Diskursive Ansätze in der europäischen Integrationsforschung

> In general, *language* is operative in every aspect of the EU, and there are numerous starting points for studies of discourse.[265]

Diskursive Ansätze werden auch in der europäischen Integrationsforschung zuallererst mit der Untersuchung von Sprache – nicht als allgemeingültiges linguistisches Regelsystem, sondern als „language in use" – assoziiert.[266] Diskursanalysen mit europapolitischem Bezug unterscheiden sich u. a. darin, auf welcher Ebene sie „europäische Diskurse" verorten und untersuchen; also ob „national discourses on Europe", ob „discourses that transcend national confines"[267] oder, wie in der vorliegenden Studie, ob primär Diskurse auf europäischer (Governance-)Ebene betrachtet werden. Insgesamt lassen sich diskursive Ansätze der europäischen Integrationsforschung jedoch nur schwer systematisieren, da sehr unterschiedliche Themen und Fragen der europäischen Integration zum Gegenstand diskursanalytischer Untersuchungen werden, wie etwa Konzeptionen „Europas" und legitimen Regierens in Europa, Facetten einer europäischen Öffentlichkeit, Konstruktionen europäischer Identitäten, umstrittene Konzepte europapolitischer Debatten oder eben auch, wie in dieser Arbeit, diskursive Mechanismen im Policy-Prozess auf europäischer Ebene.[268]

---

265 Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 541.

266 Vgl. Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie: Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft', Bielefeld, S. 26.

267 Wæver (2009): Discursive Approaches, S. 168.

268 Vgl. u. a. Wæver (2009): Discursive Approaches; Risse (2009): Social Constructivism and European Integration; Checkel (2006): Constructivism and EU Politics. Für eine Auswahl an Diskursstudien zu vielfältigen, euroapolitischen Themen vgl. u. a. Diez (1999): Die EU lesen; Diez (1999): Speaking ‚Europe'; Radaelli, Claudio M./Schmidt, Vivien A. (Hrsg.) (2005): Policy Change and Discourse in Europe, London/New York; Simhandl, Katrin (2007): Der Diskurs der EU Institutionen über die Kategorien „Zigeuner" und „Roma": Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung" und „sozialem Einschluss", Baden-Baden; Schultheis, Antje (2010): Politische Ökonomie internationaler Investitionsabkommen: Diskurs und Forum-Shifting der EU, Münster; Barbato, Mariano (2005): Regieren durch Argumentieren: Macht und Legitimität politischer Sprache im Prozess der europäischen Integration, Baden-Baden; Walter, Jochen (2008): Das Ding an der Schwelle: (De-) Konstruktionen der Grenzen Europas, Wiesbaden; Madeker, Ellen (2008): Türkei und europäische Identität: Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt, Wiesbaden; Walters, William (2004): Political Rationality of European Integration, in: Larner, Wendy/ Walters, William (Hrsg.): Global Governmentality:

Grundsätzlich wird in diskursiven Ansätzen nicht der Anspruch erhoben, eine allgemeine Theorie der europäischen Integration zu entwerfen.[269] Oder anders formuliert: Es lässt sich kaum von diskursiven Theorien der europäischen Integrationsforschung sprechen, sondern eher von diskursanalytischen Studien zur europäischen Integration. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Ausführungen zu den unterschiedlichen Diskursperspektiven auch nicht als spezifisch für die europäische Integrationsforschung zu betrachten, sondern diese spiegeln Strömungen in der sozialwissenschaftlichen bzw. politikwissenschaftlichen Diskursforschung wider.[270]

Neben dem Interesse an der wirklichkeitskonstituierenden Rolle von Sprache werden diskursive Ansätze gerade in der Politikwissenschaft aber auch oft mit der Untersuchung von *Ideen* in Verbindung gebracht[271], wobei Ideen auch als Oberbegriff betrachtet werden.[272] Diese ideenorientierte kognitivistische Politikforschung, die teils zwar den Diskursbegriff nutzt, basiert jedoch auf grundsätzlich anderen Annahmen, als genuin diskurstheoretische Ansätze. Denn Ideen werden hier meist als individuelle Überzeugungen („beliefs" oder auch „mental constructions")

Governing International Spaces, London/New York, S. 155-173; Wæver, Ole (1998): Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Wivel, Anders (Hrsg.): Explaining European Integration, Kopenhagen, S. 100-146; Thiel, Thorsten (2012): Republikanismus und die Europäische Union: Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden; Carta, Caterina/Morin Jean-Frédéric (2014): Struggling over Meanings: Discourses on the EU's International Presence, in: Cooperation and Conflict 49(3), S. 295-314.

269 Vgl. Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 163.

270 Vgl. Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft; Keller; Reiner (2007): Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 3. Auflage, Wiesbaden; Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden, S. 33-67.

271 Vgl. Schmidt, Vivien A. (2001): The Politics of Economic Adjustment in France and Britain: When Does Discourse Matter?, in: Journal of European Public Policy 8(2), S. 247-264; Schmidt, Vivien A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourses, in: Annual Review of Political Science 11, S. 303-326; Börzel (1997): Zur (Ir-)Relevanz der ‚Postmoderne' für die Integrationsforschung.

272 Vgl. Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 26; Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 286. Vgl. dazu auch Börzel (1997): Zur (Ir-)Relevanz der ‚Postmoderne' für die Integrationsforschung; Diez, Thomas (1996): Postmoderne und europäische Integration: Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(2), S. 255-281; Diez (1998): Perspektivenwechsel.

politischer Akteure in kausalanalytische Forschungsdesigns integriert.[273] Das heißt, es wird oft die Frage nach der Rolle von Ideen im Vergleich zu anderen Faktoren, insbesondere zu (materiellen) Interessen, in der Politik gestellt.[274] Zunächst ging es in der Politikwissenschaft jedoch um die Grundsatzfrage, ob Ideen überhaupt eine Rolle spielen, gefolgt von zahlreichen Ansätzen, die sich mit der Art des Einflusses von Ideen befassen.[275] Ideen wird mittlerweile meist wie Interessen auch eine „kausale Bedeutung für die Politikerklärung"[276] zugesprochen; sie sind damit nicht nur „eine Fassade zur Rationalisierung, Legitimierung oder Verschleierung von Interessen"[277]. Zudem wird untersucht, unter welchen spezifischen Bedingungen Ideen – als persönliche Überzeugungen oder Wahrnehmungen der Akteure – in der Politik wirksam werden, wobei dann insbesondere auf den Faktor der Unsicherheit verwiesen wird.[278] Wenn Akteure nicht wissen, was „objektiv" richtig ist bzw. was ihre Interessen „eigentlich" sind, liefern Ideen Orientierungshilfe, um politische Entscheidungen zu treffen. Das heißt, je stabiler eine politische Situation ist, desto eher spielen Interessen und je unsicherer sie ist, desto eher Ideen eine prägende Rolle für politische Handlungen und damit für Politikergebnisse. Die Fragestellung, ob Interessen oder Ideen eine Rolle spielen, wird in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung jedoch vielfach kritisiert und vielmehr die diskursive Bedingtheit beider Kategorien betont.[279]

Diskursive Ansätze gehen im Vergleich zur ideenorientierten kognitivistischen Forschung auch nicht davon aus, dass sprachliche Äußerungen als ein „Fenster zum Geist" der betreffenden Akteure zu betrachten sind. Sprache interessiert aus Diskursperspektive aufgrund ihrer performativen wirklichkeitskonstituierenden Kraft und

---

273 Vgl. u. a. Sabatier, Paul A./Weible, Christopher M. (2007): The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications, in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process, 2. Auflage, Boulder, S. 189-220; Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 27.

274 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 290; vgl. kritisch hierzu Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 143.

275 Vgl. z. B. Goldstein, Judith/Keohane, Robert (Hrsg.) (1993): Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions and Political Change, Ithaca/London.

276 Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 315.

277 Ebenda.

278 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 291; Jachtenfuchs (1996): Regieren durch Überzeugen, S. 431.

279 Vgl. u. a. Diez, Thomas (2001): Europe as a Discursive Battleground: Discourse Analysis and European Integration Studies, in: Cooperation and Conflict 36(1), S. 5-38, hier S. 25; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie; Hansen (2006): Security as Practice, S. 17. Vgl. hierzu auch Kapitel II, Abschnitt 3.5.1.

„nicht allein als Transportmedium für Ideen“[280]. Sprachliche Äußerungen, die in kognitivistischen Ansätzen als Indikatoren für mentale Vorgänge (wie Überzeugungsprozesse[281]) fungieren, werden aus diskursiver Perspektive selbst zum Gegenstand der Untersuchung.[282]

> If cognitive approaches sometimes use public texts these serve as indicators for perceptions, thoughts, and beliefs […]. Discourse analysis focuses attention on discourse as interesting in itself. It is not an indicator for something else and thus questions about whether ‘they really mean what they say’ are irrelevant.[283]

Aber auch im Rahmen von Studien, die sich in diesem unmittelbaren Sinn mit Sprache und Text befassen, gibt es wesentliche Unterschiede, insbesondere was das Verständnis von Akteuren betrifft: So wird etwa die aktive Rolle von Akteuren und ihr strategischer Gebrauch von Diskursen zur Beeinflussung und auch Manipulation politischer Debatten betont. Diese akteurszentrierten Ansätze basieren damit weitgehend auf einem instrumentellen Diskursverständnis. Der Gebrauch von Diskursen dient demnach bestimmten politischen Zwecken.[284] Während in dieser Strömung der Diskursforschung das Verhältnis von „aktiven Subjekten“ bzw. dem „subjektiven Denken und Wollen“[285] der Akteure einerseits und Diskursen andererseits als ein äußerliches Verhältnis verstanden wird,[286] so betonen strukturzentrierte bzw. poststrukturalistische Diskursansätze hingegen die diskursive Konstitution von Subjekten bzw. Subjektpositionen.[287] Macht ist nach diesen Ansätzen nicht an einzelne Akteure geknüpft, sondern im Diskurs selbst

280 Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 143.

281 Für Analysen dieser Richtung in der Integrationsforschung vgl. u. a. Checkel, Jeffrey T. (1999): Social Construction and Integration; in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 545-560; vgl. für eine Unterscheidung zwischen kognitiven Überzeugungsprozessen („persuasion“) und Überzeugung durch das bessere Argument („arguing“) im Politikprozess. Letzteres basiert auf der normativen Theorie des kommunikativen Handelns, während Sozialisierungs- und Überzeugungsprozesse mit Rückgriff auf sozialpsychologische und kommunikationswissenschaftliche Theorien begründet werden. Vgl. hierzu Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 65.

282 Vgl. Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 46.

283 Wæver (2009): Discursive Approaches, S. 164-165.

284 Vgl. Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, S. 197-199.

285 Ebenda, S. 197.

286 Vgl. ebenda.

287 Vgl. dazu ausführlich Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie.

angesiedelt.[288] Es wird im Folgenden daher grundlegend zwischen *akteurszentrierten und strukturzentrierten Diskursperspektiven* unterschieden.[289] Nach der Skizzierung dieser beiden Grundströmungen wird das für diese Studie besonders prägende Diskursverständnis nach Foucault genauer erläutert. Darauf aufbauend wird diskutiert, wie eine von Foucault inspirierte Diskursanalyse in Verbindung mit konstruktivistischen Grundannahmen zu einer Forschungsperspektive verknüpft werden kann, nach der sowohl die diskursive Bedingtheit von Politik als auch die Interpretationsfähigkeit von Akteuren im EU-Policy-Prozess in den Blick genommen werden kann, um so letztlich auch die Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE genauer bestimmen zu können.

2.1 Akteurszentrierte Diskursperspektiven

In Abgrenzung zum rein kognitivistischen Ideenbegriff interessieren sich akteurszentrierte Diskursansätze nicht (oder nicht ausschließlich) für mentale Prozesse der Informationsverarbeitung.[290] Bei der Untersuchung von Sprechakten halten sie aber an einer methodologisch-individualistischen Ausrichtung fest, wobei ein weit gefasster Begriff von Individuen zugrunde liegt, der auch Staaten oder andere kollektive Akteure einbezieht. In diesen Ansätzen wird dann meist die Definition von Policy-Problemen oder auch die rhetorische „Verpackung" von Themen in politischen Debatten untersucht. Eine in der Policy-Forschung weitverbreitete Perspektive ist dabei die Untersuchung von Frames bzw. Framing-Prozessen in öffentlichen und medialen Debatten.[291] Nach Rein und Schön bezeichnet Framing „a

288 Vgl. Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, S 193.

289 Vgl. Holzscheiter, Anna (2005): Discourse as Capability: Non-state Actors' Capital in Global Governance, in: Millenium – Journal of International Studies 33(3), S. 723-746, hier S. 732; Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 165, für eine ergänzende, aber etwas andere Kategorisierung vgl. auch Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft.

290 Vgl. Maier, Matthias Leonhard (2001): Sammelrezension: Ideen und Policies, in: Politische Vierteljahresschrift 42(3), S. 523-548, hier S. 541.

291 Vgl. u. a. Goffman, Erving (1974): Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience, New York; Gamson, William A./Modigliani, Andre (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: American Journal of Sociology 95(1), S. 1-37; Schön, Donald A./Rein, Martin (1994): Frame Reflection: Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies, New York; Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, in: Annual Review of Sociology 2000, S. 611-639; zu Framing-Prozessen in der EU vgl. u. a. Daviter (2007): Policy Framing in the European

way of selecting, organizing and interpreting, and making sense of a complex reality to provide guideposts for knowing, analyzing, persuading and acting."[292] Oft wird dabei von einer intentionalen und strategischen Frame-Verwendung bzw. teils auch manipulativem Framing von politischen Problemen durch beteiligte Akteure – wie v. a. „policy entrepreneurs"[293] und/oder „advocacy coalitions"[294] – ausgegangen, die ihre Ziele in einem bestimmten Politikfeld damit durchsetzen wollen.[295]

Entsprechend verweist der Begriff „Diskurs" (wenn er überhaupt verwendet wird) in diesen Ansätzen auf eine politische Ressource oder auch auf die strategische sprachliche Interaktion der Akteure, das heißt die gezielte wert- oder interessengeleitete Kommunikation. Sprechen ist jedoch nicht zwingend nur reine Rhetorik, sondern hat substanzielle Konsequenzen im politischen Prozess: Denn Akteure handeln und entscheiden aufgrund der Bedeutung, die Dinge für sie besitzen, bzw. auf der Basis einer Problemdefinition, die wiederum auf einen bestimmten Frame zurückgeführt werden kann.[296] Eine zentrale These der Framing-Literatur lautet daher, dass „frame shifts" die Wahrnehmungen und damit auch das Verhalten von Akteuren verändern, womit dann auch Policy-Wandel erklärt wird. Dieses Forschungsinteresse wird auch in einigen Studien[297] mit Rückgriff auf den soge-

---

Union; Jachtenfuchs (1996): International Policy-Making as a Learning Process; Lenschow, Andrea/Zito, Anthony R. (1998): Blurring or Shifting of Policy Frames? Institutionalization of the Economic-Environmental Policy Linkage in the European Community, in: Governance 11(4), S. 415-442. Für eine Übersicht verschiedener Framing-Studien vgl. auch Dahinden, Urs (2006): Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz; Eising/Rasch/Rozbicka (2015): Institutions, Policies, and Arguments.

292 Rein/Schön (1993): Reframing Policy Discourse, S. 146.

293 Vgl. u. a. Zahariadis, Nikolaos (2007): The Multiple Streams Framework: Structure, Limitations, Prospects, in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process, 2. Auflage, Boulder, S. 65-92, hier S. 77.

294 Vgl. hierzu Sabatier/Weible (2007): The Advocacy Coalition Framework, S. 203.

295 Vgl. Benford/Snow (2000): Framing Processes and Social Movements; Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft, S. 51.

296 Vgl. Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 145-175, hier S. 151.

297 Für Anwendungsbeispiele des diskursiven Institutionalismus vgl. u. a. Radaelli/Schmidt (2005) (Hrsg.): Policy Change and Discourse in Europe, Lauber/Schenner (2011): The Struggle over Support Schemes for Renewable Electricity in the European Union; Selianko/Lenschow (2015): Energy Policy Coherence from an Intra-institutional Perspective; Lynggaard, Kennet (2007): The Institutional Construction of a Policy Field: A Discursive Institutional Perspective on Change within the Common Agricultural Policy, in: Journal of European Public Policy 14(2), S. 293-312.

nannten „diskursiven Institutionalismus“ nach Vivien Schmidt verfolgt, der sich mittlerweile als vierter Neoinstitutionalismus[298] in der europäischen Integrationsforschung etabliert hat.[299] Strategische Kommunikation der Akteure insbesondere der politischen Eliten sind hier die ausschlaggebenden Faktoren für Wandel und Kontinuität in der Politik, weshalb hier auch von einer akteurszentrierten Diskursperspektive gesprochen werden kann.

Eine weitere, jedoch stärker normativ orientierte Diskursperspektive, die gerade in der europäischen Integrationsforschung eine wichtige Rolle eingenommen hat, geht auf die sogenannte „ZIB-Debatte“[300] der 1990er-Jahre zurück. Im Rahmen dieser Debatte wurde die Relevanz von Argumentations- und Überzeugungsprozessen[301] für politische Verhandlungen jenseits des Nationalstaats herausgestellt. Eine zentrale theoretische „Innovation“, die auf die Diskursethik von Jürgen Habermas zurückgeht, ist die Einführung des argumentativen bzw. verständigungsorientierten Handelns als Kommunikations- und Handlungsmodus der internationalen und europäischen Politik.[302] Die Idee des herrschaftsfreien Diskurses verweist auf die „ideale Sprechsitu-

298 Vgl. grundlegend Hall/Taylor (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms.

299 Für die theoretischen Grundlagen des Ansatzes vgl. u. a. Schmidt, Vivien A. (2010): Taking Ideas and Discourses Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth ‚New Institutionalism‘, in: European Political Science Review 2(1), S. 1-25; Schmidt (2001): The Politics of Economic Adjustment in France and Britain; Schmidt, Vivien A./Radaelli, Claudio M. (2004): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues, in: West European Politics 27(2); S. 183-210.

300 Für zentrale Debattenbeiträge aus der Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) vgl. u. a. Müller, Harald (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik utilitaristischer Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1(1), S. 15-44; Risse-Kappen, Thomas (1995): Reden ist nicht billig: Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2(1), S. 171-184. Für die internationale Rezeption der ZIB-Debatte vgl. u. a. Risse (2000): „Let’s Argue!“; Müller, Harald (2001): International Relations as Communicative Action, in: Fierke, Karin M./ Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): Constructing International Relations: The Next Generation, Armonk/London, S. 160-178. Für einen Überblick hinsichtlich der Relevanz argumentativer und deliberativer Ansätze in der Integrationsforschung vgl. auch Neyer, Jürgen (2006): The Deliberative Turn in Integration Theory, in: Journal of European Public Policy 13(5), S. 779-791; Göler (2006): Deliberation.

301 Vgl. zu den Unterschieden auch Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 64-66.

302 Vgl. hierzu ausführlich auch Göler (2006): Deliberation.

ation“[303], in der Akteure über verständigungsorientiertes Handeln einen vernünftigen Konsens über Normen und Geltungsansprüche erzielen können.[304] Diskurse werden somit als „organisierte (Diskussions-)Prozesse argumentativer Auseinandersetzungen“[305] verstanden. In empirischen Studien wird Habermas’ Diskursbegriff dann meist als ein normativer Maßstab herangezogen, um Verzerrungen und Störungen politischer Diskurse bzw. Argumentationsprozesse aufzuzeigen und zu kritisieren.[306] So widmen sich auch einige Studien der Frage, inwiefern argumentatives Handeln bzw. deliberative Formen der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene Platz greifen.[307] Meist wird hierfür auch nach den institutionellen und prozessualen Rahmenbedingungen sowie den Interessen und Werten (bzw. Präferenzen) der jeweiligen Diskursteilnehmer gefragt.

> Genau diese Vorstellung von Politik, die auf ‚Diskurse‘ als rationale und intentionale Kommunikation wert- bzw. interessegeleiteter Akteure setzt, ist kennzeichnend nicht nur für die Diskursethik selbst, sondern auch für weite Teile der empirischen Politik-Forschung.[308]

Von dieser akteurszentrierten Diskursperspektive, in der die bewusste und gezielte Verwendung von Diskursen für politische Zwecke oder im normativen Sinne zum rationalen Austausch von Argumenten betont wird, lassen sich strukturzentrierte Diskursansätze unterscheiden, in denen hervorgehoben wird, wie diskursive Strukturen Subjektpositionen hervorbringen und damit Handlungsoptionen der (aktiven) Subjekte ermöglichen und begrenzen.

2.2 Strukturzentrierte Diskursperspektiven

Aus strukturzentrierter bzw. poststrukturalistischer Diskursperspektive wird angenommen, dass Diskurse in ihren politischen Konsequenzen weitgehend unabhängig

---

303 Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main, S. 392.

304 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 18; Kerchner, Brigitte (2002): Politik als Diskurs: Diskurstheorien und Diskursbegriffe in der Politikwissenschaft: Ein Überblick, in: POLHIST, Nr. 4 (herausgegeben von der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie), Berlin, S. 3-4.

305 Keller (2007): Diskursforschung, S. 18.

306 Vgl. ebenda.

307 Vgl. Göler (2006): Deliberation; Risse (2000): „Let’s Argue!“; Neyer (2006): The Deliberative Turn in Integration Theory.

308 Kerchner (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, S. 56.

vom Bewusstsein, von den Intentionen, Überzeugungen und Wahrnehmungen der Akteure sind.[309] Das Konzept eines souveränen Akteurs bedarf es aus dieser Perspektive nicht, weil der Ursprung des Handelns auch nicht im Bewusstsein des Individuums verortet wird, sondern „das diskursive Geflecht produziert die Identität eines Individuums, weist ihm eine ‚diskursive Subjektposition' zu, die dann als ‚Bewusstsein' erscheinen mag"[310]. Dieses Argument beruht auf einer „linguistic theory, which posits that meaning does not reside in the intentions of actors, but in the structural properties of the text."[311] Das heißt im Gegensatz zur akteurszentrierten Diskursperspektive wird im Poststrukturalismus „die Unabhängigkeit sprachlicher Strukturen von individuellen Überzeugungen betont."[312] Das poststrukturalistische Sprachkonzept ist für diese Strömung in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung konstitutiv und wird daher kurz skizziert.

Ferdinand de Saussure hat in seiner Sprachtheorie dargelegt, dass sich die Bedeutung eines Zeichens aus der Stellung im Zeichensystem der Sprache (*langue*), das heißt in der Differenzbeziehung zu anderen Zeichen, ergibt und nicht aus dem Bezug zur außersprachlichen Wirklichkeit. Allerdings sind die hier betrachteten Diskursansätze als poststrukturalistisch zu bezeichnen, da sie nicht am Strukturalismus Saussures festhalten, sondern die sprachliche Konstruktion von Bedeutung als einen stetigen und unabschließbaren Prozess betrachten. Demnach haben Zeichen nicht einen festen Platz im System und sind damit auch nicht in ihrer Bedeutung fixiert. Die Vorstellung von Sprache als ein „Kristallgitter", das heißt als eine relativ stabile Bedeutungsstruktur, wird durch die Metapher der „offenen Zeichenkette" ersetzt.[313] Es wird damit betont, dass Bedeutung nicht in der systemischen Struktur der jeweiligen *langue* fest verankert ist, sondern immer wieder neu eingeschrieben werden muss. Jedes (diskursive) Element erhält somit erst in Relation zu anderen eine Bedeutung.[314]

Wie Jacques Derrida etwa mit dem Konzept der *différance* erfasst[315], entsteht der Sinn eines Textes erst aus einer „Kette von differentiellen Verweisen"[316]. Das Konzept

309 Vgl. Maier (2001): Ideen und Policies, S. 525.

310 Diez (1999): Die EU lesen, S. 49.

311 Wagenaar (2011): Meaning in Action, S. 107.

312 Maier (2001): Ideen und Policies, S. 541.

313 Vgl. Diez (2001): Europe as a Discursive Battleground, S. 31.

314 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 153.

315 Derrida, Jacques (1988) [1968]: Die différance, in: Engelmann, Peter (Hrsg.): Randgänge der Philosophie, Wien, S. 29-52.

316 Derrida, Jacques 1983 [1974]: Grammatologie, 13. Auflage, Frankfurt am Main, S. 274. Vgl. hierzu zusammenfassend Villa, Paula-Irene (2006): Dekonstruktion, in: Behnke,

der *différance* impliziert zudem, dass Bedeutung immanent mit der Vergangenheit und der Zukunft verkettet ist.[317] Somit besteht eine ständige Verschiebung von Bedeutung durch vergangene und neue Artikulationen. Diese Veränderungen sind jedoch meist nicht umfassend und abrupt, sondern entstehen über „mikroskopische Bewegung[en]"[318] in der Zeichenkette. Trotz prinzipieller Offenheit und Instabilität der Strukturen ist eine partielle Bedeutungsfixierung durch die Praxis der Artikulation möglich, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in ihrem für die poststrukturalistische Diskursforschung einflussreichen Werk „Hegemony and Socialist Strategy" argumentieren:

> The impossibility of an ultimate fixity of meaning implies that there have to be partial fixations – otherwise, the very flow of differences would be impossible. Even in order to differ, to subvert meaning, there has to be *a* meaning.[319]

Das poststrukturalistische Sprach- und Diskursverständnis impliziert somit nicht das Ende von Sinn, Bedeutung und Kommunikation per se, aber es wird auch nicht mehr von einem gegenseitigen Verständnis auf der Basis einer stabilen *langue* ausgegangen.[320] „Für die Politikanalyse ist das insofern bedeutsam, als die Sprache in dieser Vorstellung ein ‚Eigenleben' führt, auch und gerade gegenüber dem Sprechenden"[321]. Kurz gesagt: Poststrukturalistische Arbeiten betonen „how language plays games with actors"[322], weshalb eben von einer strukturzentrierten Diskursperspektive gesprochen werden kann. Die vermeintliche „Akteur- oder Subjektvergessenheit"[323] wird besonders im bekannten Satz Foucaults – „der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand"[324] – deutlich, der ihm auch den Ruf einbrachte, „ein Feind der menschlichen Spezies"[325] zu sein. Jedoch hat selbst Foucault keine Extremposition vertreten: Zwar hat er das „Subjekt als Ursprung

---

Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 93-102.

317 Vgl. ebenda, S. 93.

318 Diez (1999): Die EU lesen, S. 54.

319 Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy, S. 112, Hervorhebung im Original.

320 Vgl. Villa (2006): Dekonstruktion, S. 96-97.

321 Maier (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze, S. 60.

322 Wæver (2009): Discursive Approaches, S. 173.

323 Nonhoff /Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 120.

324 Foucault, Michel (1990) [1966]: Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften, 9. Auflage, Frankfurt am Main, S. 462.

325 Veyne, Paul (2010): Foucault: Der Philosoph als Samurai, Stuttgart, S. 53.

souveränen, willentlichen und intentionalen Handelns"[326] verneint, aber auch nicht das „Subjekt im Sinne eines radikalen Strukturalismus als bloßen Spielball von Diskursen"[327] betrachtet. Es lässt sich also festhalten, dass es eher darum geht, die diskursive Bedingtheit des Subjekts und seiner Subjektposition(en) zu verdeutlichen.

Die Abhängigkeit des Subjekts ergibt sich aus der Einbindung in den Diskurs.[328] Das Subjekt ist „kein Stifter des Diskurses, es ist ein historischspezifisches Produkt der ‚Subjektivation' durch den Diskurs"[329]. Subjekte sind also nicht dem Diskurs vorgängig, sondern Diskurse halten *Subjektpositionen* bereit, d. h. Orte, „an denen Individuen als Subjekte in den Diskurs sinnhaft eintreten können"[330]. Aus poststrukturalistischer Perspektive wird somit betont, dass erst die Besetzung bestimmter Subjektpositionen das Individuum bzw. auch Gruppen privilegiert und legitimiert, in den Diskurs einzutreten, was somit auch die Artikulationsmöglichkeiten von (Gruppen-)Subjekten in der Politik betrifft. Damit werden artikulierende Subjekte nicht aus der Analyse politischer Prozesse vollkommen ausgeblendet, aber ihre Artikulationsmöglichkeiten werden als diskursiv konstituiert betrachtet.[331] Grundsätzlich wird also hervorgehoben, dass „discourse structures subsequent action"[332], und entsprechend liegt der Fokus eben auch „less on discursive practices than on underlying discursive structures"[333], was nochmals die Strukturzentriertheit unterstreicht. Die darin aber auch inhärente Problematisierung eines souveränen Akteurs bzw. die intensive Auseinandersetzung mit der Kategorie des Subjekts sowie der Konstruktion von Identitäten in diskursiven Artikulationsprozessen sind gleichzeitig die Stärken der poststrukturalistischen Diskursforschung.[334] Auch wenn die Untersuchung von Subjektivierungsprozessen und

326 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 151.

327 Ebenda.

328 Vgl. ebenda, S. 155.

329 Reckwitz, Andreas (2006): Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen, in: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur: Theorien der Gegenwart, Wiesbaden, S. 339-349, hier S. 341.

330 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 156-157.

331 Vgl. Gottweis, Herbert (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung, in: Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen, S. 122-138, hier S. 128; Hajer/Laws (2006): Ordering through Discourse, S. 261.

332 Christiansen/Jørgensen/Wiener (1999): The Social Construction of Europe, S. 543.

333 Diez (2001): Europe as a Discursive Battleground, S. 15.

334 Vgl. u. a. Campbell, David (1992): Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Minneapolis; Stäheli, Urs (2006): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart II: Eine Einführung, 2. Auflage Opladen/

Identitätskonstruktionen hier nicht im Vordergrund steht, so ist die poststrukturalistische Diskursforschung, die den Blick auf die Umstrittenheit und Instabilität von Politik richtet[335], konstitutiv für die eingenommene konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive, wie ich im Folgenden ausgehend von Michel Foucaults Diskursverständnis darlege.

2.3 (Poststrukturalistische) Diskursanalyse nach Foucault

> Ich habe gestern, heute morgen, in diesem Augenblick die Definition des Diskurses gefunden, die ich seit Jahren brauche.[336]

Dieser Ausspruch Foucaults verdeutlicht bereits, dass „Diskurs" kein feststehendes oder widerspruchsfreies Konzept darstellt.[337] Dennoch lässt sich zunächst festhalten, dass Diskurs in Michel Foucaults Theorie nicht normativ als etwas grundsätzlich „Positives"[338] verstanden wird, das der sozialen Integration und rationalen Konsensfindung dient,[339] wie es in der Diskursethik nach Habermas der Fall ist. Laut Foucault kann man

> Diskurs […] eine *Menge von Aussagen* nennen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören. […] Er wird durch eine begrenzte Zahl von Aussagen konstituiert, für die man eine Menge von Existenzbedingungen definieren kann.[340]

Die Einheit einer diskursiven Formation oder auch eines einzelnen Diskurses wird nach Foucault nicht thematisch-inhaltlich definiert, sondern durch endlich viele

---

Farmington Hills, S. 253-284, S. 277; Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, S. 18.

335 Vgl. u. a. Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen; Diez (2014): Setting the Limits, S. 321.

336 Foucault zitiert nach Sarasin, Philipp (2008): Michel Foucault zur Einführung, Hamburg, S. 92.

337 Vgl. hierzu auch Reisigl, Martin (2006): Sprachkritische Beobachtungen zu Foucaults Diskursanalyse, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik: Eine Einführung, Wiesbaden, S. 85-103.

338 Diez (1999): Die EU lesen, S. 43.

339 Vgl. Keller, Reiner/Viehöver, Willy (2006): Diskursanalyse, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 103-111, hier S. 106.

340 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 170.

Existenzbedingungen bzw. Formationsregeln.[341] In „Archäologie des Wissens"[342] argumentiert Foucault, dass sich historisch-kontingente Regeln im Hinblick auf die Formation der Gegenstände, der Äußerungsmodalitäten, der Begriffe und der Strategien untersuchen lassen.[343] Das heißt, Aussagenkomplexe können im Hinblick auf „institutionelle Orte des Sprechens, formale und inhaltliche Regelmäßigkeiten, auf Reglementierungen dessen, wer, was und wo mit welchen Konsequenzen sagen kann, untersucht werden"[344]. Diese Formationsregeln definieren somit „the limits and forms of the sayable"[345]. Sie sind aber nicht allgemeingültig, sondern stets spezifisch und zeitlich begrenzt. Laut Foucault ist ein „discourse […] constituted by the difference between what one could say correctly at one period (under the rules of grammar and logic) and what is actually said."[346] In Diskursen wird der Überfluss von Aussagen temporär geordnet und verknappt, bis nur noch bestimmte Aussagen, z. B. zur Energieproblematik, möglich und legitim sind.

Ziel der Diskursanalyse, wie sie in der „Archäologie des Wissens" von Foucault umrissen wird, ist also aufzuzeigen, wie es dazu kommt „daß eine bestimme Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle"[347] und zu zeigen, „welche anderen Formen der Äußerung sie ausschließt."[348] Die von Foucault inspirierte (archäologische) Diskursanalyse beinhaltet demnach die „Rekonstruktion der institutionell-praktischen, symbolisch-semantischen *Verknappungs-Mechanismen*, die zum Auftauchen (aber auch zur Ausblendung) spezifischer Aussagen führen."[349] Diskursanalyse umfasst nach Foucault dabei jedoch nicht allein die Analyse von Texten bzw. Aussagen, sondern es wird untersucht, wie verschiedene Elemente, das heißt institutionelle Orte des Sprechens (z. B. Krankenhaus), Status der Sprecher bzw. Subjektpositionen (z. B. Arzt/Patient), die angewandten sozialen Praktiken (z. B. Therapie) sowie sprachliche Aussagen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Es geht also in der Analyse von Diskursen zentral darum, „die hergestellten Beziehungen, die eine diskursive Praxis charakteri-

341 Vgl. Foucault, Michel (1991): Politics and the Study of Discourse, in: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hrsg.): The Foucault Effect: Studies in Governmentality: With Two Lectures by and an Interview with Michel Foucault, Chicago, S. 53-72, hier S. 54.

342 Foucault (1981): Archäologie des Wissens.

343 Ebenda.

344 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 206.

345 Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse, S. 59.

346 Ebenda, S. 63.

347 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 42.

348 Ebenda, S. 43.

349 Keller (2007): Diskursforschung, S. 45.

sieren, aufzufinden"[350]. Bedeutung ist, wie für poststrukturalistische Theorieansätze grundlegend, immer relational. Diskursive Praktiken können somit als „Praxis des In-Beziehung-Setzens von Elementen" bzw. als „Artikulation" verstanden werden.[351]

Der Begriff der *Artikulation*, wie er hier von Nonhoff verwendet wird, geht auf die poststrukturalistische Diskurstheorie von Laclau und Mouffe zurück, die damit auf die partielle Fixierung von Bedeutung verweisen.[352] Die Praxis der Artikulation trägt nach Laclau und Mouffe somit zur Stabilisierung von Differenzsystemen bei: „The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call *discourse*."[353] Diskurse haben dabei eine zentrale Funktion, denn sie ermöglichen es, den immer vorhandenen Bedeutungsüberschuss temporär zu reduzieren und zu fixieren: „Any discourse is constituted as an attempt to dominate the field of discursitivity, to arrest the flow of difference, to construct a centre."[354] Eine zentrale Festlegung, die Diskurse vollziehen, sind nach Laclau und Mouffe Subjektpositionen und (kollektive) Identitäten.[355] Ihre Diskurstheorie zielt insbesondere darauf ab, „zu erklären, wie Identitäten in politischen Kämpfen hergestellt werden. Soziale und kulturelle Identitäten lassen sich nicht aus einer ihnen zugrundeliegenden Instanz ableiten, sondern werden durch *diskursive* Artikulationsprozesse hergestellt."[356]

Die Grundannahme, nach der über die Praxis der Artikulation eine partielle Bedeutungsfixierung hergestellt werden kann, die sich dann in (hegemonialen) dominanten Diskursen instituiert, ist auch für weitere politikwissenschaftliche Fragestellungen jenseits der Frage nach der Konstruktion von (kollektiven) Identitäten von Relevanz.[357] Die Rekonstruktion von dominanten Diskursen und Hegemonien sowie die Etablierung von hegemonialen Projekten in der Politik ist auch in der diskursiven Policy-Forschung vielfach aufgegriffen worden.[358] So beschreibt etwa Maarten Hajer „politics as a struggle for discursive hegemony in which actors try to secure support

350 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 73.

351 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 36.

352 Vgl. Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy, S. 112-113.

353 Ebenda, S. 105, Hervorhebung im Original.

354 Ebenda, S. 112.

355 Vgl. Reckwitz (2006): Ernesto Laclau, S. 341.

356 Stäheli (2006): Die politische Theorie der Hegemonie, S. 257, Hervorhebung im Original.

357 Vgl. u. a. Kögl, Irene/Kurze, Kristina (2013): Sustainable Development: A Floating Signifier in the EU's Energy Policy Discourse?, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 61-74; vgl. auch die Beiträge in Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.) (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden.

358 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 3.1 und 4.3.

for their definition of reality"[359]. Vor dem Hintergrund erweisen sich die von Hajer speziell für die „politikwissenschaftliche Diskursanalyse"[360] von Policy-Prozessen entwickelten Konzepte mittlerer Reichweite – d. h. story-lines und Diskurskoalitionen – als anschlussfähig und geeignet[361], um die spezifische Frage zu untersuchen, wie bestimmte Deutungen der Energieproblematik und damit verbundene Lösungsmodelle eine dominante Stellung in der europäischen Energiepolitik erlangen konnten. Die von Laclau und Mouffe herausgestellte Möglichkeit der partiellen Bedeutungsfixierung bzw. temporären „Schließung eines Diskurses"[362] durch Artikulationen wird hier in Anlehnung an Hajer in Form der *diskursiven Schließung der Energieproblematik*[363] mittels energiepolitischer story-lines aufgegriffen und empirisch rekonstruiert.

Es wird dabei angenommen, dass Bedeutungskonstruktion und temporäre Bedeutungsfixierung auf der Ebene von Diskursen konstituiert werden und dass dieser Prozess nicht rein sprachlich verläuft, sondern auch nicht-sprachliche Praktiken dazu wesentlich beitragen.[364] Diskursive Praktiken des In-Beziehung-Setzens bzw. der Artikulation sind nach Foucault primär als sprachliche Praktiken zu begreifen.[365] Allerdings sind die Elemente, die zueinander in Beziehung gesetzt und somit in ihrer Bedeutung konstituiert werden, nicht zwingend zeichenförmig, sondern auch Institutionen und materielle Objekte erhalten erst durch die Praxis der Artikulation eine Bedeutung und Funktion. Foucault betont somit besonders die produktive Rolle diskursiver Artikulationsprozesse.[366] Diese konstruktivistische Grundhaltung – nach der die gegenständliche Welt existiert, aber eben erst dann, wenn sie „diskursiv differenziert wird, als sinnhafte objektive Welt erscheint"[367] – ist auch für Foucaults Arbeiten grundlegend und wird besonders deutlich, wenn er von Diskursanalyse als einer Aufgabe spricht,

---

359 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 59.

360 Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 313.

361 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 200-201.

362 Stäheli (2006): Die politische Theorie der Hegemonie, S. 259.

363 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22.

364 Vgl. dazu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.3.

365 Vgl. hierzu auch Diaz-Bone, Rainer et al. (2007): The Field of Foucaultian Discourse Analysis: Structures, Developments and Perspectives, in: Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research 8(2); Raffnsøe, Sverre/ Gudmand-Høyer, Marius/Thaning, Morten S. (2011): Foucault: Studienhandbuch, München, S. 191-195.

366 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 126, Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, S. 17; Stäheli (2006): Die politische Theorie der Hegemonie, S. 266.

367 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 156.

> […] die darin besteht, nicht – nicht mehr – die Diskurse als Gesamteinheiten von Zeichen (von bedeutungstragenden Elementen, die auf Inhalte oder Repräsentationen verweisen), sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses *mehr* muß man ans Licht bringen und beschreiben.[368]

Diskurse werden somit als wirklichkeitskonstituierend verstanden bzw. können als „gesellschaftliche Produktionsmittel"[369] aufgefasst werden, durch die auf geregelte Weise (soziale) Objekte sowie v. a. auch Subjekte bzw. Subjektpositionen konstituiert werden.[370] Sozialkonstruktivistisch gesprochen spielen Diskurse bzw. diskursive Praktiken also eine entscheidende Rolle im Prozess der Objektivierung, Legitimierung und Institutionalisierung und damit für die Konstruktion von Wirklichkeit, wobei

> [die] spezifische Definition der Wirklichkeit, die ein Diskurs vorgibt, […] andere Varianten aus[schließt]. Insoweit verweist der Diskursbegriff unmittelbar auf den Begriff der Macht. Diskursstrukturen sind zugleich Machtstrukturen; diskursive Auseinandersetzungen sind machthaltige Konflikte um Deutungsmacht.[371]

Foucault hat deutlich herausgearbeitet, dass Diskurse immer mit Ermächtigungs- und Ausschließungsprinzipien verkoppelt sind und dadurch eine wesentliche Kontrollfunktion in der Gesellschaft und der Politik erfüllen.[372] „Diskursive Macht besteht somit zugleich aus einer produktiven und einer repressiven Komponente, die als zwei Seiten derselben Medaille zu verstehen sind"[373]. Diskurse begünstigen bzw. stützen immer bestimmte Wissens-/Macht-Ordnungen, was Foucault umfassend in seinen Studien zur Bestrafung, Sexualität und zum Wahnsinn problematisiert hat. Macht und Diskurs bilden nach Foucault quasi eine unauflösliche Einheit, denn so wie Diskurse Machtwirkungen entfalten können, so ist die Praxis der Ar-

368 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 74, Hervorhebung im Original.

369 Jäger, Siegfried (2011): Diskurs und Wissen: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 91-124, hier S. 96.

370 Vgl. Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse, S. 56.

371 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 208.

372 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 49.

373 Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, S. 17.

tikulation (d. h. der Bedeutungsfixierung) auch eine Form der Machtausübung.[374] Foucaults Diskursanalyse eröffnet somit den Blick für die „political implications of the performativity of language"[375]. Dabei wird gerade auch den vermeintlich kleinen Veränderungen und Umstrukturierungen in diskursiven Beziehungssystemen Rechnung getragen. Entsprechend geht es in vielen von Foucault inspirierten Studien nicht primär um die Erklärung von umfassenden sozialen und politischen Umwälzungen, sondern darum, die Bedeutung und Konsequenz auch minimaler Verschiebungen in diskursiven Formationen für gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse herauszustellen und zu problematisieren.[376]

Insgesamt lässt sich festhalten, dass eine (poststrukturalistische) Diskursanalyse nach Foucault nicht als eine rein sprach- bzw. textanalytische Methode zu verstehen ist[377], sondern als ein umfassendes Forschungsprogramm, das darauf abzielt, Regelmäßigkeiten im Sprachgebrauch zu beschreiben, die diskursimmanenten Ausschließungs- und Verknappungsprinzipien sowie die historisch-kontingenten Beziehungssysteme zu rekonstruieren und v. a. auch die jeweiligen „Diskurs-Effekte" bzw. politischen Konsequenzen diskursiver Macht zu problematisieren,[378] wie auch Diez in Bezug auf die Auswahl von Policy-Optionen hervorhebt: „This power makes us understand certain problems in certain ways, and pose questions accordingly. It thereby limits the range of alternative policy options, and enables us to take on others."[379] Die Stärke einer von Foucault inspirierten Diskursanalyse liegt somit darin, dass nicht nur sprachliche Muster und Regelmäßigkeiten identifiziert werden, sondern auch danach gefragt wird, wie in Diskursen bestimmte Policy-Optionen ermöglicht und andere marginalisiert werden. Diese Fokussierung auf die repressiven und produktiven Seiten diskursiver Macht wird daher auch als besonders fruchtbar erachtet, um die Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE zu beantworten. Ergänzend werden hierzu konstruktivistische Annahmen herangezogen und so zu einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive zusammengeführt.

---

374 Vgl. Schwab-Trapp, Michael (2006): Kriegsdiskurse: Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999, Opladen, S. 32.

375 Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 599.

376 Vgl. Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse; Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

377 Vgl. hierzu auch Diaz-Bone (2007): The Field of Foucaultian Discourse.

378 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 45; Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

379 Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 603.

3 Konzeption einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive

Bisher wurde aufgezeigt, dass in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung tendenziell entweder strategische Sprechhandlungen politischer Akteure (Stichwort: Framing) oder die „‚Subjektivation' durch den Diskurs"[380] in den Mittelpunkt gerückt werden, so dass entweder die konstitutive Wirkung des Diskurses oder die Artikulationspraxis der Akteure vernachlässigt werden.[381] Die Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen zu betrachten, ist mit Rückgriff allein auf akteurszentrierte oder strukturzentrierte Diskursansätze somit schwer möglich. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wird Diskurs als Dualität – als Struktur und Praxis – definiert, so dass eine empirische Diskursanalyse der EPE entsprechend auch beide Dimensionen in den Blick nimmt, wie ich im Folgenden genauer erläutere.

3.1 Zum Verständnis von Diskurs und Diskursanalyse

Die hier durchgeführte Diskursanalyse beschäftigt sich nicht mit Sprache in einem formal-linguistischen Sinn, sondern mit „language in use", d. h. mit konkreten diskursiven Praktiken im Policy-Prozess sowie ihren Funktionen und konstitutiven Konsequenzen. In Anlehnung an die von Foucault inspirierte poststrukturalitische Diskursforschung werden dabei v. a. diskursive Verknappungs-Mechanismen rekonstruiert sowie die produktiven Dimensionen diskursiver Artikulationsprozesse im Sinne der Herstellung einer temporären Bedeutungsfixierung. Genauer wird zur Beantwortung der Forschungsfrage die diskursive Schließung der Energieproblematik als Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE empirisch untersucht. Eine Schwäche v. a. der Foucault'schen Diskurstheorie ist jedoch, dass die (Re-)Produktion und Durchsetzung von Diskursen sowie ihre Träger, sprich die Rolle konkret sprechender Akteure, weitgehend ausgeblendet bleiben.[382] Dies zeigt sich schon darin, dass vom Begriff des Akteurs in vielen poststrukturalistischen Arbeiten meist gänzlich abgesehen und eher von Subjekten bzw. Subjektpositionen

380 Reckwitz (2006): Ernesto Laclau, S. 341.

381 Vgl. Diez (2014): Setting the Limits, S. 324; Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 119.

382 Vgl. Keller (2009): Müll, S. 44; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 53.

gesprochen wird,[383] wobei das Subjekt als ein „historischspezifisches Produkt der ‚Subjektivation' durch den Diskurs"[384] verstanden wird. Diese „Schwäche" bzw. diese andere Schwerpunktsetzung poststrukturalitischer Forschung wird hier durch die Integration eines sozialkonstruktivistisch gefassten Akteurs „ausgeglichen", um so die energiepolitischen Artikulationen als aktive *Deutungsleistung* sozialer Akteure im EU-Policy-Prozess zu erfassen.

Dennoch lassen sich, wie in Abschnitt 2.3 ausgeführt, mit Verweis auf die produktiven (und repressiven) Seiten diskursiver Macht, die gerade Foucault vielfach beschrieben hat, auch wichtige Ansatzpunkte für die Analyse von Deutungskämpfen in Policy-Prozessen ableiten. Foucault fragt etwa danach, wie Diskurse zu „wahren" oder dominanten Diskursen werden, welche Gruppen überhaupt Zugang zu bestimmten Diskursen haben und wie die Beziehung zwischen Sprechern und Publikum definiert und institutionalisiert wird.[385] Der von ihm damit thematisierte „Besitz des Diskurses"[386] ist in der Politik von größter Relevanz, da hiermit, wie Foucault argumentiert, das „Recht zu sprechen"[387] und „schließlich die Fähigkeit, diesen Diskurs in Entscheidungen, Institutionen oder Praktiken einzusetzen"[388], einhergeht. Besonders pointiert wird diese politische Dimension in „Die Ordnung des Diskurses" herausgestellt:

> […] der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und *womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht*.[389]

Dieser Aspekt der „discursive struggles"[390] um Deutungshoheit beziehungsweise „discursive hegemony"[391] steht oft im Zentrum politikwissenschaftlicher Dis-

383 Vgl. hierzu ausführlich Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 168-172.

384 Reckwitz (2006): Ernesto Laclau, S. 341.

385 Vgl. Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse, S. 60.

386 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 100.

387 Ebenda.

388 Ebenda.

389 Foucault, Michel (2007) [1974]: Die Ordnung des Diskurses, 10. Auflage, Frankfurt am Main, S. 11.

390 Vgl. u. a. Diez (2014): Setting the Limits.

391 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 59.

kursstudien.[392] Mit dem Begriff der Artikulation haben auch Laclau und Mouffe bereits benannt, was demnach die „Grundoperation von Politik darstellt: Akte der Fixierung, aber auch des Aufbrechens von Verbindungen zwischen politischen (besser: politisierbaren) Diskurselementen“[393]. Auch wenn Bedeutungen sich nie vollkommen fixieren lassen, geht es in der Politik bzw. hier im Policy-Prozess auf europäischer Ebene also zumindest um den „Versuch, eine bestimmte Lesart als allgemeingültige durchzusetzen“[394]. Politik umfasst demnach (fast immer) „Prozesse der Marginalisierung und Fokussierung […], in denen die Diskursteilnehmer versuchen, ihre Interpretation politischer Ereignis- und Handlungszusammenhänge kollektiv verbindlich festzuschreiben.“[395]

Es geht also in diskursiven Kämpfen im politischen Zusammenhang meist um die Konstruktion einer allgemeinen Geltung spezifischer Aussagen und damit auch um die Legitimität spezifischer Praktiken bzw. aus Sicht des Akteurs um die Legitimität politischen Handelns.[396] Das heißt, in Diskursen werden Begründungen (Legitimationen) für bestimmte Handlungsmuster (Praktiken) generiert, die als Ermöglichung von Entscheidungen und Maßnahmen fungieren. Es handelt sich hierbei um einen diskursiven Prozess der kontinuierlichen „Zuschreibung von Legitimität […,] in dem bestimmte Rationalitätskriterien aufgestellt werden, denen Regieren zu folgen hat“[397]. Ein Prozess, wie ihn auch Berger und Luckmann aus konstruktivistischer Sicht in ähnlicher Weise für die Legitimierung von politischen Institutionen beschreiben.[398] Ein zentrales Charakteristikum politischer Diskurse ist somit die (Re-)Produktion und Transformation von legitimen Kriterien für politisches Handeln,[399] was sich

392 Vgl. u. a. Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy; Fairclough, Isabela/Fairclough, Norman (2012): Political Discourse Analysis: A Method for Advanced Students, London/New York, S. 3; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie; Keller et al. (Hrsg.) (2010): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse; Diez (2014): Setting the Limits; Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse; Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 169-170.

393 Hebekus, Uwe/Völker, Jan (2012): Neue Philosophien des Politischen: Zur Einführung, Hamburg, S. 38.

394 Diez (1999): Die EU lesen, S. 83.

395 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 57.

396 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 234, vgl. auch Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 170.

397 Diez (1999): Die EU lesen, S. 57.

398 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 1.4.

399 Vgl. Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 37; vgl. Reyes, Antonio (2011): Strategies of Legitimization in Political Discourse: From Words to Actions, in: Discourse&Society 22(6), S. 781-807.

im Policy-Prozess meist auf die Legitimation bestimmter diskursiver Elemente, insbesondere auf Lösungsmaßnahmen und Zuständigkeiten, bezieht oder allgemein gesprochen auf „zukunftsorientierte Forderungen“[400]. Politische Diskurse sind dabei tendenziell konflikthaft, weil nie alle, sondern immer nur bestimmte diskursive Elemente „als legitime Deutungen institutionalisiert werden“[401]. Ähnlich betont auch Nonhoff, dass ein „Diskurs […] nur dann ein politischer Diskurs [ist], wenn […] ein spezifisches Allgemeines konflikthaft verhandelt wird.“[402] Ausgehend von diesem Verständnis behandelt die hier durchgeführte Diskursanalyse der EPE diskursive Auseinandersetzungen, in denen konflikthafte bzw. kontroverse Themen zur Debatte stehen, und betrachtet dabei sowohl die Entstehung, Reproduktion und Transformation sowie die temporäre und partielle Fixierung von Bedeutung,[403] das heißt die Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik.

Diskurse haben also aus der hier eingenommenen Forschungsperspektive zwei Seiten – sowohl eine strukturelle als auch eine konflikthaft-prozessuale Dimension[404] – und können daher als stets wandelbare „bewegliche Struktur“[405] verstanden werden. Diskursive Strukturen sind immer nur vorläufige Ergebnisse diskursiver Praktiken, die wiederum die weiteren Artikulationen ermöglichen und einschränken. „Die Struktur geht der Artikulation immer voran und wird gleichzeitig durch diese stets aufs Neue, aber auch *als neue*, das heißt als niemals exakt gleiche reproduziert.“[406] Der Begriff „Diskurs“ bezeichnet somit einen „Strukturierungszusammenhang“[407] auf der Ebene der Bedeutungskonstitution, worauf ich im Abschnitt 3.3 eingehe. In dem Sinne sind Diskurse als gleichzeitig „construct*ed* and construct*ive*“[408] zu verstehen. Dieses konstitutive Diskursverständnis spiegelt sich auch in Maarten Hajers Definition wider:

---

400 Nonhoff, Martin (2010): Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 299-331, hier S. 304.

401 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 36; vgl. auch Hansen (2006): Security as Practice, S. 1.

402 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 124.

403 Vgl. Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 36.

404 Vgl. Diez (2014): Setting the Limits, S. 324.

405 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 33.

406 Ebenda, S. 37, Hervorhebung im Original.

407 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 205.

408 Whittle, Andrea/Mueller, Frank (2011): The Language of Interests: The Contribution of Discursive Psychology, in: Human Relations 64(3), S. 415-435, hier S. 419, Hervorhebungen im Original.

> Discourse is here defined as a specific ensemble of ideas, concepts, and categorizations that are produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities.[409]

Diskurse werden somit ständig in Praktiken (re-)produziert – sie existieren letztlich nur in dieser praktischen Aktualisierung bzw. Artikulation –, wobei diese Praktiken der Bedeutungskonstitution hier nicht auf zeichenförmige Praktiken reduziert werden.[410] Entsprechend können energiepolitische Diskurse durch ganz unterschiedliche Praktiken wie wissenschaftliches Schreiben, durch Laborexperimente, aber auch durch einen bestimmten Lebensstil bzw. durch Konsumverhalten reproduziert, stabilisiert und transformiert werden.[411] Eine Diskursanalyse, wie sie hier in Bezug auf diskursive Dynamiken in der europäischen Energiepolitik durchgeführt wird, umfasst somit nicht nur die Beschreibung diskursiver Strukturen, sondern auch eine Prozessanalyse der (Re-)Produktion und Transformation von Diskursstrukturen. Mit Blick auf das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und den Artikulationen der sozialen Akteure soll hier die Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik als diskursive Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE rekonstruiert werden. Es wird damit also auch ein „Erklärungsanspruch" verfolgt, der über die Beschreibung und Kategorisierung von EU-Energie-Diskursen hinausgeht.

3.2 Konstruktivistisch-diskursiver Erklärungsanspruch

Es wurde bereits auf die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen innerhalb des konstruktivistischen Spektrums im Feld der europäischen Integrationsforschung eingegangen,[412] wobei „the issue of causation"[413] als ein Hauptstreitpunkt herausgestellt wurde.[414] Diese Divergenzen spiegeln sich auch deutlich in der Umsetzung von Diskursanalysen wider: Denn zum einen werden Diskurse als Variablen in Kausalerklärungsmodellen eingebunden, zum anderen

409 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44.

410 Vgl. ebenda; vgl. auch Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 256; Diez (2014): Setting the Limits, S. 320.

411 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 256.

412 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 1.1.

413 Wight (2002): Philosophy of Social Science, S. 37.

414 Vgl. ausführlich dazu Kurki (2008): Causation in International Relations.

in konstitutiven Forschungsdesigns integriert.[415] „Moderate Konstruktivisten", die einem breit verstandenen positivistischen Wissenschaftsverständnis verbunden sind,[416] vertreten dabei meist erstere Position. Das heißt, sie trennen zwischen der externen politischen Realität einerseits (z. B. der Entwicklung von Institutionen und Policies in der EU) und Diskursen andererseits (das heißt insbesondere der sprachlichen Artikulation von Ideen).[417] Aus der Perspektive werden dann zum Beispiel Veränderungen im *Diskurs als Ursache für einen Policy-Wandel* beschrieben.[418] Ziel dieser Studien ist es meist jedoch zu überprüfen, ob Diskurse überhaupt eine Rolle im jeweiligen Fall spielen bzw. unter welchen Bedingungen Diskurse einen eigenständigen kausalen Einfluss im Vergleich zu anderen Erklärungsfaktoren wie Interessen und Institutionen haben.[419] Diese „Falsifizierungsstrategie"[420] ist in der politikwissenschaftlichen (Diskurs-)Forschung insgesamt weit verbreitet.[421]

„Radikal-konstruktivistische" bzw. poststrukturalistische Vertreter, die meist auch einem post-positivistischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet sind, lehnen die Eingliederung von Diskursen in ein striktes kausalanalytisches Forschungsdesign aufgrund metatheoretischer Annahmen weitgehend ab: Da die externe Welt aus dieser Perspektive nie außerhalb eines Diskurses zugänglich und nicht objektiv beobachtbar ist, kann auch das Wissen über Aspekte der europäischen Politik bzw. Realität demnach nicht von der „Konstruktivismusannahme"[422] befreit werden. Gerade wissenschaftliche Analysen sind in dem Sinne also nicht objektiv, sondern erzeugen immer bestimmte Wirklichkeitskonstruktionen und können damit selbst eine „politische Intervention"[423] bedeuten. Aus diesem Wissenschaftsverständnis speist sich auch das kritische Anliegen einiger poststrukturalistischer Diskursana-

415 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 288.

416 Vgl. Schwellnus (2006): Sozialkonstruktivismus, S. 324.

417 Vgl. hierzu kritisch Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 141.

418 Für diese Vorgehensweise vgl. z. B. Schmidt (2008): Discursive Institutionalism; Schmidt (2010): Taking Ideas and Discourses Seriously; für eine Kritik z. B. Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 141-142.

419 Für diese Vorgehensweise vgl. u. a. Börzel (1997): Zur (Ir-)Relevanz der ‚Postmoderne' für die Integrationsforschung; Schmidt (2010): Taking Ideas and Discourses Seriously; vgl. auch Kapitel II, Abschnitt 3.5.1.

420 Maier (2001): Ideen und Policies, S. 543.

421 Ebenda, S. 541; vgl. auch Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 291.

422 Diez (1999): Die EU lesen, S. 41.

423 Diez (1996): Postmoderne und europäische Integration, S. 276.

lysen.[424] Im Unterschied zur Diskursforschung, die in der Tradition der Kritischen Theorie steht, werden die verschiedenen Lesarten eines Phänomens jedoch nicht als absolut besser oder schlechter bewertet, sondern Ziel ist es etwa, marginalisierten Positionen Gehör zu verschaffen und für die Vielfalt von Wirklichkeitskonstruktionen zu sensibilisieren. Damit verbindet sich durchaus ein normativer Anspruch, aber kein „Hegemonialanspruch"[425] für eine „richtige" Lesart der Wirklichkeit.[426]

Aufgrund der steten „Diskursverwobenheit des Wissenschaftlers"[427] wird nicht analytisch zwischen einer Ebene der externen, objektiv beobachtbaren Realität und „einer Ebene der Wahrnehmung und Interpretation dieser externen Realität"[428] getrennt. Grundsätzlich kann aus Perspektive einer konstruktivistischen bzw. „discursive epistemology"[429] also kein Kausalzusammenhang im Humeschen Sinne zwischen Diskurs (unabhängiger Variable) und politischer Realität (abhängiger Variable) analytisch erfasst werden.[430] Dieser Dualismus von „Diskurs" und „Realität" widerspricht einer „durchgehend konstruktivistischen und damit auch diskursanalytischen Auffassung"[431]. Zudem wurde in ontologischer Hinsicht auch schon argumentiert, dass ideelle und materielle Faktoren nicht getrennt analysiert werden können[432]; sie gelten als „ontologically inseparable and this inseparability is enacted through discourse"[433]. Ohne „Zugriffsmöglichkeiten" auf einen extradiskursiven Raum können somit auch keine Hypothesen über die ursächliche Erklärungskraft eines Diskurses im Vergleich zu diskursexternen/materiellen oder diskursunabhängigen ideellen Faktoren formuliert werden.[434] „The analytical intent is not to measure the relative importance of ideas and materiality but to

424 Vgl. ebenda; Bacchi, Carol (2000): Policy as Discourse: What Does It Mean? Where Does It Get Us?, in: Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education 21(1), S. 45-57.

425 Diez (1996): Postmoderne und europäische Integration, S. 259.

426 Vgl. hierzu Stäheli (2006): Die politische Theorie der Hegemonie, S. 275.

427 Diez (1999): Die EU lesen, S. 95.

428 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 199.

429 Hansen (2006): Security as Practice, S. 17.

430 Vgl. ebenda, S. 27.

431 Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 292.

432 Vgl. hierzu auch ausführlich Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy, S. 108-109.

433 Hansen (2006): Security as Practice, S. 27; vgl. auch Diez (2001): Europe as a Discursive Battleground, S. 25.

434 Vgl. Hansen (2006): Security as Practice, S. 6.

understand them as constructed through a discourse"[435]. Es wird in konstitutiven Forschungsdesigns also nicht gefragt „how much discourse matters"[436], sondern welche Diskurselemente im jeweils untersuchten Politikfeld fokussiert und/oder marginalisiert sind und welche politische Konsequenzen sich hieraus ergeben können.[437]

Dieser radikal-konstruktivistischen bzw. poststrukturalistischen Argumentation folgend, werden auch in dieser Arbeit politische Handlungen und Praktiken oder auch bestimmte Politikergebnisse wie die Etablierung der EPE nicht als Folge eines ursächlichen Diskurses, sondern als Teil[438] bzw. als Stabilisierung und Institutionalisierung eines Diskurses begriffen. Das heißt, es wird nicht im Sinne einer Falsifizierungsstrategie getestet, ob und wann Diskurse von Bedeutung sind. Bestimmte Funktionen von Diskursen in der Politik werden – je nach diskurstheoretischer Rückbindung – hingegen a priori vorausgesetzt und anhand des jeweiligen Falls spezifiziert, was die enge Verzahnung von Diskurstheorie und -analyse verdeutlicht.[439] Im vorliegenden Fall wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive insbesondere mit Rückgriff auf die Konzepte von Maarten Hajer auf die Funktionen von story-lines im Policy-Prozess geschaut und so die diskursive Schließung der Energieproblematik als Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE rekonstruiert.

Die somit vorgenommene Distanzierung von einem klassischen kausalanalytischen Erklärungsmodell – im Sinne der positivistischen „Außenperspektive" –, die eine Definition von Diskursen als isolierbare Variable voraussetzt, bedeutet jedoch nicht, dass nicht dennoch ein wissenschaftlicher Erklärungsanspruch beibehalten werden kann.[440] Dabei wird hier an die schon angesprochene Erweiterung des Erklärungsbegriffs um *konstitutive Erklärungen* angeknüpft.[441] Wie Wendt dargelegt hat, geht es in einem konstitutiven Erklärungsmodell nicht um das Herausarbeiten von deterministischen und

435 Ebenda, S. 23.

436 Ebenda, S. 25. Hansen bezieht selbst eine kritisch Position gegenüber diskursanalytischen Kausalerklärungen.

437 Vgl. Maier (2001): Ideen und Policies, S. 543; Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 290.

438 Vgl. Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 142; vgl. auch Kapitel II, Abschnitt 4.3.

439 Vgl. hierzu u. a. Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, 2. Auflage, Paderborn, S. 353.

440 Vgl. Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations; Hansen (2006): Security as Practice.

441 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 1.1.

regelmäßig-beobachtbaren Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, sondern es zielt u. a. darauf ab „conditions of possibility for natural and social kinds“[442] herauszuarbeiten:

> For example, instead of examining what factors caused what aspects of a state's identity – as would the conventional mainstream […]– interpretative constructivists would explore the background conditions and linguistic constructions (discourses) that made any such change possible in the first place.[443]

Auch wenn eine klare kausale Terminologie von Konstruktivisten und v. a. Poststrukturalisten meist vermieden wird, geht gerade die Beantwortung von „How-possible-Fragen“ auch mit „causal-sounding claims“[444] einher. Dies liegt darin begründet, dass sich, wie schon herausgestellt wurde, gerade die Diskursforschung in Anlehnung an Foucault nicht nur mit einer Beschreibung von diskursiven Formationen befasst, sondern auch dezidiert mit den produktiven (und repressiven) Seiten sowie politischen Konsequenzen diskursiver Macht kritisch auseinandersetzt. So argumentiert auch Hajer, der hier als zentraler Referenzautor für die diskursanalytische Umsetzung der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive fungiert:[445] „It should be possible not only to identify discourses but also to assess their influence as well.“[446] Typische Fragen der Diskursforschung nach den *diskursiven Möglichkeitsbedingungen* für eine bestimmte Politik oder den politischen Konsequenzen eines dominanten Diskurses[447] verdeutlichen, dass „implicit causal terminology can be detected in all reflecitvist theories“[448].

Milja Kurki argumentiert vor diesem Hintergrund, dass eine Trennung zwischen Kausalerklärungen und „nicht-kausalen“ konstitutiven Erklärungen, wie es Wendt vornimmt, wenig hilfreich ist und vielmehr die positivistische Deutungshoheit über den Kausalitätsbegriff stabilisiert.[449] Denkt man jedoch „outside the Humean box“[450], dann kann man erkennen, dass auch konstitutive Erklärungen, die in der vorliegenden Arbeit auf die diskursiven Möglichkeitsbedingungen in der Politik verweisen, durchaus eine kausale Komponente haben. Damit ist aber eine wesent-

442 Wendt (1998): On Constitution and Causation in International Relations, S. 105.

443 Checkel (2006): Constructivism and EU Politics, S. 58.

444 Vgl. Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 141.

445 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.

446 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

447 Vgl. Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 141-143; vgl. Diez (2014): Bedeutungen und Grenzen, S. 392.

448 Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 143.

449 Vgl. ebenda, S. 180-182; vgl. auch Kratochwil (2008): Constructivism.

450 Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 147.

lich andere Form von Kausalität als die Humesche angesprochen, die Kurki mit Rückgriff auf Aristoteles' Typologie als „formale Ursache" beschreibt:

> Crucially, the category of formal causes gives us a radically different way of thinking about the causal role of ideas, rules, norms and discourses: Aristotele's conception of formal cause can be seen as a 'constraining and enabling' type of cause, not a 'pushing and pulling' active cause. What I mean by this is that formal causes 'condition' as contextual causes rather than actively bringing about their effects.[451]

Durch die Loslösung des Erklärungsansatzes von den strikten positivistischen Kriterien der Humeschen Kausalerklärung und durch das erweiterte Verständnis von Kausalität als Ermöglichung wird potenziell auch ein produktiver Raum für diskursanalytische Erklärungen von Phänomenen der internationalen und europäischen Politik eröffnet.[452] In dem Sinne wird mit der vorliegenden Untersuchung der diskursiven Möglichkeitsbedingungen für die Etablierung der EPE zwar keine Kausalerklärung im positivistischen Sinne angestrebt. Es soll aber aufgezeigt werden, wie diskursive Möglichkeitsbedingungen, das heißt hier speziell die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line, die Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik auf europäischer Ebene ermöglicht hat, und dabei zugleich alternative wachstumskritische Lösungsmodelle der Suffizienz im EU-Energiediskurs weiter marginalisiert wurden. Aufgrund der differenzbasierten Bedeutungskonstitution verweist die Rekonstruktion der diskursiven Schließung um eine dominante story-line also gleichzeitig auch auf Verknappungs-Mechanismen bzw. auf die Marginalisierung alternativer Elemente. „It is only through such delimitation that a substantive fixation of meaning becomes possible."[453] Das heißt, die Ermöglichung und die Begrenzung legitimer Politik-Optionen sind gleichberechtigte Komponenten.[454] Je nachdem, ob eher ein Erklärungsanspruch oder ein stärker kritischer Anspruch erhoben wird, steht entsprechend auch die Dominanz oder die Ausgrenzung bestimmter Diskurselemente in einem Politikfeld im Mittelpunkt des Forschungsinteresses.[455]

Angesichts des hier verfolgten Anspruches einer konstitutiven Erklärung liegt das Hauptaugenmerk der durchgeführten Diskursanalyse auf der Rekonstruktion der dominanten story-lines bzw. der diskursiven Schließung der Energieproble-

451 Ebenda, S. 225.

452 Vgl. ebenda; vgl. auch Diez (2014): Bedeutungen und Grenzen, S. 391.

453 Diez (2014): Setting the Limits, S. 326.

454 Vgl. Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 603; vgl. auch Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, S. 17.

455 Vgl. Diez (2014): Setting the Limits, S. 331.

matik als Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE. Aber das Aufzeigen von alternativen und marginalisierten energiepolitischen story-lines, die im Policy-Prozess im Rahmen der Etablierung der EPE auf europäischer Ebene keine oder nur eine randständige Position einnehmen und nicht konkurrenzfähig sind, konstituiert die kritische Komponente der vorliegenden Arbeit, die damit auch zur Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen und Alternativen in der europäischen Energiepolitik anregen möchte. Dennoch liegt der Schwerpunkt auf der Rekonstruktion jener dominanten story-lines, die zur diskursiven Schließung der Energieproblematik beigetragen haben, womit eine alternative Perspektive zu den Analysen eingenommen wird, die sich unmittelbar auf die Interessen und Ideen der beteiligten Akteure und ihr (strategisches) Verhalten als unabhängige Variablen („efficient causes") konzentrieren, um das Politikergebnis EPE zu erklären.

Damit werden aber auch die *Grenzen des gewählten analytischen Ansatzes* erkennbar. Denn auch wenn es diskursiv begünstigende Faktoren gibt, wie etwa eine hohe Anschlussfähigkeit an bestehende Deutungen[456], die dafür sprechen, dass bestimmte story-lines und damit verknüpfte Policy-Optionen als legitim erachtet werden und sich eher im Policy-Prozess durchsetzen können[457], so lässt sich aus einer rein konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive allein keine „Letztbegründung" (wie in anderen Ansätzen etwa mit Verweis auf die Rationalität von Individuen, materielle und physische Gegebenheiten, externe Shocks etc.) nennen, warum Akteure eine (oder mehrere) Diskurskoalition(en)[458] unterstützen und sich bestimmte Policy-Optionen durchsetzen und andere nicht.[459] Die Stärke der eingenommenen Perspektive liegt nicht im Verweis auf rationale Entscheidungen strategischer Akteure, sondern vielmehr darin, die diskursive Bedingtheit und Grenzen dieser Entscheidungen aufzuzeigen und zu verdeutlichen, dass Politikergebnisse stets auf dem Ausschluss von Alternativen beruhen.

Es werden hier also klar die Grenzen und die Reichweite des Erklärens aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive anerkannt. Insbesondere wenn man bei einer konstruktivistischen Erkenntnisposition bleibt, schränkt das auch die Erklärungsmöglichkeiten in gewisser Weise ein, wie Kratochwil betont: „taking this perspective does enable and constrain our research designs and our choice of the tools in making our case"[460]. So kann eben aus einer konstruktivistischen Erkenntnisposition heraus, wie schon verdeutlicht wurde, nicht zwischen mate-

456 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.5.2.

457 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 66-67.

458 Vgl. ebenda, S. 65.

459 Vgl. hierzu auch Diez (2014): Bedeutungen und Grenzen, S. 391.

460 Kratochwil (2008): Constructivism, S. 88.

riellen und diskursiven Faktoren – zwischen „Diskurs und der Politik als etwas Extradiskursivem“[461] – analytisch sauber getrennt und eine Kausalbeziehung angenommen werden. Die Möglichkeit eines direkten analytischen Zugriffs z. B. auf materielle Rahmenbedingungen, das heißt „a foundationalist belief in being able to go to the things themselves and capture them by some hard data“[462], wird hier aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive als problematisch erachtet, da so auch die „Gefahr“ besteht, essentialistisch und deterministisch zu argumentieren bzw. bestimmte materielle Faktoren und Interessen a priori zu privilegieren.

Angesichts dieser Problematik werden materielle Faktoren, etwa der Energiemix eines Mitgliedstaates, auch nicht als unmittelbar deterministische Kontextbedingung oder Ursache für Akteurshandeln begriffen. Diese Aspekte werden in der Diskursanalyse der EPE aber insofern berücksichtigt, als diese in den story-lines der sozialen Akteure artikuliert und z. B. zur Legitimation von bestimmten Lösungsmodellen herangezogen werden. Aus der hier eingenommenen Perspektive bleibt die Analyse somit letztlich auf der diskursiven Ebene der Bedeutungskonstitution verhaftet, das heißt insbesondere der Rekonstruktion von story-lines als „political devices that allow […] dicursive closure“[463]. Eine Kritik, die Kurki in dem Zusammenhang vorbringt, ist, dass auch konstruktivistische Forschung ebenso wie rationalistische Ansätze in der Politikwissenschaft dazu tendiert, eindimensionale Erklärungen für komplexe politische Phänomene zu liefern.[464] Die hier verfolgte konstitutive Erklärung der Etablierung der EPE geht zwar über die dichte Beschreibung von energiepolitischen story-lines hinaus, bleibt aber auch auf diese diskursiven Erklärungsfaktoren, das heißt die Funktion von story-lines im Policy-Prozess, begrenzt.

Um die Forschungsfrage – wie sich die Etablierung der EPE verstehen lässt – zu beantworten, wird also weder die erklärende „Außenperspektive“ noch die rein verstehende „Innenperspektive“ eingenommen.[465] Angesichts der in der konstruktivistischen Forschung weithin akzeptierten Annahme, „that there [are] more than merely two stories to tell“[466], wird im Rahmen der durchaus begrenzten Reichweite einer konstitutiven Erklärung untersucht, wie die Etablierung der EPE möglich wurde. Um dies zu verstehen, werden die diskursiven Möglichkeitsbedingungen, genauer die diskursive Schließung der Energieproblematik, in den Blick genommen, die im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und aktualisierenden sto-

461 Diez (2014): Bedeutungen und Grenzen, S. 391.

462 Kratochwil (2008): Constructivism, S. 87.

463 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

464 Kurki (2008): Causation in International Relations, S. 194-195.

465 Vgl. Hollis/Smith (1990): Explaining and Understanding.

466 Kratochwil (2008): Constructivism, S. 98.

ry-lines der beteiligten Akteure hergestellt und stabilisiert wurde, aber auch wieder aufgebrochen werden kann. Das heißt, es werden auch die diskursiven Praktiken energiepolitischer Akteure ernst genommen, insbesondere um die Dynamik der (Re-)Produktion und Transformation von diskursiven Strukturen erfassen zu können,[467] wie ich im Folgenden genauer darlege.

3.3 Das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und Artikulationen

Das Verhältnis von Akteuren bzw. Subjekten und Diskursen zählt zu den Kernthemen diskurstheoretischer Debatten,[468] wie sich auch in den bereits skizzierten akteurs- und strukturzentrierten Diskursperspektiven zeigt. Die wesentliche Problematik, die dabei immer wieder kontrovers diskutiert wird, betrifft die Konzeption der „Hierarchie zwischen Subjekt und Diskurs"[469], das heißt, ob Subjekte unabhängig von Diskursen existieren und diese manipulieren können oder ob Diskurse vorgängig sind und somit Subjekte determinieren. Im Hintergrund schwingt also die philosophische Grundsatzfrage mit, ob das Subjekt „sowohl als Träger von Bewußtsein und Intentionalität als auch als willentlich handelnde Instanz"[470] zu betrachten ist, oder ob das Denken, Sprechen und Handeln stets diskursiv bedingt ist. Foucault hat sich mit seinen Untersuchungen von Subjektivierungsprozessen klar gegen die universale Bewusstseinsphilosophie positioniert.[471] Seine radikale Ablehnung des „Subjekts als fundierende Kategorie"[472] hat insbesondere in Kreisen der Frankfurter Schule heftige Reaktionen ausgelöst. Denn die von Foucault implizierte Stellung des Subjekts als „nur eine weitere Position in der Sprache"[473]

467 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 191.

468 Vgl. ebenda, S. 209; vgl. auch Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 209; Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2012): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden.

469 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 150.

470 Ebenda.

471 Vgl. u. a. Keller, Reiner (2012): Der menschliche Faktor: Über Akteur(inn)en, Sprecher(inn)en, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden, S. 69-107, hier S. 71.

472 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 211.

473 Seyla Benhabib zitiert nach ebenda, S. 213.

stellt subjekttheoretische Grundannahmen wie etwa Selbstreflexivität, Rationalität, Intentionalität und Verantwortlichkeit in Frage, die jedoch gerade für das Verständnis von Politik größte Relevanz besitzen.[474] Aus kritisch-normativer Position heraus wird daher auf der Beibehaltung bestimmter Attribute des Subjekts bestanden, während Foucault (und andere Poststrukturalisten) argumentieren, dass es „kein souveränes und konstitutives Subjekt gibt, keine universelle Form des Subjekts, die man überall wiederfinden könnte"[475].

Dieser philosophische Disput um die Wesensmerkmale des modernen Subjekts wird in den Sozialwissenschaften generell weniger „hart" geführt. Und wenn, dann meist mit Verweis auf das Akteur-Struktur Problem, wobei grundsätzlich kaum (noch) von einem omnipotenten Akteur ausgegangen wird,[476] auch wenn gerade in der Politikwissenschaft ein Verständnis des zweckrational-handelnden Akteurs mit relativ großer Gestaltungsrolle durchaus weit verbreitet ist.[477] Aber v. a. soziologische Ansätze verweisen stets auf die soziale Formung und Prägung individuellen Handelns und institutionelle Ansätze betonen insbesondere die eingeschränkte Handlungsfähigkeit politischer Akteure.[478] Die in den Sozialwissenschaften verbreiteten Ansätze lassen sich also vielmehr „nach den Freiheitsgraden, die sie dem individuellen Handeln und den Subjekten zuschreiben"[479], unterscheiden.

Nicht zuletzt durch den Einfluss des konstruktivistischen Denkens hat eine Mittelposition in der Politikwissenschaft und auch in der diskursiven Policy-Forschung an Akzeptanz gewonnen[480], die auch in dieser Arbeit eingenommen wird: Übersetzt auf die Ebene der Bedeutungskonstitution heißt das, dass nicht von einem souveränen Akteur ausgegangen wird, der Diskurse frei gestaltet, sondern von der diskursiven Bedingtheit des Akteurs und seiner Handlungsfähigkeit. Aber es wird damit auch nicht von einer kompletten Determinierung ausgegangen. Kurzum: Das Verhältnis von Diskurs und Akteur wird hier im Sinne der Strukturierungstheorie als gegenseitige Konstituierung begriffen, was Diez auch als „linguistic

474 Vgl. ebenda, S. 212; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 155.

475 Foucault zitiert nach Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 216.

476 Vgl. ebenda, S. 214; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 169.

477 Für einen Überblick gängiger Akteurskonzeptionen in der Politikwissenschaft vgl. u. a. Nonhoff/Gronau, (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs.

478 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 171; Hall/Taylor (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms.

479 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 222.

480 Vgl. Hajer/Laws (2006): Ordering through Discourse, S. 254.

structurationism"[481] bezeichnet hat. Das heißt, Akteure treten in eine immer schon vorhandene diskursive Struktur ein, durch ihre Artikulationen realisieren und aktualisieren sie diese Strukturen, die wiederum ihre Artikulationen ermöglichen und begrenzen. „The relationship between discourse, if by discourse is meant the context in which an articulation occurs, and policy articulation is therefore at best a *mutually constitutive* one."[482]

Auch wenn die Annahme der gegenseitigen Konstituierung von diskursivem Kontext und Artikulationen in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung auch verbreitetet ist,[483] so ist sie dennoch praktisch schwer „durchzuhalten". Meist lässt sich in diskursanalytischen Untersuchungen ein akteurszentrierter oder strukturzentrierter „bias" erkennen, wie die obigen Ausführungen zu den Diskursperspektiven in der europäischen Integrationsforschung verdeutlichen.[484] In dieser Arbeit sollen die Wechselbeziehungen zwischen diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen jedoch auch empirisch erfasst werden. Denn mit Blick auf dieses konstitutive Wechselverhältnis – so die zentrale Argumentation der vorliegenden Arbeit – lässt sich die temporäre Bedeutungsfixierung im Policy-Prozess, das heißt die Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik, nachvollziehen und somit auch die Etablierung der EPE verstehen. Vor diesem Hintergrund erscheint es daher relevant, das Verständnis der gegenseitigen Konstituierung und insbesondere die damit verbundenen „menschlichen Artikulations- und Gestaltungsmöglichkeiten"[485] genauer zu bestimmten, wozu ich insbesondere auf die Arbeiten von Nonhoff und Gronau sowie Reiner Keller zurückgreife, die sehr differenzierte, aber jeweils unterschiedlich akzentuierte Perspektiven auf das Wechselverhältnis von Akteur/Subjekt und Diskurs offerieren.

Die zentrale Frage, die hier also erörtert wird, betrifft die Qualifizierung des „menschlichen Faktors"[486] im diskursiven Bedeutungsgeflecht. Es wird, wie bereits betont, in den meisten Theorien nicht von Extrempositionen ausgegangen; nicht von einem vollkommen autonomen Akteur und auch nicht von einer vollkommenen

481 Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 603.

482 Diez (2014): Setting the Limits, S. 324.

483 Vgl. Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse; Diez (1999): Speaking ‚Europe'; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie.

484 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 2; vgl. auch Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 109; Diez (2014): Setting the Limits, S. 323-324.

485 Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 110.

486 Keller (2012): Der menschliche Faktor.

Determinierung des Subjekts. Foucault folgert aus der Ablehnung universeller Subjektattribute nicht, dass eine grundsätzliche politische Machtlosigkeit des Subjekts bestehen müsse.[487] So argumentiert Nonhoff aus poststrukturalistischer Perspektive auch, dass ein diskursfundiertes Verständnis von Subjekten der Freiheit des Subjekts nicht grundsätzlich entgegensteht.[488] Dies liegt v. a. darin begründet, dass die Struktur des Diskurses nie vollkommen ist und als solche das „Subjekt nicht determinieren"[489] kann. Es braucht vielmehr „diskurstragende Individuen", die durch „Akte der Artikulation"[490] Diskurse in *bestimmter Weise* fortschreiben bzw. in Bewegung halten.[491] Damit wird durchaus anerkannt, dass Diskurse durch Subjekte „lebendig" werden, aber auch – was in vielen anderen (auch konstruktivistischen) Ansätzen oft vernachlässigt wird – dass

> […] Subjekte als sinnhafte Individuen oder Gruppen überhaupt erst im Diskurs eine Existenz erhalten. Dies ist die zu Ende gedachte Konsequenz einer gegenseitigen Abhängigkeit von Subjekt und Diskurs, und ebenso von Akteur und Struktur.[492]

Im Sinne der poststrukturalistischen Diskurstheorie steht die *diskursive Konstituierung des Subjekts* tendenziell im Vordergrund, wie Nonhoff und Gronau resümieren:

> Auch wenn wir nun für die Freiheit des Subjekts im Diskurs […] ein nicht unbeträchtliches Potential ausgemacht haben, so darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass das Subjekt weiterhin als eng in das Relationsnetz des Diskurses eingeflochtenes Subjekt zu begreifen ist.[493]

Eine anders akzentuierte Konzeptionalisierung des Wechselverhältnisses von diskursiven Strukturen und Artikulationen offeriert hingegen Reiner Keller mit der Grundlegung der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA). Auch er betont die Notwendigkeit der Aktualisierung des Diskurses durch einzelne Aussageereignisse, folgert jedoch hieraus, dass „*Akteure* als Vermittlungsinstanz zwischen Diskursen und Aussageereignissen"[494] eingeführt werden müssen. Genauer argumentiert er, dass „der praktische Vollzug des Ereignisses […] den Einbezug einer Kategorie sozialer Akteure

487 Vgl. Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse.

488 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 159.

489 Ebenda, S. 163.

490 Ebenda, S. 159.

491 Vgl. ebenda.

492 Ebenda, S. 172.

493 Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 127.

494 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 209, Hervorhebung im Original.

[erfordert]"[495]. Akteuren wird in der WDA[496] somit eine aktive interpretative Deutungs- bzw. Handlungskompetenz bezüglich diskursiver Strukturen zugesprochen.[497] Diese aktive Deutungsleistung wird so bewusst mit dem Begriff des Akteurs (im Gegensatz zum artikulierten Subjekt) zum Ausdruck gebracht. Allerdings werden Akteure von Keller weiter als *soziale* Akteure qualifiziert, das heißt, sie werden „sowohl als diskursiv konstituierte wie als regelinterpretierend Handelnde, als *aktive* Produzenten und Rezipienten von Diskursen verstanden"[498].

Es wird also auch in der WDA nicht von einem souveränen autonomen Akteur mit transzendentalem Bewusstsein ausgegangen, sondern in der interpretativ-sozialkonstruktivistischen Tradition wird das „Bewusstsein der einzelnen Subjekte […] immer [als] sozial geformtes Bewusstsein"[499] konzeptionalisiert. Diese Position impliziert dann auch, dass der Prozess der Bedeutungskonstitution nicht an die „Ich-Leistung der Subjekte gebunden"[500] ist, sondern Wirklichkeitskonstruktionen in (sprachlichen) Interaktionsprozessen entstehen.[501] Insgesamt argumentiert die WDA somit, dass Deutungsleistungen der sozialen Akteure notwendig, aber nur vor dem „Hintergrund und im Rahmen eines […] sozial konstituierten Wissensvorates"[502] möglich sind. Trotz dieser starken Einschränkung der Deutungskompetenz wird aber daran festgehalten, dass Akteure prinzipiell fähig sind,

> […] sich im Rahmen der ihnen soziohistorisch verfügbaren Mittel nach Maßgabe eigener ‚Sinnsetzung' und auch kreativ auf die situativen Erfahrungen und institutionellen Erwartungen zu beziehen, in die sie eintauchen. Durch ihre reflexiven und praktischen Interpretationen der strukturellen Bedingungen können sie auch deren Transformation herbeiführen.[503]

Entsprechend kann nach Keller ohne soziale Akteure – als Interpreten diskursiver Strukturen – auch keine Diskurs(re-)produktion und v. a. keine Diskurstransforma-

495 Ebenda, S. 223.

496 Dies gilt auch für den Ansatz von Hajer, der bewusst von aktiven Akteuren ausgeht. Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 54.

497 Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 97.

498 Keller (2008): Wissenssoziologisch Diskursanalyse, S. 191, Hervorhebung im Original; vgl. auch Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 97.

499 Keller (2008): Wissenssoziologisch Diskursanalyse, S. 220.

500 Hans-Josef Wagner zitiert nach ebenda, S. 219.

501 Vgl. dazu auch Kapitel II, Abschnitt 1.4.

502 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 219.

503 Ebenda, S. 222.

tion stattfinden.[504] Soziale Akteure agieren dabei aber im Sinne des grundlegenden Strukturierungszusammenhangs

> […] nicht als freie Gestalter der Diskurse. Sie sind ihnen andererseits auch nicht bedingungslos unterworfen oder ausgeliefert. Als aktiv wahrnehmende und regelinterpretierend Handelnde setzen sie ihre Handlungskompetenz in diskursiven Ereignissen und im Vollzug diskursiver Praktiken ein.[505]

Soziale Akteure sind Diskursen somit nicht vorgängig, sie sind keine unabhängigen Entitäten mit einem „stabilen Identitätskern"[506]; sie erfüllen daher auch keine klar abgesteckten Rollen. Politische Auseinandersetzungen „are not […] conceptualized as semistatic plays in which actors have fixed and well memorized roles"[507]. Vielmehr geht es ja oft um die Selbst- und Fremdpositionierung, um die Zuschreibung von Rollen und Kompetenzen in der Politik. Wichtig ist zu betonen, dass soziale Akteure oft widersprüchliche Positionen einnehmen bzw. zu unterschiedlichen Diskurskoalitionen beitragen können.[508] Auch wenn soziale Akteure also nicht vorgegebene Subjektpositionen blind reproduzieren, sondern sich interpretierend auf diese beziehen, können sie nie vollkommen diskursunabhängig agieren, denn „actors can only make sense of the world by drawing on the terms of the discourses available to them."[509] Soziale Akteure beziehen sich insofern immer auf die im Diskurs konstituierten Subjektpositionen, aber dennoch bleibt ihnen aus sozialkonstruktivistischer Perspektive die Fähigkeit, diese im Rahmen interaktiver Deutungsprozesse (mehr oder weniger) eigenwillig zu interpretieren, zu besetzen und auszufüllen.[510]

Basierend auf der „performativ-interpretatorischen Leistung"[511] sozialer Akteure lassen sich Regelmäßigkeiten, aber auch *Varianz* in der Diskursreproduktion erfassen. Denn die tatsächliche Aneignung diskursgenerierter Subjektpositionen erfolgt zwar häufig regelkonform, aber sie erschöpft sich nicht zwingend darin[512], das heißt, es sind

---

504 Vgl. ebenda, S. 233; vgl. für eine ähnlich Argumentation auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 55.

505 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 255.

506 Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 85.

507 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 53.

508 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 163; Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 98; Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

509 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 53.

510 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 223.

511 Ebenda, S. 218.

512 Vgl. Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 95.

auch Fehlinterpretationen, Teiladaptionen, Umdeutungen und reflexive Auseinandersetzungen neben der reinen Reproduktion möglich.[513] Hierin ist zudem impliziert, dass soziale Akteure kontextspezifische und diskursiv-konstituierte Interessen und Projekte verfolgen und hierzu diskursive Strategien einsetzen können.[514] Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass die Verfolgung diskursiver Strategien auch aus sozialkonstruktivistischer Perspektive nicht mit einer „Kontrolle der Handlungsfolgen durch die Akteure"[515] einhergeht. Soziale Akteure haben aber tendenziell

> […] the possibility of acting strategically in relation to discourse – both in relation to how they shape a political position in relation to a given discursive position and in how they try to transform the discursive structure itself […].[516]

Das diskursiv bedingte, jedoch auch potenziell kreative und interpretative Moment aktualisierender Artikulationen wird in der WDA mit dem Begriff des *sozialen Akteurs* in den Vordergrund gerückt, während Nonhoff und Gronau mit Blick auf das *artikulierte Subjekt* die Seite der Subjektwerdung stärker fokussieren. Beide skizzierten Konzeptionalisierungen des Verhältnisses von Diskurs und Akteur/Subjekt setzen somit unterschiedliche Akzente, was nicht zuletzt aus der theoretischen Rückbindung (Poststrukturalismus und Sozialkonstruktivismus) resultiert. Letztlich zeigen diese Vorschläge zur Konzeption der Strukturierungstheorie im Rahmen der Diskursforschung erneut, dass es schwer (wenn nicht unmöglich) ist, eine vollkommen „balancierte" Position beizubehalten. Hingegen wird auch bei differenzierter Auseinandersetzung deutlich, dass gewisse theoretische Akzente und damit verbundene Schwerpunkte in der empirischen Analyse gesetzt werden müssen. Angesichts der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE stehen hier die prozessual-konflikthafte Dimension der Kämpfe um Deutungshoheit und damit auch die diskursiven Praktiken bzw. aktiven (strategischen) Deutungsleistungen sozialer Akteure im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund verwende ich auch primär den Begriff des sozialen Akteurs und nicht den des artikulierten Subjekts, um das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und Artikulationen zu konzeptionalisieren. Entsprechend wird hier von sozialen Akteuren in der europäischen Energiepolitik ausgegangen, die in einem diskursiven Kontext agieren, jedoch auch mit reflexiven Deutungskompetenzen ausgestattet sind. Die diskursiven Strukturen bzw. der diskursive Kontext

513 Vgl. ebenda, S. 102.

514 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologisch Diskursanalyse, S. 221.

515 Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 98.

516 Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 165.

werden im ersten Analyseschritt der empirischen Untersuchung als *diskursives Repertoire* energiepolitischer story-lines rekonstruiert,[517] das heißt als ein „repertoire of discursive resources in the form of available narratives and understandings at the disposal of political actors"[518]. Auf dieses Repertoire an energiepolitischen story-lines können die sozialen Akteure im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE (strategisch) zugreifen und diese reproduzieren oder modifizieren, aber sie sind zugleich durch dieses Repertoire in ihren Artikulationsmöglichkeiten eingeschränkt und in bestimmter Weise positioniert. So soll insgesamt das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure auch empirisch erfasst werden.

Soziale Akteure in der Energiepolitik interessieren aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive nicht primär als individuelle, sondern als überindividuelle Akteure. Hiermit wird an die in der Policy-Forschung übliche Perspektive angeschlossen, nach der kollektive und korporative Akteure im Policy-Prozess maßgeblich sind (z. B. EU-Institutionen, Umwelt-NGOs, Industrieverbände). Konkret beobachtbare energiepolitische Artikulationen werden also nicht auf einzelne Politikerpersönlichkeiten bezogen, sondern als Repräsentationen einer sozialen Gruppe bzw. (Diskurs-) Koalition betrachtet[519], wobei hier im Unterschied zur klassischen Policy-Forschung Koalitionen nicht nur zwischen institutionalisierten Organisationen wie Verbänden oder Parteien entstehen, sondern auch quer zu diesen liegen können. Soziale Akteure können, wie bereits ausgeführt, prinzipiell zu unterschiedlichen Koalitionen beitragen – es wird „also keine Identität von Diskurs und kollektiver Akteursgruppe vorab unterstellt"[520]. Auch wenn die erwähnte Repräsentationsfunktion sicherlich nicht für jede Artikulation eines Akteurs gelten kann, so werden im politischen Prozess doch viele (wenn nicht die meisten) Aussagen im Namen einer Gruppe bzw. Institution produziert.

Abgesehen von den Merkmalen des Policy-Prozesses, wie er sich in der Europäischen Union im Untersuchungszeitraum darstellt, der eine Fokussierung auf kollektive Akteure nahelegt, ist diese Vorgehensweise auch im Einklang mit der übergeordneten Zielsetzung der Arbeit, nämlich die Etablierung der EPE zu verstehen: Denn vor diesem Erkenntnishintergrund ist das Ziel der empirischen

517 Vgl. auch Keller (2009): Müll, S. 46.

518 Hay, Colin/Rosamond, Ben (2002): Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives, in: Journal of European Public Policy 9(2), S. 147-167, hier S. 151.

519 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 185-187.

520 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 255.

Analyse eine „typisierende Rekonstruktion“[521] wiederkehrender und dominanter story-lines, die zur Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik beigetragen haben. Auch wenn also immer wieder bemerkenswerte Besonderheiten und Abweichungen in der Artikulationspraxis aufscheinen, wäre es daher nicht zielführend, die individuelle Performanz einzelner Persönlichkeiten zu sehr in den Vordergrund zu rücken. Im Anschluss an die hier entwickelte Konzeption des sozialen Akteurs – eines interpretierenden, aber nicht steuernden Akteurs – wird hier angenommen, dass Akteure in der europäischen Energiepolitik *diskursive Strategien* verfolgen, um im Rahmen struktureller Vorgaben ausgewählte, das heißt bestimmte diskursive Elemente (z. B. bestimmte Ursachen, Lösungen, Zuständigkeiten) durchzusetzen.

3.4 Diskursive Strategien sozialer Akteure

Diskursive Strategien werden hier als „diskursiv strukturierte Bestrebungen sozialer Akteure“[522] verstanden, die darauf abzielen „die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutungen als Faktizität durchzusetzen“[523]. Ganz allgemein formuliert werden diskursive Strategien also durch die Auswahl und Kombination diskursiver Elemente realisiert[524] und zielen darauf ab, diskursive Elemente so zu arrangieren, dass eine bestimmte diskursive Konstellation entsteht.[525] In der diskursiven Policy-Forschung wird in diesem Zusammenhang v. a. betont, dass Akteure auch in der Politik dazu häufig auf narrative Formen der Artikulation, d. h. auf story-lines zurückgreifen.[526] *Story-lines können als typische Erscheinungsform der politischen*

521 Ebenda, S. 251.

522 Ebenda, S. 193.

523 Ebenda.

524 Vgl. Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 58.

525 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 210.

526 Für weitere Zugänge zu Narrativen in der Policy-Forschung vgl. u. a. Roe, Emery (1994): Narrative Policy Analysis: Theory and Practice, Durham/London; Radaelli, Claudio M. (1999): Harmful Tax Competition in the EU: Policy Narratives and Advocacy Coalitions, in: Journal of Common Market Studies 37(4), S. 661-682; Fairclough/Fairclough (2012): Political Discourse Analysis; Viehöver, Willy (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes: Der Klimadiskurs im Lichte der narrativen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 233-269; Viehöver, Willy (2011): Diskurse als Narration, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 193-224, Hajer, Maarten A. (2002): Discourse Analysis and the Study of Policy Making, in: European Political Science 2(1), S. 61-65; Wodak, Ruth (2011):

Artikulation betrachtet werden, denn auch hier werden diskursive Elemente wie z. B. Probleme, Verantwortlichkeiten und Lösungen in spezifischer Weise zu einander in Beziehung gesetzt und damit in ihrer Bedeutung (partiell) fixiert[527].

Die konkrete Anordnung diskursiver Elemente, also z. B. wer für welches Problem verantwortlich gemacht wird, kann aus der hier dargelegten Konzeption des Verhältnisses von Diskurs und sozialem Akteur auch in einem gewissen Rahmen strategisch erfolgen. Schwab-Trapp betont in dem Zusammenhang, dass diskursive Strategien im politischen Prozess zum einen darauf abzielen, präferierte Deutungen zu fokussieren bzw. zu legitimieren und gegnerische Positionen zu marginalisieren bzw. zu delegitimieren.[528] Zum anderen lassen sich sogenannte „interfraktionelle Strategien"[529] ausmachen, die Einfluss auf die Formation von Koalitionen haben. Koalitionsbildung kann somit also auch als eine diskursive Strategie bezeichnet werden, da sich hiermit die Durchsetzbarkeit bzw. die Wahrnehmbarkeit bestimmter diskursiver Elemente erhöhen kann, denn „Gruppen sind meist besser als Individuen in der Lage, in demokratischen politischen Diskursen wahrnehmbar in Erscheinung zu treten"[530]. In diesem Ringen um Wahrnehmbarkeit und Deutungshoheit positionieren sich soziale Akteure durch ihre Artikulation im diskursiven Raum; sie grenzen sich von anderen ab und bilden Koalitionen.

> Kollektive Akteure aus unterschiedlichen systemischen Kontexten (z. B. aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft) koalieren bei der Auseinandersetzung um öffentliche Problemdefinitionen durch die Benutzung einer gemeinsamen Grunderzählung (story line), in der spezifische Vorstellungen von kausaler und politischer Verantwortung, Problemdringlichkeit, Problemlösung, Opfern und Schuldigen formuliert werden.[531]

Die Formation von Diskurskoalitionen durch die Verwendung einer story-line ermöglicht somit die „Gestaltung eines diskursiven Raums, innerhalb dessen die Formulierung und Implementierung einer bestimmten Art von Policy wahrscheinlicher wird als die einer anderen."[532] Diese Gestaltung des politischen Raums kann bewusst bzw. strategisch erfolgen. Diskurskoalitionen agieren aber nicht

---

The Discourse of Politics in Action: Politics as Usual, Basingstoke/New York, S. 116. Für den hier verwendeten Begriff der story-lines nach Hajer vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1.1.

527 Vgl. hierzu Kapitel II, Abschnitt 2.3 und 4.1.1; vgl. auch Keller (2009): Müll, S. 46-47.

528 Vgl. Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 57.

529 Vgl. auch Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 209.

530 Ebenda, S. 177-178.

531 Keller (2009): Müll, S. 47.

532 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 193.

zwingend intentional oder strategisch, was als ein wesentlicher Unterschied zu anderen Koalitions-Konzepten der Policy-Forschung betrachtet werden kann. Das Konzept der Diskurskoalition eröffnet vielmehr den Blick für nicht-intendierte oder nicht-explizit geplante Formen der politischen Koordination, was gerade angesichts des fragmentierten Policy-Prozesses auf europäischer Ebene als konzeptionelle Stärke der Diskurskoalition gegenüber alternativen Konzepten betrachtet wird.[533]

Dennoch lässt sich die Verwendung von story-lines durch bestimmte Akteursgruppen, sprich Diskurskoalitionen, auch als mehr oder weniger gezieltes Abgrenzungs- und Kopplungsmanöver verstehen, das zur diskursiven Schließung (oder Öffnung) in einem Politikbereich beitragen kann. Zusammenfassend lässt sich damit festhalten, dass die Praxis der politischen Artikulation – des In-Beziehung-Setzens von unterschiedlichen diskursiven Elementen – *von sozialen Akteuren bzw. Diskurskoalitionen im Rahmen des diskursiven Kontextes strategisch erfolgen kann*, ohne dass eine vollkommene Steuerung durch einzelne Akteure oder Gruppen möglich wäre. Inwiefern sich neue bzw. alternative Artikulationen politisch durchsetzen und eine diskursive Dominanz erreichen können, wird im folgenden Abschnitt thematisiert.

3.5 Annahmen über die Durchsetzbarkeit politischer Artikulationen

Es wurde bisher argumentiert, dass die performativ-interpretatorische Leistung sozialer Akteure eine entscheidende Rolle in der Reproduktion und Transformation diskursiver Ordnungen in einem Politikbereich spielt. Ohne dabei als völlig freie Gestalter zu agieren, verfolgen sie dennoch diskursive Strategien, z. B. zur Abgrenzung vom (politischen) Gegner bzw. mit dem Ziel der Koalitionsbildung. Abgesehen von der Relevanz der Koalitionsbildung für die Wahrnehmbarkeit und damit auch für die Durchsetzbarkeit von diskursiven Elementen in der Politik wurde bisher jedoch nicht weiter thematisiert, wie sich bestimmte Artikulationen gegenüber konkurrierenden Artikulationen erfolgreich durchsetzen können. In Anschluss an die Foucault'sche Diskurstheorie lässt sich zunächst grundsätzlich feststellten, dass wir es per se immer mit einer diskursiven Verknappung zu tun haben, denn es werden immer nur bestimmte Artikulationen zu einem bestimmten Zeitpunkt geäußert, also nie alles was z. B. rein grammatikalisch möglich wäre.[534] Zunächst lässt sich dieser Verknappungsprozess mit Verweis auf Foucaults Formationsregeln

533 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.2.

534 Vgl. Foucault (1991): Politics and the Study of Discourse, S. 63.

nachvollziehen, die der Hervorbringung einer Aussage zugeschrieben werden können. Dennoch setzen sich auch nicht alle möglichen Artikulationen erfolgreich durch. Also auch im historisch-kontingenten Feld des Sagbaren lassen sich (mehr oder weniger) erfolgreiche bzw. dominante Artikulationen ausmachen[535] oder wie es Foucault formuliert:

> […] es gibt begriffliche Systematisierungen, Äußerungsverkettungen, Gruppen und Organisationen von Gegenständen, die möglich gewesen wären (und deren Abwesenheit auf der Ebene ihrer eigenen Formationsregeln nichts rechtfertigen kann), aber die durch eine diskursive Konstellation auf höherer Ebene und von größerer Ausdehnung ausgeschlossen werden.[536]

Foucault verweist also darauf, dass die Durchsetzung nicht allein mit den Formationsregeln der einzelnen Aussagen zu erklären ist, sondern in einer weiteren „diskursiven Konstellation"[537], die v. a. das Verhältnis des untersuchten Diskurses zu anderen „zeitgenössisch[en] und benachbart[en]"[538] Diskursen umfasst. Dieses Phänomen wird im Abschnitt 3.5.2 auch noch genauer mit Verweis auf die „Resonanzhypothese" diskutiert. Neben der diskursiven Konstellation wird die Durchsetzung von diskursiven Elementen auch durch politische Prozesse der Aneignung eines Diskurses beeinflusst. Denn in „unseren Gesellschaften […] ist der Besitz des Diskurses […] in der Tat (manchmal auf reglementierende Weise sogar) für eine bestimmte Gruppe von Individuen reserviert"[539]. In Anschluss an Foucault lässt sich somit sicherlich nicht von einem herrschaftsfreien Diskurs in der Politik ausgehen, sondern eher von einem „hierarchische[n] Netz"[540].

Auch Berger und Luckmann verweisen darauf, dass nicht alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Chancen haben, ihre Wirklichkeitsbestimmungen durchzusetzen, sondern Machtpositionen und Sozialisation eine Rolle spielen können.[541] Grundsätzlich weisen gesellschaftliche Spezialdiskurse, wie der energiepolitische Policy-Diskurs auf europäischer Ebene, im Gegensatz zu öffentlichen Diskursen eine weniger heterogene „Sprecherlandschaft" auf. Sie sind durch eine starke Hierarchisierung von Sprecher- und

535 Vgl. Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 98.

536 Ebenda, S. 98-99.

537 Ebenda, S. 97.

538 Ebenda.

539 Ebenda, S. 100.

540 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 253.

541 Vgl. Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 117.

Subjektpositionen geprägt[542], d.h. nicht alle Akteure haben Zugang zum jeweiligen Spezialdiskurs bzw. nicht jeder hat die gleichen „Chancen auf Gehör"[543]. Im vorliegenden Fall lässt sich zum Beispiel von unzähligen Äußerungen zur europäischen Energiepolitik in der Öffentlichkeit und in den Medien ausgehen, aber nicht alle Akteure sind aufgrund der spezifischen, auch der formal-institutionellen Rahmenbedingungen[544] des Policy-Makings in der europäischen Energiepolitik, gleichermaßen einflussreich. Vor diesem Hintergrund wird in der empirischen Untersuchung den EU-Organen besondere Aufmerksamkeit geschenkt; das heißt, der Fokus liegt auf den Artikulationen der kollektiven Akteure, die unmittelbar an der Gestaltung der EPE beteiligt waren. Neben den EU-Institutionen ist der energiepolitische Spezialdiskurs auch von Experten und Stakeholdern geprägt.[545] Der Policy-Prozess auf europäischer Ebene gilt dabei als offen und durchlässig im Vergleich zu nationalen Politikprozessen.[546] Chancen der politischen Artikulation sind jedoch auch hier nicht gleichmäßig verteilt. Die „Chancen und Ressourcen der Festschreibung von Wirklichkeiten"[547] sind aber prinzipiell wandelbar bzw. divergieren je nach dominantem Diskurs.

Für die hier untersuchten diskursiven Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene lässt sich für den Untersuchungszeitraum (2005–2008) aber von recht stabilen Sprecherpositionen ausgehen, die v.a. den EU-Institutionen (insbesondere Ministerrat, Europäischer Rat, Kommission und Parlament), aber auch bestimmten Experten und Stakeholdern, wie Industrieverbänden und NGOs,[548] formale Artikulationsmöglichkeiten im Policy-Prozess zuschreiben.[549] Die Artikulationen aus diesen Positionen heraus sind somit im europäischen Energiediskurs per se als machtvoller bzw. durchsetzungsfähiger zu betrachten, als die des „einfachen" EU-Bürgers.[550] Nur bestimmte soziale Akteure sind im spezifischen Fall der europäischen Energiepolitik privilegiert zu sprechen und können somit auch als „diskursive Eliten"[551] in diesem Feld bezeichnet werden. Diskurskoalitionen, die sich aus den diskursiven Eliten rekrutieren,

542 Vgl. Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 99.

543 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 253.

544 Vgl. dazu auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44.

545 Vgl. grundlegend hierzu Richardson, Jeremy (2006): Policy-Making in the EU: Interests, Ideas and Garbage Cans of Primeval Soup, in: Richardson, Jeremy (Hrsg.): European Union: Power and Policy-Making, 3. Auflage, London/New York, S. 3-30, hier S. 23.

546 Vgl. ebenda, S. 5.

547 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 238.

548 Vgl. Matlary (1997): Energy Policy in the European Union, S. 95.

549 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 51.

550 Vgl. Diez (1999): Die EU lesen, S. 85.

551 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 55.

haben daher meist auch größere Chancen, sich erfolgreich durchzusetzen.[552] Diskurskoalitionen sind dann besonders wirksam, wenn Repräsentanten unterschiedlichster, institutionalisierter Gruppen beteiligt sind, „weil sie verschiedene Möglichkeiten der Koordinierung miteinander verknüpfen"[553] können. Es lässt sich also festhalten, dass die Durchsetzungsfähigkeit von alternativen oder neuen Artikulationen zunächst an *formale und legitime Sprecherpositionen* gekoppelt ist, die je nach dominantem Diskurs auch variieren können und von sozialen Akteuren bzw. Diskurskoalitionen mehr oder weniger erfolgreich besetzt und ausgefüllt werden. Im Folgenden wird nun betrachtet, welche weiteren Faktoren zur Durchsetzung spezifischer Diskurselemente beitragen. Hierzu diskutiere ich zunächst die Rolle von (materiellen) Interessen, da diese in der Policy-Forschung traditionell einen hohen analytischen Stellenwert einnehmen, um dann auch genuin diskursive Bedingungen für die Durchsetzungsfähigkeit (alternativer) politischer Artikulationen in den Blick zu nehmen.

3.5.1 Interessen als „Erklärungsfaktor"

In der medialen und wissenschaftlichen Analyse der EU-Energiepolitik werden oft (divergierende) nationale und v. a. wirtschaftliche Interessen als wesentliche Faktoren für die (nicht) Etablierung energiepolitischer Maßnahmen auf europäischer Ebene hervorgehoben.[554] Es wird also meist von Akteuren ausgegangen, die „ihren eigenen Interessen entsprechend, im Sinne der Zweck-Mittel-Kalkulation"[555] handeln. Dabei werden insbesondere strukturelle Interessen, die sich aus dem jeweiligen nationalen Energiemix ableiten lassen, quasi als „givens"[556] betrachtet. Aufgrund dieser hervorgehobenen Bedeutung von Interessen in der energiepolitischen Analyse soll auch aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik nicht ausbleiben. Zunächst lässt sich festhalten, dass der Fokus auf Diskurse im Policy-Prozess keinesfalls den Verzicht einer Analyse von Strategien, Machtverhältnissen oder Interessen impliziert.[557] Jedoch lässt sich je nach den prinzipiellen theoretischen Annahmen der jeweiligen Diskursperspektive auch ein unterschiedlicher Umgang mit Interessen erkennen, das heißt, Interessen werden sowohl in kausalanalytische als auch konstitutive Erklärungsmodelle eingebunden.

---

552 Vgl. auch Berger/Luckmann (2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 234.

553 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 193.

554 Vgl. hierzu den Literaturüberblick in Kapitel I.

555 Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 115.

556 Matlary (1996): Energy Policy, S. 259.

557 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 272.

In moderat-konstruktivistisch fundierten Diskursanalysen mit dem Ziel der Kausalerklärung lassen sich zwei eng miteinander verknüpfte Verwendungen der Variable „Interessen" ausmachen: Erstens werden neben Diskursen und/oder Ideen eben auch klassischerweise Interessen als unabhängige Variable für die Erklärung von Politikergebnissen herangezogen. Im Sinne der oben skizzierten Falsifizierungsstrategie wird dann getestet, inwiefern ideelle bzw. diskursive oder materielle Faktoren einen Einfluss auf das Politikergebnis in einem spezifischen Fall haben.[558] Zweitens werden Interessen als unabhängige Variable herangezogen, nicht um Politikergebnisse unmittelbar zu erklären, sondern „as a kind of ‚explanatory variable' for explaining why people use discourse the way they do"[559]. Interessen erklären somit die Artikulationspraxis, die dann wiederum das Politikergebnis erklärt. Gerade in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung wird selten von der „Gewohnheit"[560] abgerückt, nach den Intentionen und Motiven der Akteure und damit meist nach den spezifischen Interessen dieser „diskursiven Eliten" zu fragen.[561] So werden in zahlreichen Diskursstudien Interessen als „*causal driver* behind how discourse is used"[562] konzeptionalisiert. Dieses Verständnis von Diskurs und Interessen findet sich vor allem in der sogenannten Critical Discourse Analysis[563] wider, die darauf abzielt, die „wahren" Interessen hinter einer bestimmten Artikulationspraxis aufzudecken.[564] Die verfolgten Ziele und Interessen werden oft – wie in rationalistischen Ansätzen – mit einer Bestrebung nach egoistischer Nutzenmaximierung gleichgesetzt und dabei werden wiederum meist materielle bzw. ökonomische Interessen privilegiert.[565]

So argumentieren Scrase und Ockwell in ihrer diskursanalytischen Auseinandersetzung mit der britischen Energiepolitik, dass Staaten bzw. nationale Regierungen bestimmte Kernfunktionen – sogenannte „core imperatives" – wie anhaltendes

558 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.2. Für diese Vorgehensweise vgl. u. a. Schmidt (2008): Discursive Institutionalism; für eine Kritik vgl. Hansen (2006): Security as Practice, S. 23-28; vgl. hierzu kritisch Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests.

559 Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests, S. 417.

560 Kerchner (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, S. 56.

561 Vgl. ebenda, S. 56; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 254.

562 Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests, S. 417, Hervorhebung im Original.

563 Vgl. hierzu u. a. Fairclough/Fairclough (2012): Political Discourse Analysis.

564 Vgl. Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests, S. 418; Herschinger/Nonhoff (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft.

565 Vgl. Scrase/Ockwell (2010): The Role of Discourse and Linguistic Framing Effects in Sustaining High Carbon Energy Policy, S. 2228, vgl. dazu auch Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 114.

Wirtschaftswachstum und nationale Sicherheit zu erfüllen haben.[566] „In all policy spheres, including energy, it is always in the interests of state actors first and foremost to ensure that initiatives deliver against these core imperatives."[567] Es wird also auch in der Diskursforschung teils von objektiv gegebenen Kerninteressen ausgegangen, die scheinbar diskursunabhängig existieren sowie vollkommen stabil sind und somit den „Erfolg" einer Artikulation unmittelbar (kausal) beeinflussen können.[568] Das heißt, wie in rationalistischen Ansätzen wird oft eine Art „Rumpf-Materialismus" beibehalten, nach dem der unmittelbare Einfluss von (bestimmten) Interessen in der Politik nicht hinterfragt, sondern als gegeben betrachtet wird.[569] Die Durchsetzungschance von diskursiven Elementen gegenüber anderen wird dann mit diesen „objektiven" Interessen, insbesondere ökonomischen Interessen, erklärt. Dieser Umgang mit Interessen wird aber auch stark kritisiert:

> Interests are treated as separate from (and impermeable to) the influence of discursive construction. The process of critical inquiry suddenly *ceases* at the boundary where interests are implied as an explanatory force: a process of 'ontological gerrymandering' […] that we aim to rectify.[570]

Diese Kritik beruht im Wesentlichen auf der bereits ausgeführten metatheoretischen Position, nach der nicht zwischen ideellen/diskursiven und materiellen/extradiskursiven Faktoren unterschieden werden kann, da auch letztere immer erst „sprachlich vermittelt werden müssen, bevor sie politisch wirksam werden können."[571] Gerade in poststrukturalistischen Studien wird daher angezweifelt, dass „such a thing as a ‚real' interest independent from the discursive context in which interest emerge"[572] überhaupt erfasst werden kann. Wenn also nicht davon ausgegangen werden kann, dass Interessen außerhalb des Diskurses analytisch greifbar sind, können sie auch konsequenterweise nicht als „the *causal driver* behind how discourse is used"[573] operationalisiert werden. Ziel poststrukturalistischer Diskursforschung ist es oft genau diesen Dualismus zu problematisieren und letztlich mit dem Verweis auf

566 Vgl. Scrase/Ockwell (2010): The Role of Discourse and Linguistic Framing Effects in Sustaining High Carbon Energy Policy, S. 2226.

567 Ebenda, S. 2228.

568 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 290. Vgl. hierzu kritisch auch Diez (2014): Setting the Limits, S. 326.

569 Vgl. Diez (1998): Perspektivenwechsel, S. 143.

570 Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests, S. 418, Hervorhebung im Original.

571 Maier 2001: Ideen und Policies, S. 543.

572 Diez (1999): Speaking ‚Europe', S. 599.

573 Whittle/Mueller (2011): The Language of Interests, S. 417, Hervorhebung im Original.

die diskursive Bedingtheit von Ideen und Interessen im Rahmen eines konstitutiven Forschungsdesigns ein Stück weit zu überwinden.[574] Interessen werden weder als unabhängige Variable für die Erklärung von Politikergebnissen noch als „das primäre unabhängige Erklärungsprinzip für die stattfindende Art und Weise der diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit"[575] herangezogen.

Da diese Arbeit, wie im Abschnitt 3.2 dargelegt, ebenfalls auf einer ganzheitlich konstruktivistisch-diskursiven Position basiert und eine konstitutive Erklärung der Etablierung der EPE anstrebt, wird auch hier nicht zwischen ideellen/diskursinternen und materiellen/diskursexternen Beweggründen in einer essentialistischen Weise unterschieden, sondern (ideelle sowie materielle) Interessen werden als sozial konstruiert bzw. diskursiv konstituiert betrachtet.[576] Das heißt, auch die Bedeutung von energiepolitischen Interessen ist nicht fixiert, sondern wandelbar und kontingent. Ihre Bedeutung wird in Relation zu anderen Elementen im diskursiven Beziehungsgeflecht definiert. Selbst sogenannte „core imperatives" bleiben im Kern diskursive Konstruktionen. Auch beim Ziel des Wirtschaftswachstums handelt es sich letztlich um eine kontingente Zielsetzung, die aber sicherlich im aktuellen globalen Energiediskurs einen nahezu „objektiven Charakter" erlangt hat und eine wachstumsorientierte Energiepolitik entsprechend weithin als alternativlos betrachtet wird.[577] Natürlich lassen sich dominante Diskurse, die uns gar als „common sense" erscheinen, ausmachen, die entsprechend bestimmte Interessen als prioritär und natürlich definieren. Diese Interessen werden hier aber deswegen nicht als objektiv gegeben akzeptiert. Denn die Strukturen eines dominanten Diskurses ermöglichen erst, dass bestimmte Interessen (nicht) erfolgreich artikuliert werden können.

Das heißt, die Relevanz von ökonomischen, oder allgemeiner gesprochen, von materiellen Interessen in der europäischen Energiepolitik wird keinesfalls negiert, aber es wird argumentiert, dass sich ihr hoher Stellenwert erst aus dem spezifischen diskursiven Kontext heraus ergibt,[578] wie Hajer betont: „[…] interests cannot be taken as given a priori but are constituted through discourse. The point is that interests have to be constantly reproduced and will change over time"[579]. Es wird also aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive vermieden, von einzelnen,

574 Vgl. Hansen (2006): Security as Practice.

575 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 254; vgl. auch Diez (1998): Die EU lesen, S. 348.

576 Vgl. Epstein (2008): The Power of Words in International Relations, S. 11-12.

577 Vgl. hierzu kritisch u. a. Klein (2014): This Changes Everything.

578 Vgl. Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 126.

579 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 51.

objektiven „vitalen Interessen“ unmittelbar auf die konkrete Artikulationspraxis sozialer Akteure oder ein bestimmtes Politikergebnis zu schließen. Ein Vorteil der konstruktivistisch-diskursiven Perspektive ist demnach, dass von der Objektivität ökonomischer Interessen Abstand genommen und hingegen kritisch in den Blick genommen werden kann, wie „sich die Rede von [ökonomischen K. K.] Interessen selbst als Deutung und Diskurs erweist“[580] und welche politischen Implikationen sich im konkreten Fall der EPE hieraus ergeben.

Da also keine Kausalität zwischen „objektiven Interessen“ und Artikulationspraxis angenommen wird, folgt hieraus einerseits, dass die gleichen Interessen mit unterschiedlichen politischen Artikulationen verknüpft werden können[581], und andererseits, dass unterschiedliche Interessen prinzipiell dennoch zur Artikulation einer gemeinsamen story-line motivieren können.[582] In dem Sinne lässt sich auch die Formation von Diskurskoalitionen, d. h. der Zusammenschluss von Akteuren, die eine story-line verwenden, nicht zwingend auf ein geteiltes (materielles) Interesse oder eine Grundüberzeugung reduzieren – „story-lines, not interests, form the basis of the coalition“[583]. Aus dieser Perspektive ist daher auch eine Diskurskoalition um die low-carbon economy story-line, die von einer harmonischen Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz ausgeht, zwischen Vertretern der Atomkraft und der Erneuerbaren-Energien-Branche sowie Umweltverbänden möglich.[584] Denn sowohl das Interesse am Bau neuer Atomkraftwerke und am Ausbau von erneuerbaren Energien sowie das Interesse am Klimaschutz werden hier „bedient“. Die gemeinsame Reproduktion der low-carbon economy story-line (aus unterschiedlichen Gründen) kann jedoch wiederum bestimmte Positionen insgesamt stärken oder schwächen, wie im vorliegenden Fall der EPE die Stabilisierung des Ziels einer wachstumsorientierten Energiepolitik. Dieses konstitutive Potenzial diskursiver Praktiken „öffnet den Diskurs des Sprechers für nicht-intendierte Nebenfolgen (Wirkungen und institutionelle Effekte)“[585]. Die Diskursproduktion, an der sozi-

580 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 273.

581 Vgl. ebenda, S. 254; vgl. auch Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 99.

582 Vgl. Nedergaard, Peter (2007): Blocking Minorities: Networks and Meaning in the Opposition Against the Proposal for a Directive on Temporary Work in the Council of Ministers of the European Union, in: Journal of Common Market Studies 45(3), S. 695-717, hier S. 709.

583 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 66. Vgl. dazu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.2.

584 Vgl. hierzu Kapitel IV, Abschnitt 3.

585 Viehöver (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes, S. 240.

ale Akteure aktiv beteiligt sind, entgleitet somit potenziell ihren ursprünglichen Intentionen und Interessen.[586]

Von der Intention des Akteures unabhängig können sich also diskursive Struktureffekte ergeben, die dann wiederum „zur Vorbedingung von Anschlusshandlungen werden"[587], die eben nicht vom einzelnen bzw. kollektiven Akteur gesteuert werden können. Die vorliegende Analyse der EPE geht in dem Sinne über den Verweis auf feststehende Interessen der Akteure hinaus und es wird vielmehr darauf geschaut, „wie Interessen […] im Kontext eines bestimmten Diskurses konkretisiert werden"[588] können. Dass soziale Akteure sich strategisch verhalten, wird aus konstruktivistischer Diskursperspektive somit nicht ausgeschlossen. Aber es wird immer die *diskursive Bedingtheit ihrer Interessen* betont und diese werden daher nicht als objektiv gegebene, unabhängige Variable für die Durchsetzbarkeit bestimmter Artikulationen in der Politik herangezogen. Im Folgenden werden daher begünstigende, diskursive Faktoren für die Durchsetzbarkeit (alternativer) politischer Artikulationen in Betracht gezogen.

3.5.2 Die „Resonanzhypothese"

Neben den Ansätzen, die v. a. auf die strategische Verfolgung von Interessen verweisen, um Diskursverläufe zu erklären, wird vielfach auch auf „diskursinterne Eigenschaften" geschaut, um die Artikulationspraxis sowie die Etablierung von dominanten Diskursen zu verstehen.[589] Interessanterweise hat sich in ganz unterschiedlichen theoretischen Strömungen eine These besonderes deutlich herauskristallisiert, die u. a. als „Resonanzhypothese" umschrieben wird:[590] Schon in der „Archäologie des Wissens" stellt Foucault heraus, dass immer nur eine Teilmenge des Sagbaren realisiert wird und sich durchsetzen kann. Hierbei spielt neben den politischen Prozessen der Diskursaneignung auch die „*Ökonomie der diskursiven Konstellation*"[591] eine zentrale Rolle, also das Verhältnis und die Beziehungen zwischen zeitgenössischen und benachbarten Diskursen.[592] Die sogenannte „Resonanzhypothese" besagt nun, dass die Durchsetzungsfähigkeit von neuen, alternativen Elementen auf die Anschlussfähigkeit an diskursive

586 Vgl. Nonhoff/Gronau (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, S. 121.
587 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 222.
588 Hajer (2010): Argumentative Diskursanalyse, S. 281.
589 Vgl. Hajer 2005: The Politics of Environmental Discourse, S. 66.
590 Vgl. Maier (2001): Ideen und Policies, S. 544.
591 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 97, Hervorhebung im Original.
592 Vgl. ebenda.

Elemente, die bereits etabliert und anerkannt sind, zurückzuführen ist.[593] In moderat-konstruktivistischen Ansätzen wird dabei insbesondere die kulturelle Resonanz betont, etwa mit sogenannten kulturellen „master frames"[594]. So weisen Gamson und Modigliani etwa darauf hin, dass sich die erfolgreiche Karriere von bestimmten „packages" (bzw. Frames) zur amerikanischen Atompolitik im medialen Diskurs mit „cultural resonances" erklären lässt:

> Not all symbols are equally potent. Certain packages have a natural advantage because their ideas and language resonate with larger cultural themes. Resonances increase the appeal of a package; they make it appear natural and familiar.[595]

Ähnlich argumentiert zum Beispiel Viehöver aus Perspektive der narrativen Diskursanalyse, dass die Resonanz und damit die Möglichkeit der Institutionalisierung bestimmter Erzählungen über den Klimawandel „von der Passung zwischen themenspezifischen Narrationen und den allgemeineren vorherrschenden meta-kulturellen Codes oder Narrationen"[596] abhängt. Ein Ziel diskursiver Strategien in der Politik ist daher oft, genau diese Passung bzw. Anschlussfähigkeit herzustellen. Um neue Elemente zu institutionalisieren, greifen soziale Akteure somit häufig auf konventionalisierte Muster des Sprechens zurück oder beziehen sich auf die „Legitimationspotenziale"[597] von etablierten und populären Diskursen, um so eine möglichst breite politische Zustimmung zu generieren. Mit der Resonanzhypothese wird zudem in eher strukturzentrierten Perspektiven auf die „layered structure" von Diskursen und dem hierin implizierten konstitutiven Zusammenhang verwiesen, nach dem eine diskursive Ebene die andere ermöglicht, d. h. genauer „more abstract ones making possible the more concrete ones"[598]. So betont Weaver etwa auch, dass tieferliegende Diskursschichten sich zwar weniger leicht verändern lassen, aber die

593 Vgl. Maier (2001): Ideen und Policies, S. 544; Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 58.

594 Nylander (2001): The Construction of a Market, S. 310.

595 Gamson/Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power S. 5.

596 Viehöver (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes, S. 259, Hervorhebungen im Original.

597 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 59.

598 Diez (2001): Europe as a Discursive Battleground, S. 24; vgl. insbesondere Wæver, Ole (2005): European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: Howarth, David/Torfing Jacob (Hrsg.): Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance, Basingstoke/New York, S. 33-67, hier S. 34; Weaver (2009): Discursive Approaches, S. 170-171.

Möglichkeit auch für „deeper change“[599] prinzipiell immer gegeben ist. Artikulationen der sozialen Akteure tragen zudem auch zur Transformation grundlegender Diskursschichten bei.[600]

Im Fall der EPE lässt sich etwa feststellen, dass grundlegende Konzeptionen zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie konkrete story-lines zu energiepolitischen Lösungsmodellen ermöglichen bzw. nur bestimmte Lösungsmodelle überhaupt als richtig und angemessen erscheinen lassen. Diese konkreten story-lines und Lösungsmodelle tragen wiederum zur Stabilisierung von Meta-Narrativen (etwa zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch) bei. Jede Artikulation, die eine bestimmte Bedeutung festschreibt, ruft gleichzeitig jedoch auch Widerstände hervor. Somit entstehen Spannungen, die einen dominanten Diskurs auch immer wieder unter Druck bringen und somit kann es dazu kommen, dass „dominante Positionen von einem Diskurs auf den anderen übergehen“[601]. Diese diskursiven Veränderungen und Verschiebungen werden im Sinne der Resonanzhypothese dann wieder dadurch begünstigt, dass neue bzw. alternative diskursive Elemente anschlussfähig an bereits etablierte Diskurse sind.[602]

> Shifts seem most likely if there is a considerable overlap between the rules (and therefore the metanarratives) of the two discourses in question, both in terms of content (that is, concerning the objects of the metanarratives) and in terms of structure (that is, some overall principles to which the rules adhere). This overlap makes articulations translatable.[603]

Ein dominanter Diskurs wird demnach wahrscheinlich durch einen neuen Diskurs ersetzt, der die größte Übereinstimmung in grundlegenden Annahmen aufweist, da sich Artikulationen mit hoher Anschlussfähigkeit leichter „übersetzen“ bzw. integrieren lassen.[604]

Im Anschluss hieran wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive nicht von einer Resonanz mit relativ konstanten kulturellen Grundlagen ausgegangen, sondern von einer diskursiven Resonanz mit veränderbaren diskursiven Bedeutungsstrukturen, was Hajer auch als „discursive affinities“ beschreibt: „This element of explanation of a discursive order thus does not primarily refer to the

599 Wæver (2005): European Integration and Security, S. 37.

600 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 3.3.

601 Diez (1999): Die EU lesen, S. 327.

602 Vgl. Diez (1999): Speaking ‚Europe‘, S. 607; vgl. hierzu auch Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 59.

603 Diez (1999): Speaking ‚Europe‘, S. 608.

604 Vgl. Diez (1999): Die EU lesen, S. 84.

actors and their intention but explicitly operationalizes the influence of discursive formats […].“[605] Entsprechend wird hier, wie schon ausführlich dargelegt, auch nicht unmittelbar auf die Motive und Interessen der Akteure geschaut, sondern auf diskursive Möglichkeitsbedingungen für die Etablierung der Energiepolitik für Europa. Die *Anschlussfähigkeit zwischen bestehenden diskursiven Strukturen in der europäischen Energiepolitik und (neuen) energiepolitischen Artikulationen begünstigt ihre Durchsetzbarkeit* im Policy-Prozess. Welche Resonanzmechanismen genau von zentraler Bedeutung für die Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik sind, ist eine empirische Frage, die im Rahmen der hier durchgeführten Diskursanalyse untersucht wird.

3.6 Kernelemente der Forschungsperspektive

Mit der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive rekurriere ich primär auf Prämissen radikal-konstruktivistischer bzw. poststrukturalistischer Ansätze in der europäischen Integrationsforschung, was etwa die dargelegte „Resonanzhypothese“ bzw. grundsätzlicher die hervorgehobene Rolle von Diskursen im EU-Policy-Prozess betrifft. Wie ich im Abschnitt zum Erklärungsanspruch (3.2) und in der Auseinandersetzung mit dem gängigen Erklärungsfaktor „Interessen“ (3.5.1) ausführlich diskutiert habe, wird hier keine „Falsifizierungsstrategie“[606] verfolgt. Das heißt, es wird nicht getestet, ob Interessen oder Normen, Ideen bzw. Diskurse das Handeln energiepolitischer Akteure in der EU (stärker) prägen. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wird im Anschluss an Studien der poststrukturalistischen Diskursforschung untersucht, welche Interessen und Ideen wie im Diskurs konstituiert sowie privilegiert oder marginalisiert werden.[607]

Dieses diskurstheoretisch fundierte Erkenntnisinteresse bzw. die Einschränkung der Analyse auf die Ebene der diskursiven Bedeutungskonstitution ist auch eng an die eingenommene postpositivistische Wissenschaftsposition bzw. konstruktivistische Erkenntnistheorie gekoppelt,[608] nach der ein voraussetzungsfreier, unmittelbarer Zugriff auf diskursexterne/materielle oder diskursunabhängige/ideelle Faktoren nicht möglich ist. Wie im Abschnitt 3.2 dargelegt, wird hier dennoch eine Erklärung für die Etablierung der EPE angestrebt, jedoch nicht im Sinne einer positivistischen Kausalerklärung, sondern im Sinne einer Ermöglichung, d. h. mit Blick auf diskursive

605 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 67.

606 Maier (2001): Ideen und Policies, S. 543.

607 Vgl. Hansen (2006): Security as Practice, S. 23.

608 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 1.1.

Möglichkeitsbedingungen. Es sind also klar die Grenzen bzw. spezifischen Stärken der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive anzuerkennen. So ist mit dieser Perspektive – die in Anschluss an Foucault auch den Blick auf die repressiven Seiten diskursiver Macht richtet – eine kritische Komponente verbunden. Denn nicht nur die dominanten Deutungen der Energieproblematik, sondern auch energiepolitische Artikulationen, die im Policy-Prozess im Rahmen der Etablierung der EPE auf europäischer Ebene keine oder nur eine randständige Position einnehmen und nicht konkurrenzfähig sind – wie etwa Forderung nach mehr Suffizienz statt Effizienz – werden in der empirischen Analyse herausgestellt. Erst mit Blick auf diese alternativen Deutungen der Energieproblematik wird die Kontingenz der diskursiven Schließung auf EU-Ebene klar erkennbar.

Zentrales Anliegen ist jedoch v. a., den vielfach geteilten theoretischen Grundgedanken der Strukturierungstheorie nach Giddens auf der Ebene der diskursiven Bedeutungskonstitution zu erfassen. Das Verhältnis von Diskurs und Akteur wird hier also entsprechend als gegenseitige Konstituierung begriffen. Das heißt, Akteure treten in eine immer schon vorhandene diskursive Struktur ein, durch ihre Artikulationen realisieren und aktualisieren sie diese Strukturen, die wiederum ihre Artikulationen ermöglichen und begrenzen. „Kernthese" der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive ist vor diesem Hintergrund, dass sich im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und den Artikulationen der sozialen Akteure eine diskursive Schließung der Energieproblematik herausgebildet und diese die Etablierung der EPE ermöglicht hat. Damit wird eine alternative Position zu den Ansätzen in der Forschung zur europäischen Energiepolitik eingenommen, die sich unmittelbar auf die Strukturen oder auf das strategische Handeln der Akteure konzentrieren.

Allerdings wird hier die aktive Deutungsleistung bzw. das potenziell strategische Verhalten sozialer Akteure nicht gänzlich ausgeblendet. Im Gegenteil: Das zuvor beschriebene sozialkonstruktivistische Akteursverständnis, d. h. eines sozialen Akteures, der sich reflexiv zu den diskursiven Strukturen verhält und mit seinen Artikulation aktiv zur Reproduktion und Transformation einer diskursiven Ordnung beiträgt, ist ein wesentliches Merkmal der konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive. So wird Politik auch als ein ständiger Kampf um Deutungshoheit bzw. „discursive hegemony"[609] betrachtet, in dem soziale Akteure versuchen, über die Praxis der Artikulation eine bestimmte Deutung der Energieproblematik zu fixieren und als allgemeingültig zu etablieren. Hierzu können sie auch diskursive Strategien einsetzen, etwa mit dem Ziel, eine Anschlussfähigkeit zwischen neuen und etablierten Diskurselementen herzustellen. Soziale Akteure agieren dabei aber

609 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 59.

eben nie als freie Gestalter, sondern ihre Möglichkeit sind stets diskursiv bedingt. Diese diskursiven „Schließungsversuche" machen aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive den zentralen Gegenstand der Politik sowie auch des Policy-Makings auf europäischer Ebene aus und stehen somit auch im Fokus der empirischen Untersuchung. Hierzu greife ich insbesondere auf analytische Konzepte mittlerer Reichweite aus dem Bereich der diskursiven Policy-Forschung zurück, die in der bisherigen theoretischen Grundsatzbetrachtung noch nicht (im Detail) behandelt wurden. Diese analytischen Konzepte, die ich im Folgenden darlege, fungieren als „Scharnier" zwischen Theorie und Empirie und leiten als „sensibilisierende Konzepte"[610] die Dateninterpretation an.

4 Analytische Umsetzung der Forschungsperspektive

Etwa zeitgleich zur konstruktivistischen Wende in den Internationalen Beziehungen und der europäischen Integrationsforschung vollzog sich Anfang der 1990er-Jahre auch eine ähnliche theoretische Wende in der Policy-Forschung. Mit dem sogenannten „argumentative turn"[611] kamen insbesondere diskursanalytische Konzepte verstärkt zur Anwendung. Trotz der verbindenden Kritik an einer empiristisch-positivistischen bzw. vielfach auch „atheoretischen"[612] Policy-Forschung, stellt die argumentative Wende keine einheitliche Forschungsbewegung dar.[613] So wird beispielsweise mit Rückgriff auf das Diskursverständnis nach Habermas die Entwicklung partizipativer und deliberativer Verfahren in den Mittelpunkt der Policy-Forschung gestellt; zum anderen wird mit Rückgriff auf Foucault die konstitutive Rolle von Diskursen im Policy-Prozess untersucht. Die konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive dockt, wie schon ausgeführt, an die von Foucault inspirierte Strömung in der „discursive policy analysis"[614] an. Ich greife dabei primär auf konzeptionelle Vorschläge von Maarten Hajer zurück, da er zentrale diskurstheoretische Erkenntnisse für die empirische Analyse von

610 Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 30.

611 Fischer/Forester (Hrsg.) (1993): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning.

612 Vgl. Gottweis (2003): Post-positivistische Zugänge, S. 122.

613 Vgl. dazu die unterschiedlichen Beiträge in den Sammelbänden Fischer/Forester (Hrsg.) (1993): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning; Hajer/Wagenaar (Hrsg.) (2003): Deliberative Policy Analysis.

614 Fischer (2003): Reframing Public Policy, S. vii.

Policy-Prozessen praktisch anwendbar gemacht hat.[615] Die empirische Untersuchung lehnt sich insbesondere an das von ihm vorgeschlagene „two-step procedure"[616] an, um Prozesse der Diskursstrukturierung und -institutionalisierung sowie auch speziell die Funktionen von story-lines im EU-Policy-Prozess zu untersuchen.

4.1 Diskursstrukturierung

Eine Diskursstrukturierung lässt sich nach Hajer dann feststellen, „when a discourse starts to dominate the way a given social unit […] conceptualises the world"[617]. Angesichts des Dominanzkriteriums bedeutet jede Diskursstrukturierung „immer auch [die] im- oder explizite Ausschließungen anderer Deutungen"[618]. Eine stabile Diskursstrukturierung in der Energiepolitik ist u. a. daran erkennbar, dass alternative Problemdefinitionen weitgehend ausgeschlossen bzw. delegitimiert sind, d. h. wenn eine *diskursive Schließung der Energieproblematik* auf europäischer Ebene (temporär) stabilisiert werden kann.[619] Mit der Untersuchung der Diskursstrukturierung eines Politikfeldes wird somit eine Kernfrage der politikwissenschaftlichen Diskursforschung insgesamt, nämlich nach „Dominanz – Nicht-Dominanz" bzw. nach Hegemonien in der Politik aufgegriffen.[620] Auch wenn der Letztbeweis für die Dominanz eines Diskurses empirisch kaum zu erbringen ist, werden dennoch in der Literatur einige Indikatoren hierfür benannt: So argumentiert Hajer, dass sich diskursive Dominanz in einem Politikbereich zunächst daran erkennen lässt, dass viele Akteure in Debatten und Entscheidungsprozessen ständig auf dieselben Konzepte und Kategorien zurückgreifen.[621] In ähnlicher Weise argumentieren

615 Vgl. hierzu auch Blatter, Joachim K./Janning, Frank/Wagemann, Claudius (2007): Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden, Wiesbaden, S. 101-105; Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden, S. 182-187.

616 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

617 Vgl. ebenda.

618 Keller (2007): Diskursforschung, S. 68.

619 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 23.

620 Vgl. u. a. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 302; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44; Gottweis, Herbert (1998): Governing Molecules: The Discursive Politics of Genetic Engineering in Europe and the United States, Cambridge, MA/London, S. 332; Laclau/Mouffe (2001): Hegemony and Socialist Strategy; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie.

621 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70; vgl. für ähnliche „Gradmesser" dominanter Diskurse Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 173.

Bleses und Rose: „Eine […] dominante Stellung hat eine bestimmte Deutung, wenn sie entweder als selbstverständlich wahr gilt oder von einer drückenden Mehrheit als wahr akzeptiert wird."[622] Jedoch wird diskursive Dominanz nicht primär quantitativ gemessen, sondern auch daran festgemacht, wer welche Äußerungen tätigt, d. h. die Artikulationen der im Diskurs machtvoll positionierten Akteure können als wesentlicher Indikator für das jeweils Dominante betrachtet werden.[623]

Im Sinne der von Foucault inspirierten Diskursanalyse wird zudem immer auch auf Prozesse und Mechanismen der diskursiven Verknappung geachtet[624], d. h. es wird auch hier danach gefragt, welche Art von energiepolitischen Aussagen überhaupt als zulässig und legitim gilt und welche ausgeschlossen bleibt. Wenn die Glaubwürdigkeit eines Akteurs bzw. seiner Aussagen etwa davon abhängt, dass bestimmte Kategorien und Konzepte verwendet werden, so können diese als dominant bezeichnet werden.[625] Eine stabile Diskursstrukturierung bzw. eine diskursive Schließung um eine dominante story-line zeigt sich also darin, dass „all actors seeking credibility are persuaded or forced to use its vocabulary."[626] Oder wie es Foucault formuliert hat, „im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ‚Polizei' gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß"[627]. Carol Bacchi argumentiert in diesem Zusammenhang, dass sich die Dominanz eines Diskurses darin zeigt, dass er an „unerwarteten Orten" zum Vorschein kommt.[628] Das heißt bestimmte Artikulationen werden auch von Akteuren reproduziert, die eigentlich eine alternative Agenda verfolgen. Sie gehorchen jedoch (etwa um die Gegenseite zu kritisieren) der „diskursiven Polizei" und reproduzieren damit gewollt oder ungewollt dennoch den jeweilig dominanten Diskurs.[629] Weitere qualitative Indikatoren für diskursive Dominanz sind z. B. politische Kompromisse, wenn sie letztlich aus der Vereinnahmung von Gegenpositionen durch den dominanten Diskurs resultieren[630]

---

622 Bleses, Peter/Rose, Edgar (1998): Deutungswandel der Sozialpolitik: Die Arbeits- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs, Frankfurt am Main/New York, S. 45.

623 Vgl. Diez (1999): Die EU lesen, S. 328.

624 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 45.

625 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 60-61.

626 Teräväinen (2010): Political Opportunities and Storylines in Finish Climate Policy Negotiations, S. 199.

627 Foucault (2007): Die Ordnung des Diskurses, S. 25.

628 Bacchi, Carol (2004): Policy and Discourse: Challenging the Construction of Affirmative Action as Preferential Treatment, in: Journal of European Public Policy 11(1), S. 128-146, hier S. 129.

629 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 70.

630 Vgl. Gottweis (1998): Governing Molecules, S. 329.

oder Anpassungen an den „normalen" Sprachgebrauch, um die Anschlussfähigkeit von Alternativen zu demonstrieren und diese so zu legitimieren.[631]

> The disciplinary force of discursive practices often consists in the implicit assumption that subsequent speakers will answer within the same discursive frame. Even if they do try to challenge the dominant story-line, people are expected to position their contribution in terms of known categories.[632]

Vor diesem Hintergrund wird in dieser Arbeit argumentiert, dass man von der Dominanz eines Diskurses in der europäischen Energiepolitik ausgehen kann, wenn viele und insbesondere unterschiedlich positionierte Akteure (aus unterschiedlichen Subjektpositionen heraus) auf die entsprechenden diskursiven Elemente zurückgreifen (müssen), um glaubhaft sprechen zu können, wobei die Artikulationen der maßgeblichen Entscheidungsträger als besonders starker Indikator für den anerkannten dominanten Diskurs verstanden werden. Allerdings wird ein Politikfeld selten von einem Diskurs dominiert, sondern meistens lassen sich zahlreiche Diskurseinflüsse in einem Politikfeld ausmachen[633], so dass politische Diskurse eher einen „Hybridcharakter"[634] haben. Diskurse wurden bereits als bewegliche Strukturen charakterisiert, d. h. sie bleiben ständig in Bewegung und jede Artikulation trägt zur Transformation oder Stabilisierung einer bestehenden Diskursstrukturierung bei.[635] Somit ist jede Bedeutungsfixierung – jede diskursive Schließung einer Problematik – immer nur temporär möglich und kann auch wieder brüchig werden oder ganz aufbrechen.[636]

Entsprechend wird auch nicht von einer „richtigen" objektiven Deutung der Energieproblematik und somit auch nicht von alternativlosen Lösungen ausgegangen. Die Energieproblematik wird auch als ein „inter-diskursives Problem" betrachtet, das sich nur mit Rückgriff auf Konzepte und Kategorien unterschiedlichster Diskurse erfassen und dadurch aber auch vielfältig verstehen lässt.[637] Mit der komplexen Herausforderung der „inter-diskursiven Kommunikation" sind soziale Akteure somit im Bereich der europäischen Energiepolitik ganz konkret in der Praxis konfrontiert.[638] Angesichts der immer bestehenden Vielfalt an Deutungen eines

631 Vgl. Bacchi (2004): Policy and Discourse, S. 129.
632 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 57.
633 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.
634 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 252.
635 Vgl. Diez (2001): Europe as a Discursive Battleground, S. 26.
636 Vgl. Gottweis (1998): Governing Molecules, S. 334.
637 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.
638 Vgl. Hajer/Laws (2006): Ordering through Discourse, S. 409-424.

Policy-Problems und einer Vielfalt an Lösungsmöglichkeiten besteht eine zentrale Aktivität von Policy-Makern darin, eine temporäre diskursive Schließung – quasi den „Status der Alternativlosigkeit" – herzustellen, d. h. etwa eine spezifische Problemdefinition allgemeingültig zu fixieren, die dann gemeinsames Handeln überhaupt ermöglicht[639], wie Hajer es auf den Punkt bringt: „The regulation of a problem first and foremost requires forms of *discursive closure*: the problem needs a definition that gives policy-making a proper target."[640]

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive greifen Akteure bei diesen diskursiven „Schließungsversuchen" auch auf diskursive Strategien zurück, mit dem Ziel, ihre spezifische Sichtweise einer Problematik als die „richtige" zu etablieren. Dabei können sie aber nicht vollkommen autonom agieren, sondern greifen stets auf ein bestimmtes diskursives Repertoire zurück, d. h. ihre Deutungskompetenz wird diskursiv ermöglicht und begrenzt. Der Policy-Prozess kann somit wie oben schon beschrieben, als ein kontinuierlicher Kampf um Deutungshoheit verstanden werden, bei dem bestimmte Aspekte eines Problems fokussiert und andere marginalisiert werden. Bei dieser diskursiven Selektion gehen bestimmte Informationen aber auch Unsicherheiten und Bedingungen, die mit einer Problematik verknüpft sein können, verloren oder werden (bewusst) ausgeblendet, um zeitweise eine diskursive Schließung zu stabilisieren.[641] Im Sinne der produktiven und repressiven Komponente diskursiver Macht,[642] bedeutet auch die diskursive Schließung einer Policy-Problematik, dass bestimmte Perspektiven und Deutungen im Policy-Prozess privilegiert, andere aber ausgeblendet oder auch diskreditiert, disqualifiziert und unterdrückt werden,[643] wie auch Deetz betont: „Discursive closure exists whenever potential conflict is suppressed."[644] Eine Konsequenz der diskursiven Schließung ist somit nicht nur die Fixierung einer bestimmten (inhaltlichen) Problemdefinition, sondern auch dass soziale und politische Konflikte zeitweise beruhigt und eingehegt[645] bzw. nicht mehr offen ausgetragen werden. Somit

639 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22-23.

640 Ebenda, S. 22.

641 Vgl. ebenda, S. 62.

642 Vgl. hierzu auch Herschinger/Renner (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, S. 17; Feindt, Peter H./Oels, Angela (2005): Does Discourse Matter? Discourse Analysis in Environmental Policy Making, in: Journal of Environmental Policy & Planing 7(3), S. 161-173, hier S. 164.

643 Vgl. Milliken (1999): The Study of Discourse in International Relations, S. 229.

644 Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187.

645 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22.

entsteht eine Situation, in der „multiple motivations and the conflict-filled nature of experience become suppressed by a dominant aspect“[646].

Die Dominanz einer Situations- und Problemdeutung, die mit einer diskursiven Schließung temporär fixiert und stabilisiert wird, geht somit potenziell mit der Marginalisierung von Alternativen und stets auch mit einem gewissen Bedeutungsverlust einher. Hierin liegt aber nach Hajer auch gerade die produktive Seite der diskursiven Schließung, denn „regulation depends on the loss of meaning and the multi-interpretability of text“[647]. Entsprechend muss diskursive Dominanz nicht nur Unterdrückung von Alternativen implizieren, da gerade die Deutung einer Problematik nach Hajers Argumentation Dominanz im Policy-Prozess erlangen kann, die zwar Komplexität reduziert, aber dennoch offen genug angelegt ist, um unterschiedliche Interpretationen und Positionen zu verschmelzen und zu integrieren. Ganz ohne eine Exklusion von alternativen Positionen ist eine diskursive Schließung jedoch nicht denkbar, was dieses Konzept von einem „Konsens“ im normativen Sinne unterscheidet.

Beide Aspekte der diskursiven Schließung – die repressive und die produktive Seite – sind für die Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE potenziell bedeutsam. Denn es wird vor diesem theoretischen Hintergrund angenommen, dass die Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik, d. h. die damit implizierte temporäre Fixierung einer Problemdefinition sowie die Einhegung potenzieller Konflikte auf europäischer Ebene, die Formulierung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik ermöglicht hat. Die zentrale Frage, die in dieser Arbeit auch empirisch untersucht wird, lautet daher: *Wie wurde im Fall der Energiepolitik für Europa (EPE) eine tragfähige diskursive Schließung der Energieproblematik erreicht?* Dieser Frage gehe ich in Anlehnung an Hajers diskursanalytischen Ansatz vor allem mit Blick auf die Funktionen von energiepolitischen story-lines im EU-Policy-Prozess nach.

4.1.1 Politische Artikulationen als story-lines

Eine zentrale These im Hinblick auf die Möglichkeit der diskursiven Schließung einer Policy-Problematik ist, dass hierzu die vielfältigen, hybriden und widersprüchlichen diskursiven Elemente im Policy-Prozess in mehr oder weniger kohärente und plausible Grunderzählungen zusammengefügt werden.[648] Hajer nutzt hierfür den Begriff der *story-line*:

646 Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187-188.

647 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

648 Vgl. ebenda; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 252.

> A story-line […] is a generative sort of *narrative* that allows actors to draw upon various discursive categories to give meaning to specific physical and social phenomena. The key function of story-lines is that they suggest unity in the bewildering variety of separate discursive component parts of a problem […].[649]

Die Grundannahme ist also, dass soziale Akteure in der Politik story-lines (re-) produzieren, die oft einen gewissen „Klischee-Charakter" besitzen können und meist auch „nicht auf ihren semantischen Kern überprüft"[650] werden. Story-lines verbinden dabei wie ein „roter Faden" die einzelnen Elemente und helfen Akteuren daher mit der Komplexität von Policy-Problemen umzugehen.[651] Durch die Verknüpfung unterschiedlicher diskursiver Elemente zu einem mehr oder weniger kohärenten Ganzen – einer story-line – wird Komplexität verdeckt; es entstehen aus komplexen Themen und Problemen „erzählbare Gebilde"[652]. In story-lines werden also die Dimensionen oder Elemente, aus denen ein politisches Phänomen diskursiv konstituiert wird (z. B. Probleme und Lösungen, Zuständigkeiten, Subjektpositionen bzw. Eigen- und Fremdpositionierungen), in spezifischer Weise zu einander in Beziehung gesetzt.[653] Story-lines haben in diesem Sinne sowohl eine synchrone als auch eine diachrone Ausprägung. In synchroner Hinsicht arrangieren sie diskursive Elemente eines bestehenden diskursiven Repertoires und „in diachroner Perspektive verknüpfen story lines die Aktualisierungen und Veränderungen der Diskurse im Zeitverlauf"[654].

Policy-Making wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive als ein performativer Prozess verstanden,[655] in dem durch die Verwendung von story-lines Phänomene in ihrer Bedeutung konstituiert werden. Story-lines werden hier daher, wie bereits erläutert, als eine typische Ausprägung politischer Artikulation, d. h. der diskursiven Praxis des In-Beziehung-Setzens von unterschiedlichen Elementen konzeptionalisiert, über die eine kontingente und stets nur *partielle Fixierung von Bedeutung*, d. h. eine temporäre diskursive Schließung der Energieproblematik, eta-

649 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 56.

650 Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel: Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel, in: Soziale Welt 48(2), S. 107-132, hier S. 109.

651 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 56; Keller (2009): Müll, S. 46-47.

652 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 252.

653 Vgl. ebenda, S. 248-249; vgl. auch Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 218-219.

654 Keller (2009): Müll, S. 47.

655 Vgl. Gottweis (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung.

bliert werden kann.[656] Story-lines führen diskursive Elemente aus unterschiedlichen Bereichen zusammen und ermöglichen, dass bestimmte Elemente (z. B. bestimme technologische Lösungen der Energieproblematik) eine zentrale Stellung im Diskurs erhalten; diese dominanten diskursiven Elemente zeichnen sich dadurch aus, dass sie „in einer sehr hohen und zugleich diversen Anzahl von Verknüpfungen artikuliert werden"[657].

Story-lines sind also nicht nur eine typische Artikulationsform in der Politik, sondern als Analysekonzept mittlerer Reichweite implizieren sie auch eine spezifische Perspektive auf das Datenmaterial:[658] Denn im Rahmen der Diskursanalyse der EPE werden nicht allein die thematisch-inhaltlichen Dimensionen des EU-Energiediskurses zusammengefasst, wie es etwa primäres Ziel einer qualitativen Inhaltsanalyse wäre, sondern es wird v. a. auf die narrative „Binnenstruktur"[659] politischer Diskurse und somit auf das Geflecht von Beziehungen zwischen diskursiven Elementen, die ihre Wurzeln potenziell in unterschiedlichen Diskursen haben können[660], geschaut. Das story-line-Konzept lässt sich somit nicht vom umfassenderen Konzept des Diskurses trennen, sondern stellt ein analytisches Konzept mittlerer Reichweite dar[661], das die Diskursanalyse vielmehr auf bestimmte Diskurseigenschaften und diskursive Funktionen im Policy-Prozess fokussiert. Mit der Analyse von energiepolitischen story-lines werden auch minimale Verschiebungen in der Problemdefinition sowie die diskursiven Praktiken der am Policy-Prozess beteiligten sozialen Akteure in den Fokus der Diskursanalyse gestellt.[662]

Die kleinste diskursive Einheit bilden, wie bereits oben angedeutet, die Elemente, aus denen ein Phänomen diskursiv konstituiert wird.[663] In der Diskursforschung werden die kleinsten Elemente des politischen Diskurses auch als „Forderungen" bezeichnet, „da politische Diskurse zum größten Teil als Austausch über die künftige Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens ablaufen, wobei Forderungen eine wesentliche Rolle spielen."[664] Unter Forderungen versteht Nonhoff nicht nur explizite

656 Vgl. hierzu auch Kapitel II, Abschnitt 2.3.

657 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 233.

658 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel III.

659 Keller (2009): Müll, S. 308; vgl. auch Viehöver (2011): Diskurse als Narration, S. 197.

660 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

661 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.

662 Vgl. Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 189, Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 306; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22 und 268.

663 Vgl. Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

664 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 304.

inhaltliche Forderungen, sondern z. B. auch die „Feststellung von Notwendigkeiten in Bezug auf bestimmte Handlungsweisen“[665]. Hieran wird deutlich, dass der Begriff der Forderung sicherlich seine Berechtigung in der Analyse politischer Diskurse hat, jedoch für die Operationalisierung von diskursiven Elementen problematisch ist. Denn, wie Nonhoff auch einräumt, so werden „in politischen Diskursen keineswegs ausschließlich zukunftsorientierte Forderungen artikuliert“[666].

Basierend auf den Erkenntnissen aus der diskursiven Policy-Forschung und der Auseinandersetzung mit dem empirischen Material zur EPE sollen daher nicht allein Forderungen als kleinste diskursive Einheit definiert werden, sondern (energie-)politische Diskurse werden primär durch folgende diskursive Elemente geprägt: Probleme, Ziele, Lösungen sowie der Zuschreibung von Zuständigkeiten (d. h. Eigen- und Fremdpositionierungen von Akteuren)[667]. Die einzelnen diskursiven Elemente (Probleme, Ziele, Lösungen und Zuständigkeiten) werden in story-lines auf unterschiedliche Weise zu einander in Beziehung gesetzt, wodurch eine spezifische energiepolitische Realität (re-)produziert wird. Oft sind story-lines im Policy-Prozess sequenziell strukturiert: „[The] beginning of the story is about a problem situation to be solved by a policymaker, the middle action or event introduces a policy intervention, and the end turns to the consequences of policy outcome.“[668]

Das heißt nicht die diskursiven Elemente an sich, sondern die Verknüpfung dieser Elemente erzeugt Bedeutung mit Relevanz für den Policy-Prozess. Die einzelnen diskursiven Elemente (Probleme, Lösungen, Zuständigkeiten etc.) werden daher nicht isoliert, sondern in der verknüpften Form von story-lines betrachtet. Grundlegende *idealtypische story-lines* manifestieren sich dabei in verschiedenen *konkreten story-lines*[669] und fungieren im Sinne des ausgeführten Strukturierungszusammenhangs als diskursives Repertoire, das von den sozialen Akteuren (strategisch) reproduziert und modifiziert werden kann, das aber auch die Artikulationsmöglichkeiten der Akteure potenziell eingrenzt. Angesichts der Forschungsfrage soll also in der empirischen Untersuchung herausgearbeitet werden, welche konkreten story-lines wie zur diskursiven Schließung der Energieproblematik als Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE, d. h. der Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, beigetragen haben.

---

665 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 261.

666 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 304.

667 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 100.

668 Fischer (2003): Reframing Public Policy, S. 168.

669 Für eine Beschreibung der Konzepte idealtypische und konkrete story-lines vgl. Kapitel III, Abschnitt 1.

4.1.2 Funktionen von story-lines im Policy-Prozess

Es wurde bereits grundsätzlich aufgezeigt, warum die Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik für die Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE als zentral betrachtet wird und dass story-lines hierbei eine hervorgehobene Rolle spielen. So stellt Hajer auch klar heraus: „Story-lines are essential political devices that allow […] the achievement of discursive closure."[670] Vor diesem Hintergrund werden hier nun die Funktionen, d. h. genauer die Ordnungs-, Legitimations- und Integrationsfunktion, von story-lines im Policy-Prozess beschrieben. Charakteristisch für story-lines in der Politik[671] ist zunächst ihre *Ordnungsfunktion*, mit der insbesondere eine Komplexitätsreduktion von Problemzusammenhängen ermöglicht wird[672], wobei etwa die Konstruktion von eingängigen Kausalzusammenhängen, sogenannten „causal stories"[673], unter Verwendung von Metaphern[674] oder „scientific knowledge"[675] üblich ist. In der Energiepolitik spielen dabei auch Prognosen und Szenarien grundsätzlich eine wichtige Rolle im Policy-Prozess.[676]

Gerade komplexe wissenschaftliche Fachdiskurse, etwa über die Entwicklung der globalen Erwärmung,[677] bedürfen oft einer Übersetzung in allgemeinverständliche Geschichten, „wenn sie öffentliche Aufmerksamkeit finden und gesellschaftliche

670 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

671 Für ähnliche Konzepte vgl. Gottweis (1999): Regulating Genetic Engineering in the European Union, S. 64; Viehöver (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes.

672 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 63.

673 Stone, Deborah A. (1989): Causal Stories and the Formation of Policy Agendas, in: Political Science Quarterly 104(2), S. 281-300.

674 Vgl. Hülsse (2003): Sprache ist mehr als Argumentation, S. 211-246; Hajer (2006): Doing Discourse Analysis.

675 Vgl. z. B. Litfin, Karen T. (1994): Ozone Discourses: Science and Politics in Global Environmental Cooperation, New York; vgl. auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse; Viehöver (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes.

676 Vgl. hierzu beispielhaft die zahlreichen Studien der Europäischen Kommission und der Internationalen Energieagentur (IEA), insbesondere den jährlich erscheinenden World Energy Outlook der IEA. 2008 erschien das erste Mal ein Bericht der IEA über die Energiepolitik der EU mit Entwicklungsprognosen und Handlungsempfehlungen, vgl. Internationale Energieagentur (2008): IEA Energy Policies Review: The European Union: 2008, Paris.

677 Vgl. u. a. Viehöver (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes.

Wirkung entfalten sollen."[678] Die Simplifizierung von Informationen und die Fokussierung auf bestimmte Aspekte und Problemdimensionen lassen sich in der Politik auch mit dem Begriff der *Konkretisierung* gut erfassen. Denn die inhaltliche Konkretisierung einer Policy mittels einer bestimmten story-line bedeutet letztlich, die „potentiell mögliche Menge von Aussagen zu einem bestimmten Thema zu verknappen und somit strategische Optionen zu fokussieren"[679]. Eine Hauptfunktion von story-lines ist also die Fokussierung und Marginalisierung von Problemdefinitionen und Lösungsmodellen, womit sie eben auch wesentlich zur diskursiven Schließung einer Policy-Problematik beitragen, wie Epstein auf den Punkt bringt: „The key function of story-lines is that they bring *closure* to often highly complex problems and the promise of a clear-cut resolution."[680]

Grundsätzlich haben story-lines damit also eine zentrale Ordnungsfunktion im Policy-Prozess und können daher auch als eine Art „ordering device"[681] verstanden werden. „This power to create order is an attractive quality that makes narratives essential for the shaping of policies, the settling of conflicts, or the securing of legitimacy for political action."[682] Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive erzeugen story-lines politische Realitäten, die über die spezifische Problem- und Lösungsdefinition hinausgehen. Akteure, die spezifische story-lines verwenden, stabilisieren vielmehr auch die hierin implizierte politische (Macht-)Ordnung und sie helfen mit, „eine ganz bestimmte Sichtweise in der Gesellschaft zu reproduzieren."[683] In der europäischen Politik geht es in story-lines etwa auch um die Grundsatzfrage, ob die EU überhaupt zuständig in einem Politikbereich ist bzw. sein sollte. Es werden somit grundlegende Grenzen des politischen Raums und der Handlungskompetenz im Rahmen von energiepolitischen story-lines (mit-) gezogen, die auch markieren, was zum Politikfeld „europäische Energiepolitik" dazugehört und was nicht. Zudem können auch neue oder alternative Themen und Probleme durch story-lines eingeführt werden, die vorher nicht als politische Probleme der EU anerkannt waren. Somit können auch neue Handlungsspielräume auf europäischer Ebene eröffnet werden. Dies liegt auch wesentlich in der zweiten, von Hajer genannten Funktion von story-lines begründet:

678 Keller (2007): Diskursforschung, S. 68.

679 Schaper-Rinkel (2006): Die Macht von Diskursen, S. 230.

680 Epstein (2008): The Power of Words in International Relations, S. 95, Hervorhebung im Original.

681 Hajer/Laws (2006): Ordering through Discourse, S. 252.

682 Gottweis (1998): Governing Molecules, S. 32.

683 Hajer (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel, S. 111.

> Secondly, as they [story-lines, KK] are accepted and more and more actors start to use the story-line, they get a ritual character and give a certain permanence to the debate. They become 'tropes' or figures of speech that rationalize a specific approach to what seems to be a coherent problem.[684]

Anerkannte und verbreitete story-lines können also aufgrund ihrer weitgehend ritualisierten Verwendung – ihres Klischee-Charakters – eine besonders wirkungsvolle Legitimierung von Maßnahmen und Kompetenzen darstellen, da die hiermit implizierte Weltsicht bzw. Verknüpfung diskursiver Elemente kaum mehr hinterfragt wird. Diese *Legitimationsfunktion* von story-lines bzw. die Legitimationspotenziale, die von anerkannten etablierten story-lines ausgehen,[685] zeigen sich nicht zuletzt darin, dass auch sehr unterschiedlich positionierte Akteure auf sie zurückgreifen, um durchaus unterschiedliche Interessen zu verfolgen.[686] Diese anerkannten story-lines „bring together previously unrelated elements of reality and thus facilitate coalition formation."[687]

Story-lines verfügen also nicht nur über eine hohe Legitimationskraft, sondern auch eine potenzielle Integrationsfunktion in der Politik. Mit der *Integrationsfunktion* von story-lines wird auf die Einbindung und Vereinnahmung unterschiedlich positionierter Akteure im Policy-Prozess verwiesen, wodurch traditionelle Konfliktlinien verschoben oder auch (zeitweise) aufgehoben werden können.[688] Daher können gerade anerkannte und *anschlussfähige story-lines durch ihre potenziell hohe Legitimations- und Integrationskraft besonders zur diskursiven Schließung einer Policy-Problematik* beitragen. Auf die Zusammenführung von sozialen Akteuren um eine gemeinsame story-line, das heißt die Formation von Diskurskoalitionen, gehe ich daher im folgenden Abschnitt noch genauer ein.

684 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 63.

685 Vgl. Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 58-59.

686 Vgl. hierzu auch Kapitel II, Abschnitt 3.5.1.

687 Hajer (2003): A Frame in the Fields, S. 104.

688 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 63.

Tab. 1 Funktionen von story-lines im Policy-Prozess

Ordnungs-funktion	Story-lines verknüpfen diskursive Elemente (z. B. Probleme, Lösungen, Zuständigkeiten) in einer bestimmten Weise und ordnen so eine komplexe Umwelt. Im Policy-Prozess ermöglichen sie speziell die Konkretisierung von Problemdefinitionen, was auch mit der Fokussierung auf und der Marginalisierung von bestimmten diskursiven Elementen einhergeht.
Legitimations-funktion	Als ritualisierte Sprechfiguren können story-lines weitreichende Anerkennung und Akzeptanz erlangen und so zur politischen Legitimation von Zuständigkeiten und Maßnahmen beitragen.
Integrations-funktion	Story-lines verknüpfen (zuvor teils unverbundene) diskursive Elemente und ermöglichen es, dass unterschiedlich positionierte Akteure zumindest einen Teil zur Geschichte beitragen und sich in Diskurskoalitionen formieren können. So können Konflikte eingehegt oder aufgehoben werden, aber auch neue Konfliktlinien und Grenzen gezogen oder bestehende gefestigt werden.

Die hier zusammengefassten Funktionen von story-lines sind in der politischen Praxis nicht immer trennscharf zu unterscheiden. Im Gegenteil: Oft erfüllt eine (dominante) story-line gleichzeitig mehrere Funktionen. Insgesamt ist hier festzuhalten, dass story-lines zentrale Funktionen im Policy-Prozess erfüllen und dadurch – so die theoretisch begründete These der Arbeit – eine (temporäre) diskursive Schließung der Energieproblematik auf europäischer Ebene und damit die Etablierung der Energiepolitik für Europa ermöglichen.

4.2 Diskurskoalitionen

Soziale Akteure, die aus durchaus unterschiedlichen Gründen in einem bestimmten Zeitraum story-lines gemeinsam verwenden, bilden nach Hajer eine Diskurskoalition.[689] Entscheidende Annahme ist somit, dass als verbindendes Element nicht „objektive" Interessen oder Grundüberzeugungen (wie etwa „policy core beliefs"[690])

689 Ebenda, S. 12-13 und S. 65-66.

690 Vgl. Sabatier/Weible (2007): The Advocacy Coalition Framework, S. 189-220. Otto Singer nutzt z. B. den Begriff der Diskurs-Koalition im Sinne des ACF, nimmt also Bezug auf Überzeugungen als verbindendes Element und nicht auf diskursive story-lines. Vgl. hierzu Singer, Otto (1990): Policy Communities and Discourse Coalitions: The Role of Policy Analysis in Economic Policy Making, in: Knowledge 11(4), S. 428-458; Singer, Otto (1993): Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse: Kritik und

der Akteure fungieren, sondern allein die Artikulation von story-lines.[691] Es handelt sich damit also nicht um eine fest institutionalisierte Gruppe im Sinne eines korporativen Akteurs, denn „ihnen fehlt jene rechtsförmige […] oder anderweitig langfristig *bindende* Absicherung"[692]. Diskurskoalitionen können daher auch quer zu politischen Organisationen und institutionalisierten Gruppen wie Parteien oder Interessenverbänden liegen. Soziale Akteure können sich dabei auf unterschiedliche Subjektpositionen beziehen[693], also gleichzeitig „Mitglieder" unterschiedlicher Diskurskoalitionen sein. So können etwa Repräsentanten unterschiedlicher Parteien oder auch Vertreter unterschiedlicher Energiesektoren prinzipiell einer (oder mehreren) Diskurskoalition(en) zugeordnet werden.

> So a discourse-coalition is not so much connected to a particular person (as if such a person would have a coherent set of ideas or beliefs that is not specific to context), it is related to practices in the context of which actors employ story-lines, and (re)produce and transform particular discourses. It thus becomes possible, to come to terms with the fact that some actors might utter contradictory statements, or indeed help reproduce different discourse-coalitions […].[694]

Diskurskoalitionen sind also nicht an bestimmte Akteure gebunden. Die „Mitgliedschaft" in Diskurskoalitionen ist auch nicht unbedingt auf Politiker und professionelle Policy-Maker begrenzt. So können prinzipiell auch andere Akteursgruppen wie Stakeholder aus der Zivilgesellschaft und der Industrie sowie auch Journalisten und Wissenschaftler zu einer Diskurskoalition entscheidend beitragen.[695] Diskurskoalitionen können damit nicht nur quer zu formellen Institutionen der Politik liegen, sondern auch quer zur Grenze zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik.[696] Insgesamt lassen sich Diskurskoalitionen somit als eine fluide Form der Koordinierung in der Politik beschreiben.[697] Sie tragen v. a. der Grundannahme

---

Neuorientierung, Opladen, S. 149-174. Für eine Auseinandersetzung mit diesen unterschiedlichen Grundannahmen vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 68-72. Für einen Überblick weiterer Koalitions-Konzepte vgl. auch Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?.

691 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 66; vgl. auch Nedergaard (2007): Blocking Minorities.

692 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 188, Hervorhebung im Original.

693 Vgl. hierzu Kapitel II, Abschnitt 3.3.

694 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

695 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 66.

696 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 295.

697 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 201.

Rechnung, dass soziale Akteure nie vollkommen fixiert auf nur eine Subjektposition sind, aber dennoch durch die gemeinsame Artikulation einer story-line zur Präsenz bzw. zur „diskursiven Wahrnehmbarkeit“[698] bestimmter Elemente und damit potenziell auch zur „Etablierung diskursiver Hegemonien“[699] beitragen können.[700] Auch die Etablierung einer hegemonialen bzw. dominanten Problemdeutung der Energieproblematik beruht demnach also darauf, dass, so Nonhoff,

> […] größere Quantitäten von Subjekten (Hajer spricht von Akteuren) Koalitionen bilden, weil und indem sie gemeinsam eine diskursive Formation artikulieren bzw. an einer gemeinsamen Praxis diskursiver Formierung teilhaben (hier spricht Hajer von story lines).[701]

Diskurskoalitionen sind besonders gut geeignet, politische Projekte voranzubringen, weil sie meist unterschiedliche „Bedingungen der Wahrnehmbarkeit“[702] in sich vereinen, wie etwa wissenschaftliche Kompetenz oder Zugang zu den formalen-politischen Institutionen. In diesem Sinne fungieren *Diskurskoalitionen als wichtige Vermittlungsinstanz* zwischen der Menge an möglichen Aussagen zur Energiepolitik und den Artikulationen, die in der europäischen Energiepolitik anerkannt werden und mit steigendem Einfluss als dominante story-lines eine diskursive Schließung der Energieproblematik ermöglichen. Diskurskoalitionen betonen den nicht-hierarchischen Charakter von Politik wie auch andere Analysekonzepte, etwa das Konzept der „policy networks“, das eine zentrale Rolle spielt, um „messy“[703] Policy-Making-Prozesse im europäischen „hyper-consensus system of government“[704] zu untersuchen.[705] Mit dem Diskurskoalitions-Ansatz, der im Vergleich zu anderen Ansätzen der Policy-Forschung bisher jedoch weniger prominent in der EU-Forschung ist[706], lassen sich, wie in der vorliegenden Arbeit auch

698 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 311.

699 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 200-201.

700 Vgl. ebenda, S. 188.

701 Ebenda, S. 201.

702 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 311.

703 Richardson (2006): Policy-Making in the EU, S. 6.

704 Hix, Simon (2014): The EU as a New Political System, in: Caramani, Daniele (Hrsg.): Comparative Politics, Oxford, S. 387-406, hier S. 398.

705 Vgl. Peterson, John (2009): Policy Networks, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 105-124; Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse.

706 Vgl. aber Nedergaard (2007): Blocking Minorities.

angestrebt, gerade informelle Koordinierungsmechanismen und Entscheidungsfindungsprozesse im komplexen politischen System der EU erfassen. Aufgrund ihrer „uneingeschränkten Mitgliedschaft" lassen sich Diskurskoalitionen zudem eher mit losen „issue networks"[707] oder auch „advocacy coalitions" vergleichen, als mit einer stabilen „policy community" oder einer eng vertrauten „epistemic community".[708]

> These coalitions are unconventional in the sense that the actors have not necessarily met, let alone that they follow a carefully laid out strategy. What unites these coalitions and what gives them their political power is the fact that its actors group around specific story-lines that they employ whilst engaging in […] politics.[709]

Trotz einiger Gemeinsamkeiten unterscheiden sich Diskurskoalitionen – wie sie hier nach Hajer verstanden werden – aufgrund ihrer konstruktivistisch-diskursiven Fundierung dennoch deutlich von interessenbasierten „issue networks", aber auch von „advocacy coalitions", wie sie im Advocacy Coalition Framework (ACF) definiert werden:

> The ACF argues that policy participants will seek allies with people who hold similar policy core beliefs […]. If they also engage in a nontrivial degree of coordination, they form an advocacy coalition. Coordination involves some degree of working together to achieve similar policy objectives.[710]

„Advocacy coalitions" werden daher auch als „Überzeugungskoalitionen"[711] bezeichnet und verweisen auf die kognitive Dimension der Politik, denn es wird angenommen, dass Akteure zusammenfinden, weil sie basierend auf „policy core beliefs" die externe Welt in ähnlicher Weise wahrnehmen und dann auch auf der Basis dieser gemeinsamen Überzeugungen handeln. Wie schon dargelegt, wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive hingegen nicht angenommen, dass von Aussagen auch auf Überzeugungen geschlossen werden kann. Daher wird auch nicht angenommen (bzw. kann nicht empirisch getestet) werden, ob „Mitglieder" einer Diskurskoalition „wirklich" aus einer gemeinsamen Überzeugung heraus eine bestimmte story-line artikulieren. Es wird hier letztlich eine weniger ambitionierte Behauptung aufgestellt, nach der sich Diskurskoalitionen allein über die Aussagepraxis, d. h. die Verwendung einer gemeinsamen story-line, konstituieren.

---

707 Vgl. Peterson (2009): Policy Networks, S. 115.

708 Vgl. Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 295.

709 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 13.

710 Sabatier/Weible (2007): The Advocacy Coalition Framework, S. 196.

711 Nullmeier (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 297.

Die diskursiven story-lines, die als Zement der Koalition fungieren, werden dabei anders als Überzeugungen nicht als stabile Grundlage verstanden.[712]

Auch wird nach Hajers Verständnis von einer Diskurskoalition gerade nicht erwartet, dass ihre Mitglieder gezielt eine gemeinsame Strategie verfolgen, also „a nontrivial degree of coordination"[713] aufweisen, wie es im ACF definiert wird. Die Stärke des Diskurskoalitionskonzepts für die Analyse von Policy-Prozessen im komplexen EU-System liegt somit darin, dass auch diskursive Koordinierungsleistungen erfasst werden können, die eben nicht strategisch und gezielt verlaufen bzw. nicht von (allen) „Mitgliedern" einer Koalition explizit koordiniert (oder gewollt) sind, wie Szarka auf den Punkt bringt:

> Thus Sabatier's ACF is most applicable when organizations take action in concert, but Hajer's 'discourse coalitions' concept has hermeneutic value when actors sing in chorus – but not necessarily in the same choir.[714]

Da Diskurskoalitionen nicht auf gemeinsamen Überzeugungen beruhen, aber auch nicht als „a direct function of domestic pressures and interests"[715] betrachtet werden, folgt daraus, dass sich Diskurskoalitionen immer wieder aufs Neue durch die (Re-) Artikulation von story-lines konstituieren müssen – sie müssen sich sozusagen immer wieder neu selbst bestätigen.[716] Ihre Stabilität ist damit geringer bzw. sie sind weniger statisch, als formale Koalitionen oder Überzeugungskoalitionen in der Politik. Mit Nonhoff lässt sich zusammenfassen, dass Diskurskoalitionen die „größere, aber instabilere Alternative zur Koordinierung […] politisch-gesellschaftlicher Kräfte"[717] im Policy-Prozess darstellen. Trotz ihres fluiden Charakters erfüllen Diskurskoalitionen eben eine wichtige (oft unbewusste, nicht abgestimmte) Koordinierungsleistung, die gerade, so das Argument hier, im komplexen und fragmentierten Policy-Prozess auf europäischer Ebene, an dem zahlreiche Interessengruppen beteiligt sind,[718] von großer Relevanz ist. Die Erzeugung diskursiver Wahrnehmbarkeit und Dominanz einer Problemdeutung beruht ganz wesentlich auf der Koordinierungsleistung von Diskurskoalitionen. Als Gruppe sozialer Akteure spielen Diskurskoalitionen somit

712 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 201.

713 Sabatier/Weible (2007): The Advocacy Coalition Framework, S. 196.

714 Szarka, Joseph (2004): Wind Power, Discourse Coalitions and Climate Change: Breaking the Stalemate?, in: European Environment 14(6), S. 317-330, hier S. 319.

715 Nedergaard (2007): Blocking Minorities, S. 700, vgl. auch Kapitel II, Abschnitt 3.5.1.

716 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 201.

717 Ebenda, S. 202.

718 Vgl. Hix (2014): The EU as a New Political System, S. 404.

aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive eine zentrale Rolle bei der Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik und damit für die Ermöglichung der Etablierung der EPE.

Die Relevanz des Diskurskoalitions-Ansatzes ist angesichts der hier vorliegenden Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE zusammenfassend darin zu sehen, dass die Bildung von (neuen) Koalitionen in der europäischen Energiepolitik auf der Basis von story-lines analysiert werden kann, ohne dass dabei zwingend die strategische Verfolgung gemeinsamer Interessen oder Überzeugungen als Grundbedingung vorliegen oder nachgewiesen werden muss.[719] Hingegen können energiepolitische story-lines als verbindendes Element konzeptionalisiert werden, die eben auch von sehr unterschiedlichen Akteuren *aus verschiedenen Gründen* artikuliert werden können, die so aber gemeinsam zur diskursiven Wahrnehmbarkeit von bestimmten Elementen bzw. Forderungen beitragen.[720] Wichtig ist zu betonen, dass vor dem theoretischen Hintergrund hier nicht impliziert wird, dass die beteiligten „Koalitionäre" gleiche Interessen verfolgen und sich gegenseitig „wirklich" auf der Basis von Überzeugungen verstehen.[721]

> Interestingly enough, actors that can be proven not to fully understand each other can still produce meaningful interventions. Precisely the effect of misunderstanding can be very functional for creating a political coalition […].[722]

Mit Diskurskoalitionen, die sich um eine story-line bilden, lässt sich gemeinsames politisches Handeln in der EU vielmehr auch unabhängig von geteilten Interessen und/oder normativen Überzeugungen der beteiligten Akteure erfassen und verstehen. Es wird also nicht im normativen Sinne von einem „Konsens" oder gemeinsamen Verständnis der Energieproblematik unter den Akteuren bzw. Koalitionären ausgegangen, sondern „nur" von der gemeinsamen Artikulation einer dominanten story-line, die unterschiedlich positionierte Akteure positiv anspricht bzw. vereinnahmen kann (*produktive Dimension*), aber auch alternative Positionen exkludiert (*repressive Dimension*). Es wird somit von einer (temporären) Einhegung von Konflikten durch die erfolgreiche Vereinnahmung ähnlich gelagerter Positionen und die Marginalisierung alternativer Deutungen ausgegangen. Vor dem Hintergrund alternativer energiepolitischer Artikulationen, die auf europäischer

719 Vgl. Hajer (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel, S. 109 und S. 111; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 59.

720 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 65.

721 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 69.

722 Hajer/Versteeg (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental Politics, S. 177.

Ebene keine oder nur eine randständige Rolle spielen – wie etwa Forderungen nach mehr Suffizienz statt Effizienz – wird deutlich, dass die EPE keine rein sachlogische, alternativlose Konsequenz objektiver Rahmenbedingungengen darstellt. Die Kontingenz der EPE wird erst im Lichte alternativer story-lines deutlich erkennbar. Neben dem Verweis auf die Vielfalt und Fragilität diskursiver Konstruktionen der Energieproblematik steht aber in der empirischen Analyse v. a. das Herausarbeiten der spezifischen energiepolitischen story-lines im Vordergrund, die sich im untersuchten Zeitraum zu einer diskursiven Schließung der Energieproblematik verdichten. Hierzu gehört in Anlehnung an Hajers „two-step procedure“[723] auch die Analyse der Diskursinstitutionalisierung.

4.3 Diskursinstitutionalisierung

Wie soeben dargelegt, erbringen Diskurskoalitionen eine zentrale Koordinierungs- und Integrationsleistung im Policy-Prozess. Sie vereinen unterschiedliche Akteure und tragen zur diskursiven Schließung der Energieproblematik bei, d. h. auch zur Einhegung von Konflikten. Aber die Formierung von Koalitionen bedeutet auch immer eine Form der Abgrenzung und Marginalisierung von „Anderen“. Diese Positionierungseffekte können unbewusst aber auch bewusst – d. h. als Strategie – erfolgen. Meist lassen sich in einem Politikfeld mehrere Diskurskoalitionen ausmachen, die in einem Konkurrenzverhältnis zu einander stehen und um Deutungshoheit ringen. Die Dominanz einer Diskurskoalition in einem Politikbereich lässt sich nach Hajer daran feststellen, dass ihre jeweils favorisierte, konstitutive story-line nicht nur auf konzeptioneller Ebene anerkannt wird oder auch von politischen Gegnern und Kritikern reproduziert werden muss (Bedingung der Diskursstrukturierung), sondern auch daran, dass diese story-line den Policy-Prozess um die konkrete Problemlösung dominiert und in dauerhafte Institutionen, Praktiken sowie Maßnahmen „übersetzt“ wird (Bedingung der Diskursinstitutionalisierung).[724] Erst wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, kann man nach Hajer davon ausgehen, dass eine Diskurskoalition bzw. ihre jeweils konstitutive story-line in einem Politikbereich eine hegemoniale Position einnimmt.[725]

Diskursinstitutionalisierung manifestiert sich nach Hajer in unterschiedlichen Formen. Sie lässt sich grundsätzlich daran festmachen, wenn sich eine story-line

723 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

724 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.

725 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 71.

„zu Institutionen und organisatorischen Vorgehensweisen verdichtet“[726]. Diese sehr allgemein formulierte Definition konkretisiert Hajer etwa für den Diskurs der ökologischen Modernisierung wie folgt:

> We will speak of discourse institutionalization if a given discourse is translated into institutional arrangements, i.e. if the theoretical concepts of ecological modernization are translated into concrete policies (i.e. shifting investment in mobility from road to rail) and institutional arrangements (introduction of multi-value auditing, or the restructuring of old departmental divisions).[727]

Demnach zeigt sich die Institutionalisierung energiepolitischer story-lines auf europäischer Ebene nicht nur in sprachlichen bzw. zeichenförmigen Praktiken, wobei jedoch die rechtliche Festschreibung von Maßnahmen und Zuständigkeiten in Gesetzestexten als besonders relevant zu bertachten ist, da die so artikulierten Beziehungen von diskursiven Elementen nur schwer wieder aufzubrechen oder zu verändern sind, was Nonhoff auch als „Methode der Immunisierung“[728] bezeichnet. Die rechtliche Fixierung hilft den institutionellen Status eines Artikulationsmusters längerfristig abzusichern.[729]

Aber nicht nur sprachliche Praktiken tragen zur Stabilisierung einer dominanten story-line bei, auch wenn diese in der vorliegenden Arbeit mit Blick auf die rechtliche Festschreibung von Maßnahmen und Zuständigkeiten im Fokus steht, sondern auch nicht-sprachliche Praktiken, z. B. ganz konkret die finanzielle Förderung von Demonstrationsanalagen zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) oder die Installation von Windrädern in der Nordsee.[730] Die Untersuchung der Diskursinstitutionalisierung impliziert somit, dass auch nicht-sprachliche Praktiken in einem diskursanalytischen Forschungsdesign inkludiert werden können.[731]

Prinzipiell wird hier im Sinne des umfassenden, konstitutiven Diskursverständnisses, das im Abschnitt 3.1 ausführlich erläutert wurde, also durchaus die Ansicht geteilt, dass auch nicht-sprachliche Praktiken (wie z. B. demonstrieren, konsumieren) zur Bedeutungskonstruktion beitragen. Nach Keller lässt sich ent-

726 Hajer (2008): Diskursanalyse in der Praxis, S. 217.

727 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.

728 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 182.

729 Vgl. hierzu ebenda, S. 182-183.

730 Vgl. auch Keller (2012): Der menschliche Faktor, S. 99.

731 Diese Position ist in der sozialwissenschaftlichen im Gegensatz zu sprachwissenschaftlichen Diskursforschung weit verbreitet. Teils wird dann aber auch speziell von Dispositivanalyse gesprochen. Vgl. hierzu z. B. Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

sprechend auch von „nicht-diskursiven Praktiken der Diskurs(re)produktion“[732] ausgehen. Eine Trennung zwischen diskursiven (sprachlichen) und nicht-diskursiven (nicht-sprachlichen) Praktiken wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive als problematisch erachtet[733] bzw. diese Unterscheidung ist insofern nicht haltbar, wenn damit impliziert wird, dass nicht-diskursive (d. h. nicht-sprachliche) Praktiken keine Bedeutung konstituieren und transportieren könnten.[734] Es werden in der vorliegenden Arbeit, sprachliche und nicht-sprachliche Praktiken, beide als Praktiken der der Bedeutungskonstruktion anerkannt.[735] Nach Hajer tragen ja auch gerade nicht-sprachliche Praktiken und Maßnahmen zur Institutionalisierung eines Diskurses bei und erschweren damit radikale Veränderungen einer Problemdeutung.[736]

Wenn beide Bedingungen – die Diskursstrukturierung und -institutionalisierung – erfüllt sind, spricht Hajer von einem hegemonialen Diskurs oder auch von diskursiver Dominanz einer story-line und der entsprechenden Diskurskoalition.[737] Übertragen auf den Untersuchungsgegenstand heißt das, dass die rechtliche Fixierung und Umsetzung von Policy-Maßnahmen, nicht als diskursexterne Entwicklungen betrachtet werden, sondern vielmehr *als Gradmesser für die Dominanz und Stabilität* einer story-line. Hajers Position wird hier aber nicht umfänglich geteilt, da sich die Dominanz einer story-line, wie bereits im Abschnitt 4.1 erläutert, schon auf der Ebene der Diskursstrukturierung identifizieren lässt, insbesondere dann, wenn eine diskursive Schließung einer Policy-Problematik erreicht wird und damit alternative Deutungen aus dem politischen Denk- und Entscheidungsprozess (temporär) ausgeschlossen werden. Wenn also verschiedene und v. a. unterschiedlich positionierte Akteure bzw. Diskurskoalitionen eine story-line ständig reproduzieren (müssen) und die damit einhergehende Wirklichkeitskonstruktion als „normal“ und „wahr“ akzeptiert oder nicht mehr fundamental infrage gestellt wird, spreche ich bereits von einer dominanten story-line. Die Institutionalisierung, insbesondere die rechtliche Fixierung von Maßnahmen und Zuständigkeiten, trägt jedoch maßgeblich zur weiteren Stabilisierung bzw. „Immunisierung“ bei und kann somit eben auch als Indikator für eine langfristige Relevanz einer story-line fungieren. Denn durch die rechtliche Fixierung können Pfadabhängigkeiten entstehen, die eine Veränderung der

732 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 256.

733 Vgl. ebenda, S. 257.

734 Vgl. Diez (2014): Setting the Limits, S. 320.

735 Vgl. für diese Position auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 44; Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 256.

736 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61 und 64.

737 Ebenda, S. 61.

europäischen Energiepolitik durch „plötzliche Neuartikulation diskursiver Elemente“[738] bzw. eine diskursive Öffnung der Energieproblematik erheblich erschweren.

Meist lassen sich aufgrund dieser Pfadabhängigkeiten in einem Politikfeld auch keine umfassenden Umwälzungen ausmachen, sondern eher diskursive Verschiebungen im Sinne der Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel identifizieren.[739] Es lässt sich daher in der Politik selten von der Hegemonie eines Diskurses ausgehen, sondern eher von Abstufungen der Dominanz.[740] Vor allem wird aus der hier eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Perspektive hervorgehoben, dass die Dominanz einer Diskurskoalition und ihrer story-lines kein Dauerzustand ist, sondern dass wir es immer nur mit einer temporäreren Bedeutungsfixierung zu tun haben. Jede diskursive Schließung der Energieproblematik bleibt somit fragil und angreifbar.

Letztlich wird der Nachweis diskursiver Dominanz hier auch nicht in erster Linie angestrebt, sondern vielmehr interessiert angesichts der Forschungsfrage nach Etablierung der Energiepolitik für Europa welche story-lines wie zur diskursiven Schließung der Energieproblematik beigetragen haben. Formen der Diskursinstitutionalisierung, insbesondere die rechtliche Fixierung von energiepolitischen Zielen und Maßnahmen mit dem Energie- und Klimapaket, werden angesichts der Forschungsfrage also nicht, wie bei Hajer vorgesehen, primär als Indikator für diskursive Dominanz betrachtet. Mit Blick auf die Diskursinstitutionalisierung wird in dieser Arbeit vielmehr die Stabilisierung und Tragfähigkeit einer diskursiven Schließung der Energieproblematik jenseits der Politikformulierung im Gesetzgebungsprozess untersucht. Wie die Überblicksgraphik (s. Abb. 1) verdeutlicht, steht aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung, wie es zur (temporären) diskursiven Schließung der Energieproblematik auf europäischer Ebene gekommen ist, die als diskursive Möglichkeitsbedingung für die Etablierung der EPE, d. h. die Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, gefasst wird.

738 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 182.

739 Vgl. auch Diez (1999): Die EU lesen, S. 331.

740 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.

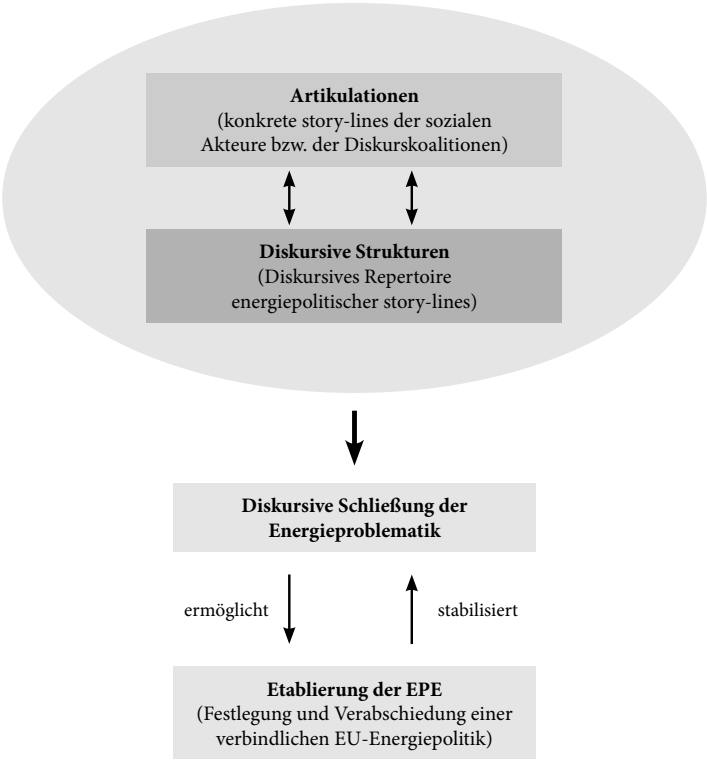


Abb. 1 Forschungsperspektive im Überblick

Methodisches Vorgehen

III

So unterschiedlich wie die diskurstheoretischen Perspektiven, so vielfältig sind auch die methodischen Verfahren der Diskursanalyse.[741] Dies liegt darin begründet, dass die empirische Untersuchung von Diskursen eng an die jeweilige diskurstheoretische Perspektive gekoppelt ist.[742] In jeder Diskursanalyse wird demnach immer nur nach „bestimmte[n] Diskursarten […] in bestimmten historischen und sozialen Kontexten"[743] gefragt bzw. nach bestimmten diskursiven Mechanismen und Funktionen.[744] Je nach Fragestellung und den diskurstheoretisch gesetzten Schwerpunkten werden entsprechend auch unterschiedliche Methoden für die empirische Diskursanalyse herangezogen.[745] Diskursanalyse kann daher besser als ein „offenes und empirisches Forschungsprogramm"[746] begriffen werden, als eine feststehende „einheitliche Methode"[747]. Die vorliegende empirische Untersuchung der Energiepolitik für Europa (EPE) basiert auf der zuvor dargelegten konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive. In Bezug auf die theoretische Grundierung der Diskursanalyse ist die Arbeit v. a. von Foucaults Diskursanalyse inspiriert, die darauf ausgerichtet ist, Formen der Bedeutungskonstitution sowie besonders

741 Vgl. hierzu u. a. Diaz-Bone et al. (2007): The Field of Foucaultian Discourse Analysis; Keller (2011): Diskursforschung; Herschinger/Renner (Hrsg.) (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen; Milliken (1999): The Study of Discourse in International Relations; Carta/Morin (2014): Struggling Over Meanings.

742 Vgl. Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, S. 353; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 242.

743 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 243.

744 Vgl. Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 329.

745 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 244.

746 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 277.

747 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 244.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3_3

auch Ausgrenzungs- und Verknappungsmechanismen, sprich die produktiven und repressiven Seiten diskursiver Macht, in den Blick zu nehmen.[748]

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive soll vor diesem Hintergrund herausgearbeitet werden, wie im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und den energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure bzw. der entsprechenden Diskurskoalitionen eine diskursive Schließung der Energieproblematik hergestellt wurde, um so die Etablierung der EPE zu verstehen. Hierzu wird mit Rückgriff auf die diskursanalytischen Studien von Maarten Hajer speziell auf die *Funktionen von story-lines* im EU-Policy-Prozess geschaut. Denn sie erfüllen nicht nur eine grundlegende Ordnungsfunktion der Komplexitätsreduktion, sondern wichtige Legitimations- und Integrationsfunktionen in politischen Aushandlungsprozessen, durch die auch neue (alternative) Themen und Akteure einen „Platz" in der politischen Ordnung finden können und andere ausgeschlossen werden. Kurz gesagt: Story-lines stehen als „essential political devices that allow […] the achievement of discursive closure"[749] auch im Mittelpunkt der empirischen Analyse. Die hier durchgeführte Diskursanalyse zielt somit darauf ab, herauszuarbeiten, welche story-lines (d.h. welche Verknüpfungen von welchen diskursiven Elementen) diese Funktionen im Falle der Etablierung der EPE erfüllt haben. Das bedeutet, es geht zum einen darum, das inhaltliche Spektrum an energiepolitischen story-lines zu erfassen, und zum anderen darum, die theoretisch abgeleiteten Funktionen auf ihre Gültigkeit im empirischen Material rekonstruktiv zu überprüfen.[750]

1 Drei rekonstruktive Analyseschritte

Aus der eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Perspektive ergeben sich spezifische methodologische Prämissen, wie der Forschungsprozess zu gestalten und zu bewerten ist. Zunächst orientiert sich die durchgeführte Diskursanalyse, wie die meisten qualitativen Verfahren, an „einer rekonstruktiven Methodologie"[751]. Das heißt, als Aufgabe der empirischen Forschung wird nicht die adäquate Beschreibung oder Annährung an die Wirklichkeit gesehen, sondern die „Konstruktion der

748 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 2.3.

749 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

750 Vgl. Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 329.

751 Meuser, Michael (2011): Rekonstruktive Sozialforschung, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 140-142, hier S. 140.

Wirklichkeit zu rekonstruieren"[752], hier speziell die Rekonstruktion der diskursiven Schließung der Energieproblematik, um so die Etablierung der EPE zu verstehen. Die diskursive Schließung entsteht, so die theoretische Annahme, im Wechselspiel zwischen diskursiven Strukturen und den energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure. Um dieses Strukturierungsverhältnis empirisch zu erfassen, wurde zunächst das diskursive Repertoire als ein Set an story-lines rekonstruiert, welche im Vor- und Umfeld der ersten expliziten Stellungnahmen und Positionierungen zur neuen „Energiepolitik für Europa"[753] im März 2006 existierten. Dieses spezifische Set an story-lines wird somit als diskursiver Kontext bzw. *Struktur des EU-Energiediskurses* verstanden, denn der „Zugriff auf den Diskurs [kann] nur über die Oberfläche der Vielzahl von einzelnen Artikulationen erfolgen"[754]. Da sich diese Artikulationen aber ständig verändern und im Detail sehr variieren können, musste aus forschungspraktischen Gründen auf die Rekonstruktion aller möglichen Äußerungen verzichtet werden. Stattdessen wird, wie es in der qualitativen Sozialforschung insgesamt und auch speziell in der diskursiven Policy-Analyse üblich ist,[755] auf die Rekonstruktion und Darstellung von Typen gesetzt.[756]

Da sich mein Erkenntnisinteresse nicht primär auf die umfassende inhaltliche Beschreibung des EU-Energiediskurses bezieht, sondern auf die Funktionen von story-lines im Policy-Prozess, wird eine „typisierende Rekonstruktion"[757] auch als gegenstandsangemessen betrachtet.[758] In Anlehnung an den Weber'schen Begriff des Idealtypus verweisen *idealtypische story-lines* nicht auf „die" Realität, sondern auf Gemeinsamkeiten und Muster konkreter Äußerungen; sie stellen eine verdichtende Abstraktion von diesen im Detail unterschiedlichen Aussageereignissen dar.[759] Durch diese Zuspitzung wird die Vielfalt energiepolitischer Aussagen zwar auf bestimmte, inhaltlich relevante Aspekte fokussiert, ohne dabei jedoch den Anspruch zu erheben, die Realität an diesen Idealtypen zu messen oder eine all-

752 Ebenda.

753 Vgl. Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel.

754 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 304.

755 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 120.

756 Vgl. Flick, Uwe (2014): Sozialforschung: Methoden und Anwendungen, Ein Überblick für die BA-Studiengänge, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 185; Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus; Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim/Basel, S. 115.

757 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 251.

758 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 251.

759 Für eine kritische Auseinandersetzung mit der Anwendung der Weber'schen Idealtypen im Rahmen einer Diskursanalyse vgl. Diez (1999): Die EU lesen, S. 63-66.

gemeingültige Bedeutungsessenz zu fixieren. Denn aus der hier eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive lassen sich prinzipiell immer „verschiedene, konfligierende Idealtypen“[760] bilden. Es wird hier also kein epistemologischer Unterschied zwischen „konstruierten“ idealtypischen story-lines und „realen“ *konkreten story-lines* getroffen. Im Rahmen der Diskursanalyse handelt es sich letztlich in beiden Fällen um Re-Konstruktionen und Interpretationen, die nie unabhängig von der diskursiven Verortung der Wissenschaftlerin sind.[761] Die typisierende Rekonstruktion von story-lines sowie auch die Bildung von modellhaften Idealtypen, die das diskursive Repertoire konstituieren, ist jedoch sinnvoll, da so eine fokussierte empirische Diskursanalyse der unzähligen und vielfältigen Äußerungen zur europäischen Energiepolitik sowie die Präsentation der Analyseergebnisse möglich wird.

Das rekonstruierte diskursive Repertoire an story-lines wird zudem als Analyseraster verwendet, um die Reproduktion und Transformation der diskursiven Strukturen durch die aktualisierenden story-lines der sozialen Akteure sowie der damit verbundenen Funktionen von story-lines im Policy-Prozess nachzuvollziehen. In dieser Arbeit dient hierzu das von Hajer vorgeschlagene „two-step procedure“[762] als analytischer Orientierungspunkt, d.h. die empirische Analyse der Diskursstrukturierung und -institutionalisierung.[763] Im ersten Analyseschritt wurden zunächst, wie bereits ausgeführt, die diskursiven Strukturen bzw. das diskursive Repertoire rekonstruiert. Im zweiten Schritt der Analyse untersuche ich dann die Prozesse der Diskursstrukturierung, d.h. wer welche story-lines in den diskursiven Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der EPE reproduziert oder auch modifiziert hat. Im dritten Analyseschritt – der Diskursinstitutionalisierung – wird rekonstruktiv überprüft, inwiefern die Elemente, die aus dem diskursiven Selektions- und Ordnungsprozess als dominant hervorgegangen sind, in rechtlicher Form fixiert wurden. Angesichts der Fragestellung nach der Etablierung der EPE wird jedoch nicht nur danach gefragt, ob eine dominante story-line durch Formen einer Diskursinstitutionalisierung weiter stabilisiert wird, sondern inwiefern das Energie- und Klimapaket auch mittels der dominanten story-line legitimiert wurde, d.h. inwiefern die Legitimationsfunktion von story-lines auch jenseits der Politikformulierung in den Entscheidungsprozessen erkennbar wird. Die vorgenommene Ergänzung des zweistufigen Verfahrens um die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires ist jedoch entscheidend, um die Herstellung der diskursiven Schließung der Energieproblematik als *Wechselverhältnis von*

760 Ebenda, S. 65.

761 Vgl. ebenda, S. 66.

762 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

763 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.

diskursiven Strukturen und aktualisierenden Artikulationen der sozialen Akteure auch empirisch greifbar zu machen. Somit ergibt sich folgender dreigliedriger Aufbau der empirischen Untersuchung.

Analyseschritt I: Diskursive Strukturen	**Rekonstruktion des diskursiven Repertoires**
Datengrundlage: Ausgewählte Pressemeldungen des Ministerrates, Reden der EU-Kommissare und Plenardebatten des Europäischen Paralaments aus den Jahren 2005 und 2006.	
Analyseschritt II: Diskursstrukturierung	**Rekonstruktion der story-lines der sozialen Akteure**
Datengrundlage: Positionspapiere energiepolitischer Stakeholder und der EU-Organe zum Grünbuch der Kommission vom März 2006, die Mitteilung der Kommission „Eine Energiepolitik für Europa" vom Januar 2007 sowie die Schlussfolgerungen und der Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates vom März 2007.	
Analyseschritt III: Diskursinstitutionalisierung	**Rekonstruktion der rechtlichen Fixierung**
Datengrundlage: Gesetzestexte des Energie-und Klimapakets, Meldungen der Agence Europe, Berichterstattung des Internetportals EUObserver aus dem Jahr 2008 sowie zehn Experteninterviews aus dem Jahr 2011.	

Abb. 2 Dreistufige Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa

Die drei vorgestellten Analyseschritte zur Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE verdeutlichen, dass kein methodisches Standardmodell der Diskursanalyse möglich ist, sondern diese je nach diskurstheoretischer Rückbindung und Fragestellung variiert. Gerade der geringe Grad an Standardisierbarkeit verlangt aber nach bestimmten „Kontrollstrategien", um intersubjektiv nachvollziehbare Erkenntnisse zu generieren. Aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive wird hierzu auf qualitativ-interpretative Methoden der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen. Aufgrund dieser Verortung der Diskursanalyse, wie es in der Politikwissenschaft auch gängig ist,[764] wird im Folgenden erstens auf methodologische Grundlagen der qualitativ-interpretativen Sozialforschung kurz

764 Vgl. Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?; Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft.

eingegangen sowie zweitens auf die konkreten Verfahren der Datenerhebung und -analyse, die sich v. a. an den Vorschlägen der Grounded Theory orientieren.[765]

2 Qualitative Methodologie

Die Einordnung der Diskursanalyse in die *qualitativ-interpretative Sozialforschung* bedeutet in erster Linie, dass ein intersubjektiv nachvollziehbarer Interpretationsprozess angestrebt wird,[766] der u. a. eine kriteriengeleitete Stichprobenziehung umfasst sowie kodifizierte Verfahren der Datenanalyse. Das heißt, es wird hier zumindest eine „gemäßigte Standardisierung der Diskursanalyse"[767] angestrebt, wodurch aber die freie Interpretation von Texten nicht übermäßig begrenzt werden soll. Im Gegenteil, Diskursanalyse muss immer ein Stück weit die freie und kreative Interpretation von Texten beinhalten, ohne damit im Sinne der Hermeneutik auf den subjektiven oder verborgenen Sinn eines Textes verweisen zu wollen.[768] Im Gegensatz zur hermeneutischen Vorgehensweise bleibt die von Foucault inspirierte poststrukturalistische Diskursanalyse weitgehend an der „Oberfläche des Textes"[769] und beschreibt die Beziehungen der diskursiven Elemente, um so die differenzbasierte Konstitution von Bedeutung (und nicht den subjektiven Sinn der Handelnden)

765 Die Arbeit orientiert sich an der konstruktivistischen Variante der Grounded Theory nach Kathy Charmaz (vgl. hierzu Charmaz, Kathy C. (2011): Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory, in: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.): Grounded Theory Reader, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 181-205; Thornberg, Robert/Charmaz, Kathy (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, in: Flick, Uwe (Hrsg.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis, Los Angeles u. a., S. 153-169) und den Verfahrensvorschlägen von Anselm Strauss und Juliet Corbin (vgl. hierzu Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung; Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (2008): Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory, 3. Auflage, Los Angeles u. a.). Für eine Zusammenfassung des Methodenstreits zwischen den Begründern der Grounded Theory Glaser und Strauss sowie den neueren Entwicklungen vgl. u. a. Strübing, Jörg (2004): Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung, Wiesbaden; Mey/Mruck (Hrsg.) (2011): Grounded Theory Reader.

766 Vgl. Sadovnik, Alan R. (2007): Qualitative Research and Public Policy, in: Fischer, Frank/Miller, Gerald, J./Sidney, Mara S. (Hrsg.): Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics, and Methods, Boca Raton, S. 417-427, hier S. 423.

767 Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 330.

768 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 274.

769 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 245, Fußnote 2.

zu erfassen. Es handelt sich bei der vorliegenden diskursanalytischen Vorgehensweise somit um ein stark „theoriegeleitetes qualitatives Vorgehen“[770].

Aus der hier eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Perspektive werden, wie oben schon angesprochen, story-lines als zentrale „sensibilisierende Konzepte“[771] eingesetzt, um empirisch gehaltvolle und bereichsspezifische Aussagen über die Etablierung der EPE treffen zu können.[772] Story-lines bzw. ihre zentralen diskursiven Elemente (z. B. Probleme, Lösungen, Zuständigkeiten) sowie ihre Funktionen (Ordnungs-, Legitimations- und Integrationsfunktion) werden als „theoretisches Raster“[773] für die Dateninterpretation verwendet und prägen damit in besonderer Weise den spezifischen Erkenntnishorizont der vorliegenden Arbeit, also das, was überhaupt in den Daten gesehen und aus ihnen herausgelesen werden kann. Insgesamt wird aber eine „abduktive Haltung“[774] beibehalten, um auch diese theoretischen Vorannahmen angesichts der empirischen Daten infrage zu stellen bzw. entsprechend neu verknüpfen zu können.[775] „Eine gelungene qualitative Untersuchung zeichnet sich also durch eine beständige Integration von empirischen und theoretischen Arbeitsschritten aus.“[776]

Um diesen Dialog zwischen theoretischen Konzepten und empirischen Daten zu ermöglichen, wurde hier ebenfalls eine zirkuläre Forschungsstrategie verfolgt, d. h. einzelne Forschungsphasen wurden mehrmals durchlaufen.[777] Insbesondere wurde eine strenge Trennung zwischen einer Phase der Datenerhebung und einer Phase der Datenauswertung, wie es in der quantitativ-standardisierten Forschung üblich ist, aufgehoben.[778] Um die Güte der diskursanalytischen Untersuchung zu stärken, wurden hier zentrale Gütekriterien der qualitativen Sozialforschung angelegt. Durch den Rückgriff auf Methoden und Prinzipien der qualitativ-interpretativen Sozialforschung soll ein methodisch reflektierter

770 Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 40.

771 Ebenda, S. 30.

772 Vgl. ebenda, S. 39.

773 Ebenda, S. 37.

774 Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung: Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung, Weinheim, S. 24.

775 Vgl. ebenda, S. 328.

776 Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 40.

777 Vgl. Witt, Harald (2001): Forschungsstrategien bei quantitativer und qualitativer Sozialforschung, in: Forum: Qualitative Sozialforschung 2(1), abrufbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/969/2114 (letzter Zugriff: 20.6.2015).

778 Vgl. ebenda; vgl. hierzu auch Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 174.

Mittelweg zwischen der schier unmöglichen Detailanalyse aller relevanten energiepolitischen Artikulationen und einer rein „anekdotischen Ad-hoc-Rekonstruktion“ exemplarischer Diskursbeiträge beschritten werden.

2.1 Gütekriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit

In der empirischen Sozialforschung wird der Konstruktionscharakter von wissenschaftlicher Erkenntnis grundsätzlich anerkannt und daher wird das Ideal der Objektivität auch (meist ganz) verworfen, d. h. es wird nicht von einer Korrespondenztheorie der Wahrheit – sprich einer exakten Übereinstimmung von Gegenstand/Realität und Erkenntnis – ausgegangen.[779] Es geht bei der Objektivitätsproblematik in der empirischen Sozialforschung primär um die Entwicklung von methodischen Lösungen, um intersubjektive Nachvollziehbarkeit bzw. intersubjektive Überprüfbarkeit zu ermöglichen.[780] Eine Lösung, die v. a. in der quantitativ-standardisierten Forschung anerkannt wird, lautet: Wenn Forscher den höchstmöglichen methodischen Standard einhalten,

> […] sollen die empirischen Befunde als brauchbare Annäherung an die realen Phänomene akzeptiert werden. […] Das Ziel der ‚*Objektivität*‘ muss mangels Einlösbarkeit […] zurückgenommen und reduziert werden auf das Konzept ‚*kontrollierte Intersubjektivität*‘.[781]

Kontrollierte Intersubjektivität meint in der standardisierten Forschung die „Unabhängigkeit der Untersuchung vom Untersucher und anderen Randbedingungen“[782] durch die systematische Anwendung von standardisierten Instrumenten (z. B. Fragebögen, strukturierten Interviews oder statistischen Verfahren). Diese Zielsetzung wird in der qualitativ-interpretativen Forschung und auch in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht verfolgt. Aus konstruktivistischer Perspektive beeinflussen soziale und kulturelle Hintergründe der Beteiligten immer die Entwicklung von Fragestellun-

779 Vgl. Steinke (1999): Kriterien qualitativer Forschung, S. 133.

780 Vgl. ebenda, 132.

781 Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung mit ausführlichen Annotationen aus der Perspektive qualitativ-interpretativer Methoden (von Jörg Strübing), 12. Auflage, Stuttgart, S. 41, Hervorhebung im Original.

782 Steinke (1999): Kriterien qualitativer Forschung, S. 133.

gen sowie den Prozess der Datenerhebung und -auswertung,[783] insbesondere auch die Codierung (d. h. Entwicklung und Zuordnung von Codes) kann nicht von der Subjektivität bzw. diskursiven Verortung des Forschers losgelöst werden.[784]

Ein Sozialwissenschaftler wird somit nicht als objektiver neutraler Beobachter verstanden, sondern als „Teil der sozialen Welt, die er erforscht"[785]. Eigene Beobachtungen, Erfahrungen und Eindrücke werden auch zu „Daten", die zum Beispiel in sogenannten Memos protokolliert werden und die in die Auswertung und Interpretation mit einfließen können.[786] Diese subjektiven Einflüsse werden also nicht als „Störfaktoren" betrachtet, sondern als wesentlicher Teil des Erkenntnisprozesses akzeptiert. Die Forschungsergebnisse sind somit als Produkte eines interpretativen, jedoch nicht unsystematischen Verfahrens zu verstehen, das konkurrierende Interpretationen nicht ausschließt.[787] In der Diskursforschung wird die intersubjektive Nachvollziehbarkeit von Forschungsergebnissen schon allein durch das ambivalente theoretische Konzept des Diskurses erschwert. Denn „Diskurs" bezeichnet ja ein theoretisches Konstrukt, das vom Forscher zur Integration für zeitlich und räumlich verstreute Äußerungen und Praktiken benutzt wird, also um einen Zusammenhang zwischen diesen empirischen Daten zu markieren.[788] Diskurse existieren nicht an sich, sondern werden von Forschern „konstruiert" und benannt. Problematisch ist somit auch die definitive „Zuordnung von Dokumenten/Praktiken bzw. einzelnen Inhalten zu Diskursen"[789]. Letztlich bleibt ein interpretatorischer „Spielraum" und alternative Deutungsangebote können eben per se nicht ganz ausgeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive auch nicht die intersubjektive Überprüfbarkeit bzw. Replizierbarkeit der vorliegenden Diskursanalyse der EPE angestrebt, sondern lediglich die intersubjektive *Nachvollziehbarkeit*.[790] Entsprechend wird in dieser Arbeit keinesfalls die Relevanz

---

783 Vgl. Flick, Uwe (2010): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung, 3. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 25.

784 Vgl. Oertzen, Jürgen von (2006): Grounded Theory, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 145-154, hier S. 146.

785 Steinke (1999): Kriterien qualitativer Forschung, S. 116.

786 Vgl. Flick (2010): Qualitative Sozialforschung, S. 29.

787 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 274.

788 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 79.

789 Ebenda, S. 76.

790 Vgl. Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe et al. (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, S. 319-331, hier

einer methodisch reflektierten Vorgehensweise negiert,[791] sondern lediglich eine andere Zielsetzung als in der standardisierten Sozialforschung verfolgt: Methoden werden als Hilfsmittel verstanden, die der „Beförderung des wissenschaftlichen Diskurses und der intersubjektiv nachvollziehbaren und kritisierbaren Produktion von plausiblem Wissen"[792] dienen. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive muss zudem nicht auf empirisch basierte Aussagen verzichtet werden, aber

> […] der Begründungszusammenhang für deren ‚Richtigkeit' liegt in der Anwendung bestimmter, im jeweiligen Rechtfertigungskontext (etwa dem der scientific community) akzeptierter Verfahrens- und Argumentationsregeln. Es gibt danach also keine wahren Aussagen an sich, sondern nur im Rahmen spezifischer Legitimationskontexte. Politikwissenschaftlich wahr sind danach Aussagen, die im Raum des politikwissenschaftlichen Diskurses als wahr akzeptiert werden, die auf Zustimmung stoßen und im jeweiligen Kontext von den Diskursteilnehmern geteilt werden.[793]

In dem Sinne erfüllen Methoden bzw. ein reflektiertes methodisches Vorgehen auch aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive eine zentrale Legitimationsfunktion.[794] Denn die „Richtigkeit" bzw. besser die intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Geltung von stets subjektiv gefärbten Interpretationsangeboten bzw. Forschungsergebnissen kann demnach nur im jeweiligen Rechtfertigungskontext durch die Anwendung von akzeptierten Verfahrens- und Argumentationsregeln abgesichert, begründet und legitimiert werden.[795] Um also die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der vorliegenden Rekonstruktion von story-lines und ihren Funktionen im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE zu stärken, verfolge ich zwei zentrale Strategien, die von Ines Steinke als angemessen für die qualitativ-interpretative Forschung herausgearbeitet wurden[796] und die auch in der Politikwissenschaft

---

S. 326. Für eine ausführliche Darstellung und Herleitung der Kernkriterien vgl. Steinke (1999): Kriterien qualitativer Forschung.

791 Vgl. Noetzel, Thomas/Brodocz, André (1996): Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung, in: Zeitschrift für Politik 43(1), S. 49-66, hier S. 50.

792 Nonhoff, Martin (2011): Konstruktivistisch-pragmatische Methodik: Ein Plädoyer für die Diskursanalyse, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 18(2), S. 91-107, hier S. 93.

793 Noetzel/Brodocz (1996): Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung, S. 51.

794 Vgl. Nonhoff (2011): Konstruktivistisch-pragmatische Methodik, S. 92.

795 Vgl. Noetzel/Brodocz (1996): Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung, S. 51.

796 Vgl. Steinke (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, S. 324-326.

anerkannt sind:[797] die empirische Verankerung und Rückbindung der Interpretationsangebote im Datenmaterial und die Offenlegung und Dokumentation der Datenerhebungs- und Analyseschritte.

2.2 Gütekriterium der empirischen Verankerung

Die Überprüfung und Verankerung der eigenen Interpretationsangebote im empirischen Datenmaterial ist ein wichtiger Aspekt, um einer beliebigen „Ad-hoc-Interpretation" vorzubeugen.[798] Die empirische Verankerung bzw. empirische Begründung der Interpretationen wird als ein wesentliches Gütekriterium in dieser Arbeit anerkannt, und es wurde angestrebt, dieses bestmöglich umzusetzen, u. a. durch hinreichende Textbelege und Triangulation der Daten, etwa durch den Verweis auf offizielle Statements in Dokumenten und Aussagen der Interviewpartner. Auch die Verwendung der Datenanalysesoftware MAXQDA[799] hat zur Qualitätssicherung beigetragen. Denn mit diesem „Werkzeug" wurde der gesamte Codier- und Auswertungsprozess in Form von Memos und Codes dokumentiert und ist somit auch besser nachvollziehbar.[800] Zudem konnten so auch gerade die größeren Textsamples t1[801] (d. h. die Datengrundlage für die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires) und t2[802] (d. h. die Datengrundlage für die Rekonstruktion der Diskursstrukturierung) besser verwaltet und in Anlehnung an die Grounded Theory codiert werden.

Wichtige Textstellen sowie textübergreifende Zusammenhänge und Artikulationsmuster konnten z. B. mittels der Suche nach Überschneidungen von Codes erkannt und verifiziert werden, was gerade für die diskursanalytische Datenauswertung von großer Bedeutung ist. Hilfreich habe ich v. a. auch die Memo-Funktion des MAXQDA-Programms empfunden, da so Ideen, Anmerkungen und offene Fragen zu bestimmten Textstellen, Codes und Dokumenten festgehalten und jederzeit schnell wiedergefunden werden konnten. Die lexikalische Suchfunktion,

797 Vgl. u. a. Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, S. 458.

798 Vgl. Steinke (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, S. 328.

799 MAXQDA, Software für qualitative Datenanalyse, 1989–2018, VERBI Software. Consult. Sozialforschung GmbH, Berlin. Alle Bildschirmausschnitte sind aus diesem Programm entnommen.

800 Vgl. Böhm, Andreas (2008): Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 475-485, hier S. 485.

801 Für ergänzende Erläuterungen vgl. Anhang 1.

802 Für ergänzende Erläuterungen vgl. Anhang 2.

also die Suche nach bestimmten Worten oder Wortkombinationen, sowie die Erstellung von Worthäufigkeitslisten sind zudem unterstützende Funktionen, um einen Einblick in die thematischen Schwerpunkte (oder auch Leerstellen) im Datenmaterial zu bekommen. Die Verwendung von MAXQDA kann und soll die eigentliche Interpretationsarbeit nicht ersetzen, aber sie hat den Auswertungsprozess doch erleichtert sowie eine empirische Verankerung und Rückbindung ermöglicht, die sonst schwierig zu realisieren gewesen wäre. Insgesamt konnte so zumindest eine vorschnelle Rekonstruktion energiepolitischer story-lines auf der Basis von Einzelaussagen weitgehend ausgeschlossen werden.

Um die Subjektivität der Interpretation weiter zu „kontrollieren", wurden zudem die im Material identifizierten (vorläufigen) story-lines im Rahmen eines sogenannten „member checks" – d. h. in Hintergrundgesprächen und Diskussionen sowie Fachkonferenzen mit Praktikern aus der europäischen Energiewirtschaft und -politik – auf Plausibilität getestet. Durch diese „kommunikative Validierung"[803] konnte festgestellt werden, ob die angebotenen Interpretationen aus Sicht der „Untersuchten" (also der Akteure in der europäischen Energiepolitik) stimmig sind. Die Erkenntnisse aus diesem Validierungsprozess waren sehr nützlich und sind in die weitere Analyse auch entsprechend eingeflossen. Neben diesen „Strategien der methodischen Kontrolle des Interpretationsprozesses"[804], insbesondere der breiten computergestützten empirischen Verankerung gilt nach Steinke die Dokumentation als die zentrale Strategie, um intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu ermöglichen. Denn ohne die Dokumentation etwa der Datenbasis lässt sich zum Beispiel die empirische Verankerung nicht sinnvoll nachvollziehen und bewerten. Daher kann die Herstellung intersubjektiver Nachvollziehbarkeit per Dokumentation als „Hauptkriterium"[805] der qualitativ-interpretativen Sozialforschung betrachtet werden. Aufgrund dieser besonderen Relevanz einer transparenten Dokumentation und um dieses Gütekriterium möglichst weitgehend zu erfüllen und eine kritische Verständigung über die vorliegende Studie und ihre Ergebnisse zu ermöglichen, werden in den folgenden Abschnitten die Vorgehensweise und auch die forschungspraktischen Entscheidungen zunächst im Hinblick auf die Datenerhebung und die Durchführung der Diskursanalyse genauer dokumentiert und begründet.

803 Steinke (1999): Kriterien qualitativer Forschung, S. 225.

804 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 274.

805 Steinke (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, S. 324.

3 Dokumentation der Datenerhebung

Es wurde im Theoriekapitel bereits darauf verwiesen, dass nicht nur sprachliche Praktiken zur Bedeutungskonstruktion beitragen, aber dass die hier analysierten Policy-Prozesse stark von sprachlichen Praktiken (Verhandlungen, Debatten) geprägt sind. Entsprechend basiert die Diskursanalyse der EPE auch primär auf Texten. Grundsätzlich lässt sich zwischen zwei Textquellen, die hier für die Diskursanalyse genutzt wurden, unterscheiden: Erstens wurden „natürliche" Dokumente (z. B. Mitteilungen der Kommission, Pressemeldungen, Plenardebatten) ausgewählt, die in einem bestimmten sozialen bzw. institutionellen Kontext veröffentlicht wurden, ohne aber in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit zu stehen. In Ergänzung wurden zweitens auch Daten spezifisch für die empirische Untersuchung mittels leitfadengestützter Experteninterviews erhoben.

Zur Identifizierung relevanter Dokumente und um grobe Verzerrungen zu vermeiden, erfolgte die Zusammenstellung des Textkorpus mittels etablierter Sampling-Verfahren der qualitativen Sozialforschung.[806] Ziel dieser Verfahren ist nicht, wie in der quantitativen Forschung, die „statistische Repräsentativität", sondern die „qualitative Repräsentation"[807] eines Phänomens. Deshalb sollte beim Ziehen der Stichprobe eine „maximale Variation"[808] angestrebt werden, um die Heterogenität des Untersuchungsgegenstandes möglichst weitgehend abzubilden. Grundsätzlich lässt sich zwischen zwei Stichprobentechniken unterscheiden:

> Einerseits kann die Stichprobe vor Beginn der Untersuchung bezüglich bestimmter Merkmale festgelegt sein […]. Anderseits kann man die Stichprobe auf der Basis des jeweils erreichten Erkenntnisstandes erweitern und ergänzen (theoretisches Sampling).[809]

Aus diskursanalytischer Perspektive hat sich eine Kombination dieser beiden Sampling-Strategien als geeignet erwiesen, um mit der Flut an potenziell relevanten Diskursbeiträgen sinnvoll umzugehen. Genauer gesagt, wurde anhand der Forschungsfrage und mit dem Vorwissen über den Untersuchungsgegenstand europäische Energiepolitik zunächst der Gesamtkorpus grob abgesteckt, d. h. es

806 Vgl. Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 42.

807 Kruse, Jan (2010): Reader: Einführung in die qualitative Interviewforschung, Version Oktober 2010, Freiburg, S. 83.

808 Merkens, Hans (2008): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 286-299, hier S. 291.

809 Ebenda, S. 291-292.

wurde eine Vorabfestlegung aufgrund bestimmter formaler Merkmale des EU-Policy-Prozesses getroffen. Um aus diesem Gesamtkorpus wiederum Texte für die Feinanalyse auszuwählen, wurde aber auch im Sinne des theoretischen Samplings nach der Grounded Theory sukzessive vorgegangen:[810] Die Auswahl der Daten erfolgte also nicht nur nach den vorab definierten Kriterien und orientierte sich auch nicht an der Zielsetzung statistischer Repräsentativität, sondern basierte auch auf den vorgängigen Analyseergebnissen.[811] Es handelt sich in allen Phasen der Stichprobenziehung nicht um eine zufällige, sondern um eine kriteriengesteuerte Textauswahl,[812] die ich im Folgenden genauer darlege.

3.1 Auswahl der Dokumente

Übergeordnetes Kriterium für die Auswahl der Texte ist das grundlegende Erkenntnisinteresse bzw. die Forschungsfrage. Da es hier um die Rekonstruktion der diskursiven Schließung der Energieproblematik und der damit ermöglichten Etablierung der EPE auf europäischer Ebene geht, wurden in Anlehnung an die von Lene Hansen entwickelten intertextuellen Forschungsmodelle[813] zunächst Dokumente der EU-Organe als relevant betrachtet. Offizielle energiepolitische Artikulationen wurden demnach als Ausgangspunkt der Analyse gewählt,[814] um hiervon ausgehend u. a. nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung der Grounded Theory weitere Texte in den Datenkorpus aufzunehmen.[815] Denn wie Hansen argumentiert, lässt sich die Stabilität offizieller Policy-Diskurse erst dann überzeugend nachzeichnen, wenn auch oppositionelle Stimmen und weitere Stakeholder im Feld der Energiepolitik, also auch Akteure außerhalb der (EU-)Institutionen, in der Diskursanalyse berücksichtigt werden.[816] Bevor diese akteursbasierten Auswahlkriterien zur Anwendung kamen, wurde zunächst aber im Hinblick auf die

810 Theoretical sampling bezieht sich ursprünglich auf die Auswahl von Interviewpartnern. D. h. es wird nach einer Phase der Auswertung entschieden, welche Personengruppen als nächstes befragt werden. Diese Logik lässt sich aber auf die Auswahl von Dokumenten übertragen. Zur Auswertung von großen Textkorpora nach der Grounded Theory vgl. dazu Corbin/Strauss (2008): Basics of Qualitative Research, S. 322.

811 Vgl. Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

812 Vgl. Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 43.

813 Vgl. Hansen (2006): Security as Practice, S. 64.

814 Vgl. ebenda, S. 59-60.

815 Damit ist die Suche nach möglichst unterschiedlichen Texten, Aussagen etc. gemeint. Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 88.

816 Vgl. Hansen (2006): Security as Practice, S. 74.

Fragestellung eine zeitliche Eingrenzung der relevanten Diskursbeiträge getroffen. Anhand zentraler „diskursiver Ereignisse“[817] wurde der Untersuchungszeitraum festgelegt, wie auch Hansen vorschlägt:

> Mapping debates around key events offers a methodological technique for tracing the stability of official discourse as they can be used to construct a timeline which in turn can be employed when empirical material is selected.[818]

Die ersten offiziellen Äußerungen zur EPE finden sich in den ersten Monaten des Jahres 2006. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. März 2006 einigten sich die Staats- und Regierungschefs dann auch explizit auf die „Festlegung einer Energiepolitik für Europa“[819]. Diese Festlegung repräsentiert so etwas wie den „offiziellen Startschuss“ für die Ausgestaltung der EPE. Inhaltliche Grundlage war das „Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ der Kommission, das kurz zuvor, am 8. März 2006,[820] veröffentlicht worden war und als wesentlicher Referenzpunkt für die weitere Energiedebatte gelten kann. Grundsätzlich dienen Grünbücher im EU-Policy-Prozess dazu, eine breite Diskussion und Meinungsbildung anzuregen. Sie richten sich entsprechend nicht nur an die anderen EU-Organe, sondern auch an Stakeholder und Einzelpersonen, die so im Vorfeld politischer Entscheidungen – v. a. über Online-Angebote – am Konsultationsprozess teilnehmen können. Anfang Januar 2007 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa“[821] und im März 2007 folgte dann der Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates ebenfalls mit dem Titel „Eine Energiepolitik für Europa“[822]. Hiermit wurde die politische Einigung auf die 20-20-20-Ziele fixiert. Vor dem Hintergrund lässt sich der Energie-Aktionsplan, der einstimmig von den Staats- und Regierungschefs angenommen wurde, als ein wichtiges, politisch verbindliches Dokument verstehen. Mit dem Energie- und Klimapaket wurden dann einige Elemente des Energie-Aktionsplans in Gesetze (d. h. Richtlinien und Entscheidungen) überführt. Die Verabschiedung dieses Paktes im Dezember 2008 stellt den Endpunkt des Untersuchungszeitraumes dar.

---

817 Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 177.

818 Hansen (2006): Security as Practice, S. 32.

819 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, S. 4.

820 Europäische Kommission (2006): Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, KOM(2006)105 endgültig, 8.3.2006, Brüssel.

821 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, KOM(2007)1 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.

822 Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009).

Da aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und den energiepolitischen Artikulationen sozialer Akteure im EU-Policy-Prozess untersucht werden soll, wurden zudem auch energiepolitische Aussagen aus dem Vor- und Umfeld der ersten expliziten Artikulationen der EPE einbezogen. *Der Gesamtdatenkorpus umfasst somit prinzipiell alle Äußerungen zur europäischen Energiepolitik im Zeitraum von Januar 2005 bis Dezember 2008.* Für die Feinanalyse mussten aus forschungspraktischen Gründen daher gezielt kleinere Textsamples bzw. Teilkorpora zusammengestellt werden, die sich v.a. an den oben angesprochenen akteurszentrierten und institutionellen Kriterien, d.h. auch den formalen und chronologischen Charakteristika des Policy-Prozesses auf europäischer Ebene, orientieren.[823] Im Mittelpunkt stehen somit zunächst die EU-Institutionen, die unmittelbar am Policy-Prozess um die Etablierung der EPE auf europäischer Ebene beteiligt waren, wobei mit dem Ziel der weiteren *Korpusreduktion* hier primär die vier zentralen Organe (Kommission, Ministerrat, Europäischer Rat und Europäisches Parlament) berücksichtigt wurden. Angesichts formaler Merkmale des Policy-Makings in der EU, wie v.a. des Initiativrechts der Kommission, bildeten die Positionen und Vorschläge der Kommission den Ausgangspunkt der Analyse, gefolgt von den Reaktionen und Positionierungen der weiteren EU-Institutionen sowie auch energiepolitischer Stakeholder.

Neben den vorab definierten formalen Kriterien, die primär die Auswahl der Texte bestimmt haben, wurde in Ergänzung auch die Strategie des *theoretischen Samplings* nach der Grounded Theory angewendet. Das heißt, unter Berücksichtigung bereits vorliegender Auswertungsergebnisse wurden im Verlauf des Auswertungsprozesses bestimmte Texte ausgeklammert und auch weitere Texte in die Analyse einbezogen: So habe ich beispielsweise im Rahmen der Rekonstruktion des diskursiven Repertoires (Analyseschritt I) festgestellt, dass in den EU-Dokumenten kaum wachstumskritische Positionen auftauchen, sondern meist eine umfassende Energieperspektive vertreten wird, die auf die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch bzw. CO_2-Emissionen setzt. Im Sinne der *maximalen Kontrastierung* wurde daher auch nochmals gezielt nach wachstumskritischen Positionen im Textkorpus gesucht und zudem auch auf andere Quellen jenseits der EU-Institutionen zurückgegriffen, d.h. auf Positionen von Wissenschaftlern sowie auf soziale Bewegungen und lokale Initiativen in den EU-Mitgliedstaaten. Durch die Orientierung am Prinzip der maximalen Kontrastierung bzw. durch das sukzessive theoretische Sampling der Grounded Theory konnte unter Berücksichtigung erster Auswertungsergebnisse das Spektrum energiepolitischer story-lines rekonstruiert wer-

823 Vgl. hierzu auch Keller (2007): Diskursforschung, S. 88.

den.[824] Auf die konkrete Auswahl und Bedeutung der jeweils analysierten Dokumente im Policy-Prozess um die EPE wird an den entsprechenden Stellen der empirischen Untersuchung eingegangen.

3.2 Durchführung der Experteninterviews

Wie es für diskursanalytische Verfahren angemessen ist, bilden natürliche Textdokumente unterschiedlicher Art den Hauptanteil des Datenkorpus.[825] Im Sinne der methodologischen Triangulation wurden in Ergänzung zu den ausgewählten Dokumenten Anfang 2011 Interviews mit Akteuren der europäischen Energiepolitik geführt, d. h. es wurden auch neue Daten speziell für diese Forschungsarbeit generiert. Diese Interviews lassen sich als Experteninterviews bezeichnen. Der Begriff des „Experten" wird dabei jedoch rein forschungspraktisch definiert. Demnach gelten die Befragten, die alle beruflich mit der europäischen Energiepolitik zu tun haben, angesichts der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE als „relevante Experten"[826]. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte zum einen nach vorab definierten Kriterien hinsichtlich der im EU-Policy-Prozess beteiligten Akteursgruppen und zum anderen nach dem sogenannten Schneeballverfahren, d. h. ein Interviewpartner wurde nach weiteren relevanten Akteuren für die Untersuchung befragt, die dann wiederum auch interviewt wurden.

Dieses Verfahren wurde primär aus forschungspraktischen Gründen und Fragen der Zugänglichkeit gewählt.[827] Leider konnten aus Zeitgründen nicht alle empfohlenen Personen kontaktiert und interviewt werden. Ein Defizit dieser Schneeballme-

824 Vgl. ebenda; Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

825 Vgl. Willig, Carla (2014): Discourses and Discourse Analysis, in: Flick, Uwe (Hrsg.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis, Los Angeles u. a., 341-353, hier S. 343.

826 Kruse (2010): Einführung in die qualitative Interviewforschung, S. 259. Wissenssoziologische Problemstellungen zur Frage was Expertenwissen eigentlich ausmacht und wie es sich von anderen Wissensformen unterscheidet werden hier nicht thematisiert. Vgl. hierzu Kruse (2010): Einführung in die qualitative Interviewforschung, S. 256; Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2011): Experteninterviews, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 57-58; Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden, S. 11-15.

827 Vgl. Flick (2014): Sozialforschung, S. 92.

thode ist jedoch, dass sie tendenziell zu „geklumpten Stichproben“[828] führt, also zu einer Auswahl sehr ähnlicher Fälle, da die Befragten meist auf Personen aus ihrem direkten Arbeitsumfeld verweisen. Daher war es wichtig, auch gezielt bestimmte Interviewpartner nach theoretischen Kriterien zu akquirieren. Folglich wurden Personen aus drei beteiligten EU-Institutionen (Kommission, Ministerrat und EP) befragt sowie auch unterschiedliche Personengruppen: EU-Beamte verschiedener Dienstgrade, NGO-Mitarbeiter und Politiker. Auf diese Weise sollten auch im Rahmen des kleinen Samples von zehn Interviews[829] möglichst unterschiedliche Perspektiven auf den Policy-Prozess um die Etablierung der EPE erfasst werden.

Bei den geführten Experteninterviews, die häufig in der Policy-Forschung angewendet werden,[830] handelt es sich um eine „Variante von Leitfadeninterviews“[831], denn es wird mittels einer offenen Frageliste darauf abgezielt, das Interview zu steuern bzw. sicherzustellen, dass der „Interviewverlauf einem bestimmten vorgegebenen Themenweg folgt“[832]. Nicht das methodische Vorgehen, sondern die Zielgruppe unterscheidet somit Experteninterviews von anderen Formen des qualitativen Leitfadeninterviews. Denn die Interviewpartner interessieren hier nicht als „ganze Person“ oder als Privatperson, wie etwa in der Biographieforschung, sondern im vorliegenden Fall nur aufgrund ihrer Rollen und Funktionen im EU-Policy-Prozess oder aufgrund ihrer energiepolitischen Expertise[833] bzw. ihres „spezialisierten Sonderwissens“[834]. Diese leitfadengestützten Experteninterviews dienten einerseits dazu, Hintergrundinformationen zu sammeln und inhaltliche Verständnisfragen im Anfangsstadium der empirischen Analyse zu klären, und andererseits wurden die Interviews auch mit Blick auf die Rekonstruktion von konkret verwendeten story-lines durchgeführt.

Während die politischen Abläufe und Entscheidungen von den Akteuren meist bewusst erinnert werden, so ist die fundierende Logik für diese Entscheidungen und Handlungen den Akteuren nicht unbedingt bewusst oder diskursiv verfügbar. D.h. implizites Wissen und Relevanzsetzungen können nicht unmittelbar abgefragt werden, sondern müssen eben aus „den Äußerungen der Experten rekonstruiert“[835] werden. Jedoch wurden die konkreten Artikulationen hier nicht

828 Merkens (2008): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion, S. 293.

829 Für eine Auflistung der geführten Interviews vgl. Anhang 3.

830 Vgl. Meuser/Nagel (2011): Experteninterviews, S. 57.

831 Kruse (2010): Einführung in die qualitative Interviewforschung, S. 57.

832 Ebenda, S. 58.

833 Vgl. ebenda, S. 56.

834 Meuser/Nagel (2011): Experteninterviews, S. 57.

835 Ebenda, S. 58.

primär als subjektives Deutungswissen interpretiert, sondern als Aktualisierung von idealtypischen story-lines bzw. als „Realisierung der Diskursstruktur“[836]. Die Auswertung der Interviews zielt entsprechend nicht darauf ab, die individuellen Positionen zu rekonstruieren, sondern „überindividuell-gemeinsame Wissensbestände“[837] bzw. gemeinsame und/oder divergierende story-lines herauszuarbeiten. Die Interviews wurden daher auch nicht isoliert, sondern in der Zusammenschau mit den ausgewählten natürlichen Texten analysiert, insbesondere um die Prozesse der Institutionalisierung, d. h. der rechtlichen Fixierung der EPE zu, rekonstruieren. Die Auswertung orientiert sich dabei stets an textübergreifenden Eigenschaften und „nicht an der Sequenzialität von Äußerungen je Interview“[838]. Hierzu wurden die Interviews nach einfachen Regeln transkribiert (d. h. ohne eine Berücksichtigung von Merkmalen wie Dialektfärbung, Betonung, Lautstärke etc.), die u. a. von Kuckartz speziell für die computergestützte Analyse entwickelt wurden.[839]

Das Interesse galt aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive also nicht nur dem Fakten- und Sonderwissen, sondern auch der Art und Weise, wie Akteure, die an unterschiedlichen Stellen an der EPE mitgewirkt haben, über diesen Prozess sowie grundsätzliche Fragen der europäischen Energiepolitik reden und denken, also welche story-lines von diesen Akteuren auch implizit (re-)produziert werden. Aufgrund dessen sollten die Interviewpartner dazu angeregt werden, „einfach zu erzählen“. Dies stellte sich jedoch teils als eine Herausforderung dar, weil die befragten Personen es aus ihrem beruflichen Kontext heraus eher gewöhnt sind, auf konkrete Fakten-Fragen zu antworten und Details zu präsentieren, als über grundsätzliche Fragen zu reflektieren, ihre eigene Meinung zu äußern oder eben „einfach zu erzählen“. Diese Problematik ist jedoch nicht spezifisch für die Erhebungsmethode des Experteninterviews, sondern stellt ein generelles Problem „erzählgenerierender Interviews“[840] dar.

Um dennoch Erzählpassagen im Interview zu generieren, wurden insbesondere offene prozessuale „Wie-Fragen“ verwendet („Wie kam es zu XY?“). Ein Leitfaden

836 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 175.

837 Meuser/Nagel (2011): Experteninterviews, S. 58.

838 Ebenda.

839 Für die verwendeten Transkriptionsregeln vgl. Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 44.

840 Flick (2014): Sozialforschung, S. 119. Mit dieser Problematik und anderen Herausforderungen habe ich mich eingehend im Vorfeld der Feldforschung im Rahmen des GESIS-Workshops „Qualitative Interviews – Theorie und Praxis“ auseinandergesetzt und dabei viele nützliche Hinweise zur Strukturierung des Leitfadens und der praktischen Interviewführung von den Seminarleitern und den anderen Teilnehmern erhalten.

diente dabei als Erinnerungsposten für die Themen, die auf jeden Fall angesprochen werden sollten. Um keine Fokussierung auf bestimmte Energiethemen und Aspekte vorzugeben, wurde der Leitfaden – der im Anhang beigefügt ist[841] – chronologisch bzw. prozessorientiert strukturiert. Es wurde zudem versucht, eine offene, aber eher zurückhaltende Rolle als Interviewerin einzunehmen, um nicht zu sehr in die für das Experteninterview typische Rolle der „Ko-Expertin" zu verfallen bzw. nicht in einen reinen Wissensaustausch oder gar einen Wissenswettbewerb über die „richtigen" Fakten zu geraten, da dies die Zielsetzung, Erzählpassagen zu generieren, behindern kann.[842] Die eigene Fachkenntnis zu demonstrieren, kann zwar zu einer vertrauensvollen und symmetrischen Interviewsituation beitragen, kann aber auch dazu führen, dass der befragte Experte viele potenziell interessante Aspekte von vornherein nicht expliziert bzw. nicht erzählt.[843]

Angesichts des niedrigen Strukturierungsniveaus und der Zielsetzung, nicht primär Faktenwissen in Erfahrung zu bringen, sondern auch implizites Wissen und typische story-lines zu rekonstruieren, lassen sich die geführten Experteninterviews am besten als nichtstandardisierte Leitfadeninterviews[844] beschreiben, in denen zwar bestimmte thematische Fragen in einer nicht zwingend gleichen Reihenfolge gezielt gestellt wurden, aber auch Raum für die Relevanzsetzungen und Erzählungen des jeweiligen Experten gelassen wurde. Insgesamt wurde so (implizites) Wissen über Handlungsabläufe, Akteurskonstellationen und institutionelle Verfahren/Routinen in Erfahrung gebracht, da sich gerade dieses „Prozesswissen" nur schwer aus den natürlichen Dokumenten rekonstruieren lässt.[845] In dem Sinne stellen die geführten Experteninterviews eine wichtige Ergänzung und Bereicherung dar, um die Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE zu beantworten, insbesondere um die Prozesse der Diskursinstitutionalisierung zu rekonstruieren. Im Folgenden werde ich nun auch genauer auf die Durchführung der Datenanalyse eingehen, die sich etwas stärker als die Datenerhebung an den Verfahrensvorschlägen der Grounded Theory orientiert.

841 Vgl. Anhang 4.

842 Vgl. Kruse (2010): Einführung in die qualitative Interviewforschung, S. 271.

843 Vgl. ebenda, S. 265.

844 Vgl. Gläser/Laudel (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, S. 43.

845 Vgl. ebenda, S. 13.

4 Umsetzung der Diskursanalyse

Auch wenn es keinen standardisierten „Königsweg der Diskursanalyse“[846] geben kann, so lässt sich dennoch gut an die etablierten Verfahren der qualitativ-interpretativen Sozialforschung anknüpfen, da diese auch (in vielen Fällen) darauf abzielen, Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion zu rekonstruieren. Jedoch ergibt sich aus der Orientierung an den Prinzipien und Gütekriterien der qualitativ-interpretativen Sozialforschung im Hinblick auf die Datenanalyse auch ein Dilemma:

> Das Problem des methodischen Vorgehens besteht vor allem darin, die tiefgehende Einzelfallanalyse, die benötigt wird, um den Diskurs zu rekonstruieren, mit den Massen an Texten […] zu vereinbaren, die häufig die Datenbasis für die Analyse darstellen.[847]

Einige detaillierte Analyseverfahren, insbesondere sequenzanalytische Verfahren (z. B. Konversationsanalyse oder Objektive Hermeneutik)[848] lassen sich daher rein forschungspraktisch bzw. zeitökonomisch nicht leicht auf umfangreiche Textkorpora, wie sie aus dem hier definierten diskurstheoretischen Erkenntnisinteresse notwendig sind, übertragen.[849] Und auch linguistisch geprägte Ansätze, die eine detaillierte Analyse der formal-sprachlichen Aspekte von Narrativen in der Politik beinhalten, lassen sich schon allein aus pragmatischen Gründen nur sehr eingeschränkt, etwa für die Analyse zentraler Kerndokumente, nutzen.[850] In dieser Arbeit werden story-lines nicht als eine narrative Form im literaturwissenschaftlichen Sinne betrachtet. Das Hauptinteresse liegt auf der Funktion von story-lines als poltische Artikulationsform. Es bedarf vor dem Hintergrund jedoch gleichzeitig einer tiefer gehenden interpretierenden Analyse als einer reinen Betrachtung von Häufigkeiten, um die diskursive Konstitution und Fixierung von Bedeutung im Policy-Prozess zu rekonstruieren. Eine Option, dieses Dilemma aufzulösen, die sich in der Diskursforschung auch immer wieder findet,[851] ist die Analyse exemplarischer Diskursbeiträge. Dieser „situative Empirismus“[852] kann jedoch die Plausibilität, Reichweite und Nachvollziehbarkeit der Forschungsergebnisse stark einschränken.

---

846 Keller (2007): Diskursforschung, S. 76.

847 Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, S. 352.

848 Vgl. zu diesen Verfahren u. a. Schöne, Helmar (2006): Sequenzanalyse, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Verfahren, Baden-Baden, S. 335-344.

849 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 75; Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 72.

850 Vgl. Roe (1994): Narrative Policy Analysis, S. 3-4.

851 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 175.

852 Ebenda, S. 176.

Die rein forschungspraktisch begründete Fokussierung auf wenige, exemplarische Beiträge aus dem Bereich der europäischen Energiepolitik würde der formulierten Zielsetzung, eine intersubjektiv nachvollziehbare Diskursanalyse der EPE durchzuführen, nicht gerecht. Sowohl idealtypische story-lines als auch aktualisierende Artikulationsprozesse lassen sich erst auf der Basis einer größeren Menge von Aussagen erfassen und empirisch sinnvoll rückbinden. Nicht einzelne Aussageereignisse (auch nicht solche, die als besonders relevant zu erachten sind, da sie etwa von einem hochrangigen Politiker getätigt wurden) repräsentieren alleine „den" dominanten energiepolitischen Diskurs auf europäischer Ebene, sondern erst die „Aggregation von Einzelergebnissen"[853] erlaubt fundierte Aussagen darüber. Das heißt, die Rekonstruktion von relevanten energiepolitischen story-lines basiert immer auf einer „Menge von Aussagen"[854]. Eine von Foucault inspirierte Diskursanalyse umfasst also meist die Auswertung von vielen verstreuten Aussagen und wird daher auch als „Massentextanalyse"[855] bezeichnet. Das zu wählende methodische Verfahren muss also ermöglichen, diese vielen, großflächig verstreuten (und auch zeitlich verstreuten) diskursiven Elemente zu strukturieren und zu interpretieren. Hierzu bieten sich v. a. *kategorienbasierte Auswertungsverfahren* der qualitativ-interpretativen Sozialforschung an. Diese Ansätze können zwar auch detaillierte Verfahren der Textanalyse beinhalten, aber sie lassen sich eben auch gezielt auf bestimmte abstrakte Kategorien fokussieren, wie es etwa in der Grounded Theory der Fall ist.[856] Die Verfahren der Grounded Theory und die Umsetzung dieser im Rahmen einer Diskursanalyse energiepolitischer story-lines stelle ich im Folgenden genauer vor.

4.1 Verfahrensvorschläge der Grounded Theory

Ursprüngliches Ziel der Grounded Theory (GT) ist die Entwicklung einer empirisch begründeten Theorie mittlerer Reichweite,[857] „die aus vernetzten Konzepten besteht und geeignet ist, eine Beschreibung und Erklärung der untersuchten sozialen

853 Ebenda, S. 275.

854 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 170 .

855 Nullmeier (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 331.

856 Vgl. Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 173.

857 Vgl. Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2009) [1967]: The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research, New Brunswick/London; Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung.

Phänomene zu liefern"[858]. Nach Juliet Corbin ist die GT besonders dazu geeignet, „die Bedeutung menschlicher Erfahrung zu entdecken und die größeren sozialen Strukturen aufzudecken, in denen Bedeutung konstruiert und rekonstruiert wird"[859]. Kathy Charmaz, Vertreterin einer neueren, explizit konstruktivistischen Variante der GT, erweiterte das Analysespektrum auch auf überindividuelle Diskurse:

> Wir versuchen außerdem, individuelles Handeln und individuellen Sinn in größeren sozialen Strukturen und *Diskursen* zu verorten, derer sich die Forschungsteilnehmer/innen nicht notwendig bewusst sein mögen. Subjektive Bedeutung kann Ideologien widerspiegeln; Handlungen können soziale Konventionen oder Machtbeziehungen reproduzieren.[860]

Diese Betrachtung von Beziehungen zwischen der Mikro- und der Makroebene[861] kommt der hier angestrebten Analyse des Wechselspiels von diskursiven Strukturen und aktualisierenden Artikulation sozialer Akteure bei der Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik somit sehr nahe, insbesondere da auch der konstitutiven Rolle von Sprache im Rahmen der konstruktivistischen GT mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.[862] An dieser Stelle soll es aber nicht weiter um eine Auseinandersetzung mit den Spielarten der Grounded Theory gehen,[863] sondern um die konkreten methodischen Leitlinien und Verfahrensvorschläge, die das methodische Vorgehen angeleitet haben. Denn es handelt sich bei der vorliegenden Untersuchung der Etablierung der EPE nicht um eine „Grounded-Theory-Studie" per se – es wird keine empirisch verankerte Theorie mittlerer Reichweite entwickelt –, sondern die Vorschläge der GT wurden hier primär als Analysestrategie im Umgang mit textförmigen Daten eingesetzt, also um dem methodischen Dilemma der Diskursanalyse als interpretativer Massentextanalyse zu begegnen.

Wie oben schon angedeutet, hat sich ein Rückgriff auf die Verfahren der GT in Teilen der Diskursforschung und auch der diskursiven Policy-Forschung durchgesetzt[864], da sie einen methodischen Orientierungsrahmen und ein Instrumentarium

858 Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 476.

859 Corbin, Juliet (2011): Grounded Theory, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, Opladen, S. 70-75, hier S. 70.

860 Charmaz (2011): Den Standpunkt verändern, S. 185.

861 Vgl. ebenda, S. 186.

862 Vgl. ebenda, S. 195.

863 Für die unterschiedlichen Standpunkte und Kontroversen innerhalb der Grounded Theory vgl. Mey/Mruck, (Hrsg.) (2011): Grounded Theory Reader.

864 Vgl. u. a. Keller (2007): Diskursforschung.

bieten, um mit der Flut an potenziell relevanten Diskursbeiträgen umzugehen und eine selektive Dateninterpretation durchzuführen. Grundsätzlich leitet die Grounded Theory zunächst dazu an, „die Masse an Daten zu reduzieren [… und die] Rohdaten auf höhere Niveaus der Abstraktion zu bringen“[865]. Wichtig ist vor allem, dass in einer sukzessiven Analyse nach der Grounded Theory nie alle möglichen Aspekte und Dimensionen eines Phänomens betrachtet werden, wie schon oben in Bezug auf das theoretische Sampling verdeutlicht wurde, sondern es wird eine theoretisch und datenbasierte begründete Auswahl getroffen.[866] Das heißt, es wurde eine selektive Analyse von bestimmten Aspekten des Policy-Prozesses um die Etablierung der EPE vorgenommen, jedoch keine beliebige oder Ad-hoc-Interpretation, wie Wagenaar erläutert:

> Thus, although […] broad constructivist perspectives as discourse theory rest on a considerable body of preconceived assumptions, what remains, when used in a strategy of GT is the constant confrontation of theoretical ideas with empirical data. By systematically collecting data on a particular policy phenomenon, and deriving from them categories and properties […] *the data keep disciplining the theoretical hunches* of the researcher, in this way avoiding the twin errors of jumping from speculative theories to empirical ‘proof’ of the theory and ‘opportunistically’ forcing the data into a grand theory that doesn’t fit. [867]

Mit der Grounded Theory kann also eine gezielte Fokussierung der Dateninterpretation auf bestimmte Kernkategorien, in meinem Fall auf bestimmte energiepolitische story-lines, begründet werden. Schwab-Trapp betont ebenfalls die Vorteile einer sukzessiven Vorgehensweise nach der Grounded Theory, da ein starres, vorab definiertes Codeschema disjunkter Kategorien dazu führen könnte, die teils nur minimalen diskursiven Verschiebungen und Überlappungen in politischen Diskursen zu übersehen.[868] Ein weiterer wesentlicher Vorteil der kategorienbasierten Grounded Theory ist zudem, dass sie im Gegensatz zu sequenzanalytischen Verfahren stärker darauf ausgerichtet ist, auf Verbindungslinien zwischen den Texten zu achten. Das heißt, es lässt sich mittels einer kategorienbasierten Textanalyse der zentralen diskurstheoretischen Prämisse – nach der die Bedeutung des Textes erst durch die Beziehungen zu anderen Texten bzw. Diskursbeiträgen entsteht – auch

865 Corbin (2011): Grounded Theory, S. 74.

866 Vgl. Oertzen (2006): Grounded Theory, S. 147.

867 Wagenaar, Hendrik (2003): The (Re-)discovery of Grounded Theory in Postpositivist Policy Research, Paper prepared for the ESF Workshop Qualitative Method for the Social Sciences, 28-29 November, Wien, S. 6.

868 Vgl. Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 173.

methodisch gerecht werden. Diese *intertextuelle oder textübergreifende Interpretation* des Datenmaterials ist das zentrale Merkmal der Diskursanalyse, die sich im Rahmen des zirkulären Auswertungsprozesses der Grounded Theory methodisch umsetzen lässt.

4.2 Auswertungsprozess

> The best approach to coding is to relax and let your mind and intuition work for you.[869]

In dieser Empfehlung von Corbin und Strauss zeigt sich, dass die Grounded Theory für einen offenen und kreativen Auswertungsstil[870] in der empirischen Sozialforschung steht und nicht für eine strikt formalisierte Methodik[871]. In der kategorienbasierte Analyse nach der GT nimmt das *Codieren* dabei die zentrale Rolle ein, um das jeweilige Textmaterial in Bezug auf eine Fragestellung (neu) zu strukturieren,[872] d. h. hier im Rahmen einer Diskursanalyse um energiepolitische story-lines herauszuarbeiten.[873] Codieren kann als das „*Verschlüsseln* oder *Übersetzen* von Daten bezeichnet werden"[874], d. h. bestimmte Konzepte (Begriffe aus Theorien oder unmittelbar aus dem Text) werden den Daten (einem Textsegment) zugeordnet. Code ist somit der auswertungstechnische Begriff für Konzepte und Kategorien, die dem Datenmaterial zugeordnet werden.[875] Grundsätzlich wird in der Grounded Theory zwischen zwei Arten von Codes – sogenannten In-vivo-Codes bzw. natürlichen Codes und konzeptionellen, abstrakten Codes – unterschieden.[876] Während In-vivo-Codes meist zu Anfang des Analyseprozesses bzw. in der offenen Codierphase verstärkt verwendet werden, um die Inhalte und Facetten eines Phänomens möglichst nah am Text („grounded") zu erfassen, werden diese meist durch

869 Corbin/Strauss (2008): Basics of Qualitative Research, S. 160.

870 Vgl. hierzu auch Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, S. 30.

871 Vgl. auch Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 154.

872 Vgl. Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, S. 359.

873 Vgl. auch Taylor, Stephanie (2001): Locating and Conducting Discourse Analytic Research, in: Wetherell, Margaret/ Taylor, Stephanie/ Yates, Simeon J. (Hrsg.): Discourse as Data: A Guide for Analysis, Los Angeles u. a., S. 5-48, hier S. 39.

874 Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 476, Hervorhebung im Original.

875 Vgl. ebenda, S. 477.

876 Vgl. Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, S. 64; Flick (2014): Sozialforschung, S. 168.

abstraktere konzeptionelle Codes im Laufe des Auswertungsprozesses bzw. in der fokussierten Codierphase ersetzt.

Codieren – also die „Formulierung von Konzepten und die Zuordnung von Codes zu bestimmten Phänomenen im Datenmaterial“[877] – ist zwar auch ein mechanischer und systematischer Vorgang, aber im Sinne der Grounded Theory v. a. ein kreativer und interpretativer Prozess. Denn im Gegensatz etwa zur Inhaltsanalyse bedeutet Codieren nicht primär die Zuordnung von Textstellen zu (vorab definierten) Codes, sondern die Entwicklung, Spezifizierung und Verknüpfung von Codes (bzw. Konzepten), basierend auf den Textdaten, und ist somit wesentlicher Teil der Dateninterpretation selbst.[878] Die Grounded Theory unterscheidet dabei klassischerweise zwischen drei Typen des Codierens – offenes, axiales und selektives Codieren[879] – die auch so etwas wie Phasen im Forschungsprozess markieren.[880] In der konstruktivistischen Variante nach Kathy Charmaz werden v. a. zwei zentrale Phasen beschrieben, eine offene und einer fokussierte Codierphase,[881] nach denen auch die hier durchgeführte Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa verlief und die ich im Folgenden darlege.

4.2.1 Offene Codierphase

Grundsätzlich sind die „Eröffnungsphasen eines Forschungsprojektes […] ‚offener‘ als die späteren“[882]. Entsprechend dient das offene Codieren zunächst dazu, die „Forschungsarbeit *zu eröffnen*“[883] sowie „das eigene Verständnis des Textes zu vertiefen und erste Muster zu erkennen“[884]. „Open coding requires a brainstorming approach to analysis because, in the beginning, analysts want to open up the data to all potentials and possibilities contained within them.“[885] Im Sinne eines Brainstormings wurden in dieser Anfangsphase der Datenauswertung wenige Kerndokumente, denen eine zentrale Stellung im Policy-Prozess um die EPE zugesprochen werden konnte, Satz für Satz analysiert und codiert.[886] Ich habe dabei möglichst frei und

877 Kuckartz (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, S. 74.

878 Vgl. ebenda.

879 Vgl. u. a. Corbin/Strauss (2008): Basics of Qualitative Research.

880 Vgl. Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 477.

881 Vgl. Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 156.

882 Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, S. 59.

883 Ebenda, S. 58, Hervorhebung im Original.

884 Oertzen (2006): Grounded Theory, S. 148.

885 Corbin/Strauss (2008): Basics of Qualitative Research, S. 160.

886 Vgl. Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren.

induktiv viele Codes vergeben, die sich unmittelbar aus den Daten ableiten lassen und die daher auch noch ein eher geringes Abstraktionsniveau aufweisen.[887] Im Gegensatz zur inhaltsanalytischen Vorgehensweise wurden einige Textstellen, gerade in der offenen Codierphase, auch mit mehreren Codes belegt, wie folgender Bildschirmausschnitt aus dem MAXQDA-Programm illustriert.

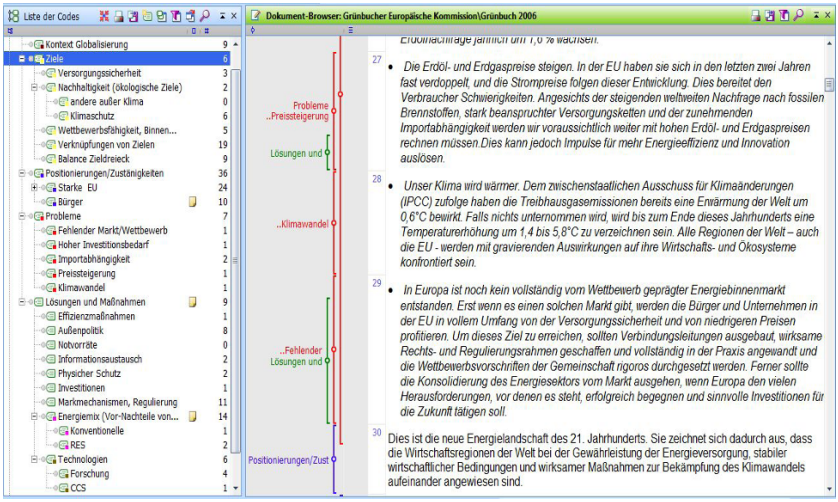


Abb. 3 Bildschirmausschnitt aus MAXQDA zum offenen Codieren

Bei aller Offenheit gibt die Grounded Theory aber auch Hinweise, wie man sich von einer reinen Beschreibung und Zusammenfassung der Inhalte löst, indem man Fragen an den Text stellt. Was genau passiert eigentlich in dem Text bzw. in den Daten?[888] Es wird auch empfohlen, die klassischen W-Fragen (Was?, Wer?, Wie? etc.)[889] an die Daten heranzutragen und v. a. nach der *Methode des konstanten Vergleichs* stets nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in und zwischen Texten zu fragen.[890] Den Text zu befragen sowie Codes, Textsegmente und Konzepte zu vergleichen, sind „Basistechniken" der Grounded Theory, die in allen Phasen

887 Vgl. Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 477.

888 Vgl. Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 164.

889 Vgl. zu den leitenden Fragen auch Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 477-478.

890 Vgl. ebenda, S. 478; vgl. auch Flick (2014): Sozialforschung, S. 169.

des Auswertungsprozesses wiederholt werden.[891] Ergebnis des offenen Codierens ist dann eine Liste von Konzepten bzw. ein umfassendes Codesystem, das in den weiteren Schritten verdichtet, abstrahiert und letztlich auf bestimmte Codes fokussiert wird, die verschiedene zentrale Aspekte integrieren.[892] Das offene Codieren hat somit die wesentliche Funktion, die nächsten Auswertungsschritte anzuleiten und Möglichkeiten der Analyserichtung auszuloten.[893]

Im Gegensatz zu klassischen Grounded-Theory-Studien erfolgte in der vorliegenden Arbeit eine starke theoretische Rückbindung und Reflexion schon in einem frühen Stadium der Auswertung, da ein theoriegeleitetes Forschungsinteresse an der Rekonstruktion von story-lines und ihren Funktionen im Policy-Prozess besteht und nicht die Entwicklung einer „neuen" empirisch verankerten Theorie.[894] In Anbetracht des sensibilisierenden Konzeptes der story-line und ihrer Funktionen wurde also die ganz freie offene Codierphase bald durch ein gezielteres theoriegeleitetes Suchen nach narrativen Textpassagen bzw. story-lines abgelöst. Es stellte sich somit auch schnell die Frage, wie sich story-lines im Untersuchungsmaterial festmachen lassen.[895] Zwar kann das story-line-Konzept bereits als eine spezifische Betrachtung und Fokussierung von Diskursen verstanden werden[896], als ein Konzept mittlerer Reichweite, das von Hajer auch für die Untersuchung von Policy-Prozessen weiterentwickelt wurde.[897] Dennoch muss dieses sensibilisierende Analysekonzept für die empirische Datenauswertung noch etwas konkretisiert werden. Methodisch gesprochen geht es hierbei um die Festlegung der Analyseeinheit:

> Das Wort ist […] die einfachste Analyseeinheit. Worte bilden zusammen Sätze, Sätze formen sich zu Aussagen, und Aussagen lassen sich zu Absätzen zusammenfassen, die wiederum Artikel bilden. Jeder Baustein für sich kann eine Analyseeinheit sein.[898]

---

891 Vgl. hierzu grundlegend Glaser/Strauss (2009): The Discovery of Grounded Theory.

892 Vgl. Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 158; Kuckartz (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, S. 75.

893 Vgl. Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 478.

894 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 101.

895 Vgl. Nonhoff (2011): Konstruktivistisch-pragmatische Methodik, S. 100.

896 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1.1.

897 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 61.

898 Brosius, Hans-Bernd/Koschel, Friederike/Haas, Alexander (2008): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 167.

In der Inhaltsanalyse bzw. in Auswertungsverfahren, die stärker auf Standardisierbarkeit setzen und eine hohe (Intercoder-)Reliabilität mit dem Ziel der intersubjektiven Nachprüfbarkeit und Replizierbarkeit anstreben, müssen diese Analyseeinheiten sehr präzise vorab definiert werden.[899] Mayring unterscheidet daher z. B. zwischen der Codiereinheit (d. h. dem kleinsten Materialbestandteil, der ausgewertet werden darf), der Kontexteinheit (d. h. dem größten Textbestandteil, der unter eine Kategorie fallen kann) und der Auswertungseinheit, die festlegt, „welche Textteile jeweils nacheinander ausgewertet werden"[900]. Diese Art der Standardisierung wird hier nicht angestrebt und würde der Forschungslogik bzw. dem Analysestil der Grounded Theory sowie auch der Diskursanalyse widersprechen, wie beispielsweise auch Behnke et al. argumentieren:

> Es ist weder nötig, noch möglich, sich a priori auf eine bestimmte Codiereinheit festzulegen und diese einen ganzen Text (oder gar mehrere Texte) lang durchzuhalten. Vielmehr ist es sinnvoll, gegenstandsangemessen zu codieren, und dazu gehört eben auch eine variable Länge von Codiereinheiten.[901]

Die Analyse- bzw. Codiereinheiten wurden in Anlehnung an die Grounded Theory hier also nicht a priori im Sinne eines minimalen oder maximalen Textbestandteils definiert. Entsprechend werden story-lines sowie ihre konstituierenden diskursiven Elemente nicht syntaktisch (formalistisch), sondern nur semantisch bzw. konzeptionell als *Bedeutungseinheiten* definiert.[902] Auch wenn die Codiereinheiten also nicht formal festgelegt werden können, so lässt sich im Sinne einer „Minimaldefinition" festlegen, dass story-lines immer nur dann gegeben sind, wenn mindestens zwei diskursive Elemente miteinander verknüpft werden. Dies kann jedoch in einem kurzen Satz erfolgen oder sich über einen ganzen Absatz erstrecken. In den meisten Fällen sind die Artikulationen der Akteure vielschichtiger und umfassen mehr als zwei diskursive Elemente, was eben auch für eine variable Länge der Analyseeinheit spricht. Eine ähnliche Flexibilität gilt auch für die verwendeten Codes, die nach dem Vorgehen der Grounded Theory nicht vorab definiert sein sollten, sondern im Laufe des Auswertungsprozesses erst gebildet und ausdifferenziert werden. Ein wesentliches Merkmal der GT ist somit, dass die Codes bzw. Konzepte zunächst nur vorläufigen Charakter haben und im Zuge des Auswertungsprozesses verändert und auch wieder

899 Vgl. Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 11. Auflage, Weinheim/Basel, S. 59.

900 Ebenda.

901 Behnke/Baur/Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, S. 361.

902 Vgl. Titscher, Stefan et al. (2000): Methods of Text and Discourse Analysis: In Search of Meaning, London/Thousand Oaks, New Delhi, S. 58.

verworfen werden können. Der Auswertungsprozess kann also „als kontinuierliche Arbeit an den Kategorien“[903] verstanden werden, wozu auch das begleitende Schreiben von Memos und Kommentaren zählt.[904]

4.2.2 „Stop and memo“

Memos zu verfassen, d. h. Ideen und Erkenntnisse während des Forschungsprozesses schriftlich in Notizen festzuhalten, ist ein zentraler Bestandteil des methodischen Vorgehens nach der Grounded Theory. Denn dieser Schreibprozess „fördert eine Distanzierung von den Daten und trägt dazu bei, über eine nur deskriptive Arbeit hinauszugelangen“[905]. „Stop and memo!“[906] bedeutet also, immer wieder zu versuchen, über die empirischen Daten in theoretischen Begriffen zu reflektieren, die Daten in Verbindung mit theoretischen Annahmen zu bringen und hieraus Fragen und Arbeitshypothesen abzuleiten. Dabei sind Form und Inhalt der Memos vollkommen offen; wichtig ist lediglich, dass die Ideen und Fragen, die sich ergeben, unmittelbar festgehalten werden.[907] Memos helfen zudem, die Codierergebnisse zusammenzufassen sowie weitere Codiervorgänge anzuregen. Beispielsweise habe ich im folgenden Memo die Relevanz der Globalisierung für die Legitimation einer gemeinsamen Energiepolitik reflektiert und festgehalten, die Verwendung des Globalisierungs-Konzepts im weiteren Auswertungsprozess noch genauer zu überprüfen.

903 Kuckartz (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, S. 83.

904 Vgl. Corbin/Strauss (2008): Basics of Qualitative Research, S. 106.

905 Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 477.

906 Ebenda.

907 Vgl. Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 163.

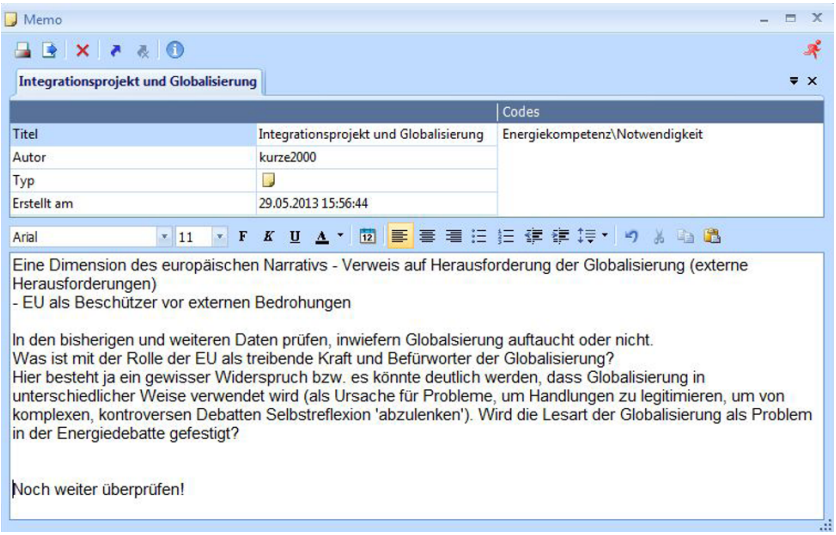


Abb. 4 Beispiel für ein Memo (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA)

Codes, Texte und Memos werden im Laufe des Auswertungsprozesse immer wieder erneut gesichtet, sortiert und interpretiert.[908] Dieser Prozess des „theoretical sorting"[909] hilft auch zu entscheiden, „welche Konzepte wichtig für die Fragestellung sind und dementsprechend vertiefend analysiert und welche […] nicht weiter verfolgt werden sollten."[910] Memos ermöglichen es also, Textstellen mit Kontextwissen, anderen Textstellen oder theoretischen Konzepten in Verbindung zu bringen und somit auch komplexere und textübergreifende Zusammenhänge festzuhalten, wie obiges Memo zur möglichen Relevanz der Globalisierung für die Legitimation einer gemeinsamen Energiepolitik illustriert. In Memos wurden auch „auffällige Auslassungen", also was nicht artikuliert wird (z. B. wachstumskritische Positionen), festgehalten und in die Analyse eingebunden. Insbesondere wurden aber Beziehungen zwischen diskursiven Elementen festgehalten, d. h. über markante story-lines reflektiert. Letztlich kann das Schreiben von Memos helfen, „to shift from intial coding to focused coding"[911]. Hier wurden entsprechend die vielen Codes zu den

908 Vgl. Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 482.

909 Strauss (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, S. 50.

910 Böhm (2008): Theoretisches Codieren, S. 478.

911 Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 165.

Lösungen, Problemen und Zielen der europäischen Energiepolitik in ein „limited set of focused codes“[912] zusammengeführt, d. h. die Codes aus der offenen Codierphase wurden in eine begrenzte Zahl (neuer) fokussierter Codes übertragen. Diesen Auswertungsprozesses, von der Phase des offenen Codierens über das „theoretical sorting“ und kontinuierliche Memo-Schreiben, die Ausdifferenzierung von Codes anhand des Textmaterials bis hin zur Zusammenstellung der fokussierten Codes, verdeutliche ich im Folgenden exemplarisch an der Entwicklung des Codesystems zur EU-Energiekompetenz.

4.2.3 Beispiel: Entwicklung des Codesystems zur Energiekompetenz

Ein Ziel der empirischen Analyse ist die „typisierende Rekonstruktion“[913] von energiepolitischen story-lines nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung, um so das diskursive Repertoire zu erfassen.[914] Im vorliegenden Fall interessierten also v. a. folgende Fragen: Welche Zuständigkeiten werden im Bereich der Energiepolitik konstituiert? Wird der EU eine Kompetenz in Energiefragen zugeschrieben? Wenn ja, wie? Im Rahmen des offenen Codierens und durch das „theoretical sorting“ von Memos und Kommentaren wurde festgestellt, dass letztlich zwei Pro-EU-story-lines im Textsample t1 immer wieder artikuliert werden. Zum einen wird auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energiepolitik im Kontext der Globalisierung Bezug genommen. Zum anderen finden sich Artikulationen, die, vor dem Hintergrund der Verfassungskrise nach den ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden, eine gemeinsame Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt beschreiben. Diese beiden story-lines wurden als Grunderzählungen bzw. idealtypische story-lines definiert und mit den Codes *Notwendigkeit* und *Integrationsprojekt* belegt.

912 Ebenda, S. 158.

913 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 251.

914 Vgl. Keller 2007: Diskurse und Dispositive analysieren.

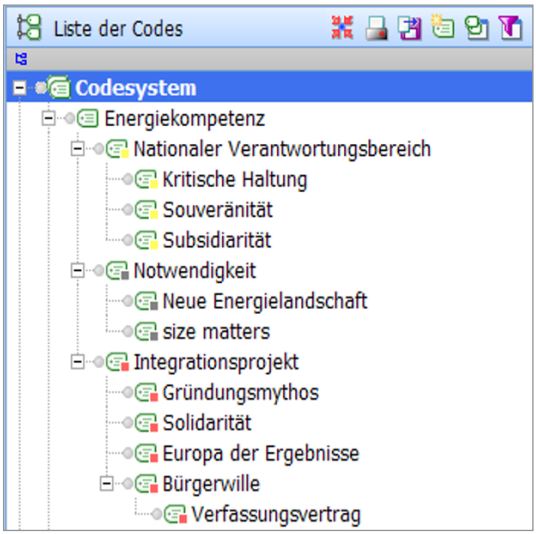


Abb. 5

Codesystem zur Energiekompetenz (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA)

Nachdem diese „groben" Unterschiede festgestellt wurden, ging es darum, diese Oberkategorien weiter auszudifferenzieren. Das heißt, es wurden wieder Fragen an die entsprechenden Textpassagen gestellt (z. B.: Welche Problemursachen und Lösungsmöglichkeiten der EU werden benannt und wie verknüpft? Welche Rolle spiel dabei das Konzept der Globalisierung genau?) und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gesucht. Insbesondere habe ich nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung auch gezielt nach Artikulationen gesucht, die sich klar gegen eine (stärkere) EU-Energiekompetenz richten. Im Textsample t1 geschieht dies entweder mit Verweis auf die nationale Souveränität in Energiefragen oder mit Verweis auf das Prinzip der Subsidiarität, weshalb die Codes Souveränität und Subsidiarität gewählt wurden, um die Oberkategorie bzw. den Idealtypus *nationaler Verantwortungsbereich* genauer zu charakterisieren. Dazu gehören auch Artikulationen, die eine von nationalen Interessen geleitete Energiepolitik kritisieren, aber den Mitgliedstaaten und nicht den EU-Institutionen die zentrale Rolle in der europäischen Energiepolitik zuschreiben. In dieser Weise sind auch die Codes zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik entstanden, die sich v. a. an den artikulierten Zielen und Lösungsmodellen orientieren.[915]

915 Vgl. Codesystem im Anhang 5.

4.2.4 Fokussierte Codierphase

In der fokussierten Codierphase habe ich dann gezielt nach Textsegmenten im Sample t1 gesucht, die sich den „gefundenen" Codes zur EU-Energiekompetenz und zur inhaltlichen Grundausrichtung zuordnen lassen. Dieses selektive Codieren anhand fokussierter, konzeptioneller Codes ermöglicht es, „to shift through large amounts of data"[916], was ja gerade für die Umsetzung der Diskursanalyse bedeutsam ist. Vor dem Hintergrund wurde das im ersten Analyseschritt entwickelte Codesystem zu den Grundfragen der EU-Energiekompetenz und der inhaltlichen Ausrichtung der europäischen Energiepolitik auch als grundlegendes Analyseraster für die Rekonstruktion der Diskursstrukturierung und -institutionalisierung genutzt, wobei in diesen beiden Analyseschritten eine weitere datenbasierte Fokussierung erfolgte: Denn im Zuge der Datenauswertung und -interpretation wurde deutlich, dass die Frage der EU-Energiekompetenz zwar nicht eindeutig geklärt und fixiert ist, sich insgesamt jedoch eine Fokussierung der Debatte auf die inhaltlichen Fragen einer gemeinsamen Energiepolitik abzeichnete.

Im Rahmen der Auswertung des Textsamples t2 zur Rekonstruktion der Diskursstrukturierung stand somit im Vordergrund, herauszuarbeiten, welche der konkreten story-lines zur Grundausrichtung der EU-Energiepolitik eine hervorgehobene Stellung einnehmen, d. h. welche inhaltlichen story-lines dominieren und wichtige Funktionen im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE erfüllen. Wie es in der konstruktivistischen Variante der Grounded Theory auch vorgesehen ist, wurde dabei aber eine abduktive Haltung beibehalten und darauf geachtet, ob diese story-lines wirklich relevant sind oder ob sich neue, andere story-lines aufdrängen.[917] Im vorliegenden Fall zeigte sich aber, in Einklang mit den theoretischen Annahmen, dass die anschlussfähigen story-lines des diskursiven Repertoires eine dominante Position auch im weiteren Policy-Prozess einnahmen und diese nur in einzelnen Aspekten von den sozialen Akteuren etwas modifiziert wurden. Basierend auf dem Ergebnis des Analyseschritts II, nach dem die low-carbon economy story-line im Wesentlichen die Legitimations- und Integrationsfunktion im Policy-Prozess um die EPE erfüllte, habe ich mich bei der Rekonstruktion der Diskursinstitutionalisierung (Analyseschritt III) auch primär auf Artikulationen und Funktionen dieser story-line konzentriert. Die Ergebnisse der drei rekonstruktiven Analyseschritte präsentiere ich im folgenden Kapitel.

916 Thornberg/Charmaz (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, S. 158.

917 Vgl. ebenda.

IV Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa

Nach einem Rückblick auf die Geschichte der europäischen Energiepolitik werde ich den Policy-Prozess um die Etablierung der Energiepolitik für Europa (EPE) – von den ersten Anstößen im Oktober 2005 bis zur Verabschiedung des Energie- und Klimapakets im Dezember 2008 – rekonstruieren und interpretieren. So soll die gestellte Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE, d. h. der Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, beantwortet werden. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wurde hierzu das von Maarten Hajer vorgeschlagene „two-step procedure“[918] um einen Analyseschritt ergänzt, sodass sich ein dreigliedriger Aufbau der empirischen Untersuchung ergibt (s. Abb. 6 auf der folgenden Seite).

Dieser ergänzte erste Analyseschritt zur Rekonstruktion des diskursiven Repertoires wird als zentral erachtet, um im Sinne der eingenommenen konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive das *Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und aktualisierenden story-lines der sozialen Akteure* auch empirisch erfassen zu können. So soll insgesamt die diskursive Bedingtheit von Politik, aber auch die Deutungskompetenz der sozialen Akteure im Policy-Prozess berücksichtig werden. Zur Einordnung des hier untersuchten Policy-Prozesses um die EPE wird im Folgenden zunächst auf die historischen Entwicklungen in der europäischen Energiepolitik eingegangen.

918 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3_4

Analyseschritt I: Diskursive Strukturen	**Rekonstruktion des diskursiven Repertoires**
Datengrundlage: Ausgewählte Pressemeldungen des Ministerrates, Reden der EU-Kommissare und Plenardebatten des Europäischen Paralaments aus den Jahren 2005 und 2006.	
Analyseschritt II: Diskursstrukturierung	**Rekonstruktion der story-lines der sozialen Akteure**
Datengrundlage: Positionspapiere energiepolitischer Stakeholder und der EU-Organe zum Grünbuch der Kommission vom März 2006, die Mitteilung der Kommission „Eine Energiepolitik für Europa" vom Januar 2007 sowie die Schlussfolgerungen und der Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates vom März 2007.	
Analyseschritt III: Diskursinstitutionalisierung	**Rekonstruktion der rechtlichen Fixierung**
Datengrundlage: Gesetzestexte des Energie-und Klimapakets, Meldungen der Agence Europe, Berichterstattung des Internetportals EUObserver aus dem Jahr 2008 sowie zehn Experteninterviews aus dem Jahr 2011.	

Abb. 6 Dreistufige Diskursanalyse der Energiepolitik für Europa

1 Etappen auf dem Weg zur Energiepolitik für Europa

Jedes Politikfeld hat seine eigene Geschichte oder anders ausgedrückt: Es lassen sich nicht nur energiepolitische story-lines, sondern auch story-lines über die europäische Energiepolitik identifizieren. Oft wird das sogenannte Zieldreieck – bestehend aus den Zielen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit – in der Literatur zur Strukturierung der europäischen Energiepolitik herangezogen. Auch in den offiziellen Dokumenten der EU werden diese Ziele immer wieder als übergeordnete Leitlinien bekräftigt.[919] Im Rahmen dieses energiepolitischen Zieldreiecks wurden im Laufe der Zeit immer wieder unterschiedliche Prioritäten

919 Vgl. u. a. Europäische Kommission (1995): Weißbuch: Eine Energiepolitik für die Europäische Union, KOM(95)682, 13.12.1995, Brüssel, S. 14; Europäische Kommission (2001): Grünbuch: Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit, Luxemburg, [Nachdruck des Grünbuchs vom 29.11.2000, KOM(2000) 769 endgültig]; Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 20-21; Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 11.

gesetzt, d. h. das Zieldreieck ist selbst zentraler Gegenstand diskursiver Ordnungsprozesse und Deutungskämpfe, sowohl was die Bedeutung der einzelnen Ziele[920] als auch das Verhältnis der Ziele zueinander betrifft, worauf mit Blick auf die idealtypischen story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik noch ausführlich eingegangen wird. Diese inhaltliche Strukturierung der europäischen Energiepolitik wird in der Literatur zudem meist mit einem chronologischen Zugang verknüpft.

Die Geschichte der europäischen Energiepolitik geht dann meist wie folgt: Am Anfang des europäischen Integrationsprozesses stand die Energiepolitik mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) im Zentrum europäischer Politik. Mit der wachsenden Bedeutung von importiertem Erdöl im Energiemix der Mitgliedstaaten wurden andere Institutionen zu wichtigeren Referenzpunkten, wie zum Beispiel die infolge der ersten Ölkrise gegründete Internationale Energieagentur (IEA), auch wenn der Einfluss internationaler Organisationen auf nationale Energiepolitiken insgesamt nicht überbewertet werden sollte.[921] Energiepolitische Fragen standen in Europa für lange Zeit im Schatten großer Integrationsprojekte, wie etwa der Vollendung des Binnenmarktes oder der Osterweiterung. Ende 2005 rückten energiepolitische Fragen jedoch wieder ganz nach oben auf die politische Agenda der EU. Energiepolitik kann somit als ein traditionelles und gleichzeitig neu belebtes Handlungsfeld der EU bezeichnet werden. Die zentralen Etappen und Prioritäten in der europäischen Energiepolitik werden im Folgenden genauer nachgezeichnet.

1.1 EGKS, Euratom und die Ölkrisen der 1970er-Jahre

Wie bereits hervorgehoben, stand gerade zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses die energiepolitische Kooperation zwischen den Gründerstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden – im Mittelpunkt. Die Gründung der EGKS im Jahr 1951 war dabei nicht nur von wirtschaftlichen Motiven geleitet, sondern die Zusammenlegung dieser rüstungsrelevanten Industriezweige sollte, wie es auch schon in der Schuman-Erklärung von

920 Vgl. u. a. Kögl/Kurze (2013): Sustainable Development; Göler/Kurze (2009): Die EU als transnationaler Polity-Shaper; Chester, Lynne (2010): Conceptualising Energy Security and Making Explicit Its Polysemic Nature, in: Energy Policy 38(2), S. 887-895; Ciuta, Felix (2010): Conceptual Notes on Energy Security: Total or Banal Security?, in: Security Dialogue 41(2), S. 123-144. Teile von Kapitel IV, Abschnitt 1 sind aus Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit entnommen.

921 Vgl. McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 11.

1950 heißt, einen „Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“[922] machen. Die Montanunion bildete damit den politischen Grundstein der heutigen Europäischen Union.[923] Wichtigstes inhaltliches Ziel des EGKS-Vertrages[924] war die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl, der allen Mitgliedstaaten „zum Kohle- und Stahlaufkommen der Gemeinschaft unter den gleichen Bedingungen freien Zugang“[925] verschaffen sollte.

Hierdurch wurde der wichtigste Energieträger der Nachkriegszeit – 1950 wurden 65 Prozent des Energiebedarfs durch Kohle gedeckt[926] – unter die alleinige Kontrolle der Hohen Behörde der Montanunion gestellt.[927] Neben der grundsätzlichen friedensstiftenden Erwartung war die Gründung der EGKS auch von der „Angst vor Versorgungsengpässen“[928] geprägt, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas empfindlich gefährdet hätten. Um die hohe Nachfrage decken zu können, „unterstützte die Hohe Behörde der EGKS den Ausbau der Produktion“[929]. In dem Sinne sollte die Energiepolitik der EGKS – genauer die Kohlepolitik – auch zu weiter gefassten ökonomischen und gesellschaftlichen Zielen beitragen,[930] wie etwa „zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebensqualität in den Mitgliedstaaten“[931]. Obwohl der EGKS-Vertrag die Hohe Behörde autorisierte, in den Markt einzugreifen (z. B. mittels Investitionshilfen), schlug diese dennoch keine dirigistische Politik in dem Maße ein, wie es etwa von Jean Monnet – dem ersten Präsidenten der Hohen Behörde – aus Erfahrung mit der staatlich gelenkten Energiewirtschaft in Frankreich erwünscht war, sondern sie setzte auf die Schaffung

922 Schuman-Erklärung, 9.5.1950, abrufbar unter: http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/europe-day/schuman-declaration/index_de.htm (letzter Zugriff: 31.7.2014).

923 Vgl. Weidenfeld, Werner (2007): Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z, Baden-Baden, S. 13-48, hier S. 17.

924 Der EGKS-Vertrag war auf 50 Jahre befristet und lief 2002 aus.

925 Krämer, Hans R. (1974): Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, Baden-Baden, S. 9.

926 Vgl. Moussis, Nicholas (2009): EU Environment and Energy Policies, Brüssel, S. 41.

927 Vgl. Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 65; McGowan (1996): Energy Policy in the EU.

928 Europäische Kommission (2001): Grünbuch, S. 36.

929 Ebenda.

930 Vgl. McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 2.

931 Europäische Kommission (2001): Grünbuch, S. 38.

eines freien Marktes, eines Kohle-Binnenmarktes.[932] Die Vergemeinschaftung des Kohlesektors zielte dabei nicht in erster Linie auf die Schaffung einer gemeinsamen Energiepolitik ab, sondern diente der „Verknüpfung des deutschen und französischen Industriepotenzials […] zur Sicherstellung des Wiederaufbaus“[933].

Auch die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft im Jahr 1957 stand im Zeichen der übergeordneten politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen der Nachkriegszeit. Denn der Wiederaufbau implizierte einen enormen Energiebedarf, der zunehmend durch importiertes Erdöl gedeckt wurde. Die Entwicklung und Nutzung der Kernenergie wurde daher als wesentliche Maßnahme betrachtet, um die Importabhängigkeit von außergemeinschaftlichen Energiequellen und den damit verbundenen Risiken zu verringern; sprich die Energieversorgung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau – und für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum – langfristig zu sichern.[934] Ende der 1950er-Jahre herrschte dabei eine Art „Atom-Euphorie“ – Atomkraft galt vielen als „the fuel of the future“[935] und der Aufbau einer europäischen Atomindustrie wurde daher auch als ein zentrales integrationspolitisches Großprojekt betrachtet, das „vielen Zeitgenossen wichtiger als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erschien“ [936].

In den ersten energiepolitischen Leitlinien nach der Fusion der Organe der drei Europäischen Gemeinschaften (EG) wurde entsprechend der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Energiepolitik auch die Versorgung mit „billiger Energie“[937] als das oberste Ziel definiert. Zur Realisierung dieses Ziels wurde ein Energiebinnenmarkt angestrebt, der alle Energieträger umfassen sollte.[938] „Such a market, based on the needs of consumers and competitive pressures would help obtain security of energy supplies at the lowest cost.“[939] Eine konsequente Marktöffnung wurde in den

932 Vgl. George (1991): Politics and Policy in the European Community, S. 116; Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 63.

933 Ebenda, S. 66.

934 Europäische Kommission (1972): Notwendige Fortschritte auf dem Gebiet der gemeinschaftlichen Energiepolitik, KOM(72)1200, 13.10.1972, Brüssel, S. 10; vgl. auch McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 4.

935 McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 5.

936 Wolf, Sebastian (2006): Zur Zukunft des Euratom-Vertrags, in: integration 29(4), S. 297-302, hier S. 297.

937 Europäische Kommission (1968): Erste Orientierung für eine gemeinsame Energiepolitik, KOM(68)1040, 18.12.1968, Brüssel.

938 Vgl. Krämer, Hans R. (1974): Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, Baden-Baden, S. 17.

939 McGowan, Francis (1998): EU Energy Policy, in: El-Agraa, Ali M. (Hrsg.): The European Union: History, Institutions, Economics and Policies, 5. Auflage, London/New York,

1960er-Jahren jedoch noch nicht von den Mitgliedstaaten mitgetragen.[940] Hingegen galt der Grundgedanke, dass Energiesysteme zu den natürlichen Monopolen zählen, d. h. Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern in leitungsgebundenen Sektoren nicht effizient wäre, da letztlich nur ein Leitungssystem wirtschaftlich sinnvoll bzw. kostengünstig betrieben werden kann.[941] Kurz gesagt: Ein einzelner Anbieter kann den gesamten Markt zu geringeren Kosten beliefern als mehrere Anbieter. Diese Annahme wird in der Energiewirtschaft mittlerweile differenzierter betrachtet. Denn aufgrund „der heutigen Marktgröße und […] des Netzverbundes wird die Stromerzeugung heute nicht mehr als natürliches Monopol gesehen."[942] Natürliche Monopole lassen sich somit nicht mehr einfach als Legitimation für vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen (EVUs) heranziehen.[943]

Lange Zeit wurden EVUs, die teils staatlich geführt wurden, jedoch in Europa als geradezu alternativlos betrachtet.[944] Direkte energiepolitische Interventionen der Gemeinschaft finden sich in Vorschriften zur Bevorratung mit Ölreserven; eine Initiative, die bereits zuvor im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angestoßen worden war.[945] Denn im Laufe der 1960er-Jahre hatte Erdöl an Bedeutung im Energiemix der europäischen Volkswirtschaften gewonnen und die Rolle von Kohle, insbesondere der Steinkohle, weitgehend abgelöst. Hiermit deutete sich auch ein Prioritätenwechsel in der europäischen Energiepolitik – von Marktintegration zur Versorgungssicherheit – an.[946] So hat in der Mitteilung der Kommission von 1972 das Streben nach der sicheren Versorgung (im Sinne einer ausreichenden Verfügbarkeit) bereits deutlich Vorrang vor einer billigen Versorgung (im Sinne möglichst niedriger Preise).[947] Auf dem Gipfeltreffen im Oktober 1972 in Paris setzte sich dieser Trend weiter fort. Hier stellten die Staats- und Regierungschefs fest,

---

S. 266-290, hier S. 268.

940 Vgl. Michaelis (1980): Europapolitik und Energiepolitik, S. 15.

941 Vgl. Ströbele, Wolfgang/Pfaffenberger, Wolfgang/Heuterkers, Michael (2012): Energiewirtschaft: Einführung in Theorie und Politik, München, S. 292.

942 Ebenda, S. 332.

943 Vgl. ebenda, S. 333-334.

944 Vgl. Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 71.

945 Vgl. Richtlinie 68/414/EWG; De Jong (2008): The 2007 Energy Package, S. 97.

946 McGowan (1998): EU Energy Policy, S. 268.

947 Vgl. Krämer (1974): Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, S. 26; Helm, Dieter (2005): The Assessment: The New Energy Paradigm, in: Oxford Review of Economic Policy 21(1), S. 1-18, hier S. 7.

> […] daß es erforderlich ist, durch die Organe der Gemeinschaft in Kürze eine Energiepolitik ausarbeiten zu lassen, die unter zufrieden stellenden wirtschaftlichen Bedingungen eine *sichere und dauerhafte Versorgung* gewährleistet.[948]

Jedoch blieb es zunächst bei der oben genannten Öl-Bevorratungsrichtlinie, sodass die im Oktober 1973 einsetzenden Energieversorgungsprobleme die Europäischen Gemeinschaften ohne eine umfassende gemeinschaftliche Energiepolitik trafen. Es standen bis dato also kaum formal-rechtliche Instrumente zur Verfügung, um einen gesamteuropäischen Umgang mit der Krise zu regulieren,[949] aber auch politisch blieb die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, die unterschiedlich von der Krise betroffen waren,[950] weitgehend aus. Während alle Mitgliedstaaten von der ruckartigen Preiserhöhung und der Reduzierung der Förderproduktion durch die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) betroffen waren (Preiskrise), so waren die Niederlande unmittelbar vom Öl-Embargo der OPEC betroffen (Mengenkrise). Trotz dieser offensichtlichen „Schieflage" wurden die verabschiedete Bevorratungsrichtlinie oder auch bereits vorgeschlagene Krisenmechanismen nicht zum Ausgleich der Versorgungslage genutzt.[951] Die einzelnen Mitgliedstaaten suchten hingegen über Handelsvereinbarungen mit der OPEC ihre eigene Energieversorgung zu sichern[952] bzw. wie es Ginsberg formuliert: „French, West German, British and Italian leaderships chose national-self interest over EC solidarity and violated the spirit, if not the letter, of the Rome Treaty."[953]

Auch auf globaler Ebene traten die Mitgliedstaaten der EG nicht geschlossen auf. Dies wurde insbesondere im Zuge der internationalen Energiekonferenz in Washington deutlich. Diese von den USA initiierte Konferenz diente hauptsächlich der Interessenkoordinierung der Industrie- bzw. Verbraucherländer.[954] Die Schaffung einer dauerhaften Energieverbraucher-Organisation als Gegenpol zur OPEC wurde von Frankreich jedoch nicht befürwortet. Zwar wurde diese Position auch

---

948 Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz, 19.-21.10.1972, Paris, abrufbar unter: https://www.cvce.eu/de/obj/erklarung_der_pariser_gipfelkonferenz_19_21_oktober_1972-de-b1dd3d57-5f31-4796-85c3-cfd2210d6901.html (letzter Zugriff: 12.8.2017).

949 Vgl. Moussis (2009): EU Environment and Energy Policies.

950 Vgl. Roggen, Peter (1979): Die Internationale Energieagentur: Energiepolitik und wirtschaftliche Sicherheit, Bonn, S. 43.

951 Vgl. Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 72; Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit, S. 68.

952 Vgl. Krämer (1974): Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, S. 54.

953 Ginsberg, Roy H. (1989): Foreign Policy Actions of the European Community: The Politics of Scale, Boulder/London, S. 13.

954 Vgl. Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit, S. 71.

offiziell von den Vertretern der EG präsentiert, ohne jedoch eine Koordinierung der Verbraucherinteressen im Rahmen von sogenannten Arbeitsgruppen grundsätzlich abzulehnen. Aber auch diese informellere Form der Kooperation ging der französischen Regierung zu weit, sodass sie alle betreffenden Passagen des endgültigen Kommuniqués ablehnte.[955] Frankreich ist somit im Gegensatz zu den anderen Mitgliedstaaten der EG kein Gründungsmitglied der IEA, die im November 1974 aus der Washingtoner Energiekonferenz hervorging. Wichtigste Aufgabe der IEA ist bis heute die Administration des sogenannten „oil-sharing"-Mechanismus. Insgesamt spielte also die europäische Ebene im Vergleich zur nationalen und internationalen Ebene in der Bewältigung der Ölkrisen in den 1970er-Jahren keine entscheidende Rolle.[956]

Trotz der tief greifenden politischen Zerwürfnisse, die im Zuge der ersten Ölkrise zwischen den Mitgliedstaaten zum Vorschein kamen, und der geringen Handlungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane[957] gaben die Ölpreisschocks dennoch auch Impulse, die europäische Energiepolitik zu überdenken. Im Wesentlichen lässt sich eine Verschiebung der energiepolitischen Prioritäten – von billiger zur sicheren und dauerhaften Energieversorgung – ausmachen, was auch mit einer Ausweitung der Energiepolitik auf nachfrageseitige Maßnahmen im Bereich der Energieeinsparung und -effizienz einherging, um so letztlich die Importabhängigkeit zu reduzieren.[958] Nationale energiepolitische Maßnahmen blieben bis in die Mitte der 1980er-Jahre dabei prägend und führten zu teils sehr unterschiedlichen Ausrichtungen der Energieversorgungssysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten. Während Frankreich zum Beispiel auf einen massiven Ausbau der Atomkraft setzte, baute Deutschland auf Gaslieferungen aus der Sowjetunion und Großbritannien konnte auf eigene Ölvorkommen in der Nordsee zurückgreifen. Die Energiepolitik der europäischen Institutionen bezog sich derweil primär auf den Bereich der Informationspolitik[959], d. h. die Erstellung von Berichten und Szenarien und die Vorgabe zahlenmäßiger Ziele („target objectives"[960]).

---

955 Vgl. ebenda, S. 71-73.

956 Vgl. ebenda, S. 78.

957 Ebenda; vgl. hierzu auch Turner, Louis (1974): The European Community: Factors of Disintegration: Politics of the Energy Crisis, in: International Affairs 50(3), S. 404-415.

958 Vgl. Moussis (2009): EU Environment and Energy Policies, S. 41-42; Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 74.

959 Vgl. hierzu u. a. Verordnung (EWG) Nr. 1729/76 des Rates vom 21. Juni 1976 betreffend die Mitteilung von Informationen über die Energieversorgungslage der Gemeinschaft; Richtlinie 76/491/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse in der Gemeinschaft.

960 McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 14.

So wurde beispielsweise beschlossen, bis zum Jahr 1985 die Energieeinfuhren aus Drittländern möglichst auf 40 Prozent (gegenüber 63 Prozent im Jahr 1973) zu verringern. Der Energieverbrauch sollte im selben Zeitraum gegenüber den prognostizierten Zahlen um 15 Prozent gesenkt werden.[961] Von etwas mehr Substanz waren die Gemeinschaftsaktivitäten im Bereich von Forschung und Entwicklung (F&E),[962] die sich gemäß den bestehenden sektorspezifischen Energie-Verträgen, EGKS und Euratom, primär auf die Bereiche „Bergbau, Kernspaltung, Kernfusion und Sicherheit von kerntechnischen Anlagen"[963] bezogen. Die meisten Maßnahmen und vor allem die zahlenmäßigen Zielvorgaben, die von der Kommission in Mitteilungen und Berichten immer wieder präsentiert wurden,[964] hatten keinen rechtsverbindlichen Charakter, sondern beruhten auf freiwilliger Kooperation[965] und dienten vielmehr als „Orientierung"[966] für die Ausrichtung nationaler Energiepolitiken. Somit handelt es sich also eher um ergänzende Aktivitäten, „which could hardly be described as constituting a comprehensive Community energy policy"[967]. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die europäischen Institutionen bis Ende der 1980er-Jahre nur eine „Nebenrolle" in der Energiepolitik eingenommen haben.[968] Nicht energiespezifische Zielsetzungen, wie die Vollendung des Binnenmarktes und des Umweltschutzes, trugen jedoch in den folgenden zwei Jahrzehnten zu einer größeren Präsenz der EU insbesondere in ihrer „regulatory role"[969] in der Energiepolitik bei.

961 Vgl. Europäische Kommission (1974): Gemeinschaftliche Energiepolitik: Ziele für 1985, KOM(74)1960 endgültig, 29.11.1974, Brüssel.

962 Vgl. McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 14.

963 Fischer, Severin (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik: Strategien, Instrumente und Politikgestaltung in der Europäischen Union, Baden-Baden, S. 241; vgl. auch Häckel, Erwin (1990): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, Bonn, S. 185-192, hier S. 192.

964 Vgl. Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 75-76.

965 Vgl. ebenda, S. 73-74.

966 Reichert, Karlheinz (1986): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, Bonn, S. 192-198, hier S. 196.

967 McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 14.

968 Vgl. u. a. Schmidt (1998): Liberalisierung in Europa, S. 191; Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG, S. 253.

969 McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 14.

1.2 Entwicklung eines Energiebinnenmarktes seit den 1980er-Jahren

Mit der Schaffung des Binnenmarktes rückten die technisch bedingten, aber auch politisch forcierten[970] Monopolstrukturen im Bereich der netz- und leitungsgebundenen Energiesektoren (d. h. Strom und Gas) in den Vordergrund. Die Kommission sah hierin einen eklatanten Widerspruch zum wettbewerbsorientierten europäischen Binnenmarkt-Ansatz.[971] Die weithin akzeptierte „Sonderbehandlung" und Subventionierung der Energiewirtschaft – zum Beispiel aufgrund von sozialen, regional- und industriepolitischen Zielen[972] – geriet in den 1980er-Jahren im Zuge des allgemeinen Liberalisierungs- und Deregulierungstrends in der Wirtschaftspolitik immer mehr in die Kritik.[973] Insbesondere die Energieversorgung, die in den meisten Mitgliedstaaten staatlich bzw. öffentlich organisiert war,[974] wurde zunehmend kritisiert bzw. ein neues Energie-Paradigma „provided by the set of ideas surrounding privatization, liberalization, and competition"[975] setzte sich im Laufe der 1980er-Jahre zunehmend in Europa durch. Die Befürworter der Liberalisierung betonten, dass die staatlich gelenkte Energieversorgung schlicht ökonomisch ineffizient sei und definierten den Markt als angemessenere Governance-Form für den Energiesektor.[976]

Auf europäischer Ebene äußerte sich diese ordnungspolitische Trendwende nicht zuletzt in einem erneuerten politischen Willen zur Vollendung des Binnenmarktes. Dieses Ziel sollte schrittweise bis zum 31. Dezember 1992 erreicht werden. Die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) und der damit verbundene „Kompetenzzuwachs der Europäischen Kommission"[977] im Bereich des Binnenmarktes stärkte die Kommission somit auch in ihrer Agenda für die Schaffung eines offenen Energiebinnenmarktes. In diesem Kontext trieb die

970 Monopole werden etwa durch staatliche Schutzpolitik von Versorgungsunternehmen aufrechterhalten. Vgl. Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 291.

971 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 161.

972 Vgl. Häckel (1989): Energiepolitik, S. 171.

973 Vgl. McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 2.

974 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 162; Eising (2000): Liberalisierung und Europäisierung; McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 4.

975 Helm (2005): The Assessment, S. 2.

976 Vgl. Jabko (2006): Playing the Market, S. 92.

977 Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 165.

Kommission dann also die Liberalisierung der Energiemärkte voran.[978] „Grundlegende Prinzipien des zu schaffenden Energiebinnenmarktes sollten Wettbewerb und Marktintegration sein."[979] Die Kommission argumentierte dabei in ähnlicher Weise wie auch im Bereich anderer Netzwerkindustrien, wie insbesondere der Telekommunikation.[980] Insgesamt sollte die Liberalisierung der Märkte bzw. die Ermöglichung des freien Energiehandels in und zwischen den Mitgliedstaaten zu einer besseren Versorgungssicherheit und vor allem auch zu niedrigeren Energiekosten für alle Konsumentengruppen (Endverbraucher, Industrie) beitragen.[981]

Im Jahr 1988 legte die Kommission das Arbeitsdokument „Der Binnenmarkt für Energie" vor, das die Hindernisse für den grenzüberschreitenden Energieaustausch benennt und kritisiert.[982] Insbesondere die weitgehend national dominierten Elektrizitätsmärkte wurden als Problem hervorgehoben.[983]Aus Sicht der Kommission sollte daher eine Marktöffnung für in- und ausländische Anbieter erfolgen und v. a. sollte durch die Entflechtung vertikal integrierter EVUs – also durch die Entkopplung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche Erzeugung (bzw. Produktion und Import), Transport (bzw. Netzbetrieb) und Vertrieb – mehr Wettbewerb ermöglicht werden. Während vertikal integrierte EVUs in der Energiebranche lange als geradezu alternativlos betrachtet wurden, galten sie aufgrund ihres privilegierten Netzzugangs und aufgrund der „Wettbewerb unterminierenden Quersubventionen"[984] zwischen den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen als zentrales Hindernis für die Verwirklichung eines integrierten wettbewerbsorientierten Energiebinnenmarktes. Trotz der weithin akzeptierten Problemanalyse der Kommission konnten sich die Mitgliedstaaten zunächst nicht auf eine gemeinsame Position mit Blick auf die Öffnung der Elektrizitätsmärkte einigen.[985]

Besonders umstritten war dabei der Netzzugang für Dritte bzw. für Nichteigentümer der Netze (engl. third party access, TPA).[986] Dieses Common-Carrier-Prinzip sieht vor, dass alle Anbieter, nach Zahlung einer unabhängig festgelegten Gebühr,

978 Vgl. McGowan (1998): EU Energy Policy, S. 272.

979 Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 78.

980 Vgl. Schmidt (1998): Liberalisierung in Europa.

981 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 163-164.

982 Europäische Kommission (1988): Der Binnenmarkt für Energie, KOM(88)238 endgültig, 2.5.1988, Brüssel.

983 Vgl. auch Häckel (1989): Energiepolitik, S. 170.

984 Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG , S. 254.

985 Vgl. Häckel (1989): Energiepolitik, S. 171.

986 Vgl. u. a. Andersen, Svein (2000): EU Energy Policy: Interest Interaction and Supranational Authority, Arena Working Papers WP 00/5, Oslo.

Zugang zum Gas- und Stromnetz erhalten sollten.[987] Neben Großbritannien, das bereits einen Liberalisierungsprozess im nationalen Energiemarkt durchgeführt hatte, war auch Frankreich zunächst ein Befürworter der Marktöffnung, da die staatliche Electricité de France (EDF) die Möglichkeit sah, vom Export überschüssigen Atomstroms in andere Mitgliedstaaten zu profitieren.[988] Diese Haltung kollidierte jedoch insbesondere mit der deutschen Position, die im billigen Atomstrom aus Frankreich das Überleben des einheimischen Steinkohlebergbaus gefährdet sah.[989] Nicht zuletzt, weil die Kommission auch angekündigt hatte, die „Dauersubventionierung der einheimischen Steinkohle zu Lasten der Importkohle nicht länger"[990] hinzunehmen. Deutschland konterte, dass die Subventionierung der heimischen Steinkohle im Interesse der „europäischen Versorgungssicherheit"[991] läge.

Während Deutschland im Laufe der Verhandlungen um die Richtlinienvorschläge der Kommission sich dann aber immer stärker für eine umfassende Liberalisierung aussprach,[992] gaben die französische Regierung und EDF ihren anfänglichen Enthusiasmus für eine Öffnung der Strommärkte bald auf. „At the end of the 1980s, they perceived liberalization as a threat to the fundamental principles of their sectoral regime."[993] Denn Frankreich steht beispielhaft für die Tradition des *service public* im Energiesektor, d. h. dass die Energieversorgung nicht als eine „konventionelle Dienstleistung"[994], sondern als eine Aufgabe betrachtet wird, die am besten von großen vertikal integrierten und v. a. öffentlichen Versorgungsunternehmen erfüllt werden kann.[995] Der anfängliche Widerstand Deutschlands und der vehemente Kampf Frankreichs gegen die Liberalisierung der Elektrizitätsversorgung machen deutlich, dass die Umstrukturierung des Energiesektors nach Markt- und Wettbewerbsprinzipien mit anderen sektorspezifischen, aber auch grundlegenden

987 Vgl. Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 80.

988 Vgl. ebenda, S. 79; Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG, S. 255.

989 Vgl. Häckel (1989): Energiepolitik, S. 171.

990 Ebenda.

991 Häckel, Erwin (1991): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, Bonn, S. 179-184, hier S. 181.

992 Vgl. Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG , S. 259-260.

993 Eising (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations, S. 94.

994 Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG , S. 260.

995 Vgl. ebenda, S. 256.

ordnungspolitischen Prinzipien in Konflikt stand.[996] Erst nach zahlreichen Beratungen, insbesondere zwischen den beiden Hauptkontrahenten Frankreich und Deutschland, sowie umfassenden Debatten sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wurden diese Konflikte (zeitweise) überwunden.[997] Die übergeordnete Marktnorm wurde nun auch in der Energiepolitik akzeptiert, besonders vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Bekenntnisses der Mitgliedstaaten zur Vollendung des Binnenmarktes und zur Vertiefung der europäischen Integration.[998] Somit rückte die Frage, wie die Marktöffnung vollzogen werden sollte, in den Mittelpunkt, während die Frage, ob ein ordnungspolitischer Wandel im Energiesektor überhaupt sinnvoll ist, in den Hintergrund trat.[999]

Die Kommission, als treibende Kraft auf europäischer Ebene, wechselte von der anfänglichen Strategie, „den Sektor auf der Basis des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts zu liberalisieren"[1000], hin zum Gesetzgebungsverfahren der Zusammenarbeit[1001], was v. a. auch die Einbeziehung der anderen EU-Institutionen sowie von Stakeholdern ermöglichte.[1002] Der erste große Durchbruch kam im Dezember 1996 mit der Verabschiedung der „Richtlinie betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt"[1003]. Die Kommission konnte mit dieser Richtlinie ihr „Minimalziel"[1004] hinsichtlich der (Teil-)Öffnung der Märkte und der Entflechtung vertikal integrierter EVUs durchsetzen, jedoch existierten

996 Vgl. Schmidt (1998): Liberalisierung in Europa, S. 226; Rashbrooke, Gwenaele (2006): Clarification or Complication? The New Energy Title in the Draft Constitution for Europe, in: Rodi, Michael (Hrsg.): Environmental Policy-Instruments in Liberalized Energy Markets, Berlin, S. 285.

997 Für eine ausführliche Analyse der Verhandlungsprozesse in den 1990er-Jahren vgl. Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG; Eising (1999): Reshuffling Power; Eising (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations; Andersen (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy; Nylander (2001): The Construction of a Market.

998 Vgl. Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG; Eising (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations; Jabko (2006): Playing the Market, S. 120.

999 Vgl. Jabko (2006): Playing the Market, S. 119.

1000 Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG, S. 253; vgl. auch Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 165 und 167.

1001 Auf der Basis Art. 100a EG-Vertrag. Das Verfahren der Zusammenarbeit wurde mit dem Vertrag von Lissabon abgeschafft.

1002 Vgl. Eising (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG, S. 254.

1003 Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

1004 Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 167.

zahlreiche Ausnahmeregelungen und Einschränkungen dieser Vorgaben, was die umfassende Realisierung des Wettbewerbs und der Marköffnung deutlich erschwerte.[1005] Im Jahr 1998 folgte die entsprechende Richtlinie für den Erdgasbinnenmarkt.[1006] Insgesamt ging die Liberalisierung der Energiemärkte aber nur schleppend voran, was nicht zuletzt der mangelnden Umsetzung europäischer Vorgaben in einigen Mitgliedstaaten geschuldet war.

Die sogenannten „Beschleunigungsrichtlinien"[1007] aus dem Jahr 2003, die auf eine bessere Umsetzung auf nationaler Ebene abzielten, setzen dabei hauptsächlich am Problem der Diskriminierung im Bereich des Netzzugangs an: Zum einen wurde die rechtliche (aber nicht eigentumsrechtliche) Trennung von Transport und Produktion festgeschrieben. Es wurde hiermit auch eine verpflichtende Strommarktöffnung (bis Juli 2007) festgeschrieben, die allen Konsumentengruppen die freie Wahl des Stromanbieters ermöglicht. Zum anderen wurden nationale unabhängige Regulierungsbehörden eingerichtet, die für die „Gewährleistung von Netzzugang und Netzausbau verantwortlich"[1008] sind, sowie die Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden (ERGEG) als formelles Beratungsgremium eingesetzt. In der 2005 eingeleiteten Untersuchung des Strom- und Gassektors stellte die Kommission jedoch eine negative Entwicklung hin zur hohen Marktkonzentration fest, die sich bis 2007 auch nicht wesentlich verbesserte: Denn insbesondere deutsche und französische EVUs – sogenannte nationale Champions – hatten ihre heimische Marktposition erfolgreich vor Konkurrenz geschützt und sich gleichzeitig in offeneren Märkten der anderen Mitgliedstaaten in verschiedenste Energieunternehmen eingekauft.

Mit den Beschleunigungsrichtlinien von 2003 entwickelte sich somit ein „Europa der unterschiedlichen Liberalisierungsgeschwindigkeiten"[1009] wovon besonders die weiterhin vertikal integrierten (Staats-)Unternehmen profitierten. Basierend auf den Erkenntnissen der Sektoruntersuchung legte die Kommission im September 2007 dann das sogenannte „Dritte Binnenmarktpaket" vor, das eine Revision der bestehenden Binnenmarktrichtlinien für Strom und Gas sowie die Einrichtung einer EU-Agentur zur Koordinierung der nationalen Regulierungsbehörden vor-

1005 Vgl. ebenda.

1006 Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt. Vgl. hierzu auch Andersen (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy.

1007 Richtlinie zur vollständigen Öffnung der nationalen Erdgasmärkte (2003/55/EG), Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für die Elektrizitätserzeugung, -übertragung und -verteilung (2003/54/EG).

1008 Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 168.

1009 Ebenda, S. 169.

sah. Die Debatten und Verhandlungen drehten sich in Folge (wieder) primär um den Umgang mit vertikal integrierten EVUs. Die von der Kommission präferierte eigentumsrechtliche Entflechtung wurde von einigen Mitgliedstaaten vehement abgelehnt und erst nach kontroversen und langwierigen Verhandlungen,[1010] in denen Alternativmodelle[1011] zur eigentumsrechtlichen Entflechtung erarbeitet wurden, kam es im Juni 2009 zur Verabschiedung des umfassenden dritten Legislativpakets.[1012] Neben verschiedenen Entflechtungsoptionen wurden weitere wichtige Maßnahmen ergriffen: Die Vereinigung der Netzbetreiber (ENTSO) wurde auf europäischer Ebene institutionalisiert und eine Agentur für die Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden (ACER) mit Sitz in Ljubljana gegründet. Mit der Verabschiedung des Dritten Binnenmarktpakets und den darin enthaltenen Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Form der Entflechtung sind (zumindest vorläufig) wesentliche Konflikte in der Energiebinnenmarkt-Debatte entschärft worden. Allerdings bleiben Fragen im Hinblick auf die genauen Aufgaben von Staat und Markt bestehen, wenn es etwa darum geht, Investitionen bezüglich des Ausbaus von Energieinfrastrukturen zu tätigen. Auch die Finanzierung von (großen) Infrastruktur- und Technologieprojekten ist oft ungeklärt.[1013] Die hier skizzierte Entwicklung des Energiebinnenmarktes verdeutlicht, dass die Marktnorm bzw. das neue Energie-Paradigma der 1980er- und 1990er-Jahre nicht vollkommen und endgültig fixiert ist,[1014] was aus

1010 Vgl. ebenda, S. 171-180.

1011 Zudem kommen das Entflechtungsmodell des „unabhängigen Netzbetreibers" (Independent System Operator, ISO) und des „unabhängigen Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreibers" (Independent Transmission Operator, ITO) zur Anwendung. Vgl. hierzu auch Agence Europe (2007): Commission Adopts Its Third Legislative Package for Internal Market – Long Debate on Unbundling Takes Shape, 20.9.2007.

1012 Das dritte Legislativpaket zum Energiebinnenmarkt beinhaltet folgende Rechtsakte: Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG; Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG; Verordnung (EG) Nr. 713/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden; Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003; Verordnung Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005.

1013 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 182.

1014 Vgl. hierzu ausführlich Jabko (2006): Playing the Market.

konstruktivistisch-diskursiver Perspektive letztlich auch nicht möglich ist, aber dennoch eine dominante Position im EU-Energiediskurs einnimmt.

Zusammenfassend lässt sich hier festhalten, dass die Kommission aus ihrer binnenmarkt- und wettbewerbsrechtlichen Kompetenz auch den „Anspruch auf eine neue Rolle der Gemeinschaft in der Energiepolitik"[1015] effektiv begründete: „The European Union, and especially the European Commission, stepped into energy politics and regulation by becoming the watchdog of liberalization."[1016] Es entstand somit im Laufe der 1990er-Jahre trotz des fehlenden formalen energiepolitischen Kompetenztransfers eine supranationale Dimension der Energiepolitik mit substanziellen Implikationen für die nationalen Energiepolitiken und insbesondere für die Struktur der Energiemärkte.[1017] Der marktorientierte Ansatz gewann im Gegensatz zum vorher herrschenden Verständnis der Energiepolitik als staatliche Aufgabe immer mehr an Bedeutung. Wie Pollak, Schubert und Slominski hervorheben, wurde in den energiepolitischen Zielen der Gemeinschaft für 1995 entsprechend auch zum „ersten Mal der Wettbewerb als wichtigster Mechanismus für die Sicherheit der Energieversorgung der Gemeinschaft definiert"[1018]. Und auch im Weißbuch der EU „Eine Energiepolitik für die Europäische Union" aus dem Jahr 1995 heißt es: „Die Integration des Marktes bildet das entscheidende Anliegen der Energiepolitik der Gemeinschaft."[1019] Parallel zur marktschaffenden Perspektive, die trotz vielfältiger Kritik aus dem Energiediskurs der EU kaum mehr wegzudenken ist, wurden aber auch verstärkt seit den 1990er-Jahren marktkorrigierende Maßnahmen, besonders im Hinblick auf den Umweltschutz, auf europäischer Ebene ergriffen.

1.3 Umweltpolitische Einflüsse seit den 1990er-Jahren

Energiegewinnung, -transport und -nutzung haben vielfältige Einflüsse auf die Umwelt und können gravierende Umweltprobleme verursachen: „Detrimental effects can result during all the stages of the energy cycle, from exploration to the final use of energy and the disposal of waste products."[1020] Diese Probleme können lokaler und globaler Natur sein; sie können sich auf bestimmte Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) beziehen oder auch auf ganze Ökosysteme wie die Tiefsee. Auf europäischer

1015 Häckel (1989): Energiepolitik, S. 168.

1016 Jabko (2006): Playing the Market, S. 92.

1017 Vgl. ebenda, S. 119; Eising (1999): Reshuffling Power.

1018 Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 77.

1019 Europäische Kommission (1995): Weißbuch, S. 2.

1020 Collier (2002): EU Energy Policy in a Changing Climate, S. 175.

Ebene spielten bis Mitte der 1980er-Jahre Forderungen zum Umweltschutz in der Formulierung von energiepolitischen Strategien jedoch nur eine geringe Rolle.[1021] Allerdings wurden die im Binnenmarkt geltenden Umweltschutznormen (hauptsächlich in Bezug auf Schadstoffe wie SO_2, NOx), etwa für industrielle Großanlagen, auch auf die europäische Energiewirtschaft übertragen.[1022] Die Harmonisierung von Umweltschutz- und Sicherheitsstandards auf europäischer Ebene sollte nicht zuletzt Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt vermeiden.[1023] Damals wurde aber das heute als zentral betrachtete Problem der klimaschädlichen CO_2-Emissionen zum Beispiel im Arbeitsdokument der Kommission „Der Binnenmarkt für Energie" noch nicht berücksichtig.[1024]

Die grundsätzlich wachsende Bedeutung umweltpolitischer Überlegungen in der EU zeigt sich jedoch in der Einführung des eigenständigen Titels „Umwelt" in der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 in Kraft trat. Im Zuge der beiden Vertragsänderungen in den 1990er-Jahren wurde die Umweltpolitik zudem in den Tätigkeitsbereich der EG (Art. 3 EGV) eingegliedert. Vor diesem Hintergrund wurde auch verstärkt daran gearbeitet, Umweltbelange besser in andere Politikfelder, insbesondere die Energiepolitik, zu integrieren.[1025] Die Kommission versuchte nun auch im Bereich der „Energie-Umweltpolitik" verstärkt Maßnahmen zu ergreifen und legte 1990 ein erstes Arbeitsdokument zu dieser Thematik vor.[1026] Dabei wurde erstmals ein Fokus auf das Problem der klimaschädlichen CO_2-Emissionen gelegt[1027], das bis heute die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik maßgeblich mitbestimmt, worauf ich in der weiteren Analyse des Policy-Prozesses um die EPE noch ausführlich eingehen werde.

Die wachsende Aufmerksamkeit, die der globalen Erderwärmung in der internationalen Politik seit Ende der 1980er-Jahre geschenkt wurde[1028], veranlasste

---

1021 Vgl. u. a. Collier, Ute (1993): Global Warming and the Internal Market: Policy Integration or Polarization, in: Energy Policy 21(9), S. 915-925, hier S. 915; Häckel (1989): Energiepolitik, S. 173.

1022 Vgl. u. a. Richtlinie 88/609/EWG des Rates vom 24. November 1988 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft.

1023 Vgl. Michaelis (1988): Energiepolitik, S. 203.

1024 Vgl. Häckel (1989): Energiepolitik, S. 174.

1025 Vgl. Collier (1993): Global Warming and the Internal Market; Collier (2002): EU Energy Policy in a Changing Climate.

1026 Europäische Kommission (1990): Energy and the Environment, COM(89)369 final, 8.2.1990, Brüssel.

1027 Ebenda.

1028 Vgl. Bodansky, Daniel (2001): The History of the Global Climate Change Regime, in: Lauterbach, Urs/ Sprinz, Detlef F. (Hrsg.): International Relations and Global Climate

auch die Europäische Kommission, „energiepolitische Korrekturmaßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase“[1029] auf europäischer Ebene anzustoßen, die grundsätzlich auch von den Mitgliedstaaten auf der zweiten Weltklimakonferenz in Genf befürwortet wurden.[1030] Da der Energieverbrauch (inklusive des Verkehr- und Transportsektors) für einen Großteil der CO_2-Emissionen verantwortlich ist, lag es nahe, dass die Bekämpfung des Treibhauseffektes auch in der Energiepolitik ansetzen müsse.[1031] Im Oktober 1990 tagte der Rat der Umwelt- und Energieminister erstmals gemeinsam und setzte das Ziel fest, die CO_2- Gesamtemissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren.[1032] Um dieses Ziel zu erreichen, wurden unterschiedlichste Maßnahmen auf europäischer Ebene diskutiert, u. a. schlug die Kommission eine CO_2-/Energiesteuer vor, die aber beim Treffen des Europäischen Rates im Dezember 1994 mehrheitlich abgelehnt wurde.[1033] Die Mitgliedstaaten einigten sich jedoch auf andere umwelt- und klimarelevante Maßnahmen, wie etwa das Förderprogramm SAVE zur Steigerung der Energieeffizienz, das THERMIE-Programm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Energietechnologien und das Programm ALTENER zur Förderung erneuerbarer Energien.[1034] Vornehmlich der Ausbau von erneuerbaren Energien wurde vom Europäischen Parlament und der Kommission unterstützt. So verkündete die Kommission im Weißbuch „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“[1035] ihre Absicht, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 auf zwölf Prozent zu erhöhen.[1036]

Change, S. 23-40, hier S. 24.

1029 Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 83.

1030 Vgl. ebenda.

1031 Jachtenfuchs (1996): Regieren durch Überzeugen, S. 446.

1032 Vgl. hierzu u.a. auch Häckel, Erwin (1991): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, Bonn, S. 179-184, hier S. 182.

1033 Vgl. Häckel, Erwin (1995): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, Bonn, S. 169-174, hier S. 172; vgl. auch Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 84; Matlary (1997): Energy Policy in the European Union, S. 68-71.

1034 Die Programme SAVE und ALTENER wurden am 28. Juni 1993 vom Rat verabschiedet. Vgl. Hillenbrand, Olaf (1994): Umweltpolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, Bonn, S. 183-190, hier S. 183.

1035 Europäische Kommission (1997): Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger: Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan, KOM/97/0599 endgültig, 26.11.1997, Brüssel.

1036 Pollak/Schubert/Slominski (2010): Die Energiepolitik der EU, S. 85.

Auch wenn das Europäische Parlament und einige Mitgliedstaaten eine verbindliche Festlegung dieser Zielsetzung befürworteten, wurden letztlich in der verabschiedeten Richtlinie (2001/77/EG) nur indikative Ziele vereinbart.[1037] Auf rechtlich verbindliche Ziele konnte man sich erst im Rahmen der EPE im Jahr 2007 einigen. Dennoch lässt sich festhalten, dass in den 1990er-Jahren einige wichtige umweltpolitische Akzente in der europäischen Energiepolitik gesetzt wurden. Für das Verständnis der weiteren Entwicklung der europäischen Energiepolitik ist jedoch besonders wichtig zu betonen, dass sich die EU stark in die internationalen Klimaschutzverhandlungen eingebracht hat und sich auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto zu einer Reduzierung der gemeinsamen Treibhausgasemissionen um acht Prozent im Zeitraum 2008–2012 gegenüber dem Niveau von 1990 verpflichtet hat.[1038]

> [The] intra-EU burden-sharing agreement, which allocates different greenhouse gas reduction commitments to the member states, strengthened the EU's negotiation position as it was able to commit itself to the toughest (collective) target of an 8 % reduction.[1039]

Neben den bereits bestehenden Förderprogrammen wurde im Zuge der Entwicklung einer Klimaschutzpolitik vor allem auch auf neue marktwirtschaftliche und flexible Steuerungsinstrumente[1040] zum Anreiz einer CO_2-armen Energieversorgung gesetzt, wobei das EU-weite Emissionshandelssystem (EHS), das Anfang 2005 in Kraft trat,[1041] als zentrales Instrument hervorzuheben ist. Die Neugestaltung des EHS wurde somit zu einem wesentlichen und teils auch strittigen Verhandlungspunkt im Rahmen des Energie- und Klimapaketes im Jahr 2008.[1042] Trotz vieler Schwierigkeiten in der konkreten Umsetzung umwelt- und klimaschutzpolitischer Zielsetzungen im Ener-

---

1037 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 195.

1038 Für die einzelnen Reduktionsverpflichtungen der Mitgliedstaaten vgl. Europäische Kommission (2006): Entscheidung der Kommission vom 14. Dezember 2006 über die gemäß der Entscheidung 2002/358/EG des Rates erfolgende Festlegung der Emissionsmengen, die der Gemeinschaft und jedem ihrer Mitgliedstaaten im Rahmen des Kyoto-Protokolls zugeteilt werden.

1039 Lenschow, Andrea (2006): Environmental Policy in the European Union: Bridging Policy, Politics and Polity Dimensions, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 413-432, hier S. 426.

1040 Ebenda, S. 421.

1041 Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates.

1042 Vgl. u. a. Skjaerseth/Wettestad (2010): Fixing the EU Emissions Trading System?.

giesektor lässt sich festhalten, dass die zunehmende Einbeziehung umweltpolitischer Überlegungen in die Energiepolitik die Rolle der EU-Institutionen gestärkt und auch das Spektrum der beteiligten Akteure bzw. Stakeholder wesentlich erweitert hat. Neben den etablierten Akteuren, wie Energieunternehmen, Regierungen und Interessenverbänden aus der Energiebranche, versuchen seit den 1990er-Jahren auch Verbraucherorganisationen sowie Umwelt-NGOs die europäische Energiepolitik zu beeinflussen bzw. sich in den Umweltdiskurs aktiv einzubringen.[1043]

Insbesondere wird eine rein marktbasierte Energiepolitik aus umweltpolitischer Sicht kritisch gesehen, da so primär kurzfristige Ziele der Kostenreduktion realisiert werden könnten, während langfristige Ziele der Versorgungssicherheit, der Energieeinsparung und des Umweltschutzes nicht „automatisch" berücksichtig würden.[1044] So wird auch von unterschiedlichen Energiepolitiken der EU gesprochen, die sich in ihren „Steuerungsphilosophien" auch fundamental widersprechen: Denn die Eingriffe in den Markt zum Schutze der Umwelt oder zur Sicherung der Energieversorgung stellen „a major deviation from the IEM [internal energy market] concept"[1045] dar. Der Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, wie er in Bezug auf nationale Energiepolitik in Industriestaaten oft schon diskutiert wurde,[1046] kam mit dem Ausbau des Binnenmarktes auch auf europäischer Ebene deutlicher zum Vorschein[1047] und prägt weiterhin die Auseinandersetzungen um die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik, worauf ich in den folgenden Analyseschritten ausführlich eingehe.

1043 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 29; McGowan (1996): Energy Policy in the EU, S. 2.

1044 Vgl. Finon, Dominique/Surrey, John (1996): The Future of EU Energy Policy, in: McGowan, Francis (Hrsg.): European Energy Policies in a Changing Environment, Heidelberg, S. 165-183, hier S. 168; Collier (2002): European Union Energy Policy in a Changing Climate.

1045 Matlary (1997): Energy Policy in the European Union, S. 58.

1046 Vgl. u. a. Kitschelt, Herbert (1984): Der ökologische Diskurs: Eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte, Frankfurt am Main/New York.

1047 Vgl. Collier (2002): EU Energy Policy in a Changing Climate, S. 179.

2 Analyseschritt I: Rekonstruktion des diskursiven Repertoires

Nach diesem Rückblick auf die Geschichte der europäischen Energiepolitik werden im ersten Analyseschritt nun zunächst die diskursiven Strukturen im Vor- und Umfeld der ersten offiziellen Äußerungen zur Energiepolitik für Europa (EPE) erfasst. Der diskursive Kontext bzw. die diskursiven Strukturen werden als *diskursives Repertoire energiepolitischer story-lines* verstanden, auf das die Akteure im weiteren Policy-Prozess um die EPE zugreifen können. Akteure – ihre diskursiven Strategien sowie die hierbei verwendeten konkreten story-lines – stehen im ersten Analyseschritt somit nicht im Vordergrund. Die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires basiert jedoch primär auf Artikulationen der zentralen Akteure auf europäischer Ebene (d. h. Entscheidungsträger in der Kommission, im Ministerrat und im Europäischen Parlament), da es letztlich keinen anderen Zugang zu Diskursen geben kann als über eine „Menge von Aussagen"[1048].

Angesichts der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE wurden idealtypische story-lines zu zwei Themenfeldern rekonstruiert, die auch als typisch für Policy-Diskurse insgesamt gelten können.[1049] Zum einen geht es um die Zuschreibung von Verantwortung und Zuständigkeiten. Zum anderen geht es um die Definition von Problemen, politischen Zielen und Forderungen sowie Lösungsmodellen. Es wurden entsprechend idealtypische story-lines zur Zuschreibung von Verantwortung im Energiebereich rekonstruiert. Zum anderen wurde untersucht, welche Anforderungen an die europäische Energiepolitik gestellt und welche Lösungsmodelle generiert werden. Wie im Kapitel zum methodischen Vorgehen bereits ausführlich erläutert wurde, stellen die jeweiligen Idealtypen eine Integration aus konkreten empirischen Aussageereignissen sowie theoretischem Vorwissen über den Untersuchungsgegenstand dar und stehen damit quasi „zwischen Empirie und Theorie"[1050]. Um das Spektrum an idealtypischen story-lines zu erfassen, wurden folgende Texte[1051] aus den Jahren 2005 und 2006 mit dem Analyseprogramm MAXQDA ausgewertet.

1048 Foucault (1981): Archäologie des Wissens, S. 170.

1049 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.1.1.

1050 Kelle/Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus, S. 83.

1051 Für ergänzende Erläuterungen zum Textsample t1 vgl. Anhang 1.

Tab. 2 Texte des Samples t1 (2005–2006)

Plenardebatten des Europäischen Parlaments	Reden der EU-Kommissare	Pressemeldungen des Ministerates
Alternative Energieformen (2005)	9 Reden des Kommissionspräsidenten, José Manuel Barroso	2 Pressemeldungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen
Klimawandel (2005)	10 Reden des Kommissars für Umwelt, Stavros Dimas	4 Pressemeldungen des Rates Landwirtschaft
Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates (2005)	1 Rede der Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner	7 Pressemeldungen des Rates Umwelt
Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung (2006)	2 Reden der Kommissarin für Wettbewerb, Neelie Kroes	7 Pressemeldungen des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie
Fusionen im Binnenmarkt (2006)	1 Rede des Kommissars für Handel, Peter Mandelson	7 Pressemeldungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit
Sicherheit der Energieversorgung (2006)	1 Rede des Kommissars für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Charlie McCreevy	6 Pressemeldungen des Rates Wirtschaft und Finanzen
Ergebnisse des Europäischen Rates/Lissabon-Strategie (2006)	1 Rede des Kommissars für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel	
Energieeffizienz (2006)	11 Reden des Kommissars für Energie, Andris Piebalgs	
Forschung und Entwicklung (2006)		
Europäischer Rat 15./16. Juni (2006)		
Strategie für nachhaltige Entwicklung (2006)		
Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission (2006)		
Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie/Grünbuch (2006)		
Insgesamt: 13 Plenardebatten	**Insgesamt:** 36 Reden	**Insgesamt:** 33 Pressemeldungen

Basierend auf diesen ausgewählten Texten wurden Merkmale induktiv identifiziert, anhand derer sich story-lines zur Energiekompetenz und zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik voneinander abgrenzen lassen. Gleichzeitig wurden die hiermit verknüpften grundlegenden Annahmen (z. B. über den politischen Handlungskontext oder das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie) zur weiteren Abstraktion und Gruppierung der konkreten Äußerungen einbezogen und zu Idealtypen verdichtet. Im Analyseschritt I gehe ich somit auch auf Verbindungen zu angrenzenden Diskursen sowie den historischen Entwicklungen in der Energiepolitik (Stichwort „diskursive Pfadabhängigkeit") ein. Gerade in Bezug auf diese grundlegenden Annahmen bzw. Meta-Narrative greife ich auch auf Sekundärliteratur zurück sowie auf zentrale EU-Dokumente, die nicht zum codierten Textsample t1 (2005–2006) gehören. Die Rekonstruktion der story-lines des diskursiven Repertoires verlief nach dem im Kapitel III beschriebenen methodischen Vorgehen, das hier nochmals graphisch zusammengefasst wird.

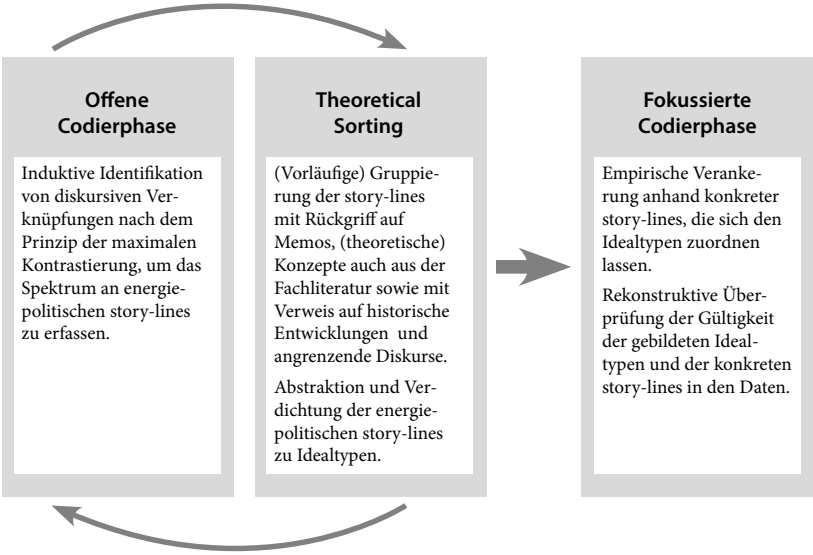


Abb. 7 Methodisches Vorgehen bei der Rekonstruktion von story-lines

Die Analyseergebnisse werden in Form von abstrahierten und aggregierten Idealtypen, d. h. *idealtypischen story-lines* präsentiert, die mehr oder weniger stark

von den tatsächlichen Äußerungen zur europäischen Energiepolitik abweichen können.[1052] Zur empirischen Verankerung der Idealtypen werden auch einige *konkrete story-lines* aus dem Textsample t1 anhand von Ankerbeispielen dargelegt. Diese typisierende Rekonstruktion sowie eine Ergebnispräsentation anhand von besonders aussagekräftigen Textsegmenten hat sich in der qualitativ-interpretativen Forschung – die hier die Umsetzung der empirischen Diskursanalyse anleitet – weitgehend durchgesetzt und gut bewährt.[1053] Durch diese Dokumentation[1054] sollen die Transparenz und die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Datenauswertung und -interpretation gewährleistet werden. Insgesamt ist der Analyseschritt I für die Beantwortung der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE dahingehend von Relevanz, als angenommen wird, dass das diskursive Repertoire die Artikulationsmöglichkeiten der sozialen Akteure im Policy-Prozess wesentlich ordnet und vorstrukturiert sowohl hinsichtlich der Zuschreibung politischer Verantwortung im Energiebereich (Abschnitt 2.1) als auch hinsichtlich der inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik (Abschnitt 2.2).

2.1 Idealtypische story-lines zur Energiekompetenz

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wurde grundsätzlich argumentiert, dass story-lines politische Realitäten erzeugen und dabei über die spezifische Problem- und Lösungsdefinition hinausgehen, d. h. auch Positionierungen von Akteuren vornehmen.[1055] In der Energiepolitik lassen sich zahlreiche unterschiedlich positionierte Akteure ausmachen. Dazu gehören u. a. Unternehmen der Energiewirtschaft, Regierungen, Parteien, Verbände, NGOs, internationale Organisationen, Medien, Wissenschaftler, Energieverbraucher (d. h. Wirtschaft und Privathaushalte) und nicht zuletzt auch die EU-Institutionen.[1056] Die konkreten Rollen und Zuständigkeiten dieser Akteure, also ihre jeweiligen

1052 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 110.

1053 Vgl. Kuckartz (2012): Qualitative Inhaltsanalyse, S. 125-126; Keller (2007): Diskurse und Dispositive analysieren; Keller (2007): Diskursforschung, S. 110. Vgl. ausführlich hierzu Kapitel III, Abschnitt 4.

1054 Angesichts der unterschiedlichen Formatversionen, in denen insbesondere Dokumente der EU-Institutionen online zur Verfügung stehen, wird in dieser Studie bei kürzeren Dokumenten auf die Angabe von Seitenzahlen verzichtet. Bei Parlamentsdebatten wird statt einer Seitenzahl der jeweilige Redner genannt.

1055 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1.2.

1056 Vgl. Brand, Ruth/Corbach, Matthias (2005): Akteure der Energiepolitik, in: Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Frankfurt am Main u. a., S. 251-277.

Subjektpositionen, sind jedoch nie endgültig fixiert. Der ordnungspolitische Dauerkonflikt zwischen Vertretern des *service public* bzw. einer staatlich gelenkten Energiewirtschaft und Vertretern einer wettbewerbsorientierten liberalisierten Energiewirtschaft macht dies besonders deutlich.

Übersicht 1 Analyseschritte zur Rekonstruktion der Idealtypen zur Energiekompetenz

Rekonstruktion idealtypischer story-lines zur Energiekompetenz

- Beschreibung des primären Merkmals, d. h. der jeweiligen Position zur EU-Energiekompetenz, sowie der konstitutiven Grundannahmen und Meta-Narrative.
- Zur empirischen Verankerung werden konkrete story-lines aus dem Textsample t1 (2005–2006) vorgestellt.

Auch wenn die Frage, ob der Staat oder der Markt besser geeignet ist, eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energieversorgung in Europa zu gewährleisten, immer wieder kontrovers diskutiert wird,[1057] so ist das „Vorrangprinzip der Märkte"[1058] in der EU doch mittlerweile sehr stark institutionalisiert bzw. der Energiebinnenmarkt wird als Handlungsrahmen weitgehend auf europäischer Ebene akzeptiert.[1059] Im hier untersuchten Teilkorpus t1, der den Zeitraum 2005 bis Ende 2006 umfasst, findet sich zumindest kaum fundamentale Kritik am Marktansatz im Allgemeinen und der Liberalisierung im Energiesektor im Speziellen.[1060] Die Vollendung des Binnenmarktes bleibt bis heute eine Priorität der europäischen Energiepolitik. Zudem sollen die Prinzipien und Regeln des Energiebinnenmarktes

1057 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 1.2.

1058 Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 319.

1059 Vgl. u. a. Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Fusionen im Binnenmarkt, P6_CRE(2006)03-15 (11), 15.3.2006, Straßburg. Diese Debatte zeigt besonders deutlich, dass kaum Kritik am Binnenmarkt für Energie geäußert wird, sondern lediglich an der mangelnden Umsetzung der bestehenden Richtlinien.

1060 Für Ausnahmen vgl. Redebeiträge von Jacky Henin (GUE/NGL); Lydia Schenardi (NI), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie – Grünbuch – Strategie für Biomasse und Biokraftstoffe – Unterstützungsinstrument im Bereich der nuklearen Sicherheit und Sicherung, P6_CRE(2006)12-14 (3), 14.12.2006, Straßburg; Redebeitrag von Diamanto Manolakou (GUE/NGL), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union, P6_CRE(2006)03-22 (12), 22.3.2006, Brüssel; Redebeitrag von Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission 2007, P6_CRE(2006)11-14 (15), 14.11.2006, Straßburg.

auch im Rahmen von außenpolitischen Initiativen, wie z. B. der Energiegemeinschaft, in Drittländern etabliert werden.[1061] An dieser Stelle soll aber nicht weiter auf diese ordnungspolitische Thematik in der europäischen Energiepolitik eingegangen werden, sondern auf die Grundsatzfrage, inwiefern die EU überhaupt als zentraler energiepolitischer Akteur in Erscheinung tritt. Oder anders formuliert: Wird die europäische Ebene als geeignete Handlungsebene für eine aktive Energiepolitik konstruiert? Primäres Merkmal, das hier zur Unterscheidung der Idealtypen dient, ist angesichts der Forschungsfrage die *Position zur EU-Energiekompetenz*. Neben der Beschreibung der jeweiligen Merkmalsausprägungen wird zudem auf die verknüpften Grundannahmen zum politischen Handlungskontext sowie zur empirischen Verankerung auf konkrete story-lines aus dem Textsample t1 eingegangen. Insgesamt wurden zwei idealtypische story-lines identifiziert, die eine EU-Energiekompetenz begründen: Erstens wird „mehr Europa" in der Energiepolitik als Notwendigkeit (Abschnitt 2.1.1) konstituiert. Zweitens wird eine europäische Energiepolitik nicht „nur" als sachlogisch notwendig betrachtet, sondern auch als ein populäres Integrationsprojekt (Abschnitt 2.1.2). Im dritten Idealtypus wird hingegen keine (gestärkte) EU-Energiekompetenz befürwortet, sondern Energiepolitik wird als primär nationaler Verantwortungsbereich (Abschnitt 2.1.3) konstituiert.

2.1.1 Idealtypus „Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit"

Im Policy-Diskurs auf europäischer Ebene geht es oft um die Grundsatzfrage, ob die EU in einem bestimmten Politikbereich überhaupt zuständig sein sollte. Es werden somit grundlegende Grenzen des politischen Raums gezogen und „Strukturmerkmale der Organisation von Politik"[1062] im Diskurs teils auch neu fixiert. Die so konstruierte „politische Landkarte" kann auch als Handlungskontext verstanden werden. In beiden idealtypischen story-lines zur Stärkung der EU-Energiekompetenz, insbesondere aber im hier nun vorgestellten *Idealtypus der Notwendigkeit*, spielt der Verweis auf Globalisierungsprozesse eine zentrale Rolle in Bezug auf den Handlungskontext und explizit in der Begründung einer gestärkten EU-Energiekompetenz. Der ständige Verweis auf den Handlungskontext einer globalisierten Welt und der damit verknüpften Implikationen und Herausforderungen fungiert somit als eine Art Meta-Narrativ für die Begründung von europäischen Kompetenzen, dies gilt nicht nur, aber besonders auch für die Energiepolitik.

1061 Vgl. hierzu auch Göler/Kurze (2009): Die EU als transnationaler Polity-Shaper.

1062 Gerhards, Jürgen/Hessel, Philipp (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union und seine Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern in 15 Mitgliedsländern der EU, in: Berliner Studien zur Soziologie, Nr. 14, Berlin, S. 9.

Zur Kontextualisierung und Einbettung soll daher kurz auf das Konzept der Globalisierung und insbesondere die Verwendung auf europäischer Ebene eingegangen werden. Bereits seit den 1990er-Jahren wird das Konzept der Globalisierung als „all-purpose catchword“[1063] verwendet, um einen umfassenden Strukturwandel, insbesondere aber Veränderungen technologischer und wirtschaftlicher Art, das heißt die neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten sowie den verstärkten Wettbewerb auf globalen Märkten und damit auch die neuen Handlungsbedingungen der Politik, zu beschreiben. Entsprechend steht auch die Diskussion um politische Reaktionsmöglichkeiten auf diese Globalisierungsprozesse „ganz oben auf der politischen Agenda von fast allen nationalen wie internationalen Akteuren“[1064]. Auch seitens der EU-Organe wird das Thema der Globalisierung immer wieder aufgegriffen, hauptsächlich durch die Kommission, die, so Heschl, „die europäische Integrationspolitik […] zu einem wesentlichen Teil als Reaktion auf Globalisierungstendenzen interpretiert.“[1065] Typische Reaktionen sind dabei marktkonforme Initiativen, wie die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.[1066] Kernziel der Lissabon-Strategie ist vor dem Hintergrund „der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbestimmten Wirtschaft“[1067], die EU

> […] zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.[1068]

Neben dem Lissabon-Prozess gilt auch die informelle Tagung des Europäischen Rates[1069] in Hampton Court im Oktober 2005 als wichtiger Referenzpunkt in der

1063 Lechner, Frank J./Boli, John (2000): General Introduction, in: Lechner, Frank J./Boli, John (Hrsg.): The Globalization Reader, Malden, MA/Oxford, S. 1-3, hier S. 1.

1064 Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union, S. 4.

1065 Heschl, Franz (2013): Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission, Wiesbaden, S. 196.

1066 Vgl. Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union, S. 4; Hay, Colin/Rosamond, Ben (2002): Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives, in: Journal of European Public Policy 9(2), S. 147-167, hier S. 150.

1067 Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2000, Lissabon.

1068 Ebenda. Diese Schlussfolgerungen liegen ohne Seitenangaben vor.

1069 Es wird hier von einem informellen Gipfel oder auch Sondergipfel gesprochen, da zu diesem Gipfeltreffen keine offizielle Erklärung abgegeben wurde.

europapolitischen Globalisierungsdebatte.[1070] Denn auf diesem Sondergipfel unter britischer Ratspräsidentschaft beschäftigten sich die Staats- und Regierungschefs abermals mit den möglichen Antworten der EU auf die Herausforderungen der Globalisierung. Diskussionsgrundlage für diesen „Globalisierungsgipfel"[1071] bildete die Mitteilung der Kommission „Europäische Werte in der globalisierten Welt"[1072], in der die Notwendigkeit von fundamentalen Reformen und Modernisierungsprozessen angesichts des wachsenden globalen Wettbewerbs betont wird:

> Europa muss seine Politiken reformieren und modernisieren, um seine Werte zu bewahren. Die Modernisierung ist von entscheidender Bedeutung, wenn Europa sein Niveau von Wohlstand, sozialem Zusammenhalt, Umweltschutz und Lebensqualität beibehalten möchte, das so hoch ist, wie noch nie zuvor.[1073]

Insbesondere das hier formulierte Ziel des Wohlstandserhalts lässt sich auch als „Megaziel"[1074] oder „number one priority"[1075] der EU beschreiben, das sich bis in die Anfänge der europäischen Integration zurückverfolgen lässt und entsprechend auch im Rahmen eines Gründungsmythos der EU immer wieder reproduziert wird.[1076] Nach dem Wirtschaftsskript, wie es in der EU vorherrscht, kann durch die Herstellung von Wettbewerb und die Liberalisierung der Märkte dauerhaftes Wachstum, Fortschritt und Wohlstand für alle Bürger erzeugt werden.[1077] Dieses Ziel wird sowohl innerhalb der EU durch die Vollendung des Binnenmarktes verfolgt als auch auf globaler Ebene, d. h. die EU trägt „unmissverständlich zu einer

1070 Vgl. Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union, S. 4.

1071 Vgl. EurActiv (2005): Sozialgipfel wird Globalisierungsgipfel, 12.10.2005, abrufbar unter: https://www.euractiv.de/section/soziales-europa/news/sozialgipfel-wird-globalisierungsgipfel (letzter Zugriff: 12.8.2017). Ursprünglich war nicht die Globalisierung, sondern die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells als Schwerpunktthema gesetzt.

1072 Europäische Kommission (2005): Europäische Werte in der globalisierten Welt: Beitrag der Kommission zur Tagung der Staats- und Regierungschefs im Oktober, KOM(2005) 525 endgültig/2, 3.11.2005, Brüssel.

1073 Ebenda, S. 3.

1074 Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union, S. 7.

1075 Barroso, José Manuel (2005): Presentation of the Five Year Strategy and 2005 Legislative and Work Programme, European Parliament, Plenary session, 26.1.2005, Brüssel.

1076 Vgl. Della Sala, Vincent (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, in: Journal of Common Market Studies 48(1), S. 1-19, hier S. 11.

1077 Vgl. Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union.

wirtschaftlichen Globalisierung"[1078] bei. Die EU lässt sich auch als „ein erfolgreiches Beispiel für Globalisierung auf regionaler Ebene"[1079] beschreiben.

Gleichzeitig wird der europäische Integrationsprozess auch als ein „Bollwerk" zum Schutz in der globalisierten Welt verstanden. Es lässt sich festhalten, dass die EU bzw. der europäische Integrationsprozess als „*a facilitator of*" und „*as a response to* globalization"[1080] verstanden werden kann. Inwiefern die EU nun primär zur wirtschaftlichen Globalisierung und den damit verknüpften Problemen durch ihre neoliberale Politik der Marktöffnung beiträgt oder die Bürger Europas vielmehr vor entfesselten Weltmärkten schützt, indem sie etwa an bestimmten Sozialstandards festhält, ist in der Wissenschaft und in der Politik stark umstritten. Die Vor- und Nachteile der Globalisierung für Europa und die jeweiligen Maßnahmen der EU werden entsprechend auch sehr unterschiedlich bewertet. Meist lässt sich jedoch eine Art Mittelposition im Globalisierungsdiskurs auf europäischer Ebene ausmachen, da zwar die vielen Chancen, aber auch immer die Gefahren bzw. Herausforderungen der Globalisierung betont werden, die es zu bewältigen gilt. Im Hinblick auf die diskursive Konstitution einer EU-Energiekompetenz spielen der Handlungskontext der globalisierten Welt und vor allem die damit verknüpften Gefahren und Herausforderungen eine wichtige Rolle bzw. fungieren als Meta-Narrativ, als grundlegende Annahmen, die nicht weiter hinterfragt oder genauer expliziert werden müssen. In den idealtypischen story-lines der Notwendigkeit wird eine gestärkte EU-Energiekompetenz basierend auf dem Meta-Narrativ der „gefährlichen globalisierten Welt" eingefordert.

Der Verweis auf externe und objektiv gegebene Herausforderungen der Globalisierung wird im Textsample t1 (2005–2006) in vielen und vielfältigen Zusammenhängen artikuliert. Im Sinne der empirischen Verankerung der Idealtypen werden nun zwei konkrete story-lines aus diesem Sample dargelegt, die in unterschiedlicher Weise Bezug auf die Gefahren und Sachzwänge der Globalisierung nehmen, um eine EU-Energiekompetenz zu begründen: Zunächst wird auf die story-line size matters eingegangen, in der die EU-Ebene aufgrund des umfassenden Prozesses der Globalisierung als wichtige politische Handlungsebene konstituiert wird, wobei vorwiegend auf (wirtschaftliche und machtpolitische) Skaleneffekte abgehoben

1078 Ebenda, S. 9.

1079 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates, P6_CRE(2005)10-26 (17), 26.10.2005, Straßburg.

1080 Rosamond, Ben (1999): Discourses of Globalization and the Social Construction of European Identities, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 652-668, hier S. 655, Hervorhebung im Original.

wird – Faktoren, die sich aber auch besonders in internationalen Energieverhandlungen auszahlen. Zweitens wird die story-line über die neue Energielandschaft analysiert, in der nicht die Globalisierung als umfassender Prozess, sondern spezifische globale Probleme bzw. Sachzwänge, die sich im Zuge der Globalisierung verschärft haben, für die Notwendigkeit einer gestärkten EU-Energiekompetenz hervorgehoben werden.

2.1.1.1 Konkrete story-lines

Konzeptionen der globalisierten Welt gehen oft mit dem Argument einher, dass die Politik insgesamt, hauptsächlich aber die Nationalstaaten ihre Handlungsfähigkeit bzw. Einflussmöglichkeiten verloren haben. „The limits of national politics, in other words, are forcefully suggested by globalization."[1081] Die Globalisierungsperspektive ermöglicht damit auch eine grundlegende Neuverteilung politischer Verantwortung bzw. impliziert, neu zu überdenken, auf welcher Ebene „authoritative processes of governance can and should occur"[1082]. Im hier untersuchten Teilkorpus t1 rückt im Lichte der Globalisierung die europäische Handlungsebene in den Vordergrund und gewinnt an politischer Bedeutung bzw. den Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene wird eine Subjektposition zugeschrieben, die eine besondere Verantwortung und Kompetenz im Umgang mit den Herausforderungen der Globalisierung beinhaltet. Grundtenor der *size matters story-line* ist, dass die EU schon allein aufgrund ihrer Größe im Gegensatz zum Nationalstaat in der globalisierten Welt besser gehört wird bzw. Einfluss nehmen kann, wie folgendes Ankerbeispiel verdeutlicht:

> There are those who claim that in our interconnected age, it is grassroots politics that matters. That globalisation has liberated the local. There's a lot in this. But there are those who then argue that the EU is rendered irrelevant in this globalised world. They are wrong. The opposite is true. *Globalisation makes the case for the European Union. Because size matters in the globalised world.* The actors of globalisation; the United States, China, India, dwarf any single member of the EU in terms of population, and in some cases in terms of economic size and security strength. The EU has that size; 500 million people, the biggest single market in the world, the biggest exporter in the world, the biggest aid donor in the world.[1083]

1081 Held, David et al. (1999): Global Transformations: Politics, Economics, and Culture, Cambridge, S. 1.

1082 Rosamond (1999): Discourses of Globalization and the Social Construction of European Identities, S. 653.

1083 Barroso, José Manuel (2006): Seeing through the Hallucinations: Britain and Europe in the 21st Century, Hugo Young Lecture, SPEECH-06-602, 16.10.2006, London.

Kooperation und Koordination auf europäischer Ebene werden als eine Notwendigkeit betrachtet, um in der globalisierten Welt zu bestehen und die vielen damit verbundenen Herausforderungen in den Griff zu bekommen; eine Aufgabe, die Nationalstaaten, insbesondere kleinere Staaten, nicht mehr zu leisten vermögen. Diese Grundprämisse wird in den folgenden Ankerbeispielen auch explizit auf die großen energiepolitischen Herausforderungen übertragen:

> […] let's consider some of the broader challenges we face: Climate change, international terrorism, mass migration, demographic change, global pandemics, security of energy supply, international counterfeiting and the theft of intellectual property. I can well understand – and sometimes even relate to the sentiments of those who shun a federal Europe. But does anybody seriously believe that any Member State of the European Union - however big - can tackle the problems posed by the phenomena I have mentioned on their own? Can anyone suggest any instrument apart from the European Union that could be more effectively used to tackle them?[1084]

> Viel zu lange war es so, dass die Einzelstaaten ihren Energiebedarf und ihre Energieprioritäten planlos und willkürlich aufgrund ihrer eigenen Bedürfnisse festgelegt haben, ohne Sinn für die *kollektive Macht, über die wir in Europa verfügen* könnten, wenn wir bereit wären, unsere Energie und unsere Ressourcen zu bündeln. Diese Politik sollte nicht auf neue rechtliche Hemmnisse, sondern auf den Aufbau eines offenen Energiemarkts setzen. Eines ihrer Ziele sollte ein gut integriertes Gemeinschaftsnetz sein. Ein solches gibt es bereits zwischen einzelnen Staaten auf bilateraler Ebene. Stellen Sie sich nur vor, wie viel größer unsere Wirtschaftsmacht und unsere Wettbewerbsfähigkeit wären, wenn wir bereit wären, unsere Netze europaweit zu *integrieren.* Zweitens sollten wir, wie andere wichtige Staaten der Welt, bereit sein, auf Gemeinschaftsebene mit den wichtigsten Energieversorgern in einen Dialog zu treten, damit wir uns *mit geeinten Kräften Gehör verschaffen* können.[1085]

Der Verweis auf die Bündelung von Energie und anderen Ressourcen als Notwendigkeit, um die kollektive Macht Europas bzw. ihre Wirtschaftsmacht und Wettbewerbsfähigkeit zu entfalten und zu erhalten, bedeutet umgekehrt, dass eine kleinteilige – sprich rein nationale oder auch regionale Energiepolitik – eine echte Gefahr für die europäische Wettbewerbsfähigkeit und damit für den Wohlstand Europas darstellt:

> Zweitens die Gefahr, die von denen herrührt, die der Meinung sind, dass es möglich sei, Europa zu einer Macht auszubauen, gleichzeitig aber 25 kleine Energiemärkte, 25

1084 McCreevy, Charlie (2006): A Stronger Europe for a More Secure Future, Association of European Journalists, SPEECH-06-802, 15.12.2006, Dublin.

1085 Redebeitrag von Tony Blair, Ratspräsident, in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates.

> kleine Dienstleistungsmärkte beizubehalten. Wenn wir Europa zu einer wirklichen Macht ausbauen wollen, müssen wir den Binnenmarkt voll und ganz realisieren. Denn davon hängt unsere Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt ab.[1086]

Es lässt sich feststellen, dass im untersuchten Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus dem Zeitraum Anfang 2005 bis Ende 2006, immer wieder auf das Meta-Narrativ der „gefährlichen globalisierten Welt" Bezug genommen wird, um die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Vorgehensweise im Energiebereich zu begründen. Dieser starke Globalisierungsbezug im Energiediskurs ist insofern überraschend, da gerade die Gas- und Strommärkte ja zu den sehr gering globalisierten Märkten gehören und vielmehr regional bzw. national organisiert sind. Folglich dient der Verweis auf die Globalisierung hier primär dazu, die Handlungsfähigkeit und Bedeutung der EU an sich in diesem Politikbereich hervorzuheben. Dieses bereits gut etablierte Artikulationsmuster wird somit auch zur Kompetenzbegründung in der Energiepolitik routiniert verwendet. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive ist zudem wichtig festzuhalten, dass die konkrete size matters story-line nicht nur eine EU-Energiekompetenz begründet, sondern gleichzeitig diese globalisierte Weltordnung reproduziert und stabilisiert. Die Existenz und Bedeutung der Globalisierung wird im hier untersuchten Textsample aus den Jahren 2005 bis 2006 im Gegensatz zu den 1990er-Jahren nicht (mehr) grundsätzlich hinterfragt, sodass man durchaus von einer Objektivierung oder Naturalisierung dieser Weltsicht ausgehen kann.[1087] Die Konstruktion der Wirklichkeit als eine globalisierte Welt mit all ihren Chancen und v. a. ihren vielen Herausforderungen und Gefahren begründet die europäische Handlungsebene als „legitimate policy space"[1088] und besonders auch als geeignete Handlungsebene zur Gestaltung einer gemeinsamen Energiepolitik.

Während in der size matters story-line die europäische Handlungsebene durch die Konstruktion des externen Kontextes als eine globalisierte Welt an Bedeutung gewinnt und in diesem Zusammenhang auch eine EU-Energiekompetenz grundsätzlich als notwendig konstituiert wird, so wird hier nun genauer auf die spezifischen energiepolitischen Herausforderungen bzw. Probleme abgehoben, die ebenfalls mit der Notwendigkeit einer gestärkten EU-Energiekompetenz verknüpft werden. In der diskursiven Policy-Forschung spielt dieser Aspekt der Problemdefinition in nahezu allen Ansätzen eine zentrale Rolle, da die Definition oder Deutung einer

---

1086 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates.

1087 Für die Perspektive der 1990er-Jahre vgl. Rosamond (1999): Discourses of Globalization and the Social Construction of European Identities, S. 664.

1088 Ebenda, S. 667.

problematischen Situation beeinflusst, wie das jeweilige Problem behandelt wird und von wem. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wurde ebenfalls betont, dass die Definition von Problemen, Lösungen und Zuständigkeiten einen wesentlichen Teil des Policy-Prozesses ausmacht. Die damit konstituierte Ordnung geht auch mit einer diskursiven Verknappung einher, da immer nur bestimmte Verknüpfungen zwischen Problemen und Zuständigkeiten gezogen werden. Im untersuchten Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus den Jahren 2005 und 2006, lässt sich dabei eine Fokussierung auf die Problemfelder Energiesicherheit und Klimawandel identifizieren, die in Kombination eine neue Energielandschaft oder Energieära – sprich einen neuen energiepolitischen Handlungskontext – konstituieren, wie die folgenden beiden Ankerbeispiele der konkreten *story-line neue Energielandschaft* demonstrieren:

> *Europe has entered a new energy era*. Energy demand will continue to increase, as will competition for global energy resources. In 25 years' time, between 80 and 90 % of our oil and gas demand will be met by imports from third countries. And recently we have seen high and volatile energy prices, and realised our dependence on external suppliers. We have to react to today's rapidly evolving markets, to ensure influence on global developments and to manage our external dependence. We must diversify the energy mix as well as our imports, so limiting our exposure to future price shocks and political risk. We have to answer the crucial question of how to achieve our climate change objectives and play a leading role in the global search for renewable energy solutions. And we must do all these things in a way that is compatible with our growth and jobs aspirations, while harming neither the competitiveness of our industry nor the wellbeing of our citizens. These challenges require a common EU response.[1089]

> It is quite clear that these *are exceptional times for energy*, both *for Europe and globally*. Global demand for energy is increasing very rapidly. Oil prices continue to rise to unprecedented heights and major new oil discoveries are increasingly rare. Gas demand is also increasing and gas supply prospects appear less reassuring than ten years ago. […] Climate change is a reality to be tackled; and the present state of progress of renewable energy technologies means that renewables alone cannot be relied upon to resolve these problems in the near future. This places us at a crossroads from which we cannot turn back. The path that we choose now has the potential to determine whether or not Europe can guarantee sustainable and affordable energy supplies in the decades to come. These are, therefore, unique times.[1090]

1089 Kroes, Neelie (2006): The Need for a Renewed European Energy Policy, OFGEM Seminar on Powering the Energy Debate: Europe – Competition and Regulation, SPEECH-06-541, 28.9.2006, London.

1090 Piebalgs, Andris (2006): A Place for Coal in the EU Energy Mix, Speech at the Conference „Future EU Energy Mix – Will Coal Play an Important Role?", SPEECH-06-328, 29.5.2006, Gliwice.

In diesen Problembeschreibungen der neuen Energielandschaft zeigt sich eine große Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Analysen der Energiesituation Mitte der 2000er-Jahre, wie es etwa in der These des „new energy paradigms“[1091] zum Ausdruck kommt. In der Darstellung dieser weitgehend von Politik und Wissenschaft geteilten bzw. sich gegenseitig beeinflussenden Problemdefinition[1092] wird auch auf Szenarien und Prognosen verwiesen, um die Handlungsdringlichkeit im Bereich der Energiepolitik herauszustellen. So wird etwa auf die bedrohlich steigende Importabhängigkeit der EU im Bereich der fossilen Energieträger Öl und Gas verwiesen oder auf die steigenden weltweiten Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel weiter vorantreiben.

> Firstly, global energy demand is increasing, and will continue to do so. Secondly, our climate is changing significantly. According to the Intergovernmental Panel on Climate Change, climate change has already made the world some 0.6 °C hotter. In the worst case scenario, temperatures could rise by up to 5.8 °C by the end of the century. […] We are facing a serious and urgent issue. On current trends, climate change will have widespread consequences, on both developed and developing countries. *The EU has and will continue to take a lead in the fight against climate change.* It is important to develop our understanding of the costs and benefits involved in meeting this challenge. In that context I welcome as an important contribution the report issued by Sir Nicholas Stern today. Thirdly, our internal hydrocarbon reserves are dwindling. The European Union is already the largest importer and second largest consumer of energy in the world. We are currently dependent on external sources for 50 % of our energy needs. This could rise to 70 % by 2030.[1093]

In der konkreten story-line zur neuen Energielandschaft wird auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse verwiesen, wie im obigen Zitat auf den Stern-Report oder die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), aber die zugrunde liegenden Annahmen dieser Studien und Prognosen werden meist nicht weiter hinterfragt. Es wird dabei nicht in differenzierter Weise auf die komplexen Sachverhalte und Zusammenhänge eingegangen, die etwa hinter einer prognostizierten Prozentzahl stehen.[1094] Auch mögliche Streitpunkte und

1091 Vgl. u. a. Helm (Hrsg.) (2007): The New Energy Paradigm.

1092 Vgl. hierzu Helm, Dieter (2005): European Energy Policy: Securing Supplies and Meeting the Challenge of Climate Change, 25.10.2005, Oxford, abrufbar unter: http://www.dieterhelm.co.uk/sites/default/files/European_Energy_Policy251005.pdf (letzter Zugriff: 27.9.2014.). Dieses Papier wurde von Dieter Helm speziell für die britische Ratspräsidentschaft im Vorfeld des Gipfeltreffens verfasst.

1093 Barroso, José Manuel (2006): A European Strategy for Energy: Closing Speech, Conferência DN, SPEECH-06-649, 30.10.2006, Lissabon.

1094 Vgl. auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

Widersprüche – denn auch Forschungsergebnisse entstehen in bestimmten institutionellen und diskursiven Kontexten[1095] – werden in dieser konkreten story-line ausgeblendet. Stattdessen wird in der story-line zur neuen Energielandschaft ein klares Problemsetting aufzeigt, woraus sich dann auch eine Handlungsnotwendigkeit klar ableiten lässt:

> The science behind global warming is clear and its consequences are becoming ever more apparent. The real issue regarding global warming is that we can act today to bring it under control. If we do not, its disastrous effects will not be felt by us, but by our children and grandchildren. And if we do not act, it really will be too late for future generations to do anything whatsoever about it no matter what measures they might then take. This is not a legacy for which I wish to be responsible, even in part.[1096]

Komplexe wissenschaftliche Fachdiskurse etwa über den Klimawandel oder die zukünftige Entwicklung der Importabhängigkeit bedürfen dieser teils moralisierenden und vereinfachenden „Übersetzung", wenn sie in der Öffentlichkeit und auch im Policy-Prozess Wirkung entfalten sollen.[1097] Eine wesentliche Funktion von story-lines, so die theoretische Annahme, ist eben genau diese Komplexitätsreduktion vorzunehmen und eine Ordnung herzustellen, die u. a. eine klare Zuordnung von politischen Zuständigkeiten ermöglicht. Energiepolitische story-lines erleichtern sozialen Akteuren somit den Umgang mit Unsicherheit und Komplexität im Policy-Prozess.[1098] Typisch für die Darstellung von Policy-Problemen im Rahmen der konkreten story-line zur neuen Energielandschaft ist neben der Moralisierung und Simplifizierung auch die Dramatisierung. Eine besondere Form der Dramatisierung stellt dabei die Versicherheitlichung („securitisation")[1099] dar, d. h. die Definition von

---

1095 Zur Rolle wissenschaftlicher Erkenntnisse in der internationalen Klimadebatte vgl. u. a. Hulme, Mike (2009): Why We Disagree about Climate Change: Understanding Controversy, Inaction and Opportunity, Cambridge.

1096 Piebalgs, Andris (2006): Towards a New European Energy Policy, Public Hearing on Green Paper on a European Energy Policy, SPEECH-06-524, 22.9.2006, Brüssel.

1097 Vgl. Keller (2007): Diskursforschung, S. 68.

1098 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel II, Abschnitt 4.1.2. Speziell zum Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen im Policy-Prozess vgl. auch Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

1099 Vgl. Buzan, Barry, Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): Security: A New Framework for Analysis, Boulder/London. Ich beziehe mich hier auf den Ansatz der sogenannten Kopenhagener Schule. Für eine Einführung in die unterschiedlichen Forschungsansätze vgl. u. a. Büger, Christian/Stritzel, Holger (2005): New European Security Theory: Zur Emergenz eines neuen europäischen Forschungsprogramms, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12(2), S. 117-125.

Problemen als existenzielle Bedrohung für ein Referenzobjekt, das sich traditionell auf Staaten, aber im erweiterten Sinn des Sicherheitsbegriffs auch auf andere Objekte beziehen kann. Versicherheitlichungsprozesse lassen sich sowohl im Bereich der Energiesicherheit als auch für den Bereich des Klimaschutzes nachzeichnen, wie ich hier jedoch nur kurz skizziere.[1100] So wird der Klimawandel etwa als ein „issue affecting our very survival and which will be the single greatest public policy challenge of this century"[1101] bezeichnet. Insgesamt wird in der konkreten story-line über die neue Energielandschaft eine dramatische, aber klare Problemsituation gezeichnet, die vor allem durch die sogenannten „twin challenges"[1102] – Energiesicherheit und Klimawandel – geprägt ist und die ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene in der Energiepolitik notwendig macht.

Neben den typischen Mustern der Simplifizierung, Moralisierung und Dramatisierung bzw. der Versicherheitlichung soll hier aber noch ein weiteres Muster hinsichtlich der Definition energiepolitischer Probleme genauer betrachtet werden. Denn besonders auffällig ist, dass im Teilkorpus t1 (2005–2006) die Notwendigkeit einer EU-Energiekompetenz eng mit den Gefahren der Globalisierung verknüpft wird, d. h. auch die energiepolitischen „twin challenges" werden meist aus einer globalen Perspektive betrachtet bzw. in den Kontext der Globalisierung eingeordnet. Dabei werden die Ursachen dieser globalen Herausforderungen auch außerhalb der EU verortet, wobei die diskursive *Fokussierung auf externe Problemursachen* überwiegend in Bezug auf die europäische Energiesicherheit vorgenommen wird. Das heißt, Energiesicherheit und Klimawandel werden zwar ständig in einem Atemzug genannt – sie sind scheinbar untrennbare Elemente der neuen Energielandschaft –, aber bei genauerer Betrachtung lassen sich durchaus Unterschiede in der Problemdefinition festmachen.

Die Problembeschreibung im Feld der Energiesicherheit bezieht sich meist auf die internationalen Abhängigkeitsbeziehungen und v. a. die Konkurrenz auf den Weltenergiemärkten. Dieses globale bzw. internationale Verständnis der Energiesicherheitsproblematik lässt sich bis auf die Ölkrisen der 1970er-Jahre zurückführen.[1103] Es besteht eine gewisse Tradition auch gerade im EU-Energiediskurs, die Energiepo-

1100 Für eine ausführliche Analyse von Versicherheitlichungsprozessen in der europäischen Energiepolitik vgl. Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit; für die Versicherheitlichung des Klimawandels vgl. u. a. Diez, Thomas/Lucke, Franziskus von/Wellmann, Zehra (2016): The Securitisation of Climate Change: Actors, Processes and Consequences, London/New York.

1101 Mandelson, Peter (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy, Conference on Strategic Energy Policy, SPEECH-06-718, 21.11.2006, Brüssel.

1102 Ebenda.

1103 Vgl. Häckel (1990): Energiepolitik, S. 185.

litik als eine maßgeblich durch die energiewirtschaftlichen Außenbeziehungen determinierte Politik zu betrachten. Die Rolle einer energieintensiven Lebens- und Wirtschaftsweise innerhalb der EU wird hingegen kaum kritisch thematisiert. Auch im Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus den Jahren 2005 und 2006, werden die steigende Importabhängigkeit sowie die Konkurrenz auf den Energiemärkten stets in Verbindung mit dem Problemkomplex „Energiesicherheit" hervorgehoben. Zudem werden Abhängigkeit und Konkurrenz als Probleme definiert, die sich im Zuge der Globalisierung weiter verschärft haben,[1104] insbesondere aufgrund der gestiegenen Energienachfrage in den Schwellenländern China und Indien. Nicht nur stellt die Nachfrage der Schwellenländer für die Energiesicherheit der EU ein Problem dar, sondern v. a. auch die politisch instabile Lage in den Produzenten- und Transitländern, wobei die Subjektposition Russlands besonders stark variiert. Wichtig ist hier jedoch vielmehr, dass im Rahmen der konkreten story-line zur neuen Energielandschaft stets *globale Entwicklungen* für die fragile Energiesicherheit in Europa verantwortlich gemacht werden:

> Jetzt ist jedem klar, dass wir vor mehr gemeinsamen Problemen stehen als je zuvor, zum Teil infolge der durch die Globalisierung entfesselten Kräfte. Und gemeinsame Probleme verlangen gemeinsame Lösungen, ob es nun um Wachstum und Arbeitsplätze in einer zunehmend von Wettbewerb geprägten Welt, um den Klimawandel, die sichere Energieversorgung oder aber um den internationalen Terrorismus geht.[1105]

Weiterhin wird die Gefährdung der Energiesicherheit im Kontext des globalen Wettbewerbs um Energieressourcen also mit einem möglichen Verlust der europäischen Wettbewerbsfähigkeit verknüpft,[1106] wodurch letztlich dann auch das „Megaziel" des Wohlstandserhalts in einer globalisierten Welt als gefährdet betrachtet wird. Durch diese Verknüpfung mit übergeordneten (wirtschaftlichen) Zielen der EU erhält die Gewährleistung der Energiesicherheit einen besonders hohen Stellenwert. Wichtig ist an dieser Stelle zunächst festzuhalten, dass die Fokussierung auf externe Problemursachen – also die Konkurrenz auf den Weltenergiemärkten und die politische Instabilität in wichtigen Produzenten- und Lieferantenländern – in der story-line zur neuen Energielandschaft mit der

1104 Vgl. Europäische Kommission (2005): Europäische Werte in der globalisierten Welt, S. 9.

1105 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission 2007.

1106 Vgl. Europäische Kommission (2005): Europäische Werte in der globalisierten Welt, S. 9.

Zuschreibung einer zentralen Verantwortung und Handlungsfähigkeit der EU hinsichtlich der Bewältigung dieser Herausforderungen verknüpft wird. Insbesondere wird eine verstärkte Kooperation im Bereich der Energieaußenpolitik gefordert, was sich etwa in der viel verwendeten Phrase „die EU soll mit einer Stimme sprechen" äußert, um so die kollektive Macht der EU gegenüber Drittstaaten besser ausspielen zu können.

Im Zusammenhang mit dem Problemkomplex „Klimawandel" wird das internationale Umfeld bzw. der externe Handlungskontext zwar auch als eine globalisierte Welt konstruiert, die aber nicht hauptsächlich von Konkurrenz und Wettbewerb geprägt ist, sondern in der die vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen als Ausgangspunkt bzw. als Begründung für eine Verantwortung der Weltgemeinschaft zur kooperativen Lösung des Klimaproblems herangezogen werden. Auch wird die Problemursache für den Klimawandel nicht, wie im Problemfeld Energiesicherheit, primär außerhalb der EU verortet, sondern auch EU-intern verursachte CO_2-Emissionen werden durchaus als zentraler Teil des Problems definiert, wobei die zunehmenden CO_2-Emissionen in den Schwellenländern (insbesondere in China) nicht weniger problematisch betrachtet werden. Mögliche Zielkonflikte und widersprüchliche Maßnahmen, die sich aus einer Fokussierung auf externe und interne Problemursachen potenziell ergeben, werden in der story-line zur neuen Energielandschaft jedoch kaum thematisiert. Stattdessen wird stets die gemeinsame globale Dimension der Probleme hervorgehoben.

Es wird also nicht nur die globale Dimension der Energiesicherheit in der konkreten story-line neue Energielandschaft betont, sondern auch die des Klimawandels. Allgemein hat sich in der Umweltpolitik spätestens seit den 1980er-Jahren eine globale Problemsichtweise durchgesetzt.[1107] Die Dominanz globaler Umweltprobleme[1108] bzw. die Marginalisierung lokaler Umweltprobleme und dezentraler Lösungsansätze in der Umweltpolitik hat gerade auch dazu beigetragen, dass die EU eine proaktive Rolle in diesem Politikbereich eingenommen hat.[1109] Der Klimawandel gilt dabei als ein Paradebeispiel für ein globales Umweltproblem,[1110] das sich nicht im Rahmen nationaler Institutionen lösen lässt und somit als Handlungsfeld der EU geradezu prädestiniert erscheint. In diesem hochgradig globalisierten Pro-

1107 Vgl. Lechner, Frank J./Boli, John (2000): Introduction to Part IX, in: Lechner, Frank J./Boli, John (Hrsg.): The Globalization Reader, Malden, MA/Oxford, S. 371-373, hier S. 371.

1108 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 11.

1109 Vgl. Lenschow, Andrea/Sprungk, Carina (2010): The Myth of a Green Europe, in: Journal of Common Market Studies 48(1), S. 133-154, hier S. 139.

1110 Vgl. Held et al. (1999): Global Transformations, S. 384.

blemfeld hat sich die EU seit den 1990er-Jahren dann auch kontinuierlich als ein wichtiger Akteur in den internationalen Klimaverhandlungen etablieren können. Die Klimapolitik wird zudem auch als eine wesentliche identitätsstiftende Aufgabe der EU betrachtet, was sich nicht zuletzt in der selbst (re-)produzierten und in der Literatur viel diskutierten Vorreiterrolle bzw. Vorbildfunktion der EU im Klimaschutz zeigt.[1111] Der globale Klimawandel wird im Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus den Jahren 2005 und 2006, aber auch als wesentliche Herausforderung der neuen Energielandschaft und damit als ein zentrales energiepolitisches Problem der EU definiert. Angesichts der Herausforderung des globalen Klimawandels wird also auch eine stärkere Rolle der EU in der Energiepolitik gefordert. Die Dominanz der globalen Problemdefinition in nahezu allen Artikulationen, die sich für eine EU-Energiekompetenz aussprechen, basiert weitgehend auf der zuvor beschriebenen Subjektposition der EU als einflussreicher Akteur in der globalisierten Welt.

Die Verknüpfung der „twin challenges" zur Globalisierung verweist somit auf einen grundlegenden Denkstil, der auf große Probleme fokussiert ist und für diese großen Probleme auch stets große Lösungen sucht.[1112] In den hier untersuchten konkreten story-lines werden mit den globalen Problemen stets europäische Zuständigkeiten und Lösungsmodelle verknüpft. Wie in der konkreten story-line size matters herausgestellt wurde, werden im Teilkorpus t1 große globale Probleme einerseits mit einer Handlungsunfähigkeit der Nationalstaaten und andererseits mit einer europäischen Lösungskompetenz verknüpft. Etwas vereinfachend zusammengefasst lässt sich folgende These aufstellen: *Umso größer, globaler das Problem definiert wird, desto eher wird damit auch die Notwendigkeit einer EU-Kompetenz begründbar.* Dies zeigt sich besonders darin, dass globale Probleme, wie die im Energiediskurs fokussierten Probleme der Energiesicherheit und des Klimawandels, per se auch als Probleme aller Europäer dargestellt werden; eine genauere Differenzierung zwischen stärker oder weniger betroffenen Mitgliedstaaten bleibt meist aus:[1113]

> Abundant energy at a cheaper price remains a European objective. Now, fifty years on, we can add to it the fight against climate change and the need for greater energy security. *These are European problems; and they need European solutions.* Energy has

1111 Vgl. u. a. Karlsson, Christer et al. (2011): Looking for Leaders: Perceptions of Climate Change Leadership among Climate Change Negotiation Participants, in: Global Environmental Politics 11(1), S. 89-107; Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.) (2011): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York; vgl. Kapitel I, Abschnitt 2.

1112 Vgl. Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 227.

1113 Vgl. hierzu Heschl (2013): Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission, S. 312-313.

> once again become one of the driving forces for European integration. An integration driven by a *demand for solutions to real problems faced by all Europeans*. That is what the European Union continues to be about.[1114]

Diese globalen Probleme aller Europäer wie insbesondere die „twin challenges of security of supply and climate change cannot be overcome at the national level. In this area we need more and better Europe, not less"[1115]. Um die Verantwortung und Kompetenz der EU herauszustellen, werden energiepolitische Probleme, insbesondere die im Teilkorpus t1 (2005–2006) fokussierten „twin challenges", also stets in ihren globalen Dimensionen und Implikationen beschrieben; als große Probleme, die sich im Prozess der Globalisierung verschärft haben und/oder die sich entsprechend auch nur auf europäischer und/oder auf globaler Ebene effektiv lösen lassen, wobei in beiden Fällen die EU und ihre Institutionen als besonders handlungsfähig positioniert werden. Das heißt angesichts der großen Probleme, die sich gerade auch im Kontext der Globalisierung ergeben, ist eine koordinierte europäische Vorgehensweise in der Energiepolitik zukünftig unumgänglich. Oder anders formuliert: Eine europäische Energiepolitik bedeutet aus dieser Perspektive nicht eine politische Wahlentscheidung oder eine präferierte Option aus verschiedenen Handlungsoptionen, sondern angesichts der globalen Probleme und Sachzwänge vielmehr eine alternativlose, notwendige Konsequenz:

> The recent crisis and persistent high oil prices teach a lesson to those who normally resist and obstruct to provide an European dimension for the energy policy. Europe *must* have an improved, more coordinated energy policy, based on the principles of diversification of sources, security of supply and sustainability.[1116]

Während die Globalisierung also als ein Bündel an Herausforderungen bzw. als übergeordneter Handlungskontext konstituiert wird, der die EU als Handlungsebene grundsätzlich aufwertet, so werden zur Legitimation der EU-Energiekompetenz zudem auch spezifische globale Herausforderungen der neuen Energielandschaft herausgestellt. Vor allem die zwei globalen Problemkomplexe – Energiesicherheit und Klimawandel – werden dabei in den Verantwortungsbereich der EU eingeschrieben. Während sich Unterschiede in der Verortung der Problemursachen im

1114 Barroso (2006): A European Strategy for Energy.

1115 Mandelson (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy.

1116 Barroso, José Manuel (2006): Remarks on the Programme of the Austrian Presidency of the European Union, Plenary Session of the European Parliament, SPEECH-06-13, 18.1.2006, Straßburg.

Hinblick auf diese beiden Problemfelder beobachten lassen, so kann die globale Perspektive dennoch als Gemeinsamkeit betrachtet werden.

2.1.1.2 Zusammenfassung

Primäres Merkmal	**Ausprägung im Idealtypus Notwendigkeit**
Position zur EU-Energiekompetenz	Eine gestärkte EU-Energiekompetenz wird mit objektiv gegebenen Problemen, die explizit oder implizit als *globale Herausforderungen* definiert werden, als notwendig und alternativlos konstituiert.

Es lässt sich insgesamt festhalten, dass eine gestärkte Rolle der EU im Bereich der Energiepolitik idealtypischerweise mit dem Meta-Narrativ der gefährlichen globalisierten Welt begründet wird. Die hier rekonstruierte *idealtypische story-line der Notwendigkeit* zeigt sich dabei v. a. in zwei konkreten story-lines – der size matters story-line und der story-line neue Energielandschaft. Es wird eine energiepolitische Ordnung erzeugt, die explizit oder implizit mit den ökonomischen Zwängen der Globalisierung – dem globalen Wettbewerbsdruck – und dem europäischen Megaziel des Wohlstandserhalts verknüpft ist. Energiepolitik wird als Grundpfeiler des wirtschaftlichen Überlebens und des Wohlstandserhalts in einer von Konkurrenz geprägten globalisierten Welt konstituiert. Die hierin implizierte Naturalisierung bestimmter wirtschaftlicher Ziele, wie Wachstum und Wohlstand, können so auch als „core imperatives" – als nicht verhandelbar – begriffen werden.

Während die Herausforderung der Energiesicherheit sehr stark wirtschaftlich konnotiert wird, findet sich in Bezug auf den Problemkomplex des Klimawandels, neben der wirtschaftlichen Argumentation – nach dem Motto des Stern-Reports „Klimaschutz rechnet sich" – auch der Verweis auf die moralische Verantwortung der EU, als Vorbild in der internationalen Klimapolitik zu agieren. In beiden Fällen wird stets die globale Problemdimension herausgestellt und mit der besonderen Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der EU verknüpft. In Bezug auf die Kompetenzfrage lässt sich also festhalten, dass in der idealtypischen story-line Notwendigkeit eine gestärkte EU-Energiekompetenz sachlogisch und alternativlos im Kontext der globalisierten Welt erscheint. Neben diesem Idealtypus lässt sich noch eine weitere idealtypische *Pro-EU-story-line* ausmachen, in der die europäische Energiepolitik aber nicht als notwendig angesichts gegebener globaler Herausforderungen konstituiert wird, sondern als neues Integrationsprojekt befürwortet wird.

2.1.2 Idealtypus „Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt“

> If Europe could agree its clearly identified energy goals and priorities and pursue them rigorously with a single voice, *it can lead the new global energy agenda, not follow it*. This is the fundamental reason why Europe needs a common energy policy.[1117]

Auch in diesem Zitat wird die globalisierte Welt als übergeordneter Handlungsrahmen der europäischen Energiepolitik konstituiert. Allerdings wird die EU dabei anders positioniert als in der zuvor ausgeführten idealtypischen story-line Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit: Denn die EU reagiert hier nicht primär auf externe Sachzwänge und globale Herausforderungen, sondern kann und will die Globalisierung nach ihren Werten und Vorstellungen gestalten. Diese vermeintlich minimale Verschiebung der Subjektposition der EU – vom „environment taker“ zum „environment maker“ – lässt sich jedoch als ein Unterschied zwischen den beiden idealtypischen story-lines betrachten, die eine EU-Energiekompetenz befürworten. Ein deutlicherer Unterschied besteht darin, dass die Gestaltung der Globalisierung und auch der globalen Energieagenda in der hier nun untersuchten idealtypischen story-line zu einem sinnstiftenden, identitätsbildenden und populären Integrationsprojekt der EU avanciert.

Diese idealtypische story-line zur EU-Energiekompetenz geht über den reinen sektoralen Energiediskurs hinaus und weist Erzählmuster politischer Mythen auf.[1118] Auch wenn in „europapolitischen Mythen“ tendenziell die Funktionalität der EU betont wird,[1119] stehen in der idealtypischen story-line *Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt* nicht allein die funktionalen Vorteile, die sich aus einer gemeinsamen Vorgehensweise in der Energiepolitik auf europäischer Ebene ergeben im Vordergrund (Stichwort: Skaleneffekte), sondern zentrales Merkmal dieses Idealtypus ist, dass auch der ideelle Mehrwert einer ambitionierten Energiepolitik für die Fortführung der europäischen Integration insgesamt betont wird. Das heißt, es werden nicht nur Aussagen darüber gemacht, dass die EU aufgrund ihrer Größe geeignet ist, in der Energiepolitik zu agieren, sondern dass dieses Agieren an sich positive Effekte – also einen ideellen Mehrwert – für den

1117 Piebalgs, Andris (2006): A Common Energy Policy for Europe, EU Energy Policy and Law Conference, SPEECH-06-161, 9.3.2006, Brüssel.

1118 Vgl. Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 136.

1119 Vgl. ebenda; vgl. auch Hansen, Lene/Williams, Michael C. (1999): The Myths of Europe: Legitimacy, Community and the ‚Crisis‘ of the EU, in: Journal of Common Market Studies 37(2), S. 233-249; Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union.

Integrationsprozess auch jenseits der Energiepolitik hat. Konkrete story-lines aus dem Textsample t1, die dieses Artikulationsmuster besonders gut abbilden, werde ich im Folgenden vorstellen.

Zuvor wird jedoch noch auf den politischen Kontext eingegangen, d. h. wie die Energiepolitik im Kontext der Verfassungskrise von 2005 in ein neues europäisches Narrativ eingeschrieben wurde. Denn wie jedes politische System bedarf auch die EU ihrer spezifischen sinn- und bedeutungsstiftenden Geschichten und Mythen als Grundlage legitimen Regierens.[1120] Die Zuschreibung von politischer Autorität erfolgt oft im Rahmen von story-lines, die einen politischen Mythos (re-)produzieren.[1121] Seit die Gründungsmythen von „Europa als Friedensprojekt" – basierend auf den Kriegserfahrungen des 20. Jahrhunderts – und als „Motor für Wachstum und Wohlstand" in der Nachkriegszeit an Überzeugungskraft gerade unter den jüngeren Generationen verlieren[1122], wird in der Politik, den Medien und der Wissenschaft über die Notwendigkeit und den möglichen Inhalt einer neuen sinnstiftenden Erzählung zur Begründung der europäischen Integration intensiv diskutiert. Die Globalisierung und die schon angedeutete globale Gestaltungsrolle der EU sind dabei zu zentralen Referenzpunkten in verschiedenen sinnstiftenden Narrativen avanciert.[1123]

Der in der Gestaltungsrolle implizierte „Globalisierungsoptimismus"[1124] der europapolitischen Eliten erhielt im Jahr 2005 mit den ablehnenden Referenden (am 29. Mai 2005 in Frankreich und am 1. Juni 2005 in den Niederlanden) zum Verfassungsvertrag jedoch einen deutlichen Dämpfer. Insbesondere in Frankreich wurde die Kampagne gegen den europäischen Verfassungsvertrag maßgeblich von Globalisierungskritikern vorangetrieben, die in der EU kein „Bollwerk" gegen die Globalisierung sahen, sondern vielmehr einen zentralen Protagonisten der

1120 Vgl. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union.

1121 Vgl. ebenda, S. 5; vgl. auch Hajer (2003): A Frame in the Fields, S. 105.

1122 Vgl. u. a. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 11.

1123 Vgl. u. a. Westerwelle, Guido (2012): Der Wert Europas: Vier Thesen zum Zukunftsprojekt Europa, in: integration 35(2), S. 90-93; Göler, Daniel (2012): Die Grenzen des ‚Cost-of-Non-Europe'-Narrativs: Anmerkungen zur Sinnstiftung der Europäischen Integration, in: integration 35(2), S. 129-135; Hay/Rosamond (2002): Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives; Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union; Dülffer, Jost (2004): Europäische Zeitgeschichte: Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1(1), abrufbar unter: http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4450 (letzter Zugriff: 25.8.2013).

1124 Gerhards/Hessel (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union, S. 5.

globalisierten Weltwirtschaft,[1125] wie z. B. auch der französische Sozialist Harlem Désir im Europaparlament pointiert feststellt: Viele Europäer sind „der Meinung, dass Europa sie nicht wirklich vor den brutalsten Auswirkungen des internationalen Wettbewerbs schützt und dass diese Politiken zuweilen sogar ihre sozialen Rechte beeinträchtigen."[1126] Aber auch in den Niederlanden wurde der „‚Ausverkauf' des niederländischen Sozialstaatsmodells"[1127] als Gegenargument zum Verfassungsvertrag in der öffentlichen Debatte vehement vorgebracht. Etwas vereinfachend gesagt: Die EU ist in den Augen der „Nein-Sager" zu (neo-)liberal und eine weitere Vertiefung durch den Verfassungsvertrag wurde somit als Bedrohung der nationalen Sozialstandards betrachtet. In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs zur Ratifizierung des Verfassungsvertrages wurde daher auch ein solidarischeres Europa als neues Leitmotiv beschworen:

> Um Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung besser bekämpfen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern, auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren, die innere und äußere Sicherheit bewahren und die Umwelt schützen zu können, brauchen wir Europa, und zwar ein stärker geeintes und *solidarischeres Europa*.[1128]

Nach den ablehnenden Referenden sollte also auf europäischer Ebene den „Bedenken und Ängsten"[1129] der Bürger mehr Rechnung getragen und konkrete Lösungen für ihre Probleme entwickelt werden, um so den Mehrwert der EU wieder für die Menschen spürbar zu machen, wie Kommissarin Hübner betont:

> Doubts about the ratification of the Constitutional Treaty are symptomatic of broader and deeper concerns about the future direction of the European Union. We have to take these preoccupations seriously. We need to address them. Consequently, we cannot limit our discussion to the revitalisation of the constitutional process. We need to have a broad debate on how to re-connect the EU with its citizens, and how

1125 Vgl. u. a. Deloche-Gaudez, Florence/Lequesne, Christian (2006): Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden, S. 329-336, hier S. 331; Schild, Joachim (2005): Ein Sieg der Angst: Das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: integration 28(3), S. 187-200.

1126 Redebeitrag von Harlem Désir (PSE), in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates.

1127 Leenders, Marij (2006): Die Niederlande, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden, S. 363-366, hier S. 366.

1128 Europäischer Rat (2006): Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, 18. Juni 2005, (Dokumentennummer SN 117/05), Brüssel.

1129 Ebenda.

> to make EU policies work in a way that brings real and direct benefits to citizens. *In short, the EU needs to win back the trust of its citizens.*[1130]

In der sogenannten „Zeit der Reflexion"[1131] wurde angesichts dieser „Vertrauenskrise" nicht nur über institutionelle Reformen, sondern auch wieder grundsätzlicher über die Vision und Rolle Europas in der globalisierten Welt diskutiert.[1132] In diesem Zusammenhang wurden auch die Rufe nach einem „compelling narrative of the European project"[1133] wieder lauter. Im hier analysierten Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus den Jahren 2005 und 2006, lässt sich die Konstruktion eines europäischen Narratives identifizieren, das grundsätzlich stärker auf die EU als eine politische Union und weniger als ein neoliberales Wirtschaftsprojekt abhebt. Europa ist demnach mehr als ein gemeinsamer Markt, auch wenn der Binnenmarkt und die damit verknüpften ökonomischen Vorteile weiterhin als ein Kernelement der europäischen Integration und ihrer Legitimation bestehen bleiben.[1134] Hieran wird deutlich, dass politische Mythen bzw. Narrative zur Legitimation Europas tendenziell auf den *funktionalen* Mehrwert Europas und nicht, wie im nationalen Kontext üblich, auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl bestimmter Gruppen (d. h. „imagined communities"[1135]) oder auf große Heldengeschichten und historische Ereignissen rekurrieren, die im kollektiven Gedächtnis gespeichert sind.[1136] Dieses „romantische" Verständnis nationaler Gründungsmythen wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive jedoch nicht als Mythos im Gegensatz zu einer „objektiven" rational-funktionalen Integrationsbegründung betrachtet. Letztere Begründungsmuster werden vielmehr auch als eine story-line bzw. als eine Art „neofunctional mythology"[1137] verstanden, in der Grundüberzeugungen der Mo-

---

1130 Hübner, Danuta (2006): „A Positive Agenda for the Future of Europe", Ceremonial Act of the Anniversary of First Polish Constitution, SPEECH-06-272, 3.5.2006, Stuttgart.

1131 Europäischer Rat (2006): Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, 18. Juni 2005, Brüssel.

1132 Vgl. Agence Europe (2005): ‚Broad Agreement' among Heads of State over Commission's Suggested Priority Areas for Globalisation – Concrete Decisions to Be Made Under Austrian Presidency Next Year – Tony Blair Says Guidelines Decided at Hampton Court Will Make It Much Easier to Strike Agreement on Budget, 28.10.2005.

1133 Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 3.

1134 Vgl. ebenda, S. 141.

1135 Anderson, Benedict R. O'G. (1991): Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London.

1136 Vgl. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 5.

1137 Ebenda, S. 12.

derne wie Fortschrittsglaube und die Universalität der rationalen Vernunft eine zentrale Stellung einnehmen.[1138]

Die Existenzberechtigung der EU liegt aus dieser funktionalen Perspektive in ihrer Fähigkeit begründet, mit den transnationalen bzw. globalen Problemen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv umgehen zu können. Dies ist der zentrale „funktionale Mythos" der EU, der sich auf verschiedene Politikbereiche, wie zum Beispiel die Umweltpolitik[1139], aber auch auf die Energiepolitik übertragen lässt, wie auch schon mit Bezug auf die konkrete story-line size matters verdeutlicht wurde. Gerade in der Reflexionsphase nach den ablehnenden Referenden lässt sich nachzeichnen, dass die Legitimation bzw. Sinnstiftung des europäischen Integrationsprozesses wieder stark entlang dieser funktionalen Linie artikuliert wird, wie die offiziellen Bemühungen um eine neue „bürgernahe Agenda für Europa" bzw. ein „Europa der Ergebnisse" oder ein „Europa der Projekte" besonders deutlich machen.[1140] Denn bei diesen Projekten handelt sich oft um die Lösung der globalen Herausforderungen, die den Bürgern Europas große Sorgen bereiten, darunter auch die Herausforderungen der neuen Energielandschaft – Energiesicherheit und Klimawandel. Vor diesem Hintergrund der Verfassungskrise werden im Folgenden konkrete story-lines zur Zukunft Europas aus dem Textsample t1 (2005-2006) genauer dargelegt, die sich auf die unterschiedlichen Aspekte des neuen europäischen Narrativs zur Begründung einer gestärkten Energiekompetenz beziehen: Zum einen die konkrete story-line Europa der Ergebnisse und zum anderen konkrete story-lines zum Gründungsmythos und zur Energiesolidarität.

2.1.2.1 Konkrete story-lines

Auch wenn also nicht mehr die „Schrecken der Vergangenheit" die europäische Integration antreiben, sondern die vielen gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren der globalisierten Welt,[1141] so wird die EU in dieser neuen funktionalen Erzählung jedoch weiterhin als Beschützer positioniert.[1142] Diese neu gedeutete „Beschützerrolle" erfüllt die EU entsprechend des funktionalen „ergebnisorientierten Ansatzes"[1143], indem sie

1138 Vgl. Hansen/Williams (1999): The Myths of Europe, S. 244.

1139 Vgl. Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 136.

1140 Vgl. Europäische Kommission (2006): Eine bürgernahe Agenda: Konkrete Ergebnisse für Europa, KOM (2006) 211 endgültig, 10.5.2006, Brüssel.

1141 Vgl. Hansen/Williams (1999): The Myths of Europe, S. 243.

1142 Vgl. Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 142-143.

1143 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Kommissionspräsident, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates: Lissabon-Strategie, P6_CRE(2006)04-05 (4), 5.4.2006, Straßburg.

viele nützliche Maßnahmen in zahlreichen Politikfeldern für die Alltagsprobleme der Bürger durchführt. In der konkreten *story-line Europa der Ergebnisse* wird die Problemlösungsfähigkeit der EU unmittelbar auf die Energiepolitik übertragen. Energie wird als ein Bereich konstituiert, in dem die EU substanzielle Lösungen auch über den Energiebinnenmarkt hinaus anbieten kann und somit einen spürbaren Mehrwert bzw. „Zusatznutzen"[1144] für die Bürger bietet (z. B. im Hinblick auf die Versorgungssicherheit durch solidarische Krisenmechanismen) und dadurch auch dem Integrationsprozess an sich einen erkennbaren Sinn verleiht,[1145] was diese Begründung der EU-Energiekompetenz vom Idealtypus der Notwendigkeit unterscheidet. Die Energiepolitik wird sogar als ein „Schlüsselbeispiel"[1146] für ein Europa der Ergebnisse positioniert:

> Our topic for today – *energy – is proof of why the European project really is worth its salt and, in my view, well worth fighting for.* The case for a joined up European policy in a particular field does not always makes immediate sense to politicians or their public. But energy is one of those areas where Europe really can add value. Energy is an issue of immediate and direct concern to consumers – individuals and business alike – and which is crucial to Europe's vision of sustainable economic growth and jobs.[1147]

In der story-line Europa der Ergebnisse fungiert die Energiepolitik also ähnlich wie etwa die Umweltpolitik als ein „funktionaler Mythos", der sich im Gegensatz zu „romantischen Mythen" primär durch konkrete Handlungen und messbare Ergebnisse glaubhaft erhalten lässt.[1148] Allerdings tritt die Energiepolitik nicht nur im Sinne eines „funktionalen Mythos" in Erscheinung, sondern es gibt auch *story-lines zur Zukunft Europas*, die auf Elemente klassischer nationaler Mythen zurückgreifen oder unmittelbar an die gemeinsame Gründungsgeschichte der EU anknüpfen.[1149] So wird im Teilkorpus t1 auch auf die „goldenen" energiepolitischen Anfänge der europäischen Integration verwiesen. Auch wenn sich darüber streiten

1144 Europäische Kommission (2005): Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion, KOM(2005) 494 endgültig, 13.10.2005, Brüssel, S. 3.

1145 Vgl. Europäische Kommission (2006): Eine bürgernahe Agenda, S. 4; Geden/Fischer (2008): Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union, S. 116.

1146 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Kommissionspräsident, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

1147 Kroes (2006): The Need for a Renewed European Energy Policy.

1148 Vgl. Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 135.

1149 Vgl. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 11.

lässt, ob es dieses „golden age for energy policy-making"[1150] je gegeben hat, wird diese positive Interpretation der Vergangenheit in den hier untersuchten Jahren 2005 und 2006 als Legitimation und Inspiration für die Wiederbelebung und Stärkung der Energiepolitik auf europäischer Ebene herangezogen:

> Fifty years on from the creation of the European Community for Coal and Steel and the Euratom Treaty, energy is once again proving to be one of the new drivers for European integration. *Already the founding fathers of the European Communities saw a common approach to energy as a core element of the European project*. Indeed: Who can doubt that energy is a genuinely European challenge? The electricity black-out earlier this month was an illuminating incident. Although millions of European citizens were sitting in the dark, everyone could very well see the need for greater integration.[1151]

Neben dieser Mythenbildung über die gemeinsame Vergangenheit und die visionären Handlungen der Gründungsväter lässt sich eine weitere konkrete story-line zur Zukunft Europas beschreiben, die ebenfalls über eine rein funktional-sachliche Legitimation der EU sowie auch einer EU-Energiekompetenz hinausgeht und stärker an die identitäts- und solidaritätsstiftenden Funktionen „klassischer" politischer Mythen anknüpft.[1152] Denn der „Grundsatz der Energiesolidarität"[1153] wird zwar auch entlang funktionaler Argumentationslinien als „Zusatznutzen" einer gemeinsamen Energiepolitik definiert, aber die Einforderung der Energiesolidarität appelliert auch an ein (imaginiertes) Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer und an eine darauf basierenden Solidarität untereinander, wie es sonst eher aus nationalstaatlichen Kontexten bekannt ist.[1154]

> Die Solidarität als einer der wichtigsten Grundsätze des europäischen Einigungswerks nimmt uns in die Pflicht, alle Mitgliedstaaten zu unterstützen, die in Schwierigkeiten sind. *Wir müssen dieses Solidaritätsprinzip auch auf Probleme ausweiten, die mit Engpässen in der Energieversorgung zusammenhängen*, die durch politische Maßnahmen hervorgerufen wurden.[1155]

1150 Buchan, David (2009): Energy and Climate Change: Europe at the Crossroads, Oxford, S. 6.

1151 Barroso, José Manuel (2006): Rede im Deutschen Bundestag, SPEECH-06-771, 30.11.2006, Berlin.

1152 Vgl. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 5; Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 134.

1153 Redebeitrag von Šarūnas Birutis (ALDE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

1154 Vgl. Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 12.

1155 Redebeitrag von Jacek Emil Saryusz-Wolski (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

Energiepolitik wird in diesen story-lines zur Zukunft Europas auch nicht mehr wie ein Nischenthema behandelt, sondern erhält Aufmerksamkeit weit über den Kreis der informierten Experten und Fachpolitiker hinaus. Insbesondere rücken im analysierten Teilkorpus t1 (2005–2006) die europäischen Bürger zur Begründung einer gestärkten in EU-Energiekompetenz in den Vordergrund. Die Energiepolitik nimmt – wie es die konkrete story-line Europa der Ergebnisse verdeutlicht – sogar eine Schlüsselposition einer bürgernahen ergebnisorientierten Agenda ein, weil sie als ein Politikfeld gilt, in dem die europäischen Bürger sich mehr Europa wünschen. Das heißt, Erzählungen über die Energiepolitik können eine wichtige Funktion politischer Mythen erfüllen, nämlich „to create links between governing and its subjects"[1156]. Die Stärkung der EU-Energiekompetenz wird somit auch als Möglichkeit betrachtet, Bürgernähe herzustellen bzw. dem Bürgerwillen zu entsprechen und so die europäischen Bürger wieder für den Integrationsprozess zu begeistern bzw. Vertrauen in das Projekt Europa insgesamt zurückzugewinnen:

> First, *Europe's citizens expect the European Community to deliver sustainable secure and affordable energy.* To do this, we will need a European Energy Policy. And we will need to translate this policy into action by implementing an ambitious package of solutions.[1157]

Die Popularität der Energiepolitik wird jedoch nicht nur im Sinne konkreter Maßnahmenpakete herangezogen, sondern auch um primärrechtliche Kompetenzen im Energiebereich und damit den Verfassungsvertrag selbst zu legitimieren. Dies entspricht der sogenannten „twin track strategy"[1158], die nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden verfolgt wurde. Demnach sollten einerseits konkrete Politikergebnisse im Interesse der Bürger erzielt werden, anderseits aber auch die Konstitutionalisierung bzw. die Verabschiedung des Verfassungsvertrags nicht aus den Augen verloren werden. Diese Strategie zeigt sich in den hier untersuchten Texten aus den Jahren 2005 und 2006 darin, dass die *story-line Bürgerwille* teils auch mit explizitem Verweis auf den Verfassungsvertrag artikuliert wird:

> The draft Treaty aims, among other things to codify uniform human rights and democratic principles throughout the European Union, and to make decision-making more

1156 Della Sala (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, S. 5.

1157 Kroes, Neelie (2006): A New Energy Policy for a New Era, Conference on European Energy Strategy – the Geopolitical Challenges, SPEECH-06-648, 30.10.2006, Lissabon.

1158 Barroso, José Manuel (2006): „The Future of Europe", Joint Parliamentary Meeting Organised by the Finnish Parliament and the European Parliament, SPEECH-06-780, 5.12.2006, Brüssel.

> transparent, democractic and efficient in a Union of 25 and soon to be 27 member states. *It would also allow the Union to move forward in areas where citizens see clear benefits from collective action, such as energy policy* or the fight against cross-border organised crime. And it would give Europe a clearer voice on the world stage.[1159]

Eine gestärkte EU-Energiekompetenz wird also sowohl in formaler Hinsicht und basierend auf den primärrechtlich bereits existierenden Kompetenzen dem Bürgerwillen entsprechend gefordert und befürwortet als auch als Lösungsweg aus der Verfassungskrise verstanden, was sich im weiteren Verlauf des Policy-Prozesses um die EPE insbesondere in der Berliner Erklärung vom März 2007 noch deutlich zeigt.[1160] Wie die konkreten story-lines Bürgerwille und Verfassungsvertrag besonders gut verdeutlichen, werden beide Arten der Kompetenzzuschreibung nicht wie im zuvor beschriebenen Idealtypus der Notwendigkeit primär mit Sachzwängen begründet, sondern es wird auch stets auf die positiven Effekte einer gemeinsamen Energiepolitik für die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses insgesamt hingewiesen.

2.1.2.2 Zusammenfassung

Primäres Merkmal	**Ausprägung im Idealtypus Integrationsprojekt**
Position zur EU-Energiekompetenz	Der *ideelle Mehrwert* für die Fortführung der europäischen Integration und der *Wille der europäischen Bürger* dienen als primäre Begründung *für* eine gestärkte EU-Energiekompetenz.

Die *idealtypische story-line Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt* manifestiert sich im Textsample t1 insbesondere in konkreten story-lines zur Zukunft Europas und in den konkreten story-lines Bürgerwille und Verfassungsvertrag. Es lässt sich grundsätzlich festhalten, dass die Energiepolitik in der idealtypischen story-line Integrationsprojekt in einen höheren politischen bzw. integrationspolitischen Diskurs überführt wird, der eben nicht nur spezifische Maßnahmen in einem Politikfeld, sondern die Legitimation der ganzen EU-Polity betrifft.[1161] Die Energiepolitik gewinnt in diesen story-lines also an übergeordneter integrationspolitischer Bedeutung. Diese idealtypische story-line steht nicht im Gegensatz zur idealtypischen story-line Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit, sondern weist eine hohe Anschlussfähigkeit über das gemeinsame Meta-Narrativ der gefährlichen globalisierten Welt auf. Die Relevanz der hier dargestellten ide-

1159 Hübner (2006): „A Positive Agenda for the Future of Europe".

1160 Vgl. hierzu auch Kapitel IV, Abschnitt 3.2.3.1.

1161 Vgl. Lenschow/Sprungk (2010): The Myth of a Green Europe, S. 136.

altypischen story-line Energiepolitik als Integrationsprojekt besteht aber darin, dass sie einer EU-Energiekompetenz eine übergeordnete integrationspolitische Bedeutung zuschreibt, die über einen reinen funktionalen Mythos hinausreicht.

Aufgrund der Popularität einer europäischen Energiepolitik unter den Bürgern – wie die konkrete story-line Bürgerwille verdeutlicht – sowie der mythischen Dimension als Ursprung der europäischen Integration – wie die konkrete story-line Gründungsmythos verdeutlicht – erscheint die Stärkung der EU-Energiekompetenz eben auch als eine integrationspolitisch sinnvolle bzw. identitätsstiftende Maßnahme. Eine europäische Energiepolitik gilt in dieser Perspektive nicht, wie so oft in der Vergangenheit, als ein Streitthema, sondern als ein populäres Thema, das einen Beitrag zur Lösung der Verfassungs- und Vertrauenskrise der EU leisten kann. Gegenpositionen zu dieser idealtypischen story-line Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt erhalten insbesondere aufgrund der Verknüpfung mit dem Bürgerwillen und dem „heiligen" Gründungsmythos der EU eine europaskeptische Konnotation. Nach dem Motto: Wer gegen eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist – die von den europäischen Bürgern erwartet und gefordert wird –, der ist auch grundsätzlich gegen eine Fortsetzung der europäischen Integration insgesamt.[1162] Hieran wird die potenzielle Überzeugungskraft und politische Wirksamkeit dieser Pro-EU-story-line deutlich.

2.1.3 Idealtypus „Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich"

Um das Spektrum an energiepolitischen story-lines nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung abzubilden, wurde auch gezielt nach konkreten story-lines in den 82 Texten des Samples t1 gesucht, die sich nicht für eine Stärkung der EU-Energiekompetenz aussprechen. Diese werden im Folgenden genauer dargestellt.

2.1.3.1 Konkrete story-lines

Es wurden im Textsample t1 insbesondere zwei konkrete story-lines identifiziert, die sich dem *Idealtypus Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich* zuordnen lassen: Zum einen die konkrete story-line, die auf die Souveränität der Nationalstaaten im Energiebereich abhebt und somit eine Einmischung der EU insbesondere im Hinblick auf den Energiemix prinzipiell ablehnt. Zum anderen die konkrete story-line, die auf das Prinzip der Subsidiarität im Mehrebenensystem der EU verweist und damit ebenfalls eine starke Rolle der Mitgliedstaaten in Energiefragen verbindet, jedoch eine geteilte Energiekompetenz nicht absolut oder prinzipiell

1162 Vgl. hierzu auch Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

ablehnt. Ein zentrales Merkmal dieser beiden konkreten story-lines aus dem Textsample t1 ist, dass sie nicht in erster Linie die gefährliche globalisierte Welt – wie es besonders in den konkreten story-lines size matters und neue Energielandschaft der Fall ist – in den Vordergrund rücken, sondern das Mehrebenensystem der EU als energiepolitischen Handlungskontext konstituieren und in dem Kontext auch den Nationalstaaten weiterhin eine grundsätzliche Handlungsfähigkeit und auch die primäre Energiekompetenz zuschreiben.

Im Gegensatz zu den konkreten story-lines, die sich den idealtypischen Pro-EU-story-lines zuordnen lassen und entsprechend eine klare Kompetenzzuschreibung zugunsten der EU vornehmen, beschreiben story-lines des Idealtypus nationaler Verantwortungsbereich durchaus differenziertere Konstellationen im Hinblick auf die jeweilige Rolle und Verantwortung der EU-Organe und den Mitgliedstaaten. Diese differenzierte Perspektive eröffnet auch Raum für Kritik an den beteiligten Akteuren, wobei die zentrale Verantwortung der Nationalstaaten und der nationalen Regierungen in der Energiepolitik auch in der Kritik letztlich reproduziert und stabilisiert wird. Auch wenn die Ablehnung einer EU-Energiekompetenz nicht immer so eindeutig erfolgt, lassen sich *kritische story-lines* dennoch der idealtypischen story-line Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich zuschreiben, da sie tendenziell eine primäre Verantwortung der Mitgliedstaaten in der Energiepolitik (positiv oder negativ konnotiert) betonen. In Extremfällen kann das aber auch eine klare Ablehnung einer europäischen Energiepolitik bedeuten, wie folgendes Ankerbeispiel der konkreten *story-line Souveränität* verdeutlicht:

> Angesichts der Internationalisierung des Kommunismus haben wir die nationalen Reflexe im Volk kultiviert. Wir haben den Völkerbund ‚Völkerbund' und nicht ‚Staatenbund' genannt; wir haben die Organisation der Vereinten Nationen ‚Organisation der Vereinten Nationen' und nicht ‚Organisation der Vereinten Staaten' genannt, um eben diese nationalen Reflexe zu pflegen. Jetzt sagen wir ihnen, sie sollen diese Reflexe ablegen, und wir tun dies, weil wir uns in den Dienst der Globalisierung stellen müssen, die das andere Gesicht der Internationalisierung verkörpert. Das ist die Wahrheit, und wenn Sie *von einer gemeinsamen Energiepolitik sprechen, dann bedeutet das, dass Sie die Staaten dazu verpflichten, keine eigene nationale Energiepolitik zu verfolgen*. Doch wenn sie keine eigene nationale Energiepolitik haben, dann bedeutet das, dass sie ihre Beziehungen zu den Golf-Staaten nicht verbessern können, die über Öl verfügen, bzw. zu Russland, das über Energie verfügt. Demzufolge legen sie allen Völkern, allen Staaten Fesseln an, und die Menschen begreifen das natürlich und leisten daher Widerstand.[1163]

1163 Redebeitrag von Georgios Karatzaferis, im Namen der IND/DEM-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

Im Teilkorpus t1, d. h. in den ausgewählten Texten aus den Jahren 2005 und 2006, wird die konkrete story-line Souveränität jedoch meist nicht wie im obigen Beispiel auf die europäische Energiepolitik insgesamt angewendet, sondern lediglich auf bestimmte Teilbereiche. Insbesondere wird den Mitgliedstaaten Souveränität in der Gestaltung des nationalen Energiemix meist zugesprochen, ohne jedoch gleichzeitig eine europäische Dimension der Energiepolitik generell in Abrede zu stellen:

> Dann gibt es noch das Thema Energiemix. *Dafür sollten die einzelnen Mitgliedstaaten zuständig sein, wie es das Subsidiaritätsprinzip vorsieht*. Gleichwohl wissen wir, dass sich Maßnahmen in einem bestimmten Mitgliedstaat auf alle anderen Mitgliedstaaten auswirken, zumindest auf die benachbarten Mitgliedstaaten. Das bedeutet, dass wir bei unserem Vorgehen die Energiepolitik unserer Nachbarn berücksichtigen und die entsprechend sinnvollsten Maßnahmen intensivieren sollten.[1164]

Die konkrete story-line der Souveränität wird typischerweise eng mit dem Prinzip der *Subsidiarität* verknüpft, das eine zentrale Funktion in der Zuteilung von Zuständigkeiten erfüllt. Das Subsidiaritätsprinzip wurde mit dem Vertrag von Maastricht erstmals als primärrechtliche Norm verankert[1165] und zielt darauf ab, „die Entscheidungen in der Union so bürgernah wie möglich"[1166] zu treffen. In Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der EU oder der Mitgliedstaaten fallen, soll „die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten geschützt"[1167] bzw. es soll gewährleistet werden, dass die EU nur dann tätig wird, wenn die angestrebten Ziele „wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind"[1168]. Das Subsidiaritätsprinzip wird somit meist dann im Energiediskurs aufgegriffen, um die Rechte und Kompetenzen der Mitgliedstaaten (oder der regionalen und lokalen Ebenen) zu wahren; oder um herauszustellen, dass die Mitgliedstaaten besser geeignet sind, komplexe Energiefragen zu bearbeiten als die

---

1164 Redebeitrag von Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

1165 Für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gelten folgende rechtliche Grundlagen: Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Protokoll (Nr. 2) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon galt das gleichnamige Protokoll zum Vertrag von Amsterdam.

1166 Protokoll (Nr. 2) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

1167 Europäisches Parlament (2013): Kurzdarstellung über die Europäisch Union, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_1.2.2.pdf (letzter Zugriff: 26.1.2014).

1168 Artikel 5 Absatz 3 EUV.

EU-Organe. In gewisser Weise ermöglicht der Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip also die Rolle der Mitgliedstaaten zu stärken bzw. den Status quo zu bewahren ohne in ein nationales oder „anti-europäisches" Argumentationsmuster zu verfallen.

Die *story-line der Subsidiarität* konstruiert insgesamt ein differenziertes und komplexeres Bild der Zuständigkeiten und Kompetenzbereiche in der Energiepolitik als etwa der Idealtypus der Notwendigkeit, der klar auf eine europäische Antwort angesichts globaler Herausforderungen abhebt. Das heißt, es wird nicht von der EU als ein einheitlicher Akteur ausgegangen, der sich in der globalisierten Welt behaupten kann, sondern es wird vielmehr das Mehrebenensystem der EU in den Vordergrund gerückt, in dem zahlreiche Akteure interagieren und dabei unterschiedliche Aufgaben in der Energiepolitik übernehmen. So wird im Rahmen der konkreten Subsidiaritäts-story-line nicht nur die Kompetenz der Mitgliedstaaten in der Energiepolitik einfach „verteidigt" – wie es in der konkreten Souveränitäts-story-line der Fall ist –, sondern auch ihre Verantwortung in der Umsetzung von europäischen Vorgaben angemahnt. Die differenzierte Zuschreibung von Zuständigkeiten eröffnet somit auch Raum für Kritik an der bisherigen Energiepolitik der Mitgliedstaaten, etwa an der mangelnden Umsetzung bestehender Vorgaben oder auch grundsätzlich an einer „uneinheitlichen Energiepolitik"[1169]. bzw. an einer „egoistischen" Vorgehensweise der Mitgliedstaaten in diesem Politikfeld. Im Rahmen dieser konkreten kritischen story-lines wird aber, wie schon betont, letztlich auch die zentrale Position der nationalen Regierungen reproduziert, sodass eine Zuschreibung zum Idealtypus Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich vorgenommen wurde.

2.1.3.2 Zusammenfassung

Primäres Merkmal	Ausprägung im Idealtypus nationaler Verantwortungsbereich
Position zur EU-Energiekompetenz	Nicht primär die EU-Institutionen, sondern die Mitgliedstaaten werden weiterhin als hauptverantwortliche Energieakteure konstituiert.

Die *idealtypische story-line Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich* manifestiert sich im Textsample t1 insbesondere in konkreten story-lines zur Souveränität und zur Subsidiarität, aber auch in einer kritischen Haltung hinsichtlich der nationalen Energiekompetenz. Eine Gemeinsamkeit dieser konkreten story-lines ist also, dass sie die Mitgliedstaaten als zentrale Akteure im Energiebereich konstituieren und somit der idealtypischen story-line Energiepolitik als nationaler

1169 Redebeitrag von Toomas Hendrik Ilves (PSE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

Verantwortungsbereich zuzuordnen sind. In dieser idealtypischen story-line wird nicht „pauschal" mehr Europa angesichts einer integrationspolitischen Vertrauenskrise (Idealtypus Integrationsprojekt) gefordert oder als notwendig und alternativlos angesichts der Herausforderungen der globalisierten Welt erachtet (Idealtypus Notwendigkeit). In Form einer Kritik an nationalen „Energie-Egoismen" und v. a. auch in der konkreten story-line der Subsidiarität, die als energiepolitischen Handlungskontext nicht in erster Linie die globalisierte Welt in den Vordergrund rückt, sondern das komplexe Mehrebenensystem der EU, wird aber auch nicht per se gegen eine (gestärkte) EU-Energiekompetenz argumentiert, sondern differenzierter für eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure auf den verschiedenen Ebenen, sodass auch eine Anschlussfähigkeit zu den idealtypischen Pro-EU-story-lines prinzipiell gegeben ist.

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die skizzierte, gemäßigte Ablehnungshaltung (Idealtypus nationaler Verantwortungsbereich) und insbesondere die integrationspolitische Relevanzzuschreibung (Idealtypus Integrationsprojekt) in Kombination mit der ständig reproduzierten funktionalen Notwendigkeit einer europäischen Energiepolitik angesichts der großen globalen Herausforderungen (Idealtypus Notwendigkeit) zur Naturalisierung und *Normalisierung einer EU-Energiekompetenz* beiträgt[1170], was sich auch im weiteren Policy-Prozess um die EPE darin zeigt, dass die Kompetenzfrage kaum noch kontrovers von den beteiligten Akteuren diskutiert wurde. Inwiefern auch in Fragen zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik eine klare diskursive Vorstrukturierung erkennbar ist, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

2.2 Idealtypische story-lines zur Grundausrichtung der EU-Energiepolitik

Energie ist kein Wert an sich, sondern bedeutet – physikalisch gesprochen – die Fähigkeit, Arbeit zu verrichten. Energie ermöglicht also, dass bestimmte gesellschaftliche Ziele und Werte realisiert werden können.[1171] Entsprechend sind Debatten um die inhaltliche Grundausrichtung der Energiepolitik eng mit gesamtgesellschaftlichen Prioritätensetzungen verwoben. Auch auf europäischer Ebene finden energiepoliti-

1170 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 272; Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 190.

1171 Vgl. u. a. Lovins, Amory B. (1978): Sanfte Energie: Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg, S. 31, Kitschelt (1984): Der ökologische Diskurs.

sche Debatten nicht isoliert statt, sondern sind mit integrationspolitischen Debatten und Entwicklungen verknüpft.[1172] Im hier untersuchten Fall der EPE lässt sich etwa eine enge Verknüpfung mit der Verfassungsdebatte identifizieren, wie in Bezug auf den Idealtypus Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt verdeutlicht wurde.[1173] Aber auch andere programmatische Grundsatzdebatten insbesondere um die Nachhaltigkeitsstrategie der EU und die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung spielen im Untersuchungszeitraum eine prägende Rolle. Um wichtige Verknüpfungspunkte aufzuzeigen, wurden entsprechende Plenardebatten des Europäischen Parlaments auch im Textsample t1 (2005–2006) berücksichtigt. Das heißt, die hier untersuchten *idealtypischen story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik* spiegeln auch übergeordnete Zielsetzungen der EU wider und können zur Stabilisierung dieser Ziele beitragen (z. B. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz).[1174] Die Verbindung zu den umfassenden Reform- und Strategiedebatten der EU weist zudem darauf hin, dass die Energiepolitik in komplexen Wechselbeziehungen zu zahlreichen Politikfeldern steht. Von besonderer Bedeutung ist jedoch das Verhältnis zur Wirtschaftspolitik einerseits und zur Umweltpolitik andererseits.[1175]

Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Beziehungsmuster ausmachen, die sich wiederum auf grundlegende Veränderungen im Verhältnis der Wirtschafts- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene zurückführen lassen.[1176] Zum einen wird klassischerweise von einem Spannungsverhältnis von Ökologie und Ökonomie ausgegangen. Zwar werden Umweltprobleme spätestens seit den 1970er-Jahren durchaus als Probleme der Politik anerkannt und, soweit es wirtschaftliche Zielsetzungen zulassen, auch im europäischen Policy-Prozess berücksichtigt. Aber Umweltprobleme werden dabei primär als „Störfaktoren" betrachtet;[1177] wirtschaftspolitische

1172 Vgl. hierzu auch Andersen (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy.

1173 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.1.2.

1174 Vgl. Artikel 3 Absatz 3 EUV.

1175 Vgl. u. a. Palinkas, Peter (1999): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99, Bonn, S. 161-166, hier S. 166; Heun-Rehn/Dratwa (2010): In varietate concordia; Teräväinen (2010): Political Opportunities and Storylines in Finish Climate Policy Negotiations, S. 203.

1176 Vgl. Lenschow, Andrea (1999): Transformation in European Environmental Governance, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London, S. 39-60; Lenschow/Zito (1998): Blurring or Shifting of Policy Frames?.

1177 Vgl. Dryzek, John S. (1997): The Politics of the Earth: Environmental Discourses, Oxford, S. 13.

Ziele haben in dieser klassischen Perspektive eindeutig Vorrang. Zum anderen wird von einem harmonischen bzw. synergetischen Verhältnis von Ökologie und Ökonomie ausgegangen, wie es seit Ende der 1980er-Jahre insbesondere mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung verknüpft wird.[1178] In dieser Perspektive werden Umweltprobleme nicht als reine „Störfaktoren" betrachtet, sondern vielmehr als wirtschaftliche Chance, etwa um neue „grüne" Jobs zu schaffen.

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch ist zu einem zentralen Meta-Narrativ europäischer Politik avanciert, das weit über den hier untersuchten EU-Energiediskurs hinausreicht. Meta-Narrative zur Kopplung und Entkopplung konstituieren somit fundamental unterschiedliche Annahmen über die Vereinbarkeit von ökologischen und ökonomischen Werten einer Gesellschaft, die auch eine maßgebliche Prägekraft für die inhaltliche Grundorientierung der europäischen Energiepolitik implizieren: Denn die Verortung der Energiepolitik in einem Spannungs- oder in einem Synergieverhältnis von Umwelt und Wirtschaft prägt nicht nur die prioritären Ziele und Aufgaben, die der Energiepolitik zugeschrieben werden, sondern auch die zentralen Lösungsstrategien zur Erreichung der gesetzten Ziele. Als primäres Merkmal zur Unterscheidung der idealtypischen story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik wurde somit die *Positionierung der Energiepolitik im Umwelt-Wirtschafts-Nexus* definiert.

Übersicht 2 Analyseschritte zur Rekonstruktion der Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung

Rekonstruktion idealtypischer story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung

- Beschreibung des primären Merkmals, d. h. die jeweilige Positionierung der Energiepolitik im Umwelt-Wirtschafts-Nexus, sowie der entsprechenden Grundannahmen und Meta-Narrative zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie.
- Zur empirischen Verankerung der Idealtypen werden konkrete story-lines aus dem Textsample t1 (2005–2006) vorgestellt.

Im Folgenden werden zunächst die klassische und die umfassende Energieperspektive im Hinblick auf ihr primäres Unterscheidungsmerkmal beschrieben. Hierzu werden insbesondere die jeweils grundlegenden Entwicklungslinien im Verhältnis der Wirtschafts- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene mit Rückgriff auf Sekundärliteratur und zentrale Dokumente nachgezeichnet. Zudem werde ich auch,

1178 Vgl. ebenda, S. 14.

wie im Falle der Kompetenzzuschreibung, auf verschiedene konkrete story-lines aus dem Textsample t1 (2006–2006) genauer eingehen, um die Gültigkeit bzw. empirische Verankerung der gebildeten Idealtypen im Datenmaterial zu gewährleisten. Die hierfür ausgewählten konkreten story-lines beschäftigen sich zum einen mit den jeweiligen Prioritäten und Zielen der europäischen Energiepolitik sowie zum anderen mit unterschiedlichen Lösungsmodellen. Es wird in der Betrachtung der Lösungsmodelle jedoch nicht im Detail auf die präferierten Policy-Instrumente geschaut, etwa auf die Debatte um Quoten- oder Einspeisevergütungsmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien in Europa. Stattdessen werden beide Förderinstrumente als Teil einer grundlegenden Lösungsstrategie – der Substitution – betrachtet, da sie beide darauf abzielen, fossile Energieträger durch erneuerbare bzw. saubere Energien im Energiemix zu ersetzen. Die diskursgenerierten Lösungsmodelle strukturieren die Handlungsoptionen der sozialen Akteure in der europäischen Energiepolitik jedoch wesentlich vor, ohne dabei die praktische Umsetzung (oder auch die Wahl der spezifischen Policy-Instrumente) vollkommen determinieren zu müssen.[1179] Insgesamt ist die detaillierte Analyse von Lösungsmodellen für die hier gestellte Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE besonders relevant, da sich die Institutionalisierung bzw. Festlegung einer verbindlichen EU-Energiepolitik am deutlichsten in der rechtlichen Fixierung bestimmter Lösungen und Maßnahmen zeigt.[1180]

2.2.1 Idealtypus „klassische Energieperspektive“

> Die Bereitstellung größerer Energiemengen zu niedrigen Kosten für die europäische Wirtschaft stellt ein grundlegendes Element des *wirtschaftlichen Fortschritts* dar. Es sollten daher zu Entwicklung des Austauschs von Gas und elektrischem Strom alle geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um die Wirtschaftlichkeit der Investitionen zu verbessern und die Kosten der Energielieferungen herabzusetzen.[1181]

Wie dieser Auszug der Schlusserklärung der Messina-Konferenz aus dem Jahr 1955 verdeutlicht, steht die Energiepolitik traditionell im Dienste der Wirtschaft. Aufgrund der herausragenden Bedeutung von Energie als wichtiger Produktionsfaktor, nicht nur in Zeiten des Wiederaufbaus, werden dem Ziel der Versorgungssicherheit in der klassischen Energieperspektive teils „sogar vorübergehende wirtschaftliche

1179 Vgl. Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 257.

1180 Vgl. hierzu Kapitel II, Abschnitt 4.3.

1181 Schlussresolution der Außenministerkonferenz von Messina, Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS, 3.6.1955, abrufbar unter: http://www.unimuenster.de/Jura.itm/eudoc/gruendung/docs/131006.pdf (letzter Zugriff: 2.8.2014).

Nachteile an anderer Stelle untergeordnet"[1182]. Die gesicherte Verfügbarkeit von Energie genießt Priorität, d. h. Kriterien wie Umweltverträglichkeit, aber auch des Preises spielen eine untergeordnete Rolle. Entsprechend wird in Bezug auf die „twin challenges" – wie sie besonders in der konkreten story-line der neuen Energielandschaft betont werden – aus klassischer Energieperspektive dem Ziel der gesicherten Energieversorgung eine größere Dringlichkeit zugesprochen als der Bekämpfung des Klimawandels: Denn zum einen wird der Einfluss des Menschen auf das Klima der Erde als relativ gering eingeschätzt. Und zum anderen wird die Energiekrise als deutlich existenzieller für die modernen Industriegesellschaften gewertet als die Klimakrise.[1183]

Die Verortung der Energiepolitik im Dienste der Wirtschaft zeigt sich auch in typischen Denkfiguren der Moderne, d. h. dem Glauben an den technischen Fortschritt und die rationale Vernunft des Menschen.[1184] Essenziell für diesen Modernisierungsdiskurs ist auch ein spezifisches Verständnis des Verhältnisses von Wirtschaft und Umwelt, das als ein klares Hierarchieverhältnis konzeptioniert wird: Demnach kann der Mensch natürliche Ressourcen aufgrund seiner Innovationskraft endlos zu seinen wirtschaftlichen Zwecken nutzen.[1185] Entsprechend wird auch die Endlichkeit fossiler Energiequellen nicht als grundsätzliches Problem aufgefasst, sondern vielmehr als ein Problem technologischer Grenzen, die sich aber durch Innovationen verschieben lassen.[1186] Das vermeintliche Endlichkeitsproblem, wie es in umweltpolitischen Strömungen seit den 1970er-Jahren problematisiert wird, kann demnach immer wieder aufgelöst werden. Nicht zuletzt ist die Entwicklung der Kernenergie ein Ausdruck dieses Fortschrittsdenkens.[1187] So heißt es entsprechend auch in der Messina-Erklärung: „Die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken wird in naher Zukunft die Aussicht auf eine neue industrielle Revolution von unvergleichlich größerem Ausmaß als diejenige der letzten hundert Jahre eröffnen."[1188]

1182 Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 13.

1183 Vgl. hierzu auch Laughlin, Robert B. (2011): Der letzte macht das Licht aus: Die Zukunft der Energie, München, S. 9; Laughlin, Robert B. (2010): What the Earth Knows, in: The American Scholar (Summer 2010), abrufbar unter: http://theamericanscholar.org/what-the-earth-knows/#.U1pX01fwqEp (letzter Zugriff: 25.4.2014).

1184 Vgl. Hansen/Williams (1999): The Myths of Europe, S. 244.

1185 Vgl. Dryzek (1997): The Politics of the Earth, S. 50.

1186 Vgl. ebenda, S. 130.

1187 Für eine ähnlich Interpretation in Bezug auf die Kernenergiedebatte in den USA vgl. Gamson/Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power, S. 4.

1188 Schlussresolution der Außenministerkonferenz von Messina, Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS, 3.6.1955, abrufbar unter: http://www.unimuenster.de/Jura.itm/eudoc/gruendung/docs/131006.pdf (letzter Zugriff: 2.8.2014).

In Europa trug jedoch die in den 1970er-Jahren aufkommende umweltpolitische Kritik und insbesondere die Sensibilisierung für die transnationale Qualität vieler Umweltprobleme dazu bei, dass sich die Umweltpolitik sukzessive als legitimer Handlungsbereich auf europäischer Ebene etablierte.[1189] Teil dieser Politik sind immer auch Forderungen an die europäische Energiepolitik gewesen.[1190] So wurden schon im Kontext der ersten Ölkrise 1973/74 Maßnahmen zur rationelleren Energienutzung sowie zur Energieeinsparung verstärkt thematisiert, wobei die Zielsetzung der sicheren Energieversorgung damals eher damit verknüpft wurde als Umweltschutz.[1191] Insgesamt ging es in den Anfängen der „grünen" europäischen Energiepolitik nur marginal um den Schutz der Umwelt als gesellschaftlicher Wert an sich. Auf europäischer Ebene hatten wirtschaftliche Ziele klar Vorrang gegenüber umweltpolitischen Zielsetzungen und es herrschte die Vorstellung, dass „economic and environmental policy realms exist independently from one another and that policy making may involve the choice between incompatible objectives from separate realms."[1192] Bis in die 1980er-Jahre blieb dieses sektorale Konkurrenzdenken bzw. die Annahme eines Spannungsverhältnisses zwischen Ökologie und Ökonomie auf europäischer Ebene prägend.[1193] Diese Grundannahmen der klassischen Energieperspektive zeigen sich aber auch noch im EU-Energiediskurs der Jahre 2005 und 2006, wie ich im Folgenden darlege.

2.2.1.1 Konkrete story-lines

Die „Bipolarität der Energiepolitik"[1194] – nach der die Energiepolitik letztlich unvereinbaren ökologischen und ökonomischen Vorgaben genügen und somit Prioritäten setzen muss – wird auch in konkreten story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik im Textsample t1 (2005–2006) reproduziert. Denn auch wenn etwa europäische Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen durchaus anerkannt werden, gelten diese hier nicht per se als wirtschaftspolitisch kompatibel oder gar als willkommener „Innovationsmotor" für ein grünes Wirtschaftswachstum, sondern vielmehr als kostspielige Einschränkungen der energiepolitischen

1189 Vgl. Lenschow (2010): Environmental Policy.

1190 Vgl. hierzu Kapitel IV, Abschnitt 1.3.

1191 Vgl. hierzu u. a. Spaak, Fernand (1973): An Energy Policy for the European Community, in: Energy Policy 1(1), S. 35-37; vgl. auch Europäische Kommission (1973): Guidelines and Priority Actions under the Community Energy Policy, SEC (73) 1481, 19.4.1973, Brüssel.

1192 Lenschow/Zito (1998): Blurring or Shifting of Policy Frames?, S. 416.

1193 Vgl. ebenda, S. 416-417.

1194 Palinkas (1999): Energiepolitik, S. 166.

Optionen, die sich wiederum negativ auf die Versorgungssicherheit und auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas auswirken können, wie folgendes Ankerbeispiel der konkreten *story-line Zielkonflikte* verdeutlicht:

> Es wäre naiv anzunehmen, dass neue Energiequellen oder die Auferlegung von Beschränkungen für die Industrie, wie z. B. Klimavereinbarungen, die Lösung sind. Auf lange Zeit werden erneuerbare Energiequellen eine teure Ergänzung unserer Energieressourcen bleiben. Die *Auferlegung übermäßig strenger Beschränkungen* für die europäische Industrie, die vielfach auf zweifelhaften wissenschaftlichen Annahmen beruhen, bedeutet die *Einschränkung unserer Wettbewerbsfähigkeit*.[1195]

In der konkreten story-line der Zielkonflikte wird die zuvor dargelegte Grundannahme eines Spannungsverhältnisses von Ökologie und Ökonomie reproduziert und die Energiepolitik wird hier eher im Dienste der Wirtschaft positioniert; die Gewährleistung der Versorgungssicherheit stellt die zentrale energiepolitische Aufgabe dar.[1196] Aus der klassischen Energieperspektive wird gleichzeitig die steigende Nachfrage nicht als Problem betrachtet, sondern vielmehr als Ausdruck steigender Wirtschaftsaktivität positiv gewertet. Hieraus folgt, dass die Nachfrage auch nicht etwa durch verpflichtende Einsparziele oder andere Maßnahmen „künstlich" begrenzt werden sollte. „In this view government intervention on the demand side of the energy equation would abridge fundamental rights and the free enterprise system."[1197] Diese Grundhaltung, wie sie David Orr für die US-amerikanische Energiepolitik der 1970er-Jahre beschreibt,[1198] zeigt sich auch in der untersuchten europäischen Energiepolitik. Denn um das Kernziel der Versorgungssicherheit zu erfüllen, werden aus klassischer Perspektive primär angebotsseitige Lösungsmodelle (d. h. Maßnahmen, die Veränderungen im Energieangebot bewirken) eingesetzt, wie z. B. die verbindliche Bevorratungspolitik für Erdöl und Erdgas.[1199]

Im hier ausgewerteten Textsample t1 der Jahre 2005 und 2006 nimmt jedoch der angebotsseitige Lösungsansatz der Diversifizierung eine zentrale Position ein und wird in vielfältigen Debattenkontexten artikuliert, insbesondere in zwei konkreten story-lines: der konkreten story-line ideologiefreier Energiemix und der konkreten story-line Geopolitik. Diversifizierung bezieht sich dabei grundsätzlich auf die

1195 Redebeitrag von Konrad Szymański (UEN), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

1196 Vgl. hierzu auch Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 337.

1197 Orr, David W. (1979): U.S. Energy Policy and the Political Economy of Participation, in: The Journal of Politics 41(4), S. 1027-1056, hier S. 1030.

1198 Vgl. hierzu auch Lovins (1978): Sanfte Energie, S. 29.

1199 Vgl. Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 337.

Produzenten, Transitrouten sowie auf die Energiequellen selbst. Denn aus klassischer Energieperspektive können bzw. müssen sogar möglichst alle Energieträger in den Energiemix einbezogen werden, um potenzielle Versorgungsengpässe zu vermeiden und eine sichere Energieversorgung in erster Linie für die Industrie zu gewährleisten – „die Abhängigkeit von Energieimporten erlaubt keine ideologischen Scheuklappen. Wir wollen einen diskriminierungsfreien Energiemix“[1200]. So werden im Rahmen der konkreten *story-line ideologiefreier Energiemix* gleichermaßen die Kernenergie als auch Innovationen und neue Fördermethoden befürwortet, wie z. B. Fracking. Mit dieser Methode können bisher nicht zugängliche Öl- und Gasvorkommen gefördert werden, die in Gesteinsschichten gebunden sind. Insgesamt wird in dieser konkreten story-line also ein Energiemix angestrebt, der in erster Linie dem klassischen Ziel der Versorgungssicherheit verpflichtet ist und erst dann andere Kriterien wie Umweltverträglichkeit berücksichtigt, wie folgendes Ankerbeispiel aus dem Textsample t1 (2005–2006) verdeutlicht:

> Wir können nicht – wie der Kollege aus Polen eben vorgetragen hat – auf die vorhandenen Kohlepotenziale verzichten, das ist ausgeschlossen. Wir müssen uns aber Gedanken machen, wie wir sie sauber nutzen können. Aber verzichten – ausgeschlossen! Wir können nicht auf Potenziale – auch im erneuerbaren Bereich – verzichten. Aber wir müssen auch so ehrlich sein und erkennen, dass die Potenziale begrenzt sind und dass sie die Mengenprobleme, die wir haben, nicht lösen werden. Deswegen glaube ich auch, wir kommen nicht daran vorbei, offen zu sagen, dass wir auch auf Kernenergie nicht verzichten können. Es kann nicht nach dem Motto gehen: keine Kohle, keine Kernenergie, *aber bitte alles CO2-frei* und die Umwelt sichern. *Ich finde, es muss Schluss sein mit dieser Debatte, die von Träumen und Glaubenssätzen geprägt ist. Wir brauchen eine Debatte, die realistisch und nüchtern ist.* Unsere Kinder haben verdient, dass wir dafür sorgen, dass sie auch in Zukunft Energie haben, und zwar in ausreichender Form. Das ist nämlich eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Wohlstand in unseren Ländern in Europa herrscht.[1201]

Wie schon angedeutet, wird die langfristige Sicherung der europäischen Energieversorgung aus klassischer Energieperspektive jedoch nicht als ein grundsätzliches Problem endlicher Energieressourcen begriffen (auch wenn eine Verknappung und Verteuerung von Energie durchaus angesprochen wird) oder als ein ökologisches Problem. Energiesicherheit wird im Rahmen der konkreten *story-line Geopolitik* primär als Problem der Beschaffung konstituiert, d. h. es braucht geopolitische Lösungen,

1200 Redebeitrag von Jan Christian Ehler (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

1201 Redebeitrag von Herbert Reul (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

um die politisch begründeten Beschaffungsrisiken (Stichwort: Importabhängigkeit von politisch instabilen Drittländern) zu reduzieren.[1202] Die Fokussierung externer Problemursachen im Rahmen der konkreten story-line Geopolitik (d. h. instabile Produzenten- und Lieferantenländer, steigender Verbrauch der Schwellenländer) und der damit einhergehenden Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit geht dann auch mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung einer externen EU-Energiepolitik einher, die insbesondere auf die Diversifizierung von Energiebezugsquellen und die Erschließung neuer Lieferwege (z. B. neuer Gas-Pipelines) ausgerichtet sind.

> Energiesicherheit und Diversifizierung der Versorgungsquellen haben dieses Jahr erheblich an politischer Bedeutung gewonnen, nachdem Gazprom zum Jahreswechsel gegen die Ukraine und Moldawien zur „*Waffe Erdgas*" gegriffen hat. Es handelt sich nun nicht mehr um eine technische Angelegenheit, die allein Technokraten betrifft, und sie fällt mittlerweile genauso unter die GASP wie in das Ressort der Energieminister.[1203]

Auch wenn in Bezug auf Versorgungssicherheit zwar grundsätzlich das „Vorrangprinzip der Märkte"[1204] in der EU gilt und der Export von Marktregeln in Drittstaaten eine wichtige Teilstrategie der europäischen Energieaußenpolitik ausmacht,[1205] so wird die Energieversorgung im Rahmen der konkreten story-line Geopolitik eben auch als ein Sicherheitsproblem definiert, das auch (sicherheits-) politische Interventionen implizieren kann.[1206]

1202 Vgl. hierzu kritisch Götz, Roland (2007): Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, SWP-Diskussionspapier, Berlin.

1203 Redebeitrag von Charles Tannock (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

1204 Ströbele/Pfaffenberger/Heuterkers (2012): Energiewirtschaft, S. 319.

1205 Vgl. Göler/Kurze (2009): Die EU als transnationaler Polity-Shaper.

1206 Vgl. zu diesen unterschiedlichen Ansätzen in der EU-Energieaußenpolitik auch Youngs, Richard (2007): Europe's External Energy Policy: Between Geopolitics and the Market, CEPS Working Document No. 278/November 2007, Brüssel.

2.2.1.2 Zusammenfassung

Primäres Merkmal	Ausprägung im Idealtypus der klassischen Energieperspektive
Positionierung im Umwelt-Wirtschafts-Nexus	Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft: Hauptaufgabe ist die Gewährleistung der Energiesicherheit (v. a. im Sinne der Verfügbarkeit von Energie), d. h. die Bereitstellung aller nachgefragten Energiedienstleistungen.

Der *Idealtypus der klassischen Energieperspektive* basiert auf der Grundannahme eines Spannungsverhältnisses von Ökologie und Ökonomie. Umweltprobleme werden primär als „Störfaktoren" betrachtet, während wirtschaftliche Ziele, wie ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, eindeutig Vorrang haben. Entsprechend steht die Energiepolitik auch klar im Dienste der Wirtschaft: Hauptaufgabe ist die Gewährleistung der Energiesicherheit (v. a. im Sinne der ausreichenden Verfügbarkeit von Energie), d. h. die Bereitstellung aller nachgefragten Energiedienstleistungen. Das Niveau der Energienachfrage selbst steht aus dieser Perspektive nicht zur Diskussion und auch die Endlichkeit von Energieressourcen wird nicht als ein unlösbares Problem betrachtet, sondern dieses lässt sich aus klassischer Perspektive durch technische Mittel und Innovationen immer wieder auflösen. Die stark ausgeprägte Technikgläubigkeit zeigt sich – historisch betrachtet – insbesondere in den großen Hoffnungen, die Ende der 1950er-Jahre in die Atomkraft gesetzt wurden.

Im Textsample t1 zeigt sich der Idealtypus der klassischen Energieperspektive besonders deutlich in der konkreten story-line der Zielkonflikte, nach der die Versorgungssicherheit oberste Priorität genießt und somit auch Defizite in Bezug auf die anderen Kriterien – insbesondere die Umweltverträglichkeit – in Kauf genommen werden müssen. Der Idealtypus der klassischen Energieperspektive manifestiert sich im hier untersuchten Textsample t1 auch in konkreten story-lines zur Lösung der Energieproblematik, d. h. zur Sicherung der Energieversorgung. Hierzu werden v. a. angebotsseitige Maßnahmen der Diversifizierung in den Vordergrund gerückt. So wird im Rahmen der konkreten story-line ideologiefreier Energiemix gefordert, dass der Energiemix sich ausschließlich am Kriterium der (günstigen) Verfügbarkeit orientieren soll; kein Energieträger darf prinzipiell aus dem Energiemix der EU ausgeschlossen werden. Im Rahmen der konkreten story-line Geopolitik wird nicht nur auf die Energieträger selbst geschaut, sondern die sicherheitspolitische Dimension der externen Energieversorgung in den Vordergrund gerückt und entsprechend auch mit einer Diversifizierung der Transit- und Produzentenländer verknüpft. Insgesamt orientieren sich klassische Lösungsmodelle also primär am Ziel der Energieversorgungssicherheit; Auflagen zum Klima- und Umweltschutz werden eher problematisch gesehen, was wiederum auf die Grundannahme des

Spannungsverhältnisses von ökologischen und ökonomischen Zielen zurückzuführen ist. Neben dieser klassischen Energieperspektive, die insbesondere in den Anfangsjahren der europäischen Energiepolitik dominierte, aber auch im Textsample t1 (2005–2006) in den skizzierten konkreten story-lines erkennbar wird, findet sich zudem eine umfassende Energieperspektive, die von einem Synergieverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie ausgeht.

2.2.2 Idealtypus „umfassende Energieperspektive"

Der grundlegende Durchbruch hin zu einer integrativen Konzeption von Ökologie und Ökonomie und damit auch zu *einer Neuverortung der Energiepolitik* im Wirtschafts-Umwelt-Nexus erfolgte auf europäischer Ebene im Laufe der 1990er-Jahre. Dieser grundlegende Wandel ist eng mit dem Erfolg des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung verknüpft, wobei der sogenannte Brundtland-Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung aus dem Jahr 1987 den wesentlichen Referenzpunkt bildet. Die mittlerweile fast schon „inflationäre" Verwendung der Begriffe „Nachhaltigkeit" und „nachhaltige Entwicklung" in sehr unterschiedlichen Bedeutungsvarianten hat aber auch zu einer Kritik an der „politischen Brauchbarkeit" des Konzeptes geführt.[1207] An dieser Stelle kann nicht auf die grundsätzlichen Diskussionen in Politik und Wissenschaft zur Bedeutung von Nachhaltigkeit oder die vielfältigen Umsetzungsprozesse, die auf unterschiedlichen Governance-Ebenen mit der Nachhaltigkeits-Agenda angestoßen wurden, eingegangen werden.[1208] Da dieses Konzept aber eine ähnlich zentrale Rolle für die inhaltliche Grundausrichtung

1207 Vgl. u. a. Richardson (1997): The Politics of Sustainable Development; Blühdorn, Ingolfur/Welsh, Ian (2007): Eco-politics beyond the Paradigm of Sustainability: A Conceptual Framework and Research Agenda, in: Environmental Politics 16(2), S. 185-205; Voß, Jan-Peter/Bauknecht, Dierk/Kemp, René (Hrsg.) (2006): Reflexive Governance for Sustainable Development, Cheltenham/Northampton, MA; Nutzinger, Hans G. (1995): Vorwort, in: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung: Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte, Marburg, S. 7-11, hier S. 7-8; vgl. z. B. auch Redebeitrag von Cristina Gutiérrez-Cortines, im Namen der PPE-DE, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung, P6_CRE(2006)06-14 (8), 14.6.2006, Straßburg.

1208 Vgl. u. a. Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.) (2013): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York; Baker, Susan et al. (Hrsg.) (1997): The Politics of Sustainable Development: Theory, Policy and Practice within the European Union, London/New York; Blühdorn, Ingolfur (2013): The Governance of Unsustainability: Ecology and Democracy after the Post-democratic Turn, in: Environmental Politics 22(1), S. 16-36.

der europäischen Energiepolitik gespielt hat[1209] und weiterhin spielt, wie die Globalisierung für die Zuschreibung einer EU-Energiekompetenz, kann eine genauere Betrachtung nicht ganz ausbleiben. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive geht es dabei aber nicht um die Festlegung einer eindeutigen Definition, sondern vielmehr um die Rekonstruktion der Bedeutungen von nachhaltiger Entwicklung im energierelevanten EU-Diskurs.[1210]

Zunächst ist festzustellen, dass auch für die Nachhaltigkeitsdebatte auf europäischer Ebene der Brundtland-Bericht der prägende Referenzpunkt ist. So wird in der Nachhaltigkeitsstrategie und in vielen anderen EU-Dokumenten das „Drei-Säulen-Modell" der nachhaltigen Entwicklung des Brundtland-Berichts reproduziert: Nachhaltige Entwicklung wird so etwa als „eine Vision des Fortschritts, die die Aspekte wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet"[1211] beschrieben. Diese umfassende Perspektive zeigt sich im EU-Diskurs auch in den angrenzenden Debatten um die mittel- und langfristigen Strategien der EU – der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung und der Nachhaltigkeitsstrategie – die zeitgleich zur EPE neu ausgehandelt wurden. Die zentrale Annahme der Nachhaltigkeit – wie sie zumindest auf europäischer Ebene in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder reproduziert wird[1212] – ist, dass sich wirtschaftliche und soziale Ziele sowie Umweltschutz nicht unversöhnlich gegenüberstehen, sondern sich positiv ergänzen. Auffällig ist jedoch, dass Aspekte

1209 Vgl. u. a. Jachtenfuchs (1996): Regieren durch Überzeugen, S. 447; Jachtenfuchs (1996): International Policy-Making as a Learning Process.

1210 Hierzu greife ich auch auf eigene Forschungsarbeiten zurück, insbesondere auf folgende Beiträge: Kurze, Kristina (2011): Is Sustainable Development ‚Doomed' to Fail in the European Union? A Discourse Analysis of the EU's Energy Policy in Times of Climate Change, Paper presented at the 3rd UACES Collaborative Research Network ‚The Governance of Sustainability', 21-22 Juli, Angers; Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2012): Re-defining the Energy-Environment Nexus? The Case of the EU's Integrated Climate and Energy Policy, Paper presented at the workshop ‚Intra-institutional Politics of EU Energy Policy-Making: Landscape-Level Shifts, Bargaining and Organizational Cultures', 27-28 April, Cambridge; Kurze (2012): Towards a Sustainable Energy Policy in Europe?; Kögl/Kurze (2013): Sustainable Development.

1211 Europäische Kommission (2006): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2005, Brüssel/Luxemburg. [Der Gesamtbericht wurde von der Europäischen Kommission am 31. Januar 2006 unter der Nummer SEK(2005)1200 endgültig angenommen], S. 105.

1212 Für unterschiedliche Kritik und Gegenpositionen vgl. Redebeiträge von Elisabeth Schroedter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion; Michael Henry Nattrass, im Namen der IND/DEM-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung; Redebeitrag von Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

der sozialen Gerechtigkeit in den Energiestrategiedebatten der Jahre 2005 bis 2006 auf europäischer Ebene nicht im Vordergrund standen.[1213]

So übertrug die Kommission den integrativen Nachhaltigkeitsgedanken im Energiebereich nur auf die Vereinbarkeit von ökologischen und ökonomischen Zielen: „economic growth, efficient and secure energy supplies and a clean environment are compatible objectives."[1214] Die Tendenz, nach der die soziale Komponente der Nachhaltigkeit im EU-Energiediskurs diskursiv ausgeklammert wird[1215], zeigt sich zum Beispiel auch darin, dass teils explizit vom energiepolitischen Ziel der „ökologischen Nachhaltigkeit" oder der „Umweltverträglichkeit" gesprochen wird und nicht von umfassender „nachhaltiger Entwicklung".[1216] Diese moderate oder verengte Nachhaltigkeitsperspektive, insbesondere wenn sie sich ausschließlich auf die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie in Industrieländern bezieht, ist auch als Reformstrategie der *ökologischen Modernisierung* bekannt.[1217] Vor dem Hintergrund wird eben auch diskutiert, ob die EU sich de facto nicht eher der ökologischen Modernisierung verschrieben habe als der nachhaltigen Entwicklung im umfassend normativen Sinne des Brundtland-Berichts.[1218] Ganz abgesehen von der Frage, ob und wie sich zwischen den beiden Konzepten der „nachhaltigen Entwicklung" und der „ökologischen Modernisierung" präzise unterscheiden lässt – oder wie es hier angenommen wird – letztlich die dominante Bedeutungszuschreibung im jeweiligen Policy-Making-Prozess entscheidend ist, kann man feststellen, dass Nachhaltigkeit in der europäischen Politik traditionell eng mit dem *Prinzip der Umweltintegration* verknüpft ist.[1219] Seit dem Vertrag von Amsterdam ist dieser

1213 Vgl. Kögl/Kurze (2013): Sustainable Development, S. 71.

1214 Europäische Kommission (1992): Towards Sustainability, COM(92)23 final, Brüssel, S. 6.

1215 Vgl. Kögl/Kurze (2013): Sustainable Development, S. 71.

1216 Vgl. Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2645. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 6811/05 (Presse 42), 7.3.2005, Brüssel; Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2695. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 14636/1/05 REV 1 (Presse 303), 1./5.12.2005, Brüssel.

1217 Vgl. u. a. Dryzek (1997): The Politics of the Earth, S. 121-122; Baker, Susan (2007): Sustainable Development as Symbolic Commitment: Declaratory Politics and the Seductive Appeal of Ecological Modernisation in the European Union, in: Environmental Politics 16(2), S. 297-317.

1218 Vgl. u. a. Baker (2007): Sustainable Development as Symbolic Commitment.

1219 Vgl. Lafferty, William/Hovden, Eivind (2003): Environmental Policy Integration: Towards an Analytical Framework, in: Environmental Politics 12(3), S. 1-22; Jordan, Andrew/Lenschow, Andrea (Hrsg.) (2008): Innovation in Environmental Policy? Integrating the Environment for Sustainability, Cheltenham/Northampton, MA; Jordan, Andrew/Lenschow, Andrea (2010): Environmental Policy Integration: A

Leitgedanke auch primärrechtlich verankert. So heißt es in Artikel 11 des AEUV (ex-Artikel 6 EGV):

> Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der Unionspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

Die Orientierung am Prinzip der Umweltintegration lässt sich als ein Markenzeichen des *Idealtypus der umfassenden Energieperspektive* herausstellen, denn aus dieser idealtypischen Perspektive geht es grundsätzlich darum, die Erfordernisse des Umweltschutzes in die Festlegung und Durchführung der europäischen Energiepolitik zu integrieren bzw. ökologische und ökonomische Ziele gleichzeitig zu verfolgen. Hieraus folgt auch ein neues umfassenderes Anforderungsprofil im Vergleich zur klassischen Energieperspektive: Denn die Energieversorgung muss nicht nur sicher und erschwinglich sein, sondern auch umweltverträglich. Nach dem Leitgedanken der nachhaltigen Entwicklung wird die klassische Aufgabe der Energiepolitik, für eine sichere Energieversorgung der Wirtschaft zu sorgen, aber nicht aufgegeben, jedoch um weitere Anforderungen ergänzt. Entsprechend werden auch in Bezug auf die Herausforderungen der neuen Energielandschaft nicht allein die steigende Importabhängigkeit, sondern auch die Herausforderungen des Klimawandels für die Festlegung und Durchführung der europäischen Politik besonders ernst genommen. Das heißt, die umfassende Energiepolitik bleibt klassischen, wirtschaftlichen Zielsetzungen weiterhin verpflichtet, ohne allerdings darin einen Widerspruch zum Umwelt- bzw. Klimaschutz zu sehen. Aus dieser idealtypischen umfassenden Energieperspektive lassen sich ökologische und ökonomische Anforderungen gleichermaßen realisieren.

2.2.2.1 Konkrete story-lines

Im Textsample t1 (2005–2006) zeigt sich dieser Idealtypus der umfassenden Energieperspektive besonders deutlich in der *Synergie-story-line*, nach der die europäische Energiepolitik alle drei Ziele – Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit – in ausgewogener Weise erfüllen soll, wie folgendes Ankerbeispiel verdeutlicht:

> Bei einer abgestimmten Energiepolitik geht es im Grunde darum, ein Paket mit sich wechselseitig verstärkenden Maßnahmen zu entwickeln, die zusammen auf die

---

State of the Art Review, in: Environmental Policy and Governance 20(3), S. 147-158; Lenschow (Hrsg.) (2002): Environmental Policy Integration.

> *Verwirklichung der drei Kernziele ausgerichtet sind: Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Versorgungssicherheit.*[1220]

Der Idealtypus der umfassenden Energieperspektive manifestiert sich im hier untersuchten Textsample t1 jedoch nicht allein in der Definition von Zielen im Rahmen der konkreten story-line Synergieeffekte, sondern auch in konkreten Lösungsvorschlägen der Energieproblematik, die sich nicht – wie die zuvor beschriebenen klassischen Lösungsmodelle – primär auf angebotsseitige Maßnahmen fokussieren. So wird etwa angesichts der steigenden Importabhängigkeit aus umfassender Energieperspektive auch nicht allein auf die sicherheits- bzw. geopolitische Absicherung von (mehr) Energiequellen gesetzt, sondern dieser Idealtypus konkretisiert sich im Textsample t1 auch in nachfrageseitigen Lösungen:

> Wegen ihrer hohen Abhängigkeit hat die Europäische Union allerdings nur wenig Spielraum, um auf die Energieversorgung Einfluss zu nehmen. Hinzu kommt, dass unsere eigenen Energiequellen entweder fast erschöpft oder in einigen Fällen weniger wettbewerbsfähig sind. Daher kann und *sollte die EU hauptsächlich auf der Nachfrageseite* eingreifen. Meiner Meinung nach sollte sich die Union deshalb auf *die Lenkung der Nachfrage* konzentrieren.[1221]

Oft wird im Rahmen der schon dargelegten *story-line der neuen Energielandschaft* nicht nur die Energiekompetenz der EU an sich begründet, sondern auch energiepolitische Lösungsmodelle. Es wird dabei dann nicht nur auf die steigende Importabhängigkeit reagiert, sondern in erster Linie auch auf die Herausforderungen des Klimawandels. Denn dieser wird aus umfassender Energieperspektive neben der Energiesicherheit als wesentlicher Treiber der europäischen Energiepolitik anerkannt bzw. die „twin challenges" der neuen Energielandschaft werden nicht in eine hierarchische Ordnung gebracht, sondern als gleichwertig betrachtet. Da sich in Bezug auf das Problem des Klimawandels eine stärkere Fokussierung der internen oder „hausgemachten" Problemursachen identifizieren lässt, als das in Bezug auf den Problemkomplex der Energiesicherheit der Fall ist, werden auch zahlreiche EU-interne Maßnahmen zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch diskutiert, um so die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Bereits im Brundtland-Bericht von 1987 wird betont, dass „any new era of economic growth

1220 Redebeitrag von Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission, in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Alternative Energieformen, P6_CRE(2005)03-07 (13), 7.3.2005, Straßburg.

1221 Ebenda.

must […] be less energy-intensive than growth in the past"[1222]. Der Ansatz der Entkopplung lässt sich dabei in zweierlei Weise realisieren, die für die Energiepolitiken der meisten Industriegesellschaften typisch sind: Erstens wird eine Steigerung der Energieeffizienz verfolgt, d. h. es wird angestrebt, dasselbe mit weniger Energie zu tun (oder mehr mit dem gleichen Energieeinsatz). Zweitens wird angestrebt, mittels der Substitution von fossilen Energieträgern durch „saubere" Energieträger die Umweltbelastung zu reduzieren, d. h. dasselbe mit anderer Energie zu tun.[1223] Insgesamt geht es in diesen beiden etablierten Lösungsmodellen um eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch bzw. „um die Optimierung der Bedarfsbefriedigung im Sinne einer hohen ökologischen Verträglichkeit"[1224].

Neben der Begründung von umfassenden Lösungsmodellen im Rahmen der konkreten story-line der neuen Energielandschaft nimmt auch hier wieder die konkrete story-line der Synergieeffekte eine markante Position ein. Denn diese dient als ein wesentliches Begründungsmuster für die umfassenden Lösungsmodelle der Effizienz und Substitution. Denn sowohl Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien als auch insbesondere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden als wirksam konstituiert, da diese – ganz im Sinne der konkreten story-line der Synergieeffekte – nicht nur zum klassischen Ziel der Versorgungssicherheit beitragen können, sondern zu allen drei Zielen der Energiepolitik, d. h. auch zur Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit:

> Energy efficiency is the only 'no-brainer' in energy policy. An effective energy efficiency policy based on implementing *cost-effective measures is the only that, without reservation, contributes to all three objectives of sustainable development, competitiveness and security of supply*. This is why it has been my highest priority since taking office and will remain so at least until the end of this Commission.[1225]

Synergieeffekte werden in vielfältiger Weise hervorgehoben, jedoch besonders in Bezug auf das Lösungsmodell der Effizienz und somit hauptsächlich in den ausgewählten Texten zum Grünbuch über Maßnahmen zur Energieeffizienz[1226] vom

1222 World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford, S. 14.

1223 Vgl. Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 254.

1224 Paech, Niko (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?, in: Natur und Kultur 6(1), S. 52-72, hier S. 58.

1225 Piebalgs (2006): A Common Energy Policy for Europe.

1226 Vgl. Europäische Kommission (2005): Grünbuch über Energieeffizienz oder Weniger kann mehr sein, KOM(2005)265 endgültig/2, Brüssel.

Juni 2005 und zum „Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen“[1227] vom Oktober 2005. Dieser Aktionsplan umfasst „Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Geräten, Gebäuden, Verkehrsmitteln und Energieerzeugungssystemen“[1228]. Mit diesen zahlreichen Maßnahmen werden im Textsample t1 stets zwei positive Effekte verbunden: Erstens die klimaschützenden Effekte, d. h. die damit erreichbare Einsparung von Treibhausgasemissionen. Zweitens werden aber auch stets die positiven wirtschaftlichen Effekte betont, d. h. durch die Steigerung der Effizienz können Energiekosten eingespart werden. Das von der Kommission als technisch und wirtschaftlich möglich betrachtete Energieeinsparungspotenzial von 20 % bis 2020 könnte zu „jährlichen Einsparung von 100 Mrd. Euro und 390 Mio. t RÖE führen und gleichzeitig die CO_2-Emissionen der EU mehr als doppelt so stark verringern wie im Kyoto-Protokoll bis 2012 gefordert“ [1229].

Neben der Verknüpfung zum internationalen Klimaschutz wird hier auch die diskursive Affinität zwischen energiepolitischen Ansätzen zur Steigerung der Energieeffizienz und dem wirtschaftlichen Grundsatzprinzip – dem „magischen Prinzip der Effizienz“[1230] – das in modernen Industriegesellschaften insgesamt hohe Anerkennung erfährt,[1231] deutlich und trägt dazu bei, dass Energie-Effizienzmaßnahmen in diversen positiven Zusammenhängen artikuliert werden. Die kostengünstige Einsparung von Energie durch Effizienzsteigerungen wird also keinesfalls mit einer Einschränkung wirtschaftlicher Aktivitäten in Verbindung gebracht, sondern vielmehr als Motor für Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wie folgende Beispiele der hier als *green economy* bezeichneten konkreten story-line verdeutlichen:

> Ich glaube, die große Mehrheit der Mitglieder dieses Parlaments stimmt mit mir darin überein, dass die *Energieeffizienz* der schnellste und am wenigsten kostspielige Ansatz zur Verringerung der Abhängigkeit von externen Quellen und zur Bekämpfung des Klimawandels ist und *das größte Potenzial zur Schaffung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum* darstellt. Ferner fügt sich die Förderung der Energieeffizienz

1227 Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen, KOM(2006)545 endgültig, 19.10.2006, Brüssel.

1228 Zusammenfassung zitiert in Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2765. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15295/06 (Presse 326), 23.11.2006, Brüssel.

1229 Ebenda.

1230 Paech, Niko (2009): Wachstum ‚light‘: Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär Nr. 13, S. 84-93, hier S. 84.

1231 Vgl. Gamson/Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power, S. 5.

> hervorragend in die Lissabon-Strategie ein, die so dringend einer Wiederbelebung bedarf.[1232]

Effizienzmaßnahmen werden im Rahmen der konkreten green economy story-line also nicht nur als sinnvoll zur Erreichung der drei spezifischen Ziele der Energiepolitik konstituiert – wie es im Rahmen der Synergie-story-line der Fall ist – sondern eben immer auch diskursiv mit den Zielen der Lissabon-Strategie sowie übergeordneten Entwicklungszielen der EU verknüpft, d. h. mit den Zielen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und des Wohlstandserhalts. Denn die Förderung von energieeffizienten Technologien, Produkten und Dienstleistungen wird nicht allein als eine Maßnahme zur Lösung des Umweltproblems „Klimawandel" oder als Reaktion auf die steigende Importabhängigkeit von instabilen Drittländern betrachtet, sondern immer auch als Chance, neue Märkte weltweit zu erschließen und Arbeitsplätze in der EU zu schaffen.

Im Rahmen der konkreten green economy story-line wird nicht nur die Steigerung der Effizienz gefordert. Auch das Lösungsmodell der Substitution, insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien, wird immer wieder im Textsampel t1 mit weitereichenden positiven Effekten für Wachstum und Beschäftigung in Europa verknüpft. Die Erneuerbare-Energien-Industrie wird als bisher unterschätzter Wachstumsbereich und Jobmoter – als zentraler Wirtschaftszweig der green economy – konstituiert:

> Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energie von heute 7 % auf 15 % anheben. Auch das war sehr umstritten und ist kein automatischer Prozess. Da müssen wir national und gemeinsam sehr viel tun. Der Anteil der Biokraftstoffe – heute 2 % – soll auf 8 % angehoben werden. Das geht nur mit Technik, mit Forschung, das umfasst die Fragen der Biokraftstoffe der zweiten Generation, der Umsetzung von CARS 21, der Kooperation mit der Automobilindustrie. Darin liegt *eine enorme Wachstumschance*, die wir nutzen wollen.[1233]

> *Europe is currently the world leader in many renewable energy technologies*, my third priority area. Wind energy is a telling example. Over the past six years, the average annual growth rate of wind energy capacity in the European Union was of 20 %. Wind power in Europe is already today saving 50 million tonnes of CO_2 a year. Continued action is necessary to continue this trend. This is why the Commission plans to publish a Communication on the financing of renewable energy sources by the end

1232 Redebeitrag von Alejo Vidal-Quadras (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Energieeffizienz: Grünbuch, P6_CRE(2006)05-31 (21), 31.5.2006, Brüssel.

1233 Redebeitrag von Wolfgang Schüssel, Ratspräsident, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

> of this year, with the aim of evaluating the different support schemes implemented around Europe, and to identify current best practice.[1234]

Im Bereich der erneuerbaren Energien bieten sich neue Marktchancen, die die EU als „first mover" für Exporte nutzen kann. Im Rahmen der konkreten green economy story-line wird also die Lösung von Umweltproblemen, hier speziell die Bekämpfung des Klimawandels, durch den Umstieg auf erneuerbare Energien auch immer als wirtschaftliche Chance begriffen. Die Substitution fossiler durch erneuerbare Energien gilt sogar als essenzielle Grundlage des wachstumsbasierten Wohlstandsmodells: „Europe cannot go on counting on ‚black gold' to satisfy its energy needs. Tomorrow's gold will be green!"[1235] Dabei wird auch die Position der EU als Marktführer immer wieder hervorgehoben. Diese „Spitzenposition"[1236] müsse jedoch durch öffentliche Förderung von erneuerbaren Energien und besonders durch finanzielle Mittel im Bereich der Forschung und Entwicklung (F&E) von Energietechnologien abgesichert werden.[1237] Das Lösungsmodell Substitution ist also eng verknüpft mit distributiven Politiken der EU, d. h. der Zuteilung von Förder- und Forschungsgeldern bzw. teilweise auch mit redistributiven Politiken, wenn etwa die finanzielle Förderung von den fossilen zu den erneuerbaren Energieträgern umgeschichtet wird. Konkrete story-lines, in denen bestimmte Energieträger bevorzugt werden – wie etwa die erneuerbaren Energien in der konkreten story-line der green economy –, ermöglichen, dass neue energiewirtschaftliche Interessen privilegiert und „alte" marginalisiert werden. Insgesamt zeichnet sich die green economy story-line aber potenziell durch ein *hohes Integrationspotenzial* aus, da sie mit Rückgriff auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung die Gegensätze zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen aufhebt und somit für sehr unterschiedlich positionierte Akteure attraktiv erscheint. Im Rahmen der konkreten green economy story-line wird zudem ein Schwerpunkt auf technologische Lösungen der Energieproblematik gesetzt, sowohl in Bezug auf die Substitution als auch in Bezug auf die Effizienz. Dabei geht es nicht nur um die Optimierung und

1234 Piebalgs, Andris (2005): Towards Zero Emission Power Plants, European CO_2 Capture and Storage Conference, SPEECH-05-221, 13.4.2005, Brüssel.

1235 Agence Europe (2005): Towards Solutions or Compromises on Controversial Aspects of the Mooted EU Energy Policy, 9.11.2005.

1236 Redebeitrag von Romana Jordan Cizelj (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Siebtes Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) – Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich Kernenergie (2007–2011), P6_CRE(2006)06-13 (6), 13.6.2006, Straßburg.

1237 Vgl. ebenda.

Markteinführung existierender Technologien, sondern auch um Innovationen, also um neue Lösungsmöglichkeiten der Energieproblematik.

Die klimaspezifische Modifikation der etablierten green economy story-line, die ich hier als *low-carbon economy story-line* bezeichne, fokussiert angesichts des zentralen Problems des Klimawandels auf Maßnahmen zur kosteneffizienten Reduktion von THG-Emissionen insbesondere von CO_2-Emissionen. CO_2 fungiert auch als ein Referenzwert bei der Bemessung von THG-Emissionen und steht oft symbolisch für alle Treibhausgase[1238], was sich in den Vielfach verwendeten Begriffen wie CO_2arme-Wirtschaft, Dekarbonisierung und kohlenstoffarme Technologien zeigt. Der etablierte Entkopplungs-Ansatz der umfassenden Energieperspektive wird in dieser konkreten story-line entsprechend auf eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Emmissionen angesichts des Klimawandels reduziert. Wie andere Umweltprobleme zuvor bedeutet auch der Klimawandel sowie entsprechende Klimaschutzmaßnahmen aus dieser umfassenden Perspektive keine Bedrohung für Wohlstand und Wachstum in der EU, sondern eine wirtschaftliche Chance,[1239] wie diese Aussage aus dem Textsample t1 auf den Punkt bringt: „Clean energy technologies are not only driven by the vision of a low-carbon future, they also bring us important economic benefits.“[1240]

Die story-lines der green economy und der low-carbon economy sind sich in ihrem Argumentationsmuster somit sehr ähnlich und können daher beide als Konkretisierungen der umfassenden Energieperspektive verstanden werden. Sie sind aber nicht identisch. Denn der green economy story-line liegt ein umfassenderes Verständnis des Umwelt-Wirtschaft-Nexus zugrunde, das sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert. Zudem wird ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Integration von Umweltbelangen nach dem in den EU-Verträgen verankerten Prinzip der Umweltintegration (engl. environmental policy integration, EPI) angestrebt. Die neuere low-carbon economy story-line fokussiert hingegen allein auf das spezifische Umweltproblem des Klimawandels und beschreibt eine

1238 Klimaschutzziele der EU, wie im Rahmen des Kyoto-Protokolls, umfassen auch weitere Treibhausgase: Methan (CH_4), Distickstoffoxid (Lachgas, N_2O), Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PKFW) und Schwefelhexafluorid (SF_6). Vgl. Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 11.

1239 Vgl. auch Oberthür, Sebastian/Dupont, Claire (2011): The Council, the European Council and International Climate Policy: From Symbolic Leadership to Leadership by Example, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 74-91, hier S. 85.

1240 Dimas, Stavros (2006): General Assembly of the Technology Platform on Zero Emission Fossil Fuel Power Plants, SPEECH-06-492, 12.9.2006, Brüssel.

kohlenstoffarme Wirtschaft[1241] bzw. Gesellschaft als Zukunftsvision für die EU. Das EPI-Prinzip wird lediglich auf Maßnahmen zur Reduktion von CO_2-Emissionen bezogen, was auch analog als „climate policy integration" (CPI) bezeichnet wird.[1242] Zur Verringerung von CO_2-Emissionen bzw. zur Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft sollen daher nach der low-carbon economy story-line neben erneuerbaren Energien und mehr Effizienz auch neue saubere Technologien, wie die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Caputre and Storage, CCS), erforscht und kommerziell einsetzbar gemacht werden.[1243] Mit der CCS-Technologie wird CO_2, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle freigesetzt wird, abgeschieden, dann über Pipelines zu Speicherstätten transportiert und dort in geologischen Formationen dauerhaft gespeichert. So soll verhindert werden, dass klimaschädliches CO_2 in die Atmosphäre emittiert wird.

Technologien und Innovationen, die in den story-lines green economy und low-carbon economy als zentrale Lösungsmodelle der Energieproblematik fokussiert werden, verkörpern in besonderer Weise das „We-can-have-it-all-Versprechen" der nachhaltigen Entwicklung, da innovative Lösungen und Technologien letztlich maßgeblich dazu beitragen (sollen), niemandem einen zu hohen Anpassungsdruck zuzumuten und gleichzeitig ein dauerhaftes, umweltschonendes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Die Suche nach Neuem bzw. das Vertrauen in die Entwicklung von passenden Technologien, die in der Zukunft zum Einsatz kommen könnten, entschärft den Handlungsdruck in der Gegenwart. Kritischer formuliert lässt sich auch sagen, dass Innovationen eine Art „Alibifunktion" erfüllen,[1244] da sie

> […] im Ergebnis der gefährlichen Vorstellung Vorschub leisten, eine Lösung der weltweiten Ressourcen- und Klimaprobleme sei allein mit technischen Mitteln und mit Hilfe des technischen Fortschritts, d. h. ohne wesentliche Veränderungen im Lebensstil der Industrienationen […] möglich."[1245]

1241 Damit ist genau genommen eine Wirtschaft mit geringem Kohlenstoffdioxidausstoß gemeint. Die verkürzte Bezeichnung „kohlenstoffarm" bzw. „low-carbon" hat sich in der Wissenschaft sowie in der Politik weitgehend durchgesetzt und wird übernommen, um den Energiediskurs entsprechend nachzuzeichnen.

1242 Vgl. zu dieser Debatte u. a. Rietig, Katharina (2013): Sustainable Climate Policy Integration in the European Union, in: Environmental Policy and Governance 23(5), S. 297-310; Jordan/Lenschow (2010): Environmental Policy Integration.

1243 Vgl. u. a. Piebalgs (2005): Towards Zero Emission Power Plants; Dimas (2006): General Assembly of the Technology Platform on Zero Emission Fossil Fuel Power Plants.

1244 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 65.

1245 Nutzinger (1995): Vorwort, S. 7-8.

Nach der kontrastierenden Methode der Grounded Theory wurde schließlich auch nach konkreten story-lines gesucht, in denen nicht primär technologiegestützte Lösungen der Energieproblematik fokussiert werden. Auf diese alternativen Lösungsansätze, die hauptsächlich außerhalb der EU-Institutionen formuliert werden, gehe ich im Folgenden genauer ein, um so auch zu verdeutlichen, dass wir es mit einer spezifischen Engführung der Energieproblematik im EU-Policy-Diskurs zu tun haben.

2.2.2.2 Exkurs: Alternative Lösungsmodelle

Neben der permanent diskutierten Frage, wie Wirtschaftswachstum bei einer geringeren Belastung der Umwelt ermöglicht werden kann, wird in der weiteren (wissenschaftlichen) Energiedebatte außerhalb der EU-Institutionen auch verstärkt die Reduktion der Nachfrage an Energiedienstleistungen gefordert, was nicht unbedingt mit mehr, sondern mit weniger Wachstum verbunden wird.[1246] Das entsprechende *Lösungsmodell der Suffizienz* zielt also nicht darauf ab, die nachgefragten Energiedienstleistungen effizienter oder auf der Basis von erneuerbaren Energien anzubieten, sondern insgesamt weniger anzubieten. Während die Effizienzsteigerung einen hohen Stellewert im energiepolitischen „Mainstream" einnimmt – wie im vorherigen Abschnitt schon verdeutlicht wurde –, gilt die Suffizienzstrategie politisch als besonders schwer vermittelbar[1247] und nimmt auch im diskursiven Repertoire nur eine marginale Position ein.

So taucht etwa der Begriff „Suffizienz" keinmal explizit im Textsample t1 (2005–2006) auf. Dennoch werden im Rahmen der konkreten *story-line einer neuen Energiekultur* vereinzelt Elemente der Suffizienzstrategie aufgegriffen. Diese story-line zeichnet sich im Gegensatz zu der low-carbon economy story-line und der green economy story-line dadurch aus, dass nicht primär auf technische Lösungen gesetzt wird, sondern auch kultureller Wandel – ein Umdenken und auch ganz konkrete Verhaltensänderungen auf kommunaler und individueller Ebene – als notwendig erachtet wird, um den globalen energiepolitischen Herausforderungen effektiv zu begegnen. So wird etwa auf die Möglichkeit der Bedarfsbefriedigung durch das Teilen, Tauschen und Leihen von Produkten oder die Inanspruchnahme entsprechender Dienstleistungen eingegangen, wie es sich am Beispiel Mobilität

1246 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 56; Matthes, Felix Christian (1995): Nachhaltige Energiewirtschaft: Zur Operationalisierung einer unscharfen Zielkategorie in: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung: Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte, Marburg, S. 141-168, hier S. 153.

1247 Vgl. Matthes (1995): Nachhaltige Energiewirtschaft, S. 155.

gut nachvollziehen lässt. So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass der Bedarf nach Mobilität nicht zwingend im Kauf oder in der Nutzung eines eigenen Autos münden muss, sondern die Nutzung von ÖPNV, Bahn oder auch von Carsharing-Angeboten beinhalten kann, was wiederum auch eine veränderte Stadt- und Verkehrsplanung verlangt.[1248] Letztere Optionen erfüllen den Wunsch nach Mobilität dann in einer Weise, die zur Einsparung von Energiedienstleistungen beiträgt. Dieses Lösungsmodell setzt aber nicht nur das Angebot energieeffizienter Mobilitätsmöglichkeiten (z. B. Carsharing) voraus, sondern erfordert in erster Linie „Suffizienzleistungen"[1249] der Bürger, die sich bewusst in gewisser Weise beschränken, d. h. etwa lange Flugreiseisen vermeiden und eher auf lokale Angebote zurückgreifen oder auch auf den Besitz eines eigenen Autos verzichten.[1250] Im Rahmen der konkreten story-line der neuen Energiekultur wird also gefordert, dass sich auch das Energieverbrauchsverhalten jedes einzelnen Bürgers in der EU verändern müsse, um Energie wirkungsvoll einzusparen:

> *Wir brauchen eine andere Transport- und Energiekultur.* Was meine ich damit? Wenn wir wirklich Effizienz haben wollen, dann brauchen wir eine Allianz mit dem Handwerk und den Banken, um beim Gebäudebestand endlich voranzukommen. Wir brauchen eine Allianz mit den Großstädten, um unsere Städte wieder lebensfreundlicher zu machen, und wir brauchen weniger Verkehr, weniger Ölverbrauch für unsere Mobilität. Dies finde ich in diesem Ansatz nicht ausreichend wieder, weil die Kommission weiterhin zu stark auf Großkonzerne setzt und eben nicht auf die Allianz mit den Mittelständlern und auf die *Allianz mit den Bürgern*.[1251]

Die konkrete story-line der neuen Energiekultur zeichnet sich zudem durch die Forderung nach Kooperation zahlreicher Akteure aus, auch gerade auf der kommunalen Ebene und in den urbanen Ballungszentren Europas. Es wird eine stärkere Einbindung und Eigenverantwortung der Bürger insgesamt hervorgehoben, da diese durch ihr Verhalten im Alltag zur Lösung der globalen Energieproblematik

---

1248 Vgl. Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2740. Tagung des Rates Umwelt, ST 10876/06 (Presse 192), 27.6.2006, Luxemburg; Redebeitrag von Gyula Hegyi (PSE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung.

1249 Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 67.

1250 Für ein Beispiel suffzienzorientierter Angebote vgl. z. B. die Website http://www.fluglos-gluecklich.de/ mit Informationen zu alternativen, nachhaltigen Reiseangeboten (letzter Zugriff: 29.4.2014).

1251 Redebeitrag von Claude Turmes (Verts/ALE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

beitragen können. Damit wird von dem Motto „globale Herausforderungen machen europäische Antworten notwendig" etwas abgerückt. Nicht nur den EU-Institutionen, sondern jedem Einzelnen wird in dieser konkreten story-line eine Energiekompetenz zugeschrieben. Der Bürger rückt in der konkreten story-line der neuen Energiekultur aber meist nur in seiner Rolle als Verbraucher in den Mittelpunkt: Denn seine Kaufentscheidungen bzw. sein Konsumverhalten insgesamt bestimmen letztlich den Erfolg energieeffizienter Angebote auf dem Markt. Weiterhin wird in der konkreten story-line der neuen Energiekultur aber auch oft die Bereitstellung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen als elementare Voraussetzung für sparsames Verhalten betont und nicht die Suffizienzleistung der Bürger:

> Angesichts der weltweit zunehmenden Nachfrage müssen sich die Verbraucherländer gegenüber den in Kartellen organisierten Märkten zusammenschließen, um die Preisbildung beeinflussen zu können. Vor einem solchen Hintergrund haben Energiewirtschaft und *bessere Energieeffizienz höchste Priorität. Nach Berechnungen der Internationalen Energiebehörde würde es ausreichen, die Computerkonstrukteure dazu anzuhalten, den Stromverbrauch im Stand-by-Modus* statt der derzeit üblichen zehn Watt auf ein Watt zu senken, um Einsparungen in Höhe der Leistung von zwanzig 1000-Megawatt-Kraftwerken zu erzielen.[1252]

Die Einsparung von Energie auf der individuellen Ebene wird also primär mittels technologiegestützter Energieeffizienzgewinne angestrebt und nicht über einen suffizienteren Umgang mit Energiedienstleistungen. Zwar soll auch über Bildungsprogramme und Öffentlichkeitskampagnen eine Sensibilisierung für das Thema „Energieeffizienz" in Europa erreicht werden,[1253] – Effizienzdebatten eröffnen daher durchaus auch Kritikmöglichkeiten an der Konsumgesellschaft – dennoch wird im offiziellen EU-Energiediskurs weitgehend vermieden, potenziell unbequeme Lebensstilveränderungen oder eine Mäßigung des Konsums in den Vordergrund zu rücken. Es wird vielmehr auf eine verbesserte Information und Aufklärung der Konsumenten (z. B. durch Kennzeichnung) gesetzt.[1254] Es wird in den konkreten story-lines zu den umfassenden Lösungsmodellen im Textsample t1 – insbesondere in der green economy story-line – also weitgehend auf die Möglichkeit vertraut,

---

1252 Redebeitrag von Robert Goebbels, im Namen der PSE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union; vgl. auch Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz, S. 3.

1253 Vgl. Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz.

1254 Vgl. Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2765. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15295/06 (Presse 326), 23.11.2006, Brüssel; vgl. auch Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz.

durch den Einsatz von innovativen Technologien sowie von effizienten Produkten und Dienstleistungen den gewohnten Lebensstandard langfristig aufrechterhalten zu können, ohne die Umwelt maßgeblich zu schädigen. Mit dem Vertrauen auf technische Lösungen können aber die „Konsumenten zu passiven Statisten ohne eigene Verantwortung degradiert werden"[1255]. Das progressive Potenzial von Energieeffizienzmaßnahmen, das in der story-line neue Energiekultur zumindest anklingt, wird aber letztlich von den vielen Forderungen nach mehr Energieeffizienz im Rahmen der Synergie story-line sowie der green economy und der low-carbon economy story-line „übertönt"; Lösungsmodelle der Effizienz und der Suffizienz werden im Textsample t1 selten direkt miteinander verknüpft.

Technologiegestützte Lösungsmodelle und insbesondere der Ansatz der Energieeinsparung durch technologiegestützte Effizienzgewinne wird unter Energie-Experten aber auch kritisch bewertet: Denn der Kauf beispielsweise eines energieeffizienten Neuwagens kann auch negative Gesamteffekte haben, die in der Energiedebatte dann als Bumerang- oder Rebound-Effekte[1256] bezeichnet werden. Damit ist die grundlegende Problematik gemeint, dass Effizienzsteigerungen bisher durch Zuwächse bei der Nachfrage kompensiert und teils auch überkompensiert wurden, da Konsumenten sich mehr Produkte als vorher zulegen oder Dienstleistungen zusätzlich in Anspruch nehmen. Dieses Verhalten wird auch dadurch begünstig, dass neue Produkte und Techniken meist zusätzlich auf den Markt gebracht werden, d. h. ohne die alten, weniger nachhaltigen Angebote zu ersetzen, sodass es „anstelle eines Strukturwandels zu einer Strukturaufblähung"[1257] kommen kann. Die erzielten Fortschritte in der Energieeffizienz sind letztlich nur ein relatives Maß, das keine Aussagen über den absoluten Energieverbrauch einer Gesellschaft erlaubt, der jedoch für den Grad der Umweltverträglichkeit ausschlaggebend ist.[1258] Effizienzsteigerung bedeutet folglich nicht gleich eine absolute Energieeinsparung, auch wenn diese Zielsetzungen in der Energiedebatte, gerade auf EU-Ebene, oft nicht trennscharf und teils auch synonym verwendet werden.[1259] Letztlich dreht sich der untersuchte Energiediskurs auf europäischer Ebene also primär um die Frage,

1255 Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 56.

1256 Vgl. ebenda, S. 59-61; vgl. auch Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 254.

1257 Paech (2009): Wachstum ‚light', S. 91.

1258 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 57.

1259 Vgl. u. a. Pehnt, Martin (2013): Energieeinsparung und Effizienz: Die wichtigsten Pfeiler der Energiewende, abrufbar unter: http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/152893/energieeinsparung-und-effizienz (letzter Zugriff: 20.5.2014).

wie Wachstum im Sinne einer hohen Umweltverträglichkeit realisiert werden kann und nicht um die Frage, wie viel Wachstum für eine hohe Lebensqualität überhaupt nötig ist. Vom Meta-Narrativ der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wird im Wesentlichen nicht – auch nicht in der konkreten story-line der neuen Energiekultur – abgewichen, weshalb diese konkrete story-line ebenfalls dem Idealtypus der umfassenden Energieperspektive zuzurechnen ist.

Die Möglichkeit der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu hinterfragen, konstituiert eine Leerstelle im diskursiven Repertoire der Jahre 2005 bis 2006. Die „leidige Wachstumsfrage"[1260] wird nicht weiter problematisiert; diese Grundsatzfrage gilt vielmehr mit dem integrativen Konzept der nachhaltigen Entwicklung und dem Entkopplungs-Ansatz als mehr oder weniger erfolgreich beantwortet.[1261] Zumindest finden sich im Textsample t1 nur sehr wenige Aufrufe zu einer radikalen Veränderung der gewohnten Produktions- und Versorgungsmuster oder auch der individuellen Lebensstile. Potenziell negative Implikationen von Wirtschaftswachstum in Europa werden kaum problematisiert.[1262] Im Gegenteil geht es in fast allen Artikulationen in unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen darum, „alle möglichen Hebel in Gang zu setzen, um das Wachstum wieder kräftig und dauerhaft anzukurbeln"[1263]. Insgesamt bleibt der EU-Energiediskurs, wie er sich hier im Textsample t1 (2005–2006) abbildet, im etablierten Wachstumsparadigma moderner Gesellschaften eingebettet.

In der weiteren Umwelt- und Energiedebatte wird jedoch seit Längerem auf die grundlegenden Probleme wachstumsbasierter Wohlstandsmodelle hingewiesen: Als wichtiger Referenzpunkt gilt dabei v. a. der Bericht „Grenzen des Wachstums"[1264]

1260 Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 68.

1261 Vgl. ebenda.

1262 Für Ausnahmen vgl. aber Redebeitrag von Vittorio Prodi, im Namen der ALDE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Klimawandel, P6_CRE(2005)05-10 (22), 10.5.2005, Straßburg; Redebeitrag von Elisa Ferreira (PSE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Energieeffizienz; Redebeiträge von Johannes Blokland (IND/DEM); Anders Wijkman (PPE-DE); Elisabeth Schroedter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion; in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung; Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2757. Tagung des Rates Umwelt, 13989/06 (Presse 287), 23.10.2006, Brüssel; Dimas, Stavros (2006): Review of the 6th Environmental Action Programme, Environment Council: Informal Meeting, SPEECH-06-461, 15.7.2006, Turku.

1263 Michel, Louis (2006): „Europa ohne Plan?", Les Mardis d'EUR-IFRI, SPEECH-06-255, 25.4.2006, Brüssel.

1264 Meadows, Dennis et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.

aus dem Jahr 1972. Dieser Bericht des Club of Rome, der in drastischer Weise die Implikationen des grenzenlosen Wachstums und der schnell wachsenden Weltbevölkerung thematisiert, beschreibt die Umweltproblematik erstmals auch als eine globale Krise, die eine internationale Zusammenarbeit von Experten und Politikern verlangt – nach dem Motto: „think globally, act globally"[1265]. Während nach Ansicht des Club of Rome insbesondere die politischen Eliten und Experten in großen Planungsprogrammen die globalen Umweltprobleme lösen sollten, entstand in den 1970er-Jahren eine weitere einflussreiche Umweltbewegung, die an die Eigenverantwortung der Bürger appellierte, die sich zum Schutz der Umwelt zum Beispiel in kleinen Einheiten dezentral selbst versorgen und somit mehr im Einklang mit der Natur leben sollten. In Anlehnung an den Klassiker „Small is Beautiful"[1266] wird hier nicht auf globale Lösungen und technische Großprojekte, sondern auf lokale, dezentrale Lösungen gesetzt.[1267] Die Energie- und Umweltkrise wird in sogenannten „radikal-ökologischen Strömungen" in eine weit reichende Sozialkritik eingebettet,[1268] insbesondere wird massive Kritik an der modernen Konsumgesellschaft geäußert. Diese radikal-ökologischen „grass-roots"-Bewegungen gründen teils auch in einem Misstrauen in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Entscheidungsträger in Wissenschaft und Politik.[1269] Entsprechend wird in der radikalen Umweltbewegung auch nicht primär auf staatlich gelenkte „top-down"-Lösungen gesetzt, sondern auf eine Veränderung der individuellen Lebensführung.

Vor diesem Hintergrund wird auch in der Energiedebatte nicht allein auf die Energieeinsparung mittels „technischer Effizienzlösungen" gesetzt, sondern auf „Nutzeneffizienz", also durch ein radikal verändertes Nutzerverhalten[1270] bzw. eine veränderte Bedarfsbefriedigung, die ohne die zusätzliche Anschaffung neuer Produkte auskommt. Die hiermit bereits angesprochene Suffizienzstrategie kann sowohl den ersatzlosen Konsumverzicht bzw. die „Reduktion des quantitativen Ausmaßes bestimmter Konsumaktivitäten" bedeuten, aber auch „die qualitative Veränderung des Anspruchsniveaus"[1271]. Suffizienz wird somit nicht einfach negativ als Verzicht verstanden, sondern positiv konnotiert – etwa in der französischen Décroissance-Be-

1265 Dryzek (1997): The Politics of the Earth, S. 41.

1266 Schumacher, Ernst F. (1977): Die Rückkehr zum menschlichen Maß: Alternativen für Wirtschaft und Technik – ‚Small is Beautiful', Reinbek bei Hamburg.

1267 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 84-85.

1268 Vgl. Dryzek (1997): The Politics of the Earth.

1269 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 87.

1270 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 61.

1271 Ebenda, S. 67.

wegung als *simplicité volontaire*.[1272] Ein einfacheres Leben ohne Konsumzwang, die „Entrümpelung übervoller Lebensstile" wird als echter Zugewinn an Lebensqualität betrachtet.[1273] Mit diesen suffizienten Lebensstilen soll eine Alternative zu wachstumsfixierten Wohlstandskonzepten entworfen werden und, in Bezug auf die hier untersuchten energiepolitischen Lösungsmodelle, wird auf eine absolute Energieeinsparung durch die Verminderung der Nachfrage an Energiedienstleistungen abgezielt; d. h. nicht wie in den etablierten Lösungsmodellen der Substitution und Effizienz auf die optimierte (d. h. möglichst saubere oder effiziente) Bereitstellung von (mehr) Energiedienstleistungen.

Während Konsumverzicht weitgehend eine individuelle Entscheidung darstellt, spielt die Politik im qualitativen Suffizienzansatz dennoch eine zentrale Rolle, insbesondere wenn es darum geht, Rahmenbedingungen in den Bereichen Arbeit sowie Verkehrs- und Stadtplanung zu setzen.[1274] Denn bei der Vermeidung von Energiedienstleistungen geht es nicht nur um den freiwilligen Konsumverzicht, sondern es werden auch neue regionalökonomische Strukturen und alternative Formen der Selbstversorgung durch mehr Eigenarbeit (z. B. im Rahmen von Gemeinschaftsgärten und urbaner Landwirtschaft) als Lösungsmodelle angedacht. Zudem werden auch weiterführende institutionelle Reformen, wie etwa die Einführung von Regionalwährungen, diskutiert. Einige dieser theoretischen Vorschläge der sogenannten Postwachstumsökonomie werden auch in Ansätzen schon in der Praxis[1275] umgesetzt und in sogenannten „transition towns" erprobt.[1276] Insgesamt wird hiermit die in den 1970er-Jahren schon populäre Kritik an Großprojekten[1277] reaktiviert. Mit der Fokussierung auf das Lokale wird ein Denkstil „der für große Probleme ‚große' Lösungen sucht"[1278] kritisiert, wie er in der EU – etwa in der kon-

1272 Die wachstumskritische Bewegung Décroissance plädiert u. a. für eine Wachstumsrücknahme und einen suffizienten Lebensstil. Vgl. hierzu u. a. Supp, Barbara (2012): Wir! Wollen!! Weniger!!!, in: Der Spiegel Nr. 33, 13.8.2012, S. 52-54; Slim (2013): The Impact of De-growth (la décroissance) on the Discourse of Sustainability.

1273 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 66-67, vgl. auch Paech (2012): Befreiung vom Überfluss; Hänggi (2011): Ausgepowert.

1274 Vgl. Paech (2012): Befreiung vom Überfluss, S. 134-141.

1275 Für „Erfolgsgeschichten" aus verschiedenen Lebensbereichen vgl. das sogenannte „Zukunftsarchiv" auf der Website www.futurzwei.org (letzter Zugriff: 29.4.2014).

1276 Vgl. hierzu Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 282-286. Für Transition-Initiativen in Deutschland vgl. http://www.transition-initiativen.de/ (letzter Zugriff: 29.4.2014).

1277 Vgl. Lovins (1978): Sanfte Energie; Schumacher (1977): Die Rückkehr zum menschlichen Maß.

1278 Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 227.

kreten story-line size matters – besonders stark zum Ausdruck kommt.[1279] Stattdessen werden in Diskursarenen außerhalb der EU-Institutionen die Eigenverantwortung der Bürger sowie lokale Lösungsansätze in der Vordergrund gerückt, nach dem Motto: „So regional wie möglich, so global wie nötig.“ [1280] Daher wird auch eine „Siedungs-, Verkehrs- oder Handelspolitik der kurzen Wege“ als „Paradebeispiel einer Politik der Suffizienz“[1281] bezeichnet.

Wie bereits herausgestellt wurde, gilt dieser radikale wachstumskritische Suffizienz-Ansatz in der Politik als besonders schwer vermittelbar und wenig populär, da er meist negativ mit Verzicht an Lebensqualität verbunden wird. Auch im hier untersuchten Textsample t1 (2005–2006) wird Suffizienz an keiner Stelle explizit als Strategie zur Lösung der Energieproblematik bzw. als Antwort auf die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der langfristigen Energiesicherheit angesprochen. Die Lösungsansätze der „kurzen Wege“, die primär auf Veränderungen auf der lokalen Ebene (d. h. Stadt- und Verkehrsplanung) abheben, werden nur punktuell angesprochen (und wenn, dann auch meist im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik der EU). Die vielen kleinen Lösungsvorschläge werden im diskursiven Repertoire vielmehr von der Notwendigkeit großer technischer Lösungen auf europäischer und globaler Ebene „überschattet“.[1282] Suffiziente Lösungsmodelle weisen im Gegensatz zu den etablierten Lösungsmodellen – Effizienz und Substitution – v. a. nur eine geringe Anschlussfähigkeit zum wachstumsbasierten Wohlstandsmodells der EU auf; so stößt sich die Suffizienzstrategie am klassischen Selbstverständnis der EU als „Motor für Wachstum und Wohlstand“. Aber die Suffizienzstrategie ist auch mit der umfassenden Energieperspektive nur bedingt vereinbar. Denn das konstitutive Meta-Narrativ der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch gilt vielen Wachstumskritikern als Mythos und Utopie.[1283] Die Dominanz des Entkopplungs-Meta-Narrativs kann der Umsetzung suffizienter Lösungen sogar im Wege stehen, wie Niko Paech, einer der Hauptvertreter der Postwachstumsökonomie, argumentiert:

> Solange die Hoffnungen, dass ökonomisches Wachstum bei hinreichenden innovativen Technikentwicklungen von Ressourcenverbräuchen und Umweltschäden

1279 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.1.1.1.

1280 Niko Paech zitiert nach Etscheit, Georg (2012): Aufklärung 2.0, in: Die Zeit, 11.12.2012, abrufbar unter: http://www.zeit.de/2012/49/Wachstumskritiker-Oekonom-Niko-Paech (letzter Zugriff: 29.4.2014).

1281 Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 301.

1282 Vgl. hierzu Kapitel IV, Abschnitt 2.1.1.

1283 Vgl. u. a. Hänggi (2011): Ausgepowert, S. 180; Paech (2012): Befreiung vom Überfluss, S. 71.

> entkoppelt werden kann, nicht als Schimäre entlarvt ist, besteht für die Akzeptanz geschweige denn Durchsetzbarkeit wachstumskritischer Positionen nicht der Hauch einer Chance.[1284]

Suffizienzorientierte Lösungsmodelle sind insgesamt anspruchsvoller für jeden Einzelnen und auch für die Politik, sie passen somit nicht zum „Rundherum-Sorglos-Versprechen"[1285] der nachhaltigen Entwicklung basierend auf Innovationen und energieeffizienten Produkten, wie es insbesondere in der konkreten story-line der green economy im hier analysierten Textsample t1 immer wieder betont wird. Denn erstens werden im Zuge einer Suffizienzstrategie tendenziell weniger Produkte und weniger Energie benötigt, um die Bedarfe der Bürger zu erfüllen. Zweitens werden Produkte bevorzugt, die langlebiger sind, d. h. auch hier wird eher auf Qualität denn auf Quantität gesetzt. Statt Innovation gilt hier das Prinzip der „Renovation", also die Aufwertung und Wiederverwertung von Produkten (Stichwort: „upcycling").[1286] Somit findet die Suffizienzstrategie (bisher) insgesamt wenig Resonanz in modernen Konsumgesellschaften und nimmt auch im hier rekonstruierten diskursiven Repertoire nur eine marginale Position im Vergleich zu den anderen Lösungsmodellen ein.[1287] Selbst die konkreten Aufrufe zu einer neuen „Transport- und Energiekultur"[1288] bleiben dem Grundgedanken treu, dass sich ökologische und ökonomische Ziele der EU in Einklang bringen lassen. Im Rahmen der konkreten story-line der neuen Energiekultur werden zwar suffizienzorientierte Lösungselemente angesprochen, ohne damit aber eine fundamentale Kritik am „Entkopplungs-Ansatz" und am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu verbinden.

2.2.2.3 Zusammenfassung

Primäres Merkmal	**Ausprägung im Idealtypus der umfassenden Energieperspektive**
Positionierung im Umwelt-Wirtschafts-Nexus	Die Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft und der Umwelt: Hauptaufgabe ist die möglichst umweltverträgliche Bereitstellung von Energiedienstleistungen.

1284 Paech (2012): Befreiung vom Überfluss, S. 72.

1285 Ebenda, S. 73.

1286 Vgl. Paech (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung, S. 67. Für zahlreiche praktische Hinweise zum Thema Upcycling vgl. auch die Website utopia.de – Das Portal für Nachhaltigkeit unter: www.utopia.de (letzter Zugriff: 28.4.2014).

1287 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.3.

1288 Redebeitrag von Claude Turmes (Verts/ALE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates.

Aus der *umfassenden Energieperspektive* wird nach dem in der EU weithin geltenden Verständnis der nachhaltigen Entwicklung angenommen, dass kein Gegensatz zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen einer Gesellschaft besteht und entsprechend auch alle drei Hauptziele der europäischen Energiepolitik – Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit – gleichermaßen erfüllt werden können. Dies kommt im Textsample t1 in der konkreten story-line der Synergieeffekte deutlich zum Ausdruck. Die konkrete story-line der Synergieeffekte wird nicht nur verwendet, um die Ziele der europäischen Energiepolitik zu definieren, sondern auch um bestimmte energiepolitische Lösungsmodelle zu fokussieren. So wird im untersuchten Textsample t1 passend zur konkreten Synergie-story-line insbesondere das Lösungsmodell der Energieeffizienzsteigerung befürwortet. Eine ähnliche Argumentation findet sich auch in Bezug auf die zweite umfassende Lösungsoption der Substitution. Besonders die Förderung erneuerbarer Energien wird im Rahmen der konkreten Synergie-story-line als wesentliche Maßnahme befürwortet, um die zukünftige Energieversorgung und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern und dabei gleichzeitig die Umwelt- bzw. Klimaschutzziele der EU zu erfüllen.

Beide Lösungsmodelle werden zudem im Rahmen der konkreten story-line green economy fokussiert, wobei dann besonders die technologische Komponente in den Vordergrund rückt. Die low-carbon economy story-line fokussiert dabei zudem auch auf weitere kohlenstoffarme Technologien, wie CCS. Nach diesen story-lines tragen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Förderung erneuerbarer Energien sowie kohlenstoffarmer Technologien nicht nur zur Erfüllung aller drei energiepolitischen Ziele im engeren Sinne bei, sondern auch zu den übergeordneten Zielen der EU: Wachstum, Beschäftigung und Wohlstandserhalt in Europa. Lösungsmodelle, die sich nicht in das wachstumsbasierte Wohlstandsmodell einfügen – wie v. a. die Suffiziensstrategie – nehmen im untersuchten diskursiven Repertoire nur eine marginale Position ein, im Gegensatz jedoch zu anderen Diskursarenen. Im Rahmen der konkreten story-line neue Energiekultur werden zwar bestimmte Elemente, wie etwa die Förderung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten, aufgegriffen, ohne aber den Grundsatz der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz fundamental zu hinterfragen Der Idealtypus der umfassenden Energieperspektive konkretisiert sich somit primär in Lösungsmodellen, die auf eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch bzw. CO_2-Emissionen setzen. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass in allen konkreten story-lines technologische Lösungen eine zentrale Rolle spielen. Diese und weitere Schnittstellen im diskursiven Repertoire fasse ich im Folgenden zusammen.

2.3 Grundlegende Merkmale des diskursiven Repertoires

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wird davon ausgegangen, dass soziale Akteure über eine Deutungskompetenz verfügen, jedoch immer in schon bestehende Diskursstrukturen eingebettet sind, d. h. sie greifen im Policy-Prozess zur Legitimation von Maßnahmen und Zuständigkeiten auf ein begrenztes diskursives Repertoire an story-lines zurück. Um dieses Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure empirisch fassen zu können, wurde im ersten Analyseschritt das *diskursive Repertoire* im Vor- und Umfeld der ersten expliziten Stellungnahmen zur EPE rekonstruiert. Hierzu wurden unterschiedliche Textsorten, wie Plenardebatten und Pressemitteilungen der EU-Institutionen, mittels der Analysesoftware MAXQDA geordnet, codiert und typologisiert. Angesichts der Forschungsfrage nach der Etablierung der Energiepolitik für Europa (EPE) stand die Rekonstruktion von idealtypischen story-lines zur EU-Energiekompetenz und zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik im Vordergrund. Nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung wurden folgende idealtypische story-lines herausgearbeitet, die sich in verschiedenen konkreten story-lines im Textsample t1 (2005–2006)[1289] manifestieren.

Übersicht 3 Zusammenfassung der rekonstruierten story-lines

Idealtypen zur Energiekompetenz

Idealtypus: Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit

- *Position zur EU-Energiekompetenz:* Eine gestärkte EU-Energiekompetenz wird mit *objektiv gegebenen Problemen*, die explizit oder implizit als globale Herausforderungen definiert werden, als notwendig und alternativlos konstituiert.
- *Grundannahmen/Meta-Narrativ:* Meta-Narrativ einer gefährlichen globalisierten Welt. Die EU wird als geeignet positioniert, um effektiv auf die Gefahren der Globalisierung zu reagieren („environment taker").
- *Konkrete story-lines aus dem Textsample t1:* Story-line size matters und story-line neue Energielandschaft.

Idealtypus: Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt

- *Position zur EU-Energiekompetenz:* Der *ideelle Mehrwert* für die Fortführung der europäischen Integration und der *Wille der europäischen Bürger* dienen als primäre Begründung für eine gestärkte EU-Energiekompetenz.
- *Grundannahmen/Meta-Narrativ:* Meta-Narrativ einer gefährlichen globalisierten Welt. Die EU wird jedoch stärker als Gestalter der Globalisierung positioniert („environment maker").

1289 Vgl. hierzu Anhang 1.

- *Konkrete story-lines aus dem Textsample t1*: Story-lines zur Zukunft Europas (d. h. story-line Gründungsmythos, Solidarität und Europa der Ergebnisse) sowie story-line Bürgerwille.

Idealtypus: Energiepolitik als primär nationaler Verantwortungsbereich

- *Position zur EU-Energiekompetenz:* Nicht die EU-Institutionen, sondern die Mitgliedstaaten werden weiterhin als primär verantwortliche Energieakteure konstituiert.
- *Grundannahmen/Meta-Narrativ:* Nicht die globalisierte Welt, in der die EU als einheitlicher Akteur auftritt, wird als Handlungskontext in den Vordergrund gerückt, sondern das europäische Mehrebenensystem mit vielen politischen Akteuren.
- *Konkrete story-lines aus dem Textsample t1:* Story-line Souveränität und story-line Subsidiarität.

Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung

Idealtypus: Klassische Energieperspektive

- *Positionierung der Energiepolitik im Umwelt-Wirtschafts-Nexus:* Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft. Hauptaufgabe ist die Gewährleistung der Energiesicherheit (v. a. im Sinne der Verfügbarkeit von Energie), d. h. die Bereitstellung aller nachgefragten Energiedienstleistungen.
- *Grundannahmen/Meta-Narrativ:* Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie, d. h. ökonomische Werte haben Vorrang. Meta-Narrativ der Kopplung von Wachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen.
- *Konkrete story-lines im Textsample t1*: story-line der Zielkonflikte, story-line ideologiefreier Energiemix, story-line Geopolitik.

Idealtypus: Umfassende Energieperspektive

- *Positionierung der Energiepolitik im Umwelt-Wirtschafts-Nexus:* Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft und der Umwelt. Hauptaufgabe ist die möglichst umweltverträgliche Bereitstellung von Energiedienstleistungen.
- *Grundannahmen/Meta-Narrativ:* Synergieverhältnis von Ökonomie und Ökologie, d. h. ökonomische und ökologische Werte können gleichermaßen erfüllt werden. Meta-Narrativ der Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen.
- *Konkrete story-lines im Textsample t1*: Story-line der Synergieeffekte, story-line neue Energielandschaft, story-line green/low-carbon economy, story-line neue Energiekultur.

Angesichts der Fragestellung nach den *diskursiven Möglichkeitsbedingungen* für die Etablierung der EPE soll hier über die Zusammenfassung hinaus erläutert werden, welche dieser story-lines im weiteren Policy-Prozess eine zentrale Rolle spielen, d. h. zur Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik beitragen. Dazu greife ich v. a. auf die sogenannte „Resonanzhypothese“ zurück, die besagt, dass die Durchsetzungsfähigkeit und Akzeptanz von story-lines im Policy-Prozess durch ihre Anschlussfähigkeit an etablierte und anerkannte Deutungen

begünstigt werden.[1290] Ich gehe im Folgenden daher auf die Resonanzfähigkeit der rekonstruierten story-lines zur energiepolitischen Kompetenz und inhaltlichen Grundausrichtung mit Blick auf qualitative und ergänzend auch auf quantitative Merkmale des diskursiven Repertoires ein.

2.3.1 Zur Anschlussfähigkeit der rekonstruierten story-lines

Es wurde aufgezeigt, dass eine gestärkte EU-Energiekompetenz direkt oder indirekt mit einer globalen Einordnung der drängenden Energieprobleme verknüpft wird, was sich im Textsample t1 insbesondere in den konkreten story-lines size matters und der konkreten story-line neue Energielandschaft manifestiert. Das in der EU fest etablierte Artikulationsmuster – mit Verweis auf die Globalisierung eine Handlungskompetenz der EU zu begründen – wird auch zur Stärkung einer EU-Energiekompetenz routiniert herangezogen. Aber nicht nur die beiden Pro-EU-Idealtypen Notwendigkeit und Integrationsprojekt weisen durch das gemeinsame Meta-Narrativ der globalisierten Welt eine hohe Anschlussfähigkeit auf, sondern diese globale Perspektive spiegelt sich auch in den inhaltlichen Idealtypen zur Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik wider. Denn in der klassischen Energieperspektive aber mehr noch in der umfassenden Energieperspektive werden große globale Probleme wie der Klimawandel als bestimmend für die inhaltliche Ausrichtung der europäischen Energiepolitik definiert. Es lässt sich also von einer grundlegend hohen Anschlussfähigkeit energiepolitischer story-lines an den etablierten Globalisierungsdiskurs ausgehen und von einer geteilten globalen Problemdefinition, auch wenn in der klassischen und umfassenden Energieperspektive unterschiedliche Schwerpunkte hinsichtlich der vielfach artikulierten „twin challenges“[1291] – Klimawandel und Energiesicherheit – gesetzt werden.

Die Auswertung des Textsamples t1 zeigt jedoch, dass v. a. die idealtypischen story-lines der Notwendigkeit und der umfassenden Energieperspektive immer wieder miteinander kombiniert werden. Das heißt konkret: Die Notwendigkeit, auf die globalen Herausforderungen europäische Antworten zu geben, wird dann meist mit Lösungsmodellen zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen verknüpft, insbesondere mit Verweis auf Lösungsmodelle der Substitution und der Effizienzsteigerung. *Konstruktionen der Notwendigkeit angesichts globaler Herausforderungen* sind somit zentral, sowohl um die Energiekompetenz der EU zu begründen als auch technologiegestützte

1290 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.5.2; vgl. auch Maier (2001): Ideen und Policies, S. 544; Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 58.

1291 Mandelson (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy.

Abb. 8 Idealtypen mit gemeinsamer Problemdefinition

Lösungsmodelle zu fokussieren.[1292] Meist außerhalb der EU-Institutionen werden alternativ auch verhaltensverändernde lokale Lösungsstrategien formuliert, die etwa Konsumverzicht, den Konsum regionaler Produkte oder eine Stadt- und Verkehrsplanung der „kurzen Wege" einfordern. So sollen Rahmenbedingungen etabliert werden, die eine substanzielle Verhaltensänderung im Umgang mit Energiedienstleistungen wie Mobilität ermöglichen und letztlich zu einem absolut geringeren Energieverbrauch in Europa führen sollen. Diese wachstumskritischen Suffizienzstrategien tauchen auf dem „Radarschirm" einer im Handlungskontext der globalen Weltwirtschaft verorteten EU-Energiepolitik jedoch nicht explizit auf. Suffizienzorientierte Lösungselemente werden, wenn überhaupt, im Rahmen der konkreten story-line neue Energiekultur artikuliert und meist mit anderen Politikfeldern wie der Verkehrspolitik verknüpft oder auch teils am Rande von Energieeffizienzdebatten aufgegriffen.

Pro-EU-story-lines, für die also insgesamt eine Fokussierung auf die große globale Dimension der Energieproblematik konstitutiv ist, und suffizienzorientierte Lösungsmodelle, die auf lokale „kleine" Lösungen und individuelle Verhaltensänderungen setzen, sind wenig kompatibel. Denn die Fokussierung auf diese Lösungsmodelle könnte gleichzeitig die Relevanz der EU als Handlungsebene und damit die EU-Energiekompetenz abwerten. Die Verknüpfung globaler energiepolitischer Herausforderungen mit lokalen/individuellen Suffizienzstrategien wird im Gegensatz zu anderen Diskursarenen auf europäischer Ebene kaum artikuliert. Vielmehr wird stets durch den Verweis auf die globale Problemdimension die „Größe" der

1292 Vgl. hierzu u. a. Bleses/Rose (1998): Deutungswandel in der Sozialpolitik, S. 46.

Energieproblematik hervorgehoben, um davon ausgehend eine EU-Kompetenz im Energiebereich zu begründen und zu stabilisieren.

Nicht nur die globale Problemdefinition bildet ein diskursives Bindeglied zwischen den Idealtypen, sondern v. a. auch das gemeinsame „Megaziel" des Wohlstandserhalts in Europa. Nach der idealtypischen story-line der Notwendigkeit, wie es in der konkreten story-line size matters aus dem Textsample t1 besonders deutlich wird, kann Wohlstand im Kontext einer globalisierten Welt nur mit einer gemeinsamen Energiepolitik weiter garantiert werden. Dabei wird das *wachstumsbasierte Wohlstandsmodell* auch explizit in beiden idealtypischen story-lines zur inhaltlichen Grundausrichtung reproduziert, allerdings mit unterschiedlichen Wachstumsbegriffen verknüpft. Während in der klassischen Energieperspektive v. a. ein quantitatives Verständnis von Wirtschaftswachstum vorherrscht, dominieren in der umfassenden Energieperspektive qualitative Konzepte, wie nachhaltiges oder grünes Wachstum.

Es werden also durchaus auch die Probleme, die sich aus der Fixierung auf eine rein quantitative Wachstumslogik ergeben, im EU-Energiediskurs thematisiert, aber die umfassende Energieperspektive rekurriert dennoch auf das Meta-Narrativ der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen, d. h. Wachstum wird nicht an sich als Problem definiert, sondern nur die Art und Qualität des Wachstums. Nachhaltiges oder grünes Wachstum bzw. die Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft im Sinne der green economy und low-carbon economy story-line wird explizit angestrebt. Insgesamt wird also auch im Rahmen der umfassenden Energieperspektiven der klassische Gründungsmythos der EU als „Motor für Wachstum und Wohlstand" fortgeschrieben – in einer grünen und klimafreundlichen Variante. Die Relevanz von Wirtschaftswachstum (in unterschiedlichen Ausprägungen) als Garant für Arbeitsplätze und Wohlstand in Europa zeigt sich nicht zuletzt auch in der schon angedeuteten Präferenz für technische Lösungen der Energieproblematik und der Marginalisierung von Suffizienzstrategien.

Das Vertrauen in den technischen Fortschritt, wie es zu Beginn des Integrationsprozesses mit Blick auf die Atomkraft vorherrschte und im hier untersuchten Textsample t1 in Bezug auf kohlenstoffarme Technologien sowie auch die Nutzung nicht-konventioneller Energien (Stichwort: Fracking) fortbesteht, ist somit konstitutiv für die etablierten Lösungsmodelle im diskursiven Repertoire. Die rekonstruierten energiepolitischen story-lines greifen somit vertraute, auf europäischer Ebene bereits *anerkannte Diskurselemente* auf, wie eine globale Problemdefinition im Kontext der Globalisierung, das Ziel des wachstumsbasierten Wohlstandserhalts sowie die Nutzung von Technologien zur Lösung der Energieproblematik. Die Anschlussfähigkeit an diese etablierten diskursiven Elemente lässt auf eine weitreichende Durchsetzbarkeit

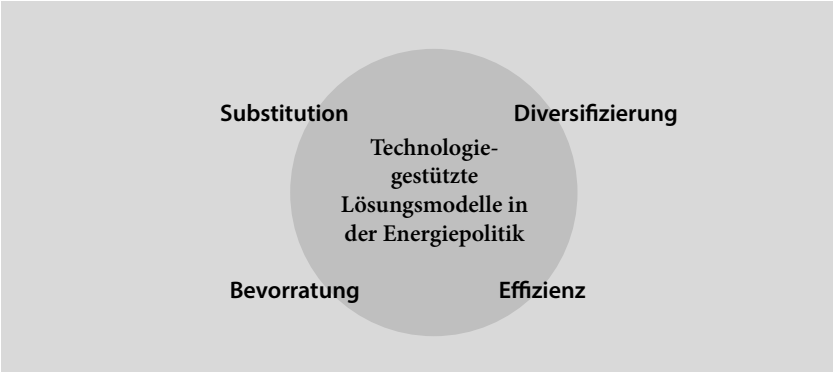


Abb. 9 Technologiegestützte Lösungsmodelle

im Policy-Prozess schließen, insbesondere aber der Pro-EU-Idealtypen (und hier v. a. des Idealtypus der Notwendigkeit) sowie der story-lines der umfassenden Energieperspektive, die auch untereinander vielfach kombinierbar sind. Diese Interpretationsergebnisse lassen sich zudem mit quantitativen Merkmalen des Datenmaterials, die sich aus den Codierungen ableiten lassen, ergänzend unterstreichen.

2.3.2 Quantitative Merkmale des diskursiven Repertoires

Angesichts des Ziels einer „typisierenden Rekonstruktion“[1293] energiepolitischer story-lines, die das diskursive Repertoire abstecken, wurde bewusst keine inhaltsanalytische Vorgehensweise gewählt, die auf disjunkten Codekategorien basiert und die anstrebt, alle inhaltlich passenden Textstellen systematisch zu codieren. In Anlehnung an die Grounded Theory wurde vielmehr das Verfahren des selektiven bzw. fokussierten Codierens genutzt, d. h. es wurde keine „Vollcodierung“ des gesamten Samples t1 durchgeführt. Zudem erfolgten häufig Mehrfachcodierungen einzelner Textstellen, da ja gerade Verknüpfungen zwischen diskursiven Elementen aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive von Interesse sind. Die gewählte methodische Vorgehensweise ist somit für die primäre Zielsetzung der Arbeit passend, bedeutet aber, dass hier nur tendenzielle Aussagen zum quantitativen Verhältnis der Idealtypen im Sample t1 aus den Codierungen abgeleitet werden können. Beispielsweise finden sich viele für eine Stärkung der EU-Energiekompetenz argumentierende Aussagen, die sowohl auf den Idealtypus der Notwendigkeit als auch den des Integrationsprojekts rekurrieren, sodass hier dann auch eine zweifache

1293 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 251.

Codierung derselben Textstelle erfolgte. Trotz dieser aus strikt inhaltsanalytischer Perspektive problematischen Verzerrungen „ist es heuristisch durchaus von Interesse, ob bestimmte Kategorien […] sehr häufig oder überhaupt nicht vorkommen“[1294]. Denn diese „Häufigkeitsauswertungen […] lenken den Blick auf Unterschiede und Auffälligkeiten im Datenmaterial“[1295], die ich hier schlaglichtartig beleuchten möchte.

In Bezug auf die rekonstruierten Idealtypen zur EU-Energiekompetenz ist auffällig, dass story-lines, die sich dezidiert für die Souveränität der Mitgliedstaaten in der Energiepolitik aussprechen, kaum identifiziert werden konnten.[1296] Hingegen wurden Codes der Oberkategorien Notwendigkeit und Integrationsprojekt häufig zugeordnet, d. h. Forderungen nach einer gestärkten EU-Energiekompetenz werden „in einer sehr hohen und zugleich diversen Anzahl von Verknüpfungen artikuliert“[1297], was die *Dominanz der Pro-EU-story-lines im diskursiven Repertoire* nahelegt.[1298]

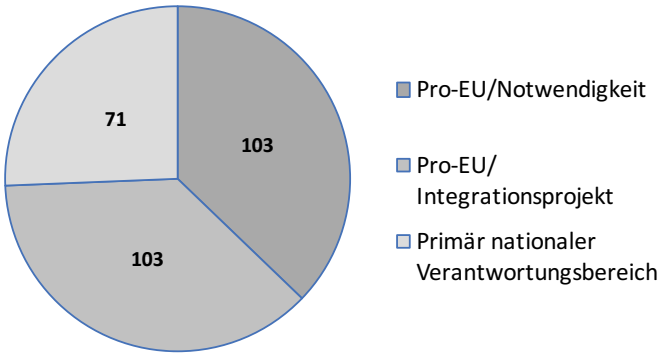


Abb. 10 Anzahl der Codierungen im Sample t1 zur Energiekompetenz

Auch in Bezug auf die Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik lässt sich eine recht klare Tendenz anhand der Codierungen

1294 Kuckartz (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, S. 117.

1295 Ebenda.

1296 10 Textstellen wurden exklusiv dem Code Souveränität zugeordnet.

1297 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 233.

1298 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1; vgl. auch Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70; Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 173.

ausmachen: Denn es wurden deutlich mehr Codes der Oberkategorie umfassende Energieperspektive vergeben als der Oberkategorie klassische Energieperspektive.[1299] Diese Häufigkeitsverteilung der Codierungen kann als ergänzender Indikator für die größere „kollektive Reichweite" und *Resonanzfähigkeit von story-lines der umfassenden Energieperspektive* und ihrer entsprechenden Lösungsmodelle gelten.[1300] Gerade in Bezug auf die Lösungsmodelle waren jedoch häufig Mehrfachcodierungen von Textstellen nötig, da etwa die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung von erneuerbaren Energien (und anderen Technologien) gemeinsam genannt werden. Dennoch ist auffällig, dass der Code Suffizienz seltener auftaucht als die Codes der beiden anderen umfassenden Lösungsmodelle Substitution und Effizienz. Die schon herausgestellte marginalisierte Position von Suffizienzstrategien zeigt sich auch quantitativ im Datenmaterial, insbesondere darin, dass der Begriff Suffizienz im Sample t1 keinmal explizit genannt wird und nur 22 Textstellen identifiziert wurden, die primär auf bestimmte suffizienzorientierte Lösungselemente (z. B. Carsharing) setzen und damit ausschließlich dem Code Suffizienz zugeordnet werden konnten (s. Abb. 11 auf der folgenden Seite).[1301]

Auch wenn sich aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive nicht von Häufigkeiten auf die (Ir-)Relevanz einer story-line im EU-Policy-Prozess schließen lässt,[1302] deren Anschlussfähigkeit vielmehr auf bereits anerkannten Deutungen der Energieproblematik gründet, unterstützen die skizzierten Häufigkeitsverteilungen der Codierungen dennoch diese qualitative Interpretation der Anschlussfähigkeit: Denn die besonders anschlussfähigen und kompatiblen Idealtypen (Notwendigkeit, Integrationsprojekt und umfassende Energieperspektive) treten auch häufiger auf, während die geringe Anzahl von codierten Aussagen im Sample t1, die sich explizit gegen eine gestärkte EU-Energiekompetenz richten oder suffizienzorientierte Lösungen

1299 Oberkategorie umfassende Energieperspektive: 262 Codierungen; Oberkategorie klassische Energieperspektive: 74 Codierungen.

1300 Vgl. hierzu auch Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 179-181.

1301 Hierzu sei angemerkt, dass ich nach suffizienzorientierten Aussagen gezielt gesucht und diese soweit auch codiert habe, während im Sinne des fokussierten Codierens nicht alle Textstellen, in denen z. B. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung erwähnt werden, auch als solche codiert wurden. Die Dominanz von Effizienz gegenüber Suffizienz dürfte sich bei einer quantitativen Inhaltsanalyse des Samples t1 noch deutlicher zeigen.

1302 Vgl. hierzu Kuckartz (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, S. 117; Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 180-181.

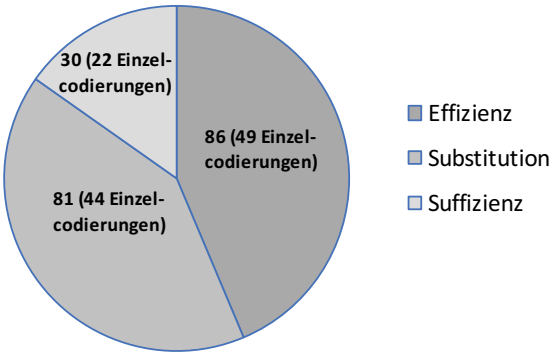


Abb. 11 Anzahl der Codierungen im Sample t1 zu den umfassenden Lösungsmodellen

fokussieren, auf die geringere Reichweite dieser Diskurselemente hindeuten.[1303] Die wichtigsten Ergebnisse des ersten Analyseschritts, d. h. die übergreifenden Merkmale des diskursiven Repertoires energiepolitischer story-lines im Vor- und Umfeld des Policy-Prozesses um die Etablierung der EPE, sind in der folgenden Übersicht zusammengefasst.

Übersicht 4 Merkmale des diskursiven Repertoires

Grundlegende Gemeinsamkeiten der Idealtypen

- Eine Gemeinsamkeit der Idealtypen ist die *globale Definition der Energieproblematik*, d. h. europäische und technologiegestützte Lösungen werden mit Verweis auf die Gefahren der Globalisierung legitimiert. Eine Ausnahme bildet der Idealtypus nationaler Verantwortungsbereich, der stattdessen das europäische Mehrebenensystem als wesentlichen Handlungskontext definiert.
- In allen Idealtypen wird das *wachstumsbasierte Wohlstandsmodell* reproduziert und stabilisiert, wobei unterschiedliche Wachstumsbegriffe verwendet werden.

1303 Vgl. Schwab-Trapp (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse, S. 179-181.

Etablierte und marginalisierte Lösungsmodelle

- In beiden Energieperspektiven werden *technologiegestützte Lösungsmodelle* befürwortet, da diese neben den spezifischen Energiezielen (Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit) auch zum übergeordneten Ziel des Wohlstandserhalts beitragen können.
- Wachstumskritische Positionen und entsprechende *Lösungsmodelle der Suffizienz* sind im diskursiven Repertoire hingegen kaum repräsentiert und werden, wenn überhaupt, in den umfassenden „Entkopplungs-Ansatz" integriert.

Quantitative Merkmale

- Codes, die den Oberkategorien *Notwendigkeit* und *Integrationsprojekt* zugeordnet sind, wurden im Textsample t1 häufiger vergeben als Codes der Oberkategorie *nationaler Verantwortungsbereich*, was als ergänzender Indikator für die größere Reichweite und Resonanzfähigkeit der Pro-EU-story-lines betrachtet wird.
- Codes, die *der umfassenden Energieperspektive* zugeordnet sind, wurden im Textsample t1 häufiger vergeben als Codes der *klassischen Energieperspektive*, was als ergänzender Indikator für die größere Reichweite und Resonanzfähigkeit umfassender, energiepolitischer story-lines betrachtet wird.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des ersten Analyseschritts, dass eine Vielfalt an story-lines im diskursiven Repertoire vorhanden ist, dass aber v. a. die Idealtypen der umfassenden Energieperspektive und die Pro-EU-story-lines eine größere Reichweite und Resonanzfähigkeit aufweisen, da sie an bestehende, anerkannte Deutungen besonders gut anschlussfähig sind und auch miteinander vielfach kombiniert werden können. Akteure müssen sich auch bei der Artikulation von möglichen alternativen story-lines – so die theoretische Grundannahme – auf diese anschlussfähigen Elemente beziehen, also in gewisser Weise anschlussfähig bleiben, um sich erfolgreich im EU-Policy-Prozess durchsetzen zu können. Daher lässt sich argumentieren, dass die *Artikulationsmöglichkeiten der sozialen Akteure in der europäischen Energiepolitik diskursiv stark vorstrukturiert sind,* sowohl im Hinblick auf die Kompetenzfrage als auch auf die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik. Genauer gesagt lässt sich für den untersuchten Fall der EPE festhalten, dass (neue) energiepolitische Artikulationen, die eine Anschlussfähigkeit mit den Pro-EU-Idealtypen (insbesondere der Notwendigkeit) und/oder dem Idealtypus der umfassenden Energieperspektive aufweisen, im Policy-Prozess eher durchsetzbar sind und akzeptiert werden. Welche konkreten story-lines im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE letztlich eine zentrale Rolle spielen, d. h. zur Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik beitragen, steht im Fokus der weiteren empirischen Analyse.

3 Analyseschritt II: Rekonstruktion der Diskursstrukturierung

Im ersten Analyseschritt wurde das diskursive Repertoire als Set idealtypischer story-lines rekonstruiert, die sich in verschiedenen, konkreten story-lines im Textsample t1 manifestieren. Im Rahmen der Diskursstrukturierung (Analyseschritt II) untersuche ich nun, inwiefern soziale Akteure auf europäischer Ebene diese story-lines aufgreifen. Hiermit wird auch der Möglichkeit von kreativen und strategischen (Re-)Interpretationen durch aktualisierende story-lines der sozialen Akteure Rechnung getragen. Das diskursive Repertoire bietet jedoch eine Möglichkeitsstruktur an, in der bestimmte story-lines eher eine hohe Resonanz im Policy-Prozess erlangen können als andere. Daher wird angenommen, dass zwar „kreative Erweiterungen"[1304] aber keine fundamentalen „Neu-Kreationen" von den sozialen Akteuren in der europäischen Energiepolitik vorgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund gehe ich im folgenden Abschnitt 3.1 der Frage nach, welche energiepolitischen Akteure welche story-lines verwenden. Für die Analyse der neuen, aktualisierenden story-lines – der *diskursiven Öffnung der Energieproblematik* – wird das „Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie"[1305] vom März 2006 als diskursives Schlüsselereignis betrachtet. Denn die Europäische Kommission „initiierte damit eine Diskussion über Prioritäten und strategische Zielsetzungen einer europäischen Energiepolitik"[1306]. Grundsätzlich sollen Grünbücher eine breite Meinungsbildung anregen und sind entsprechend auch „noch so offen [formuliert], dass ein deutlicher Widerstand gegen dort beschriebene Politikformen und -ziele zu einer Modifikation der Pläne"[1307] prinzipiell führen kann. Viele unterschiedliche Akteure der europäischen Energiepolitik (d. h. Bürger, Stakeholder und EU-Organe) haben sich auch zu diesem spezifischen Grünbuch zur EU-Energiestrategie positioniert und Vorschläge unterbreitet, insbesondere im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens.[1308]

Im Abschnitt 3.2 geht es dann um die *diskursive Schließung der Energieproblematik*, d. h. es wird nicht primär auf unterschiedliche Positionen und Positionierungen zur EPE geschaut, sondern ausschließlich auf die story-lines, die letztlich als domi-

1304 Karin Böke, zitiert nach Hülsse (2003): Sprache ist mehr als Argumentation, S. 221.

1305 Europäische Kommission (2006): Grünbuch.

1306 Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 90.

1307 Schaper-Rinkel (2006): Die Macht von Diskursen, S. 226.

1308 Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper „A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy", SEC(2006) 1500, 16.11.2006, Brüssel.

nant hervorgegangen sind und die inhaltliche Konkretisierung der EPE maßgeblich bestimmen. Zur Rekonstruktion der dominanten story-lines im EU-Energiediskurs greife ich auf zwei politische Schlüsseldokumente zurück, also Dokumente, die sich durch einen hohen, politisch-verbindlichen „Grad an Konkretheit“[1309] auszeichnen: Zum einen auf die Mitteilung der Kommission „Eine Energiepolitik für Europa“[1310] vom Januar 2007 und zum anderen auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und dem zugehörigen Energie-Aktionsplan vom März 2007. In diesen Dokumenten wurden wesentliche Prinzipien, aber auch ganz konkrete Ziele der EPE – die sogenannten „20-20-20-Ziele“ – verankert. Die Konkretisierung der EPE, wie sie mit diesen diskursiven Ereignissen erfolgte, impliziert auch die „potentiell mögliche Menge von Aussagen zu einem bestimmten Thema zu verknappen und somit strategische Optionen zu fokussieren“[1311]. Insgesamt wird mit der Rekonstruktion der Diskursstrukturierung (Analyseschritt II) die diskursive Verknappung im Policy-Prozess um die EPE nachgezeichnet; von der diskursiven Öffnung der Energieproblematik mit dem Grünbuch der Kommission vom März 2006 bis zur diskursiven Schließung der Energieproblematik mit dem Energie-Aktionsplan des Europäischen Rats vom März 2007.

3.1 Diskursive Öffnung der Energieproblematik

Um die diskursive Öffnung der Energieproblematik auf europäischer Ebene zu rekonstruieren, bietet sich, schon allein mit Blick auf die formal-institutionellen Rahmenbedingungen von Policy-Prozessen in der EU, das Grünbuch der Kommission „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“[1312] vom März 2006 als Ausgangspunkt der Analyse gut an. Denn grundsätzlich werden sogenannte Grünbücher im Policy-Making-Prozess der EU dazu genutzt, Debatten anzustoßen und offene Fragen auch unter Beteiligung der weiteren Öffentlichkeit zu diskutieren. Sie dienen also „der unverbindlichen Verständigung über die Natur der anstehenden Probleme und möglicher Maßnahmen“[1313]. So wird die Publikation von Grünbüchern auch meist von einem öffentlichen Konsultationsprozess eingerahmt, um es Mitgliedstaaten, Stakeholdern, aber auch prinzipiell jedem Bürger zu ermöglichen, zur jeweiligen Problematik Stellung zu nehmen und

1309 Schaper-Rinkel (2006): Die Macht von Diskursen, S. 223.

1310 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa.

1311 Schaper-Rinkel (2006): Die Macht von Diskursen, S. 230.

1312 Europäische Kommission (2006): Grünbuch.

1313 Jachtenfuchs (1996): Regieren durch Überzeugen, S. 438.

Vorschläge zu unterbreiten. Im Fall des hier untersuchten Grünbuchs zur Energiestrategie der EU wurden über 1.600 Stellungnahmen eingereicht.[1314] Nach einer genaueren Betrachtung der von der Kommission im Grünbuch vorgeschlagenen Energiestrategie (Abschnitt 3.1.1) gehe ich auf eine Auswahl dieser Stellungnahmen ein (Abschnitt 3.1.2).

3.1.1 Kontext und Inhalt des Grünbuchs der Kommission

Beim Grünbuch zur EU-Energiestrategie vom März 2006 handelt es sich um eine Art „Auftragsarbeit" und nicht um eine Eigeninitiative der Kommission. Denn die Staats- und Regierungschefs hatten im Oktober 2005 auf dem informellen Gipfeltreffen in Hampton Court die Kommission aufgefordert, sich mit der Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik zu befassen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.[1315] Dieser Gipfel wird deshalb auch als „Initialzündung"[1316] für die neue Dynamik in der europäischen Energiepolitik gesehen, teils sogar als ein historischer Wendepunkt in diesem Politikfeld.[1317] Neben der neuen Unterstützung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik seitens der Staats- und Regierungschefs hat die Gaskrise vom Januar 2006 der Energiepolitik und damit auch dem im März veröffentlichten Grünbuch einen zusätzlichen Aufmerksamkeitsschub verliehen.[1318] In diesem Konflikt um Gaspreise und Transitgebühren zwischen Russland und der Ukraine kam es auch zu Lieferausfällen in einigen EU-Mitgliedstaaten, dies schürte angesichts der hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas in der EU insgesamt Ängste vor zukünftigen Energieversorgungskrisen. In diesem Zusammenhang rückte die Frage der europäischen Energiesicherheit ganz oben auf die politische Agenda der EU-Institutionen.[1319]

Zwar lässt sich aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive nicht unmittelbar von externen Krisen auf die Stärkung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik schließen, jedoch zeigen verschiedenste Reaktionen auf den russisch-ukrainischen

1314 Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 2.

1315 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 4.

1316 Fischer (2011): Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 87; vgl. auch Internationale Energieagentur (2008): IEA Energy Policies Review: The European Union: 2008, Paris, S. 28.

1317 Vgl. Agence Europe (2005): A Look behind the News: Energy: Hope for Europe after the London Summit, but…, 4.11.2005.

1318 Vgl. Clingendael International Energy Programme (CIEP) (2006): Contribution to the Consultation Process on the Green Paper ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', COM (2006) 105 final, 21.9.2006, Den Haag, S. 4.

1319 Vgl. Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit, S. 81.

Gaskonflikt, dass dieses Ereignis als ein Weckruf bzw. Alarmsignal von vielen Akteuren interpretiert und mit der Notwendigkeit für die Stärkung der Energiepolitik auf europäischer (und nicht auf nationaler Ebene) verknüpft wird.[1320] Genau diese diskursive Verknüpfung wird auch von der Kommission im Grünbuch hergestellt:

> Die *jüngsten Ereignisse* haben deutlich gemacht, dass wir dieser Herausforderung begegnen müssen. Eine Vorgehensweise, die nur auf 25 einzelnen Energiepolitiken beruht, reicht nicht aus. Die EU verfügt über die Mittel, um Abhilfe zu schaffen. Mit rund 450 Millionen Verbrauchern ist sie der weltweit zweitgrößte Energiemarkt. Ein gemeinsames Handeln verschafft ihr das Gewicht, ihre Interessen zu schützen und durchzusetzen. *Die EU ist nicht nur ausreichend groß, sondern verfügt auch über vielfältige politische Möglichkeiten, um sich der neuen Energielandschaft zu stellen.*[1321]

Hier wird zudem deutlich, dass die Kommission zur Legitimation einer EU-Energiekompetenz die *story-lines size matters* und *neue Energielandschaft* des diskursiven Repertoires unmittelbar verwendet: Die EU wird aufgrund ihrer Größe (d. h. Anzahl der Verbraucher, Größe des Energiemarktes) als geeignet betrachtet, im Bereich der Energiepolitik mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Handlungsfähigkeit der EU wird nicht weiter hinterfragt. Stattdessen wird betont, dass einzelstaatliche Lösungsversuche der Energieproblematik im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr angemessen sind.[1322] So argumentiert auch Energiekommissar Piebalgs mit der size matters story-line bei der Vorstellung des Grünbuchs:

> The Green Paper adopted yesterday by the Commission represents a new beginning for energy policy in Europe. It marks a real change in direction and signals a realisation that energy is now truly a global issue and the challenges that we face can only be solved at the global, and thus for Europe, Community level.[1323]

Die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen müssten gemeinsam agieren, um die europäischen Energie-Interessen in einer globalisierten Welt zu schützen und durchzusetzen. Wenn die EU gemeinsam handelt, dann kann sie sogar „die globale

---

1320 Vgl. ebenda; vgl. auch Agence Europe (2006): EU/Energy: Moscow Cuts off Gas Supplies to Ukraine, 4.1.2006; Agence Europe (2006): EU/Energy: Kiev an Moscow Reach Gas Agreement – Despite Limited Impact of Gas Conflict on Union, 5.1.2006; Agence Europe (2006): A Look behind the News: Scare Following Russia-Ukraine Dispute Should Have Strengthened EU Determination to Put Energy Policy in Place, 6.1.2006.

1321 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 4.

1322 Vgl. ebenda.

1323 Piebalgs (2006): A Common Energy Policy for Europe.

Suche nach Energielösungen anführen"[1324], heißt es im Grünbuch. Die Herausforderungen des „neuen Energiezeitalter[s]"[1325] sind vielfältig; sie umfassen EU-interne Investitionsdefizite, mangelnden Wettbewerb auf den europäischen Energiemärkten und alternde Infrastrukturen, aber sie umfassen v. a. auch Probleme mit externen Dimensionen, wie die steigende Abhängigkeit von politisch instabilen Produzenten- und Transitländern, die steigende weltweite Energienachfrage und die steigenden Energiepreise.[1326] Der Klimawandel wird als eine weitere globale Herausforderung des neuen Energiezeitalters aufgelistet, allerdings nicht als Haupttreiber der europäischen Energiepolitik. Die Reihung der energiepolitischen Herausforderungen im Grünbuch orientiert sich somit auch am *Idealtypus der klassischen Energieperspektive*: Die europäische Energiepolitik steht klar im Dienste der Wirtschaft und somit ist aus Sicht der Kommission auch die „sichere Verfügbarkeit von Energie zu erschwinglichen Preisen […] von absolutem Vorrang"[1327].

Entsprechend der klassischen Energieperspektive werden dann v. a. angebotsseitige Lösungsmodelle von der Kommission in den Vordergrund gerückt, um die Energieversorgung der EU auch in Zukunft zu sichern. Dazu gehört klassischerweise die Öl-Bevorratung; neu ist im Grünbuch von 2006 der Vorschlag für die verpflichtende Bereitstellung von Erdgasvorräten.[1328] Ebenfalls ist die prominente Stellung der Energieaußenpolitik im energiepolitischen Gesamtkonzept der Kommission hervorzuheben.[1329] Nicht nur versucht die Kommission mit ihren Vorschlägen in den sensiblen Bereich der Außenpolitik vorzudringen, sondern sie traut sich auch an das „Tabuthema" eines europäischen Energiemix heran. Denn bei diesem Thema, so wurde im ersten Analyseschritt aufgezeigt, kommen auch deutliche Vorbehalte gegenüber einer gestärkten EU-Energiekompetenz zum Vorschein.[1330] Auch wenn zunächst von der Kommission in gewohnter Manier betont wird, dass jeder Mitgliedstaat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips das Recht habe, den nationalen Energiemix selbst zu bestimmen, so argumentiert die Kommission weiter, dass sich einzelstaatliche Entscheidungen „unweigerlich auf die Energieversorgungssicherheit seiner Nachbarländer und der Gemeinschaft insgesamt sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit und die

1324 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 4.

1325 Ebenda, S. 3.

1326 Vgl. ebenda, S. 3-4.

1327 Ebenda, S. 8.

1328 Vgl. ebenda, S. 9-10.

1329 Vgl. Kurze (2009): Europas fragile Energiesicherheit, S. 89-92; Agence Europe (2006): Commission Adopts Its Draft European Energy Strategy Defining Basis for Common Policy, 9.3.2006.

1330 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.1.3.

Umwelt"[1331] auswirkten. Vor diesem Hintergrund hält die Kommission daher eine gemeinsame strategische Ausrichtung des zukünftigen Energiemix für notwendig.

Um eine gemeinsame strategische Gestaltung des Energiemix auf europäischer Ebene zu koordinieren, schlägt die Kommission im Grünbuch eine jährliche Überprüfung der EU-Energiestrategie vor. Im Rahmen dieser Überprüfung sollen auch „alle Vor- und Nachteile verschiedener Energiequellen […] und die Folgewirkungen von Veränderungen des Energiemixes für die EU insgesamt analysiert werden"[1332]. Aus Sicht der Kommission sollen in diese Bewertung nicht nur Fragen der kostengünstigen Verfügbarkeit einfließen, sondern auch die Herausforderungen des Klimaschutzes berücksichtigt werden, d. h. Energiequellen sollten auch nach ihrem CO_2-Ausstoß bewertet werden.[1333] Hieran wird deutlich, dass die Kommission keinen „ideologiefreien Energiemix" verfolgt, der sich nur an der Verfügbarkeit ausrichtet, sondern im Sinne der *umfassenden Energieperspektive* auch weitere Kriterien einbezieht. Entsprechend schlägt die Kommission vor, dass ein gemeinsames strategisches Ziel darin bestehen könnte, „*dass sichere und CO_2-arme Energiequellen einen bestimmten Mindestanteil am gesamten Energieträgermix in der EU ausmachen*"[1334]. Im sicheren und kohlenstoffarmen Energiemix sieht die Kommission zudem eine „magische Kompromissformel", die es nämlich aus ihrer Sicht ermöglicht, „die Freiheit der Mitgliedstaaten, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen"[1335] mit „dem Erfordernis der EU insgesamt, über einen Energiemix zu verfügen, der ihren zentralen Zielen im Energiebereich gerecht wird"[1336], zu verbinden.

Es wird von der Kommission aber nicht nur in Bezug auf den künftigen Energiemix, sondern grundsätzlich stets betont, den drei Energiezielen – Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit – in ausgewogener Weise gerecht werden zu wollen. Immer wieder wird im Grünbuch auf die konkrete *Synergie-story-line* zurückgegriffen, die im Analyseschritt I als ein Charakteristikum der umfassenden Energieperspektive herausgearbeitet wurde. Bereits der Titel des Grünbuchs „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit aus Sicht der Kommission die „*drei Hauptziele*"[1337] der europäischen

1331 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 10.

1332 Ebenda.

1333 Vgl. ebenda.

1334 Ebenda, S. 11, Hervorhebung im Original.

1335 Ebenda.

1336 Ebenda.

1337 Ebenda, S. 20, Hervorhebung im Original.

Energiepolitik konstituieren und dass ein „ausgewogenes Verhältnis“[1338] zwischen diesen Zielen angestrebt wird. So können auch die jeweiligen Lösungsmodelle – insbesondere im Bereich der Effizienz und der Substitution – nach Ansicht der Kommission zu allen drei Energiezielen beitragen.[1339] Die ständige Verwendung der Synergie-story-line kann auch als diskursive Strategie der Kommission verstanden werden, denn mit dieser story-line lassen sich potenziell eine hohe Akzeptanz für die vorgestellten Lösungsmodelle generieren und auch politische (Interessens-) Konflikte vermeiden.[1340] Die diskursive Strategie – Synergien zu betonen und Zielkonflikte weitgehend auszublenden – wird nicht nur in der Energiepolitik von der Kommission verfolgt,[1341] kommt aber hier im Grünbuch zur EU-Energiestrategie besonders deutlich zur Geltung.[1342] Diese story-line kann zudem „problemlos“ von unterschiedlich positionierten Akteuren reproduziert und damit stabilisiert werden, da nach dieser story-line mit der europäischen Energiepolitik immer auch die eigenen Präferenzen und Energieziele (seien es z. B. die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Klimaschutz oder beides) mit abgedeckt werden.

Ein ähnlich hohes Integrationspotenzial bzw. strategisches Potenzial, um eine diskursive Schließung der Energieproblematik herzustellen, d. h. auch möglichst wenige Kritik- und Angriffsfläche zu bieten,[1343] lässt sich für die zweite, von der Kommission im Grünbuch vielfach genutzte story-line feststellen, die im Analyseschritt I als *green economy story-line* beschrieben wurde.[1344] Im Rahmen dieser story-line werden energiepolitische Maßnahmen nicht nur als sinnvoll zur Erreichung der drei Energieziele konstituiert (wie es im Rahmen der Synergie-story-line der Fall ist), sondern im Sinne einer ökologischen Modernisierung, um Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze in der EU zu sichern. Wie schon in Bezug auf die Vorschläge zum europäischen Energiemix deutlich wurde, strebt die Kommission mit der neuen Energiestrategie aber v. a. an, wirtschaftliche und klimapolitische Ziele zu verbinden, d. h. eine integrierte Energie- und Klimapolitik zu etablieren,[1345] die gleichzeitig auch

1338 Ebenda, S. 11.

1339 Vgl. ebenda.

1340 Vgl. u. a. Nilsson, Mans et al. (2012): Understanding Policy Coherence: Analytical Framework and Examples of Sector-Environment Policy Interactions in the EU, in: Environmental Policy and Governance 22(6), S. 395-423, hier S. 413.

1341 Vgl. Heschl (2013): Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission, S. 285.

1342 Vgl. auch CIEP (2006): Contribution to the Consultation Process on the Green Paper, S. 5.

1343 Vgl. Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187.

1344 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.2.2.1.

1345 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 11.

„die Lissabon-Ziele der EU“[1346] voranbringt. Nach Ansicht der Kommission muss Europa „die Herausforderungen des Klimawandels auf eine Weise angehen, die mit den Lissabon-Zielen vereinbar ist“[1347]. Hierin wird aber kein grundsätzlicher Widerspruch gesehen. Im Gegenteil, es werden die positiven wirtschaftlichen Impulse einer ambitionierten Energie- und Klimaschutzpolitik von der Kommission in den Vordergrund gerückt; hier insbesondere von Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Energieversorgung in Europa.

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch von einer klimaspezifischen Variante der green economy story-line sprechen, die ich im Analyseschritt I als *low-carbon economy story-line* bezeichnet habe.[1348] Denn in dieser story-line wird ebenfalls, wie es insgesamt typisch für die umfassende Energieperspektive ist, die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie als Meta-Narrativ reproduziert, jedoch in Bezug auf die positiven Impulse einer europäischen Klimaschutzpolitik (d. h. Maßnahmen zur CO_2-Reduktion) für Wachstum und Wohlstand in Europa spezifiziert. „Klimaschutz rechnet sich“ – diese Message wurde nicht zuletzt durch den sogenannten Stern-Review „The Economics of Climate Change“[1349] unter den europäischen Entscheidungsträgen populär.[1350] Die in der low-carbon economy story-line fokussierte langfristige Vision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft wird im Grünbuch vom März 2006 jedoch nicht explizit genannt.

Die low-carbon economy story-line wird jedoch verwendet, um die (wirtschaftlichen) Vorteile energiepolitischer Lösungsmodelle über den energiepolitischen Kontext hinaus darzustellen. Im Unterschied zur green economy story-line werden angesichts des in der low-carbon economy story-line fokussierten Problems des Klimawandels aber vor allem *kohlenstoffarme Technologien* in den Vordergrund gerückt. Ein Merkmal der low-carbon economy story-line, wie sie im Grünbuch von der Kommission verwendet wird, ist daher auch die Fokussierung auf die Förderung

1346 Ebenda.

1347 Ebenda, S. 22.

1348 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.2.2.1.

1349 Eine deutsche Zusammenfassung des Berichts ist abrufbar unter: http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/ Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf (letzter Zugriff: 12.9.2014).

1350 Vgl. u. a. Burns, Charlotte/Carter, Neil (2011): The European Parliament and Climate Change: From Symbolism to Heroism and Back Again, in: Wurzel, Rüdiger K.W./ Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 58-73, hier S. 62; Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2773. Tagung des Rates Umwelt, 16164/06 (Presse 349), 18.12.2006, Brüssel; Mandelson (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy.

der CCS-Technologie.[1351] Denn diese kohlenstoffarme Technologie wird von der Kommission als besonders gut geeignet eingeschätzt, um Klimaschutz, Energiesicherheit und wirtschaftliche Ziele zu integrieren.[1352] Um die wirtschaftlichen Potenziale von neuen kohlenstoffarmen Technologien, wie v. a. CCS, auch effektiv auszuschöpfen, fordert die Kommission im Grünbuch daher „einen mit entsprechenden Mitteln ausgestatteten strategischen Plan für Energietechnologien"[1353].

> Die Forschung kann auch Geschäftschancen eröffnen. Energieeffiziente und kohlenstoffarme Technologien stellen einen schnell wachsenden internationalen Markt dar, der in den kommenden Jahren ein Volumen von mehreren Milliarden Euro haben dürfte. Europa muss sicherstellen, dass ihre Industrien bei diesen Technologien und Verfahren der neuen Generation weltweit führend sind.[1354]

Im Zusammenhang mit dem integrierten Ansatz für den Klimaschutz wird neben den bereits dargelegten Lösungsmodellen der Substitution, Effizienz und v. a. auch der Technologieförderung auch das Emissionshandelssystem (EHS) als ein kosteneffizientes Instrument für die Gewährleistung einer klimafreundlichen Energieversorgung hervorgehoben.[1355] Dieser Markt-Ansatz wird von der Kommission im Grünbuch als kompatibel mit den anderen Lösungsmodellen, die eine politische Intervention bedeuten, betrachtet.[1356] Grundsätzlich werden potenzielle Zielkonflikte und Widersprüche der vorgeschlagenen Energiestrategie von der Kommission nicht problematisiert. So steht etwa die Zielsetzung Nachhaltigkeit durch eine „Begrenzung der Energienachfrage in Europa"[1357] zu erreichen, unmittelbar neben der Zielsetzung, im Sinne der Versorgungssicherheit die „wachsende Energienachfrage zu bewältigen"[1358]. Die geringe Auseinandersetzung mit möglichen Konflikten zwischen den drei energiepolitischen Hauptzielen wird in einigen

1351 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 14.

1352 Vgl. hierzu auch Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 218-219.

1353 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 15.

1354 Ebenda.

1355 Vgl. ebenda, S. 11.

1356 Vgl. u. a. Sussex Energy Group (2006): Response to the Green Paper ‚European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 22.9.2006, University of Sussex, S. 14.

1357 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 20.

1358 Ebenda. Vgl. für eine Kritik auch The European Tribune (2006): Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy: Contribution to the Public Consultation by the European Tribune.

Reaktionen im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens und auch von Energie-Experten kritisiert.[1359]

Auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit alternativen Lösungsmodellen der Suffizienz findet im Grünbuch nicht statt, sondern es wird vielmehr eine schon recht klar definierte „Energie-Agenda" gesetzt, die primär auf besonders *anschlussfähige story-lines* des diskursiven Repertoires und entsprechende Lösungsmodelle rekurriert. Die Verwendung von story-lines, die sich den Idealtypen der umfassenden Energieperspektive und der Notwendigkeit zuordnen lassen, ist dahingehend nachvollziehbar, als dass soziale Akteure häufig auf etablierte und meist auch akzeptierte story-lines im Policy-Prozess zurückgreifen (müssen), um die damit verknüpften „Legitimationspotenziale"[1360] abzuschöpfen. Die Verwendung der Synergie-story-line, der green economy und auch der low-carbon economy story-line kann somit als eine diskursive Strategie der Kommission interpretiert werden, die darauf abzielt, möglichst viel Zustimmung für ihre spezifische Energiestrategie zu generieren, indem eine Passung zu etablierten Diskurselementen hergestellt wird.

Denn im Grünbuch werden alle energiepolitischen Maßnahmen als vollkommen kompatibel mit dem etablierten wachstumsorientierten Wohlstandsmodell der EU präsentiert, wie hier am Beispiel der Energieeffizienz besonders deutlich wird: „Eine wirksame Energieeffizienzpolitik bedeutet nicht, dass auf Komfort oder Annehmlichkeiten verzichtet werden muss. Ebenso wenig bedeutet sie eine Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit."[1361] Energieeffizienz konstituiert zwar eine wichtige Schnittstelle zwischen alternativen und etablierten Lösungsstrategien der Energieproblematik, wie im Analyseschritt I aufgezeigt wurde, aber im Grünbuch der Kommission wird explizit vermieden, diese Verbindung zu suffzienzorientierten Lösungsmodellen herzustellen. Effizienz wird im Rahmen

1359 Vgl. u. a. CIEP (2006): Contribution to the Consultation Process on the Green Paper, S. 5; The European Tribune (2006): Green Paper; Die Grünen Kärnten (2006): Stellungnahme zum Online-Konsultationsverfahren ‚The Green Paper Energy', o. O.; European Federation of Public Service Unions (EPSU) (2006): EU Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, COM (2006) 105 final, 27.9.2006, o. O; Union of the Electricity Industry (EURELECTRIC) (2006): EURELECTRIC Comments: European Commission Green Paper on „A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy", Working Group on Energy Policy, 27.6.2006, Brüssel; European Renewable Energy Council (EREC): Green Paper „A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe" – EREC Welcomes the Debate, but Sees the Paper as a Missed Opportunity for Outlining a Sustainable EU Energy Supply, News Release, 8.3.2006, Brüssel; Sussex Energy Group (2006): Response to the Green Paper, S. 2.

1360 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 59.

1361 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 12.

der anschlussfähigen green economy story-line vielmehr als eine kosteneffiziente Möglichkeit der Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum definiert; das progressive Potenzial von Effizienzmaßnahmen im Hinblick auf eine geringere Nachfrage an Konsumgütern und Energiedienstleistungen bleibt marginalisiert. Nach der Kommission verlangt die neue europäische Energiepolitik also keine fundamentalen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft – kein Verzicht und auch keine Suffizienz.

Es lässt sich somit anhand der Auswertung des Grünbuchs feststellen, dass die Kommission nicht das Spektrum an energiepolitischen story-lines ausschöpft, wie sie im ersten Analyseschritt rekonstruiert wurden, sondern durch die *selektive Verwendung anschlussfähiger story-lines* eine möglichst hohe Zustimmung für ihre spezifische Vision der europäischen Energiepolitik zu generieren versucht und so anstrebt, „die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutungen als Faktizität durchzusetzen“[1362]. Kritisch gewendet heißt das dann aber auch, dass die Kommission keine „echte“ Debatte über potenzielle Zielkonflikte und alternative Lösungsmodelle in der europäischen Energiepolitik anstößt, sondern vielmehr einer diskursiven Schließung Vorschub leistet, d. h. Konflikte und Probleme schon früh im Policy-Prozess ausblendet.[1363] Wie die energiepolitischen Akteure auf das Grünbuch der Kommission reagieren, ob sie die darin angelegte diskursive Schließung der Energieproblematik reproduzieren, stabilisieren oder aufbrechen, wird in den folgenden beiden Abschnitten aufgezeigt. In Abschnitt 3.1.2 untersuche ich zunächst die Positionierungen energiepolitischer Stakeholder und in 3.1.3 die offiziellen Positionen der diskursiven Eliten, d. h. des Europäischen Rates (als gemeinsame Positionen der EU-Mitgliedstaaten) und des Europäische Parlaments.

3.1.2 Positionierungen energiepolitscher Stakeholder

Die Kommission beschreibt im Grünbuch ein recht geschlossenes energiepolitisches Weltbild und greift dabei primär auf die anschlussfähigen story-lines des diskursiven Repertoires zu, d. h. story-lines, die sich den Idealtypen der umfassenden Energieperspektive und der Notwendigkeit zuordnen lassen. Die Kommission gibt damit eine spezifische energiepolitische Agenda vor. Das heißt, die Art und Weise, wie und was überhaupt im Rahmen der Entwicklung einer neuen europäischen Energiepolitik zur Diskussion steht, wird maßgeblich von der Kommission vorstrukturiert. Hierbei ist jedoch nicht nur der Inhalt des Grünbuchs zu berücksichtigen, sondern auch das Vorgehen der Kommission bei der praktischen Durchführung des öffentlichen Konsultationsprozesses. Denn hierbei werden bestimmte Positionen potenziell stärker

1362 Keller (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse, S. 193.

1363 Vgl. Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 188.

bedacht als andere. So wurde ein standardisierter Online-Fragebogen primär zur Einbindung der weiteren Öffentlichkeit genutzt. Methodisch betrachtet, kann eine Schwäche von standardisierten Fragebögen darin gesehen werden, dass – abhängig vom Fragebogendesign – ein bestimmtes Antwort- und Zustimmungsverhalten implizit begünstigt wird. Denn selbst wenn – wie im Fragebogen zum Grünbuch – neben einer Auswahl an Antworten immer die freie Antwortmöglichkeit „OTHER"[1364] gegeben wird, besteht das Risiko, dass die Befragten den Vorgaben folgen und diese Antworten häufiger wählen und so das Antwortverhalten in Richtung der vorgegebenen Antworten gelenkt wird.[1365] So kritisierte ein Stakeholder den im öffentlichen Konsultationsverfahren verwendeten Fragebogen als „restrictive, leading, and manipulative"[1366], insbesondere da bestimmte Antwortmöglichkeiten aus seiner Sicht nicht ausreichend berücksichtigt wurden:

> At no point does the questionnaire allow respondents to express a preference for demand reduction mechanisms (whether mandated through taxes or quotas, or encouraged via education or best practice). […] Similarly, transport and land occupancy policies, despite their evident impact on energy use patterns, are not even mentioned.[1367]

Hauptsächlich wurde der Online-Fragebogen von Privatpersonen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien genutzt,[1368] während energiepolitische Stakeholder auch gezielt im Rahmen von bestehenden Foren und Gremien eingebunden wurden; insbesondere die Meinung der Industrie und der Energiewirtschaft wurde über diese direkten Kommunikationswege eingeholt.[1369] Zwar sind in diesen Gremien teils auch Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sowie Vertreter aus den Bereichen der erneuerbaren Energien eingebunden, wie z. B. im Rahmen des Amsterdamer Sustainable Energy Forums, aber die etablierte Energiewirtschaft ist in allen Foren vertreten und wird zudem auch ganz exklusiv im Berliner Fossil Fuel Forum

1364 Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 46.

1365 Vgl. hierzu u. a. Porst, Rolf (2014): Fragebogen: Ein Arbeitsbuch, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 69.

1366 The European Tribune (2006): Open Letter from the European Tribune, o. O.

1367 Ebenda; vgl. auch The British Psychological Society (2006): EU Green Paper ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy' – Response from The British Psychological Society, September 2006, o. O.

1368 Nur 97 Antworten kamen aus den neuen Mitgliedstaaten. Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 46.

1369 Vgl. ebenda, S. 11-14. Hierzu gehören die folgenden vier Foren: European Forum of Energy and Transport, Sustainable Energy Forum (Amsterdam), Gas Regulatory Forum (Madrid), Electricity Regulatory Forum (Florenz).

angehört. Für die Energiewirtschaft und auch für Vertreter der Industrie bestehen somit vielfältige Möglichkeiten, sich unmittelbar mit der Kommission auszutauschen und sich in den energiepolitischen Diskussionsprozess direkt einzubringen.

Hingegen war die Erneuerbare-Energien-Branche nicht in dem gleichen Ausmaß an den Beratungen zum Grünbuch auf europäischer Ebene beteiligt. So nahm zum Beispiel kein Vertreter des European Renewable Energy Councils (EREC) an den Gesprächen der High Level Group on Competitiveness, Energy and the Environment – einer Experten-Gesprächsrunde zu Energiefragen – teil, was der damalige Präsidenten des EREC, Arthouros Zervos, auch heftig kritisierte.[1370] Die High-Level Gruppe wurde Anfang 2006 (für zwei Jahre) ins Leben gerufen, um allgemeine Fragen der Koordination und Integration von Wettbewerbs- Umwelt- und Energiepolitik zu erörtern.[1371] Zudem bestand aber auch eine explizite Aufgabe darin, „die Kommission bei der Schaffung einer kohärenten europäischen Energiepolitik sachverständig [zu] beraten, insbesondere hinsichtlich der Folgemaßnahmen zur Agenda von Hampton Court und dem Grünbuch ‚Energie'"[1372]. Der hier skizzierte „bias" zugunsten der konventionellen Energiewirtschaft und der Industrie spiegelt sich zudem in der Anzahl der ausführlichen Positionspapiere zum Grünbuch wider: So wurden 99 Beiträge von Vertretern der Industrie bzw. aus der Energiewirtschaft (davon nur vier aus dem Bereich der erneuerbaren Energien), aber nur 22 Beiträge von Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft[1373] im Rahmen des formalen Konsultationsprozesses bei der Kommission eingereicht.[1374] Mögliche Gründe für diese ungleiche Beteiligung können hier nicht untersucht werden, aber es soll zumindest darauf aufmerksam gemacht werden, dass längst nicht alle Positionen der

1370 Vgl. The European Wind Energy Association (EWEA) (2005): EC Green Paper Outlines Common Energy Strategy, Despite Lack of Vision: Commission Denies Renewable Sector Representation in High Level Group, News Release, 8.3.2005, Brüssel.

1371 Vgl. IP/06/226, Energie, Umwelt, Wettbewerbsfähigkeit: Die Kommission ruft eine neue hochrangige Gruppe ins Leben, 24.2.2006, Brüssel.

1372 Ebenda.

1373 Diese Bezeichnung wird hier als Sammelbegriff für Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Interessen genutzt, wie z. B. Interessen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und spezifischer Tätigkeitsbereiche; sowie auch für Vertreter der Verbraucher, der Wissenschaft und des Umweltschutzes etc. Zudem werden hierunter auch unterschiedliche Organisationsformen wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs), kommunale und regionale Interessenvertretungen sowie Bürgerinitiativen erfasst. Dieser Sammelbegriff wird üblicherweise in den europäischen Institutionen verwendet und daher hier auch übernommen (vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/civil_society_organisation_de.htm, (letzter Zugriff: 15.10.2014).

1374 Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 41-45.

öffentlichen Energiedebatte auf europäischer Ebene gleichermaßen vertreten sind. Aus rein pragmatischen Gründen konnten zudem auch nicht alle 164 eingereichten Stellungnahmen[1375] in der Auswertung berücksichtigt werden. Nach dem Prinzip der maximalen Kontrastierung wurde aber angestrebt, ein möglichst breites *Spektrum an Positionen* zu erfassen. Positionspapiere folgender Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft sowie der Industrie/Energiewirtschaft wurden in das Textsample t2 einbezogen:[1376]

Übersicht 5 Vertreter der Industrie und Energiewirtschaft (Textsample t2)

European Aluminium Association (EAA)
European Association for Coal and Lignite (EURACOAL)
European Atomic Forum (FORATOM)
European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest (CEEP)
European Chemical Industry Council (CEFIC)
European Confederation of Iron and Steel (EUROFER) und The European Cement Industry, Standing Committee of the European Glass Industry, European Association of Metals, European Paper Industries, European Lime Association, Liaison Office of the European Ceramic Industry (gemeinsame Stellungnahme der energieintensiven Industrieverbände in Europa)
European Copper Institute (ECI) (vertritt die Kupferindustrie in Brüssel)
European Federation of Local Public Energy Distribution Companies (CEDEC)
European Petroleum Industry Association (EUROPIA)
European Renewable Energy Council (EREC)
European Transmission [electricity] System Operators (ETSO)
International Federation of Industrial Energy Consumers (IFIEC)
The Association of European Chambers of Commerce and Industry (EUROCHAMBRES)
The European Union of the Natural Gas Industry (EUROGAS)
The International Association of Oil and Gas Producers (OGP)
Union of the Electricity Industry (EURELECTRIC)

1375 Vgl. ebenda, S. 8.

1376 Für ergänzende Erläuterungen zum Textsample t2 vgl. Anhang 2.

Übersicht 6 Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft (Textsample t2)

Architects' Council of Europe (ACE)
Climate Action Network Europe, Federation for Transport and Environment, Friends of the Earth, Greenpeace, WWF (gemeinsame Stellungnahme)
Club Espanol de la Energía
Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe (CRPM)
Die Grünen Kärnten
Erste Folgenabschätzung/Pilotprojekt (EFA), Federführung: Deutscher Industrie- und Handelskammertag
European Association for Mountain Areas (Euromontana)
European Federation of Public Service Unions (EPSU)
Norwegian Consumer Council (NCC)
Global Witness (GW)
Greenpeace
Group of European Municipalities with Nuclear Facilities (GMF)
Highlands and Islands Enterprise (HIE)
Mouvement Européen France/Ille-et-Vilaine
The British Psychological Society
The European Tribune

Anhand der eingereichten Positionspapiere zum Grünbuch vom März 2006 soll herausgearbeitet werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich im Gebrauch der story-lines nachzeichnen lassen. Auf diese Weise können auch Abweichungen und Übereinstimmungen mit den favorisierten story-lines der Kommission und somit die *Formation von Diskurskoalitionen* in der europäischen Energiepolitik identifiziert werden. In der folgenden Präsentation der Analyseergebnisse konzentriere ich mich wieder auf die zwei zentralen Themenfelder angesichts der Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE: Zum einen auf die Zuschreibung energiepolitischer Verantwortung und zum anderen auf die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik.

3.1.2.1 Normalisierung einer EU-Energiekompetenz

In den verschiedenen Reaktionen auf das Grünbuch werden eine gemeinsame europäische Energiepolitik und -kompetenz weitgehend befürwortet, ohne damit die Relevanz nationaler Energiepolitiken und Akteure in Abrede zu stellen.[1377] So

1377 Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 34.

fasst die Kommission in ihrem Bericht zum öffentlichen Konsultationsverfahren zusammen: „The urgent need for a European energy policy and the importance of energy issues in the Lisbon process are clear. Nearly 80 % of all respondents would like to have a new, common energy policy for Europe."[1378] Auch eine repräsentative Eurobarometer-Umfrage bestätigt, dass ein Großteil der Europäer (d. h. 47 % der Befragten) sich für eine europäische Energiepolitik ausspricht.[1379] Aber auch die schriftlichen Stellungnahmen der energiepolitischen Stakeholder zum Grünbuch zeichnen sich weitgehend durch die Befürwortung einer europäischen Energiepolitik aus. Insbesondere wird diese Position – wie auch im Grünbuch der Kommission – mit Notwendigkeitskonstruktionen untermauert, d. h. *es wird hauptsächlich die story-line der neuen Energielandschaft reproduziert*, während integrationspolitische Begründungen (d. h. der Idealtypus Integrationsprojekt) hier keine Rolle spielen. Insgesamt wird in den schriftlichen Stellungnahmen aber nur wenig und meist gar nicht über die von der Kommission gestellte Frage, „ob Einvernehmen darüber herrscht, dass eine neue, gemeinsame europäische Energiestrategie entwickelt werden muss"[1380], reflektiert. Auch die genaue Aufteilung von Zuständigkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip, also welche energiepolitischen Aufgaben besser europäisch oder auf nationaler bzw. lokaler Ebene gelöst werden könnten, wird wenig thematisiert. Die Zuschreibung einer EU-Energiekompetenz, wie sie von der Kommission im Grünbuch vorgenommen wird, bleibt weitgehend unreflektiert;[1381] diese wird im Wesentlichen nur im Hinblick auf die Gestaltung des Energiemix kritisch diskutiert und in dem Zusammenhang teils auch ganz abgelehnt.

Deutlicher Widerstand gegen eine EU-Energiekompetenz, die in den 1990er-Jahren noch mit Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip etwa im Rahmen der Vertragsrevisionen von Maastricht und Amsterdam stark eingegrenzt wurde,[1382] lässt sich in der Form in den Positionspapieren zum Grünbuch vom März 2006 also nicht rekonstruieren. Angesichts dieser Ausklammerung der Kompetenzfrage – was Hajer auch als „black-boxing"[1383] beschreibt – lässt sich vielmehr von einer Normalisierung bzw. Naturalisierung einer europäischen Energiepolitik und -kompetenz sprechen.

1378 Ebenda, S. 6.

1379 Vgl. Agence Europe (2006): Majority of European Citizens Are in Favour of European Energy Policy, 25.1.2006.

1380 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 5.

1381 Für eine kritische Position hierzu vgl. u. a. Sussex Energy Group (2006): Response to the Green Paper, S. 7.

1382 Vgl. u. a. Agence Europe (1996): Council Guidelines for EU's Future Energy Policy – Mention of Services of General Economic Interest, 16.5.1996.

1383 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 272.

In diesem Prozess der „naturalization, one view of the subject matter is frozen as the way the thing is. In this process, the constitution process is closed to inspection and discussion“[1384]. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch von einer (temporären) diskursiven Schließung der Kompetenzfrage um den Idealtypus der Notwendigkeit sprechen, d. h. weiterhin bestehende kritische story-lines zu dieser Frage sind unter den energiepolitischen Stakeholdern zum Untersuchungszeitpunkt nicht mehr resonanzfähig und nehmen nur eine marginale Position im Diskurs ein.

Zudem wird in fast allen schriftlichen Stellungnahmen – meist nur kurz im ersten Absatz und ohne weitere Begründung – befürwortet, dass sich die europäische Energiepolitik an den drei Zielen Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit in ausgewogener Weise orientieren sollte.[1385] Die Synergie-story-line wird also nicht nur von der Kommission, sondern auch von den Stakeholdern routiniert reproduziert und damit weiter im EU-Energiediskurs stabilisiert. Auch wenn es teils divergierende Verständnisse dieser drei Hauptziele geben mag, so zeigen sich die unterschiedlichen Interpretationen der sozialen Akteure (d. h. von Vertretern der Industrie und der organisierten Zivilgesellschaft) doch deutlicher in den jeweiligen Vorstellungen zur inhaltlichen Ausrichtung der europäischen Energiepolitik.

3.1.2.2 Interpretationen einer integrierten Energie- und Klimapolitik

Immer wieder werden die beiden großen Herausforderungen – die „twin challenges“ Klimawandel und Energiesicherheit – als die zentralen Treiber der EU-Energiepolitik von den Stakeholdern und der Kommission genannt. Vor diesem Hintergrund schlägt die Kommission im Rahmen des Grünbuchs ja auch explizit einen spezifischen integrierten Ansatz vor, also eine *integrierte Energie- und Klimapolitik*. Im Sinne der umfassenden Energieperspektive bleibt dabei die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie bedeutsam, d. h. ganz konkret die Berücksichtigung der Lissabon-Ziele für Wachstum und Beschäftigung. Hierzu sollen nach Ansicht der Kommission v. a. die drei etablierten Lösungsmodelle Effizienz, Substitution (d. h. besonders die Förderung erneuerbarer Energien) und auch die Förderung emissionsarmer Technologien herangezogen werden sowie auch das marktbasierte Instrument des Esmissionshandels. Während diese Ansätze im Weltbild der Kommission harmonisch nebeneinander stehen, wird von den Stakeholdern auch auf die Problematik der Kombination von marktbasierten Lösungsmodellen und politisch gesetzten Zielen (d. h. direkter politischer Intervention in die Energiebranche) angesprochen. Als Konsequenz wird meist von Vertretern der Industrie und der Energiewirtschaft

1384 Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 190.

1385 Vgl. auch Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S 2.

mehr Markt in der europäischen Energiepolitik gefordert und von Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft teils auch mehr politische Intervention, etwa um soziale Probleme wie Energiearmut zu bekämpfen.

Trotz klarer Differenzen in der Beurteilung einer marktbasierten Energiepolitik wird jedoch der Klimawandel von fast allen Stakeholdern als ein Problem anerkannt, das im Rahmen der neuen europäischen Energiepolitik berücksichtigt werden muss und auch bekämpft werden kann. Zweifel an der Existenz und Problematik des anthropogen verursachten Klimawandels – wie er zum Beispiel zur selben Zeit in den USA unter der Bush-Administration durchaus noch vorherrschte[1386] – taucht in den hier untersuchten Positionspapieren zum Grünbuch vom März 2006 nicht auf. Die Notwendigkeit von EU-Klimaschutzmaßnahmen wird hingegen von fast allen Stakeholdern grundsätzlich befürwortet. Allerdings lassen sich gruppenspezifische Muster in der Einordnung des Problems „Klimawandel" und der inhaltlichen Ausrichtung einer integrierten Energie- und Klimapolitik der EU identifizieren.

Auffällig ist zunächst, dass von Vertretern der Industrie das Problem des Klimawandels stets global definiert wird und unter Verwendung der *size matters story-line* die EU als effektiver Akteur in den internationalen Klimaverhandlungen positioniert wird. Insbesondere sollte sich die EU dafür einsetzen, marktbasierte – das bedeutet aus Sicht der Industrie v. a. auch kosteneffiziente – Instrumente wie das EHS auf internationaler Ebene zu etablieren. Denn grundsätzlich plädiert die Industrie, wie schon angedeutet, für marktbasierte, flexible und möglichst kosteneffiziente Lösungsmodelle: „The preferred option for the industry is an international trading system to be operated in conjunction with the other flexible mechanisms."[1387] Ambitionierte, unabhängige Maßnahmen zur Reduktion von CO_2-Emissionen auf europäischer Ebene oder andere „Alleingänge" der EU werden in den Stellungnahmen der Industrie als kaum zielführend angesichts der globalen Dimension des Klimawandels erachtet:

1386 Vgl. u. a. Bang, Guri/Schreurs, Miranda A. (2011): A Green New Deal: Framing US Climate Leadership, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 235-251, hier S. 235. Klimaskeptische Positionen gewinnen mit der Wahl von Präsident Trump in den USA wieder mehr an Einfluss, was sich auch auf die zukünftige Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik auswirken könnte. Vgl. u. a. Dröge, Susanne (2016): Internationale Klimadiplomatie nach Trumps Wahlsieg, SWP-Aktuell 71, Berlin.

1387 European Petroleum Industry Association (EUROPIA) (2006): Stellungnahme ohne Titel, Juni 2006, o. O.; vgl. hierzu auch European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest (CEEP) (2006): CEEP Position Paper on the Green Paper ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 6.6.2006, o. O.

> Europe is the *world leader in climate protection*. However, *Europe alone is not able to reverse trends*. Unless other global emitters follow, all our efforts will not only be in vain, but also *endanger growth* in the EU. The EU currently has the biggest range of instruments to protect the climate. We urge the Commission to enhance the efforts to convince other key emitters to participate in the reduction of greenhouse gases. This and a harmonisation of emission allowances are of paramount importance for our competitiveness.[1388]

Die von der Industrie somit durchaus reproduzierte Führungsrolle der EU im Klimaschutz wird in Stellungnahmen der organisierten Zivilgesellschaft hingegen nicht allein in Bezug auf die internationale Klimapolitik gesehen, sondern die EU solle auch als Vorreiter im Klimaschutz „zu Hause" agieren, d. h. als Vorbild für den Rest der Welt auch unabhängig von international verbindlichen Abkommen im Klimaschutz vorangehen (Stichwort: „leadership by example"[1389]). Nach dieser Interpretation einer integrierten Energie- und Klimapolitik sollen somit parallel zu Verhandlungen auf internationaler Ebene auch auf europäischer Ebene ambitionierte Maßnahmen ergriffen werden, insbesondere im Bereich Substitution und Effizienz. Der Ansatz „leadership by example" wird auch von der weiteren Öffentlichkeit unterstützt, wie die Ergebnisse des Online-Fragebogens zeigen. Auf die Frage: „How can a common European energy strategy best address climate change, balancing the objectives of environmental protection, competitiveness and security of supply?" befürworten 68,1 % die Option: „Consolidate Europe's position at the forefront of progress on efficiency and renewables" und nur 39,5 % befürworten die Option: „Focus on getting the widest possible international actions on climate".[1390] Insgesamt wird deutlich, dass Klimaschutz weithin als wichtige Aufgabe der EU von den energiepolitischen Stakeholdern anerkannt wird, dass aber die „leadership norm", d. h. die Führungsrolle der EU, durchaus unterschiedlich interpretiert wird.

Auch wenn die Industrievertreter tendenziell eher eine internationale Lösung bevorzugen, werden auch EU-interne unabhängige Maßnahmen nicht vollkommen abgelehnt. Wenn es um die Legitimation dieser Maßnahmen geht, greifen die Vertreter der Industrie und der Energiewirtschaft auf die *low-carbon economy story-line* zu und heben so die positiven wirtschaftlichen Impulse hervor, die mit Klimaschutzmaßnahmen im Energiebereich einhergehen können. Das heißt, auch hier werden – wie im

1388 EUROCHAMBRES (2006): Position Paper 2006 – Green Paper ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Juli 2006, Brüssel.

1389 Vgl. Oberthür/Dupont (2011): The Council, the European Council and International Climate Policy.

1390 Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 53.

Grünbuch von der Kommission – die Lösungsmodelle der Effizienz und der Substitution im Rahmen der low-carbon economy story-line fokussiert. Zudem nennt etwa EURELECTRIC explizit auch das langfristige Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft:

> An integrated approach to climate change must be based on a *long-term vision of a transition strategy to a low-carbon economy*. This transition should take stock of:
> - the available options for a low-carbon world and the technologies that can fill the gap in the meantime
> - the expected availability of these options and the R&D needs to get there ('technological pathway').[1391]

Insbesondere die Förderung von Technologien wird aufseiten der Industrie, aber auch von einigen Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft unterstützt, worauf ich noch genauer eingehen werde. Neben der geteilten Unterstützung von technologiegestützten Lösungsmodellen lässt sich aber ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Stakeholdergruppen – Zivilgesellschaft und Industrie – in Bezug auf alternative Lösungsmodelle der Suffizienz ausmachen. Denn es findet sich kaum ein Verweis hierauf in den Positionspapieren der Industrie,[1392] wohingegen in den Stellungnahmen aus der organisierten Zivilgesellschaft unter Verwendung der *story-line der neuen Energiekultur* auch suffizienzorientierte Elemente vielfach aufgegriffen werden.[1393] Dies zeigt sich erstens darin, dass u. a. von Umwelt-NGOs deutlich hervorgehoben wird, dass es nicht um Effizienzsteigerung an sich gehe, sondern um die absolute Einsparung von Energie:

> Energy efficiency and energy conservation must be clearly linked. Improving energy efficiency levels both in the demand and supply side is essential in order to obtain an absolute reduction in energy consumption.[1394]

1391 EURELECTRIC (2006): EURELECTRIC Comments: European Commission Green Paper.

1392 Für Ausnahmen vgl. ebenda; European Copper Institute (ECI) (2006): Reply to the Green Paper Consultation for Sustainable, Competitive and Secure Energy, o. O.; EREC (2006): Green Paper ‚A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe'.

1393 Vgl. u. a. The European Tribune (2006): Green Paper; EPSU (2006): EU Green Paper; Die Grünen Kärnten (2006): Stellungnahme zum Online-Konsultationsverfahren; The British Psychological Society (2006): EU Green Paper; Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe (CRPM) (2006): CPMR's Response to the Green Paper on ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Opinion of the Political Bureau, 5.5.2006, Gozo/Malta; Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe.

1394 Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe.

Zweitens werden auch explizit verhaltensorientierte Maßnahmen zur absoluten Energieeinsparung hervorgehoben, wie sie für eine suffiziente Lösungsstrategie typisch sind:

> *EPSU believes however that the most effective way to prevent the worst effects of climate change is to produce a fundamental change in our lifestyle*. A good start could be made by using more fuel efficient and lower CO_2 emitting vehicles. We need to place all of this within *a broader context of redesigned, liveable, sustainable cities and towns, with better employment, leisure and shopping opportunities*. This will improve the quality of life for all.[1395]

Suffizienzorientierte Lösungsmodelle sind somit nicht vollkommen im Diskurs der energiepolitischen Stakeholder ausgeklammert, zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft und dem Umweltschutz sowie vereinzelt auch Vertreter der Industrie verweisen darauf, aber sie spielen im Vergleich zu den technologiegestützten Lösungsmodellen dennoch nur eine marginale Rolle. Wie bereits erwähnt, nehmen Energietechnologien hingegen in nahezu allen Stellungnahmen, also auch in denen der Zivilgesellschaft, eine zentrale Position ein. Sie stellen somit, wie im ersten Analyseschritt schon herausgearbeitet, ein verbindendes Element im EU-Energiediskurs dar und werden von der Kommission in der Zusammenfassung des Konsultationsverfahrens sogar als „the most reliable and promising tool to address major global environmental concerns without affecting the standard of living at large"[1396] bezeichnet. Auch die Online-Befragung bestätigt diesen Trend. Denn auf die oben bereits genannte Frage: „How can a common European energy strategy best address climate change, balancing the objectives of environmental protection, competitiveness and security of supply?" wird als zweite Option nach den Lösungsmodellen der Substitution und Effizienz von 50,1 % der Befragten folgende Option befürwortet: „Keep Europe at the forefront of energy technology and the policies needed to encourage change".[1397] Angesichts dessen lässt sich also von einer *breiten Unterstützung für technologiegestützte Lösungsmodelle* als ein zentrales Element der neuen Energiepolitik für Europa ausgehen. Unterschiede lassen sich dann jedoch wiederum deutlich erkennen, wenn es um die Definition der „richtigen" Technologien und Energiequellen zur Umsetzung einer integrierten Energie- und Klimapolitik geht.

1395 EPSU (2006): EU Green Paper.

1396 Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper, S. 32.

1397 Ebenda, S. 53.

3.1.2.3 Deutungskonflikte um den „richtigen" Energiemix für Europa

Als eine wesentliche inhaltliche Innovation des Grünbuchs zur EU-Energiestrategie vom März 2006 wurde der Vorstoß der Kommission in den Bereich des Energiemix herausgestellt, der sogar mit dem Vorschlag für ein übergeordnetes strategisches Ziel auf europäischer Ebene einhergeht.[1398] Zwar werden die wachsende Importabhängigkeit und auch die steigenden klimaschädlichen CO_2-Emissionen in nahezu allen Beiträgen der Stakeholder als zentrale Herausforderungen der europäischen Energiepolitik aufgegriffen und bestärkt, d. h. es lässt sich von einer weitgehend geteilten Problemdefinition sprechen. Aber der Vorschlag der Kommission, vor diesem Problemhintergrund auch einen Mindestanteil an sicheren, CO_2-armen Energiequellen[1399] als strategisches Ziel festzulegen, wird insbesondere von Vertretern der Industrie aus ordnungspolitischen Überlegungen abgelehnt, d. h. es wird meist grundsätzlich gegen politische Intervention in die Energieversorgung argumentiert.

Abgesehen von diesem Grundsatzkonflikt wird die von der Kommission vorgeschlagene „Kompromissformel" sehr unterschiedlich interpretiert bzw. auch strategisch gedeutet, d. h. soziale Akteure versuchen mit ihren Artikulationen auch, bestimmte Deutungen als richtig zu legitimieren und konkurrierende Deutungsangebote zu entwerten.[1400] Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive agieren sie dabei aber nicht vollkommen frei, sondern greifen auf anschlussfähige story-lines des diskursiven Repertoires zurück. So deuten die jeweiligen energiepolitischen Stakeholder in ihren Stellungnahmen den Vorschlag der Kommission, einen CO_2-armen und sicheren Energiemix als strategisches Ziel auf europäischer Ebene festzulegen, in einer Weise, die bestimmten Grundannahmen etwa über das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie entspricht und den damit verknüpften Präferenzen für energiepolitische Lösungsmodelle. In diesem Deutungskampf um den „richtigen" Energie- und Technologiemix für Europa lassen sich im Rahmen der dominierenden umfassenden Energieperspektive zwei konkurrierende Diskurskoalitionen identifizieren, die quer zu den beiden Stakeholder-Gruppen liegen, einige Akteure tragen mit ihren Artikulationen auch zu beiden Diskurskoalitionen bei.

1398 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 3.1.1.

1399 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 21.

1400 Vgl. Schwab-Trapp, Michael (2011): Diskurs als soziologisches Konzept: Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 283-307, hier S. 296.

Die *Diskurskoalition der Klimaschützer*, in der sich v. a. Vertreter der konventionellen Energiewirtschaft und der Industrie,[1401] aber auch Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft[1402] um die low-carbon economy story-line sammeln, interpretiert die Formel „sicherer und CO_2-armer Energiemix" als eine offene bzw. technologieneutrale Vorgabe der Kommission. Demnach sollen im zukünftigen Energiemix möglichst alle CO_2-armen Optionen im Rahmen einer integrierten Energie- und Klimapolitik ausgeschöpft werden:

> An integrated approach to address climate change should consist in the promotion of indigenous, low-carbon energy sources, the promotion of renewable energy sources, and the promotion of energy efficiency. This includes coal, as a secure and cheap indigenous energy source, which will remain part of the EU's energy mix for the coming decades. *It is therefore of utmost importance to develop technologies which reduce the* CO_2 *emissions of coal-fired plants, like carbon capture and storage*, but also to raise the efficiency of these plants. *It also includes nuclear power, a technology which helps to avoid* CO_2 *emissions, and which has advantages in terms of security of supply.*[1403]

Nach der Diskurskoalition der Klimaschützer gehören also weiterhin die Atomkraft als CO_2-arme Energiequelle und auch Kohle als sichere, heimische Quelle in Verbindung mit der emissionsarmen CCS-Technologie in den zukünftigen CO_2-armen und sicheren Energiemix der EU. Neben der sicheren Verfügbarkeit von Energie für Wirtschaft und Gesellschaft steht somit die Reduktion der CO_2-Emissionen im Vordergrund. Die Diskurskoalition Klimaschützer begründet ihre Interpretation des „richtigen" Energiemix dabei meist mit der low-carbon economy story-line, d. h. es wird auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die positiven wirtschaftlichen Impulse verwiesen, die sich aus der Verwendung von allen CO_2-ar-

1401 Vgl. u. a. European Association for Coal and Lignite (EURACOAL) (2006): Contribution to the Fossil Fuels Forum Working Group on Coal as Well as on the Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Brüssel; CEEP (2006): CEEP Position Paper on the Green Paper; European Atomic Forum (FORATOM) (2006): FORATOM Response to Energy Green Paper Consultation, o. O.; EURELECTRIC (2006): EURELECTRIC Comments: European Commission Green Paper; European Confederation of Iron and Steel (EUROFER) et al. (2006): Alliance of Energy-Intensive Industries Contribution to the EU Energy Strategic Review, 22.9.2006, Brüssel.

1402 Vgl. u. a. EPSU (2006): EU Green Paper; Highlands and Islands Enterprise (HIE) (2006): Response to EU Green Paper on Energy, 5.9.2006, Inverness; Club Espanol de la Energía (2006): The Green Paper on Energy Policy for the EU, Brüssel; Group of European Municipalities with Nuclear Facilities (GMF) (2006): GMF Considerations on the Green Paper, 22.5.2006, Reus.

1403 CEEP (2006): CEEP Position Paper on the Green Paper.

men Energiequellen und Technologien ergeben und die zur Transformation der EU hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft beitragen können. Hier wird also die kohlenstoffarme Wirtschaft als übergeordnetes Transformationsprojekt und langfristiges Ziel der EU insgesamt definiert, zu der eine integrierte Energie- und Klimapolitik wesentlich beitragen kann.

Übersicht 7 Konstitutive story-line der Diskurskoalition der Klimaschützer

Diskurskoalition der Klimaschützer

Die für diese Diskurskoalition konstitutive **low-carbon economy story-line** legitimiert *alle* kohlenstoffarmen Optionen (auch Atomkraft und CCS) mit dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Hauptziel dieser Diskurskoalition ist die kosteneffiziente Reduktion von THG-Emissionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum.

Die low-carbon economy story-line ist somit strategisch betrachtet v. a. für Vertreter der Atomkraft und kohlenstoffarmer Technologien wie CCS attraktiv, aber auch für die Erneuerbare-Energien-Branche, denn erneuerbare Energien werden von der Diskurskoalition Klimaschützer ebenfalls befürwortet. Potenziell können sich somit auch Umweltverbände an diese story-line andocken, denn es wird schließlich die von ihnen verfolgte Bekämpfung des Klimawandels als zentrale Aufgabe der europäischen Energiepolitik fokussiert. Die Reichweite der low-carbon economy story-line, nach der möglichst alle kohlenstoffarmen Energiequellen und gerade auch die Kernenergie eine Rolle im zukünftigen Energiemix der EU spielen sollen, zeigt sich auch darin, dass der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) – in dem über 300 Mitglieder der organisierten Zivilgesellschaft (u. a. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Landwirte, Verbraucher und Umweltschutzorganisationen) vertreten sind – in einer Anhörung zum Energiemix festhält, dass die „Kernenergie als eine der Optionen für eine breit gefächerte, ausgewogene, ökonomische und nachhaltige Energiepolitik für die EU“[1404] zu betrachten sei. In der im September 2006 angenommenen Sondierungsstellungnahme „Die Energieversorgung der Europäischen Union: Eine Strategie für einen sinnvollen Energiemix“[1405] bestätigt

1404 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) (2006): EWSA-Hearing spricht sich für einen breit gefächerten Energiemix als Strategieziel aus, CES/06/04, 23.5.2006, Brüssel.

1405 EWSA (2006): Die Energieversorgung der Europäischen Union: Eine Strategie für einen sinnvollen Energiemix, Sondierungsstellungnahme, TEN/227 „Energiemix“, 13.6.2006, Brüssel.

der EWSA, „dass sich Europa ein strategisches Ziel für einen breit gefächerten Energiemix setzen sollte, bei dem auf bestmögliche Weise *Ziele in den Bereichen Wirtschaft, Versorgungssicherheit und Klimapolitik* berücksichtigt werden“[1406]. Neben erneuerbaren Energien und Effizienz werden auch die Kernenergie sowie die „Entwicklung der Technologien für ‚saubere‘ Kohle“[1407] als notwendig erachtet, d. h. „[a]lle Optionen müssen offen gehalten werden“[1408].

Diese für viele Akteure attraktive technologieneutrale Interpretation eines CO_2-armen und sicheren Energiemix, der zudem einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten soll, wird jedoch auch von einigen Umweltverbänden und den Grünen teils stark kritisiert, die damit auch den Kern der zweiten Diskurskoalition – der *ökologische Diskurskoalition* – im Deutungskampf um den „richtigen“ Energie- und Technologiemix für Europa bilden.[1409] Denn die Fokussierung der Klimaschützer-Koalition auf Optionen zur CO_2-Reduktion ist aus Perspektive der Ökologen nicht zwingend mit einem umfassenden Verständnis von Umwelt- und Klimaschutz kompatibel.[1410] Die ökologische Diskurskoalition formiert sich hingegen um die im EU-Energiediskurs schon länger etablierte green economy story-line, nach der grünes Wachstum und auch Maßnahmen zur CO_2-Reduktion umfassenden Nachhaltigkeitskriterien genügen sollen. Das heißt, auch von der ökologischen Diskurskoalition werden die Vorteile von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen (Stichwort: Innovationen, „green jobs“) im Energiebereich für die europäische Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit hervorgehoben.[1411] Allerdings werden im Unterschied zur low-carbon economy story-line nicht alle CO_2-armen Optionen als gut befunden, denn die Energiequellen und -technologien werden nicht nur an ihrem CO_2-Ausstoß bemessen, sondern es werden neben dem Klimaschutz auch andere umweltrelevante Ziele in die Evaluierung einbezogen (wie der Erhalt der Biodiversität und der Schutz von Ökosystemen). Daher können bzw. sollen nicht

1406 Ebenda, S. 1.

1407 Ebenda, S. 4.

1408 Ebenda, S. 2.

1409 Vgl. Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe; Greenpeace (2006): Briefing: a ‚Greener Paper‘ on Energy, Die Grünen Kärnten (2006): Stellungnahme zum Online-Konsultationsverfahren.

1410 Vgl. auch Rietig (2013): Sustainable Climate Policy Integration in the European Union, S. 298.

1411 Vgl. u. a. EREC (2006): Green Paper ‚A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe‘; Greenpeace (2006): Briefing: a ‚Greener Paper‘ on Energy; Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe (CRPM) (2006): CPMR’s Response to the Green Paper.

alle CO_2-armen Optionen gleichermaßen im EU-Energiemix berücksichtigt werden und in einen „kohlenstoffarmen Topf" geworfen werden.

Übersicht 8 Konstitutive story-line der ökologischen Diskurskoalition

Ökologische Diskurskoalition

Die für diese Diskurskoalition konstitutive **green economy story-line** legitimiert nur kohlenstoffarme Optionen, die auch andere (Umweltschutz-)Kriterien erfüllen mit dem langfristigen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. THG-Reduktion ist nur ein (umwelt-) politisches Ziel dieser Diskurskoalition.

Nach der ökologischen Diskurskoalition geht es also besonders darum, die wirtschaftlichen und klimapolitischen Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien auszuschöpfen. Zudem werden, wie oben schon angeführt, aber auch Verhaltensänderungen im Bereich der Mobilität etwa mit Rückgriff auf die *story-line neue Energiekultur* von Vertretern des Umweltschutzes und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren durchaus angesprochen. Dennoch dominiert in Bezug auf die Definition des „richtigen" Energie- und Technologiemix in Zeiten des Klimawandels sowie hinsichtlich der Legitimation von Lösungsmodellen doch die *green economy story-line*, die somit als konstitutiv für die ökologische Diskurskoalition betrachtet wird. So werden auch von dieser Diskurskoalition technologiegestützte Lösungsmodelle präferiert. Allerdings sollte nach Ansicht der Ökologen die Forschung und Entwicklung (F&E) im Energiebereich eben nicht auf potenziell gefährliche Technologien umschwenken.[1412] Vor dem Hintergrund wird besonders die CCS-Technologie, also die „Endlagerung" von CO_2 in geologischen Formationen,[1413] vehement als eine klassische „end-of-pipe-Lösung" abgelehnt:

> Coal and nuclear power have received billions in subsidies and state aid in recent decades. The Commission does not question the status quo of giving preferential treatment to polluting and hazardous energy sources. And it appears to have already made up its mind on carbon capture and storage, despite unresolved uncertainties and risks surrounding the technology.[1414]

1412 Vgl. u. a. Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe.

1413 Vgl. hierzu auch Greenpeace (2011): CO_2 -Endlager: Keine Lösung, sondern Risiko, Hamburg; Greenpeace (2008): Why Carbon Capture and Storage Won't Save the Climate: Executive Summary, Amsterdam.

1414 Greenpeace (2006): Briefing: a ‚Greener Paper' on Energy.

Die unterschiedlichen Deutungen eines sicheren und kohlenstoffarmen Energiemix der beiden Diskurskoalitionen werden, wie schon angesprochen, auch am Thema Kernenergie besonders gut deutlich. Denn Atomkraft ist zwar CO_2-arm, jedoch mit nicht klimarelevanten Risiken für Mensch und Umwelt behaftet und daher nicht unbedingt als sicher und nachhaltig einzustufen.[1415] Die Kritik der ökologischen Diskurskoalition bezieht sich daher auf die im Grünbuch von der Kommission implizierte positive Bewertung der Atomkraft als gegenwärtig „größte weitgehend CO_2-freie Energiequelle in Europa"[1416]. Friends of the Earth – als ein prominenter Vertreter der ökologischen Diskurskoalition – bezeichnet die von der Kommission vorgeschlagene Energiepolitik, die angesichts der Herausforderungen des Klimawandels an der Atomkraft festhält, daher auch als eine „Energiepolitik für Dinosaurier".[1417] Und Greenpeace definiert Atomkraft schlicht als „the antithesis of a competitive, sustainable and secure energy source"[1418].

Auch wenn die Kritik der ökologischen Diskurskoalition also klar und deutlich formuliert wird,[1419] ist die Diskurskoalition der Klimaschützer, die sich um die *story-line der low-carbon economy* formiert, breiter aufgestellt. Diese wird von sehr unterschiedlich positionierten Akteuren unterstützt, gerade auch von Vertretern der Industrie und der Energiewirtschaft, die sich mittels der low-carbon economy story-line als „neue Klimaschützer" in der Energiedebatte positionieren können, ohne ihr jeweiliges „Geschäftsmodell" und ihre wirtschaftlichen Ziele verwerfen zu müssen. Für einige Akteure kann aus durchaus divergierenden Gründen – wie es für Diskurskoalitionen charakteristisch ist[1420] – die low-carbon economy story-line somit gut und richtig klingen. Die Attraktivität und Resonanzfähigkeit dieser story-line zeigt sich auch besonders darin, dass selbst Akteure, die sonst eher mit ihren Artikulationen zur Stärkung der ökologischen Diskurskoalition beitragen, zentrale Elemente der low-carbon economy story-line dennoch reproduzieren, wenn sie etwa den Klimawandel als „das" zentrale Umweltproblem definieren und zudem

1415 Vgl. hierzu auch Rietig (2013): Sustainable Climate Policy Integration in the European Union, S. 298.

1416 Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 10.

1417 Vgl. Agence Europe (2006): A Look behind the News: Aims, Ambitions and Limits of the Commission's ‚Green Paper' in Energy, 10.3.2006.

1418 Greenpeace (2006): Briefing: a ‚Greener Paper' on Energy.

1419 Vgl. hierzu auch Agence Europe (2006): Greens Deplore Fact that Green Paper Almost Completely Ignores Transport Sector – Defence of European Energy Culture – Disappointment Expressed by Environmental Associations, 10.3.2006.

1420 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 65.

wirtschaftlich argumentieren – nach dem Motto: „Klimaschutz rechnet sich".[1421] Dies kann gerade aus Sicht von Umweltschutzorganisationen auch eine strategisch effektive Argumentation darstellen,[1422] etwa um für energieeffizientes Handel im Alltag oder die Förderung erneuerbarer Energien zu werben. Ihre Glaubwürdigkeit und auch Durchsetzungsfähigkeit im Policy-Prozess kann somit dadurch gestärkt werden, dass sie auf das Legitimations- und Integrationspotenzial der low-carbon economy story-line zugreifen.

Aus ökologischer Sicht ist mit der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz, wie es in der low-carbon story-line ja betont wird, jedoch keinesfalls gemeint, dass z. B. die Kernenergie weiter genutzt oder die CCS-Technologie gefördert werden sollte. Genau diese Deutung kann dennoch (implizit) transportiert und gestärkt werden, zumindest kann aber diese Interpretation durch andere soziale Akteure nicht ausgeschlossen werden. Es besteht somit immer die (potenziell ungewollte) Möglichkeit, „that by uttering a specific element one reinvokes the story-line as a whole"[1423]. Das heißt, auch wenn nur bestimmte Elemente der low-carbon economy story-line von Umweltakteuren genutzt werden, etwa die Definition des Klimawandels als eine zentrale Herausforderung der europäischen Energiepolitik, werden damit potenziell auch Lösungsmodelle assoziiert und legitimiert, die Ökologen eigentlich vehement kritisieren. Sich entweder radikal gegen populäre story-lines zu positionieren oder vielmehr auf die Integrations- und Legitimationskraft genau dieser story-lines zu setzen, um eigene Positionen im Diskurs zu etablieren, stellt gerade für Umweltakteure ein immer wiederkehrendes diskursives Dilemma dar:[1424] Im hier untersuchten Konsultationsprozess zum Grünbuch können ökologische Kritiker mit der Argumentation „Klimaschutz rechnet sich" ihre Positionen in den EU-Energiediskurs zwar erfolgreich einbringen; tragen so aber gleichzeitig (ungewollt) zur „diskursiven Wahrnehmbarkeit"[1425] der low-carbon story-line insgesamt und zur Stärkung der Klimaschützer-Koalition bei, also auch zur Akzeptanz von kohlenstoffarmen Energiequellen und Technologien wie Kernenergie und CCS. Vor diesem Hintergrund ist eine klare Abgrenzung von der Klimaschützer-Koalition für ökologische Kritiker nur noch schwer möglich bzw. die Ökologen können auch

1421 Vgl. v. a. EREC (2006): Green Paper ‚A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe'; Greenpeace (2006): Briefing: a ‚Greener Paper' on Energy.

1422 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 273.

1423 Ebenda, S. 62.

1424 Vgl. ebenda, S. 167.

1425 Nonhoff (2010): Hegemonieanalyse, S. 311.

ganz von der ähnlich, aber nicht identisch argumentierenden Diskurskoalition der Klimaschützer vereinnahmt werden.

Letztlich wird der Klimawandel von beiden Diskurskoalitionen also als ein zentrales Problem der europäischen Energiepolitik definiert, aber mit unterschiedlichen Lösungsmodellen verknüpft, wobei in beiden Fällen keine fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft verlangt werden. Eine integrierte Energie- und Klimapolitik wird nicht (bis auf wenige Ausnahmen) mit einer grundlegenden „Wachstumskritik" verknüpft. Nicht allein die Fokussierung auf den Klimawandel, sondern auch das *Meta-Narrativ der Entkopplung* von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, wie es die ökologische Diskurskoalition anstrebt, bzw. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Emissionen, wie es die Klimaschützer-Koalition fokussiert, muss somit als zentrales Element im Energiediskurs der Stakeholder hervorgehoben werden. Beide energiepolitischen Diskurskoalitionen halten im Wesentlichen am wachstumsbasierten Wohlstandsmodell der EU und an technologiegestützten Lösungsmodellen fest, was sich in den jeweiligen, präferierten story-lines der green und low-carbon economy manifestiert. Unter den energiepolitischen Stakeholdern auf europäischer Ebene stellt sich dabei die low-carbon economy story-line aber insgesamt als anschlussfähiger dar. Gerade aufseiten der Industrie sowie der Energiewirtschaft wird diese story-line verstärkt aufgegriffen und damit neue Zustimmungsbereitschaft für eine integrierte Energie- und Klimapolitik generiert. Aus der Attraktivität für viele Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der Möglichkeit, ökologische Kritiker zu vereinnahmen, speist sich das *hohe Integrationspotenzial der low-carbon economy story-line*. Inwiefern sich diese story-line im Policy-Prozess um die EPE durchsetzt, hängt jedoch im Wesentlichen von den diskursiven Eliten – den politischen Entscheidungsträgern – auf europäischer Ebene ab.

3.1.3 Positionierungen der diskursiven Eliten

Neben dem öffentlichen Konsultationsverfahren – in dem besonders Bürger und Stakeholder eingebunden wurden – fordert die Kommission im Grünbuch explizit den Europäischen Rat und das Europäische Parlament zu einer Stellungnahme auf.[1426] Entsprechend konzentriere ich mich in der folgenden Analyse auf die Positionierungen dieser beiden diskursiven Eliten. Im Abschnitt 3.1.3.1 untersuche ich zunächst die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2006, da diese als erste „politische Bewährungsprobe" für den energiepolitischen Vorschlag der Kommission gelten und auch stellvertretend für die Einzelpositionen der Mitgliedstaaten herangezogen werden können. Denn die Abstimmungsprozesse im

1426 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 4.

Ministerrat werden hier keiner eigenen Detailanalyse unterzogen, da die wesentlichen Positionen zum Grünbuch und auch erste inhaltliche Zielmarken für die Entwicklung der EPE auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates abgestimmt und verabschiedet wurden.[1427]

Die Position des Europäischen Parlaments untersuche ich insbesondere anhand der Entschließung zum Grünbuch vom Dezember 2006. Dieses Dokument bildet eine zentrale diskursive Schnittstelle zwischen der „offenen" Debatte um die energiepolitischen Vorschläge der Kommission und der verbindlichen Konkretisierung der europäischen Energiepolitik im Rahmen des Energie-Aktionsplans, d. h. zwischen der Öffnung und Schließung der Energieproblematik auf europäischer Ebene. Sowohl in Bezug auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates als auch die Entschließung des Europäischen Parlaments stehen wieder die Aspekte der Energiekompetenz und der inhaltlichen Grundausrichtung im Vordergrund.

3.1.3.1 Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Zentrale Aufgabe des Europäischen Rates ist es, die politischen Leitlinien der EU festzulegen. Daher haben auch die Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in denen die Ergebnisse der EU-Gipfeltreffen festgehalten werden, meist eher einen allgemeinen Charakter und besitzen keine Rechtsverbindlichkeit. Bei allen gleichzeitig bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Konflikten unter den Mitgliedstaaten spiegeln sich in den Schlussfolgerungen jedoch deutlich und kondensiert die energiepolitischen story-lines wider, die unter den Mitgliedstaaten besonders anschlussfähig sind. Hiervon ausgehend ist zunächst hervorzuheben, dass sich der Europäische Rat im März 2006 eindeutig für eine europäische Energiepolitik und nicht etwa nur für eine gemeinsame Energiestrategie ausspricht, und dies, obwohl die entsprechenden formal-rechtlichen Voraussetzungen in den Verträgen zu dem Zeitpunkt noch nicht gegeben waren.[1428] Der Frühjahrsgipfel des Jahres 2006 kann daher auch als ein „konstitutiver Gründungsmoment" der EPE beschrieben werden:

1427 Vgl. Agence Europe (2006): EU/Spring Summit: Mr. Schüssel Hopes to Set ‚Ambitious Objectives and Timetables' to Implement Revised Lisbon Strategy – Papers on Energy from Benelux, Poland and Spain, 23.3.2006; Agence Europe (2006): EU/Spring Summit/ Energy: Twenty-Five Express Satisfaction after Guidelines for Common Energy Policy Are Adopted, 27.3.2006; vgl. auch Fischer (2011): Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik, S. 90.

1428 Erst der Vertrag von Lissabon (2009) nennt eine eigenständige Rechtsgrundlage (Art. 194 AEUV). Vgl. auch Agence Europe (2006): A Look behind the News: Only Time Will Tell Whether the Last Summit Was a Success, 27.3.2006.

> Der Europäische Rat bekräftigt, dass die Integrierten Leitlinien 2005–2008 für Beschäftigung und Wachstum weiterhin gültig sind. In diesem Rahmen verständigt er sich auf […] die *Festlegung einer Energiepolitik für Europa*.[1429]

Auch in den Reaktionen auf die Frühjahrstagung des Europäischen Rates wird deutlich, dass diesem Gipfeltreffen eine hohe politische Symbolkraft und Signalwirkung zugeschrieben wird – und vom damaligen Ratspräsidenten Schüssel sogar als ein „historischer Tag"[1430] gedeutet wird. So stellt auch Kommissionspräsident Barroso fest: „One day, when the history of European integration is being written, it will be said that the Energy Policy for Europe was born on 23 March 2006 under Austrian EU presidency."[1431] Im Hinblick auf die grundsätzliche Frage, ob die EU überhaupt eine gemeinsame Energiepolitik anstreben sollte, eine Frage die im Grünbuch der Kommission noch gestellt wird,[1432] argumentiert der Europäische Rat – wie auch die Kommission und die energiepolitischen Stakeholder – mit der *story-line der neuen Energielandschaft* für eine gestärkte europäische Energiepolitik. Nach einer Auflistung zahlreicher Herausforderungen – die sich ebenfalls mit denen im Grünbuch decken – heißt es dann:

> Werden diese Herausforderungen nicht angegangen, so hat dies unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt und das Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial in der EU. Angesichts dieser Herausforderungen und unter Zugrundelegung des fundierten Grünbuchs der Kommission mit dem Titel „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" sowie des Beitrags des Rates fordert der Europäische Rat *eine Energiepolitik für Europa*, die auf eine effiziente Gemeinschaftspolitik, Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten und Stimmigkeit der Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen ausgerichtet ist und den drei Zielen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit in ausgewogener Weise gerecht wird.[1433]

Auch wenn nicht von einer endgültigen Schließung der Kompetenzfrage gesprochen werden kann, lässt sich zumindest von einer (temporären) Stabilisierung bzw. einer

1429 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 4.

1430 Vgl. Agence Europe (2006): Common Energy Policy for Europe Takes on Board Most Proposals in Green Paper, 24.3.2006.

1431 Barroso zitiert nach ebenda.

1432 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 5.

1433 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 13.

Normalisierung der europäischen Energiekompetenz sprechen.[1434] Zudem zeigt das obige Zitat, dass die Position des Europäischen Rates auf den Grundannahmen der umfassenden Energieperspektive basiert und entsprechend die Vereinbarkeit von ökologischen und ökonomischen Zielen angestrebt und für möglich erachtet wird. So wird auch klar im Sinne der Synergie-story-line auf die ausgewogene Berücksichtigung aller drei Energie-Ziele bei der Ausgestaltung der EPE hingewiesen. Zum anderen werden mit Rückgriff auf die green economy story-line auch die weitreichenden positiven Impulse der Energiepolitik für die Wirtschaft in Europa insgesamt herausgestellt:

> Als *Teil einer Wachstumsstrategie* und durch offene und wettbewerbsorientierte Märkte fördert die Energiepolitik die Investitionstätigkeit, die technologische Entwicklung sowie den Binnen- und Außenhandel.[1435]

In Bezug auf die energiepolitischen Lösungsmodelle lassen sich ebenfalls weitgehende Übereinstimmungen mit dem Grünbuch der Kommission ausmachen: So werden auch vom Europäischen Rat die Steigerung der Effizienz und die Förderung von erneuerbaren Energien sowie die Festlegung von neuen Zielwerten befürwortet.[1436] Zudem wird die „Gewährleistung einer angemessenen Unterstützung aus nationalen und gemeinschaftlichen F,E&D-Instrumenten für Energieeffizienz, nachhaltige Energien und emissionsarme Technologien"[1437] unterstützt, womit auch ein zentrales Element der low-carbon economy story-line aufgegriffen wird. Allerdings findet sich in den Schlussfolgerungen keine eindeutige Unterstützung bestimmter Technologien, wie CCS, die etwa von der Kommission so vorgenommen wird. Die low-carbon economy story-line ist also auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs nicht in derselben Form ausgeprägt; stattdessen orientiert sich die Argumentation stärker an der *green economy story-line*, was sich etwa darin zeigt, dass sich ein ganzer Abschnitt der Schlussfolgerungen mit der Realisierung eines „umweltverträglichen Wachstums"[1438] beschäftigt.

1434 Für unterschiedliche Positionen der Mitgliedstaaten vgl. Agence Europe (2006): EU/Spring Summit: Schüssel and Barroso Welcome Launch of European Energy Policy, 27.3.2006; Agence Europe (2006): A Look behind the News: Only Time Will Tell Whether the Last Summit Was a Success, 27.3.2006.

1435 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 13.

1436 Vgl. ebenda, S. 15.

1437 Ebenda, S. 34.

1438 Ebenda, S. 24-25.

Eine deutliche Abweichung vom Grünbuch der Kommission zeigt sich mit Blick auf das Thema „europäischer Energiemix". Denn der Europäische Rat stellt in den Schlussfolgerungen fest, dass die EPE „die Hoheit der Mitgliedstaaten über die primären Energiequellen uneingeschränkt wahren und die Mitgliedstaaten bei der Wahl des Energiemixes voll respektieren"[1439] müsse. Der Europäische Rat weicht somit allein in Bezug auf den Energiemix auf den *Idealtypus der nationalen Verantwortung* aus. Trotz dieser klaren Absage an einen genuin europäisch geplanten Energiemix wird die Reflexion über die Ausgestaltung des Energiemix auf europäischer Ebene nicht gänzlich abgelehnt, insbesondere wird auch die gemeinsame Förderung von Energietechnologien nicht ausgeschlossen, wie der österreichische Ratspräsident feststellt:

> The choice of energy mix and the sensitive nuclear option in particular have been left up to Member States to decide […]. 'Our priority to use *technologies that lower CO_2 emissions* has nothing to do with energy sources.'[1440]

Der Europäische Rat äußert sich somit zwar nicht explizit zu bestimmten Technologien, aber diese sollen zumindest zur CO_2-Reduzierung beitragen; eine Argumentation, die sich gut in die *low-carbon economy story-line* einfügt. Diese Tendenz eines möglichst technologieneutralen Lösungsansatzes zeigt sich auch darin, dass die Bewertung der zukünftigen Energiestrategie grundsätzlich alle Energiequellen abdecken soll:

> Es sind die Vor- und Nachteile aller einzelnen Energiequellen im Hinblick auf die drei Ziele der Energiepolitik zu bewerten; diese Bewertung sollte *die gesamte Spannbreite der Energiequellen* abdecken – von den einheimischen erneuerbaren Energieträgern bis zu sauberen Kohletechnologien und der künftigen Rolle der Kernenergie […].[1441]

Auffällig ist zudem, dass der Klimawandel in den Schlussfolgerungen vom März 2006 nicht als Haupttreiber der europäischen Energiepolitik definiert wird, sondern die drei Energieziele in ausgewogener Weise bei der Bewertung der Energiequellen berücksichtigt werden sollen. Es lassen sich somit zwar Elemente der low-carbon economy story-line identifizieren, aber diese kann nicht als prägend für den Energiediskurs der Staats- und Regierungschefs gewertet werden. Insgesamt bleibt

1439 Ebenda, S. 16.

1440 Agence Europe (2006): EU/Spring Summit/Energy: Twenty-Five Express Satisfaction after Guidelines for Common Energy Policy Are Adopted, 27.3.2006.

1441 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 34.

die Positionierung des Europäischen Rates noch ungenau und offen, d. h. auch anschlussfähig an beide Diskurskoalitionen: die Ökologen und die Klimaschützer.

Es deutet sich im März 2006 aber bereits an, dass das Thema „Energie" nicht so schnell wieder von der Agenda der EU im Allgemeinen und auch nicht von der des Europäischen Rates im Speziellen verdrängt werden würde. Denn der Europäische Rat „begrüßt die Absicht der Kommission, ab 2007 regelmäßig eine Begutachtung der Energiestrategie zu unterbreiten"[1442]. Damit wird also das von der Kommission vorgeschlagene neue Diskursinstrument – die jährliche Überprüfung der EU-Energiestrategie – in die europäische Energiepolitik eingeführt sowie auch die Kommission als energiepolitischer Agenda-Setter stabilisiert. Insgesamt zeigt sich der Europäischen Rat sehr entschlossen, das konkrete Projekt der EPE zügig voranzutreiben. Denn in den Schlussfolgerungen wird ein formaler Politikprozess eingeleitet, um eine Konkretisierung und Institutionalisierung der EPE zu erreichen:

> Der Europäische Rat ersucht die Kommission und den Rat […], ein Bündel von Maßnahmen mit einem klaren Zeitplan auszuarbeiten, damit der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2007 einen nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplan annehmen kann.[1443]

Sowohl die Mitteilung der Kommission, aber besonders auch der Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates vom März 2007 stellen somit weitere wichtige diskursive Ereignisse im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE dar, die im Abschnitt 3.2 im Mittelpunkt stehen. Zuvor wird aber auch auf den Beitrag des Europäischen Parlaments zur Energiedebatte eingegangen.

3.1.3.2 Diskurskoalitionen im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament (EP) wird seit 1979 direkt gewählt und ist im Laufe des Integrationsprozesses immer mehr zum gleichberechtigten Mitgesetzgeber neben dem Ministerrat avanciert. Das EP repräsentiert im Policy-Prozess der EU also die europäische Bevölkerung und entsprechend vielfältig sind auch die Positionen der Europaabgeordneten zu energiepolitischen Themen. Im hier untersuchten Fall des Policy-Prozesses um die EPE lassen sich dabei aber ähnliche Deutungskonflikte rekonstruieren, wie sie im Abschnitt 3.1.2 zu den Stakeholdern schon dargelegt wurden. Eine europäische Energiepolitik wird so zwar grundsätzlich vom EP unterstützt,[1444]

1442 Ebenda, S. 16.

1443 Ebenda.

1444 Vgl. u. a. Agence Europe (2006): Consequences of Russian-Ukrainian Gas Dispute Will Strengthen Parliament Support for Commission and Council's Work Laying Base for Common Energy Policy, 17.1.2006.

aber das von der Kommission vorgelegte Grünbuch wird auch in bestimmten inhaltlichen Punkten kritisiert bzw. ganz unterschiedlich interpretiert. Das heißt, auch hier lässt sich wieder „strategic discursive action"[1445] beobachten, denn die Vertreter der beiden Diskurskoalitionen versuchen, bestimmte Deutungen der Energieproblematik als richtig zu legitimieren und „konkurrierende Deutungsangebote zu entwerten"[1446].

Auf der einen Seite kritisiert die *ökologische Diskurskoalition*, die sich insbesondere um die *green economy story-line* formiert und von Abgeordneten der Grünen im EP hauptsächlich getragen wird, die positive Bewertung der Atomkraft in der energiepolitischen Konzeption der Kommission – „the Greens regret that the Green Paper puts renewable energies and nuclear energy, to which they are firmly opposed, on the same footing"[1447]. Ganz im Sinne der ökologischen Diskurskoalition fordern die Grünen Maßnahmen ausschließlich im Bereich der erneuerbaren Energien und auch konkrete, verbindliche Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien. Das heißt, nicht alle kohlenstoffarmen Quellen und Technologien sollen im Kampf gegen den Klimawandel zum Einsatz kommen. Weiterhin wird die geringe Verknüpfung von Energie- und Verkehrspolitik im Grünbuch bemängelt, da im Verkehrssektor besonders großes Potenzial zur Verringerung der Ölabhängigkeit und der Senkung von CO_2-Emissionen gesehen wird,[1448] wie der Grünen-Abgeordnete Claude Turmes, der für seine Expertise in der europäischen Energiepolitik bekannt ist, herausstellt:

> In its approach, the Commission is preoccupied with the security of supply. Any energy policy which fails to address how we use our energy is naive and short-sighted. We need a new approach, which puts efficient use of energy at the center of the new EU energy policy. This is particularly true for the transport sector. 96 % of the energy used in the transport sector comes from oil. We cannot reduce our oil dependency without tackling our oil-guzzling transport sector.[1449]

Es wird hier also als ein wichtiges Strategieelement auch auf einen veränderten bzw. sparsameren Umgang mit Energie insgesamt abgehoben. In der sogenannten „Vienna-Declaration"[1450], die als alternativer „nachhaltiger" Gegenentwurf zur

1445 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 129.

1446 Schwab-Trapp (2006): Kriegsdiskurse, S. 296.

1447 Agence Europe (2006): Greens Deplore Fact that Green Paper Almost Completely Ignores Transport Sector, 10.3.2006.

1448 Vgl. ebenda.

1449 Claude Turmes, zitiert nach http://www.greencarcongress.com/2006/03/debate_on_europ.html, (letzter Zugriff: 23.9.2014).

1450 The Greens/European Free Alliance (2006): The Vienna Declaration: A Sustainable Energy Policy for Europe, 7.3.2006, Wien.

Energiestrategie der Kommission von den Grünen im EP veröffentlicht wurde, wird auch mit Rückgriff auf die *story-line der neuen Energiekultur* dafür plädiert, enger mit Akteuren auf der lokalen Ebene zusammenzuarbeiten und durch neue Partnerschaften auch mit den Bürgern eine größere Zustimmung für effizienzorientiertes Handeln im Alltag, insbesondere aber im Mobilitätsbereich, zu generieren.[1451] Denn nach den Grünen gilt: „Energy policy is transport policy. It is impossible to try and address today's energy problems without tackling transport."[1452] Dabei wird aber auch mit der green economy story-line auf die positiven wirtschaftlichen Aspekte einer nachhaltigen Energiewende verwiesen[1453] und vom Ziel für die EU, „the most energy efficient economy in the world by 2020"[1454] zu werden, gesprochen. Das Meta-Narrativ der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wird hier also ebenfalls im Grundsatz reproduziert und stabilisiert. Der Deutungskonflikt im Europäischen Parlament verläuft somit, wie unter den energiepolitischen Stakeholdern auch, primär im diskursiven Rahmen der umfassenden Energieperspektive. Radikal-ökologische oder auch klassische Positionen zur Versorgungssicherheit, die allein auf die günstige Verfügbarkeit von Energie abzielen, sind im Energiediskurs des Europäischen Parlaments nicht ausgeschlossen, aber marginalisiert.

Auf der anderen Seite – aber ebenfalls im Rahmen der umfassenden Energieperspektive – wird aus Sicht der *Diskurskoalition der Klimaschützer*, die sich um die *story-line der low-carbon economy* formiert, die im Grünbuch von der Kommission präsentierte Energiestrategie dafür kritisiert, dass sie zu stark auf erneuerbare Energien setze.[1455] Aus Sicht dieser Diskurskoalition, die von Europaabgeordneten verschiedenster Fraktionen mitgetragen wird, müsste hingegen die Rolle der Atomkraft von der Kommission stärker unterstützt werden. Auch wenn Personen nicht dauerhaft an eine Diskurskoalition gebunden sein müssen oder stets nur zu einer Diskurskoalition mit ihren story-lines beitragen,[1456] so lässt sich auch für die Diskurskoalition der Klimaschützer ein bekannter Energiepolitiker des Europäischen Parlaments als eine Art Symbolfigur benennen, nämlich der britische Konservative Giles Chichester. In einem Statement zum Grünbuch stellt er entsprechend fest: „[It] is disappointing that the Commission fails to underline the key role of nuclear energy in ensuring security

1451 Vgl. ebenda, S. 7-8 und S. 4-5; vgl. auch Agence Europe (2006): Greens Deplore Fact that Green Paper Almost Completely Ignores Transport Sector, 10.3.2006.

1452 The Greens/European Free Alliance (2006): The Vienna Declaration, S. 3.

1453 Vgl. ebenda, S. 2.

1454 Ebenda, S. 6.

1455 Vgl. Agence Europe (2006): Giles Chichester Regrets Key Nuclear Role Is Not Highlighted, 10.3.2006.

1456 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 70.

of supply and combating climate change."[1457] Auch sein deutscher Kollege Herbert Reul, der sich im ständigen Kampf gegen die „EU-Ökodiktatur"[1458] sieht und sich dabei z. B. gegen Verschärfungen von Effizienzstandards wendet, positioniert sich gleichzeitig aber als Befürworter einer integrierten Energie- und Klimapolitik, für die möglichst alle Technologien, besonders aber die Kernkraft, eingesetzt werden sollen:

> [Wir] kommen nicht daran vorbei, offen zu sagen, dass wir auch auf Kernenergie nicht verzichten können. Es kann nicht nach dem Motto gehen: keine Kohle, keine Kernenergie, aber bitte alles CO_2-frei und die Umwelt sichern.[1459]

Auch der polnische Europaabgeordnete Jerzy Buzek, der von 2009 bis 2012 Präsident des Europäischen Parlaments war, argumentiert knapp und deutlich: „Angesichts der Bedrohung durch den Treibhauseffekt ist Kernenergie ein weiteres Muss."[1460] Während also aus Sicht der ökologischen Diskurskoalition das Grünbuch der Kommission als zu „kernenergiefreundlich" kritisiert wird, fehlt aus Sicht der Klimaschützer-Koalition eine deutlichere Unterstützung der Atomkraft. Trotz dieser konträren Interpretationen des Grünbuchs zur EU-Energiestrategie muss sich das Europäische Parlament aber auch als einheitlicher Akteur gegenüber den anderen EU-Organen im Policy-Prozess positionieren. Dies erfolgt in grundsätzlichen, nicht-legislativen Fragen u. a. über sogenannte Initiativberichte. Die in den Berichten enthaltenen Entschließungsanträge werden im Plenum – nach intra-institutionellen Abstimmungs- und Koordinierungsprozessen[1461] – geprüft und, falls sie angenommen werden, in Form einer Entschließung als angenommener Text veröffentlicht. So veröffentlichte das EP im Dezember 2006 die Entschließung „zu dem Thema ‚Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie' – Grünbuch"[1462] nach einer Aussprache im Plenum über den

1457 Agence Europe (2006): Giles Chichester Regrets Key Nuclear Role Is Not Highlighted, 10.3.2006.

1458 Exemplarisch Reul, Herbert (2013): Staubsauger nur der Anfang: Europäische Kommission plant weitere Schritte zur EU-Ökodiktatur, Pressemeldung, 28.10.2013, abrufbar unter: http://www.herbert-reul.de/index.php?id=14&tx_ttnews[tt_news]=1758&cHash=e763d059fea8f11129096f423a5196c6, (letzter Zugriff: 23.9.2014).

1459 Redebeitrag von Herbert Reul (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

1460 Redebeitrag von Jerzy Buzek (PPE-DE), in: ebenda.

1461 Vgl. hierzu u. a. Selianko/Lenschow (2015): Energy Policy Coherence from an Intra-institutional Perspective.

1462 Europäisches Parlament (2006): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" – Grünbuch, P6_TA(2006)0603, 14.12.2006, Straßburg. Die Entschließung

entsprechenden Bericht der britischen Sozialistin Eluned Morgan. Ähnlich wie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates repräsentiert die angenommene Entschließung also nicht die „Extrempositionen", sondern die im EP besonders resonanzfähigen story-lines.

3.1.3.3 Gemeinsame Entschließung des Europäischen Parlaments

Wie schon herausgestellt wurde, begrüßt das Europäische Parlament das Grünbuch der Kommission und damit auch grundlegend die Entwicklung einer europäischen Energiepolitik.[1463] Die Kompetenzenzfrage wird jedoch in der Entschließung nicht explizit weiter erörtert, sondern es wird unmittelbar auf inhaltliche Notwendigkeiten und Forderungen eingegangen. Das Europäische Parlament

> betont […] die Notwendigkeit […] eine europäische Energiepolitik zu entwickeln, die unter Beachtung der Marktmechanismen möglichst weit gehend eine Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen *aus kohlenstoffarmen und einheimischen Quellen gewährleistet und zugleich die Umwelt schont, der Klimaänderung entgegenwirkt und Energieeffizienz* fördert […].[1464]

Auch in der Entschließung unterstützt das Europäische Parlament somit die umfassende Energieperspektive und hebt dabei neben der „Umwelt" an sich speziell auf den Klimawandel als eine zentrale Herausforderung der europäischen Energiepolitik ab. Entsprechend der *low-carbon economy story-line* wird auch gezielt auf die Verwendung von kohlenstoffarmen bzw. kohlenstofffreien Quellen gepocht; ein Zusatz, der erst aufgrund von Änderungsanträgen in die Entschließung aufgenommen wurde[1465] und durchaus auch umstritten war, worauf ich im Folgenden noch genauer eingehe. Insgesamt lassen sich aber auch viele Gemeinsamkeiten und unstrittige Aspekte, wie die Förderung von erneuerbaren Energien im energiepolitischen Entwurf des EP finden, sodass wie in der grundlegenden Kompetenzfrage auch in der inhaltlichen Grundausrichtung eine weitgehende Übereinstimmung mit

---

liegt ohne Seitenzahlen vor und ist abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0603+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE (letzter Zugriff: 4.10.2017).

1463 Vgl. ebenda.

1464 Ebenda.

1465 Vgl. Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 1-400, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, Änderungsantrag von Herbert Reul, Alejo Vidal-Quadras, Alexander Alvaro, Jerzy Buzek, Nicole Fontaine, Daniel Caspary, Werner Langen, Romana Jordan Cizelj, Ján Hudacký, Edit Herczog, András Gyürk und Angelika Niebler, Änderungsantrag 12, Ziffer 1, PE 378.878v01-00, 19.10.2006, Brüssel.

den zuvor untersuchten Positionierungen der Kommission, der energiepolitischen Stakeholder und des Europäischen Rates zu konstatieren ist. Im Folgenden soll daher ein besonderes Augenmerk auf die kontroverse inhaltliche Frage des „richtigen" Energiemix gelegt werden. Denn, wie schon aufgezeigt, wurden bereits im Vorfeld des Berichts, aber auch während der internen Debatten hierzu besonders konträre Positionen im EP vertreten.

Es ist zunächst festzustellen, dass die EU, aus Sicht des Europäischen Parlaments, eine „Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen aus kohlenstoffarmen und einheimischen Quellen"[1466] anstreben sollte. Interessant ist diese Feststellung am Anfang der Entschließung, weil an späterer Stelle des angenommenen Textes gerade der Aspekt der Energieversorgung aus dem Kompetenzbereich der europäischen Energiepolitik explizit ausgeklammert wird. Das Europäische Parlament

> […] hält es für entscheidend, dass die europäische Energiestrategie auf größtmöglicher Subsidiarität beruht und Entscheidungen über den Energieträgermix weiterhin Angelegenheit der Mitgliedstaaten sind […].[1467]

Im Bereich des Energiemix sollen die Mitgliedstaaten in der Hauptverantwortung bleiben, d. h. auch vom EP wird hier – wie auch vom Europäischen Rat und ein Stück weit im Widerspruch zur Kommission – auf den *Idealtypus Energiepolitik als nationaler Verantwortungsbereich* rekurriert. In diesem spezifischen Punkt lässt sich also eine gemeinsame Positionierung von Europäischen Rat und EP gegenüber der Kommission feststellen. Trotz dieser formalen Einschränkung behandelt die Entschließung aber dennoch ausführlich Fragen zur Ausgestaltung des zukünftigen Energiemix als Teil einer europäischen Energiepolitik. Durch die Anerkennung, „dass sich Entscheidungen über den Energiefächer in einem Mitgliedstaat auf die Versorgungssicherheit in anderen Mitgliedstaaten auswirken können"[1468] – diese Argumentation hatte die Kommission im Grünbuch eingeführt –, öffnet sich ein diskursiver Raum, um auf europäischer Ebene in legitimer Weise über Gestaltungsmöglichkeiten des Energiemix zu sprechen.

Der Vorstoß der Kommission in den Bereich des Energiemix wird also von den anderen EU-Organen zwar formal abgelehnt, aber inhaltlich zumindest vom Europäischen Parlament ausführlich aufgegriffen. Während der Europäische Rat in den Schlussfolgerungen vom März 2006 keine konkreteren Äußerungen

1466 Europäisches Parlament (2006): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie".

1467 Ebenda.

1468 Ebenda.

hinsichtlich der präferierten Energiequellen vornimmt – das ganze Spektrum soll nach Vor- und Nachteilen bewertet werden[1469] – wird das Europäische Parlament in der Entschließung zum Morgan-Bericht konkreter. Ein „Markenzeichen" der EP-Version des richtigen Energiemix ist zum einen die Fokussierung auf heimische Quellen aus lokaler Energieerzeugung. Denn das Europäische Parlament

> […] ist der Auffassung, dass die Diversifizierung der Energiequellen, gemeinsam mit der verstärkten Nutzung heimischer Energiequellen und dezentraler Energieerzeugung, die Versorgungssicherheit erhöhen wird […].[1470]

Hiermit wird also v. a. der Faktor „Sicherheit" aus der Kompromissformel der Kommission für einen europäischen Energiemix angesprochen. Ein weiteres Markenzeichen ist zum anderen die Fokussierung auf kohlenstoffarme Quellen, womit das EP den zweiten Aspekt der Kompromissformel eines sicheren und CO_2-armen Energiemix der Kommission anspricht. Ganz im Sinne der Diskurskoalition der Klimaschützer wird angesichts der „Klimaänderung" in der Entschließung gefordert, „dass bis 2050 der allergrößte Teil des Energiebedarfs der Europäischen Union aus *kohlenstofffreien Quellen* oder durch *Technologien, die Treibhausgasemissionen unterbinden*, gedeckt werden muss"[1471]. So wird „die Rolle, die die Kernenergie derzeit in einigen Mitgliedstaaten bei der Aufrechterhaltung der Stromversorgungssicherheit, als Teil des Energiefächers und als eine Möglichkeit der Vermeidung von CO_2-Emissionen spielt"[1472], gewürdigt und auch die „die Weiterentwicklung einer wirtschaftlichen Methode der Kohlendioxidabscheidung und -speicherung bei Kohle, Erdgas und Erdöl"[1473] unterstützt. In der Plenardebatte zum Morgan-Bericht bringt der spanische Konservative Alejo Vidal-Quadras die Position der Klimaschützer-Koalition besonders treffend auf den Punkt:

> Wir müssen aufhören, die Kilowatt politisch zu betrachten. Wir sprechen nicht von rechten Kilowatt oder linken Kilowatt. Es geht um Energiequellen, die eine Emission von Treibhausgasen verursachen, und Energiequellen, die das nicht tun. Die erneu-

1469 Vgl. Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 34.

1470 Europäisches Parlament (2006): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie".

1471 Ebenda.

1472 Ebenda.

1473 Ebenda.

> erbaren Energien und die Kernenergie müssen als sich gegenseitig ergänzend und nicht als unvereinbar angesehen werden.[1474]

Diese Interpretation kohlenstoffarmer bzw. kohlenstofffreier Energiequellen ist im Europäischen Parlament jedoch durchaus umstritten gewesen, wie zahlreiche Änderungsanträge verdeutlichen.[1475] So wird etwa in einem Änderungsantrag von den Grünen-Abgeordneten Rebecca Harms und Claude Turmes folgende alternative Formulierung im Sinne der ökologischen Diskurskoalition vorgeschlagen:

> Das Europäische Parlament […] weist darauf hin, dass der Klimawandel ernste Probleme verursacht, die eine umgehende Reaktion der Gemeinschaft erfordern *und dass die Kernenergie aufgrund der ihr anhaftenden Risiken und ungelösten Probleme (z. B. Entsorgung nuklearer Abfälle) keine Antwort auf diese Herausforderung sein kann*; ist daher der Auffassung, dass die Notwendigkeit besteht, eine Vision für eine europäische Politik zu entwickeln, die sich auf Energieeinsparung, Effizienz und erneuerbare Energien konzentriert, und zu diesem Zweck einen genauen Fahrplan auszuarbeiten; besteht darauf, dass der Verkehr eine Schlüsselkomponente einer solchen nachhaltigen Energiepolitik darstellt und aus diesem Grund umfassend berücksichtigt werden muss.[1476]

Der letztlich angenommene Text mit der Fokussierung auf (alle) kohlenstoffarme Quellen und Technologien zur Reduzierung von Treibhausgasen entspricht somit eher den Forderungen der Diskurskoalition der Klimaschützer und ihrer story-line der low-carbon economy. Insbesondere die Ergänzung, emissionsarme Technologien stärker einzubeziehen, verdeutlicht die weitgehende Unterstützung des Europäischen Parlaments für die CCS-Technologie.[1477] Aber auch die *green economy story-line*, um die sich die *ökologische Diskurskoalition* formiert, wird in der Entschließung aufgegriffen, etwa um die Förderung von erneuerbaren Energien zu legitimieren:

> Das Europäische Parlament […] betont, dass in dem Zwang zur Änderung des gegenwärtigen Energieerzeugungsfächers keine Belastung sondern eine Chance liegt; ist der

1474 Redebeitrag von Alejo Vidal-Quadras (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

1475 Vgl. Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 1-400, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, Änderungsanträge 42-53, PE 378.878v01-00, 19.10.2006, Brüssel.

1476 Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 1-400, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, Änderungsantrag von Rebecca Harms und Claude Turmes, Änderungsantrag 42, Ziffer 2 Einleitung, PE 378.878v01-00, 19.10.2006, Brüssel, Hervorhebung im Original.

1477 Vgl. hierzu auch Kapitel IV, Abschnitt 4.1.3.

> Auffassung, dass die Nutzung von Sonnenergie, Windenergie, Biomasse, Wasserkraft und Erdwärme und die verstärkte Nutzung von Energieeffizienztechnologien dazu beitragen werden, den Verpflichtungen von Kyoto und aus dem UN-Rahmenübereinkommen zur Klimaänderung zu entsprechen und zudem die Innovation zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu erhöhen […].[1478]

Auch die von den Grünen vorgebrachte Kritik an der mangelnden Verknüpfung zwischen Energie- und Verkehrspolitik wird in der Entschließung aufgegriffen.[1479] Zudem wird der Verbraucher stärker ins Blickfeld gerückt und in dem Zusammenhang auch nachfrageseitige Lösungsmodelle fokussiert sowie auch Elemente einer suffizienzorientierten Lösungsstrategie. So weist das EP etwa darauf hin, „dass auch die Verbraucher und gerade die Behörden, die auf diesem Gebiet ein Beispiel geben müssen, Pflichten in Bezug auf Energieeinsparung haben."[1480] Zudem weist das EP „mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, sich für Aufklärung und *eine Änderung der Verhaltensweisen zugunsten einer nachhaltigeren Mobilität der europäischen Bürger* einzusetzen"[1481]. Auch die Einbindung und Unterstützung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften insbesondere im Bereich der Effizienz wird vom EP explizit gefordert.[1482] Hiermit werden zentrale Elemente der *story-line der neuen Energiekultur* aufgegriffen, die von den anderen EU-Organen, d. h. der Kommission und dem Europäischen Rat, kaum reproduziert wird.

Insgesamt spiegeln sich also die Forderungen und story-lines beider Diskurskoalitionen – der Ökologen und der Klimaschützer – in der angenommenen Entschließung wider. Die Zufriedenheit auf beiden Seiten der umfassenden Energieperspektive zeigt sich auch darin, dass die Arbeit der sozialistischen Berichterstatterin Morgan von Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen im EP begrüßt wurde: So argumentiert etwa eine französische Abgeordnete der Europäischen Volkspartei (EVP), dass mit dem Bericht „zu einem so bedeutenden und sensiblen Problem ein umfassender Konsens im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie gefunden worden ist"[1483]. Aber auch von europäischen Energiepolitikern,

---

1478 Europäisches Parlament (2006): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie".

1479 Vgl. ebenda.

1480 Ebenda.

1481 Ebenda.

1482 Vgl. ebenda.

1483 Redebeitrag von Nicole Fontaine (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

die sich eher der ökologischen Diskurskoalition zuordnen lassen, wird der Bericht ausdrücklich als „ein exzellenter Bericht“[1484] (Mechtild Rothe, PSE) gelobt, der sich mit „einer positiven Zukunft und einem Paradigmenwechsel der bisherigen Energiewirtschaft“[1485] (Rebecca Harms, Grüne) beschäftige sowie „Umwelt und Wettbewerb in Einklang“[1486] (Claude Turmes, Grüne) bringe.

Die Annahme des vorgelegten Berichts im Plenum, d. h. die Unterstützung der darin präsentierten energiepolitischen Ziele durch eine Mehrheit der Europaabgeordneten bedeutet jedoch nicht, dass der Deutungskonflikt zwischen den beiden Diskurskoalitionen grundlegend überwunden worden ist, sondern lediglich, dass sich anschlussfähige Elemente durchsetzen konnten, während strittige Elemente ausgeklammert wurden, insbesondere die Thematik der Atomkraft. Denn auch der Morgan-Bericht gerät in die Kritik sowohl der Ökologen als auch der Klimaschützer, die sich sonst in vielen Punkten, insbesondere im Hinblick auf die Lösungsmodelle der Effizienzsteigerung und der Substitution, weitgehend einig sind. So argumentiert der oben schon zitierte spanische Konservative Alejo Vidal-Quadras besonders deutlich im Sinne der Klimaschützer-Koalition:

> Zum Bericht Morgan möchte ich eine merkwürdige Tatsache hervorheben, nämlich dass der Beitrag der Kernenergie völlig ignoriert worden ist. Ich glaube, dass einige Mitglieder das Thema lieber nicht behandeln würden, in der Hoffnung, eine kontroverse Debatte zu vermeiden, aber wir müssen mutig sein und ein für alle Mal, objektiv und ohne Vorbehalte, den erheblichen Beitrag dieser Energiequelle für die Versorgungssicherheit und für den Kampf gegen den Klimawandel anerkennen.[1487]

Gleichzeitig wird aus ökologischer Perspektive kritisiert, dass sich das Parlament mit der Entschließung zum Grünbuch der Kommission nicht deutlich genug gegen die weitere Nutzung von Kernenergie positioniere. Vor dem Hintergrund fordert die Sozialistin Dorette Corbey:

> Es gilt, mit Beihilfen für umweltschädigende Energieträger Schluss zu machen und unsere Mittel möglichst auf nachhaltige Energiequellen auszurichten. In *ökologisch bedenkliche Energieträger, insbesondere Kohle und Atomkraft,* werden noch immer Milliarden investiert, und dem muss wirklich ein Riegel vorgeschoben werden.[1488]

1484 Redebeitrag von Mechtild Rothe (PSE), in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

1485 Redebeitrag von Rebecca Harms (Verts/ALE), in: ebenda.

1486 Redebeitrag von Claude Turmes (Verts/ALE), in: ebenda.

1487 Redebeitrag von Alejo Vidal-Quadras (PPE-DE), in: ebenda.

1488 Redebeitrag von Dorette Corbey (PSE), in: ebenda.

Trotz Kritik im Plenum und der vielen Änderungsanträge[1489] wurde der endgültige Entschließungsantrag dennoch angenommen. Es wurde also ein Weg gefunden, „to contain the social conflict"[1490], indem besonders konfliktbesetzte Themen im diskursiven Ordnungs- und Selektionsprozess temporär ausgeblendet wurden. Durch diesen diskursiven Mechanismus der „topical avoidance" wird „the scope of decision-making to relatively ‚safe' issues"[1491] eingegrenzt. Dies gilt besonders für die Atomfrage; denn auch mit der Diskussion um das Grünbuch vom März 2006 wurde die Frage der Atomkraft (wieder) nicht eindeutig auf europäischer Ebene entschieden, sondern über den Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip in die nationalen Diskursarenen (rück-)verlagert. Die Ausblendung der Atomfrage ermöglicht aber gleichzeitig, dass sich das EP überhaupt als einheitlicher Akteur positionieren und eigene Schwerpunkte im energiepolitischen Policy-Prozess setzen kann. Die Entschließung ist also gerade deswegen resonanzfähig für unterschiedlich positionierte Akteure (d. h. Protagonisten der ökologischen Diskurskoalition und der Klimaschützer), da keine klare Position zur strittigen Frage der Atomkraft erfolgt und der Klimawandel – den beide Diskurskoalitionen absolut anerkennen – als zentrale Herausforderung der europäischen Energiepolitik konstituiert wird. So stellt auch Energiekommissar Piebalgs in der Plenardebatte zum Morgan-Bericht heraus:

> *Der Klimawandel bildet den stärksten Antrieb für eine neue Energiepolitik*. Die Energie ist für über 90 % der Kohlendioxidemissionen in der Europäischen Union verantwortlich; wir können also dem Klimawandel nicht ohne die richtigen energiepolitischen Maßnahmen begegnen. *Ich bin wie Sie der Meinung, dass die Europäische Union eine Vision haben und Entschlossenheit an den Tag legen muss, um in der Welt bei der Beschleunigung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft die Führung zu übernehmen*. Im Mittelpunkt müssen dabei ehrgeizige, aber glaubhafte Ziele für weitere Verringerungen der Treibhausgase über 2012 hinaus stehen.[1492]

Hinsichtlich der Lösungsstrategie zur Verringerung von Treibhausgasemissionen im Energiesektor werden in der Entschließung des Europäischen Parlaments aber Lösungswege beider Diskurskoalitionen offengehalten, wodurch auch die umfassende

1489 Insgesamt wurden 560 Änderungsanträge gestellt. Vgl. Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 1-400, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, PE 378.878v01-00, 19.10.2006, Brüssel; Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 401-560, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, PE 380.649v01-00, 19.10.2006, Brüssel.

1490 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22.

1491 Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 193.

1492 Redebeitrag von Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission, in: Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.

Annahme der Entschließung verständlich wird: Sowohl eine Nutzung aller kohlenstoffarmen Energiequellen und -technologien – im Sinne der Diskurskoalition der Klimaschützer mit dem Leitbild der low-carbon economy – als auch eine exklusive Konzentration auf erneuerbare Energien, Effizienz und auch veränderte Verhaltensweisen insbesondere im Mobilitätsbereich – im Sinne der ökologischen Diskurskoalition mit dem Leitbild der green economy bzw. der nachhaltigen Entwicklung – werden in der Entschließung propagiert. Keine der beiden Diskurskoalitionen dominiert somit den Energiediskurs im Europäischen Parlament Ende 2006.

Insgesamt wird eine integrierte Energie- und Klimapolitik von nahezu allen Europaabgeordneten als Wachstumsmotor betrachtet und unterstützt, d. h. das wachstumsbasierte Wohlstandsmodell der EU steht auch im EP nicht grundlegend zur Diskussion. Deutungskonflikte um die inhaltliche Ausrichtung der europäischen Energiepolitik bewegen sich auch innerhalb der EU-Institutionen weitgehend im Rahmen der *umfassenden Energieperspektive*. Radikal-ökologische, aber auch klassische Energiesicherheits-Positionen spielen im Policy-Diskurs um die inhaltliche Ausgestaltung der EPE somit keine zentrale Rolle. Aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive können aber auch minimale Verschiebungen im Diskurs von Relevanz sein und politische Konsequenzen entfalten. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden untersucht, ob sich die Diskurskoalition der Klimaschützer oder der Ökologen im weiteren Policy-Prozess um die Etablierung der EPE durchsetzen kann und eine entsprechende diskursive Schließung der Energieproblematik erreicht wird.

3.2 Diskursive Schließung der Energieproblematik

Trotz der zahlreichen diskursiven Schnittstellen zwischen den Positionierungen der sozialen Akteure (d. h. der energiepolitischen Stakeholder und der EU-Organe) wurde im vorherigen Abschnitt zur diskursiven Öffnung der Energieproblematik auch deutlich, dass *grundlegende Deutungskonflikte im Rahmen der umfassenden Energieperspektive* bestehen, die als Deutungskämpfe zwischen der Diskurskoalition der Klimaschützer und der ökologischen Diskurskoalition beschrieben wurden. Die Europäische Kommission bezieht sich im Grünbuch vom März 2006 bereits sehr stark (und deutlicher als die anderen beteiligten Akteure) auf die low-carbon economy story-line. Sie kann somit als ein früher und wichtiger Träger der Klimaschützer-Koalition bezeichnet werden. Aufgrund ihres formalen Initiativrechts erhält ihre Deutung der Energieproblematik auch einen hohen Stellenwert im energiepolitischen Policy-Prozess auf europäischer Ebene. Allerdings wurde auch aufgezeigt, dass sich der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom März

2006 nicht eindeutig in einer der beiden Diskurskoalitionen verortet und auch im Europäischen Parlament teils alternative Deutungen der Energieproblematik sowie auch deutliche Kritikpunkte artikuliert werden.

Ob die low-carbon economy story-line der Klimaschützer-Koalition somit eine dominante Position im EU-Energiediskurs erhält und eine diskursive Schließung in ihrem Sinne erreicht wird, hängt wesentlich davon ab, ob diese story-line unter den diskursiven Eliten, d. h. den machtvoll positionierten sozialen Akteuren, im weiteren Policy-Prozess um die EPE resonanzfähig ist und von diesen anerkannt und reproduziert wird. Drei Fragen leiten die folgende Untersuchung der beiden Schlüsseldokumente an: Wird die low-carbon economy story-line weiter von der Kommission in der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" fokussiert und in Lösungsmodellen konkretisiert? Und wie positioniert sich der Europäische Rat auf der Frühjahrstagung vom März 2007? Welche Lösungsmodelle werden im Energie-Aktionsplan „Eine Energiepolitik für Europa" fokussiert und konkretisiert? Diese beiden Dokumente werden als diskursive Schlüsselereignisse im Policy-Prozess um die EPE betrachtet, da sie einen hohen Grad an Konkretisierung aufweisen und somit maßgeblich zu einer diskursiven Verknappung der gültigen und politisch verbindlichen Aussagen in der europäischen Energiepolitik beitragen. Die Konkretisierung der EPE beinhaltet v. a. die leitende Problemdefinition sowie die präferierten Lösungsmodelle. Diese beiden Aspekte werden in der folgenden Analyse der beiden Schlüsseldokumente rekonstruiert und mit den Positionierungen der Kommission und des Europäischen Rates aus dem Jahr 2006 verglichen.

3.2.1 Die Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" der Kommission

Wie bereits ausgeführt, spielt die Kommission rein formal betrachtet im europäischen Policy-Prozess um die Etablierung der EPE eine zentrale Rolle, da sie die Debatte wesentlich vorstrukturiert und hierbei, wie oben gezeigt, stets eine Selektion vornimmt. Somit werden immer schon Mechanismen der diskursiven Verknappung in ihren energiepolitischen Vorschlägen deutlich. Dies gilt besonders für die hier nun untersuchte Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa"[1493], die auf der Basis des zuvor analysierten Konsultationsprozesses explizit eine Konkretisierung der EPE vornimmt. In ihr werden nur noch bestimmte Positionen und Forderungen als gültig und legitim für die Weiterentwicklung der europäischen Energiepolitik konstituiert und konkrete Ziele gesetzt. Das sogenannte „Energiepaket" der Kommission beinhaltet u. a. die Zielsetzungen, die als die „20-20-20-Ziele" bekannt geworden sind. So schlägt die Kommission vor, die Treibhausgasemissionen um

1493 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa.

20 % (gegenüber dem Stand von 1990) bis zum Jahr 2020 hauptsächlich über energiepolitische Lösungsmodelle der Substitution und der Effizienz zu senken. Hierzu schlägt sie zum einen vor, den Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Gesamtenergieerzeugung von 20 % für das Jahr 2020 verbindlich vorzugeben. Zum anderen wird angestrebt, über die Steigerung der Energieeffizienz den Gesamtverbrauch an Primärenergie bis 2020 um 20 % (gemessen an den Prognosen für das Jahr 2020)[1494] zu senken. An dieser Stelle der empirischen Untersuchung interessieren aus konstruktivistisch-diskursiver Forschungsperspektive jedoch nicht die Details der vielen Einzelmaßnahmen[1495], sondern mit welchen story-lines die Kommission ihre Sicht der Energiepolitik für Europa primär beschreibt und begründet.

Während im Grünbuch vom März 2006 mit der *story-line der neuen Energielandschaft* ein Bündel von Problemen und Herausforderungen zur Legitimation einer europäischen Energiekompetenz herangezogen wurde, nimmt nun die Bekämpfung des Klimawandels eine vorgehobene Position in der Mitteilung der Kommission ein. Nicht nur wird der Klimawandel als Erstes in der Liste der Herausforderungen genannt – im Gegensatz zum Grünbuch vom März 2006[1496] –, sondern das strategische Zwei-Grad-Ziel der Klimapolitik steht klar im Vordergrund der EPE.[1497] Die „Bekämpfung der Treibhausgasemissionen"[1498] soll nach Ansicht der Kommission auch „im Zentrum der neuen europäischen Energiepolitik stehen"[1499]. Die enge Verknüpfung von Klima- und Energiezielen, die im diskursiven Repertoire ja durchaus schon angelegt ist, wird hier nun explizit von der Kommission fixiert: „Das Ziel, die Emissionen europa- und weltweit zu reduzieren, ist untrennbar mit der europäischen Energiepolitik verknüpft."[1500] Das heißt, das Konzept einer integrierten Energie- und Klimapolitik wird hier stabilisiert. Auffällig ist aber zudem, dass im Vergleich zum Grünbuch 2006 nun auch das langfristige Ziel *einer kohlenstoffarmen*

1494 Vgl. hierzu auch Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz, S. 7.

1495 Für eine Zusammenfassung aller vorgeschlagenen Maßnahmen vgl. IP/07/29, Kommission legt integriertes Energie- und Klimapaket zur Emissionsminderung im 21. Jahrhundert vor, 10.1.2007, Brüssel.

1496 Vgl. Europäische Kommission (2006): Grünbuch, S. 3-4.

1497 Vgl. auch Europäische Kommission (2007): Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius: Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus, KOM (2007) 2 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.

1498 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 6.

1499 Ebenda.

1500 Ebenda, S. 24.

Wirtschaft von der Kommission explizit angestrebt wird.[1501] Eine integrierte Energie- und Klimapolitik wird als ein wesentliches Element des volkswirtschaftlichen Transformationsprojektes konstituiert. Denn die kohlenstoffarme EU-Wirtschaft der Zukunft – als übergeordnete Vision und Leitidee – soll von einem „kohlenstoffarmen Energiesystem"[1502] angetrieben werden. Diese Vision zu realisieren, bedeutet nach Ansicht der Kommission,

> […] Europa in eine in hohem Maße energieeffiziente und CO_2-arme Energiewirtschaft umzuwandeln, eine *neue industrielle Revolution* in Gang zu setzen, den Wandel hin zu einem kohlenstoffarmen Wachstum beschleunigt voranzutreiben und über mehrere Jahre hinweg den Anteil der von uns erzeugten und verwendeten heimischen, emissionsarmen Energie drastisch zu erhöhen. Die Herausforderung besteht darin, dies auf eine Weise zu bewerkstelligen, die das Potenzial für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas maximiert und die Kosten begrenzt.[1503]

Wichtig ist also hervorzuheben, dass in dieser energiepolitischen Vision nicht die Bekämpfung des Klimawandels allein Priorität für die Kommission hat, sondern ein kosteneffizienter Klimaschutz mit dem langfristigen Ziel einer wettbewerbsfähigen, kohlenstoffarmen Wirtschaft, d. h. auch eines kohlenstoffarmen Wachstums. Dies verdeutlicht auch die Aussage des damaligen Energiekommissars in der Presseerklärung zum Energiepaket: „Setzen wir heute die richtigen Akzente, können wir morgen die Welt in eine neue industrielle Revolution führen: mit der Entwicklung kohlenstoffarmer Technologien."[1504] Die in dieser empirischen Untersuchung der Diskursstrukturierung durchgeführte Rekonstruktion der konkret verwendeten energiepolitischen story-lines, d. h. der politischen Artikulationen, in denen diskursive Elemente im Rahmen von story-lines *in Beziehung* gesetzt werden, legt somit den Blick dafür frei, dass aus Sicht der Kommission nicht Klimaschutz allein den wichtigsten Treiber einer europäischen Energiepolitik darstellt, wie es in anderen Analysen der EPE teils argumentiert wird,[1505] sondern Klimaschutz stets in Verbindung mit der Förderung von Technologien und Wirtschaftswachstum den Antrieb

1501 Vgl. hierzu auch Agence Europe (2007): Political Energy Plan for Europe Proposed by Commission Aims to Make Union Low Carbon Economy, 11.1.2007.

1502 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 18.

1503 Ebenda, S. 6, Hervorhebung im Original.

1504 Piebalgs zitiert nach IP/07/29, Kommission legt integriertes Energie- und Klimapaket zur Emissionsminderung im 21. Jahrhundert vor, 10.1.2007, Brüssel.

1505 Vgl. hierzu z. B. Solorio, Israel/Bechberger, Mischa/Popartan, Lucia (2013): The European Energy Policy and Its ‚Green Dimension': Discursive Hegemony and Policy Variations in the Greening of Energy Policy, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of

für die Etablierung der EPE bildet. Das bedeutet, die *Gesamtvision der low-carbon economy story-line bildet den Kern des Energiediskurses der Europäischen Kommission*. Die Relevanz der kohlenstoffarmen Wirtschaft als übergeordnetes Leitbild zeigt sich so etwa auch in der Modifikation der vielfach genutzte Synergie-story-line:

> Die im Folgenden umrissenen Maßnahmen werden die EU nicht nur auf den richtigen Weg hin zu einer *kohlenstoffarmen wissensbasierten Energiewirtschaft* bringen, sondern gleichzeitig die Versorgungssicherheit erhöhen und in zunehmendem Maße auch einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten.[1506]

Das Ziel einer kohlenstoffarmen (Energie-)Wirtschaft wird hier für das Ziel der Nachhaltigkeit im energiepolitischen Zieldreieck eingesetzt, während Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ihre eigene Daseinsberechtigung behalten. Die *Bedeutungsverschiebung im energiepolitischen Zieldreieck*, die mit der Konzeption der EPE als integrierte Energie- und Klimapolitik einhergeht, wird auch darin erkennbar, dass unter der Zielsetzung der „Nachhaltigkeit"[1507] meist ausschließlich die Bekämpfung des Klimawandels, genauer gesagt Maßnahmen zur CO_2-Reduktion, gefasst wird.[1508] Auch die *size matters story-line* wird im Energiepaket der Kommission in Verbindung mit der Zielvorstellung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft gebracht und als neues Handlungsimperativ für europäische Maßnahmen zur Technologieförderung interpretiert:

> Dies ist eine Zielvorstellung für ein Europa mit einer blühenden, zukunftsfähigen Energiewirtschaft, das die *Gefahren des Klimawandels und der Globalisierung als Chance begriffen* hat und weltweit führend ist in einer Vielzahl von sauberen, effizienten und emissionsarmen Energietechnologien – einer Branche, die Motor für Wohlstand und Schlüssel für Wachstum und Arbeitsplätze sein wird.[1509]

Wie auch im ersten Analyseschritt schon aufgezeigt, werden im EU-Energiediskurs positive Wirtschaftsimpulse eben v. a. in technologiegestützten Lösungsmodellen

---

the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 91-105; Geden/Fischer (2014): Moving Targets; Buchan (2009): Energy and Climate Change.

1506 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 7.

1507 Ebenda, S. 3.

1508 Vgl. hierzu auch Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2011): Re-defining the Energy-Environment Nexus? An Analysis of the EU's Policy on Carbon Capture and Storage, Nachwuchstagung des Arbeitskreises Integrationsforschung, 2.12.2011, Berlin; Kurze/Lenschow (2012): Re-defining the Energy-Environment Nexus?; Kögl/Kurze (2013): Sustainable Development.

1509 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 19.

gesehen. Neben Substitution mittels erneuerbarer Energien[1510] und Effizienz[1511], die in der Mitteilung als wesentliche Elemente der EPE erhalten bleiben, ist ein „Markenzeichen" einer Konkretisierung basierend auf der *low-carbon economy story-line* jedoch, dass – im Gegensatz zur green economy story-line – möglichst alle emissionsarmen Energiequellen und -technologien aus Sicht der Kommission zur Umgestaltung der klimaschonenden und sicheren Energieversorgung genutzt werden sollen. Diese Botschaft ist für viele Akteure aus verschiedenen Gründen attraktiv und somit kann sich um die low-carbon economy story-line eine umfassende Diskurskoalition der Klimaschützer bilden, wie ich im Abschnitt 3.2.3 aufzeigen werden.

Die Kommission kann als ein wichtiger und lautstarker Sprecher der Klimaschützer-Koalition bezeichnet werden: Denn in der Mitteilung zur EPE plädiert sie klar dafür, möglichst alle Optionen zu nutzen, um im Sinne der low-carbon economy story-line die positiven wirtschaftlichen Effekte einer integrierten Energie- und Klimapolitik in der EU abzuschöpfen:

> Europas Entschlossenheit, im weltweiten *Kampf gegen den Klimawandel die Führungsrolle* zu übernehmen, eröffnet uns die Chance, die globale Forschungsagenda voranzutreiben. *Alle Optionen* sollten offen gehalten werden, um die Weiterentwicklung der neuen Technologien zu gewährleisten.[1512]

In Bezug auf die Förderung von Technologien wird von der Kommission daher angekündigt, einen „europäischen Strategieplan für Energietechnologie"[1513] vorzulegen, der mit finanzieller Unterstützung die „Vorreiterrolle der EU-Unternehmen im schnell wachsenden Sektor der kohlenstoffarmen Technologien"[1514] sichern soll. Hierzu gehören neben dem Bereich der erneuerbaren Energien und der Effizienz aus Sicht der Kommission aber v. a. „nachhaltige Kohle- und Gastechnologien, insbesondere die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung"[1515]. In dem Bereich soll die EU „weltweit die Führungsrolle übernehmen"[1516]. Die schon im Grünbuch gezeigte Unterstützung der CCS-Technologie wird von der Kommission in der Mitteilung nun weiter konkretisiert und bestärkt: Zum einen wird die finanzielle „Förderung

1510 Vgl. ebenda, S. 15-18.
1511 Vgl. ebenda, S. 13-15.
1512 Ebenda, S. 5.
1513 Ebenda, S. 18.
1514 Ebenda.
1515 Ebenda, S. 19.
1516 Ebenda, S. 20.

des Baus und des Betriebs von bis zu 12 großmaßstäblichen Demonstrationsanlagen für Technologien zur nachhaltigen Nutzung fossiler Brennstoffe in der kommerziellen Stromerzeugung bis 2015"[1517] gefordert und zum anderen, dass „2020 alle neuen Kohlekraftwerke mit CCS-Technologien ausgestattet sein sollten und die bereits vorhandenen Kraftwerke schrittweise nachgerüstet werden sollten"[1518]. Diese Schritte zur Förderung von CCS werden aber nicht nur im Energiepaket genannt, sondern zudem auch ausführlich in der ergänzenden Mitteilung „Nachhaltlige Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen – Ziel: Weitgehende Emissionsfreiheit im Jahr 2020"[1519] dargelegt, was die Sonderstellung der CCS-Technologie für die Realisierung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verdeutlicht. Mit Rückgriff auf die low-carbon economy story-line wird diese emissionsarme Technologie legitimiert, die im Rahmen der green economy story-line, um die sich die ökologische Diskurskoalition formiert, als wenig sinnvoll erachtet wird, insbesondere weil mit der unterirdischen Speicherung von CO_2 auch potenzielle Umweltprobleme einhergehen können, wie etwa die Verunreinigung von Grundwasser.

Die klare *Positionierung der Kommission in der Koalition der Klimaschützer* wird aber nicht nur in ihrer Unterstützung der umstrittenen CCS-Technologie deutlich, sondern auch in der positiven Bewertung der Kernkraft, die von der ökologischen Diskurskoalition vehement abgelehnt wird. Aus Sicht der Kommission, die sich in der hier untersuchten Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" klar am Leitbild der kohlenstoffarmen Wirtschaft orientiert, kann die kohlenstoffarme Kernkraft erstens auch zukünftig „eine wichtige Komponente eines Energieszenarios sein, in dem für die nächsten Jahrzehnte eine signifikante Emissionsminderung unabdingbar sein wird"[1520]. Zweitens wird die Kernkraft als sehr zuverlässig in puncto Versorgungssicherheit eingeschätzt, da hier aus Sicht der Kommission keine dramatisch hohe Importabhängigkeit wie bei Öl und Gas zu verzeichnen ist.[1521] Sie wird drittens auch im Vergleich zu anderen Energiequellen als eine der „billigsten Energiequellen für kohlenstoffarme Energie"[1522] hervorgehoben. Die Entscheidung über die Nutzung der Kernkraft liegt jedoch bei den Mitgliedstaaten, sodass die Kommission hier auch keine direkte Forderungen stellt, sondern eben lediglich auf die Vorteile der Kernkraft

1517 Ebenda.

1518 Ebenda.

1519 Europäische Kommission (2007): Nachhaltige Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen – Ziel: Weitgehend emissionsfreie Kohlenutzung nach 2020, KOM(2006) 843 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.

1520 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 20.

1521 Vgl. ebenda, S. 21.

1522 Ebenda.

verweist. Zudem legt die Kommission aber nahe, einen eventuellen Rückgang der Atomkraft durch

> […] die Einführung anderer zusätzlicher kohlenstoffarmer Energiequellen […] auszugleichen, da es sonst schwierig sein dürfte, die Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Erhöhung der Versorgungssicherheit zu erreichen.[1523]

Die Kommission verweist zwar auch auf „große Probleme der Abfallentsorgung und der Stilllegung von Kernkraftwerken"[1524], aber der Fokus ihrer Argumentation liegt auf den Vorteilen der Kernenergie für die Etablierung eines emissionsfreien Energiesystems als Teil einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Insgesamt kommt die Kommission im Energiepaket mit der low-carbon economy story-line zu folgendem Schluss:

> Bis zum Jahr 2050 dürfte die Umstellung auf ein *kohlenstoffarmes Energiesystem* in Europa abgeschlossen sein. Sie beinhaltet einen umfassenden Energiemix mit einem großen Anteil von erneuerbaren Energieträgern, umweltfreundlicher Kohle und umweltfreundlichem Gas, umweltfreundlichem Wasserstoff, und für die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, Kernspaltungsenergieerzeugung durch Anlagen der Generation IV und Fusionsenergie.[1525]

Trotz dieser klaren Vorstellungen, wie der Übergang zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem aussehen sollte, wird auch erkennbar, dass die Kommission die teils vehementen Widerstände und harten Kritikpunkte nicht vollkommen ignoriert, sondern sich auf resonanzfähige Positionen (rück-)bezieht. Dies wird gerade im sensiblen Bereich des Energiemix deutlich: Denn die ursprüngliche „Kompromissformel", einen Mindestanteil an sicheren und CO_2-armen Energiequellen am Energiemix als gemeinsames strategisches Ziel zu verankern, war im Rahmen des Konsultationsprozesses auch auf Widerstand unterschiedlicher Akteure gestoßen. Erstens wurden ordnungspolitische Vorbehalte gegen einen politisch geplanten Energiemix vorgebracht, zweitens gab es starke Souveränitätsvorbehalte gegen einen europäisch bestimmten Energiemix und drittens gab es Einwände gegen eine CO_2-arme Zielsetzung ohne Spezifizierung der damit gemeinten Technologien und Quellen. So rückt die Kommission in der Mitteilung vom Januar 2007 von ihrer ursprünglichen Zielsetzung ab:

1523 Ebenda.

1524 Ebenda.

1525 Ebenda, S. 18-19.

> Im Lichte der Informationen, die im Rahmen der öffentlichen Konsultation und der Folgenabschätzung erhoben wurden, schlägt die Kommission in ihrem Fahrplan für erneuerbare Energien das verbindliche Ziel vor, *den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergiemix der EU* von heute weniger als 7 % *auf 20 % bis zum Jahr 2020 zu erhöhen*.[1526]

Diese Fokussierung auf die erneuerbaren Energien ist eher im Sinne der ökologischen Diskurskoalition, steht jedoch auch nicht im direkten Widerspruch zu den Forderungen der Klimaschützer. Denn Protagonisten dieser Koalition befürworten alle CO_2-armen Energiequellen und somit auch prinzipiell den Ausbau erneuerbarer Energien. Es muss jedoch auch festgehalten werden, dass die Kommission zwar etwas von ihrer offenen, kohlenstoffarmen Definition abgerückt ist, aber eben nicht von einem europäisch mitbestimmten Energiemix, sodass man hier der Argumentation Buchans folgen kann, dass die von der Kommission vorgeschlagene Energiepolitik „the core of nation's sovereignty by dictating the renewable share of their energy mix"[1527] durchaus berührt. Auch wenn also story-lines der Souveränität und Subsidiarität weiterhin eine Rolle in Bezug auf den Energiemix spielen, so ist dennoch eine neue Dimension der Europäisierung nationaler Energieversorgungsstrukturen mit der EPE eingeleitet worden.[1528]

Es lässt sich basierend auf der Analyse der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" die Annahme bestätigen, dass nie eine story-line allein von Bedeutung ist, sondern wir es immer mit einem „diskursiven Mix" zu tun haben. Aber im Falle der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" *dominiert die low-carbon economy story-line* hinsichtlich der Problemdefinition – Klimawandel wird als wesentliche Herausforderung definiert – inklusive der langfristigen Vision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sowie auch in Bezug auf die Legitimation von Lösungsmodellen. Letzteres zeigt sich v. a. in der grundsätzlichen Unterstützung für alle emissionsarmen Energiequellen und -technologien. Während die Nutzung der Kernkraft aus formal-rechtlichen Gründen von der Kommission nur unverbindlich mit Sachargumenten empfohlen wird, zeigt sich die Kommission entschlossen, im Bereich der Forschung und Entwicklung, insbesondere der Förderung von CCS, durch finanzielle Instrumente und regulative Maßnahmen aktiv zu werden.

Die ständige Reproduktion der low-carbon economy story-line trägt somit zur Fokussierung technologiegestützter Lösungsmodelle bei, während verhaltens- bzw. suffizienzorientierte Lösungsmodelle nur eine randständige Rolle in der

1526 Ebenda, S. 16, Hervorhebung im Original.

1527 Buchan (2009): Energy and Climate Change, S. 2.

1528 Vgl. hierzu auch Göler/Kurze (2008): Energiepolitik, S. 136.

Konkretisierung der EPE aus Sicht der Kommission spielen.[1529] Hier lässt sich von einer Marginalisierung energiepolitscher Lösungsmodelle durch die Kommission sprechen, denn Verhaltensänderungen gerade im Mobilitätsbereich wurden ja im Konsultationsverfahren insbesondere von Vertretern der ökologischen Diskurskoalition, d. h. vor allem von Vertretern aus der organisierten Zivilgesellschaft und von den Grünen im Europaparlament, als zentrales Element der EPE eingefordert. Insgesamt trägt die Kommission also mit der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" maßgeblich zur Wahrnehmbarkeit und *Stärkung der Diskurskoalition der Klimaschützer* bei und konkretisiert die EPE auch primär im Sinne der low-carbon economy story-line. Inwiefern der Europäische Rat dieser Konkretisierung der Kommission mit der Verabschiedung des Energie-Aktionsplans „Eine Energiepolitik für Europa" folgt, untersuche ich im nächsten Abschnitt.

3.2.2 Schlussfolgerungen und Energie-Aktionsplan des Europäischen Rates

Wie bereits herausgestellt, legt der Europäische Rat die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der EU fest. Während die Schlussfolgerungen vom März 2006 auch entsprechend eher offen formuliert sind und nur Beispiele für mögliche Maßnahmen[1530] benannt werden, positioniert sich der Europäische Rat im März 2007 in bemerkenswerter Weise sehr konkret zur inhaltlichen Ausgestaltung der EPE. Daher können die Schlussfolgerungen und insbesondere der beigefügte Aktionsplan[1531] als diskursive Schlüsselereignisse für die Konkretisierung der EPE verstanden werden – als ein „Meilenstein bei der Schaffung einer Energiepolitik für Europa"[1532]. Denn im Aktionsplan werden Ziele und Lösungsmodelle auf höchster politischer Ebene festgeschrieben und „nach Prioritäten gestaffelt"[1533]. Daher eignen sich die Schlussfolgerungen und der zugehörige Aktionsplan gut, um zu rekonstruieren, ob sich die Diskurskoalition der Klimaschützer oder die der Ökologen mit ihren Forderungen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs durchsetzt.

1529 Es wird lediglich an zwei Stellen im Dokument die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen explizit erwähnt. Vgl. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 14 und S. 26.

1530 Vgl. Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 29-34.

1531 Vgl. Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009).

1532 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 13.

1533 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 16.

Mit der Annahme des Aktionsplans im März 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft – die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde zu der Zeit auch als „Klimakanzlerin" bezeichnet[1534] – wurden zwar (noch) keine rechtsverbindlichen Vorgaben verabschiedet, aber doch sehr konkrete Maßnahmen aufgeführt und ambitionierte Ziele gesetzt. Mit den sogenannten „20-20-20-Zielen" folgt der Europäische Rat somit den Vorschlägen der Kommission und geht „die feste und unabhängige Verpflichtung [ein], die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren"[1535]. Sofern sich auch andere Industrieländer auf Emissionsreduzierungen im Rahmen eines internationalen Abkommens verpflichten sollten, wird das Ziel dahingehend erweitert, „die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30 % zu reduzieren"[1536]. Der Aktionsplan legt hierzu energiepolitische Ziele fest, die zum einen die Energieeinsparung durch Effizienzsteigerung betreffen[1537] und zum anderen die verbindliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU.[1538] Auch wenn die internationale Ebene für die Lösung der Klimaproblematik – etwa durch die Etablierung eines „globalen Kohlenstoffmarkts"[1539] – von den Staats- und Regierungschefs als relevant betont und „die Vorreiterrolle der EU beim internationalen Klimaschutz"[1540] hervorgehoben wird, zeigt die Verabschiedung der 20-20-20-Ziele, die überwiegend interne Maßnahmen nach sich ziehen, dass diese Vorreiterrolle auch durch „leadership by example" ausgefüllt werden soll.

Im Vorfeld der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2007 waren die Mitgliedstaaten aber nicht immer einer Meinung hinsichtlich dieser inhaltlichen Konkretisierung der EPE; es bestanden durchaus Zweifel, ob die Staats- und Regierungschefs den 20-20-20-Zielen der Kommission folgen würden.[1541] Während

1534 Vgl. u. a. Dehmer, Dagmar (2007): Die Klimakanzlerin, in: Der Tagesspiegel, 25.9.2007, abrufbar unter: http://www.tagesspiegel.de/politik/die-klimakanzlerin/1051226.html (letzter Zugriff: 9.12.2014).

1535 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 12.

1536 Ebenda.

1537 Vgl. Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009), S. 20.

1538 Vgl. ebenda, S. 21.

1539 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 12.

1540 Ebenda, S. 11.

1541 Vgl. Agence Europe (2007): Nature of Objectives Proposed by Commission under Renewable Energy Heading Divides Twenty-Seven, 10.2.2007; Agence Europe (2007): NGOs Say Energy Efficiency, Binding Renewable Targets and Lower Emissions Are Crucial to Combat Climate Change, 7.3.2007; vgl. auch Redebeitrag von Frank-Walter

ein verbindliches Ziel zur Reduktion von Treibhausgasen weitgehend befürwortet wurde und eine Einigung sich hierzu früh abzeichnete, blieb die Frage, ob sich die Staats- und Regierungschefs für ein verbindliches Ziel im Bereich der erneuerbaren Energien durchringen könnten – nachdem diese Frage im Rat von Energie- und Umweltministern nicht geklärt werden konnte[1542] – bis zuletzt offen.[1543] Um die Frage eines Erneuerbare-Energien-Ziels wurde lange gerungen.[1544] Entsprechend hat auch die Festlegung einer verbindlichen Zielsetzung für eine gewisse Überraschung unter den Policy-Makern der europäischen Energiepolitik gesorgt.[1545] Damit wurde der von der Kommission vorgeschlagene Weg zu einem europäisch mitbestimmten Energiemix politisch auf höchster Ebene nachvollzogen und legitimiert. Insbesondere Frankreich und einige osteuropäische Länder, wie Polen, Tschechien und die Slowakei, waren aus verschiedenen Gründen gegen ein verbindliches Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Europa.[1546]

In dieser Auseinandersetzung um die „richtigen" Energieziele für Europa kommt auch der Deutungskonflikt zwischen den Ökologen und Klimaschützern wieder zum Vorschein: Während sich Politiker aus Schweden, Spanien, Slowenien und v. a. auch aus Dänemark angesichts des Klimawandels klar für die Notwendigkeit eins verbindlichen Ziels zur Förderung erneuerbarer Energien einsetzten[1547], plädierte etwa der französische Präsident, Jacques Chirac, angesichts der zentralen

---

Steinmeier, Ratspräsident, in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007), P6_CRE(2007)03-14 (4), 14.3.2007, Straßburg.

1542 Vgl. Agence Europe (2007): Ministers Reach Compromise Delaying Decision on Unbundling until Later Date – Support for Binding Target for Biofuels but Target for Renewables as a Whole Can Remain Indicative, 16.2.2007; Agence Europe (2007): Council Supports Commission's Post-2012 Objectives but Wants Guarantees on Fairness in Key for Effort Sharing by Members States, 21.2.2007.

1543 Vgl. Agence Europe (2007): Spring Summit May Choose to Make Targets on Renewables Binding, 22.2.2007; Agence Europe (2007): European Council Will Have Last Word on Whether Union Commitment on Renewable Energies Must Be Binding or Not, 6.3.2007; Agence Europe (2007): EU27 Agree Binding Targets for Both Greenhouse Gas Emissions and Renewable Energy by 2020 – Victory for Credibility, 10.3.2007.

1544 Vgl. u. a. Redebeitrag von Frank-Walter Steinmeier, Ratspräsident, in: Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

1545 Vgl. Agence Europe (2007): EU27 Adopt Three-Year Action Plan for Energy and Agree on 20 % Binding Target for Renewable, 10.3.2007.

1546 Vgl. Agence Europe (2007): EU27 Agree Binding Targets for Both Greenhouse Gas Emissions and Renewable Energy by 2020, 10.3.2007.

1547 Vgl. Agence Europe (2007): Copenhagen Urges EU to Take the World Lead in Reducing CO2 Emissions and Wants Binding Commitment on Developing Renewables in the Union, 2.3.2007.

Rolle der Atomkraft im Energiemix Frankreichs, für ein „technologieneutrales" kohlenstoffarmes Ziel:

> As renewables are only a part of the answer and are not enough to reach the CO_2 emission reduction targets, we have insisted that they be replaced in the *broader framework of non-carbon energies* […].[1548]

Mit Rückgriff auf die *low-carbon economy story-line* wird hier somit für ein Ziel geworben, das alle CO_2-arme Energiequellen, darunter auch insbesondere die Atomkraft, umfassen sollte. Dass letztlich von der Kommission ein spezielles Ziel für erneuerbare Energien vorgeschlagen und dieses auch so vom Europäischen Rat übernommen wurde, könnte somit auf den ersten Blick auch als ein „Deutungssieg" der ökologischen Diskurskoalition interpretiert werden. Denn nach der green economy story-line, um die sich Akteure dieser Diskurskoalition formieren, sollte sich ein klimafreundlicher Energiemix ausschließlich auf erneuerbare Energien konzentrieren, da diese anderen ökologischen Zielen bzw. Nachhaltigkeitskriterien eher Stand halten können.[1549]

Allerdings konnte sich die ökologische Diskurskoalition in diesem umfassenden Sinne nicht vollständig durchsetzen. Denn es wurden auch einige Zugeständnisse gemacht, die den Forderungen der Klimaschützer-Koalition entgegenkamen: So soll aus Sicht des Europäischen Rates bei der Festlegung der nationalen Zielquoten für erneuerbare Energien ebenso dem bestehenden Energiemix Rechnung getragen werden,[1550] wobei explizit der „Beitrag der Kernenergie als Antwort auf die zunehmende Besorgnis bezüglich der Energieversorgungssicherheit und der CO_2-Emissionsreduzierung"[1551] berücksichtig werden soll.[1552] Letztlich wurden die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen also nicht nur weitgehend von den Staats- und Regierungschefs übernommen,[1553] sondern auch die von der Kommission präferierte und propagierte low-carbon economy story-line in vielerlei Hinsicht vom Europäischen Rat in seinen Schlussfolgerungen und im Aktionsplan

1548 Zitiert nach Agence Europe (2007): EU27 Adopt Three-Year Action Plan for Energy and Agree on 20 % Binding Target for Renewable, 10.3.2007. Für die französische Position vgl. auch Agence Europe (2007): European Council Will Have Last Word on Whether Union Commitment on Renewable Energies Must Be Binding or Not, 6.3.2007.

1549 Vgl. auch Rietig (2013): Sustainable Climate Policy Integration in the European Union.

1550 Vgl. Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009), S. 21.

1551 Ebenda, S. 23.

1552 Vgl. hierzu ausführlich Göler/Kurze (2008): Energiepolitik, S. 135-136.

1553 Vgl. hierzu auch Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 92.

reproduziert und stabilisiert. Es lässt sich damit eine *diskursive Verschiebung im Vergleich zur Positionierung des Europäischen Rates im März 2006* erkennen, die auch eine *Stärkung der Diskurskoalition der Klimaschützer* bedeutet. Zentrale Merkmale der low-carbon economy story-line, wie sie sich in den Schlussfolgerungen und im zugehörigen Aktionsplan des Europäischen Rates vom März 2007 widerspiegeln, fasse ich im Folgenden zusammen.

Erstens wird die Bekämpfung des Klimawandels als größte Herausforderung der Energiepolitik konstituiert, das heißt, die Problemdefinition wird auf den Klimawandel fokussiert. Energiesicherheit wird dabei keinesfalls komplett ausgeblendet, tritt aber im Vergleich zu den Schlussfolgerungen vom März 2006 deutlich in den Hintergrund.[1554] Nicht die story-line der neuen Energielandschaft wird hier mehr aufgegriffen, nach der es eine ganze Palette von Herausforderungen in der europäischen Energiepolitik zu bewältigen gilt, sondern in erster Linie wird die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, als übergeordneter Handlungsimperativ etabliert.[1555] Es wird in den Schlussfolgerungen nicht mehr wie noch im März 2006 lediglich „die wachsende Bedrohung durch die Klimaänderungen"[1556] erwähnt, sondern eindeutig das bestehende Problem des menschengemachten Klimawandels mit Verweis auf „neue Untersuchungen zu dem Thema"[1557] eindeutig anerkannt und die „Notwendigkeit eines sofortigen entschlossenen Handelns unterstrichen"[1558]. Das bedeutet, der Idealtypus der Notwendigkeit bleibt zentral, um energiepolitisches Handeln der EU grundsätzlich zu begründen und zu legitimieren.

Die hervorgehobene Position des Klimawandels gegenüber anderen Herausforderungen der neuen Energielandschaft zeigt sich z. B. darin, dass die Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur um höchstens 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau als übergeordnetes „strategisches Ziel"[1559] definiert wird. Während in den Schlussfolgerungen vom März 2006 noch der „Energiebe-

1554 Vgl. auch ebenda.

1555 Vgl. Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 10 und S. 13.

1556 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 13.

1557 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 10. Der Europäische Rat bezieht sich damit v. a. auf den Stern-Review vom Oktober 2006 und den 4. Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC). Vgl. hierzu auch Agence Europe (2007): EU27 Agree Binding Targets for Both Greenhouse Gas Emissions and Renewable Energy by 2020, 10.3.2007.

1558 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 10.

1559 Ebenda.

darf", die „strategische Rolle des Energiesektors"[1560] sowie grundlegende „Wettbewerbsvorschriften"[1561] als Rahmung der drei energiepolitischen Ziele genannt wurden, werden die energiepolitischen Ziele im März 2007 dem strategischen Klimaschutzziel untergeordnet:

> Der Europäische Rat betont, dass das *strategische Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen*, unbedingt erreicht werden muss. […] *Damit dieses Ziel erreicht werden kann, bedarf es eines integrierten Konzepts für die Klimaschutz- und Energiepolitik*, denn die Hauptquelle der Treibhausgasemissionen ist die Erzeugung und Nutzung von Energie. […] *Hiervon ausgehend werden mit der Energiepolitik für Europa die nachstehenden drei Ziele verfolgt*, wobei die Entscheidungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf ihren Energiemix und ihre Hoheit über die primären Energiequellen uneingeschränkt respektiert werden und im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten vorgegangen wird:
> - Steigerung der Versorgungssicherheit;
> - Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und Verfügbarkeit von Energie zu erschwinglichen Preisen;
> - Förderung der Umweltverträglichkeit und *Bekämpfung des Klimawandels*.[1562]

Die strategischen Klimaziele werden in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2007 zum einen als Begründung für die enge Kopplung bzw. Integration von Klima- und Energiepolitik herangezogen. Zum anderen wird die Bekämpfung des Klimawandels auch zu einem eigenständigen Ziel der EPE aufgewertet. Damit wird eine deutliche *Schwerpunktverschiebung in der Problemdefinition*[1563] erkennbar: Zwar bleiben die „twin challenges" – Energiesicherheit und Klimawandel – sowie die drei Energieziele (Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit) im Diskurs bestehen, aber der Klimawandel wird im Vergleich, insbesondere zu den Schlussfolgerungen vom März 2006, deutlich

1560 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 14.

1561 Ebenda, S. 16.

1562 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 10-11.

1563 Vgl. hierzu ausführlich Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2018, im Erscheinen): Horizontal Policy Coherence Starts with Problem Definition! Unpacking the EU Integrated Energy-Climate Approach, in: Environmental Policy and Governance (Special Issue, Understanding Coherence between Policy Spheres: The Interplay between EU Energy and Climate Policies).

diskursiv in den Vordergrund gerückt. Nicht zuletzt die große Einigkeit[1564] unter den Mitgliedstaaten, ein europäisches CO_2-Reduktionsziel unabhängig von einem internationalen Abkommen zu beschließen, verdeutlicht die hohe Akzeptanz der Klimaproblematik. Damit zeigt sich ein erstes diskursives Element der low-carbon economy story-line, nach der das Problem Klimawandel als ein Treiber für eine umfassende Energiepolitik und wirtschaftliche Transformation zu sehen ist, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs als äußerst resonanzfähig. Klimawandel dominiert im Vergleich zur Problematik der Energiesicherheit, die im März 2006 noch diskursprägend war.

Zweitens zeigt sich die Dominanz der low-carbon economy story-line darin, dass nicht nur das Problem des Klimawandels in der Energiepolitik an zentraler Stelle steht, sondern die Energiepolitik in ein neues volkswirtschaftliches Transformationsprojekt eingebettet wird: „Der Europäische Rat betont, dass die EU entschlossen ist, Europa zu einer Volkswirtschaft mit hoher Energieeffizienz und geringen Treibhausgasemissionen umzugestalten"[1565]. Dieser Verweis auf die Vision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ist in dieser expliziten Form neu im diskursiven Repertoire der Staats- und Regierungschefs und verdeutlicht die zunehmende Anerkennung einer klimaspezifischen Anpassung der ökologischen Modernisierungs-Agenda, die von der Kommission als „neue industrielle Revolution"[1566] bezeichnet wurde. Klimaschutz wird demnach nicht als wirtschaftliche Belastung, sondern als Chance betrachtet. So soll auch die hier skizzierte neue Konzeption einer integrierten Energie- und Klimapolitik nach Ansicht des Europäischen Rates in erster Linie zur „Verwirklichung der Ziele der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung"[1567] beitragen. Diese Aussage zur Einbettung der Energiepolitik in die EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung wird allen anderen Aussagen vorangestellt.[1568] Folglich lässt sich konstatieren, dass der Klimawandel zwar eine hervorgehobene Position in der neuen Energielandschaft einnimmt, aber keinesfalls allein als Treiber der europäischen Energiepolitik betrachtet werden kann. Die energiepolitische Deutung der Energieproblematik der Staats- und Regierungschefs bewegt sich somit im Rahmen der umfassenden Energieperspektive

1564 Vgl. Agence Europe (2007): European Council Will Have Last Word on Whether Union Commitment on Renewable Energies Must Be Binding or Not, 6.3.2007.

1565 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 12.

1566 Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 6.

1567 Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, Brüssel, S. 1.

1568 Vgl. ebenda.

und zielt entsprechend auf die harmonische *Verknüpfung von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum* ab. Daher wird hier argumentiert, dass – wie auch im Falle der Kommission – im Europäischen Rat die low-carbon economy story-line – also das damit implizierte Gesamtversprechen einer klimafreundlichen prosperierenden Wirtschaft – als zentraler Treiber einer integrierten Energie- und Klimapolitik der EU fungiert und nicht „der Klimawandel" an sich.

Die Akzeptanz der low-carbon economy story-line – und damit die Stärkung der Klimaschützer-Koalition – wird drittens auch in der strategischen Auswahl des Europäischen Rates in Bezug auf die geeigneten Lösungsmodelle deutlich. Insbesondere der nach Prioritäten gestaffelte Aktionsplan, der sich auch mit Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes sowie mit der Entwicklung einer Energieaußenpolitik beschäftigt, geht ganz konkret auf Maßnahmen ein, die zur Umsetzung der integrierten Energie- und Klimapolitik dienen sollen. Neben Substitution, mit verbindlichen Zielen für erneuerbare Energien, steht hier v. a. die Technologieförderung im Vordergrund, während suffizienzorientierte Maßnahmen keine Rolle spielen. Es wird lediglich beiläufig eine „Verbesserung des Verhaltens der Energieverbraucher hinsichtlich Energieeffizienz und Energieeinsparung" gefordert, um dann aber unmittelbar im selben Absatz auf die Relevanz von Innovationen und Technologien zu verweisen.[1569]

Diese Schwerpunktverschiebung fällt umso mehr ins Auge, wenn man sie mit den Schlussfolgerungen vom März 2006 vergleicht. Zwar war die Technologieförderung in den Schlussfolgerungen vom März 2006 auch angesprochen worden, aber im Aktionsplan nimmt diese deutlich mehr Raum ein. Dies allein wäre noch nicht unbedingt ein Hinweis darauf, dass auch die low-carbon economy story-line an Resonanzfähigkeit im Europäischen Rat hinzugewonnen hat. Denn Technologien spielen ja – wie die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires gezeigt hat – in fast allen energiepolitischen Lösungsmodellen auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle.[1570] Im Rahmen der low-carbon economy story-line werden jedoch speziell alle CO_2-armen Optionen legitimiert, um den Klimawandel zu bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft voranzubringen; insbesondere aber werden die Kernkraft und die Kohle unter Verwendung der CCS-Technologie befürwortet. Im März 2006 hatte sich der Europäische Rat noch nicht klar zu diesen Punkten positioniert. Die Leitfrage ist daher, ob der Europäische Rat in der Selektion der Technologien nun den Vorschlägen der Kommission folgt, die als ein zentraler Vertreter der Klimaschutz-Koalition gelten kann, oder ob ökologische Gegenargumente, die v. a. im EP vorgebracht wurden, hier zum Tragen kommen.

1569 Vgl. Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009), S. 20.

1570 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.3.

Grundsätzlich folgt der Europäische Rat diesmal den Vorschlägen der Kommission, und dies auch in den umstrittenen Punkten CCS und Kernkraft, wobei hier die tabubehaftete Sonderstellung der Kernkraft wieder zum Vorschein kommt: Denn mit Verweis auf die Souveränität der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Wahl des Energiemix wird (wieder) keine explizite Unterstützung oder Ablehnung der Kernkraft artikuliert, aber es wird zumindest – wie oben in Bezug auf die Zielquoten im Bereich der erneuerbaren Energien betont wurde – die „Einschätzung der Kommission, was den Beitrag der Kernenergie als Antwort auf die zunehmende Besorgnis bezüglich der Energieversorgungssicherheit und der CO_2-Emissionsreduzierung betrifft"[1571], zur Kenntnis genommen. Die hohe Resonanzfähigkeit der low-carbon economy story-line zeigt sich aber besonders in der Unterstützung der CCS-Technologie durch die Staats- und Regierungschefs,[1572] was auch als Stärkung der Diskurskoalition der Klimaschützer interpretiert werden kann.

Auch wenn diskursive Elemente der green economy story-line weiterhin eine Rolle im Energiediskurs auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs spielen, lässt sich angesichts der Schwerpunktverschiebung in der Problemdefinition, der Anerkennung der kohlenstoffarmen Wirtschaft als neue übergeordnete Zukunftsvision für die EU und auch angesichts der skizzierten Unterstützung kohlenstoffarmer Technologien, insbesondere auch der CCS-Technologie, festhalten, dass die *low-carbon economy story-line deutlich an Bedeutung und Resonanzfähigkeit im Europäischen Rat gewinnt und die EPE mit dem Aktionsplan primär im Sinne der Diskurskoalition der Klimaschützer ausdefiniert wird*: Denn die EPE wird als eine integrierte Energie- und Klimapolitik mit den 20-20-20-Zielen sowie mit technologiegestützten Lösungsmodellen zur Dekarbonisierung der Energiewirtschaft konkretisiert und in das übergeordnete Transformationsprojekt einer kohlenstoffarmen Wirtschaft eingebettet.

Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass die von der Europäischen Kommission im Januar vorgegebene Deutung der Energieproblematik mittels der low-carbon economy story-line vom Europäischen Rat im März 2007weitgehend reproduziert und bestätigt wurde. Hiermit wurde eine entscheidende Stärkung der Klimaschützer-Koalition und letztlich eine diskursive Schließung der Energieproblematik auf höchster politischer Ebene der EU erreicht, die aber auch unter anderen energiepolitischen Akteuren auf europäischer Ebene kaum mehr auf diskursiven Widerstand stieß, wie ich im folgenden Abschnitt genauer darlegen werde.

1571 Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009), S. 23.

1572 Vgl. ebenda, S. 22.

3.2.3 Deutungshoheit der Klimaschützer-Koalition

Wie die vorherige Analyse der Schlüsseldokumente verdeutlicht, wurde die temporäre diskursive Schließung der Energieproblematik Anfang 2007 in erster Linie über die konkrete *low-carbon economy story-line* erreicht, die eine plausible und stimmige Gesamtvision der energiepolitischen Situation Europas konstruiert: Demnach stellt der Klimawandel die größte Herausforderung für die Energiepolitik für Europa (EPE) dar. Es soll eine kosteneffiziente Bekämpfung des Klimawandels mit dem Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verfolgt werden und daher müssen möglichst alle CO_2-armen Quellen und v. a. auch Technologien zur Energieversorgung Europas gefördert und eingesetzt werden. Klimaschutz, Energiesicherheit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung können so in Einklang gebracht werden. Die Gesamtvision der low-carbon economy story-line ist in sich weitgehend plausibel und kohärent; und sie klingt für viele unterschiedlich positionierte Akteure in der europäischen Energiepolitik gut und richtig. Nicht nur die Kommission und der Europäische Rat fokussieren die Deutung der Energieproblematik auf die low-carbon economy story-line, sondern auch viele andere soziale Akteure der europäischen Energiepolitik nutzen diese story-line und tragen damit ebenfalls zur Stärkung und Sichtbarkeit der Diskurskoalition der Klimaschützer bei.

Dies zeigt sich darin, dass allgemein hohe Zustimmung auf die energiepolitischen Vorschläge der Europäischen Kommission sowie die Verabschiedung des Energie-Aktionsplans des Europäischen Rates erfolgte.[1573] So wurden besonders die Ergebnisse des Frühjahrsgipfels von fast allen Fraktionen im Europäischen Parlament grundsätzlich begrüßt.[1574] Selbst ein Sprecher der sonst europaskeptischen Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie bezeichnet die Einigung des Europäischen Rates als einen „seltene[n] Erfolg in der EU, in der die meisten Beschlüsse Untergrabung

1573 Vgl. Agence Europe (2007): Preliminary Reflection on European Commissions ‚Energy Package' and on the Reactions It Triggers, 17.1.2007; Agence Europe (2007): European Parliament, except Greens, Welcome Commission Package on Energy and Climate, 12.1.2007; Agence Europe (2007): Industry Gives Warm Welcome to ‚Energy Package', 12.1.2007; Agence Europe (2007): A Look behind the News: Some Reasons to Confidently Welcome European Council's Approval of Energy and Climate Programme, 13.3.2007; Agence Europe (2007): EU27 Agree Binding Targets for both Greenhouse Gas Emissions and Renewable Energy by 2020, 10.3.2007.

1574 Vgl. Redebeiträge von Marianne Thyssen, im Namen der PPE-DE-Fraktion; Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion; Alexander Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion; Michał Tomasz Kamiński, im Namen der UEN-Fraktion; Monica Frassoni, im Namen der Verts/ALE-Fraktion; Nils Lundgren, im Namen der IND/DEM-Fraktion; Andreas Mölzer, im Namen der ITS-Fraktion; in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

der Freiheit, Schwächung der Demokratie, Gefährdung der Selbstständigkeit der Länder und Bürokratisierung des Lebens bedeuten"[1575]. Auffällig ist, dass die Beschlüsse des Europäischen Rates nicht nur inhaltlich von vielen Akteuren positiv aufgenommen wurden, was hier im Zentrum der Analyse steht, sondern auch aus integrationspolitischer Sicht besonders gewürdigt wurden.[1576] Auf diese integrationspolitische Aufwertung der EPE gehe ich im folgenden Abschnitt daher kurz ein.

3.2.3.1 Integrationspolitische Aufwertung der EPE

Die Frühjahrstagung, auf der die EPE beschlossen wurde, war zugleich die erste Tagung des Europäischen Rates, an der, nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Januar 2007, Staats- und Regierungschefs aus 27 Mitgliedstaaten teilnahmen. Die Beschlüsse zur EPE werden daher auch als ein *Beweis für die Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union* betrachtet, wie etwa der damalige Ratspräsident und deutsche Außenminister Frank Walter Steinmeier in seinem Beitrag zur Aussprache im Europäischen Parlament herausstellt:

> Aus der Sicht des Vorsitzes – aus meiner Sicht – war das in der Tat eine erfolgreiche Ratstagung, ein Gipfel, der Antworten gegeben hat in Bereichen, in denen die Bürgerinnen und Bürger, wie ich finde, mit Recht ein entschlossenes europäisches Handeln erwarten, *ein Gipfel, der gezeigt hat, dass die Europäische Union allen Unkenrufen zum Trotz auch im erweiterten Kreis handlungsfähig sein kann* und dass die Mitgliedstaaten — unterstützt und vorangetrieben durch die Kommission und das Parlament — in der Lage sind, *ihre Differenzen zu überwinden und sich ehrgeizige gemeinsame Ziele zu setzen*, auch wenn die Entscheidungen natürlich im Einzelnen nicht immer leicht fallen mögen.[1577]

In den Reaktionen auf die Beschlüsse der Frühjahrstagung kommen also auch konkrete story-lines des *Idealtypus Integrationsprojekt* zum Tragen, die im Konsultationsprozess zum Grünbuch keine zentrale Rolle gespielt haben. Anfang 2007 wird im Zusammenhang mit der integrierten Energie- und Klimapolitik verstärkt auf diese story-lines aus dem diskursiven Repertoire zugegriffen, um die Relevanz der EU bzw. des europäischen Integrationsprojekts an sich für die Bürger zu verdeutlichen. Maßnahmen im Energie- und Klimabereich zu ergreifen, wird so etwa mit der *story-line Bürgerwille* nicht rein als Reaktion auf wissenschaftliche Studien

1575 Redebeitrag von Nils Lundgren, im Namen der IND/DEM-Fraktion, in: ebenda.

1576 Vgl. Redebeiträge von Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion; Claude Turmes (Verts/ALE); Gianni Pittella (PSE); Alexander Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion; Linda McAvan (PSE); Marianne Mikko (PSE); Zbigniew Zaleski (PPE-DE); Antonio Tajani (PPE-DE), in: ebenda.

1577 Redebeitrag von Frank-Walter Steinmeier, Ratspräsident, in: ebenda.

oder Sachzwänge begründet, sondern auch als Antworten auf die drängenden Fragen und Sorgen der europäischen Bürger. Die Beschlüsse und hier v. a. die konkreten Ziele und Maßnahmen demonstrieren damit die Problemlösungsfähigkeit der EU und auch die Glaubwürdigkeit als Vorreiter in der internationalen Klimapolitik[1578], wie z. B. die liberale Europaabgeordnete Karin Riis-Jørgensen argumentiert:

> Wenn wir Europäer Seite an Seite stehen, dann sollte es uns auch gelingen, ein weltweites Übereinkommen zur Klimapolitik zu erzielen, dem sich auch widerwillige Staaten wie die USA und die sich rasch entwickelnden asiatischen Länder wie China und Indien anschließen werden. *Mit dem Durchbruch auf dem Gipfel findet die EU nach einigen trägen Jahren endlich wieder zu ihrer alten Form zurück.* […] Die EU zeigt jetzt, dass sie in der Lage ist, politische Maßnahmen zu ergreifen. *Wir können nun wieder nach gemeinsamen Nennern suchen, die uns verbinden, was sogar für Bereiche gilt, in denen starke nationale Interessen auf dem Spiel stehen.* Und dies verdanken wir größtenteils einer tüchtigen deutschen Präsidentschaft. Die EU hat ihren Optimismus zurückgewonnen, was von ausschlaggebender Bedeutung ist, wenn wir den *Verfassungsvertrag wieder zum Leben* erwecken wollen.[1579]

Die Frühjahrstagung des Europäischen Rates wird als ein „Wendepunkt"[1580] im Integrationsprozess betrachtet, an dem die EU wieder begonnen hat, „zusammenzuarbeiten, die schwierigen Probleme unserer Zeit in Angriff zu nehmen und das Vertrauen ihrer Bürger zurückzugewinnen"[1581]. Diese positive Botschaft des Gipfels und insbesondere die hohe integrationspolitische Symbolkraft einer europäischen Energie- und Klimapolitik wird nicht zuletzt auch darin deutlich, dass die sogenannte „Berliner Erklärung", die anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge ebenfalls im März 2007 angenommen wurde und die als Initialzündung für die Wiederbelebung des Verfassungsvertrages gedacht war, gerade diese beiden Politikbereiche in enger Kopplung explizit als zentrale Handlungsfelder der EU herausstellt. So heißt es in der Erklärung: „Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden."[1582] Die EPE wird hiermit in einen „höheren" politischen Diskurs zur Zukunft

1578 Vgl. auch Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 4-7; Kelly/Oberthür/Pallemaerts (2010): Introduction.

1579 Redebeitrag von Karin Riis-Jørgensen (ALDE), in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

1580 Redebeitrag von Linda McAvan (PSE), in: ebenda.

1581 Ebenda.

1582 Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission (2007): Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen

Europas eingebettet und erhielt in der Zeit zudem auch politische und mediale Aufmerksamkeit jenseits der „Energie-Expertenkreise".[1583]

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die weitgehend positive, teils euphorische Bewertung der Beschlüsse vom März 2007 auf drei miteinander verwobenen Argumentationssträngen basiert: Mit konkreten story-lines des Idealtypus Integrationsprojekt werden die Beschlüsse erstens als Beweis für die Handlungsfähigkeit und die politische Relevanz der EU insgesamt beschrieben; die EPE gilt als wichtiges Vorzeigeprojekt zur Umsetzung eines „Europa der Ergebnisse" und auch für die Fortsetzung des Verfassungsprozesses. Dieser Optimismus wird zudem auf die internationale Rolle der EU übertragen, die sich mit den konkreten Zielen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen – dem „Klima-Doppelbeschluss"[1584] – zweitens verstärkt in einer Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz positioniert. Und nicht zuletzt wird drittens eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik, wie sie im März 2007 von den diskursiven Eliten beschlossen wurde, von vielen unterschiedlich positionierten Akteuren auch inhaltlich mit Rückgriff auf die low-carbon economy story-line unterstützt, wie ich im Folgenden genauer darlege.

3.2.3.2 Integrationskraft der low-carbon economy story-line

Neben der skizzierten integrationspolitischen Aufwertung wird die von der Kommission und vom Europäischen Rat vorgenommene *inhaltliche Konkretisierung und Festlegung der EPE im Sinne der Klimaschützer-Koalition*, die sich um die *low-carbon economy story-line* formiert, in wesentlichen Punkten auch von verschiedenen Abgeordneten der Fraktionen im Europäischen Parlament reproduziert.[1585] So würdigen konservative bzw. industriefreundliche Abgeordnete die Beschlüsse, da die CO_2-arme „Kernenergie ihren Platz im Energiemix"[1586] im Rahmen der EPE erhalten hat. Wenig überraschend begrüßt vor diesem Hintergrund auch FORATOM die vom Europäischen Rat beschlossene EPE.[1587] Die hohe Resonanzfähigkeit der low-carbon economy story-line gerade unter Vertretern der Industrie und der Energiewirtschaft,

---

Verträge, 25.3.2007, Berlin.

1583 Vgl. Göler/Kurze (2008): Energiepolitik, S. 134.

1584 Redebeitrag von Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

1585 Vgl. Redebeiträge von Riitta Myller (PSE); Françoise Grossetête (PPE-DE); Poul Nyrup Rasmussen (PSE); Umberto Guidoni (GUE/NGL); Claude Turmes (Verts/ALE); Markus Ferber (PPE-DE), in: ebenda.

1586 Redebeitrag von Marianne Thyssen, im Namen der PPE-DE-Fraktion, in: ebenda.

1587 Vgl. Agence Europe (2007): Industry Gives Warm Welcome to ‚Energy Package', 12.1.2007; Agence Europe (2007): Preliminary Reflection on European Commissions ‚Energy Package' and on the Reactions It Triggers, 17.1.2007; Agence Europe (2007):

die im Klimaschutz auch Wachstums- und Business-Chancen sehen, wurde bereits in den Positionspapieren zum Grünbuch deutlich[1588] und zeigt sich nun auch entsprechend in den positiven Reaktionen auf die Konkretisierung der EPE Anfang 2007.[1589] Während die Verwendung der low-carbon story-line auch als diskursive Strategie zur Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen verstanden werden muss, so ist die Unterstützung der low-carbon economy story-line jedoch nicht nur auf einen engen Akteurskreis mit vermeintlich gleichen materiellen Interessen oder geteilten grundlegenden Überzeugungen begrenzt.

Im Gegenteil, die Dominanz einer story-line zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie eben auch an unerwarteten Orten auftaucht und routiniert reproduziert wird.[1590] Die hohe Anschlussfähigkeit und *Integrationskraft der low-carbon economy story-line* lässt sich im EU-Energiediskurs besonders gut daran erkennen, dass Europaabgeordnete des gesamten „ideologischen" Spektrums auf die low-carbon economy story-line zugreifen. So lobt der tschechische Abgeordnete Vladimír Remek der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken die inhaltliche Ausrichtung der EPE aufgrund der positiven Rolle, die der Kernkraft im Gesamtkonzept der integrierten Energie- und Klimapolitik zugeschrieben wird:

> Die Lösung für das Problem der globalen Erwärmung ist nicht nur eng mit der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, sondern auch mit unserer Einstellung zu herkömmlichen Energiequellen verbunden. Ich freue mich jedenfalls, *dass auf dem EU-Gipfel ein Durchbruch erzielt wurde, was die Haltung der EU zur Kernenergie betrifft.* […] Der Richtungswechsel ist daran erkennbar, dass die Delegierten auf dem Gipfel letztendlich einsahen, dass die Mitgliedstaaten im Interesse der Energiesicherheit und der Emissionssenkung von der Kernenergie Gebrauch machen können.[1591]

In dieser Plenardebatte wird aber auch große Zustimmung für die Beschlüsse des Europäischen Rates vonseiten des konservativen Europaabgeordneten Timothy Kirkhope vorgebracht:

Some Reasons to Confidently Welcome European Council's Approval of Energy and Climate Programme, 13.3.2007.

1588 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 3.1.2.

1589 Vgl. Agence Europe (2007): Industry Gives Warm Welcome to ‚Energy Package', 12.1.2007.

1590 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1.

1591 Redebeitrag von Vladimír Remek (GUE/NGL), in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

> Es kommt nicht allzu häufig vor, dass der Vorsitzende der Delegation der britischen Konservativen nach einer Tagung des Europäischen Rates voll des Lobes ist, aber diesmal ist das gerechtfertigt und ich freue mich, dass ich dieses Lob aussprechen kann. Mit der *erreichten Einigung über die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der EU hat der Rat seine Führungskompetenz* bei einem der sicherlich schwerwiegendsten Probleme unseres Planeten, nämlich dem drohenden Klimawandel, unter Beweis gestellt.[1592]

Gerade in Großbritannien ist die low-carbon economy story-line auch in der nationalen Energiedebatte durchaus populär, was sich z. B. in der wachsenden Zustimmung für Kernenergie zeigt, die hier lange verpönt war.[1593] Die kohlenstoffarme Wirtschaft wurde nicht zuletzt durch die ökonomische Argumentation „Klimaschutz rechnet sich" des Stern-Reviews und der energiepolitischen Agenda des britischen Premierministers Tony Blair, wie sie etwa auf dem Gipfeltreffen in Hampton Court verfolgt wurde, auf europäischer Ebene in ihrer Bedeutung gestärkt.[1594] Wenn man diese Positionierung in der Klimaschützer-Koalition berücksichtigt, erscheint die Befürwortung der EPE seitens britischer Konservativer, die teils als europaskeptisch gelten, dann auch weniger überraschend.

Dass die EPE maßgeblich im Sinne der Klimaschützer-Koalition konkretisiert wurde, zeigt sich aber auch deutlich an den kritischen Reaktionen von Akteuren, die sich klar der ökologischen Koalition zuordnen lassen. So beschreibt Friends of the Earth (FoE) das Vorschlagspaket der Kommission als „good news for the dirty energy industry"[1595]. Aber die Dominanz der Diskurskoalition der Klimaschützer im EU-Energiediskurs Anfang 2007 wird auch dadurch erkennbar, dass ihre story-line der low-carbon economy eben auch von kritischen Akteuren, die gar als Kern der ökologischen Diskurskoalition gelten können, reproduziert wird. So spricht etwa der Grünen-Abgeordnete Claude Turmes vom „Innovationsmotor Klimaschutz" und bezieht sich damit zwar in erster Linie auf Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Effizienz;[1596] er beschreibt aber auch die von vielen Ökologen vehement kritisierten Technologien zur Abscheidung und

1592 Redebeitrag von Timothy Kirkhope (PPE-DE), in: ebenda.

1593 Vgl. Adelle, Camilla/Whitana, Sirini (2010): Public Perceptions of Climate Change and Energy Issues in the EU and the United States, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 309-335, hier S. 315.

1594 Vgl. Helm (2005): European Energy Policy, S. 9.

1595 Zitiert nach Agence Europe (2007): Environmental NGOs Criticise Commission Lack of Vision, 12.1.2007.

1596 Vgl. Redebeitrag von Claude Turmes (Verts/ALE), in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

Speicherung von Kohlendioxid in einem Interview zum Energie-Aktionsplan als mögliche Optionen im Kampf gegen den Klimawandel:

> This is the joker in the pack. Public money should not be invested in demonstration and marketing projects but should, above all, be used for finding geologically adapted sites. It really is up to the electricity sector to invest its windfall profits in clean technologies. The biggest problem will arise if the price on the carbon market is less than €30 or €35. Investors will invest in conventional coal rather than sequestrated coal. If the emission quota exchange system is set at genuine market prices, there is a chance that this will work.[1597]

Die ökologische Kritik wendet sich hier somit nicht mehr gegen die Technologie und ihren potenziellen Nutzen an sich, sondern, basierend auf ökonomischen Argumenten, auf die Frage der Finanzierung. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert auch die EU direkt auf, angesichts der großen Herausforderung des Klimawandels, regulierend in die CCS-Förderung einzugreifen, „so that by 2020 all power stations will be subject to compulsory carbon capture and storage"[1598]. Die Dominanz der low-carbon economy story-line zeigt sich also darin, dass nicht nur viele, sondern auch sehr unterschiedlich positionierte Akteure – von europaskeptischen Briten über Vertreter der Industrie bis hin zu Umweltschutzorganisationen – (aus unterschiedlichen Gründen) auf diese story-line zugreifen bzw. diese auch ein Stück weit akzeptieren müssen, um bedeutungsvoll zur Energiedebatte auf europäischer Ebene beitragen zu können sowie ihre eigene Glaubwürdigkeit zu stärken. Ebenso passen sich Kritiker dem dominanten Sprachgebrauch an, um sich Gehör in der Debatte zu verschaffen oder auch um die Legitimationspotenziale dieser dominanten story-line strategisch zu nutzen.[1599] Auf diese Weise wird aber letztlich die von den diskursiven Eliten, insbesondere von der Kommission, vorgegebene diskursive Schließung der Energieproblematik unterstützt und von einer umfassenden Diskurskoalition stabilisiert, ohne dass dahinter jedoch eine gemeinsam abgestimmte Strategie der Akteure auf europäischer Ebene erkennbar wäre. Der hier genutzte Diskurskoalitions-Ansatz verdeutlicht vielmehr, „how different actors […] help to

1597 Claude Turmes zitiert nach Agence Europe (2007): Claude Turmes Says Europe's Commitment to Reducing CO2 Emissions by 20 % Is Not Enough to Convince China and India to Shift, 15.3.2007.

1598 Agence Europe (2007): Environmental NGOs Criticise Commission Lack of Vision, 12.1.2007.

1599 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.1.

reproduce […] a given bias without necessarily […] coordinating their actions or without necessarily sharing deep values"[1600].

Sicherlich lassen sich „Symbolfiguren" für die beiden zentralen Diskurskoalitionen identifizieren, die sich um die story-lines der low-carbon und der green economy formieren, aber „it would be wrong to think that these story-lines were glued to specific actors"[1601]. Es ist vielmehr wichtig festzuhalten, dass aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE primär *zwei Deutungen der Energieproblematik* – die low-carbon und die green economy story-line – konkurrieren, um die sich zwei Diskurskoalitionen formieren, und nicht zwei klar abgrenzbare Akteursgruppen bzw. interessenbasierte Koalitionen. Denn, wie hier gezeigt wurde, tragen energiepolitische Akteure potenziell zur Sichtbarkeit beider Diskurskoalitionen durch die Artikulation der jeweiligen konstitutiven story-line bei, was nicht untypisch in der Politik ist.[1602] Gerade auch im Mehrebenensystem der EU präsentieren Politiker je nach Kontext den gleichen Sachverhalt in sehr unterschiedlicher Weise.

Die hier durchgeführte Analyse der EPE konnte somit auch lediglich aufzeigen, dass auf europäischer Ebene eine diskursive Schließung der Energieproblematik primär mittels der low-carbon economy story-line erfolgte (dies muss also nicht für nationale Energiedebatten in diesem Zeitraum gelten), sodass man im spezifischen Kontext der europäischen Energiepolitik Anfang 2007 von einer Deutungshoheit der Klimaschützer-Koalition sprechen kann.

Wichtig ist hier also festzuhalten, dass aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive nicht primär geteilte Überzeugung oder Interessen der beteiligten Akteure ausschlaggebend für die spezifische Konkretisierung der EPE gewesen sind, sondern dass im Laufe des Policy-Prozesses – angefangen mit dem Grünbuch im März 2006 bis zur Verabschiedung des Energieaktionsplans im März 2007 – zentrale Akteure, d. h. gerade auch die diskursiven Eliten, auf europäischer Ebene (aus verschiedenen Gründen) zunehmend zur Wahrnehmbarkeit und Stärkung der Diskurskoalition der Klimaschützer beigetragen haben und so in der europäischen Energiepolitik eine temporäre diskursive Schließung der Energieproblematik mittels der low-carbon economy story-line erreicht wurde, die den EU-Energiediskurs maßgeblich strukturiert. Im Rahmen dieser *neuen bzw. modifizierten Diskursstrukturierung* hängen dann jedoch wiederum die Glaubwürdigkeit eines Akteurs sowie die

1600 Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 71.

1601 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 123.

1602 Vgl. ebenda, S. 166.

Durchsetzbarkeit seiner Forderungen und Interessen von der jeweiligen Passung mit der low-carbon economy story-line ab.[1603]

Das heißt, story-lines werden durchaus von Akteuren strategisch eingesetzt, aber wenn eine story-line an Einfluss gewinnt, muss diese eben auch zu einem gewissen Grad reproduziert werden, damit ein Akteur und seine Forderungen im Policy-Prozess überhaupt wahr- und ernstgenommen werden können. Dieses Phänomen zeigt sich v. a. bei Akteuren aus der Umweltbewegung, die – wie oben gezeigt wurde – eben auch auf die low-carbon economy story-line zugreifen und so aber letztlich von der Diskurskoalition der Klimaschützer vereinnahmt werden. Die damit einhergehende *Schwächung der diskursiven Wahrnehmbarkeit der ökologischen Diskurskoalition* bedeutet auch, dass alternative Deutungen der Energieproblematik und alternative Lösungsmodelle im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE marginalisiert bzw. (temporär) ausgeblendet werden. Insbesondere (radikal-)ökologische Lösungsmodelle der Suffizienz, aber auch Forderungen nach einer sparsamen Energiekultur erscheinen angesichts der Leitidee einer von technischen Innovationen angetriebenen kohlenstoffarmen Wirtschaft weniger dringend und zielführend.

Kritische Artikulationen und Forderungen nach alternativen Lösungsmodellen werden Anfang 2007 zusätzlich durch die Einbettung der EPE in einen politisch übergeordneten Integrationsdiskurs erschwert: Denn, wie oben skizziert, wurde die EPE als ein wichtiges Element im Projekt eines „Europa der Ergebnisse" betrachtet und die Bekämpfung des Klimawandels als eine zentrale identitätsstiftende Aufgabe der Europäischen Union, wie es sich in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 manifestiert. Eine harte Gegenposition zur EPE einzunehmen, wird somit leicht als „integrationsfeindlich" interpretiert.[1604] Auch aus diesem Grund – man will kein Blockierer des Integrationsprozesses, kein schlechter Europäer sein – passen sich kritische Ökologen dem Diskurs der Klimaschützer-Koalition an und beschränken sich darauf, Kritik an Details zu üben, während grundlegende, systemische Kritik an einer technologiefixierten Dekarbonisierungs-Agenda zurückgestellt wird. Nicht zuletzt wollen ja gerade die Ökologen den Klimaschutz effektiv voranbringen und unterstützen daher auch die Beschlüsse des Europäischen Rates – „es hätte nämlich viel schlimmer ausgehen können"[1605], wie die Grüne Abgeordnete Monica Frassoni feststellt.

1603 Vgl. ebenda, S. 60.

1604 Vgl. auch Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

1605 Redebeitrag von Monica Frassoni, im Namen der Verts/ALE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

3.2.4 Grundlegende Merkmale der diskursiven Schließung

Die Rekonstruktion der Diskursstrukturierung verdeutlicht zunächst, dass die meisten energiepolitischen Akteure primär auf anschlussfähige story-lines der umfassenden Energieperspektive zugreifen und – im Sinne des Wechselverhältnisses von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen – damit auch aktiv zur Stabilisierung dieser Deutung der Energieproblematik auf europäischer Ebene beitragen. Angesichts der spezifischen diskursiven Schließung der Energieproblematik Anfang 2007 lässt sich entsprechend auch nicht von einem grundlegenden oder radikalen Deutungswandel in der europäischen Energiepolitik sprechen, sondern vielmehr von einer *diskursiven Verschiebung im Rahmen der umfassenden Energieperspektive* – von der etablierten Deutung mittels der green economy story-line hin *zur Dominanz der low-carbon economy story-line*. Mit ihrem Gesamtversprechen einer harmonischen Verknüpfung von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum wird aus durchaus unterschiedlichen Gründen – wie es für Diskurskoalitionen konstitutiv ist[1606] – die low-carbon economy story-line (gewollt oder ungewollt) reproduziert. So konnte über diese story-line eine umfassende Diskurskoalition in der europäischen Energiepolitik entstehen. Die empirische Analyse zeigt somit, dass *die Festlegung der EPE in erster Linie durch die hohe Integrationskraft der low-carbon economy story-line ermöglicht wurde*: Denn traditionelle energiepolitische Konflikte um die inhaltliche Ausgestaltung der europäischen Energiepolitik konnten durch die weitgehende Anerkennung und gemeinsame Reproduktion der low-carbon economy story-line entschärft und eingehegt bzw. teils auch unterdrückt werden.

Das heißt, mit der Verschiebung von der etablierten green economy story-line zur klimaspezifischen low-carbon economy story-line als dominante Deutung der Energieproblematik haben sich die Konfliktlinien in der europäischen Energiepolitik ein Stück weit verschoben. Insbesondere lässt sich eine stärkere Zustimmung aus den Reihen der Industrie und Energiewirtschaft sowie ebenso unter konservativen und europakritischen Politikern für eine integrierte Energie- und Klimapolitik identifizieren. Die Fragmentierung des Politikfeldes „Energie“ wurde mit der diskursiven Schließung Anfang 2007 zeitweise aufgehoben, da auch die ökologische Kritik weitgehend in den populären Forderungen der Klimaschützer-Koalition nach einer integrierten Energie- und Klimapolitik aufging. Die low-carbon economy story-line der Klimaschützer-Koalition konnte somit durch die hohe Zustimmungsbereitschaft unterschiedlich positionierter Akteure und durch die Vereinnahmung der ähnlichen, aber nicht identischen green economy story-line,

1606 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 60.

um die sich die konkurrierende Diskurskoalition der Ökologen formiert, ein hohes Integrationspotenzial entfalten.

Es lässt sich daher festhalten, dass Anfang 2007 hauptsächlich über die low-carbon economy story-line, an die sich viele Akteure aus unterschiedlichen Gründen andocken konnten (oder auch mussten), eine diskursive Schließung der Energieproblematik hergestellt wurde, die hier aber nicht als gegenseitiges Verständnis im normativen Sinne interpretiert wird, sondern die vielmehr ein geteiltes Verständnis der Energieproblematik lediglich suggeriert. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive liegt aber genau in dieser latenten Form des „Missverständnisses" das Erklärungspotenzial für politische Einigungsprozesse in komplexen und umstrittenen Politikfeldern:[1607] Denn gerade weil unterschiedliche Interpretationen der Energieproblematik in der low-carbon economy story-line integriert bzw. vereinnahmt werden können, lässt sich auf Basis dieser spezifischen diskursiven Schließung der Energieproblematik ein gemeinsames politisches Projekt wie die EPE auf europäischer Ebene voranbringen, wie sich insbesondere in den Beschlüssen des Europäischen Rates vom März 2007 – der 20-20-20-Agenda – manifestiert.

Mit dieser *Festlegung einer verbindlichen EU-Energiepolitik* und entsprechenden Maßnahmen im Energie-Aktionsplan wurde somit bereits ein wichtiger Schritt zur Etablierung der EPE vollzogen. Bei aller Zuversicht und Euphorie, die nach der Frühjahrstagung im März 2007 herrschte, wurden aber durchaus von einigen Europaabgeordneten Zweifel geäußert, ob diese ambitionierten Ziele diesmal – im Gegensatz zu weniger erfolgreichen Initiativen in der Vergangenheit – auch wirklich in konkrete Maßnahmen überführt werden würden.[1608] Die EPE zeichnet sich aber ja gerade dadurch aus, dass es nicht nur bei einer Festlegung von Zielvereinbarungen blieb, sondern deren Umsetzung mit der Verabschiedung des Energie- und Klimapakets rechtsverbindlich eingeleitet wurde. Die Erklärungskraft und Relevanz der rekonstruierten diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line für die Etablierung der EPE zeigt sich – so das zentrale Argument hier – insbesondere auch in der Ermöglichung der verbindlichen Verabschiedung der zuvor festgelegten energiepolitischen Ziele. Es wird also argumentiert, dass die Anfang 2007 etablierte Deutung der Energieproblematik auch im Zuge der Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket im Jahr 2008 nicht mehr aufgebrochen oder fundamental

1607 Vgl. Hajer (2006): Doing Discourse Analysis, S. 69; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 65.

1608 Vgl. Redebeiträge von Chris Davies (ALDE); Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion; Alexander Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion; Monica Frassoni, im Namen der Verts/ALE-Fraktion; Andreas Mölzer, im Namen der ITS-Fraktion; Linda McAvan (PSE); Umberto Guidoni (GUE/NGL), in: Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007).

hinterfragt wurde. Im Gegenteil, trotz der formalen Interventions- und Vetomöglichkeiten, die im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens[1609] sowohl aufseiten des Ministerrates als auch aufseiten des Europäischen Parlaments grundsätzlich bestehen, wurden die Ziele und Lösungsmodelle, die der low-carbon economy story-line entsprechen, im Kern übernommen und rechtsverbindlich fixiert, wie ich im dritten Analyseschritt zur Diskursinstitutionalisierung rekonstruiere.

4 Analyseschritt III: Rekonstruktion der Diskursinstitutionalisierung

Die Rekonstruktion der Diskursstrukturierung hat verdeutlicht, dass eine *diskursive Schließung der Energieproblematik mittels der low-carbon economy story-line* auf europäischer Ebene hergestellt wurde, um die sich eine umfassende Diskurskoalition, die Klimaschützer-Koalition, formieren konnte. Die Gesamtvision der low-carbon economy story-line – nach der die Reduktion von Treibhausgasen im Energiebereich sowie Wirtschaftswachstum harmonisch verknüpft werden können – klingt für viele unterschiedlich positionierte Akteure gut und richtig. Energiepolitische Artikulationen kritischer Vertreter der ökologischen Diskurskoalition wurden zudem von den Klimaschützern weitgehend vereinnahmt; Ökologen reproduzieren vielmehr wesentliche Elemente der low-carbon economy story-line und stärken damit ebenfalls (ungewollt) die diskursive Wahrnehmbarkeit der Klimaschützer-Koalition. Insgesamt lässt sich somit Anfang 2007 von einer Dominanz dieser Diskurskoalition sprechen, die den EU-Energiediskurs durch die ständige Reproduktion der low-carbon economy story-line maßgeblich strukturiert.

Die Energiepolitik für Europa wird entsprechend als integrierte Energie- und Klimapolitik definiert, die zugleich als Innovations- und Wachstumsmotor fungieren soll, um so langfristig die Transformation der EU in eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu ermöglichen. Mit dieser diskursiven Schließung der Energieproblematik um die dominante low-carbon economy story-line wurde ein erster wichtiger Schritt im Prozess der Etablierung der EPE erreicht, nämlich die Festlegung einer verbindlichen EU-Energiepolitik im März 2007. Im dritten und letzten Analyseschritt wird nun untersucht, ob die zuvor rekonstruierte diskursive Schließung der Energieproblematik auch in den Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket tragfähig bleibt und durch Formen der Diskursinstitutionalisierung weiter stabilisiert wird. Diskursin-

1609 Seit dem Vertrag von Lissabon wird das Mitentscheidungsverfahren als Ordentliches Gesetzgebungsverfahren bezeichnet.

stitutionalisierung lässt sich nach Hajer zunächst sehr allgemein darin erkennen, dass sich eine story-line „zu Institutionen und organisatorischen Vorgehensweisen verdichtet“[1610]; darunter zählen neben institutionellen Arrangements auch politische Praktiken und Policy-Maßnahmen.[1611]

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Entwicklungen in der europäischen Energiepolitik in den Jahren 2007 und 2008, so lassen sich einige Beispiele auflisten, die darauf hindeuten, dass sich die low-carbon economy story-line institutionell verfestigt: So wird etwa die Anerkennung des Klimawandels als zentrale Herausforderung für die europäische (Energie-)Politik daran deutlich, dass neue Gremien geschaffen wurden, wie etwa der nichtständige Ausschuss zum Klimawandel (CLIM) im Europäischen Parlament[1612] und die Beratungsgruppe zu Klima- und Energiefragen durch den Kommissionspräsidenten.[1613] Neben diesen institutionellen Neuerungen zeigt sich die Institutionalisierung auch in der Einführung von Maßnahmen, die den Lösungsmodellen der low-carbon economy story-line entsprechen, d. h. insbesondere die Finanzierung und Förderung von kohlenstoffarmen Energietechnologien.[1614] So wurde die finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich insgesamt erheblich mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU aufgestockt[1615] und mit dem Europäischen Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) zudem explizit auf das langfristige Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ausgerichtet, wobei neben erneuerbaren Energien v. a. die CCS-Technologie eine entscheidende Rolle spielt.[1616]

1610 Hajer (2008): Diskursanalyse in der Praxis, S. 217.

1611 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 4.3.

1612 Vgl. Europäisches Parlament (2007): Beschluss des Europäischen Parlaments vom 25. April 2007 zur Einsetzung sowie zur Festlegung der Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Mandatszeit des nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/parlArchives/comArch/com6/ mainSheet.do?language=DE&body=CLIM (letzter Zugriff: 29.1.2015).

1613 Vgl. IP/07/283, Energie und Klimawandel: International renommierte Experten sollen Kommissionspräsident Barroso beraten, 6.3.2007, Brüssel.

1614 Vgl. u. a. Agence Europe (2008): Green Energies and Climate Change, New Bank Priorities, 29.2.2008.

1615 Vgl. Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 242; IP/07/29, Kommission legt integriertes Energie- und Klimapaket zur Emissionsminderung im 21. Jahrhundert vor, 10.1.2007, Brüssel.

1616 Europäische Kommission (2007): Ein Europäischer Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan): „Der Weg zu einer kohlenstoffemissionsarmen Zukunft“, KOM(2007)723 endgültig, 22.11.2007, Brüssel; vgl. auch IP/07/1750, Europäische Kommission schlägt Plan für schnellere Einführung von Energietechnologien für Zukunft mit wenig Kohlenstoffemissionen vor, 22.11.2007, Brüssel; Claes/Frisvold (2009): CCS and the

Es lässt sich also feststellen, dass sich die low-carbon economy story-line in unterschiedlichen „enduring policy practices“[1617] auf europäischer Ebene verdichtet. Den zentralen Indikator für eine Diskursinstitutionalisierung[1618] stellt aber, wie im Theoriekapitel dargestellt, die rechtliche Fixierung dar. Denn diese hilft, den institutionellen Status eines Artikulationsmusters langfristig abzusichern.[1619] Daher wird das Energie- und Klimapaket der EU aus dem Jahr 2008, das explizit der Umsetzung der 20-20-20-Ziele[1620] dient, im Folgenden genauer analysiert. Nach einer Zusammenfassung der wesentlichen Elemente des Energie- und Klimapakets wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive insbesondere die *Legitimations- und Integrationsfunktion der low-carbon economy story-line*, die für die Herstellung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik Anfang 2007 entscheidend war, auch auf ihre Relevanz für die Einigung auf das Energie- und Klimapaket 2008 untersucht. Es wird hier somit nach der Tragfähigkeit der diskursiven Schließung der Energieproblematik im Gesetzgebungsprozess gefragt. Das heißt, es wird im Analyseschritt III nicht nur danach gefragt, ob die diskursive Schließung um die low-carbon economy story-line in Formen der Diskursinstitutionalisierung weiter stabilisiert wird, sondern inwiefern das legislative Energie- und Klimapaket mittels der low-carbon economy story-line legitimiert wurde. Hierzu greife ich neben offiziellen Statements der diskursiven Eliten auch auf Interviews zurück, die ich Anfang 2011 mit beteiligten Akteuren in Brüssel geführt habe.[1621] Zuvor fasse ich jedoch die vier legislativen Elemente des Pakets kurz zusammen und verweise auf kontroverse Problemfelder, in denen der zentrale energiepolitische Deutungskonflikt zwischen den Diskurskoalitionen der Klimaschützer und der Ökologen auch wieder zum Vorschein kommt.

European Union, S. 219-220; vgl. auch Fischer (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik, S. 243-251.

1617 Hajer (2003): A Frame in the Fields, S. 108.

1618 Vgl. Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 162; vgl. auch Kapitel II, Abschnitt 4.3.

1619 Vgl. Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 182-183.

1620 Vgl. u. a. Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 13./14. März 2008, (Dokumentennummer 7652/1/08, REV 1), Brüssel, S. 13; IP/08/80, Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, 23.1.2008, Brüssel.

1621 Vgl. hierzu Anhang 3.

4.1 Elemente und Problemfelder des Energie- und Klimapakets

Das im Juni 2009 in Kraft getretene Energie- und Klimapaket soll gewährleisten, dass die EU die politisch festgelegten 20-20-20-Ziele vom März 2007, insbesondere das übergeordnete Emissionsreduktionsziel, bis zum Jahr 2020 erreicht.[1622] Im Januar 2008 präsentierte die Kommission ein Legislativpaket, das im Kern folgende vier Gesetzesinitiativen umfasst[1623]:

- einen Vorschlag zur *Änderung der Richtlinie über das EU-Emissionshandelssystem,*
- einen Vorschlag zur Verteilung der Anstrengungen bei der Erreichung der unabhängigen Ziele der EU zur *Reduktion der Treibhausgasemissionen in Bereichen, die nicht unter das EU-Emissionshandelssystem* fallen,
- einen Vorschlag für eine Richtlinie zur *Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen*,
- und einen Richtlinienvorschlag für einen *Rechtsrahmen zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung.*

Die Staats- und Regierungschefs bekundeten ihre grundsätzliche Unterstützung für die Vorschläge der Kommission auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2008 und legten dabei auch die „Marschroute" fest, eine Einigung über das komplexe Legislativpaket möglichst bis Ende des Jahres 2008 zu erzielen,

1622 Vgl. Europäische Kommission (2008): 20 und 20 bis 2020: Chancen Europas im Klimawandel, KOM (2008)30 endgültig, Brüssel.

1623 Für eine Übersicht vgl. IP/08/80, Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, 23.1.2008, Brüssel. Vgl. Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Spezifikation von Kraftstoffen und die Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen. Diese Rechtsakte wurden parallel zum Energie- und Klimapaket verhandelt und im Verlauf der Verhandlungen teils als Elemente des Pakets betrachtet. Im Kern umfasst das Energie- und Klimapaket aber die genannten vier Gesetzesvorschläge der Kommission vom Januar 2008. Vgl. dazu auch Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (2010): The EU's Internal and External Climate Policies: An Historical Overview, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 27-63, hier S. 47; Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 11./12. Dezember 2008, (Dokumentennummer 1727/1/08, REV 1), Brüssel, S. 8.

zumindest aber vor den Europawahlen im Juni 2009 und v. a. vor der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 (COP 15), damit die EU als glaubwürdiger Klimaschützer in die Verhandlungen des Post-Kyoto Abkommens gehen könne.[1624] Die schnelle Verabschiedung des Pakets mit Blick auf die Konferenz in Kopenhagen wurde von Anfang an auch von Umweltgruppen eingefordert.[1625] Angesichts dieses „gesetzten" engen Zeitplans fanden zunächst zwar auch die für das Mitentscheidungsverfahren üblichen Beratungen zu den vier Gesetzestexten in den zuständigen Ratsformationen des Ministerrates und den Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt.[1626] Allerdings wurde ab Anfang November 2008 das Trilog-Verfahren zwischen Rat, Parlament und Kommission eingesetzt,[1627] um den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen und eine Einigung über alle vier Dossiers in erster Lesung, d. h. noch im Dezember 2008, zu ermöglichen. Prägend für den Verhandlungsprozess war neben dem hohen Zeitdruck zudem die starke Politisierung des Pakets, denn viele inhaltliche Details wurden auf höchster politischer Ebene, also unmittelbar von der französischen Ratspräsidentschaft und dem Europäischen Rat behandelt.[1628] Die Staats- und Regierungschefs stellten im Oktober 2008 zudem klar, dass der Europäische Rat auf seiner Dezember-Tagung über die offenen Punkte abschließend entscheiden werde.[1629] Obwohl für das Paket demnach formal die Mehrheitserfordernisse des Mitentscheidungsverfahrens galten, standen die Verhandlungspartner im

---

1624 Vgl. Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 13./14. März 2008, Brüssel, S. 12; vgl. auch Lenschow (2010): Environmental Policy, S. 324; Goldirova, Renata (2008): EU to Commit to Tight Legislative Deadline for Green Goals, in: EUObserver, 14.3.2008.

1625 Vgl. Agence Europe (2008): Debate on Sharing Greenhouse Gas Emission Reductions Intensifies with Approach of Commission Proposal, 17.1.2008.

1626 Zur wichtigen Abstimmung über drei der Dossiers im ENVI-Ausschuss vgl. z. B. Phillips, Leigh (2008): Industry Gains Slight Reprieve on ‚Green Super Tuesday', in: EUObserver, 8.10.2008.

1627 Vgl. Agence Europe (2008): Trilogues Start on ETS Directives and Effort Sharing in Non-ETS Sectors – Vote on Package on 4 December, 7.11.2008; Agence Europe (2008): Some Progress in Climate Package Trilogue – Presidency Gesture towards Poland with Three-Year Exemption from Paid Quotas for some Power Plants, 21.11.2008.

1628 Vgl. Oberthür/Pallemaerts (2010): The EU's Internal and External Climate Policies, S. 47; Skjaerseth, Jon Birger/Wettestad, Jorgen (2010): The EU Emissions Trading System Revised (Directive 2009/29/EC), in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 65-91, hier S. 74.

1629 Vgl. Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15./16. Oktober 2008, (Dokumentennummer 14368/1/ 08, REV 1), Brüssel, S. 6.

Rat und Parlament unter dem Druck, ein Ergebnis zu erarbeiten, dem alle Mitgliedstaaten zustimmen konnten.[1630]

Der Europäische Rat bzw. die Staats- und Regierungschefs hatten aber nicht nur eine starke Vetoposition im Gesetzgebungsprozess eingenommen, die so regulär nicht vorgesehen ist, sondern griffen auch inhaltlich massiv in die Verhandlungen ein.[1631] So wurden einige Ausnahmeregelungen – geradezu ein „blizzard of concessions"[1632] – insbesondere für energieintensive Industrien sowie mittel- und osteuropäische Mitgliedstaaten erst wenige Tage vor der Abstimmung im Europaparlament von den Staats- und Regierungschefs beschlossen.[1633] Bis auf ganz wenige Änderungen, die noch in einer letzten Trilog-Verhandlung am 13. Dezember 2008 von den zuständigen Berichterstattern des EP eingebracht wurden (u. a. die Festlegung der finanziellen Förderung der CCS-Technologie)[1634], nahm das Europäische Parlament die Gesetzestexte in der vom Europäischen Rat vorgelegten Form am 17. Dezember 2008 in erster Lesung an. Die wesentlichen Inhalte dieses Pakets sowie kontroverse Aspekte lege ich im Folgenden kurz dar.

4.1.1 Reform des EU-Emissionshandelssystems

Herzstück des Energie- und Klimapakets bildet die *Richtlinie zur Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems* für die dritte Handelsperiode von 2013 bis 2020 (kurz: EHS-Richtlinie)[1635], womit ein marktbasierter Ansatz zur kostengünstigen Emissionsreduktion fortgesetzt und weiter institutionalisiert wird. Während der Reformbedarf des EHS weitgehend unter den Entscheidungsträgern anerkannt

---

1630 Vgl. hierzu auch Skodvin/Gullberg/Aakre (2010): Target-Group Influence and Political Feasibility, S. 868; Skjaerseth/ Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised, S. 83; Phillips, Leigh (2008): Deal on Climate Package Left to EU Leaders, in: EUObserver, 5.12.2008.

1631 Vgl. Phillips, Leigh (2008): Poland Looks to Climate ‚Present' from Sarkozy, in: EUObserver, 25.11.2008; Skjaerseth/Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised, S. 83.

1632 Goldirova, Renata (2008): MEPs Likely to Back EU's Climate Package, in: EUObserver, 17.12.2008.

1633 Vgl. Rat der Europäischen Union (2008): Energie und Klimawandel: Bestandteile des endgültigen Kompromisses, (Dokumentennummer 17215/08), 12.12.2008, Brüssel; vgl. auch Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal; Phillips (2008): Climate Deal Slammed as a ‚Mirage', in: EUObserver, 12.12.2008.

1634 Vgl. Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, 15.12.2008.

1635 Vgl. Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

wurde, zeichneten sich im Laufe des Jahres 2008 zahlreiche Konflikte um die genaue Ausgestaltung der EHS-Reform ab;[1636] die EHS-Richtline wird von beteiligten Akteuren auch als das schwierigste und komplexeste Dossier des Pakets beschrieben.[1637] Besonders umstritten war dabei die Frage, wie die Zuteilung der Emissionsrechte zu organisieren sei bzw. ob es eine kostenlose Zuteilung, insbesondere für energieintensive Industrien, geben sollte (wie in den vorherigen zwei Phasen) oder ob Zertifikate versteigert werden sollten, was allgemein als das wirtschaftlich effizientere Prinzip gilt.[1638]

Die verabschiedete Richtlinie schreibt im Grundsatz nun das Prinzip der Versteigerung ab 2013 vor.[1639] Die Gesamtmenge der zu versteigernden Zertifikate wird dabei im Gegensatz zu den ersten beiden Handelsperioden EU-weit festgelegt (Stichwort: EU-Cap), d. h. die Mitgliedstaaten stellen keine nationalen Allokationspläne mehr auf. Diese grundlegende Neuerung in der Architektur des EHS war in den Verhandlungen jedoch kaum mehr umstritten, was auch unterstreicht, dass die EHS-Reform und v. a. die übergeordnete Zielsetzung, die THG-Emissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren, auch unter den Mitgliedstaaten akzeptiert und unterstützt wurde.[1640]

Allerdings wurden auch einige Ausnahmen zugelassen, d. h. in bestimmten Fällen ist auch eine kostenlose Zuteilung in der dritten Handelsperiode weiterhin möglich. Basierend auf einheitlichen, von der Kommission festgelegten Kriterien erfolgt die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für einzelne Wirtschaftssektoren.[1641] Insbesondere Betreiber von Anlagen in Sektoren, in denen ein „erhebliches Risiko" besteht, dass die Kosten für Zertifikate zur Verlagerung dieser Anlagen in Länder mit weniger

---

1636 Vgl. Skjaerseth/Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised; vgl. auch u. a. Goldirova, Renata (2008): Member States Reaffirm Concern over New EU Emission Trading Scheme, in: EUObserver, 19.2.2008; Phillips, Leigh/Goldirova, Renata (2008): Emissions Permit Auctioning Key Concern of Eastern Europe, in: EUObserver, 4.3.2008.

1637 Vgl. Redebeitrag von Jean-Louis Borloo, Präsident des Rates, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Klimawandel und Energie (Einführung), P6_CRE(2008)12-16 (9), 16.12.2008, Straßburg; vgl. auch Interview 3 und Interview 5.

1638 Vgl. Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, Begründungserwägung Nr. 15.

1639 Vgl. Ebenda, Artikel 10.

1640 Vgl. Skjaerseth/Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised, S. 79.

1641 Vgl. Reichert, Götz (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union: Das EU-Klimaschutzpaket vom 23. April 2009, cep Dosssier, Centrum für Europäische Politik (CEP), Freiburg, S. 12.

strikten Klimaschutzregeln führen (Stichwort: „carbon leakage"), erhalten in der dritten Handelsperiode 100 % der erforderlichen Zertifikate kostenlos.[1642] Auf diese Weise sollen die Wettbewerbsnachteile, die durch den Emissionshandel für Anlagenbetreiber in Europa entstehen könnten, insbesondere solange es kein internationales Abkommen gibt, aufgehoben werden. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass durch eine Abwanderung der Industrie zum einen Arbeitsplätze in Europa verloren gehen und zum anderen mehr Treibhausgase außerhalb der EU emittiert werden. Die „carbon-leakage-Regelung" war jedoch alles andere als unumstritten und wurde auch erst von den Staats- und Regierungschefs im Dezember 2008 endgültig festgeschrieben.[1643] Demnach wird in der dritten Handelsperiode ein Großteil der betroffenen Industrieanlagen seine Emissionsrechte letztlich weiterhin kostenlos erhalten[1644], wodurch die Anreize für Investitionen in effizientere Verfahren und kohlenstoffarme Technologien geschwächt sowie ein struktureller Umbau der Energieversorgung in Europa verzögert werden könnte.

Auch für Energieproduzenten wurden teils Ausnahmen zugelassen: So müssen in der dritten Handelsperiode zwar prinzipiell alle Stromerzeuger ihre benötigten Zertifikate ersteigern, aber mit Blick auf die kohlebasierte Energieversorgungsstruktur in den östlichen Mitgliedsländern[1645] wurde vereinbart, dass Stromerzeuger in den EU-Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen (wenn etwa die Stromerzeugung stark auf einem fossilen Brennstoff basiert) bis zu 70 % der Zertifikate kostenlos erhalten. Diese Regelung läuft jedoch im Jahr 2020 aus. Die Übergangsfristen hin zur 100 %igen Versteigerung von Zertifikaten sollen einen „weichen" Übergang zur kohlenstoffarmen Wirtschaft ermöglichen.

Dieser flexible Ansatz gilt auch für die zweite Kategorie von Ausnahmen, die in die EHS-Richtlinie aufgenommen wurden. Denn es wurden nicht nur Ausnahmen zum Prinzip der Versteigerung vereinbart, sondern auch „Sonderzuteilungen" von Zertifikaten, d. h. bestimmte Mitgliedstaaten erhalten in der dritten Handelsperiode zusätzliche Emissionsrechte: So werden 10 % der Gesamtmenge der zu versteigernden Zertifikate „im Interesse der Solidarität und des Wachstums"[1646] an 19 Mitgliedstaaten „mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und guten Wachs-

1642 Vgl. Richtlinie 2009/29/EG, Artikel 10a, Absatz 12.

1643 Vgl. Rat der Europäischen Union (2008): Energie und Klimawandel; vgl. auch Phillips (2008): Climate Deal Slammed as a ‚Mirage', 12.12.2008; Interview 8; Interview 1.

1644 Vgl. Europäisches Parlament (2008): Das EU-Klimapaket: Background, abrufbar unter: http://www.europarl .europa.eu/ sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20081208BKG44004+0+DOC+XML+ V0//DE#title1 (letzter Zugriff: 20.12.2014).

1645 Vgl. Skjaerseth/Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised, S. 76.

1646 Richtlinie 2009/29/EG, Begründungserwägung Nr. 17.

tumsaussichten"[1647] zugeteilt. Darüber hinaus werden 2 % der Gesamtmenge der zu versteigernden Zertifikate auf neun der neuen EU-Mitgliedstaaten aufgeteilt, also unter den Ländern, deren „Treibhausgasemissionen 2005 mindestens 20 % unter denen des für sie nach dem Kyoto-Protokoll geltenden Basisjahres lagen"[1648]. Die enge Verknüpfung mit dem internationalen Klimaschutzregime zeigt sich auch in der Anerkennung der bestehenden Offset-Mechanismen im Rahmen des reformierten EU-Emissionshandelssystems.[1649]

Die sogenannten *flexiblen Mechanismen* des Kyoto-Protokolls – Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) – ermöglichen es den Industrieländern (Annex- B-Ländern des Kyoto-Protokolls), einen Teil ihrer Emissionsziele durch die Finanzierung von Projekten in anderen Ländern zu erfüllen. Im Rahmen des EHS können nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen auf diese Weise Gutschriften generieren, um so ihre EU-internen Emissionen auszugleichen.[1650] Die EHS-Richtlinie regelt nun, wie und in welchem Ausmaß die in den Jahren 2008 bis 2012 erworbenen Gutschriften für Emissionsreduktionen in der dritten Handelsperiode genutzt werden können.[1651] Während die Kommission und das EP Offset-Optionen stärker eingrenzen wollten, haben sich einige Mitgliedstaaten für die umfassende Nutzung von Gutschriften aus JI- und CDM-Projekten, wie sie nun möglich sind, erfolgreich eingesetzt.[1652] Das heißt, auch „in der dritten Handelsphase des EU-EHS bis 2020 dürfen durch Offset-Mechanismen generierte CO_2-Zertifikate noch bis 50 Prozent der Emissionsreduktionen ausmachen."[1653] Offsetting und andere Flexibilitätsmechanismen spielten auch in den Diskussionen um die Effort-Sharing-Entscheidung und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie eine zentrale Rolle.

1647 Ebenda.

1648 Ebenda; vgl. hierzu auch Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 16-17.

1649 Vgl. Rest, Jonas (2011): Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende, Wiesbaden, S. 56.

1650 Vgl. ebenda.

1651 Vgl. Richtlinie 2009/29/EG, Artikel 11a, vgl. auch Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 17.

1652 Vgl. hierzu Skjaerseth/Wettestad (2010): The EU Emissions Trading System Revised, S. 80; Rest (2011): Grüner Kapitalismus?, S. 63.

1653 Rest (2011): Grüner Kapitalismus?, S. 63; vgl. auch Richtlinie 2009/29/EG, Artikel 11a, Absatz 8.

4.1.2 Nationale Zielquoten: „Effort-Sharing“ und erneuerbare Energien

Mit der *Entscheidung zur Verteilung der Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen* (kurz: Effort-Sharing-Entscheidung) wurden verbindliche nationale Ziele in den Bereichen, die nicht unter das EHS fallen (wie Verkehr, Gebäude, Dienstleistungen, kleinere Industrieanlagen, Landwirtschaft und Abfallbewirtschaftung), festgeschrieben, die jedoch je nach Mitgliedsland erheblich variieren. Bei der Festlegung der nationalen Zielquoten wurde darauf geachtet, eine Lastenteilung vorzunehmen, die Wachstumspotenziale auch in wirtschaftlich schwächeren Ländern nicht untergräbt, d. h. die Wirtschaft soll durch Reduktionsauflagen nicht zu stark belastet werden.[1654] Die jeweils zu leistenden Beiträge der Mitgliedstaaten wurden entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung (d. h. Pro-Kopf-BIP) festgesetzt. Länder mit einem hohen Pro-Kopf-BIP müssen höhere Reduktionsziele erfüllen: So muss Luxemburg beispielsweise 20 % gegenüber dem Jahr 2005 reduzieren, während Bulgarien zusätzliche 20 % gegenüber dem Basisjahr 2005 emittieren darf. Mit dieser Verteilung in den Bereichen, die nicht unter das EHS fallen, sollen insgesamt 10 % der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 2005 reduziert werden. Auf diese Weise soll wiederum – gemeinsam mit dem EHS – das Gesamtreduktionsziel von 20 % gegenüber dem Jahr 1990 bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Die einzelnen Komponenten des Energie- und Klimapakets sind somit auch eng miteinander verzahnt.

Wie schon angedeutet, stellte die Frage, wie diese Ziele außerhalb des EHS erreicht werden sollten, einen zentralen Diskussionspunkt in den Verhandlungen um die Effort-Sharing-Entscheidung dar.[1655] Folgende „Spielräume“[1656] wurden dabei insbesondere auf Drängen einiger Mitgliedstaaten[1657] integriert: Zum einen kann ein Mitgliedstaat 5 % seiner jährlichen Emissionszuweisungen für das nachfolgende Jahr vorweg in Anspruch nehmen (Stichwort: „borrowing“). Zum anderen können bei Übererfüllung auch Zuweisungen auf das Folgejahr angerechnet werden (Stichwort: „banking“).[1658] „Zudem kann ein Mitgliedstaat bis zu 5 % seiner Emissionszuweisung für ein bestimmtes Jahr an einen anderen Mitgliedstaat übertragen.“[1659]

1654 Vgl. Agence Europe (2008): Member States Support Structure and Ambition of Climate/Energy Package – All Want Political Agreement by End 2008/Beginning 2009 at the Latest, 4.3.2008. Für die genauen Ziele vgl. Entscheidung Nr. 406/2009/EG.

1655 Vgl. Lacasta et al. (2010): From Sharing the Burden to Sharing the Effort, S. 106.

1656 Entscheidung Nr. 406/2009/EG, Artikel 3, Absatz 3.

1657 Vgl. Lacasta et al. (2010): From Sharing the Burden to Sharing the Effort, S. 106.

1658 Vgl. Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 20.

1659 Ebenda.

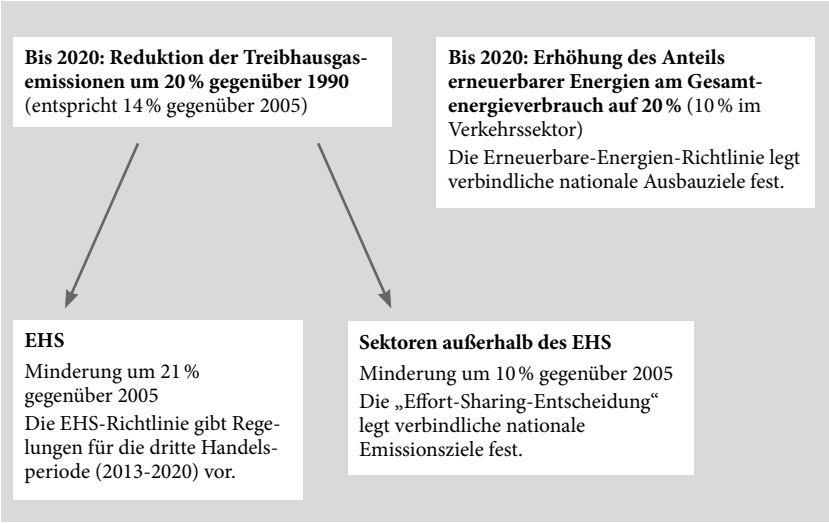


Abb. 12 Zentrale Komponenten des Energie- und Klimapakets mit Zielquoten bis 2020

Wie auch im Rahmen des EHS können zudem unter bestimmten Bedingungen Gutschriften aus JI- oder CDM-Projekten bis zu einer Emissionsmenge, die 3 % der Emissionen eines Mitgliedstaates im Jahr 2005 entspricht,[1660] auf die nationalen Zielquoten angerechnet werden. Insgesamt sind in der endgültigen Entscheidung mehr Flexibilitätsmechanismen festgeschrieben, als im ursprünglichen Kommissionsvorschlag vorgesehen;[1661] ohne dabei jedoch vom übergeordneten 20 %-Ziel bis 2020 abzurücken. Dennoch wurde gerade die Effort-Sharing-Entscheidung, insbesondere aufgrund der Möglichkeiten der EU-externen Emissionsreduktion, den sogenannten Offsets, vehement von Umweltgruppen kritisiert, die auch gegen eine Annahme dieser Entscheidung plädiert haben.[1662] Besonders positiv wurde hingegen die Erneuerbare-Energien-Richtlinie von Umweltgruppen aufgenommen,[1663] die ebenfalls verbindliche nationale Zielquoten bis 2020 festschreibt.

1660 Entscheidung Nr. 406/2009/EG, Artikel 5, Absatz 4.

1661 Lacasta et al. (2010): From Sharing the Burden to Sharing the Effort, S. 108.

1662 Vgl. Greenpeace (2008): MEPs Must Exercise Their Democratic Power and Reject the EU's ‚Effort Sharing' Law, 16.12.2008, Brüssel; vgl. auch Interview 8.

1663 Vgl. Phillips, Leigh (2008): Greens Hail EU Deal on Renewable Energy, in: EUObserver, 9.12.2008.

Denn um das vom Europäischen Rat verabschiedete Gesamtziel bis 2020 zu erreichen, werden in der *Erneuerbare-Energien-Richtlinie* nach bestimmten Kriterien nationale Ziele verbindlich festgelegt.[1664] Ähnlich wie in Bezug auf die Erreichung der Emissionsreduktionsziele standen in den Verhandlungen um die Erneuerbare-Energien-Richtlinie auch hier die verschiedenen Optionen zur Flexibilität im Vordergrund. Besonders strittig war dabei der ursprüngliche Vorschlag der Kommission, für sogenannte Herkunftsnachweise einen freien Handel einzuführen.[1665] Letztlich wurden andere Kooperationsmechanismen bzw. Flexibilitätsmechanismen verabschiedet, die zu einem möglichst kosteneffizienten Ausbau der erneuerbaren Energien führen sollen.[1666] So kann beispielsweise im Rahmen „statistischer Transfers" eine Menge erneuerbarer Energien, die in einem Mitgliedstaat produziert wurde, auf das nationale Ziel eines anderen überschrieben werden. Neben den diversen EU-internen Kooperationsmechanismen kann zudem auch Strom aus erneuerbaren Energien, der im Rahmen von Projekten mit Drittstaaten, wie etwa den Mitgliedsländern der Energiegemeinschaft, erzeugt wurde, auf nationale Zielquoten angerechnet werden.[1667]

Die Richtlinie legt darüber hinaus fest, dass bis 2020 mindestens 10 % aller Kraftstoffe im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien gewonnen werden müssen. Im März 2007 war dieses Ziel noch speziell auf Biokraftstoffe ausgerichtet. Jedoch wurde im Zuge der Verhandlungen die Nachhaltigkeit einiger Biokraftstoffe der ersten Generation infrage gestellt, da ihre Produktion auch mit der Nahrungs- und Futtermittelproduktion konkurriert und in einigen Ländern erheblich zur Zerstörung der Biodiversität beiträgt.[1668] Vor diesem Hintergrund müssen nun Biokraftstoffe bestimmte *Nachhaltigkeitskriterien* erfüllen, sie dürfen z. B. nicht auf Flächen erzeugt werden, die eine hohe biologische Vielfalt aufweisen. Die Er-

1664 Vgl. Richtlinie 2009/28/EG; vgl. auch Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 23; Howes, Tom (2010): The EU's New Renewable Energy Directive (2009/28/EC), in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 117-150, vgl. auch Agence Europe (2008): Directive Will Implement Objectives on Renewable Energy Set by European Council in 2007 by 2020, 18.1.2008.

1665 Vgl. Sauter (2010): EU Energy Policy, S. 157-158; vgl. auch Agence Europe (2008): Appeal to Explain Guarantees of Origin Trade Mechanisms and Strict Sustainability Criteria for Biofuels, 29.2.2008.

1666 Vgl. Howes (2010): The EU's New Renewable Energy Directive, S. 130, 133 und 138.

1667 Ebenda, S. 134-136.

1668 Vgl. ebenda, S. 140-142; Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 28.

neuerbare-Energien-Richtlinie wurde mit diesen Änderungen breit unterstützt,[1669] auch von Umwelt-NGOs wie Greenpeace[1670], und erhielt mit 635 Ja-Stimmen im Vergleich zu den anderen drei Dossiers auch die größte Zustimmung im Europäischen Parlament. Während die Förderung von erneuerbaren Energien also viel Zustimmung erhielt,[1671] war im Vorfeld und auch noch während der Verhandlungen umstritten, inwiefern die EU als Teil einer integrierten Energie- und Klimapolitik auf die CCS-Technologie setzen sollte.[1672]

4.1.3 Regulierung und Förderung der CCS-Technologie

Neben den drei skizzierten Elementen des Energie- und Klimapakets, mit denen vornehmlich zwei der 20-20-20-Ziele bis 2020 erreicht werden sollen,[1673] ist mit der *Richtlinie über die geologische Speicherung von Kohlendioxid*[1674] (kurz: CCS-Richtlinie) erstmals auch ein Rechtsrahmen für die Nutzung der CCS-Technologie in Europa geschaffen worden. Mit der kommerziellen Nutzung dieser Technologie sollen v. a. nach dem Jahr 2020 große Mengen an CO_2 vermieden werden.[1675] Nach vorläufigen Schätzungen können bis 2020 etwa sieben Millionen Tonnen und bis 2030 sogar bis zu 160 Millionen Tonnen CO_2 gespeichert werden.[1676] Die Richtlinie schreibt den Mitgliedstaaten jedoch nicht vor, die CCS-Technologie in Zukunft einzusetzen, macht aber detaillierte Vorgaben für diesen Fall. Darunter finden sich u. a. technische Aspekte der Abscheidung, Speicherung und des Transports von CO_2 sowie genaue Regeln zur Auswahl und Exploration von CO_2-Speicherstätten, zur Erteilung von Speichergenehmigungen für Unternehmen, zum Betrieb und

1669 Auch die zuvor kritische Regierung Italiens stimmte der Richtlinie zu. Vgl. Agence Europe (2008): Borloo and Piebalgs Confirm Possible Agreement on ‚Climate/Energy' Package before End of Week, 9.12.2008.

1670 Vgl. Interview 8; Greenpeace (2008): MEPs Must Exercise Their Democratic Power and Reject the EU's ‚Effort Sharing' Law, 16.12.2008; Phillips (2008): Greens Hail EU Deal on Renewable Energy, 9.12.2008.

1671 Vgl. Phillips (2008): Greens Hail EU Deal on Renewable Energy, 9.12.2008.

1672 Vgl. hierzu auch Phillips, Leigh (2008): EU-Backed Carbon Capture and Storage Technology Not Without Critics, in: EUObserver, 25.1.2008; Phillips, Leigh (2008): EU Parliament Wades into Carbon Capture Battlefield, in: EUObserver, 7.5.2008.

1673 Vgl. Europäische Kommission (2008): 20 und 20 bis 2020.

1674 Richtlinie 2009/31/EG.

1675 Vgl. hierzu auch Europäische Kommission (2008): Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen, KOM(2008)13 endgültig, 23.1.2008, Brüssel.

1676 Vgl. Richtlinie 2009/31/EG, Begründungserwägung Nr. 5.

zur Schließung von CO_2-Speicherstätten sowie auch zur Haftung für Schäden.[1677] Hierzu wurden einerseits bestehende Haftungsreglungen aus der Umweltpolitik auf Schäden der Umwelt und des Klimas ausgeweitet, die aufgrund von CO_2-Leckagen entstehen. Andererseits werden in der Richtlinie aber auch spezielle Auflagen für Betreiber von CO_2-Speicherstätten zur Erstellung von Maßnahmenplänen, der Ergreifung von Abhilfemaßnahmen und der Übernahme von Kosten geregelt. Erfüllt ein Betreiber diese Auflagen nicht, geht die Verantwortung unter bestimmten Bedingungen auf die zuständigen Behörden über; die Betreiber bleiben jedoch über einen Finanzierungsmechanismus bis zu 30 Jahre in der Mitverantwortung.[1678]

Greenpeace forderte dennoch, im Gegensatz zu pro-CCS Umweltgruppen wie v. a. WWF und der norwegischen NGO Bellona,[1679] die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) bis zuletzt auf, die CCS-Richtlinie abzulehnen.[1680] Allerdings stimmten nur 68 Abgeordnete mit Nein und 623 Abgeordnete mit Ja.[1681] Damit erhielt die CCS-Richtlinie die zweitgrößte Zustimmungsquote des gesamten Pakets. Nicht nur das endgültige Abstimmungsergebnis spricht für die breite Unterstützung der CCS-Technologie seitens des Europäischen Parlaments, sondern auch die Auswahl des Berichterstatters Chris Davies, der das EP in den Trilog-Verhandlungen gegenüber Rat und Kommission vertreten hat. Denn Davies gilt als industriefreundlicher CCS-Befürworter.[1682] Angesichts der zentralen Stellung des Berichterstatters im Gesetzgebungsprozess, gerade auch bei einem Verfahren in erster Lesung bzw. im Trilog-Verfahren,[1683] wurde mit der Benennung von Davies also eine Pro-CCS-Position seitens des EP in den Verhandlungen eingeschlagen. Gemeinsam mit seiner Kollegin Avril Doyle, der zuständigen Berichterstatterin für die EHS-Richtlinie, spielte Davies

1677 Für eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Komponenten der Richtlinie vgl. u. a. Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 224-225.

1678 Vgl. Richtlinie 2009/31/EG; Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 32.

1679 Vgl. Phillips (2008): EU Parliament Wades into Carbon Capture Battlefield, 7.5.2008.

1680 Vgl. Greenpeace (2008): MEPs Must Exercise Their Democratic Power and Reject the EU's ‚Effort Sharing' Law, 16.12.2008, Brüssel.

1681 Vgl. Europäisches Parlament (2008): Das EU-Klimapaket. Zur Abstimmung im ENVI-Ausschuss vgl. auch Phillips, Leigh (2008): MEPs Back Subsidies for ‚Clean' Coal, in: EUObserver, 8.10.2008.

1682 Vgl. Interview 8. Vgl. auch Phillips (2008): EU Parliament Wades into Carbon Capture Battlefield, 7.5.2008.

1683 Vgl. kritisch hierzu u. a. Redebeitrag von Herbert Reul (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket (Fortsetzung), P6_CRE(2008)12-04 (5), 4.12.2008, Brüssel; zur zentralen Rolle des Berichterstatters vgl. auch Interview 7 und Interview 3.

dann auch eine entscheidende Rolle bei der inhaltlichen Ausgestaltung der CCS-Richtlinie.[1684] Während der ursprüngliche Richtlinienvorschlag der Kommission sich auf die oben skizzierten regulativen Aspekte des Risikomanagements konzentrierte, so rückte der liberale britische Berichterstatter Davies die Frage der Finanzierung von CCS in den Vordergrund und konnte einen speziellen Unterstützungsmechanismus gegenüber dem Rat aushandeln,[1685] wie ein Mitarbeiter von Greenpeace in einem für diese Studie durchgeführten Interview angab:

> Well, there […] was a very big lobby for CCS in the European Parliament. And there was also a strong cooperation between Chris Davies and Avril Doyle to get on the one hand, in the ETS Directive this special reserve of allowances that will be auctioned. That would fill a pot of money for CCS. And on the other hand, […] very weak standards in terms of safety […] in the CCS Directive.[1686]

Die Grundsatzfrage, ob man CCS überhaupt in Zukunft kommerziell einsetzen sollte, diskutierten die Verhandlungspartner im Trilog-Verfahren dann nicht mehr, sondern verhandelten primär über die Art und Höhe der Finanzierung.[1687] „Securing funding for a CCS demonstration programme was one of the most controversial issues at the European Council meeting on 12 December"[1688]. Letztlich konnten sich die CCS-Befürworter – wie Großbritannien – durchsetzen und es wurde auch gerade auf Drängen der Berichterstatter festgeschrieben,[1689] bis zu 300 Millionen Emissionszertifikate aus der Neuanlagenreserve des EHS zur Co-Finanzierung von bis zu 12 kommerziellen Demonstrationsprojekten zu nutzen.[1690] Abgeschiedenes und

1684 Vgl. Interview 8; vgl. auch Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 230.

1685 Vgl. Agence Europe (2008): Appeal by Outgoing Presidency and Commission on Behalf Climate/Energy Package on Eve of Parliament Vote – Move Towards First Reading Agreement, 17.12.2008; Chiavari, Joana (2010): The Legal Framework for Carbon Capture and Storage in the EU (Directive 2009/31/EC), in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 151-177, hier S. 160; vgl. auch Redebeitrag von Stavros Dimas, Mitglied der Kommission, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Klimawandel und Energie (Einführung).

1686 Interview 8.

1687 Vgl. Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, 15.12.2008; Chiavari (2010): The Legal Framework for Carbon Capture and Storage in the EU, S. 162-163.

1688 Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 231.

1689 Vgl. ebenda, S. 231; vgl. auch Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, 15.12.2008.

1690 Vgl. Europäisches Parlament (2008): Das EU-Klimapaket; Richtlinie 2009/29/EG, Artikel 10a, Absatz 8.

gespeichertes CO_2 wird zudem im Rahmen des EHS nicht als Emission gewertet; so sollen zusätzliche Anreize für den kommerziellen Einsatz von CCS geschaffen werden.[1691] Die Richtlinie gibt zwar keine verbindlichen CO_2-Emissionsstandards für Kraftwerke vor, wie es das EP anfangs gefordert hatte,[1692] schreibt aber vor, dass bestimmte neue Kraftwerke (d. h. Feuerungsanlagen mit einer elektrischen Nennleistung von 300 Megawatt) „CCS-ready" bzw. „capture-ready" sein müssen, d. h. die technische und wirtschaftliche Machbarkeit einer Nachrüstung sowie die Verfügbarkeit geeigneter Speicherstätten muss zur Betriebsgenehmigung geprüft werden.[1693] Insgesamt lässt sich also von einer weitreichenden Unterstützung der CCS-Technologie auf europäischer Ebene sprechen, die über die reine Schaffung eines Rechtsrahmens hinausgeht.

4.1.4 Zusammenfassende Bewertung des Energie- und Klimapakets

Es lässt sich zunächst festhalten, dass sich alle vier skizzierten Dossiers des Energie- und Klimapakets in die Lösungsstrategie der low-carbon economy story-line einfügen, d. h. den technologiegestützten Lösungsmodellen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft weitgehend entsprechen. Es lässt sich somit von einer *inhaltlich hohen Passung zwischen der diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line und dem verabschiedeten Energie- und Klimapaket* sprechen. Alle Maßnahmen zielen im Wesentlichen auf die kosteneffiziente Reduktion von Treibhausgasemission ab und sollen gleichzeitig wirtschaftliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Europa setzen, nicht zuletzt auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie beinhaltet auch Forderungen der green economy story-line (Stichwort: Nachhaltigkeitskriterien) und erhielt entsprechend auch eine hohe Zustimmung von den Grünen im Europaparlament sowie europäischen Umweltgruppen.[1694] Diese umfassende Zustimmung lässt sich aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive damit erklären, dass die Substitution von beiden Diskurskoalition als zentrales Lösungsmodell befürwortet wird, d. h. sowohl in der green economy als auch in der low-carbon economy story-line spielen die Förderung und der Ausbau erneuerbarer Energien eine zentrale Rolle, wie im Analyseschritt I und II herausgearbeitet wurde. In diesem Bereich lässt sich somit die größte Übereinstimmung unter den Akteuren in der europäischen

1691 Reichert (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union, S. 29.

1692 Vgl. Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 231-232.

1693 Vgl. Richtlinie 2009/31/EG, Artikel 33; vgl. auch ebenda, S. 226.

1694 Vgl. hierzu Interview 1; Interview 8.

Energiepolitik ausmachen, wie es auch ein Mitarbeiter im Europäischen Parlament im Interview beschreibt:

> Weder die 20-20-20-Ziele noch die grundsätzliche Aussage, dass wir die Erneuerbaren fördern müssen, niemand, weder die Konservativen, niemand ist dagegen und ist auch heute nicht dagegen. Warum sollte man dagegen sein […] Erneuerbare sind eigentlich Domestic Sources, der Wind bläst hier und die Sonne scheint hier. Wettbewerbsfähigkeit, Green Jobs, Growth, Forschung in dem ganzen Bereich, Exportchancen für Technologien und natürlich auch Nachhaltigkeit.[1695]

Neben dieser allgemein geteilten Unterstützung der erneuerbaren Energien reflektiert das Energie- und Klimapaket aber deutlich die diskursive Schließung der Energieproblematik, die sich Anfang 2007 um die low-carbon economy story-line herausgebildet hat. Denn das Paket zielt insgesamt auf die *Balance von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum* bzw. Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ab. Betrachtet man das Verhandlungsergebnis also etwas genauer, so lässt sich argumentieren, dass sich die Klimaschützer-Koalition, die sich um die low-carbon economy story-line formiert, in vielen Aspekten der konkreten Lösungsstrategie durchsetzen konnte. Hier ist v. a. die erfolgreiche Stärkung der Aspekte Kosteneffizienz und Flexibilität bei der Umsetzung der Energie- und Klimaziele zu nennen. So wird zwar das Emissionsreduktionsziel von 20 % gegenüber 1990 beibehalten, aber die Ausnahmeregelungen im EHS für einige Industrie-Sektoren, die etwa vom „carbon leakage" betroffen sind, zeigen, dass die Reduktion von Treibhausgasemissionen im Sinne der low-carbon economy story-line stets mit den Aspekten Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sowie Wohlstand und Beschäftigung in Europa verbunden wird.[1696]

Vor allem aber verdeutlichen die verschiedenen „Offset-Mechanismen" in der EHS-Richtlinie und in der Effort-Sharing-Entscheidung, dass die kostengünstige formale Erfüllung des 20 %-Ziels im Kampf gegen den globalen Klimawandel mehr Bedeutung zugeschrieben wird als einer umfassenden *strukturellen Transformation des europäischen Energie- und Wirtschaftssystems* bzw. einer Reduktion der Treibhausgase innerhalb der EU.[1697] Aus Sicht der Klimaschützer-Koalition gilt ja auch vielmehr das Motto: „Wo die Treibhausgase eingespart werden, ist für die Bekämpfung des globalen Klimawandels egal." Mit dieser Argumentation hatten

1695 Interview 2.

1696 Vgl. hierzu z. B. auch Agence Europe (2008): Council Calls for Balance between Needs of Combating Climate Change and Those of Industry Competitiveness in Climate-Energy Package, 25.2.2008.

1697 Vgl. hierzu kritisch auch Rest (2011): Grüner Kapitalismus?, S. 64.

gerade auch Industrievertreter die ursprünglich von der Kommission und vom EP vorgeschlagene restriktivere Nutzung von flexiblen Mechanismen wie JI und CDM kritisiert.[1698] Hingegen bestehen Ökologen explizit auf „further reductions of domestic EU emissions"[1699], d. h. sie sehen eine genuine Verantwortung der EU, Emissionsreduktionen durch strukturelle Veränderungen und Maßnahmen in Europa zu erreichen.[1700] Zudem wird die Umstrukturierung bzw. die Dekarbonisierung der Energieversorgung in Europa nicht allein aus Klimaschutzgründen für notwendig erachtet, sondern um langfristig eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Angesichts der vielen im Laufe der Verhandlungen hinzugefügten Flexibilitätsmechanismen lässt sich verstehen, dass Vertreter der ökologischen Diskurskoalition „less happy"[1701] mit dem Verhandlungsergebnis waren, wie zum Beispiel die Grüne Abgeordnete Satu Hassi beschreibt:

> It is a historical achievement to have emission reduction targets for EU member states […] However, I cannot feel completely happy, because the deal allows outsourcing of over half of EU emissions reductions to other countries.[1702]

Oberthür und Pallemaerts stellen angesichts der weiterhin bestehenden umfassenden Offset-Optionen auch die mangelnde strukturelle Transformationskraft des Pakets fest – „it gives an insufficient political signal for a full-scale transformation of the EU's energy system"[1703]. Im Vordergrund des verabschiedeten Energie- und Klimapakets steht somit die von der Klimaschützer-Koalition angestrebte kosteneffiziente THG-Reduktion, die nicht in erster Linie innerhalb der EU erfolgen muss, sondern auch maßgeblich durch die Finanzierung von Projekten in Drittstaaten, wodurch der globale Klimawandel effektiv bekämpft wird. So werden gleichzeitig der Anpassungsdruck sowie die Kosten für die heimische Industrie und die europäische

1698 Vgl. Agence Europe (2008): Positive Response to Energy-Climate Package Contrasts with Previous Concern and Lobbying- Indication of Balance, 25.1.2008.

1699 Agence Europe (2008): Greenpeace Calls on Czech Presidency to Make Climate Protection a Priority in the Same Way as Energy Security, 9.1.2008; vgl. auch Agence Europe (2008): Debate on Sharing Greenhouse Gas Emission Reductions Intensifies with Approach of Commission Proposal, 17.1.2008.

1700 Vgl. u. a. Agence Europe (2008): Greenpeace Calls on Czech Presidency to Make Climate Protection a Priority in the Same Way as Energy Security, 9.1.2008; Phillips (2008): Climate Deal Slammed as a ‚Mirage', 12.12.2008.

1701 Claude Turmes zitiert nach Goldirova (2008): MEPs Likely to Back EU's Climate Package, 17.12.2008.

1702 Satu Hassi zitiert nach Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, 15.12.2008.

1703 Oberthür/Pallemaerts (2010): The EU's Internal and External Climate Policies, S. 54.

Energiebranche bedeutend abgemildert[1704] und damit ein „weicher" Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Europa ermöglicht. Nicht zuletzt auch die Solidaritätsmechanismen im EHS sollen, wie es explizit in einer Presseerklärung des Rates heißt, dazu beitragen, „to help less affluent EU states with the transition to a low carbon economy"[1705].

Dass *das Energie- und Klimapaket der Lösungsstrategie der low-carbon economy story-line weitgehend entspricht*, zeigt sich zudem deutlich in der Verabschiedung der CCS-Richtlinie. Vertreter der Klimaschützer-Koalition, allen voran die Europäische Kommission[1706] und auch ein Großteil der Abgeordneten im Europaparlament, sehen in dieser „Brückentechnologie"[1707] ein wichtiges Lösungselement zur Reduzierung von Treibhausgasen ohne grundlegende Transformation des Energiesektors. Zudem unterstützten auch Umweltgruppen wie der WWF die CCS-Technologie: „Carbon capture and storage is not an ideal solution, but it buys time. We believe it is part of the solution – an emergency exit."[1708] Diese zwar wenig enthusiastische Unterstützung der CCS-Technologie verdeutlicht dennoch, dass auch wichtige umweltpolitische Akteure, wie der WWF, angesichts der Klimaproblematik von der green economy story-line auf die low-carbon economy story-line umschwenken und damit zur Stärkung der Diskurskoalition der Klimaschützer beitragen. [1709] Durch diese Vereinnahmung bzw. „Abwanderung" wichtiger ökologischer Protagonisten wird die Durchsetzungsfähigkeit der ökologischen Diskurskoalition, die ein umfassenderes Verständnis von Klima- und Umweltschutz vertritt und sich beispielsweise klar gegen die CCS-Technologie positioniert, geschwächt. Auch wenn die CCS-Richtlinie „nur ein kleines Rädchen im großen Bereich des Klimapaketes"[1710] darstellt, so ist die regulative und v. a. die letztlich vereinbarte finanzielle Unterstützung – aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive – als ein starker *Indikator für die Durchsetzungsfähigkeit der Diskurskoalition der Klimaschützer* zu sehen. Denn

1704 Vgl. auch Rest (2011): Grüner Kapitalismus?, S. 56.

1705 Rat der Europäischen Union (2009): Council Adopts Climate-Energy Legislative Package, 8434/09 (Presse 77), 6.4.2009, Brüssel.

1706 Vgl. hierzu auch Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 218-219.

1707 Richtlinie 2009/31/EG, Begründungserwägung Nr. 4.

1708 Stephan Singer zitiert nach Phillips (2008): EU Parliament Wades into Carbon Capture Battlefield, 7.5.2008.

1709 Vgl. ebenda; vgl. auch Singer, Stephan (2007): CCS: An Uncomfortable but Necessary Option, Präsentation, 8.5.2007, Brüssel.

1710 Redebeitrag von Karsten Friedrich Hoppenstedt (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket, P6_CRE(2008)12-04 (3), 4.12.2008, Brüssel.

trotz der großen Überschneidungen zwischen den beiden Diskurskoalitionen, die ja beide im Rahmen der umfassenden Energieperspektive argumentieren, so spielt die CCS-Technologie in der green economy story-line der ökologischen Diskurskoalition keine positive Rolle.

Gemeinsame diskursive Elemente im Rahmen der umfassenden Energieperspektive

- Globale Problemdefinition: Klimawandel (und Energiesicherheit)
- Erhalt des wachstumsbasierten Wohlstandsmodells
- Technologiegestützte Lösungsmodelle der Substitution und der Effizienz

Diskurskoalition der Klimaschützer	Ökologische Diskurskoalition
Die für diese Diskurskoalition konstitutive *low-carbon economy story-line* legitimiert *alle* kohlenstoffarmen Optionen (auch Atomkraft und CCS) mit dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Hauptziel dieser Diskurskoalition ist die kosteneffiziente Reduktion von THG-Emissionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum.	Die konstitutive *green economy story-line* legitimiert nur kohlenstoffarme Optionen, die auch andere (Umweltschutz-)Kriterien erfüllen, mit dem langfristigen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Klimaschutz mittels THG-Reduktion ist nur ein (umwelt-)politisches Ziel dieser Diskurskoalition.

Abb. 13 Deutungskonflikt im Rahmen der umfassenden Energieperspektive

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass alle vier Dossiers des Energie- und Klimapakets im Sinne der low-carbon economy story-line auf eine harmonische Verknüpfung von THG-Reduktion und Wirtschaftswachstum abzielen, ohne eine radikale Anpassung des europäischen Energie- und Wirtschaftssystems zu erzwingen. Stattdessen wird ein kosteneffizienter und flexibler bzw. „weicher" Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Europa vorgezeichnet. Die hier skizzierte Diskursinstitutionalisierung anhand des Energie- und Klimapakets kann auch als Indikator für die *Dominanz der umfassenden Energieperspektive und die Tragfähigkeit der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line* gewertet werden. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive besteht das zentrale Interesse aber nicht allein darin, den dominanten Diskurs zu identifizieren, sondern auch die Konsequenzen von story-lines im Sinne einer Ermöglichung von Politik zu erfassen.[1711] Es soll daher nicht ausschließlich von dieser inhaltlichen

1711 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.2.

Übereinstimmung zwischen den Lösungsmodellen und der konkreten Umsetzung auf die Relevanz der low-carbon economy story-line für die Etablierung der EPE geschlossen werden. Vielmehr soll genauer betrachtet werden, inwiefern die low-carbon economy story-line von unterschiedlich positionierten Akteuren im Gesetzgebungsprozess genutzt wurde, d. h. ob die hohe Legitimations- und Integrationskraft dieser story-line sich auch im Kontext der Verhandlungen bewährt hat oder ob die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line wieder aufgebrochen wurde.

4.2 Die low-carbon economy story-line im Gesetzgebungsprozess

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive sind die Funktionen von story-lines nicht nur in der Phase der Politikformulierung von Bedeutung; „discursive struggles" um die Deutungshoheit enden nicht mit der Politikformulierung bzw. der Problemdefinition, sondern prägen auch die Formulierung und rechtliche Fixierung von Lösungsstrategien. Die Frage, die sich daher stellt, ist, inwiefern zentrale Entscheidungsträger im weiteren Verlauf des Policy-Prozesses auf die low-carbon economy story-line rekurrieren. Wie bereits ausgeführt, spielt die Kommission rein formal betrachtet im europäischen Policy-Prozess um die Etablierung der EPE eine zentrale Rolle, da sie nicht nur die Debatten wesentlich vorstrukturiert, sondern auch die Gesetzesvorschläge unterbreitet. Im konkreten Fall wird dabei schon bei der Vorstellung ihrer Gesetzesvorschläge zum Energie- und Klimapaket der Zusammenhang zwischen der Anfang 2007 erreichten diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line deutlich, wenn Kommissionspräsident Barroso gegenüber dem Europäischen Parlament ausführt:

> Das heute vorliegende Paket ist ein weiterer Beitrag zu einem detaillierten Fahrplan, mit dem *das im Vorjahr vereinbarte Leitbild* umgesetzt werden soll. Über das Leitbild haben wir uns geeinigt, jetzt müssen wir die konkreten Pläne vorlegen, die konkreten Instrumente, um diese Vorstellungen wahr zu machen. Wir meinen, dass wir uns hauptsächlich darauf konzentrieren müssen, unseren Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um etwa 20 % zu senken und bei Bedarf bereit zu sein, bei einem internationalen Abkommen den Wert auf 30 % zu steigern. […] *Europa kann zur ersten Volkswirtschaft im CO_2-armen Zeitalter werden. Diese Chance müssen wir nutzen.* Mit diesem Paket hat Europa die Gelegenheit, sich von seiner besten Seite zu zeigen: ein Problem von grundlegender und langfristiger Bedeutung anzugehen; die Schlagkraft der Europäi-

> schen Union europaweit bestmöglich zu nutzen; und politischen Konsens in praktische Maßnahmen zu überführen.[1712]

Die Kommission legitimiert die Vorschläge zum Energie- und Klimapaket maßgeblich mit der low-carbon economy story-line und positioniert sich dadurch weiterhin klar in der Diskurskoalition der Klimaschützer.[1713] So steht auch die Pressemeldung der Kommission zur Vorstellung des Gesetzespakets ganz im Sinne der low-carbon economy story-line und trägt den passenden Titel „Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz"[1714]. Die Gesetzesvorschläge der Kommission zur Umsetzung der EPE, d. h. den festgelegten 20-20-20-Zielen, sollen somit Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zugleich fördern. Mit dem Modell der kohlenstoffarmen Wirtschaft will die EU aus Sicht der Kommission auch ein Vorbild für andere Industrienationen im „CO_2-armen Zeitalter"[1715] werden. Das Energie- und Klimapaket wurde somit von der Kommission Anfang 2008 mit Rückgriff auf die low-carbon economy story-line legitimiert und als Teilaspekt des größeren Transformationsprojekts hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft konstituiert. Die Robustheit der diskursiven Schließung der Energieproblematik zeigt sich aber v. a. darin, dass zentrale Entscheidungsträger bzw. die diskursiven Eliten sowie auch andere beteiligte Policy-Maker im Kontext der sich anbahnenden Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 weiterhin an der low-carbon economy story-line festhielten, um die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets zu legitimieren und interne Widerstände zu überwinden.

4.2.1 Widerstandsfähigkeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise

> Die derzeitige Wirtschaftskrise darf kein Grund für Apathie sein; vielmehr ist sie ein weiterer Anreiz für uns, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. […] Die Umstellung auf eine *Wirtschaft mit geringem Kohlendioxidausstoß* wird Innovationen

1712 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Vorschläge im Bereich Energie und Klimawandel, P6_CRE(2008)01-23 (6), 23.1.2008, Brüssel.

1713 Vgl. hierzu ausführlich Europäische Kommission (2008): 20 und 20 bis 2020; vgl. auch Agence Europe (2008): José Manuel Barroso and Charlie McCreevy Defend EU Energy and Climate Package, 29.1.2008; Agence Europe (2008): Commission Unveils Climate/Energy Package in Five Legislative Proposals to Engage Europe on Road to Low Carbon Economy, 24.1.2008; Phillips, Leigh (2008): EU Unveils Comprehensive Climate and Energy Package, in: EUObserver, 23.1.2008.

1714 IP/08/80, Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, 23.1.2008, Brüssel.

1715 Redebeitrag von José Manuel Barroso, Präsident der Kommission, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Vorschläge im Bereich Energie und Klimawandel.

> vorantreiben, neue Investitionsmöglichkeiten bieten und neue, grüne Arbeitsplätze schaffen. Dies ist der Grund, warum das *Maßnahmenpaket zu Klimawandel und Energie einen Teil der Lösung für die heutige Krise* darstellt.[1716]

Aber nicht nur die Kommission blieb bei der Deutung der Energieproblematik mittels der low-carbon economy story-line,[1717] um das Energie- und Klimapaket im Kontext der sich anbahnenden Wirtschafts- und Finanzkrise zu legitimieren, sondern auch das Europäische Parlament.[1718] Entscheidend für die Fortsetzung des Gesetzgebungsprozesses war jedoch v. a. die Positionierung des Europäischen Rates im Oktober 2008.[1719] Denn diese Tagung kurz nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers stand entsprechend auch ganz „im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise"[1720] und es wurde auch befürchtet, dass einige Mitgliedstaaten die Entscheidungen über das Energie- und Klimapaket aufschieben oder gar blockieren wollten.[1721] Jedoch bestätigte der Europäische Rat im Oktober 2008 „seine Entschlossenheit, die ehrgeizigen Verpflichtungen im Bereich der Klima- und Energiepolitik einzuhalten"[1722] und zielte darauf ab, auf der Tagung im Dezember 2008 „geeignete Problemlösungen im Hinblick auf die Umsetzung

1716 Redebeitrag von Stavros Dimas, Mitglied der Kommission, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1717 Vgl. hierzu u. a. Goldirova, Renata (2008): Barroso Reminds Europe of Climate Change Threat, in: EUObserver, 14.10.2008.

1718 Vgl. Agence Europe (2008): Pöttering Calls for Coordinated Response to Financial Crisis – EP Wants Agreement on Energy-Climate Package and Roadmap on Lisbon Treaty Before End of the Year, 16.10.2008; Agence Europe (2008): Financial Crisis Must Not Be an Excuse for Watering down Climate Change Measures, Liberals Say, 16.10.2008.

1719 Vgl. u. a. Agence Europe (2008): Summit of Reassurance for Europeans, 9.10.2008.

1720 Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15./16. Oktober 2008, Brüssel, S. 1.

1721 Vgl. Redebeitrag von Jean-Louis Borloo, Präsident des Rates, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket; vgl. auch Agence Europe (2008): Conflicting Expectations of Environmentalists and European Industry on Energy-Climate Package, 14.10.2008; Runner, Philippa (2008): Poland Keen to Block EU's CO2 Auction Scheme, in: EUObserver, 7.8.2008; Phillips, Leigh (2008): Climate Package Must Now Be ‚Cost-Effective', in: EUObserver, 16.10.2008.

1722 Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15./16. Oktober 2008, Brüssel, S. 6.

dieses Pakets"[1723] zu beschließen.[1724] So stellte auch der damalige französische Ratspräsident Nicolas Sarkozy im Anschluss an den Gipfel im Oktober 2008 fest:

> *Ich kann kein einziges Argument für die Annahme erkennen, dass es der Welt aus ökologischer Sicht besser geht, weil es die Finanzkrise gegeben hat.* Als wir beschlossen haben, uns des Energie- und Klimapakets anzunehmen, haben wir dies in dem Bewusstsein unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und gegenüber der Zukunft unseres Planeten getan. *Hier geht es um Strukturpolitik, um eine historische Politik, und es wäre tragisch, diese Politik unter dem Vorwand der Finanzkrise aufzugeben.* […] Es gibt einige Volkswirtschaften, die zu 95 % von der Kohle abhängen. Man kann ihnen keine Dinge abverlangen, die sie in die Knie zwingen würden, zumal sie ohnehin schon enorme Probleme haben. Daher müssen wir Mittel und Wege finden, um *flexibel zu sein und gleichzeitig die beiden roten Linien* zu berücksichtigen, die ich dem Rat vorgeschlagen habe: die Einhaltung der Ziele und die Einhaltung des Zeitplans.[1725]

Auch wenn der Gesetzgebungsprozess bzw. die Beratungen in den zuständigen Gremien im Rat und im EP schon recht weit fortgeschritten waren, wäre es prinzipiell stets möglich gewesen, das Gesetzgebungsverfahren zu stoppen oder zu blockieren bzw. eine Einigung über das Energie- und Klimapaket zu verschieben. Oder anders formuliert: Die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line, die Anfang 2007 erreicht wurde, hätte prinzipiell auch wieder hinterfragt und aufgebrochen werden können. Im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise gewannen dann auch story-lines des Idealtypus der klassischen Energieperspektive, die den Zielkonflikt zwischen Klimaschutz im Energiebereich und Wirtschaftswachstum betonen,[1726] an Resonanz und die scheinbar fest etablierte diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line geriet wieder ins Wanken. So stellte die Grüne

1723 Ebenda.

1724 Vgl. auch Agence Europe (2008): Reaffirm Collective Commitments on Financial Crisis Dossier and Climate/Energy Package, 14.10.2008; Agence Europe (2008): Gordon Brown Backs Energy Package, 16.10.2008.

1725 Redebeitrag von Nicolas Sarkozy, Präsident des Rates, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (15./16. Oktober), P6_CRE(2008) 10-21 (7), 21.10.2008, Straßburg.

1726 Vgl. u. a. Redebeiträge von Holger Krahmer (ALDE); Philip Claeys (NI), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket; Redebeitrag von Giles Chichester (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (15./16. Oktober); vgl. hierzu auch Skovgaard (2014): EU Climate Policy after the Crisis, S. 14.

Abgeordnete Rebecca Harms in einer Aussprache zum Energie- und Klimapaket Anfang Dezember 2008 auch kritisch fest:

> Es stellt sich eigentlich schon wieder diese ganz grundsätzliche Frage: Sind Umweltschutz, Klimaschutz und Wirtschafts- und Industriepolitik vereinbar? Ich habe das Gefühl, *wir sind in der Debattenlage wirklich zurückgerutscht,* und ich werde dauernd damit konfrontiert, dass man auf die Industrie und auf die Wirtschaft in schwierigen Zeiten Rücksicht nehmen muss, dass man ihnen nichts abverlangen kann, weil es sonst nicht vorwärtsgeht.[1727]

Während aus Sicht der Grünen diese grundsätzliche „Vereinbarkeits-Frage" im Sinne der umfassenden Energieperspektive gedeutet wird, so sind im diskursiven Repertoire auch andere Deutungsmöglichkeiten angelegt und diese Alternativen kamen eben im Zuge der Verhandlungen (wieder) verstärkt zum Vorschein. Insbesondere Vertreter osteuropäischer Länder,[1728] für die meist die polnische Regierung oder polnische Abgeordnete im Europaparlament als Sprecher auftraten, äußerten deutlich ihre Bedenken gegen die Fortführung einer „ambitionierten" Energie- und Klimaschutzpolitik – Polen drohte sogar damit, ein Veto einzulegen.[1729] Wie eine Abgeordnete und ihre Mitarbeiterin aus dem Europäischen Parlament berichten, „wurden wir wirklich eindringlich von polnischen Kollegen"[1730] gewarnt, dass, „wenn das Emissionshandelszertifikat ohne Berücksichtigung der polnischen Situation kommt, dann können wir unsere Kohlekraftwerke zusperren, dann geht in Polen das Licht aus"[1731]. Auflagen zur Reduktion von Treibhausgasen wurden demnach geradezu als Bedrohung für das wirtschaftliche Überleben Polens konstituiert:

> Die angestrebte Reduzierung der CO_2-Emissionen um 20 % bis zum Jahr 2020 zu den festgelegten Bedingungen würde diese Volkswirtschaften vernichten. Sollen die CO_2-Emissionen gar, wie geplant, bis 2050 um 80 % verringert werden, dann steht wohl

1727 Redebeitrag von Rebecca Harms (Verts/ALE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1728 Vgl. u. a. Phillips/Goldirova (2008): Emissions Permit Auctioning Key Concern of Eastern Europe, 4.3.2008.

1729 Vgl. u. a. Goldirova, Renata (2008): Poland Gears up for Battle over CO2 Emissions, in: EUObserver, 9.10.2008; Runner (2008): Poland Keen to Block EU's CO2 Auction Scheme, 7.8.2008; Phillips (2008): Poland Looks to Climate ‚Present' from Sarkozy, 25.11.2008.

1730 Interview 1.

1731 Interview 3.

> nicht nur die polnische Energiewirtschaft vor einem Kollaps. Eine wirtschaftliche Katastrophe ungeahnten Ausmaßes wäre die Folge.[1732]

Eine ähnliche Kritik wurde etwa von der deutschen Bundesregierung,[1733] die sich im März 2007 noch stark für die Einigung auf die 20-20-20-Ziele eingesetzt hatte, in Bezug auf die Gefahr des „carbon leakage" und die Abwanderung von energieintensiven Industrien im Rahmen der Verhandlungen um die EHS-Richtlinie geübt. Entsprechende Einlassungen führten dazu, dass Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung bisweilen ihren Ruf als „Klimakanzlerin" einbüßte.[1734] Auch wenn nicht von den 20-20-20-Zielen an sich abgerückt wurde, so wurden die potenziell wirtschaftlichen Nachteile des Emissionshandels für die energieintensiven Industrien verstärkt in den Blick genommen und insgesamt viel Verständnis unter den zentralen Entscheidungsträgen[1735] auch im Europäischen Parlament dafür aufgebracht,[1736] dass man der Wirtschaft gerade in der schwierigen ökonomischen Weltlage keine zusätzlichen Belastungen zumuten könne. Das Argument, die heimische Wirtschaft insbesondere durch kostenlose Zuteilung von Zertifikaten zu unterstützen und das Risiko von „carbon leakage" durch Abwanderung betroffener Industriezweige in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen zu verhindern, gewann in der Wirtschaftskrise verstärkte Zustimmung, sowohl im Rat als auch im Europäischen Parlament, wie u. a. von der Vorsitzenden des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Angelika Niebler:

> Ich denke schon, dass die Frage gerechtfertigt ist, wie unsere heimische Industrie wettbewerbsfähig bleiben soll, und wie wir verhindern, dass unsere Arbeitsplätze aus Europa abwandern. Ich unterstütze nur eine Regelung in dem Klimaschutzpaket,

---

1732 Redebeitrag von Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket. Vgl. hierzu auch die Redebeiträge der polnischen Abgeordneten Urszula Krupa (IND/DEM); Bogdan Pęk (UEN); Sylwester Chruszcz (NI), in: ebenda.

1733 Vgl. u. a. Phillips, Leigh (2008): EU Climate Proposals Hurt Industry, Says Germany, in: EUObserver, 16.7.2008.

1734 Vgl. Kafsack, Hendrik (2008): EU-Gipfel: Die ‚Klimakanzlerin' kämpft jetzt für die Industrie, abrufbar unter: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eu-gipfel-die-klimakanzlerin-kaempft-jetzt-fuer-die-industrie-1743503.html, (letzter Zugriff: 16.12.2014).

1735 Vgl. hierzu auch Skodvin/Gullberg/Aakre (2010): Target-Group Influence and Political Feasibility.

1736 Vgl. Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket; vgl. auch Agence Europe (2008): Some Progress in Climate Package Trilogue, 21.11.2008. Hierzu kritisch Interview 8.

> die sicherstellt, dass wir kein „carbon leakage“ haben und dass unsere heimische Industrie auch bei uns in Europa erhalten bleibt.[1737]

Die skizzierten Ausnahmeregelungen bei der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten und bestimmte Sonderregelungen für osteuropäische Mitgliedsländer im Rahmen des EHS verdeutlichen[1738], dass diese klassische Energieperspektive – nach der Klimaschutz (d. h. CO_2-Reduktion) eine wirtschaftliche Belastung (oder gar Bedrohung) darstellt – in die inhaltliche Ausgestaltung des endgültigen Energie- und Klimapakets durchaus eingeflossen ist. Gerade die zusätzlichen Zertifikate für Länder mit „Wachstumspotenzial“ und entsprechende Übergangsphasen verdeutlichen, dass die klassische Grundannahme einer Kopplung von Wachstum und Energieverbrauch bzw. CO_2-Emissionen mittelfristig von vielen Akteuren als gültig und richtig betrachtet wurde. Auch die verschiedenen Flexibilitätsmechanismen, die im EHS, in der Effort-Sharing-Entscheidung und beim Ausbau erneuerbarer Energien verankert sind, sollen letztlich den Anpassungsdruck für die „heimische Wirtschaft“ abmildern. Dennoch, bei aller Flexibilität, die Ziele der EPE zu hinterfragen oder aufzukündigen, stand nicht zur Debatte, wie Kommissionspräsident Barroso die offizielle Position vieler Entscheidungsträger auf den Punkt brachte: „Flexibility on justified concerns – yes. Anything that questions 20-20-20 targets – no. This is non-negotiable.“[1739]

Aus Sicht der Klimaschützer-Koalition, die sich im Sinne der low-carbon economy story-line für einen möglichst kosteneffizienten Klimaschutz einsetzt, sind die Zugeständnisse für energieintensive Industrien und Ausnahmeregelungen für Länder mit geringem BIP pro Kopf, aber hohen Wachstumsaussichten somit durchaus legitimierbar und sinnvoll, insbesondere solange kein verbindliches Klima-Abkommen auf internationaler Ebene besteht, das für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgt. Es lässt sich also festhalten, dass im Zuge der Wirtschaftskrise die diskursive Schließung um die low-carbon economy story-line aus klassischer Energieperspektive heftig attackiert wurde: Die Zielkonflikte im Energiebereich zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum wurden verstärkt in den Blick genommen und von unterschiedlichen Akteuren in den EU-Energiediskurs eingebracht. Allerdings wurde die umfassende Grundannahme der Möglichkeit der Entkopplung von CO_2-Emissionen und Wirtschaftswachstum von den meisten

1737 Redebeitrag von Angelika Niebler (PPE-DE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1738 Vgl. Kapitel IV, Abschnitt 4.1.1.

1739 Barroso zitiert nach Goldirova, Renata (2008): Summit to Test EU Credibility on Climate, Barroso Says, in: EUObserver, 10.12.2008; vgl. auch Phillips, Leigh (2008): Climate Package Must Now Be ‚Cost-Effective‘, in: EUObserver, 16.10.2008.

Akteuren auch nicht fundamental hinterfragt oder bezweifelt. Es lässt sich aber feststellen, dass die „wirtschaftliche Komponente" der low-carbon economy story-line in den Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket gestärkt wurde, was sich v. a. darin zeigt, dass insgesamt verstärkt wirtschaftsfreundliche, *flexible und kosteneffiziente Instrumente* und Mechanismen als angemessen akzeptiert wurden, um die 20-20-20-Ziele zu erreichen.[1740] Die hohe Integrationskraft der low-carbon economy story-line liegt gerade in dieser „Dehnbarkeit" bzw. in ihrer „multi-interpreability"[1741] begründet; sie klang so auch im Kontext der Wirtschaftskrise 2008 weiterhin für viele Akteure gut und richtig, für Akteure aus Politik und Wirtschaft sowie auch für Umweltgruppen.

Die weitreichende Anerkennung und Integrationskraft der low-carbon economy story-line zeigte sich auch nochmals kurz vor der Einigung zum Energie- und Klimapaket im Dezember 2008. Denn auch in dieser „kritischen Phase"[1742] der Verhandlungen wurde von vielen unterschiedlich positionierten Akteuren die low-carbon economy story-line aufgegriffen und die Notwendigkeit und Bedeutung des Energie- und Klimapakets gerade im Kontext der Wirtschaftskrise hervorgehoben[1743], wie hier von Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion:

> *Doch gerade in dieser schwierigen und ernsten Lage gilt es, ein Scheitern zu vermeiden. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, alle Weichen auf Erfolg zu stellen*. Dabei geht es nicht etwa darum, unseren Willen um jeden Preis durchzusetzen, sondern zu überzeugen und auf ausgewogene, zukunftsweisende Entscheidungen hinzuwirken. Uns bietet sich eine historische Chance, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Wir dürfen sie nicht ungenutzt verstreichen lassen. Es ist höchste Zeit, den Weg zu verlassen, der uns geradewegs in die Katastrophe führt. Hinzu kommt: *Indem wir den Klimawandel bekämpfen und ökologische Innovationen fördern, arbeiten wir mittelfristig auf eine*

1740 Vgl. u. a. Redebeitrag von Stavros Dimas, Mitglied der Kommission in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket; vgl. auch Agence Europe (2008): Summit of Reassurance for Europeans, 9.10.2008; Agence Europe (2008): Reaffirm Collective Commitments on Financial Crisis Dossier and Climate/Energy Package, 14.10.2008; Agence Europe (2008): Flexibility and Solidarity to Be Recipe for Success Nicolas Sarkozy and José Manuel Barroso Want on Energy/Climate Package, 10.12.2008; Goldirova (2008): Barroso Reminds Europe of Climate Change Threat, 14.10.2008; Phillips (2008): Climate Backage Must Now Be ‚Cost-Effective', 16.10.2008.

1741 Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 62.

1742 Redebeitrag von Jean-Louis Borloo, Präsident des Rates, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1743 Vgl. u. a. die Redebeiträge von Umberto Guidoni, im Namen der GUE/NGL-Fraktion; Johannes Blokland, im Namen der IND/DEM-Fraktion; Roberto Musacchio (GUE/NGL); Péter Olajos (PPE-DE); Caroline Lucas (Verts/ALE), in: ebenda.

> *Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft und Industrie hin. Dies bedeutet auch, heute Investitionen zu planen, um die Arbeitsplätze von morgen zu sichern.* Gerade deshalb gilt es, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten hat sich unermüdlich für das Energie- und Klimapaket eingesetzt.[1744]

Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass die *low-carbon economy story-line auch in den Verhandlungen im Kontext der Wirtschaftskrise nicht verdrängt wurde*, trotz der vielfachen Versuche, diese Deutung in Frage zu stellen und durch die klassische Energieperspektive zu ersetzen, etwa mit Rückgriff auf die konkrete story-line der Zielkonflikte. Die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line blieb insgesamt auch während der Anfänge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stabil und tragfähig. Denn angesichts der ohnehin zentralen Position von wirtschaftlichen Forderungen und Interessen in dieser story-line konnten auch die im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise auftretenden verstärkten Forderungen nach *mehr Flexibilität*[1745] bei der Umsetzung einer integrierten Energie- und Klimapolitik (Stichwort: kostenlose Zuteilung von Zertifikaten und „Offset-Mechanismen") integriert werden. Wie die Analyse hier gezeigt hat, blieb die low-carbon economy story-line für viele unterschiedlich positionierte Akteure auch in der Krise überzeugend und wurde insbesondere von den zentralen Entscheidungsträgern in der Kommission, der französischen Ratspräsidentschaft und im Europäischen Parlament reproduziert, um die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets zu legitimieren.

Es lässt sich daher argumentieren, dass sich besonders *in der Wirtschaftskrise die hohe Legitimations- und Integrationskraft und damit auch die Relevanz dieser story-line für die Etablierung der EPE* zeigt: Mit Verweis auf die Vision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft als Zukunftsmodell für die EU blieb die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets und damit auch die Etablierung der EPE selbst im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise ein legitimes und weithin anerkanntes politisches Projekt, das von vielen unterschiedlich positionierten Akteuren auf europäischer Ebene mitgetragen und im Ergebnis auch als „good package"[1746] bewertet wurde. Entsprechend formulierte die konservative Berichterstatterin, Avril Doyle, das Energie- und Klimapaket sei ein „very good result and a balanced

1744 Redebeitrag von Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion, in: ebenda.

1745 Vgl. hierzu auch Agence Europe (2008): Flexibility and Solidarity to Be Recipe for Success Nicolas Sarkozy and José Manuel Barroso Want on Energy/Climate Package, 10.12.2008.

1746 Interview 9; vgl. auch u.a. Interview 6.

outcome between preserving the environmental integrity […] and ensuring a level playing field for European industry."[1747]

Trotz der hohen Zustimmung für das Energie- und Klimapaket, das im Sinne der low-carbon economy story-line eine Balance zwischen Klimaschutz und Ökonomie herzustellen versucht, lässt sich die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive erst dann verstehen, wenn auch die repressiven bzw. disziplinierenden Seiten der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line berücksichtigt werden. Diese erschließen sich aber erst, wenn man die Dinge im Gesetzgebungsprozess betrachtet, die nicht (mehr) gesagt wurden bzw. werden konnten. Denn jede diskursive Schließung geht auch mit einer Ausgrenzung und Marginalisierung alternativer Deutungen und Lösungsmodelle einher. Das heißt, ein Merkmal der diskursiven Schließung ist nicht nur die produktive Fixierung einer bestimmten (inhaltlichen) Problemdefinition, die als Handlungsbasis zur Problemlösung dienen und verschiedene Positionen integrieren kann. Sondern sie zeichnet sich auch durch eine Situation aus, in der soziale und politische Konflikte zeitweise eingehegt sind und diese nicht mehr offen ausgetragen werden können,[1748] wie ich im Folgenden mit Rückgriff auf das Prozesswissen beteiligter Akteure illustriere.

4.2.2 Fluch und Segen des „Klimawandel-Hypes"

Die Interviewpartner aus der Kommission, dem Ratssekretariat und dem Europäischen Parlament beschreiben die grundlegende Entwicklung der europäischen Energiepolitik alle in ähnlicher Weise mit Verweis auf wechselnde Prioritäten bzw. „Themenwellen"[1749]. Insbesondere wird – wie es für die low-carbon economy story-line typisch ist – der neue Fokus in den energiepolitischen Debatten auf den Klimawandel hervorgehoben: „Klimaveränderung ist ein sehr wichtiges Oberprinzip geworden"[1750], wie ein Mitarbeiter der Generaldirektion Energie (GD ENER) ausführt. Während zeitweise infolge der Gaskrise 2005/06 Versorgungssicherheit wichtig war und dieses Thema auch nie ganz verschwunden ist,[1751] ging es in den Jahren 2007 und 2008 aus

1747 Avril Doyle zitiert nach Phillips (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, 15.12.2008.

1748 Vgl. Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187; Hajer (2005): The Politics of Environmental Discourse, S. 22-23.

1749 Interview 2.

1750 Interview 10.

1751 Vgl. z. B. Agence Europe (2008): Greenpeace Calls on Czech Presidency to Make Climate Protection a Priority in the Same Way as Energy Security, 9.1.2008.

Sicht der Interviewpartner doch primär um den Klimaschutz.[1752] Insbesondere in der „Barroso-Kommission" wurde der Klimawandel als ein Thema gesehen, „where a lot of Europe was united"[1753], wie ein Mitarbeiter der GD ENER über die Entstehung des Energie- und Klimapakets weiter darlegt:

> It was clearly interesting for the Commission and the President Barroso to have this as a focus and […] an area where we could have major success in demonstrating European unity and progress.[1754]

Die enge Verknüpfung von Energie mit dem populären Klimathema hat entsprechend die internen Prozesse in der Kommission geprägt,[1755] sodass eben erstmals auch ein „joint package"[1756] vorgelegt wurde, um auch international zu demonstrieren, „that we are serious in developing policies"[1757], wie ein weiterer Mitarbeiter der GD ENER berichtet. Nicht nur in der Kommission wurde die Popularität des Themas Klimawandel hervorgehoben, auch Mitarbeiter im EP und Abgeordnete beschreiben den Klimawandel als emotional aufgeladenes und auch medial „aufgebauschtes" Thema:

> Ich meine, vor zwei Jahren war das Thema Klimaschutz, oder vor drei Jahren, *Klimaschutz über alles*. […] Alle sind sie in den Norden getigert und haben sich auf einer Eisscholle ablichten lassen und die letzten lebenden Eisbären […]. Die Bilder haben natürlich schon auch die Debatte geprägt.[1758]

Besonders das konstruierte Selbstbild der EU als Vorbild und Vorreiter im internationalen Klimaschutz hat aus Sicht der beteiligten Akteure eine entscheide Rolle für die Verhandlungsdynamik um das Energie- und Klimapaket gespielt.[1759] Denn die Zielsetzung, eine gemeinsame Position der EU bei den Verhandlungen in Kopenhagen (COP 15) im Dezember 2009 vorweisen zu können, hat einen „erheblichen

1752 Vgl. Interview 3; Interview 2; Interview 10; Interview 4.

1753 Interview 9.

1754 Ebenda.

1755 Ebenda; Interview 4.

1756 Interview 4.

1757 Ebenda.

1758 Interview 3.

1759 Vgl. ebenda; vgl. auch Interview 1; Interview 4; Interview 9. Vgl. hierzu auch Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure; Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment.

Zeitdruck"[1760] kreiert, mit dem auch die Notwendigkeit einer schnellen Einigung in erster Lesung legitimiert wurde.[1761] Hierzu wurde, wie schon beschrieben, das Trilog-Verfahren eingesetzt, was bedeutet, dass die Mehrheit der MdEP sich nicht umfassend mit den Inhalten des Pakets beschäftigen konnte. Es galt vielmehr die Maßgabe, „dass wir das noch bis Dezember durchprügeln. […] deshalb fanden halt die Sitzungen unter einem enormen Zeitdruck statt und extrem dicht getaktet."[1762] Die nicht unmittelbar beteiligten MdEP haben dieses im Trilog-Verfahren verhandelte Ergebnis dann eher aus übergeordneten politischen Gründen (bzw. teils auch unwillig) angenommen, wie eine Europaabgeordnete erläutert:

> Dann kriegen wir [einzelne Abgeordnete K. K.] wirklich nach einem halben Jahr das Ergebnis und dann, wenn der allgemeine Mainstream ist: Jetzt Klimaschutzpaket! Müssen wir durchkriegen, um für Kopenhagen gerüstet zu sein! Dann drehen Sie das mal um […].[1763]

Die „Veto-Position" im Mitentscheidungsverfahren zu nutzen, d. h. die bestehende formalrechtliche Möglichkeit, die vom Europäischen Rat im Dezember vereinbarte Version des Energie- und Klimapakets[1764] oder Teile davon nicht in erster Lesung anzunehmen, wie es etwa Greenpeace gefordert hatte,[1765] wurde jedoch von den meisten beteiligten Akteuren im EP nicht als ernsthaft gangbare Option wahrgenommen.[1766] Vor dem Hintergrund stellt ein Mitarbeiter von Greenpeace auch kritisch fest:

> [T]he threat of a second reading was not a real threat […] that was a *kind of common understanding* that all things had to be finalised in one reading […]. So, the Parliament […] was kind of ignored […] and the Parliament accepted the compromise presented

1760 Interview 3.

1761 Vgl. ebenda, vgl. auch Goldirova (2008): EU to Commit to Tight Legislative Deadline for Green Goals, 14.3.2008; Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 221.

1762 Interview 5.

1763 Interview 3.

1764 Vgl. Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 11./12. Dezember 2008, Brüssel; Rat der Europäischen Union (2008): Energie und Klimawandel: Bestandteile des endgültigen Kompromisses, (Dokumentennummer 17215/08), 12.12.2008, Brüssel.

1765 Vgl. Greenpeace (2008): MEPs Must Exercise Their Democratic Power and Reject the EU's ‚Effort Sharing' Law, 16.12.2008, Brüssel.

1766 Vgl. Interview 3; Interview 1; vgl. auch Lenschow (2010): Environmental Policy, S. 324; Agence Europe (2008): Appeal by Outgoing Presidency and Commission on Behalf Climate/Energy Package on Eve of Parliament Vote, 17.12.2008.

> by French presidency. And that was not good to me. I think that the Effort Sharing Decision is really weak.[1767]

Das angesprochene „common understanding" in Bezug auf das Energie- und Klimapaket kann – so die Argumentation aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive – somit auch nicht als gegenseitiges Verständnis betrachtet werden, sondern als eine spezifische diskursive Schließung der Energieproblematik, die auch impliziert, dass „potential conflict is suppressed by a dominant aspect"[1768]. Diese repressive Seite der diskursiven Schließung zeigt sich besonders darin, dass bestehende Gegenpositionen eben nicht mehr konkurrenzfähig waren oder auch Kritik nicht mehr offen geäußert werden konnte. So beschreiben Interviewpartner, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments, die sich für weniger ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen hatten, innerhalb der eigenen Fraktion und v. a. auch von den zuständigen Berichterstattern nicht angehört wurden.[1769] Im Gegenteil, „in bestimmten Bereichen wurden die dann auch einfach zurückgepfiffen. Nach dem Motto, das muss jetzt sein, das geht nicht anders"[1770]. Die geringen inhaltlichen Einflussmöglichkeiten im Rahmen des Trilog-Verfahrens für die Mehrheit der Abgeordneten und der enorme Zeitdruck haben im Europäischen Parlament daher durchaus auch Unzufriedenheit und Unmut verursacht.[1771]

> [Im] Inneren, gerade im Parlament hat das […] ein ungutes Gefühl hinterlassen. Das war auch eine Zeit, […] wo eben ganz viele dieser Triloge waren. Wo ganz viele Sachen auch hochpolitisch, hochbrisante Sachen quasi hinter verschlossenen Türen irgendwie ausgemauschelt wurden. Und das geht eigentlich nicht.[1772]

Es wurde zwar auch ganz offen in den Plenardebatten an dem gesamten Verfahren Kritik geübt,[1773] aber diese konnte letztlich nicht das „overall commitment", im

---

1767 Interview 8.

1768 Deetz (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization, S. 187-188.

1769 Vgl. Interview 1; Interview 5; Interview 2.

1770 Interview 1.

1771 Vgl. hierzu auch ebenda; Interview 5.

1772 Interview 1.

1773 Vgl. u. a. Redebeitrag von Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (15./16. Oktober); Redebeitrag von Robert Goebbels (PSE), in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket; Redebeitrag von Herbert Reul (PPE-DE) in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket (Fortsetzung).

Parlament ein „ambitioniertes Klimapaket“ [1774] zu verabschieden, verdrängen. Es lässt sich somit festhalten, dass der für die low-carbon economy story-line konstitutive Fokus auf das Klimaproblem bzw. die kosteneffiziente CO_2-Reduktion in den Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket Fluch und Segen zugleich war: Einerseits hatten die Verhandlungspartner ein gemeinsames großes Ziel vor Augen und eine klare Deadline (Stichwort: Kopenhagen), die auch nicht angesichts komplexer und umstrittener Aspekte aufgegeben wurde:

> Also da sind unterschiedliche Szenarien angegangen worden, aber nie mit der Intention das jetzt irgendwie zu kippen, sondern das war bei dem Dossier interessant zu sehen, dass es fraktionsübergreifend und institutionsübergreifend so ein Commitment gab, da was Ordentliches auf die Beine zu stellen.[1775]

Andererseits muss auch berücksichtig werden, dass die schnelle Einigung auf das Energie- und Klimapaket nicht ohne die repressiven Seiten der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line, hier insbesondere die diskursive Dominanz des globalen Klimaschutzes, zu verstehen ist. Denn um eine glaubwürdige Vorreiterrolle der EU in der internationalen Klimaschutzpolitik zu wahren, wurden Konflikte nicht so offen ausgetragen, wie es sonst für diese Phase des Gesetzgebungsprozesses üblich ist;[1776] andere inhaltliche Forderungen sowie grundlegende demokratische Prinzipien wurden auf europäischer Ebene (bewusst) zurückgestellt, wie Martin Schulz im Namen der PSE-Fraktion deutlich darlegt:

> Was wir aber hier machen, ist […] *das normale parlamentarische Prozedere außer Kraft zu setzen.* Das bedeutet, dass ganz viele Mitglieder dieses Hauses an den Detailberatungen nicht teilnehmen können, sondern ihre gesamte parlamentarische Mitwirkung darauf beschränken müssen, am Ende in Art eines Ratifizierungsverfahrens zu dem ausgehandelten Ergebnis Ja oder Nein sagen zu können. *Das ist eine schwerwiegende Aufgabe parlamentarischer Rechte. Ich bin ein wenig erstaunt, dass die, die sonst immer über Transparenz und Partizipation reden, kühl lächelnd über diesen Umstand hinweggehen. Man muss allerdings in ganz bestimmten Situationen eine Entscheidung treffen, und zwar, ob das gerechtfertigt ist hinsichtlich der Herausforderung, vor der man steht. Unsere Fraktion hat das intensiv diskutiert. Wir haben gesagt, jawohl, die Herausforderung ist so groß, dass man diesmal diesen Weg gehen muss.* Herr Ratspräsident, Sie haben zu Recht gesagt, und das ist auch unsere tiefe Überzeugung, es geht um eine Jahrhundertherausforderung. Wir werden nicht alle Klimaherausforderungen dieses Jahrhunderts jetzt lösen. Nur, wenn wir die Herausforderungen, die wir jetzt haben, nicht jetzt lösen, werden wir im Verlauf dieses Jahrhunderts scheitern. Das ist

1774 Interview 3.

1775 Ebenda.

1776 Vgl. auch Lenschow (2010): Environmental Policy, S. 324.

> der entscheidende Punkt, warum wir gesagt haben, wir wollen dieses Verfahren jetzt zum Abschluss bringen.[1777]

Auch wenn der Klimawandel also auf europäischer Ebene weitgehend als „Jahrhundertherausforderung"[1778] betrachtet wurde, impliziert das aber nicht, dass der Klimawandel auch als ein strukturelles Problem gedeutet wurde, das in einer radikal-ökologischen Weise fundamentale Veränderungen in der europäischen Wirtschafts- und Lebensweise abverlangt. Im Gegenteil, sowohl die zentralen Entscheidungsträger als auch die Interviewpartner, die teils selbst unmittelbar am Gesetzgebungsprozess beteiligt waren, deuten den Klimawandel primär mit story-lines der umfassenden Energieperspektive, d.h. als *ein Problem, das im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung und mit technologiegestützten Lösungsmodellen bewältigt werden kann*. Ganz im Sinne der low-carbon economy story-line begreifen die maßgeblichen Akteure eine integrierte Energie- und Klimapolitik als wirtschaftliche Chance für die EU und als „Wachstumsmotor", wie ich im folgenden Abschnitt genauer darlege.

4.2.3 Das „Mantra vom Klimaschutz als Wachstumspolitik"

(Radikal-)ökologische Lösungsmodelle der Suffizienz oder auch Aufforderungen zu einer neuen Energiekultur, die ja durchaus im diskursiven Repertoire existieren, spielten auf der Arbeitsebene im Parlament, im Ratssekretariat und in der Kommission bei der konkreten Verhandlung des Energie- und Klimapakets keine (wesentliche) Rolle. Die Berichte über den alltäglichen Policy-Making-Prozess sowie die komplexen internen Abstimmungsverfahren innerhalb und zwischen den EU-Institutionen verdeutlichen vielmehr, dass eine *umfassende Energieperspektive dominierte*. Diese wird nicht zuletzt auch durch bestehende institutionelle Praktiken befördert und stabilisiert, wie etwa die Verfahren zur Gesetzesfolgenabschätzung in der Kommission. Das in der Öffentlichkeit teils stark emotional diskutierte und komplexe Thema Klimawandel traf in der Policy-Praxis auf recht routinierte und eingespielte Verfahren der Problemlösung, wie Mitarbeiter der Kommission im Interview schildern: „Die Struktur ist vorgegeben und dann muss ein Problem definiert werden […] in zwei sehr klaren […] Sätzen: Was ist das Problem?"[1779] Dann werden zunächst im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse verschiedene

1777 Redebeitrag von Martin Schulz, für die PSE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1778 Ebenda.

1779 Interview 10.

Policy-Optionen zur Lösung des Problems geprüft, dazu müssen auch klar quantifizierbare Werte und Ziele benannt werden können.

Die Folgenabschätzung wird in der Kommission vom sogenannten „Impact Assessment Board, a board of economists“[1780] überprüft, „to make sure the Commission proposals are economically very robust“[1781]. Ohne deren Zustimmung „kann man dann nicht übergehen zu einem Gesetzesvorschlag; ohne Impact Assessment gibt es keinen Vorschlag“[1782]. Während dieses Verfahren primär als eine Art „Schutzmechanismus“ vor Überregulierung aus Brüssel eingeführt wurde, trägt es aber auch grundsätzlich zur Stärkung einer ökonomischen Denkweise über politische Probleme bei. Denn es besteht somit geradezu die Pflicht, in erster Linie die materiellen bzw. finanziellen Kosten und Nutzen einer Policy abzuwägen. Diese ökonomischen Begründungs- und Legitimationsmuster müssen zumindest in der Kommission stets genutzt werden, um ein Policy-Proposal überhaupt intern voranbringen zu können, wie ein Mitarbeiter der GD ENER beschreibt:

> These days, in general, the Commission's review or assessment of policy is through an economic paradigm. So if you convert whatever the social or the environmental arguments are, into an economic paradigm, and explain what the market failures are, what the external costs are […] then that is more effective in terms of winning the arguments and making the proposal work.[1783]

Im Rahmen dieser Strukturen lassen sich nicht-quantifizierbare Kosten und Nutzen sowie komplexe Problemzusammenhänge nur schwer artikulieren, und aus Sicht des Kommissions-Mitarbeiters spielen alternative, radikal-ökologische oder suffizienzorientierte Argumente schon seit den 1980er-Jahren keine entscheidende Rolle mehr in der Kommission.[1784]

> I think that approach has more or less died. I mean ever since the environmental movement bought into that paradigm, then that paradigm has become dominant. So once you accept the framework of cost benefit analysis and all that language. It dominates what I see is good or robust policy discussion.[1785]

1780 Interview 9.
1781 Ebenda.
1782 Interview 10.
1783 Interview 9.
1784 Vgl. ebenda.
1785 Ebenda.

Neben diesen ganz grundlegenden Strukturen, die nicht nur für die Energiepolitik gelten, sondern die eine bestimmte ökonomische Denk- und Argumentationsweise auf europäischer Ebene in allen Politikfeldern befördern, lassen sich zudem auch spezifische Praktiken im Verhandlungsprozess um das Energie- und Klimapaket ausmachen, die ebenfalls dazu beigetragen haben, dass im Sinne der umfassenden Energieperspektive die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie (d. h. hier v. a. von Klimaschutz und Wachstum) fokussiert wurden. So berichtet eine Mitarbeiterin im EP, dass in den Trilog-Verhandlungen stets die Vorsitzenden beider Ausschüsse, des traditionell umweltfreundlichen Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und des traditionell industriefreundlichen ITRE-Ausschusses, beteiligt waren, obwohl dies normalerweise nicht so vorgesehen sei.[1786] Klimaschutz wird traditionell als „Umweltthema" definiert und daher auch im Zuständigkeitsbereich des ENVI-Ausschusses verortet, d. h. die EHS-Richtlinie und die Effort-Sharing-Entscheidung wurden federführend vom ENVI-Ausschuss verhandelt.

Diese Zuordnung galt aber als „höchst umstritten"[1787]. Aufgrund der hohen Relevanz dieser Dossiers für Unternehmen und die europäische Wirtschaft insgesamt haben einige Abgeordnete letztlich „dann durchgeboxt"[1788], dass auch die Vorsitzende des ITRE-Ausschusses an den entsprechenden Beratungen und Verhandlungen teilnehmen durfte – „im Prinzip haben wir da so ein bisschen ‚Aufpass-Wauwau' gespielt" damit „Europa da [nicht] die fiesesten Beschränkungen auferlegt"[1789] werden. Auch an dieser spezifischen EP-internen und informellen Vorgehensweise wird deutlich, dass Klimaschutz nicht im radikalen Sinne einer strukturellen Neuordnung, sondern als möglichst kosteneffiziente CO_2-Reduktion im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung konzeptionalisiert wird. Die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line manifestiert sich somit nicht nur in den offiziellen Begründungen des Energie- und Klimapakets, sondern auch in alltäglichen Praktiken des Policy-Makings.

Die *Resonanz und Relevanz der low-carbon economy story-line* unter den energiepolitischen Akteuren zeigt sich zudem darin, dass über die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets hinaus auch für die zukünftige Entwicklung der europäischen Energiepolitik primär auf die Lösungsmodelle dieser story-line verwiesen wird. Innovation und Technologieförderung, Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in saubere Energien, darunter v. a. erneuerbare Energien, aber auch

1786 Vgl. Interview 1.

1787 Ebenda.

1788 Ebenda.

1789 Ebenda.

Atomkraft und CCS[1790], sowie in Netze und Speicher spielen aus Sicht der von mir Anfang 2011 interviewten Experten während der Wirtschaftskrise eine größere Rolle als je zuvor[1791], wie ein Mitarbeiter der GD ENER erläutert:

> We [die Kommission, K. K.] increasingly emphasise the economic benefits of developing a new high tech industry which is creating green jobs, green growth and all of that. So those arguments had become stronger or louder at least.[1792]

Ähnlich argumentiert auch ein Mitarbeiter des EP, dass in der Wirtschaftskrise nahezu alle das „offizielle Mantra runter[beten]. Klimaschutz ist Wachstumspolitik, Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, Green Growth, […] Export von Klimatechnologie und so weiter – und jetzt erst recht."[1793] Das „offizielle Mantra – Klimaschutz ist Wachstumspolitik" hat demnach nicht weniger, sondern mehr Bedeutung im EU-Energiediskurs gewonnen, was darauf hindeutet, dass die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line, wie sie Anfang 2007 mit den Beschlüssen des Europäischen Rates erreicht wurde, zwar prinzipiell wieder hätte aufgebrochen werden können, jedoch im Jahr 2011 (und damit im weiteren Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise) einen hohen Grad an Stabilität beibehalten hat. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass diese story-line auch die energiepolitische Strategiedebatte um die langfristigen Energie-Ziele bis zum Jahr 2050 prägt[1794] und sich die Leitvision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auch auf der Arbeitsebene weitgehend durchgesetzt hat, wie ein Mitarbeiter der GD ENER schildert:

> *[M]an versucht eine gemeinsame Sicht der Dinge über Kommunikation, über das immer wieder Sagen herzustellen.* […] 2050 müssen wir dann quasi ‚Carbon Neutral Wealth' haben, 90, 95 Prozent weniger. O.k., zuerst hört man es – na was, das ist ja unmöglich. Und je mehr das gesagt wird, desto mehr ist es in den Köpfen und dann versucht

1790 Vgl. u. a. Europäische Kommission (2011): Energiefahrplan 2050, KOM(2011)885 endgültig, 15.12.2011, Brüssel; Verordnung (EG) Nr. 663/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich.

1791 Vgl. Interview 4; Interview 5; Interview 8.

1792 Interview 9.

1793 Interview 2; vgl. auch Interview 5.

1794 Vgl. hierzu u. a. Europäische Kommission (2011): Energiefahrplan 2050; Europäische Kommission (2011): Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO2-armen Wirtschaft bis 2050, KOM(2011)112 endgültig, 8.3.2011, Brüssel. Vgl. hierzu auch Kapitel V, Abschnitt 2.

> man das auf Measures runterzubrechen. Wo muss man dann was machen, damit man dort hinkommt. *Und man kann sich sozusagen, auch wenn bestimmte Staaten irgendwo nicht wollten, man kann sich nicht völlig wegbringen. Weil man hat zumindest gedanklich ein Einverständnis hergestellt, wo man nur sehr schwer rauskommt.*[1795]

Während Mitglieder der Kommission sowohl in offiziellen Statements, aber auch auf der Arbeitsebene die low-carbon economy story-line reproduzieren, zeigt sich die zentrale Stellung dieser story-line gerade darin, dass sie auch an unerwarteten Orten auftaucht und ähnlich gelagerte (aber nicht identische) Deutungen vereinnahmt werden bzw. die Artikulation von differenzierten Positionen erschwert. Insbesondere die *Vereinnahmung von ökologischen Kritikern*, wie sie im Analyseschritt II herausgestellt wurde, lässt sich beispielsweise darin erkennen, dass die Nutzung der CCS-Technologie nunmehr auch von diesen als notwendige Lösung im Kampf gegen Klimawandel mit Rückgriff auf die low-carbon economy story-line legitimiert wird. Greenpeace blieb zwar bei einer deutlich kritischen Haltung gegenüber der CCS-Technologie, lehnte diese Technologie aber auch nicht (mehr) prinzipiell ab,[1796] sondern bezweifelte primär den kosteneffizienten und effektiven Beitrag dieser Technologie im Kampf gegen den Klimawandel, wie es ein Mitarbeiter im Interview formuliert:

> We are not in principal against technology, but […] first of all, we are against putting public funds in [the] technology. *And we are against the technology as it currently stands in terms of safety and in terms of emission reduction potential*. It can divert away from the solutions that are already proven and available.[1797]

Auch gerade im Kontext der Wirtschaftskrise wird der von den EU-Institutionen eingeschlagene Pfad zur Lösung der Energieproblematik im Sinne der low-carbon economy story-line als richtig und zukunftsfähig bewertet:

> I mean Greenpeace has been focusing on these solutions. For a long time we have been working on […] showing how the EU can move to a renewable energy system by 2050. […] So I think it's important to realize that […] *climate change* […] *is also in a way a solution in itself, in terms of bringing new jobs, bringing new investments*, making the economy less dependent on volatile fuel prices et cetera. Nothing wrong with that.[1798]

1795 Interview 10.

1796 Vgl. hierzu auch Claes/Frisvold (2009): CCS and the European Union, S. 231-232.

1797 Interview 8.

1798 Ebenda.

Die low-carbon economy story-line der Klimaschützer-Koalition wird auch von Umweltgruppen reproduziert, wodurch die diskursive Wahrnehmbarkeit der ökologischen Diskurskoalition mit ihren spezifischen Forderungen und Lösungsmodellen zum Klimaschutz (etwa nach einer neuen Energiekultur und mehr Suffizienz) grundsätzlich geschwächt wird. (Radikal-)ökologische Positionen sind somit nicht nur im offiziellen Policy-Diskurs marginalisiert, sondern spielen gerade auch im täglichen Policy-Making, nicht zuletzt aufgrund etablierter Verfahren und Routinen, die eine *ökonomische Denkweise und Problemlösungsstrategie* privilegieren, keine Rolle (mehr). Die diskursive Schließung der Energieproblematik im Fall der EPE beruhte somit auch auf der erfolgreichen Ausgrenzung bzw. geringen Wahrnehmbarkeit und Resonanz von alternativen (ökologischen) Positionen. So waren v. a. radikal-ökologische Suffizienzstrategien, aber auch moderat-ökologische Forderungen nach einer neuen Energiekultur, wie sie etwa vom Abgeordneten Turmes gefordert wurde, nur schwer vermittelbar und kaum konkurrenzfähig. Die Anfang 2007 erreichte diskursive Schließung um die low-carbon economy story-line blieb auch auf der Arbeitsebene während den Verhandlungen stabil, was dazu beitrug, dass vom eingeschlagenen Lösungsweg im Sinne der Klimaschützer-Koalition im Kern nicht mehr abgewichen wurde.

4.2.4 „You could not touch the core anymore“

Die Stärke der Klimaschützer-Koalition gerade auch auf der Arbeitsebene zeigt sich darin, dass die übergeordneten Zielsetzungen der EPE, wie sie der Europäische Rat im März 2007 beschlossen hatte, im Grundsatz im Gesetzgebungsprozess zwischen Rat und Parlament nicht hinterfragt wurden. Mit der diskursiven Schließung der Energieproblematik waren Grundsatzkonflikte weitgehend erfolgreich auf europäischer Ebene ausgeblendet bzw. zeitweise eingehegt, wie die am Energie- und Klimapaket beteiligten Akteure im Interview bestätigen:[1799]

> *Bei den ganz großen Linien, muss ich sagen, war dieses Klimapaket […] nicht umstritten.* Es waren weder die 20-20-20-Ziele umstritten, die sind null diskutiert worden. Die waren festgelegt vom Europäischen Rat und die hat das Parlament nicht in Zweifel gezogen. Es gab Ansätze bei den Grünen hier im Haus, ambitionierter vorzugehen, aber die haben gemerkt, dass sie da null Chancen haben.[1800]

Auch ein Mitarbeiter aus der Kommission verweist klar auf die Beschlüsse des Europäischen Rates, die als unumstößliche Leitplanken für die inhaltliche Arbeit der

1799 Vgl. Interview 3; Interview 1; Interview 9; Interview 8.

1800 Interview 2.

Kommission gedient hätten: „[In] March the heads of government had absolutely and clearly endorsed the idea. So *that became a given*. So that was not longer on the table. The question became, how do we do it? How do we split this up?“[1801] Und auch ein Greenpeace-Mitarbeiter verdeutlicht im Interview:

> [I]n the Climate and Energy Package, this 20 percent renewables target and 20 percent emission reductions *have all been taken as kind of given*. And the whole package is kind of being built around that, like how can we achieve them in the most cost efficient way.[1802]

Die Widerstands- und Tragfähigkeit der diskursiven Schließung zeigt sich zudem auch „im Kleinen“, d. h. auch in den Trilog-Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament. Denn bestimmte Kernforderungen konnten, so ein Mitarbeiter im Ratssekretariat, schlicht nicht mehr neu aufgerollt werden: „Some of the core issues, when they were sealed […] in the Council, you could not touch the core anymore. So you could maybe influence it through some sentences or some recitals, but not the core.“[1803] Diese „Eindämmung“ von Diskussionen über Detailfragen ist in gewisser Weise natürlich notwendig und durchaus auch produktiv, da so ein Abschluss der Verhandlungen in der Kürze der Zeit überhaupt erst erzielt werden konnte. Vor allem aber waren durch die diskursive Schließung um die low-carbon economy story-line vom März 2007 bereits im Vorfeld der Verhandlungen viele Konflikte eingehegt und Grundsatzfragen etwa zur EU-Energiekompetenz und auch zur inhaltlichen Grundausrichtung per se schon ausgeräumt.

Wie hier anhand von offiziellen Statements zentraler Entscheidungsträger und den Interviewaussagen unmittelbar beteiligter Akteure auf der Arbeitsebene rekonstruiert wurde, blieb die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line während der Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket stabil, trotz einiger heftiger „Attacken“ mit Rückgriff auf die story-line der Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum. Dies manifestiert sich insbesondere darin, dass die 20-20-20-Ziele der EPE nicht zur Disposition standen, sondern diese „Kernforderungen“ von den beteiligten Akteuren weitgehend als bindend und gegeben betrachtet wurden. *Die Anfang 2007 erreichte diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line wurde somit auch im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr aufgebrochen*, sondern blieb vielmehr gerade in dieser kritischen Phase

1801 Interview 9.

1802 Interview 8.

1803 Interview 6.

der Verhandlungen wichtig für die Legitimation des Energie- und Klimapakets. Mit Blick auf die Funktionen von story-lines im Policy-Prozess lässt sich somit festhalten, dass die Integrations- und Legitimationsfunktion der low-carbon economy story-line für die Etablierung der EPE von zentraler Bedeutung waren, sowohl im Kontext der Ziel-Festlegung 2007 als auch der Verabschiedung bzw. rechtlichen Fixierung dieser Ziele und entsprechender Maßnahmen mit dem Energie- und Klimapaket im Dezember 2008.

Die aufgezeigte *Institutionalisierung der konkreten low-carbon economy story-line* durch die rechtliche Fixierung im Rahmen des Energie- und Klimapakets trägt zudem maßgeblich zur weiteren Stabilisierung bzw. „Immunisierung" dieser Deutung der Energieproblematik auf europäischer Ebene bei. Vor dem Hintergrund kann man auch von einer langfristigen Relevanz dieser story-line jenseits des spezifischen Policy-Prozesses um die Etablierung der EPE ausgehen, wie die Interviews mit Energie-Experten in Brüssel aus dem Jahr 2011 verdeutlichen sowie die Debatten um die weiteren Energieziele der EU.[1804] Die rechtliche Fixierung von Lösungsmodellen wie dem EHS oder der Förderung von erneuerbaren Energien sowie auch der CCS-Technologie schaffen zudem Pfadabhängigkeiten, die eine grundlegende Veränderung der europäischen Energiepolitik durch „plötzliche Neuartikulation diskursiver Elemente"[1805] bzw. eine erneute diskursive Öffnung der Energieproblematik erheblich erschweren. Die Etablierung der EPE lässt sich insgesamt somit als eine (temporäre) Bedeutungsfixierung bzw. eine *Stabilisierung der umfassenden Energieperspektive auf europäischer Ebene* begreifen, die in der spezifischen Konkretisierung der low-carbon economy story-line eine europäische Energiepolitik konstituiert, die auf eine technologiegestützte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Emmissionen mit dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Europa setzt.

1804 Vgl. u. a. Geden/Fischer (2014): Moving Targets, S. 10.

1805 Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 182.

Schlussfolgerungen

V

Die vorliegende Studie hat sich mit der besonderen Integrationsdynamik in der europäischen Energiepolitik in den Jahren 2005 bis 2008 befasst. Im Fokus der Analyse stand die Frage, wie sich die Etablierung der Energiepolitik für Europa (EPE), d. h. die Festlegung und Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik, verstehen lässt. Angesichts der über Jahrzehnte vorherrschenden grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber einem Kompetenztransfer auf die europäische Ebene sowie der zahlreichen Konflikte hinsichtlich der Regulierung konkreter energiepolitischer Sachverhalte ist es überraschend, dass man mit der EPE – trotz der sich anbahnenden Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 – verbindliche Ziele festlegen und weitreichende Maßnahmen verabschieden konnte. In der Forschungsliteratur wird diese unabhängig von möglichen Klimaschutzmaßnahmen anderer Industrienationen und unter schwierigen wirtschaftlichen Vorzeichen erzielte Einigung – die über den „kleinsten gemeinsamen Nenner" hinausgeht – als erstaunlich und erklärungsbedürftig betrachtet. Vor diesem Hintergrund wurde argumentiert, dass eine (rationalistisch-)intergouvernementale Perspektive, die primär auf die nationalen (ökonomischen) Präferenzen der Mitgliedstaaten fokussiert ist, zwar wichtige Erkenntnisse dafür liefert, warum es im Zuge der endgültigen Verhandlungen zur „Verwässerung" des Energie- und Klimapakets in einigen Details kam, jedoch zu kurz greift, um die erfolgreiche Etablierung der EPE unter Beibehaltung der Kernziele umfassend zu verstehen.

So wird in der politikwissenschaftlichen Forschung zur EPE (bzw. zu ihren Teilaspekten) verstärkt auch auf Normen, Ideen und Frames (sowie teils auch Diskurse) zur Erklärung rekurriert. An diese Forschung schließt die vorliegende Studie an, rückt jedoch von einem hier gängigen instrumentellen Sprach- und Diskursverständnis ab und betont die wirklichkeitskonstituierende Kraft von Sprache und damit die produktiven und repressiven Seiten diskursiver Macht. Diskurse werden hier also nicht primär als Machtressourcen strategischer Akteure verstanden, sondern im Sinne eines konstitutiven Diskursverständnisses wird die gegenseitige

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3_5

Konstituierung von Akteuren und diskursiven Strukturen in den Blick genommen. Die Etablierung der EPE lässt sich daher weder auf das interessenbasierte noch das normorientierte Handeln von (strategischen) Akteuren reduzieren. Vielmehr finden ihre energiepolitischen Artikulationen und Interaktionen in einem bereits diskursiv vorstrukturierten Politikfeld statt.

Basierend auf diskurstheoretischen Annahmen wurde daher weiter argumentiert, dass Diskurse legitime Policy-Optionen in der europäischen Energiepolitik ermöglichen und begrenzen. Ziel war es, speziell diese *diskursiven Möglichkeitsbedingungen* herauszuarbeiten, um die Etablierung der EPE zu verstehen. Als zentrale diskursive Möglichkeitsbedingung wurde mit Rückgriff auf die diskursive Policy-Forschung von Maarten Hajer die diskursive Schließung der Energieproblematik angenommen. Demnach wurden im Laufe des Policy-Prozesses mögliche Aussagen und Policy-Optionen so verknappt, bis letztlich eine bestimmte Deutung der Energieproblematik dominierte, die auch in den Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket im Jahr 2008 nicht mehr aufgebrochen wurde. Nach Hajer spielen story-lines, d. h. griffige Erzählungen bzw. Narrative, in denen Probleme und Lösungen in bestimmter Weise diskursiv verknüpft werden, in diesen „Schließungsprozessen" eine wichtige funktionale Rolle, da sie eine komplexe Umwelt in verständlicher Weise ordnen (Ordnungsfunktion), Zuständigkeiten und Lösungsmodelle legitimieren (Legitimationsfunktion) sowie divergierende Positionen integrieren können (Integrationsfunktion). Vor diesem Hintergrund wurde gezielt danach gefragt, welche story-lines zur Einhegung von Konflikten und zur Herausbildung einer tragfähigen diskursiven Schließung der Energieproblematik auf europäischer Ebene beigetragen und so die Etablierung der EPE ermöglicht haben.

1 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Die Analyse der leitenden empirischen Frage, wie eine diskursive Schließung der Energieproblematik im Policy-Prozess um die EPE erreicht wurde, orientiert sich an der in der konstruktivistischen Integrationsforschung weithin geteilten theoretischen Grundannahme der gegenseitigen Konstituierung von Akteur und Struktur, die hier jedoch auf der Ebene der diskursiven Bedeutungskonstitution rekonstruiert wurde. Das heißt, die diskursive Schließung der Energieproblematik wird weder als eine vorgegebene Diskursstruktur verstanden, die das Handeln der Akteure determiniert, noch als das „gewünschte" Ergebnis gezielter Framing-Strategien politischer Akteure wie etwa der Kommission. Hauptanliegen aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive ist vielmehr, die *diskursive Schließung der Energiepro-*

blematik im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure zu begreifen und empirisch zu erfassen. Hierzu wurden drei rekonstruktive Analyseschritte vorgenommen: erstens die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires energiepolitischer story-lines, zweitens die Rekonstruktion der (neuen) Diskursstrukturierung vor den Verhandlungen des Energie- und Klimapakets und drittens die Diskursinstitutionalisierung, d. h. insbesondere die rechtliche Fixierung der EPE mit dem Energie- und Klimapaket im Jahr 2008. Zentrale Erkenntnisse aus diesen drei Analyseschritten werden hier nun zusammenfassend dargelegt. Abschließend ordne ich die Forschungsergebnisse theoretisch ein und skizziere ihre Bedeutung jenseits der EPE.

1.1 Vielfalt und Verknappung energiepolitischer story-lines

Um die Herausbildung der diskursiven Schließung im Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen zu erfassen, wurden die diskursiven Strukturen bzw. das diskursive Repertoire energiepolitischer story-lines im ersten Analyseschritt rekonstruiert. Dabei wurden drei idealtypische story-lines zur EU-Energiekompetenz (Notwendigkeit, Integrationsprojekt und nationaler Verantwortungsbereich) sowie zwei Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung (klassische und umfassende Energieperspektive) erfasst, die sich in verschiedenen konkreten story-lines im untersuchten Textsample t1 (2005–2006) manifestieren, die hier nochmals komprimiert aufgelistet sind.[1806]

Übersicht 9 Komprimierte Zusammenfassung der rekonstruierten story-lines

Idealtypen zur Energiekompetenz

1) Europäische Energiepolitik als Notwendigkeit

Eine gestärkte EU-Energiekompetenz wird als notwendig und alternativlos angesichts globaler Probleme konstituiert.
Konkrete story-lines: Story-line size matters, story-line neue Energielandschaft.

2) Europäische Energiepolitik als populäres Integrationsprojekt

Der *ideelle Mehrwert* für die Fortführung der europäischen Integration dient als primäre Begründung für eine gestärkte EU-Energiekompetenz.
Konkrete story-lines: Story-lines zur Zukunft Europas, story-line Bürgerwille.

1806 Für eine ausführliche Zusammenfassung vgl. Kapitel IV, Abschnitt 2.3.

3) Energiepolitik als primär nationaler Verantwortungsbereich

Die Mitgliedstaaten werden als primär verantwortliche Energieakteure konstituiert.
Konkrete story-lines: Story-line Souveränität, story-line Subsidiarität.

Idealtypen zur inhaltlichen Grundausrichtung

1) Klassische Energieperspektive

Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft. Hauptaufgabe ist die Gewährleistung der Energiesicherheit.
Meta-Narrativ der Kopplung von Wachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen.
Konkrete story-lines: story-line der Zielkonflikte, story-line ideologiefreier Energiemix, story-line Geopolitik.

2) Umfassende Energieperspektive

Energiepolitik steht im Dienste der Wirtschaft und der Umwelt. Hauptaufgabe ist die möglichst umweltverträgliche Bereitstellung von Energiedienstleistungen.
Meta-Narrativ der Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch bzw. THG-Emissionen.
Konkrete story-lines: Story-line der Synergieeffekte, story-line neue Energielandschaft, story-line green/low-carbon economy, story-line neue Energiekultur.

Inhaltlich greifen energiepolitische story-lines meist vertraute und auf europäischer Ebene bereits anerkannte Diskurselemente auf, wie etwa die Verortung energiepolitischer Probleme im Kontext der Globalisierung, das wachstumsbasierte Wohlstandsmodell sowie die Nutzung von Technologien zur Lösung der Energieproblematik. Die Rekonstruktion des diskursiven Repertoires verdeutlicht, dass die pro-EU story-lines (d. h. die Idealtypen Notwendigkeit und Integrationsprojekt) und story-lines der umfassenden Energieperspektive eine besonders hohe Anschlussfähigkeit und kollektive Reichweite auf europäischer Ebene aufweisen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse des ersten Analyseschritts, dass im diskursiven Repertoire ein recht breites Spektrum an energiepolitischen story-lines vorliegt. Darunter finden sich auch story-lines, die eine EU-Energiekompetenz ablehnen oder auf suffizienzorientierte Lösungselemente anspielen. Diese story-lines weisen jedoch eine deutlich geringere Reichweite und geringere Anschlussfähigkeit an etablierte Diskurselemente wie das wachstumsbasierte Wohlstandsmodell auf.

Die *Artikulationsmöglichkeiten der sozialen Akteure in der europäischen Energiepolitik können in dem Sinne als stark diskursiv vorstrukturiert* betrachtet werden, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass sich auch alternative Forderungen auf anerkannte anschlussfähige story-lines beziehen müssen, um im Policy-Prozess Gehör zu finden. Basierend auf der Rekonstruktion des diskursiven Repertoires wurde somit angenommen, dass energiepolitische story-lines, die sich den pro-EU

Idealtypen Notwendigkeit und Integrationsprojekt und/oder dem Idealtypus der umfassenden Energieperspektive zuordnen lassen bzw. auf diese Grundannahmen rekurrieren, im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE von den sozialen Akteuren eher aufgegriffen werden und entsprechende Lösungsmodelle eher durchsetzbar sind. Diese Annahme wurde im Zuge der Rekonstruktion der Diskursstrukturierung auch dahingehend bestätigt, dass keine wesentlichen Abweichungen von diesen anschlussfähigen story-lines im Policy-Prozess von den beteiligten Akteuren artikuliert wurden.

Die diskursive Vorstrukturierung und Eingrenzung der Artikulationsmöglichkeiten im Policy-Prozess um die EPE zeigt sich besonders deutlich darin, dass kaum Konflikte in Bezug auf die grundsätzliche EU-Energiekompetenzfrage im Untersuchungszeitraum erkennbar sind. Die Grundsatzfrage, ob die EU stärker in energiepolitischen Fragen involviert sein sollte, wurde im Grünbuch der Europäischen Kommission vom März 2006 – das als Ausgangspunkt zur Rekonstruktion der *diskursiven Öffnung der Energieproblematik* gewählt wurde – zwar gestellt, aber in den analysierten Positionierungen der EU-Institutionen und der energiepolitischen Stakeholder in den Jahren 2006 und 2007 kaum aufgegriffen bzw. nicht mehr offen kritisiert oder fundamental hinterfragt. Mit Rückgriff auf die anschlussfähigen pro-EU story-lines, insbesondere die story-line neue Energielandschaft, wird eine EU-Energiekompetenz vielmehr weitgehend bestätigt und stabilisiert. Das heißt, eine gestärkte EU-Energiekompetenz wird v. a. über Notwendigkeitskonstruktionen angesichts der globalen Herausforderungen in den Bereichen Klimawandel und Energiesicherheit legitimiert und weithin anerkannt. Unterstützend kamen, insbesondere im Umfeld der Berliner Erklärung vom März 2007, integrationspolitische Begründungsmuster hinzu. Mit konkreten story-lines des Idealtypus Integrationsprojekt wurden in erster Linie die Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007 – d. h. die 20-20-20-Ziele – als Ausdruck für die Handlungsfähigkeit und die politische Relevanz der EU insgesamt gedeutet.

Parallel zur weitgehenden *Normalisierung einer EU-Energiekompetenz* bzw. einer (temporären) diskursiven Schließung der Kompetenzfrage lässt sich eine Verschiebung und Fokussierung der diskursiven Auseinandersetzungen auf Fragen der inhaltlichen Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik erkennen. Aber auch hier schlägt die im diskursiven Repertoire angelegte Vorstrukturierung und Eingrenzung anerkannter Diskurselemente wieder durch: Sowohl unter den EU-Institutionen als auch den energiepolitischen Stakeholdern findet sich eine breit gestreute grundlegende Zustimmungsbereitschaft zur umfassenden Energieperspektive, die auf eine harmonische Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie abzielt. Dies zeigt sich in der vielfältigen Reproduktion der konkreten Synergie-story-line sowie der green und der low-carbon economy story-line, während die story-line der neuen Energiekultur, die auch wachstumskritische und suffizienzorientierte

Elemente umfasst, nur vereinzelt auftaucht. Auch konkrete story-lines der klassischen Energieperspektive wie etwa die story-line der Zielkonflikte spielen eine eher randständige Rolle im Vor- und Umfeld der ersten offiziellen Diskussionen um die EPE. Vielmehr wird geradezu routinemäßig immer wieder die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie „beschworen", während mögliche Zielkonflikte und Widersprüche insbesondere von der Kommission (strategisch) weitgehend ausgeblendet werden.

Besonders anhand des Grünbuchs der Kommission zur EU-Energiestrategie vom März 2006 konnte aufgezeigt werden, dass die Kommission auch zur Eröffnung der Energiedebatte nicht das im ersten Analyseschritt rekonstruierte Spektrum an energiepolitischen story-lines ausschöpft, sondern mittels anschlussfähiger story-lines der umfassenden Energieperspektive – wie der Synergie-story-line sowie der green economy und low-carbon economy story-line – eine möglichst breite Zustimmung für ihre spezifische Version der europäischen Energiepolitik zu generieren versucht. Somit muss auch konstatiert werden, dass mit dem Grünbuch vom März 2006 zwar formal gesehen eine offene Debatte zu grundlegenden Energiefragen auf europäischer Ebene angestoßen wurde, die Kommission aber eine schon recht eng abgesteckte Diskussionsgrundlage anbot, in der viele Aspekte – etwa die EU-Energiekompetenz, die drei Hauptziele und auch die Lösungsmodelle der Diversifizierung, Effizienz und Substitution sowie die Entwicklung und Förderung von kohlenstoffarmen Technologien – als notwendig und alternativlos konstituiert werden.

Auch die Positionspapiere der energiepolitischen Stakeholder zum Grünbuch der Kommission, die zur Rekonstruktion der Diskursstrukturierung ausgewertet wurden, verdeutlichen, dass Akteure nicht vollkommen frei und nur im Sinne ihrer unmittelbaren (materiellen) Interessen argumentieren, sondern sich am dominanten Diskurs orientieren. Die Auseinandersetzung um die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik vollzieht sich unter den Stakeholdern ebenfalls primär im diskursiven Rahmen der umfassenden Energieperspektive. In diesem diskursiven Kontext sehen sich etwa Industrievertreter veranlasst, den Klimawandel in ihren energiepolitischen Konzeptionen zu berücksichtigen, und Umweltschützer neigen dazu, die ökonomischen Vorteile umweltpolitischer Maßnahmen hervorzuheben. Insbesondere zeichnet sich in den Stellungnahmen der energiepolitischen Stakeholder, die sich am Konsultationsprozess der Kommission im Jahr 2006 beteiligt haben, eine breite Unterstützung für technologiegestützte Lösungsmodelle ab, während suffizienzorientierte Lösungselemente zwar durchaus erwähnt werden, im Verhältnis jedoch nur eine randständige Rolle spielen. Trotz der geteilten Grundposition, dass ökologische und ökonomische Ziele sich in der neuen europäischen Energiepolitik gemeinsam verwirklichen lassen, kann nicht

von einem gegenseitigen Verständnis unter den Stakeholdern ausgegangen werden. So wurden im Rahmen der geteilten umfassenden Energieperspektive auch Deutungskonflikte klar erkennbar.

1.2 Deutungskonflikte im Rahmen der umfassenden Energieperspektive

Es konnte insbesondere gezeigt werden, dass die weithin geteilte Definition des Klimawandels als ein energiepolitisches Problem mit sehr unterschiedlichen Interpretationen einhergeht, was die geeignete Lösungsstrategie der EU betrifft. Während Vertreter der Industrie und der Energiewirtschaft grundsätzlich eher für einen globalen, marktbasierten und möglichst kosteneffizienten Ansatz plädieren und primär auf die Aushandlung eines entsprechenden internationalen Klimaabkommens setzen, finden sich in Positionspapieren der organisierten Zivilgesellschaft und von Umweltverbänden zahlreiche Aufforderungen, unabhängig von einem internationalen Abkommen im Klimaschutz voranzuschreiten. Am Problem „Klimawandel" kommt im Jahr 2006 jedoch keiner der energiepolitischen Stakeholder mehr vorbei. Wie die EU ihre Führungsrolle im Klimaschutz ausfüllen soll, ist jedoch umstritten, weshalb aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive auch nicht von einer stabilen einheitlichen „leadership norm"[1807] ausgegangen wird. Im Gegenteil: Gerade dieser durchaus geteilte „reform imperative"[1808], etwas gegen den Klimawandel tun zu müssen, wird mit divergierenden Bedeutungen und entsprechend verschiedenen Lösungsstrategien verknüpft.

Unterschiedliche Deutungen des Problems „Klimawandel" und der entsprechenden energiepolitischen Lösungsmodelle kommen auch im Deutungskonflikt, der sich um den Kommissions-Vorschlag eines sicheren und CO_2-armen Energiemix dreht, zum Vorschein. Hier lassen sich im Rahmen der umfassenden Energieperspektive primär zwei Diskurskoalitionen ausmachen: Die *Klimaschützer-Koalition*, die sich um die low-carbon economy story-line formiert, deutet diese Zielsetzung für den zukünftigen EU-Energiemix als eine offene, weitgehend technologieneutrale Vorgabe, d. h. aus ihrer Perspektive sollen möglichst alle kohlenstoffarmen Optionen genutzt werden mit dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Im Gegensatz dazu sollen aus Sicht der *ökologischen Diskurskoalition*, die sich um die green economy story-line formiert und sich am Leitbild der nachhaltigen

1807 Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1148.

1808 Bürgin (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore, S. 693.

Entwicklung orientiert, nur solche kohlenstoffarme Optionen genutzt werden, die umfassenden Nachhaltigkeits- und Umweltschutzkriterien entsprechen; dies schließt etwa die Kernkraft oder auch die Anwendung der CCS-Technologie aus. Während zur Klimaschützer-Koalition verschiedene Vertreter der Zivilgesellschaft, aber v. a. auch Vertreter der Industrie und der Energiewirtschaft beitragen, wird die ökologische Diskurskoalition im Kern von Umweltschutzorganisationen und Mitgliedern der Grünen getragen. Die offene, technologieneutrale Deutung eines sicheren und kohlenstoffarmen Energiemix der Klimaschützer-Koalition ist somit für viele Stakeholder attraktiver und generiert *neue Zustimmungsbereitschaft für eine integrierte Energie- und Klimapolitik* gerade auch aufseiten der Industrie und der Energiewirtschaft, die sich fast alle (auf unterschiedliche Weise) in ihren Stellungnahmen zum Grünbuch als die „wahren" Klimaschützer positionieren (möchten). Hierzu reproduzieren sie zwar nicht als koordinierte „Kampagne", aber doch gemeinsam die low-carbon economy story-line.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Auseinandersetzungen zwischen den energiepolitischen Stakeholdern um die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik den klassischen Konflikt zwischen Umwelt und Wirtschaft transzendiert, da der Konflikt sich im Rahmen der umfassenden Energieperspektive bewegt, von der kaum einer der beteiligten Akteure maßgeblich abweicht. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass beide Diskurskoalitionen – die Ökologen und die Klimaschützer – sowohl die Herausforderungen des Klimawandels akzeptieren als auch am wachstumsbasierten Wohlstandsmodell festhalten und technologiegestützte Lösungsmodelle präferieren. Die skizzierten Diskurskoalitionen, die ähnliche, aber nicht identische Deutungen der Energieproblematik im Rahmen der umfassenden Energieperspektive durchsetzen wollen, spielen nicht nur unter den energiepolitischen Stakeholdern eine strukturierende Rolle, sondern auch in den inter- und intrainstitutionellen Auseinandersetzungen, wie ich an den Positionierungen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zum Grünbuch vom März 2006 im Folgenden aufzeige.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2006 können als erste Bewährungsprobe für die energiepolitischen Vorstellungen der Kommission und sogar als konstitutiver „Gründungsmoment" der EPE bezeichnet werden, da hier erstmals ganz offiziell die „Festlegung einer *Energiepolitik für Europa*"[1809] als Ziel der EU definiert wird. Insgesamt wird die von der Kommission geforderte Stärkung der EU-Energiekompetenz von den Staats- und Regierungschefs mit Ausnahme der Wahl des Energiemix befürwortet, wo die Mitgliedstaaten weiterhin auf ihren

1809 Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S. 4, Hervorhebung im Original.

Hoheitsrechten bestehen. Im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung werden die konkreten story-lines der umfassenden Energieperspektive präferiert aufgegriffen, insbesondere die Synergie-story-line zur Vereinbarkeit der drei Hauptenergieziele (Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit). Zudem wird die Energiepolitik explizit auch als Teil einer übergeordneten Wachstumsstrategie begriffen, die umwelt- und klimapolitische Ziele der EU berücksichtigen soll. Im Gegensatz zur Kommission unterstützen die Staats- und Regierungschefs jedoch nicht alle kohlenstoffarmen Technologien wie CCS und Atomkraft. Der Europäische Rat lässt sich im März 2006 somit noch nicht eindeutig einer der beiden Diskurskoalitionen zuordnen, sondern bleibt prinzipiell offen und anschlussfähig an die Deutungen der Ökologen und der Klimaschützer.

Im Europäischen Parlament finden sich ebenfalls beide Diskurskoalitionen wieder. So wird das Grünbuch der Kommission von der ökologischen Diskurskoalition, die besonders von den Grünen getragen wird, als zu „kernenergiefreundlich" kritisiert und von den Klimaschützern, die über eine breitere Unterstützung verfügen, als zu wenig „kernenergiefreundlich". Das Thema „Atomkraft" birgt also viel Konfliktpotenzial unter den Europaabgeordneten und wurde in der gemeinsamen Entschließung des Europäischen Parlaments zum Grünbuch letztlich (bewusst) ausgeklammert. Aber auch abgesehen von diesem „Tabuthema" liegt der Fokus der Auseinandersetzungen um die inhaltliche Ausgestaltung der europäischen Energiepolitik im EP ebenfalls auf der Definition des „richtigen" Energiemix. Eine weitere Forderung, die so hauptsächlich vom EP vorgebracht wurde, ist die Dezentralisierung der Energieversorgung, also die verstärkte Nutzung heimischer Energiequellen. Eine zusätzliche Qualifizierung besteht darin, dass diese Quellen auch kohlenstoffarm sein sollen. An dieser Stelle kommen die unterschiedlichen Deutungsangebote der beiden Diskurskoalitionen wieder zum Vorschein: Die Ökologen begreifen unter heimischen kohlenstoffarmen Quellen letztlich nur erneuerbare Energien, während die Klimaschützer-Koalition hierzu v. a. auch die Atomkraft und die Kohle in Kombination mit der CCS-Technologie zählen. Obwohl im Hinblick auf einen klimafreundlichen und sicheren Energiemix auf den ersten Blick ein Konsens im EP herrscht, liegen unterschiedliche Interpretationen des „richtigen" Energiemix vor, sodass sich auch das EP nicht als einheitlicher Akteur eindeutig einer Diskurskoalition zuordnen lässt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Politikformulierung – die diskursive Öffnung der Energieproblematik im Jahr 2006 – im Rahmen der umfassenden Energieperspektive erfolgt. Die allermeisten energiepolitischen Akteure gehorchen, mit Foucault gesprochen, einer „diskursiven Polizei"[1810] und folgen den im Diskurs

1810 Foucault (2007): Die Ordnung des Diskurses, S. 25.

angelegten Regeln: Die Grundannahme der umfassenden Energieperspektive – d. h. insbesondere das Meta-Narrativ der Entkopplung – fundamental zu hinterfragen, stellt im Gegensatz zu anderen Diskursarenen eine *Leerstelle im EU-Energiediskurs* dar. Schon zu einem frühen Zeitpunkt lässt sich im Policy-Prozess eine grundlegende diskursive Verknappung gültiger und anerkannter Artikulationen feststellen. Bestimmte story-lines und Lösungsmodelle werden per se nicht als legitime Problemdeutung und gangbare Option betrachtet. Insbesondere Kritik am wachstumsbasierten Wohlstandsmodell fällt auf europäischer Ebene im Untersuchungszeitraum schwach aus. Entsprechend werden auch kaum Zweifel an der Wirksamkeit der grundlegenden „Entkopplungsstrategie" zur Lösung der Energieproblematik geäußert: So verfolgt die ökologische Koalition eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch und die Klimaschützer verfolgen speziell die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Emissionen. Auch wenn alle story-lines des diskursiven Repertoires reproduziert wurden, strukturieren und regulieren letztlich nur wenige story-lines der umfassenden Energieperspektive maßgeblich die Auseinandersetzungen um die inhaltliche Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik. Die konkreten Artikulationen der beteiligten Akteure folgen und aktualisieren somit zugleich die grundlegenden Annahmen und Meta-Narrative, die in der idealtypischen story-line der umfassenden Energieperspektive angelegt sind.

Tendenziell zeichnet sich die low-carbon economy story-line aus dem Set der konkreten story-lines dieses Idealtypus wiederum durch ein besonders hohes Legitimations- und Integrationspotenzial aus, da gerade auch Vertreter der (Energie-) Wirtschaft und Industrie sowie konservative Europaabgeordnete, also potenziell eher klimaskeptische Akteure, sich hierüber für eine integrierte Energie- und Klimapolitik einsetzen und Ökologen sich von dieser story-line mit Schwerpunkt „Klimaschutz" nur schwer diskursiv distanzieren oder gar abgrenzen können. Dennoch lässt sich Ende 2006 (noch) nicht von einer Dominanz der Klimaschützer-Koalition und ihrer präferierten low-carbon economy story-line sprechen, da insbesondere der Europäische Rat – als politischer Richtungsweiser – hierzu keine klare Position einnahm, sondern mit seinen Schlussfolgerungen zu beiden Deutungen der Energiepolitik beitrug. Trotz einer klaren Vorstrukturierung entlang der anschlussfähigen story-lines des diskursiven Repertoires und hier insbesondere der umfassenden Energieperspektive war eine *diskursiv begrenzte Offenheit im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung der EPE* gegeben: Sowohl die ökologische Lösungsstrategie, d. h. eine exklusive Fokussierung auf erneuerbare Energien und Effizienz, als auch die Forderung der Klimaschützer, alle kohlenstoffarmen Optionen auszunutzen, stand Ende 2006 als politische Möglichkeit im Raum. Die für die Etablierung der EPE entscheidende diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line und damit eine weitere

diskursive Verknappung und Marginalisierung konkurrierender Deutungen vollzog sich jedoch Anfang des Jahres 2007.

1.3 Diskursive Schließung der Energieproblematik

Die Kommission hatte zwar auch schon im Grünbuch vom März 2006 auf die low-carbon economy story-line zugegriffen, dominierend wird diese aber erst in der Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa" vom Januar 2007. Dies manifestiert sich zunächst darin, dass der Klimawandel als das zentrale energiepolitische Problem definiert wird. Zudem wird auch das langfristige Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft explizit genannt und die EPE als ein wesentliches Element in diesem übergeordneten Transformationsprojekt – dieser neuen industriellen Revolution[1811] – verortet. Entsprechend stehen auch technologiegestützte Lösungsmodelle im Vordergrund, die primär auf die Reduktion von CO_2-Emissionen ausgerichtet sind und zugleich neue Jobs sowie Wirtschaftswachstum generieren. Hierzu passt auch die Fokussierung auf die Förderung aller kohlenstoffarmen Technologien, darunter auch die CCS-Technologie, die von der Kommission besonders „gepusht" wird. Insgesamt lässt die Kommission sich damit klar in der Diskurskoalition der Klimaschützer verorten. Angesichts ihrer informellen Agenda-Setting-Rolle und ihres formalen Initiativrechts konnte sie ganz wesentlich zur Stärkung und politischen Bedeutung der Klimaschützer-Koalition beitragen bzw. eben auch zur Marginalisierung alternativer Deutungen der Energieproblematik im Sinne der ökologischen Diskurskoalition.

Der entscheidende „tipping point" hin zur diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line ist aber in der neuen Positionierung des Europäischen Rates zu sehen. Denn dieser folgte, im Gegensatz zum März 2006, der Kommission diesmal deutlich in der Reproduktion der low-carbon economy story-line. So wird in den Schlussfolgerungen vom März 2007 ebenfalls der Klimawandel als prioritäres Problem der Energiepolitik definiert und die zuvor nicht explizit genannte CCS-Technologie von den Staats- und Regierungschefs unterstützt. Damit findet die Konkretisierung der EPE als eine integrierte Energie- und Klimapolitik sowie als Element des übergeordneten Transformationsprojekts hin zur kohlenstoffarmen Wirtschaft die Zustimmung auf höchster politischer Ebene. Aufgrund der hohen Zustimmung, die mit der low-carbon economy story-line unter den diskursiven Eliten abgerufen werden konnte, d. h. hier von der

1811 Vgl. Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, S. 6.

Kommission und dem Europäischen Rat, wurde ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Etablierung der EPE vollzogen.

Die spezifische diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line stieß aber auch kaum mehr auf diskursiven Widerstand, sondern diese Konkretisierung der EPE wurde sowohl von den anderen EU-Organen als auch den energiepolitischen Stakeholdern weithin begrüßt, sodass man von einer *Deutungshoheit der Klimaschützer-Koalition* in der europäischen Energiepolitik im Jahr 2007 sprechen kann und auch von einem *Bedeutungsverlust der ökologischen Diskurskoalition*. Die Deutungsleistung dieser sehr unterschiedlichen Akteure – von der Kommission über Industrievertreter und Umweltschützer bis hin zu europaskeptischen Abgeordneten im EP – hat somit dazu beigetragen, dass aus der Vielfalt energiepolitischer story-lines des diskursiven Repertoires letztlich die low-carbon economy story-line als dominant hervorgegangen ist. Dabei wurde diese story-line auch immer wieder strategisch verwendet, um etwa bestimmte Energiequellen und Technologien zu „pushen". Aber diese rein akteurszentrierte instrumentelle Erklärung für die Dominanz der low-carbon economy story-line greift aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive zu kurz. Denn auch die Qualität und die Funktionen dieser story-line, so die grundlegende theoretische Annahme, haben zur Herausbildung dieser spezifischen diskursiven Schließung der Energieproblematik im Untersuchungszeitraum auf europäischer Ebene beigetragen.

1.4 Die „Erfolgsgeschichte" der low-carbon economy story-line

Wie bereits verdeutlicht, bewegt sich die Auseinandersetzung um die Grundausrichtung der europäischen Energiepolitik primär im diskursiven Kontext der umfassenden Energieperspektive, die auf einer harmonischen Verknüpfung von ökonomischen und ökologischen Zielen basiert. Mit Rückgriff auf anschlussfähige story-lines der umfassenden Energieperspektive, die in der EU vertraute Deutungen und Meta-Narrative der globalisierten Welt und der Entkopplung reproduzieren, können energiepolitische Zuständigkeiten und Lösungsmodelle auf europäischer Ebene leichter durchgesetzt werden. Energiepolitische Akteure tendieren daher dazu, diese anschlussfähigen story-lines verstärkt aufzugreifen und diese Legitimationspotenziale auch für ihre jeweils spezifischen Interessen zu nutzen. Wir haben es somit per se mit einer diskursiven Selektion und Verknappung an story-lines im Policy-Prozess um die EPE zu tun, in dem insbesondere wachstumskritische story-lines und suffizienzorientierte Lösungen angesichts des tief verankerten wachstumsbasierten Wohlstandsmodells sowie des Meta-Narrativs der Entkopp-

lung kaum resonanzfähig sind und auch von den sozialen Akteuren, sei es den politischen Entscheidungsträgern oder den Stakeholdern, im Policy-Prozess kaum genutzt werden.

Die im zweiten Analyseschritt als dominant rekonstruierte low-carbon economy story-line lässt sich klar dem Idealtypus der umfassenden Energieperspektive zuordnen, was ihre Durchsetzungsfähigkeit somit schon grundlegend begünstigt. Sie kann dabei als eine klimaspezifische Variante der schon länger etablierten und vertrauten green economy story-line bezeichnet werden mit spezieller Hervorhebung der *Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum*. Entsprechend setzen Lösungsmodelle dieser konkreten story-line auf die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO_2-Emissionen. Die hohe Anschlussfähigkeit an etablierte Meta-Narrative sowie auch speziell an die „benachbarte" green economy story-line führen dazu, dass die low-carbon economy story-line nicht als etwas Neues oder Störendes wahrgenommen wird, sondern vielmehr von den meisten Akteuren problemlos und schnell aufgegriffen, akzeptiert und routiniert (d. h. potenziell auch ohne tiefgehende Reflexion) im Policy-Prozess um die EPE verwendet wurde.

Die low-carbon economy story-line erzeugt jedoch eine spezifische energiepolitische Ordnung, die sich auch von der green economy story-line unterscheidet. Somit ist diese Deutung eine vertraute und eingängige, gleichzeitig aber auch neue Deutung der Energieproblematik: Der Klimawandel stellt als spezifisches Umweltproblem die größte Herausforderung an die Energiepolitik für Europa dar. Es soll zudem aber immer eine kosteneffiziente Bekämpfung des Klimawandels mit dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verfolgt werden, weshalb möglichst alle CO_2-armen Quellen und Technologien eingesetzt werden müssen. Klimaschutz, Energiesicherheit, Wirtschaftswachstum und Wohlstand können so – ganz im Sinne der etablierten umfassenden Energieperspektive – in Einklang gebracht werden. Der Klimawandel wird also nicht als ein Problem definiert, das grundlegende strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach sich zieht, sondern das im Rahmen des bestehenden wachstumsbasierten Wohlstandsmodells der EU lösbar erscheint. Mehr noch, Klimaschutz im Energiebereich wird hierbei nicht als wirtschaftliche Belastung, sondern als eine wirtschaftliche Chance betrachtet.

Die low-carbon economy story-line erzeugt so eine weitgehend attraktive und kohärente Gesamtvision für die Entwicklung der europäischen Energiepolitik, die für viele energiepolitische Akteure eingängig und richtig klingt. Die *Anziehungskraft der low-carbon economy story-line* ist somit als zentraler begünstigender Faktor für die diskursive Schließung der Energieproblematik und letztlich die Etablierung der EPE zu sehen. Genauer betrachtet speist sich das hohe Integrationspotenzial der low-carbon economy story-line aus zwei Komponenten: Erstens

aus der Zustimmungsbereitschaft, die sie gerade auch unter skeptischen Akteuren einer integrierten Energie- und Klimapolitik hervorruft, und zweitens aus ihrem Potenzial, ökologische Kritiker zu vereinnahmen, die eine nachhaltigere bzw. ambitioniertere EU-Energie- und Klimapolitik anstreben.

Die größere kollektive Reichweite der low-carbon economy story-line, gerade auch unter Vertretern der Industrie und der Energiewirtschaft, lässt sich dadurch nachvollziehen, dass sie ganz maßgeblich auf das populäre Klimaschutzthema abhebt, damit aber eine verengte Problemdefinition, d. h. eine Fokussierung auf klimaschädliche CO_2-Emissionen, verbindet. Zudem wird gleichzeitig eine offenere, technologieneutrale Lösungsstrategie legitimiert, d. h. eine breitere Palette an „guten" kohlenstoffarmen Quellen und Technologien im Energiemix inkludiert. Diese Kombination aus verengter Problemdefinition und einer weitgehend technologieneutralen Lösungsstrategie spricht potenziell mehr energiepolitische Akteure an, die sich aus unterschiedlichen Gründen an diese story-line andocken. So können sich etwa Vertreter der Atomkraft als „neue Klimaschützer" positiv präsentieren, ohne dabei ihr „Geschäftsmodell" aufgeben zu müssen. Damit wurde im Laufe der Jahre 2005 bis 2008 insgesamt eine neue Zustimmungsbereitschaft für eine integrierte Energie- und Klimapolitik der EU auch unter (zuvor) skeptischen Stakeholdern und Entscheidungsträgern generiert, die über die green economy story-line oder gar die story-line der neuen Energiekultur so nicht möglich gewesen wäre.

Zudem greifen auch „klassische Klimaschützer" aus der Umweltbewegung auf Elemente der low-carbon economy story-line zu. So tendieren Umweltschützer und Grüne – die sich sonst primär der ökologischen Diskurskoalition zuordnen lassen – dazu, sich exklusiv auf das populäre Thema Klimawandel und die Reduktion von THG-Emissionen zu fokussieren, anstatt komplexe Problemzusammenhänge und differenzierte Ansätze zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung zu diskutieren. Gerade die griffige Argumentation „Klimaschutz rechnet sich" wird von Ökologen vielfach verwendet, um etwa Forderungen nach höheren Effizienzstandards durchzusetzen. Diese (un-)bewusste Anpassung an den Sprachgebrauch der Klimaschützer-Koalition trägt insgesamt zur Dominanz dieser Diskurskoalition bei.

Energiepolitische Akteure greifen also vielfach aus normativen und/oder interessenbasierten Gründen auf die populäre anschlussfähige low-carbon economy story-line zu, um durchaus unterschiedliche Lösungsstrategien zu legitimieren, aber sie können die Wirkung ihrer Artikulationen letztlich nicht umfassend steuern. Ökologen tragen damit gewollt oder ungewollt zur diskursiven Wahrnehmbarkeit und Akzeptanz der von ihnen nicht umfassend geteilten energiepolitischen Forderungen der Klimaschützer-Koalition bei. Aufgrund ähnlicher (aber nicht identischer Argumentationsweisen) ist eine klare Abgrenzung von den Klimaschützern für ökologische Kritiker im Policy-Prozess um die EPE nur schwer möglich gewesen.

So wird nicht nur die Klimaschützer-Koalition mit ihrer verengten Deutung der Energieproblematik und ihrer breit gefächerten Lösungsstrategie gestärkt, sondern auch die Sichtbarkeit der ökologischen Diskurskoalition geschwächt. Dadurch werden zudem diskursive Verbindungslinien zu radikalökologischen Positionen „gekappt" und suffizienzorientierte Lösungsmodelle, die auf eine geringere Nachfrage an Energiedienstleistungen abzielen, weiter im EU-Energiediskurs marginalisiert. Beide Komponenten – die hohe Zustimmungsbereitschaft gerade auch unter (zuvor) klimaskeptischen Akteuren sowie die Vereinnahmung von kritischen Ökologen – begründen die hohe Integrationskraft der low-carbon economy story-line, um die sich entsprechend eine umfassende Diskurskoalition der Klimaschützer formieren und im Policy-Prozess erfolgreich durchsetzen konnte.

Im Gegensatz zur bestehenden Forschungsliteratur zur EPE, die sich primär auf die Vereinnahmung der Gegner einer „zu" ambitionierten Energie- und Klimapolitik konzentriert, wird hier aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive also auch die *Vereinnahmung von Ökologen* als Ermöglichung einer schnellen und weitreichenden Zustimmung zum Energie- und Klimapaket und damit für die verbindliche Verabschiedung der EPE erkennbar. Diese diskursive Vereinnahmung und die teils routinehafte Verwendung anschlussfähiger story-lines verdeutlichen zudem, dass nicht allein die bewusste strategische Deutungsleistung oder gar eine koordinierte Kampagne bzw. Framing-Strategie bestimmter „policy entrepreneurs" allein für die Herausbildung dieser diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line verantwortlich ist, sondern auch Qualitätsmerkmale der low-carbon economy story-line und ihre Funktionen zu berücksichtigen sind. Insbesondere die hohe Integrations- und Legitimationskraft dieser story-line ermöglichte es, *Widerstände und Kritik seitens unterschiedlich positionierter Akteure* (mit divergierenden Interessen und/oder Überzeugungen) im EU-Policy-Prozess um die EPE zu überwinden und Konflikte (temporär) einzuhegen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass energiepolitische Akteure mit ihren Artikulationen eine wesentliche Deutungsleistung erfüllen und zur (neuen) Diskursstrukturierung im Politikfeld Energie beitragen. Dass die sozialen Akteure tendenziell anschlussfähige story-lines (auch aus strategischen Gründen) reproduzieren bzw. nutzen müssen, um legitim im spezifischen diskursiven Kontext sprechen zu können, führt dazu, dass sich im Laufe des Policy-Prozesses um die EPE kein fundamentaler Deutungswandel in der europäischen Energiepolitik vollzieht. Stattdessen ist eine *diskursive Verschiebung im Rahmen der umfassenden Energieperspektive* zu beobachten: von der etablierten Deutung der green economy story-line zur diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line. Diese diskursive Verschiebung ist jedoch aufgrund der aufgezeigten besonderen

Qualität und Funktionalität der low-carbon economy story-line entscheidend für die Etablierung der EPE.

Mit Blick auf das Wechselverhältnis von diskursiven Strukturen und energiepolitischen Artikulationen der sozialen Akteure lässt sich die Herausbildung dieser spezifischen diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line auf europäischer Ebene somit gut nachvollziehen. Denn sowohl die bereits etablierten diskursiven Strukturen der umfassenden Energieperspektive als auch die aktualisierende (strategische) Artikulationspraxis der beteiligten Akteure tragen im Zusammenspiel zur Dominanz der low-carbon economy story-line bzw. der damit verbundenen (temporären) diskursiven Schließung der Energieproblematik bei. Die Relevanz dieser diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line beschränkt sich dabei nicht auf die Festlegung verbindlicher Ziele und Maßnahmen Anfang 2007, sondern ist auch als diskursive Möglichkeitsbedingung für die Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik zu sehen, d. h. für die Institutionalisierung der EPE mit dem Energie- und Klimapaket im Jahr 2008. Die Tragfähigkeit der diskursiven Schließung und die Durchsetzungsfähigkeit der umfassenden Klimaschützer-Koalition in diesem Gesetzgebungsprozess standen im Analyseschritt III auf dem Prüfstand.

1.5 Diskursinstitutionalisierung und Tragfähigkeit der diskursiven Schließung

Es wurde im dritten Analyseschritt zunächst danach gefragt, inwiefern die in der low-carbon economy story-line präferierten kohlenstoffarmen Lösungsmodelle sich auch in konkreten Maßnahmen niederschlagen und rechtlich fixiert werden, wobei das Energie- und Klimapaket im Mittelpunkt der Untersuchung stand. Dabei wurde herausgearbeitet, dass alle vier Dossiers des verabschiedeten Energie- und Klimapakets – die EHS-Richtlinie, die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, die CCS-Richtlinie und die Effort-Sharing-Entscheidung – sich gut in die Lösungsstrategie der low-carbon economy story-line einfügen, d. h. den Lösungsmodellen zur Dekarbonisierung der (Energie-)Wirtschaft weitgehend entsprechen. Auf den ersten Blick kann man also von einer inhaltlich hohen Passung zwischen der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line, wie sie Anfang 2007 erreicht wurde, und dem verabschiedeten Energie- und Klimapaket vom Dezember 2008 sprechen.

Betrachtet man das Verhandlungsergebnis etwas genauer, so wird deutlich, dass sich die Klimaschützer-Koalition, die sich um die low-carbon economy story-line formiert, in vielen Punkten durchsetzen konnte: Hier ist v. a. die erfolgreiche Stärkung

der Aspekte Kosteneffizienz und Flexibilität bei der Umsetzung der im März 2007 festgelegten Energie- und Klimaziele zu nennen. So wird zwar das Emissionsreduktionsziel von 20 % bis 2020 beibehalten, aber die Ausnahmeregelungen im EHS für einige Industrie-Sektoren zeigen, dass die Reduktion von THG-Emissionen im Sinne der low-carbon economy story-line stets mit den Aspekten Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sowie Wohlstand und Beschäftigung in Europa verbunden wird. Vor allem aber verdeutlichen die verschiedenen Offset-Mechanismen in der EHS-Richtlinie und in der Effort-Sharing-Entscheidung, dass der kostengünstigen formalen Erfüllung des 20 %-Ziels im Kampf gegen den globalen Klimawandel mehr Bedeutung zugeschrieben wird als einer umfassenden nachhaltigen Transformation des europäischen Energie- und Wirtschaftssystems. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass ein kosteneffizienter und flexibler bzw. „weicher" Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Europa vorgezeichnet und mit dem Energie- und Klimapaket institutionalisiert wurde.

Die skizzierte Diskursinstitutionalisierung anhand des verabschiedeten Energie- und Klimapakets kann somit als Indikator für die *Dominanz und Stabilität der umfassenden Energieperspektive und speziell der konkreten low-carbon economy story-line* in der europäischen Energiepolitik gewertet werden. Die Identifikation dominanter story-lines ist jedoch nicht das Hauptanliegen des dritten Analyseschritts gewesen, sondern die Frage zu beantworten, inwiefern die für die Festlegung der EPE im März 2007 zentrale low-carbon economy story-line im Gesetzgebungsprozess Ende 2008 und damit auch im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise weiterhin ihre Legitimations- und Integrationskraft entfalten konnte. Hierzu wurden offizielle Statements der diskursiven Eliten, d. h. von Entscheidungsträgern und prominenten Politikern, sowie auch von mir geführte Experteninterviews analysiert.

Ausgangspunkt der Untersuchung war auch hier wieder die Position der Europäischen Kommission, die das Energie- und Klimapaket im Januar 2008 präsentierte und dabei stark auf die low-carbon economy story-line rekurrierte. Die Gesetzesvorschläge der Kommission zur Umsetzung der EPE sollen demnach dezidiert Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zugleich fördern. Mit ihrem Modell der kohlenstoffarmen Wirtschaft soll die EU aus Sicht der Kommission auch ein Vorbild für andere Industrienationen im „CO_2-armen Zeitalter"[1812] werden. Während die Kommission bereits im Grünbuch vom März 2006 eine integrierte Energie- und Klimapolitik als wirtschaftliche Chance propagierte, gab es gerade aufseiten osteuropäischer Mitgliedstaaten auch einige Kritiker dieser Politik. So betonte die polnische Regierung – die oft auch als Sprecher für andere klimaskepti-

1812 Redebeitrag von José Manuel Barroso, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Vorschläge im Bereich Energie und Klimawandel.

sche Mitgliedsländer auftrat – im Verhandlungsprozess immer wieder mit Rückgriff auf die story-line der Zielkonflikte, wie sie für die klassische Energieperspektive typisch ist, die Kosten und wirtschaftlichen Nachteile von Klimaschutzmaßnahmen im Energiebereich.

Dennoch blieb die low-carbon economy story-line gerade in dieser kritischen Phase Ende 2008, in der auch ein Scheitern der Verhandlung aufgrund von „Blockadedrohungen" Italiens und Polens möglich gewesen wäre, letztlich widerstandsfähig. Mit Verweis auf die Vision einer kohlenstoffarmen Wirtschaft als Zukunftsmodell für die EU blieb die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets und damit auch die Etablierung der EPE – selbst im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein legitimes und weithin anerkanntes politisches Projekt, das von vielen unterschiedlich positionierten Akteuren auf europäischer Ebene mitgetragen wurde. Diese hohe Resonanzfähigkeit sowie auch Integrations- und Legitimationskraft der low-carbon economy story-line wurde auch auf der Arbeitsebene erkennbar, d. h. bei Mitarbeitern im EP, der Kommission und im Generalsekretariat des Rates, wobei besonders die Popularität des Klima-Themas als wichtiger „Einigungsfaktor" hervorgehoben wurde.

Wie auch andere Forschungsbeiträge zur EPE zeigen,[1813] bestätigt die Auswertung der Interviews mit beteiligten Akteuren, dass das Selbstbild der EU als Vorreiter im internationalen Klimaschutz die EU-interne Verhandlungsdynamik stark geprägt und eine schnelle Einigung über das Energie- und Klimapaket begünstigt hat. Die produktive Seite der gemeinsamen Problemdeutung des Klimawandels als „Jahrhundertherausforderung"[1814] ist somit in der Bereitschaft der beteiligten Akteure zu sehen, sich unabhängig von anderen Industrienationen und trotz sich wandelnder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf verbindliche Energie- und Klimaziele einzulassen, was in der Literatur auch als „rhetorical" bzw. „normative entrapment" beschrieben wird.[1815] Allerdings greift dieser Verweis auf die erfolgreiche „rhetorische Gefangennahme" politischer Gegner angesichts der „leadership norm" zu kurz. Wie oben schon gezeigt, lässt sich nicht von einer einheitlichen Deutung dieser Norm unter den beteiligten sozialen Akteuren auf europäischer Ebene ausgehen und entsprechend auch nicht von einem eindeutig angemessenen Verhalten im Sinne

1813 Vgl. u. a. Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment; Bocquillon (2012): The Strategic Construction of the Urgency of Climate Change?; Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure.

1814 Redebeitrag von Martin Schulz, für die PSE-Fraktion, in: Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket.

1815 Vgl. Bürgin (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore; Vogler (2009): Climate Change and EU Foreign Policy; Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment.

dieser Norm. Im Gegenteil: *Wesentliche Deutungskonflikte drehen sich gerade um die Bedeutung und politischen Konsequenzen einer normativ-konnotierten Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz.*

Die Analyse der Experteninterviews[1816] verdeutlicht zudem, dass auch die Grenzen des legitim Sagbaren stärker berücksichtigt werden müssen, um die schnelle Einigung über das komplexe Energie- und Klimapaket zu verstehen. Diese repressive Seite der diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line zeigt sich besonders darin, dass bestehende Gegenpositionen im Gesetzgebungsprozess bzw. in den Trilog-Verhandlungen nicht mehr konkurrenzfähig waren und Kritik auch nicht mehr offen geäußert werden konnte. So beschreiben Interviewpartner, dass MdEPs, die sich für eine weniger ambitionierte Energie- und Klimapolitik ausgesprochen hatten, innerhalb der eigenen Fraktion und v. a. auch von den zuständigen Berichterstattern nicht angehört wurden.[1817] Im Gegenteil, „in bestimmten Bereichen wurden die dann auch einfach zurückgepfiffen. Nach dem Motto, das muss jetzt sein, das geht nicht anders"[1818]. Die Forderung der Klimaschützer-Koalition, eine flexible kosteneffiziente, aber doch verbindliche Energie- und Klimapolitik gerade auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise fortzuführen, dominiert somit im Untersuchungszeitraum auf europäischer Ebene. Trotz divergierender Interessen und (gezähmter bzw. unterdrückter) Kritik wurde die dominante low-carbon economy story-line in offiziellen Debatten und auf der Arbeitsebene letztlich weiter reproduziert und damit auch die Gültigkeit und Notwendigkeit der in diesem Sinne getroffenen Beschlüsse vom März 2007 bekräftigt. Insbesondere die 20-20-20-Ziele der EPE galten als „non-negotiable"[1819], wie es Kommissionspräsident Barroso formulierte. Entsprechend blieben Grundsatzkonflikte im Verhandlungsprozess um das Energie- und Klimapaket weitgehend ausgeblendet.

Die Tragfähigkeit der diskursiven Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line zeigt sich zudem darin, dass alternative Deutungen und Lösungsmodelle auch in den Abstimmungsprozessen auf der Arbeitsebene kaum eine Rolle spielten. Gerade hier begünstigten die eingeübten Routinen und Praktiken des Policy-Makings eine ökonomische Denkweise und die Legitimation technologiegestützter Lösungsmodelle. Die repressive Seite der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line beschränkte sich jedoch nicht nur

1816 Vgl. Auflistung der Interviewpartner im Anhang 3.

1817 Vgl. Interview 1; Interview 5; Interview 2.

1818 Interview 1.

1819 Barroso zitiert nach Goldirova (2008): Summit to Test EU Credibility on Climate, Barroso Says, 10.12.2008; vgl. hierzu auch Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment, S. 1150.

auf die Delegitimierung von klimakritischen Artikulationen einiger Akteure, die sich gegen eine zu ambitionierte Energie- und Klimapolitik richteten[1820], sondern bewirkte auch die *Ausgrenzung (radikal-)ökologischer Positionen*, die eine ganz andere oder zumindest eine nachhaltigere Energie- und Klimapolitik beschreiben. Die Marginalisierung dieser Alternativen wurde auch dadurch begünstigt, dass Umweltschutzorganisationen ebenfalls auf die low-carbon economy story-line zugriffen und so insgesamt die Sichtbarkeit und den Einfluss der Klimaschützer-Koalition im Policy-Prozess stärkten, inklusive der Unterstützung für die umstrittenen CCS-Technologie.

Die erfolgreiche Vereinnahmung der ökologischen Kritiker, die nahezu in der Koalition der Klimaschützer aufgingen und damit kaum mehr als eigenständige, klar abgrenzbare Diskurskoalition in Erscheinung traten, wird hier – im Gegensatz zur bestehenden Forschungsliteratur – als wesentlich für die Verabschiedung des legislativen Energie- und Klimapakets im Dezember 2008 gewertet. Diese energiepolitische Einigung entspricht, wie bereits dargelegt, weitgehend den Lösungsvorstellungen und Zielen der low-carbon economy story-line. Um diese besonders anschlussfähige story-line konnte sich eine umfassende Diskurskoalition formieren, in der nicht nur die Skeptiker einer zu ambitionierten Energie- und Klimapolitik „eingefangen" wurden, sondern eben auch ökologische Kritiker der konkurrierenden Diskurskoalition, die sich für eine nachhaltigere Energie- und Klimapolitik einsetzen. *Die Vereinnahmung ökologischer und klimaskeptischer Stimmen sowie die frühe grundlegende Ausgrenzung radikalökologischer Positionen aus dem EU-Energiediskurs ermöglichte die Einigung* auf das Energie- und Klimapaket und damit nicht nur die Festlegung, sondern auch die Verabschiedung einer verbindlichen EU-Energiepolitik. Im Folgenden gehe ich auf die theoretische Bedeutung dieser Ergebnisse auch in Bezug auf die bestehende Forschungsliteratur ein.

1.6 (Kurze) theoretische Reflexion der Forschungsergebnisse

Wie die vorliegende Studie rückt die eingangs dargelegte Forschungsliteratur[1821], die sich mit der erfolgreichen Etablierung der EPE bzw. ihren Teilaspekten befasst, von einem rationalistisch-intergouvernementalistischen Erklärungsmodell mehrheitlich ab und betont hingegen die Bedeutung von Normen, Ideen und Frames sowie teils

1820 Vgl. u. a. Skovgaard (2013): The Limits of Entrapment; Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

1821 Vgl. Kapitel I, Abschnitt 2.

auch Diskursen. Dabei liegt oft ein instrumentelles Diskursverständnis zugrunde, d. h. Diskurse (bzw. Frames, Argumente etc.) werden als Machtmittel der Akteure betrachtet. So wird etwa die „rhetorische Gefangennahme" klimaskeptischer Akteure als zentrale Erklärung für die Etablierung der EPE herausgestellt. Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wird jedoch auch die *Vereinnahmung und Ausgrenzung von (radikal-)ökologischen Positionen* sichtbar, ohne die die Etablierung der EPE ebenfalls nicht möglich gewesen wäre. Die Berücksichtigung der gegenseitigen Konstituierung von diskursiven Strukturen und Artikulationen ermöglicht es somit, nicht nur die intentionale und strategische Deutungsleistung zentraler Akteure im Policy-Prozess zu erfassen, sondern auch grundlegende konstitutive Diskurseffekte sowie die damit einhergehende Begrenzung legitimer Artikulationen im Policy-Prozess.

Die vorliegende Analyse bestätigt somit zwar die bisherigen Forschungsergebnisse zur EPE, insbesondere die große Bedeutung der von der EU angestrebten Vorreiterrolle in der internationalen Klimapolitik (Stichwort: „leadership norm") sowie der Europäischen Kommission als wesentlicher „agenda-shaper" und Treiber im Policy-Prozess, geht aber deutlich darüber hinaus, indem diskursive Möglichkeitsbedingungen aufgezeigt werden, die aus akteurszentrierten Forschungsperspektiven aus dem Blick geraten. So werden hier beispielsweise auch die Framing-Strategien der einflussreichen Kommission und führender Politiker wie Merkel und Sarkozy stets in einem spezifischen Kontext diskursiver Strukturen – hier der umfassenden Energieperspektive – betrachtet, der bestimmte Deutungen und anschlussfähige story-lines per se „privilegiert", unabhängig von den strategischen Intentionen und Zielen dieser Akteure. Ohne somit das geschickte Framing von „policy entrepreneuren" bestreiten zu wollen, was bis hin zur „rhetorical stigmatization"[1822] von klimaskeptischen Positionen geführt hat, greifen diese Forschungsbeiträge im Fall der EPE aus meiner Sicht zu kurz, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass nicht nur Widerstände aufseiten der „Gegner" einer ambitionierten Energie- und Klimapolitik im EU-Policy-Prozess überwunden werden mussten, sondern gerade auch aufseiten der „Umweltlobby" deutliche Kritik geübt wurde.

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive wurde anhand der *Integrationsfunktion der low-carbon economy story-line* als konstitutive story-line der umfassenden Klimaschützer-Diskurskoalition verdeutlicht, dass politische Projekte in der EU trotz divergierender Interessen und/oder normativen Überzeugungen der beteiligten Akteure auf der Basis einer gemeinsamen story-line realisiert werden können. Denn die Analyse zeigt, dass Akteure, die teils sehr unterschiedliche Interessen und normative Überzeugungen vertreten, die low-carbon economy

1822 Lenschow (2009): The Internalization of External Pressure, S. 7.

story-line reproduzieren (mussten) und damit eine dominante Diskurskoalition bildeten, deren Deutung der Energieproblematik selbst im Kontext der Wirtschaftskrise widerstandsfähig und durchsetzungsstark blieb. Die Stärke dieser umfassenden Diskurskoalition liegt somit darin, dass unterschiedliche Positionen und Formen der Kritik (ökologische und klimaskeptische) integriert und vielfältige Widerstände so (temporär) überwunden werden konnten. Das Konzept der Diskurskoalition bzw. die Integrationsfunktion von story-lines hilft zu verstehen, wie es zu einer Einigung auf ein bestimmtes politisches Projekt auch unter heterogenen Akteuren mit potenziell divergierenden Interessen und Überzeugungen kommen kann, worin grundsätzlich ein *Mehrwert für die Analyse von meist konfliktreichen EU-Policy-Prozessen* zu sehen ist.

Die vorliegende konstruktivistisch-diskursive Analyse trägt zudem zu einem differenzierteren Verständnis energiepolitischer Konflikte bei, indem die in der Literatur gängige Gegenüberstellung von „Befürwortern" und „Gegnern" einer ambitionierten EU-Energie- und Klimapolitik durchbrochen wird. Aus der hier eingenommenen Perspektive konkurrieren zunächst vielfältige story-lines bzw. unterschiedliche Deutungen der Energieproblematik um Anerkennung. Im Policy-Prozess um die Etablierung der EPE standen sich letztlich primär zwei Deutungen der Energieproblematik – die low-carbon und die green economy story-line – gegenüber, um die sich zwei Diskurskoalitionen formierten, aber nicht zwei klar abgrenzbare Akteursgruppen. Denn, wie gezeigt wurde, tragen energiepolitische Akteure mit durchaus divergierenden Interessen und normativen Überzeugungen potenziell (und teils auch ungewollt) zur Sichtbarkeit beider Diskurskoalitionen durch ihre Artikulationen bei. So lässt sich etwa die diskursive Vereinnahmung der Ökologen in die letztlich dominante Klimaschützer-Koalition nachvollziehen, die für die (temporäre) Einhegung ökologischer Kritik im Policy-Prozess wichtig war. Mit den ausgewählten Analysekonzepten (story-lines und Diskurskoalition) lassen sich somit auch Konflikte unter den Befürwortern einer integrierten Energie- und Klimapolitik erfassen. So wurde etwa deutlich, dass die sogenannte „leadership norm" zwar weithin anerkannt ist, aber keine einheitliche und feststehende Norm darstellt, sondern sich wesentliche Deutungskonflikte gerade um die Bedeutung einer Vorreiterrolle im globalen Klimaschutz und der energiepolitischen Implikationen drehen. Dieser Deutungskonflikt zwischen den beiden Diskurskoalitionen und die *Differenzen innerhalb der umfassenden Energieperspektive* sind in der Forschungsliteratur bisher kaum berücksichtigt worden. Die Auswertung des Datenkorpus hat jedoch gezeigt, dass nicht harte Interessengegensätze zwischen Industrievertretern und Umweltschützern, sondern gerade auch diese Deutungskonflikte im Rahmen der umfassenden Energieperspektive den Policy-Prozess um die EPE geprägt haben.

Zentraler Mehrwert der durchgeführten konstruktivistisch-diskursiven Analyse im Vergleich zur Forschungsliteratur besteht aber v. a. darin, dass mit Blick auf das Wechselverhältnis von neuen Artikulationen und diskursiven Strukturen bzw. dem diskursiven Kontext, der sich hier in den Meta-Narrativen der umfassenden Energieperspektive manifestiert, auch *Vereinnahmungs- und Exklusionsmechanismen* erfassen lassen[1823], die früh und auch latent im EU-Policy-Prozess erfolgten. Auf der Basis dieses konstitutiven Diskursverständnisses konnte gezeigt werden, dass die Artikulationsmöglichkeiten aller sozialen Akteure in der europäischen Energiepolitik von Beginn an stark diskursiv vorstrukturiert waren und die meisten Akteure anerkannte anschlussfähige story-lines der umfassenden Energieperspektive reproduzieren (mussten). So lässt sich nicht nur nachvollziehen, dass ökologische Kritiker Elemente der low-carbon economy story-line aufgriffen und in der Klimaschützer-Koalition letztlich nahezu aufgingen, sondern dass auch radikalökologische story-lines der Suffizienz – die nicht den Regeln der umfassenden Energieperspektive entsprechen – keine Relevanz und Resonanz im EU-Policy-Prozess entfalten konnten. So wurde hier der Blick auch darauf gerichtet, was nicht wirkungsvoll und legitim in EU-Energiedebatten gesagt werden kann, sondern ausgeschlossen bleibt.

Diese diskursiven Regeln und Strukturen ermöglichen und begrenzen die Artikulationspraxis der Akteure unabhängig von ihren Interessen und/oder Überzeugungen. Sie sind im Diskurs selbst angelegt und nur schwer zu überwinden bzw. grundlegend zu verändern; sie bleiben damit auch potenziell in veränderten sozioökonomischen Kontexten wirksam, wie hier im Hinblick auf die Anfänge der Wirtschaftskrise Ende 2008 gezeigt werden konnte. Aus einer akteurszentrierten (Diskurs-)Perspektive, wie sie in der Forschungsliteratur dominiert, bleiben diese konstitutiven Diskurseffekte weitgehend ausgeblendet. Die Forschungsfrage nach der Etablierung der EPE lässt sich folglich mit Blick auf die diskursive Schließung der Energieproblematik um die dominante low-carbon economy story-line mit ihren produktiven und repressiven Seiten beantworten, insbesondere da so besser begreifbar wird, wie Kritik und Widerstand seitens sehr unterschiedlich positionierter Akteure (z. B. Klimaskeptikern und Umweltaktivisten) überwunden bzw. zeitweise eingehegt werden konnte. Ohne den wichtigen Beitrag der Forschungsliteratur (auch rationalistischer Erklärungen) in Abrede zu stellen oder eine „Letztbegründung" für die Etablierung der EPE zu nennen[1824], wird hier jedoch klar betont, dass die *Herausbildung einer diskursiven Schließung der Energieproblematik im Wechselver-*

1823 Vgl. für diese Einschätzung auch Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration, S. 99.

1824 Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Grenzen der eingenommenen Forschungsperspektive vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.2.

hältnis von diskursiven Strukturen und Artikulationen sozialer Akteure als wesentliche Möglichkeitsbedingung zu sehen ist – *ohne die die EPE nicht denkbar und auch nicht erfolgreich verhandelbar gewesen wäre*. Die Studie leistet mit der Einführung einer konstruktivistisch-diskursiven Forschungsperspektive, die über die gängige Analyse von Diskursen als Mittel der Machtausübung auch die Macht von Diskursen im EU-Policy-Prozess betont, somit einen innovativen und kritischen Beitrag zur Forschungsliteratur, die sich mit den Bedingungen für die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik befasst.[1825]

Die empirische Analyse der EPE verdeutlicht, dass eine dominante Deutung der Energieproblematik, die als produktive Handlungsbasis fungieren kann, immer auch mit der (ungewollten) Vereinnahmung und Marginalisierung von alternativen Deutungen und Lösungsmodellen einhergeht und damit auch stets mit Unzufriedenheit und potenziellem Widerstand. Das heißt, auch die Brüchigkeit dieser erfolgreichen energiepolitischen Einigung auf europäischer Ebene wird aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive stets mitgedacht; jede Form der diskursiven Schließung ist nur temporär möglich und prinzipiell durch alternative Deutungen ersetzbar. Vor diesem Hintergrund soll daher abschließend skizziert werden, inwiefern die mit der EPE stabilisierte Deutung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line die energiepolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene weiterhin prägt.

2 Zur Relevanz der Forschungsperspektive jenseits der EPE

> We are moving towards a low-carbon economy, not a low-growth economy.[1826]

Das Transformationsprojekt der kohlenstoffarmen Wirtschaft – das im obigen Zitat vom damaligen Kommissionspräsidenten Barroso klar unterstützt wird – ist aber auch nach der Etablierung der EPE weiterhin ein zentrales Element der europäischen Energie- und Klimadebatte geblieben, wie es sich auch in programmatischen Strategiedokumenten der EU-Institutionen offensichtlich zeigt. So eröffnete die Kommission im März 2011 die „Post-EPE-Debatte“ mit dem übergreifenden „Fahrplan

1825 Vgl. Kustova (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration.

1826 Barroso zitiert nach Phillips, Leigh (2008): Europe’s Captains of Industry Say They’re Steering a Greener Course, in: EUObserver, 22.2.2008.

für eine kohlenstoffarme Wirtschaft"[1827], gefolgt von dem „Energiefahrplan 2050"[1828], die beide eine langfristig angelegte Dekarbonisierungs-Agenda der EU beschreiben. Bis zum Jahr 2050 soll eine THG-Reduktion von 80 bis 95 Prozent erreicht werden, um so das von der UN gesetzte übergeordnete 2-Grad-Ziel erfüllen zu können. Die internationale Klimaschutzagenda ist somit für die EU-interne Energie- und Klimapolitikdebatte weiterhin prägend, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand Europas auszuklammern. Die grundlegende Zielsetzung, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum in Einklang zu bringen, wie es die low-carbon economy story-line vorzeichnet und mit der Etablierung der EPE institutionalisiert wurde, prägt nicht nur die programmatischen Strategiediskussionen der letzten Jahre, sondern kommt auch in den Verhandlungen um das „EPE-Nachfolgeregime" deutlich zum Vorschein.

Denn in diesem neuen Verhandlungszyklus, der mit dem Grünbuch der Kommission im März 2013[1829] begann und mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Oktober 2014[1830] einen wichtigen politischen „Entscheidungspunkt" erreicht hat, stand v. a. die Frage im Raum, inwiefern die mit der 20-20-20-Agenda eingeführte Zieltrias weiter fortgeführt werden sollte. Besonders strittig war dabei die Frage, ob es neben dem Ziel zur THG-Reduktion auch ein verbindliches Ziel für erneuerbare Energien geben sollte, wie es ja im Rahmen der EPE verabschiedet worden war. Betrachtet man diese Verhandlungen als Deutungskonflikt zwischen den beiden hier rekonstruierten Diskurskoalitionen – den Klimaschützern und den Ökologen – so fällt auf, dass die Klimaschützer-Koalition sich in den Post-2020-Verhandlungen lautstärker als in den Verhandlungen um die EPE präsentierte und sich klar für ein ambitioniertes THG-Reduktionsziel, aber gegen ein verbindliches Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzte.[1831] Mit Rückgriff auf die low-carbon economy story-line wurde so insbesondere von der britischen Regierung und von einigen osteuropäischen Ländern ein „technologieneutraler" Ansatz gefordert, der insbesondere auf die Legitimation der Atomkraft und der CCS-Technologie abzielte. So argumentierte beispielsweise die tschechische Regierung in einem Positionspa-

1827 Europäische Kommission (2011): Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO_2-armen Wirtschaft bis 2050.

1828 Europäische Kommission (2011): Energiefahrplan 2050.

1829 Europäische Kommission (2013): Grünbuch: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, KOM(2013)169 endgültig, 27.3.2013, Brüssel.

1830 Europäischer Rat (2014): Schlussfolgerungen, 23./24. Oktober 2014, (Dokumentennummer 169/1/14, INIT), Brüssel.

1831 Vgl. z. B. EurActiv (2014): UK, Czechs Call for Nuclear-Friendly 2030 Energy Policy, 17.1.2014, abrufbar unter: http://www.euractiv.com/section/energy/news/uk-czechs-call-for-nuclear-friendly-2030-energy-policy (letzter Zugriff: 12.8.2017).

pier, dass erneuerbare Energien nur „one of the possible ways towards low-carbon economy“[1832] repräsentieren.

Der im Oktober 2014 verabschiedete Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 umfasst weiterhin die bekannte „Zieltrias“, letztlich hat aber nur das THG-Reduktionsziel von 40 % eine bindende Qualität für die Mitgliedstaaten. Zwar wurde auch festgelegt, einen Anteil der erneuerbaren Energien von 27 % am Energieverbrauch bis 2030 zu erreichen, allerdings ist dieses Ziel nur auf der EU-Ebene verbindlich. Das heißt, im Gegensatz zur EPE soll dieses EU-Ziel nicht über verbindliche nationale Quoten erreicht werden, sondern die Mitgliedstaaten sollen ihre nationalen Energiepläne lediglich an diesem gemeinsamen Ziel ausrichten, was insbesondere von Umwelt-NGOs kritisiert wurde.[1833] Die dritte Zielsetzung im Bereich der Energieeffizienz bleibt zudem lediglich indikativ, sodass aus dem neuen Politikrahmen – bis auf das Ziel der THG-Reduktion, das von den Klimaschützern (und darunter auch der Europäischen Kommission) priorisiert wurde[1834] – dezidiert „keine national verbindlichen Ziele abgeleitet“[1835] werden können. Die integrierte Energie- und Klimapolitik der EU, wie sie mit der EPE erstmals etabliert wurde, ist mit dem Nachfolgeregime noch klarer auf das Ziel der „technologieneutralen“ THG-Reduktion fokussiert. Auch mit dem jüngsten energiepolitischen Projekt der EU – der Energie-Union – wird dieser Ansatz weiter verfolgt. So betonen die Staats- und Regierungschefs etwa in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2015, dass die im Fokus der Energie-Union stehende Energieversorgungssicherheit auch mit „Rückgriff auf sichere und nachhaltige CO_2-arme Technologien verbessert werden kann“[1836]. Sie unterstützen in dem Zusammenhang auch wieder dezidiert die CCS-Technologie.[1837]

Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive lässt sich also eher von Kontinuität im Sinne der low-carbon economy story-line seit der Etablierung der EPE sprechen.[1838] Die durchgeführte Analyse von story-lines, d. h. von energiepolitischen

1832 Ebenda.

1833 Vgl. Greenpeace (2014): EU Leaders Pull Handbrake on Clean Energy, 24.10.204, Brüssel; für weitere Positionen vgl. auch EurActiv (2014): EU Leaders Adopt ‚Flexible‘ Energy and Climate Targets for 2030, 28.10.2014.

1834 Vgl. Bürgin (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore, S. 703.

1835 Europäischer Rat (2014): Schlussfolgerungen, 23./24. Oktober 2014, Brüssel, S. 5.

1836 Europäischer Rat (2015): Schlussfolgerungen, 19./20. März 2015, (Dokumentennummer ST 11/2015, INIT), Brüssel, S. 1.

1837 Ebenda, S. 2.

1838 Vgl. auch Slominski (2016): Energy and Climate Policy, S. 352.

Artikulationen, in denen diskursive Elemente in bestimmter Weise in Beziehung gesetzt werden, lenkt ja gerade den Blick darauf, dass *Klimaschutz nie allein der zentrale Treiber der europäischen Energiepolitik* (gewesen) ist, sondern dieser insbesondere in der low-carbon economy story-line stets in Verbindung mit wirtschaftlichen Zielsetzungen gedacht wurde (und wird). Auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutet sich in der europäischen Energiepolitik aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive daher kein „grundlegende[r] Paradigmenwandel"[1839] vom Primat klimapolitischer Vorgaben hin zum „Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit"[1840] an, wie Geden und Fischer etwa argumentieren.[1841] Vielmehr sind beide Aspekte bereits in der low-carbon economy story-line eng verbunden, die die inhaltliche Grundausrichtung der EPE maßgeblich prägt und auch in den Verhandlungen um den neuen Politikrahmen bis 2030 – wie sie sich bisher darstellen – weiter reproduziert wird.

Allerdings lässt sich aus der eingenommenen Forschungsperspektive eine weitere Verschiebung weg von Positionen der ökologischen Diskurskoalition hin zu einer Stärkung wirtschaftlicher Forderungen konstatieren. Denn die zunehmende Kritik an einem unilateralen Vorgehen der EU im Klimaschutz und der Verweis auf die negativen Auswirkungen für die europäische Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit wurden gerade auch im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise lauter und deutlicher artikuliert.[1842] Diese Positionen konnten bisher jedoch noch in die low-carbon economy story-line der umfassenden Klimaschützer-Koalition eingebunden werden. Basierend auf der hier nur sehr begrenzten Analyse der jüngeren Entwicklungen lässt sich zumindest argumentieren, dass sich die programmatischen Diskussionen seit der Etablierung der EPE weitgehend im Rahmen der umfassenden Energieperspektive – die eine Verknüpfung von ökologischen und ökonomischen Werten betont – bewegen. Die festgelegten Ziele bis 2030 deuten auch auf die Tragfähigkeit der diskursiven Schließung um die low-carbon economy story-line sowie die Durchsetzungsfähigkeit der Klimaschützer-Koalition auch in einem veränderten sozioökonomischen Kontext hin. Die Grundannahmen und Meta-Narrative der umfassenden Energieperspektive haben ihre Prägekraft auch in der verschärften wirtschaftlichen Krise nach 2008 nicht (vollständig) verloren.

1839 Geden/Fischer (2014): Moving Targets, S. 23.

1840 Ebenda, S. 24.

1841 Ebenda.

1842 Vgl. hierzu auch Skovgaard (2014): EU Climate Policy after the Crisis; Slominski (2016): Energy and Climate Policy.

Oder anders formuliert: Aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive hat die Krise zumindest nicht als ein fundamentaler „game-changer“[1843] fungiert.

Eine europäische Energiepolitik im Sinne der klassischen Energieperspektive mit der Fokussierung auf eine erschwingliche und sichere Energieversorgung ist derzeit ebenso wenig erkennbar wie eine komplette Abkehr von einer Führungsrolle im internationalen Klimaschutz. Im Gegenteil: Die EU hat auf der vielbeachteten 21. Weltklimakonferenz in Paris (COP 21) gemeinsam mit kleinen Inselstaaten die sogenannte „high ambition coalition“ angeführt, die sich für ein verbindliches und ambitioniertes Abkommen erfolgreich eingesetzt hat, insbesondere auch für „verschärfte“ langfristige Reduktionsziele.[1844] So ist im Pariser Abkommen nicht nur das 2-Grad-Ziel verankert, sondern darüber hinaus auch, dass, „Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“[1845]. Eine wesentliche Neuerung im globalen Klima-Regime, die mit dem Abkommen von Paris eingeführt wurde, ist zudem, dass nicht nur die Industriestaaten, sondern alle Vertragsparteien dazu verpflichtet sind, Klimaschutzpläne – sogenannte „nationally determined contributions“ (NDCs) – vorzulegen und damit einen Beitrag zu den Langfristzielen zu leisten. Die EU hat als Kernelement ihres beabsichtigten Beitrags zum Pariser Abkommen das 40 %-Reduktionziel bis 2030 benannt.[1846] Das legislative „Winterpaket“ mit dem offiziellen Namen „Saubere Energie für alle Europäer“ der Kommission vom November 2016, das mehrere

1843 Siehe für eine etwas anders gelagerte Interpretation Skovgaard (2014): EU Climate Policy after the Crisis.

1844 Vgl. u. a. Arias Cañete, Miguel (2015): Historic Climate Deal in Paris: Speech by Commissioner Miguel Arias Cañete at the Press Conference on the Results of COP21 Climate Conference in Paris, SPEECH-15-6320, 14.12.2015, Brüssel; vgl. auch Oberthür, Sebastian/Groen, Lisanne (2017): Explaining Goal Achievement in International Negotiations: The EU and the Paris Agreement on Climate Change, in: Journal of European Public Policy, DOI: 10.1080/13501763.2017.1291708; Obergassel, Wolfgang et al. (2016): Phoenix from the Ashes: An Analysis of the Paris Agreement to the United Nations Framework Convention on Climate Change, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Wuppertal, S. 16.

1845 Artikel II des Übereinkommens von Paris vom 12.12.2015, Paris. Der deutsche Vertragstext ist abrufbar unter: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf (letzter Zugriff: 15.9.2017).

1846 Vgl. u. a. Dröge, Susanne/Geden, Oliver (2016): Nach dem Pariser Klimaabkommen: Neue Herausforderungen für eine Vorreiterrolle der EU, SWP-Aktuell 16, März 2016, Berlin. Vgl. hierzu auch die von der EU eingereichten „Intended Nationally Determined Contributions“, abrufbar unter: http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/Latvia/1/LV-03-06-EU%20INDC.pdf (letzter Zugriff: 14.10.2017).

Gesetzgebungsvorschläge u. a. zur Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien umfasst, soll nun zur Umsetzung der Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 und der hierin festgelegten Ziele für den internationalen Klimaschutz beitragen.[1847] Eine Verschärfung der Ziele oder eine (radikale) politische Neuorientierung jenseits der umfassenden Energieperspektive zeichnet sich auch nach Paris demnach nicht ab.[1848]

Die Etablierung der Energiepolitik für Europa sowie die jüngeren Entwicklungen in der EU-Energie- und Klimapolitik, die an dieser Stelle nur knapp skizziert werden konnten, verdeutlichen jedoch, dass die *diskursiven Grenzen der europäischen Energiedebatte* recht eng gesteckt und nur schwer zu durchbrechen sind. Stimmen an den Rändern und jenseits der etablierten umfassenden Energieperspektive finden im Policy-Prozess weniger Gehör und entsprechende Policy-Optionen; besonders jene, die auf eine Reduzierung an Energiedienstleistungen abzielen – also mehr Suffizienz statt Effizienz einfordern – ‚werden angesichts des wachstumsbasierten Wohlstandsmodells per se als weniger legitim oder als nicht gangbar erachtet. Trotz der prinzipiellen Offenheit des EU-Policy-Prozesses, der öffentlichen Konsultationsverfahren sowie der vielen informellen Abstimmungsprozesse zwischen Entscheidungsträgern, Stakeholdern und Bürgern sind diese Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten ganz entscheidend auch durch diskursive Möglichkeitsbedingungen strukturiert. Diese *diskursiven Möglichkeitsbedingungen* – hier besonders die diskursive Schließung der Energieproblematik um die low-carbon economy story-line – lassen letztlich weniger Artikulationen und Forderungen effektiv zu, als formale Gesetzgebungsprozesse sowie die öffentlichen Konsultationsverfahren vermuten lassen. Die konstruktivistisch-diskursive Forschungsperspektive sensibilisiert jedoch auch für marginalisierte Positionen sowie entsprechende Deutungskonflikte und kann so grundsätzlich zu einem umfassenden Verständnis von Policy-Prozessen in der EU auch jenseits der Energiepolitik für Europa beitragen.

1847 Vgl. IP/16/4009, Saubere Energie für alle Europäer: Wachstumspotenzial Europas erschließen, 30.11.2016, Brüssel.

1848 Vgl. Dröge/Geden (2016): Nach dem Pariser Klimaabkommen.

Literaturverzeichnis

Adelle, Camilla/Whitana, Sirini (2010): Public Perceptions of Climate Change and Energy Issues in the EU and the United States, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 309-335.

Adler, Emanuel (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3(3), S. 319-363.

Andersen, Svein (1999): European Integration and the Changing Paradigm of Energy Policy: The Case of Natural Gas Liberalisation, Arena Working Papers WP 99/12, Oslo.

Andersen, Svein (2000): EU Energy Policy: Interest Interaction and Supranational Authority, Arena Working Papers WP 00/5, Oslo.

Andersen, Svein S./Sitter, Nick (2009): The European Gas Market: Differentiated Integration and Fuzzy Liberalization, in: Fermann, Gunnar (Hrsg.): Political Economy of Energy in Europe: Forces of Integration and Fragmentation, Berlin, S. 63-84.

Anderson, Benedict R. O'G. (1991) [1983]: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London/New York.

Bacchi, Carol (2000): Policy as Discourse: What Does It Mean? Where Does It Get Us?, in: Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education 21(1), S. 45-57.

Bacchi, Carol (2004): Policy and Discourse: Challenging the Construction of Affirmative Action as Preferential Treatment, in: Journal of European Public Policy 11(1), S. 128-146.

Baker, Susan (2007): Sustainable Development as Symbolic Commitment: Declaratory Politics and the Seductive Appeal of Ecological Modernisation in the European Union, in: Environmental Politics 16(2), S. 297-317.

Baker, Susan et al. (Hrsg.) (1997): The Politics of Sustainable Development: Theory, Policy and Practice within the European Union, London/New York.

Bang, Guri/Schreurs, Miranda A. (2011): A Green New Deal: Framing US Climate Leadership, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 235-251.

Barbato, Mariano (2005): Regieren durch Argumentieren: Macht und Legitimität politischer Sprache im Prozess der europäischen Integration, Baden-Baden.

Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.) (2013): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York.

Bedarff, Hildegard (2000): Die Wirkung internationaler Institutionen auf Energie- und Umweltpolitik, Münster.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3

Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, 2. Auflage, Paderborn.

Behnke, Joachim et al. (Hrsg.) (2006): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden.

Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, in: Annual Review of Sociology 26, S. 611-639.

Benson, David/Russel, Duncan (2015): Patterns of EU Energy Policy Outputs: Incrementalism or Punctuated Equilibrium?, in: West European Politics 38(1), S. 185-205.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2010) [1969]: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie, 23. Auflage, Frankfurt am Main.

Biegón, Dominika (2013): Specifying the Arena of Possibilities: Post-structuralist Narrative Analysis and the European Commission's Legitimation Strategies, in: Journal of Common Market Studies 51(2), S. 194-211.

Birchfield, Vicki L./Duffield, John S. (Hrsg.) (2011): Toward a Common European Energy Policy: Problems, Progress, and Prospects, New York.

Blatter, Joachim K./Janning, Frank/Wagemann, Claudius (2007): Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden, Wiesbaden.

Bleses, Peter/Rose, Edgar (1998): Deutungswandel der Sozialpolitik: Die Arbeits- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs, Frankfurt am Main/New York.

Blühdorn, Ingolfur (2009): Locked into the Politics of Unsustainability, in: Eurozine, abrufbar unter: http://www.eurozine.com/articles/2009-10-30-bluhdorn-en.html (letzter Zugriff: 18.3.2015).

Blühdorn, Ingolfur (2013): The Governance of Unsustainability: Ecology and Democracy after the Post-democratic Turn, in: Environmental Politics 22(1), S. 16-36.

Blühdorn, Ingolfur/Welsh, Ian (2007): Eco-Politics beyond the Paradigm of Sustainability: A Conceptual Framework and Research Agenda, in: Environmental Politics 16(2), S. 185-205.

Bocquillon, Pierre (2012): The Strategic Construction of the Urgency of Climate Change? The Role of Discourses in the Negotiations on the "EU Energy and Climate Change Package", Paper presented at the workshop 'Intra-institutional Politics of EU Energy Policy-Making: Landscape-Level Shifts, Bargaining and Organizational Cultures', 27-28 April, Cambridge.

Bocquillon, Pierre (2018, im Erscheinen): (De-)constructing Coherence? Strategic Entrepreneurs, Policy Frames and the Integration of Climate and Energy Policies in the European Union, in: Environmental Policy and Governance (Special Issue: Understanding Coherence between Policy Spheres: The Interplay between EU Energy and Climate Policies).

Bocquillon, Pierre/Dobbels, Mathias (2014): An Elephant on the 13th Floor of the Berlaymont? European Council and Commission Relations in Legislative Agenda Setting, in: Journal of European Public Policy 21(1), S. 20-38.

Bodansky, Daniel (2001): The History of the Global Climate Change Regime, in: Lauterbach, Urs/Sprinz, Detlef F. (Hrsg.): International Relations and Global Climate Change, Cambridge, MA/London, S. 23-40.

Böhm, Andreas (2008): Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines: Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 475-485.

Bohne, Eberhard (2011): Conflicts between National Regulatory Cultures and EU Energy Regulations, in: Utilities Policy 19(4), S. 255-269.

Börzel, Tanja A. (1997): Zur (Ir-)Relevanz der ‚Postmoderne' für die Integrationsforschung: Eine Replik auf Thomas Diez Beitrag ‚Postmoderne und europäische Integration', in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4(1), S. 125-137.

Brand, Ruth/Corbach, Matthias (2005): Akteure der Energiepolitik, in: Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Frankfurt am Main u. a., S. 251-277.

Brauch, Hans Günter (2000): Literaturbericht: Europäische Energiepolitik zwischen Marktliberalisierung und Umweltpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift 41(3), S. 563-580.

Brosius, Hans-Bernd/Koschel, Friederike/Haas, Alexander (2008): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden.

Buchan, David (2009): Energy and Climate Change: Europe at the Crossroads, Oxford.

Buchan, David (2010): Energy Policy: Sharp Challenges and Rising Ambitions, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Young, Alasdair (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 6. Auflage, Oxford, S. 357-379.

Büger, Christian/Stritzel, Holger (2005): New European Security Theory: Zur Emergenz eines neuen europäischen Forschungsprogramms, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12(2), S. 117-125.

Bürgin, Alexander (2015): National Binding Renewable Energy Targets for 2020, but Not for 2030 Anymore: Why the European Commission Developed from a Supporter to a Brakeman, in: Journal of European Public Policy 22(5), S. 690-707.

Burns, Charlotte/Carter, Neil (2011): The European Parliament and Climate Change: From Symbolism to Heroism and Back Again, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 58-73.

Buzan, Barry, Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): Security: A New Framework for Analysis, Boulder/London.

Campbell, David (1992): Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Minneapolis.

Carta, Caterina/Morin Jean-Frédéric (2014): Struggling over Meanings: Discourses on the EU's International Presence, in: Cooperation and Conflict 49(3), S. 295-314.

Charmaz, Kathy C. (2011): Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory, in: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.): Grounded Theory Reader, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 181-205.

Checkel, Jeffrey T. (1998): The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50(2), S. 324-348.

Checkel, Jeffrey T. (1999): Social Construction and Integration, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 545-560.

Checkel, Jeffrey T. (2006): Constructivism and EU Politics, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 57-76.

Chester, Lynne (2010): Conceptualising Energy Security and Making Explicit Its Polysemic Nature, in: Energy Policy 38(2), S. 887-895.

Chiavari, Joana (2010): The Legal Framework for Carbon Capture and Storage in the EU (Directive 2009/31/EC), in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 151-177.

Christiansen, Thomas/Jørgensen, Knud Erik/Wiener, Antje (Hrsg.) (1999): Preface, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 527.

Christiansen, Thomas/Jørgensen, Knud Erik/Wiener, Antje (1999): The Social Construction of Europe, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 528-544.
Ciuta, Felix (2010): Conceptual Notes on Energy Security: Total or Banal Security?, in: Security Dialogue 41(2), S. 123-144.
Claes, Dag Harald/Frisvold, Paal (2009): CCS and the European Union: Magic Bullet or Pure Magic?, in: Meadowcroft, James/Oluf, Langhelle (Hrsg.): Caching the Carbon: The Politics and Policy of Carbon Capture and Storage, Cheltenham/Northampton, MA, S. 211-235.
Collier, Ute (1993): Global Warming and the Internal Market: Policy Integration or Polarization, in: Energy Policy 21(9), S. 915-925.
Collier, Ute (1994): Energy and Environment in the European Union: The Challenge of Integration, Aldershot.
Collier, Ute (2002): EU Energy Policy in a Changing Climate, in: Lenschow, Andrea (Hrsg.): Environmental Policy Integration: Greening Sectoral Policies in Europe, London/Sterling, VA, S. 175-192.
Collin, Finn (2008): Konstruktivismus für Einsteiger, Paderborn.
Corbin, Juliet (2011): Grounded Theory, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 70-75 .
Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (2008): Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory, 3. Auflage, Los Angeles u. a.
Dahinden, Urs (2006): Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz.
Daviter, Falk (2007): Policy Framing in the European Union, in: Journal of European Public Policy 14(4), S. 654-666.
De Jong, Jaques (2008): The 2007 Energy Package: The Start of a New Era?, in: Roggenkamp, Martha M./Hammer, Ulf (Hrsg.): European Energy Law Report V, Antwerpen, S. 95-108.
Deetz, Stanley A. (1992): Democracy in an Age of Corporate Colonization: Developments in Communication and the Politics of Everyday Life, Albany.
Della Sala, Vincent (2010): Political Myth, Mythology and the European Union, in: Journal of Common Market Studies 48(1), S. 1-19.
Deloche-Gaudez, Florence/Lequesne, Christian (2006): Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden, S. 329-336.
Derrida, Jacques (1983) [1974]: Grammatologie, 13. Auflage, Frankfurt am Main.
Derrida, Jacques (1988) [1968]: Die différance, in: Engelmann, Peter (Hrsg.): Randgänge der Philosophie, Wien, S. 29-52.
Diaz-Bone, Rainer et al. (2007): The Field of Foucaultian Discourse Analysis: Structures, Developments and Perspectives, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 8(2), abrufbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/234/517 (letzter Zugriff: 31.7.2017).
Diez, Thomas (1996): Postmoderne und europäische Integration: Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(2), S. 255-281.
Diez, Thomas (1998): Perspektivenwechsel: Warum ein ‚postmoderner' Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5(1), S. 139-148.

Diez, Thomas (1999): Die EU lesen: Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte, Opladen.
Diez, Thomas (1999): Speaking 'Europe': The Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 598-613.
Diez, Thomas (2001): Europe as a Discursive Battleground: Discourse Analysis and European Integration Studies, in: Cooperation and Conflict 36(1), S. 5-38.
Diez, Thomas (2014): Bedeutungen und Grenzen: Anmerkungen zur Diskursforschung in den deutschsprachigen Internationalen Beziehungen, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 381-398.
Diez, Thomas (2014): Setting the Limits: Discourse and EU Foreign Policy, in: Cooperation and Conflict 49(3), S. 319-333.
Diez, Thomas/Lucke, Franziskus von/Wellmann, Zehra (2016): The Securitisation of Climate Change: Actors, Processes and Consequences, London/New York.
Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 145-175.
Dröge, Susanne/Geden, Oliver (2016): Nach dem Pariser Klimaabkommen: Neue Herausforderungen für eine Vorreiterrolle der EU, SWP-Aktuell 16, März 2016, Berlin.
Dryzek, John S. (1997): The Politics of the Earth: Environmental Discourses, Oxford.
Dülffer, Jost (2004): Europäische Zeitgeschichte: Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1(1), abrufbar unter: http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4450 (letzter Zugriff: 25.8.2013).
Dunn, Kevin C./Neumann, Iver B. (2016): Undertaking Discourse Analysis for Social Science, Ann Arbor.
Dupont, Claire/Oberthür, Sebastian (2012): Insufficient Climate Policy Integration in EU Energy Policy: The Importance of the Long-Term Perspective, in: Journal of Contemporary European Research 8(2), S. 228-247.
Eberlein, Burkard (2008): The Making of the European Energy Market: The Interplay of Governance and Government, in: Journal of Public Policy 28(1), S. 73-92.
Eikeland, Per Ove (2011): The Third Internal Energy Market Package: New Power Relations among Member States, EU Institutions and Non-state Actors, in: Journal of Common Market Studies 49(2), S. 243-263.
Eising, Rainer (1999): Reshuffling Power: The Liberalisation of the EU Electricity Markets and Its Impact on the German Governance Regime, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London/New York, S. 208-228.
Eising, Rainer (2000): Begrenzte Rationalität und regulatives Lernen in der EG: Die Liberalisierung der Elektrizitätsversorgung, in: Politische Vierteljahresschrift (41)2, S. 251-278.
Eising, Rainer (2000): Liberalisierung und Europäisierung: Die regulative Reform der Elektrizitätsversorgung in Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
Eising, Rainer (2002): Policy Learning in Embedded Negotiations: Explaining EU Electricity Liberalization, in: International Organization 56(1), S. 85-120.
Eising, Rainer/Rasch, Daniel/Rozbicka, Patrycja (2015): Institutions, Policies, and Arguments: Context and Strategy in EU Policy Framing, in: Journal of European Public Policy 22(4), S. 516-533.

Epstein, Charlotte (2008): The Power of Words in International Relations: Birth of an Anti-Whaling Discourse, Cambridge, MA/London.
Eyre, Nick (2011): Demand Reduction and Low Carbon Supply: Friends or Enemies? Proceedings of Energy and People: Futures, Complexity and Challenges Conference, Oxford.
Fairclough, Isabela/Fairclough, Norman (2012): Political Discourse Analysis: A Method for Advanced Students, London/New York.
Feindt, Peter H./Oels, Angela (2005): Does Discourse Matter? Discourse Analysis in Environmental Policy Making, in: Journal of Environmental Policy & Planning 7(3), S. 161-173.
Fierke, Karin (2002): Links across the Abyss: Language and Logic in International Relations, in: International Studies Quarterly 46(3), S. 331-354.
Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.) (2001): Constructing International Relations: The Next Generation, Armonk/London.
Finon, Dominique/Surrey, John (1996): The Future of EU Energy Policy, in: McGowan, Francis (Hrsg.): European Energy Policies in a Changing Environment, Heidelberg, S. 165-183.
Fischer, Frank (2003): Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices, Oxford.
Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.) (1993): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London.
Fischer, Severin (2011): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik: Strategien, Instrumente und Politikgestaltung in der Europäischen Union, Baden-Baden.
Flick, Uwe (2008): Konstruktivismus, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, 6. Auflage, S. 150-164.
Flick, Uwe (2010): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung, 3. Auflage, Reinbek bei Hamburg.
Flick, Uwe (2014): Sozialforschung: Methoden und Anwendungen, Ein Überblick für die BA-Studiengänge, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg.
Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.) (2008): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg.
Foerster, Heinz von/Glaserfeld, Ernst von/Hejl, Peter M. (2006): Einführung in den Konstruktivismus, München.
Foucault, Michel (1981) [1969]: Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main.
Foucault, Michel (1990) [1966]: Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften, 9. Auflage, Frankfurt am Main.
Foucault, Michel (1991): Politics and the Study of Discourse, in: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hrsg.): The Foucault Effect: Studies in Governmentality: With Two Lectures by and an Interview with Michel Foucault, Chicago, S. 53-72.
Foucault, Michel (2007) [1974]: Die Ordnung des Diskurses, 10. Auflage, Frankfurt am Main.
Froggatt, Antony et al. (2012): The Nexus between Climate and Energy Policies in Europe, Chatham House: Energy, Environment and Resources Roundtable Summary, 27.4.2012, Cambridge.
Gamson, William A./Modigliani, Andre (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: American Journal of Sociology 95(1), S. 1-37.
Geden, Oliver/Fischer, Severin (2008): Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union: Bestandsaufname und Perspektiven, Baden-Baden.
Geden, Oliver/Fischer, Severin (2014): Moving Targets: Die Verhandlungen über die Energie- und Klimapolitik-Ziele der EU nach 2020, SWP-Studie S1, Januar 2014, Berlin.

George, Stephen (1991): Politics and Policy in the European Community, Oxford.
Gerhards, Jürgen/Hessel, Philipp (2008): Das Globalisierungsskript der Europäischen Union und seine Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern in 15 Mitgliedsländern der EU, in: Berliner Studien zur Soziologie Europas, Nr. 14, Berlin.
Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration, Cambridge.
Ginsberg, Roy H. (1989): Foreign Policy Actions of the European Community: The Politics of Scale, Boulder/London.
Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2009) [1967]: The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research, New Brunswick/London.
Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 4. Auflage, Wiesbaden.
Glaserfeld, Ernst von (1997): Radikaler Konstruktivismus: Ideen, Ergebnisse, Probleme, Frankfurt am Main.
Goffman, Erving (1974): Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience, New York.
Goldstein, Judith/Keohane, Robert (Hrsg.) (1993): Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions and Political Change, Ithaca/London.
Göler, Daniel (2006): Deliberation: Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002–2003, Baden-Baden.
Göler, Daniel (2012): Die Grenzen des ‚Cost-of-Non-Europe'-Narrativs: Anmerkungen zur Sinnstiftung der Europäischen Integration, in: integration 35(2), S. 129-135.
Göler, Daniel/Kurze, Kristina (2008): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2007, Baden-Baden, S. 135-140.
Göler, Daniel/Kurze, Kristina (2009): Die EU als transnationaler Polity-Shaper: Über die Schaffung sektoraler Governance-Strukturen am Beispiel der Energiegemeinschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38(4), S. 423-436.
Göler, Daniel/Kurze, Kristina (2015): Energiesicherheit, in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Handbuch Sicherheitsgefahren, Wiesbaden, S. 95-103.
Gottweis, Herbert (1998): Governing Molecules: The Discursive Politics of Genetic Engeneering in Europe and the United States, Cambridge, MA/London.
Gottweis, Herbert (1999): Regulating Genetic Engineering in the European Union: A Post-structuralist Perspective, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London/New York, S. 61-82.
Gottweis, Herbert (2003): Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung, in: Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen, S. 122-138.
Götz, Roland (2003): Licht und Schatten: Die Energiepartnerschaft zwischen Rußland und der EU, in: Osteuropa, 2003(9-10), S. 1525-1539.
Götz, Roland (2007): Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, SWP-Diskussionspapier, Berlin.
Guzzini, Stefano/Leander, Anna (2006): Constructivism and International Relations: Alexander Wendt and His Critics, London/New York.
Haas, Ernst B. (1968): The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950–1957, 2. Auflage, Stanford.
Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main.

Häckel, Erwin (1989): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, Bonn, S. 167-174.
Häckel, Erwin (1990): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, Bonn, S. 185-192.
Häckel, Erwin (1991): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, Bonn, S. 179-184.
Häckel, Erwin (1995): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95, Bonn, S. 169-174.
Hajer, Maarten A. (1993): Discourse Coalition and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 43-76.
Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel: Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel, in: Soziale Welt 48(2), S. 107-131.
Hajer, Maarten A. (2002): Discourse Analysis and the Study of Policy Making, in: European Political Science 2(1), S. 61-65.
Hajer, Maarten A. (2003): A Frame in the Fields: Policymaking and the Reinvention of Politics, in: Hajer, Maarten/Wagenaar, Hendrik (Hrsg.): Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society, Cambridge, S. 88-110.
Hajer, Maarten A. (2005) [1995]: The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process, Nachdruck der 1. Auflage, Oxford.
Hajer, Maarten A. (2006): Doing Discourse Analysis: Coalitions, Practices, Meaning, in: van den Brink, Margo/Metze, Tamara (Hrsg.): Words Matter in Policy and Planning: Discourse Theory and Method in the Social Sciences, Utrecht, S. 65-74.
Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Janning, Franz/Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden und Anwendungen, Wiesbaden, S. 211-222.
Hajer, Maarten A. (2010): Argumentative Diskursanalyse: Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 271-298.
Hajer, Maarten A./Laws, David (2006): Ordering through Discourse, in: Moran, Michael/Rein, Martin/Goodin, Robert E. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Public Policy, Oxford, S. 251-268.
Hajer, Maarten A./Versteeg, Wytske (2005): A Decade of Discourse Analysis of Environmental Politics: Achievements, Challenges, Perspectives, in: Journal of Environmental Policy & Planning 7(3), S. 175-184.
Hajer, Maarten A./Wagenaar, Hendrik (Hrsg.) (2003): Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society, Cambridge.
Hall, Peter A./Taylor Rosemary C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, MPIFG Discussion Paper 96/6, Köln.
Hamer, Jens (2006): Energy and the Environment: The European Dimension, in: Rodi, Michael (Hrsg.): Environmental Policy-Instruments in Liberalized Energy Markets, Berlin.
Hänggi, Marcel (2011): Ausgepowert: Das Ende des Ölzeitalters als Chance, Zürich.
Hansen, Lene (2006): Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War, London/New York.
Hansen, Lene/Williams, Michael C. (1999): The Myths of Europe: Legitimacy, Community and the 'Crisis' of the EU, in: Journal of Common Market Studies 37(2), S. 233-249.

Hay, Colin/Rosamond, Ben (2002): Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives, in: Journal of European Public Policy 9(2), S. 147-167.
Hebekus, Uwe/Völker, Jan (2012): Neue Philosophien des Politischen: Zur Einführung, Hamburg.
Held, David et al. (1999): Global Transformations: Politics, Economic, and Culture, Cambridge.
Helfferich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, Wiesbaden.
Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.) (2003): Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden.
Helm, Dieter (2005): The Assessment: The New Energy Paradigm, in: Oxford Review of Economic Policy 21(1), S. 1-18.
Helm, Dieter (2005): European Energy Policy: Securing Supplies and Meeting the Challenge of Climate Change, 25.10.2005, Oxford, abrufbar unter: http://www.dieterhelm.co.uk/sites/default/files/ European_Energy_ Policy251005.pdf (letzter Zugriff: 27.9.2014.).
Helm, Dieter (2007): European Energy Policy: Securing Supplies and Meeting the Challenge of Climate Change, in: Helm, Dieter (Hrsg.): The New Energy Paradigm, Oxford, S. 440-452.
Helm, Dieter (2007): Introduction: The Return of Energy Policy, in: Helm, Dieter (Hrsg.): The New Energy Paradigm, Oxford, S. 1-8.
Helm, Dieter (Hrsg.) (2007): The New Energy Paradigm, Oxford.
Helm, Dieter (2009): EU Energy and Environmental Policy: Options for the Future, in: Tsoukalis, Loukas (Hrsg.): The EU in a World in Transition: Fit for What Purpose?, London, S. 141-152.
Héritier, Adrienne (Hrsg.) (1993): Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung, Opladen.
Herschinger, Eva/Nonhoff, Martin (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft, in: Angermuller, Johannes et al. (Hrsg.): Diskursforschung: Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1, Bielefeld.
Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.) (2014): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden.
Herschinger, Eva/Renner, Judith (2014): Einleitung: Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 9-14.
Heschl, Franz (2013): Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission, Wiesbaden.
Heun-Rehn, Stefan Lars/Dratwa, Friederike Anna (2010): In varietate concordia: Strategie und Ziele der ‚neuen' EU Energie- und Klimapolitik, in: Dratwa, Friederike Anna et al. (Hrsg.): Energiewirtschaft in Europa: Im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik, Wettbewerb und Versorgungssicherheit, Berlin/Heidelberg, S. 101-128.
Hillenbrand, Olaf (1994): Umweltpolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, Bonn, S. 183-190.
Hix, Simon (2014): The EU as a New Political System, in: Caramani, Daniele (Hrsg.): Comparative Politics, Oxford, S. 387-406.
Hollis, Martin/Smith, Steve (1990): Explaining and Understanding in International Relations, New York.
Holzscheiter, Anna (2005): Discourse as Capability: Non-state Actors' Capital in Global Governance, in: Millenium: Journal of International Studies 33(3), S. 723-746.
Howarth, David (2009): Greening the Internal Market in a Difficult Economic Climate, in: Journal of Common Market Studies 47(Annual Review), S. 133-150.

Howarth, David/Torfing Jacob (Hrsg.) (2005): Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance, Basingstoke/New York.
Hulme, Mike (2009): Why We Disagree about Climate Change: Understanding Controversy, Inaction and Opportunity, Cambridge.
Hülsse, Rainer (2003): Sprache ist mehr als Argumentation: Zur wirklichkeitskonstituierenden Rolle von Metaphern, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10(2), S. 211-246.
Hurd, Ian (2010): Constructivism, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Relations, Oxford, S. 298-316.
Jabko, Nicolas (2006): Playing the Market: A Political Strategy for Uniting Europe, 1985–2005, Ithaca/London.
Jachtenfuchs, Markus (1996): International Policy-Making as a Learning Process: The European Union and the Greenhouse Effect, Aldershot.
Jachtenfuchs, Markus (1996): Regieren durch Überzeugen: Die Europäische Union und der Treibhauseffekt, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 429-454.
Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): Regieren und Institutionenbildung, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 11-46.
Jäger, Siegfried (2011): Diskurs und Wissen: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 91-124.
Jegen, Maya/Mérand, Frédéric (2014): Constructive Ambiguity: Comparing the EU's Energy and Defence Policy, in: West European Politics 37(1), S. 182-203.
Johach, Helmut (2013): Diltheys Theorie der Geisteswissenschaften: Programmatik und Bedeutung für die Gegenwart, in: Schlotz, Gunter (Hrsg.): Diltheys Werk und die Wissenschaften: Neue Aspekte, Göttingen, S. 113-129.
Jordan, Andrew/Lenschow, Andrea (Hrsg.) (2008): Innovation in Environmental Policy? Integrating the Environment for Sustainability, Cheltenham/Northampton, MA.
Jordan, Andrew/Lenschow, Andrea (2010): Environmental Policy Integration: A State of the Art Review, in: Environmental Policy and Governance 20(3), S. 147-158.
Karlsson, Christer et al. (2011): Looking for Leaders: Perceptions of Climate Change Leadership among Climate Change Negotiation Participants, in: Global Environmental Politics 11(1), S. 89-107.
Kaveshnikov, Nikolay (2010): The Issue of Energy Security in Relations between Russia and the European Union, in: European Security 19(4), S. 585-605.
Kelle, Udo/Susann, Kluge (2010): Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren: Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung, in: FQS Forum Qualitative Sozialforschung 8(2), abrufbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243 (letzter Zugriff: 10.7.2015).
Keller, Reiner (2007): Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 3. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms, 2. Auflage, Wiesbaden.

Keller, Reiner (2009): Müll: Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen, 2. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner (2011): Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner (2012): Der menschliche Faktor: Über Akteur(inn)en, Sprecher(inn)en, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden, S. 69-107.
Keller, Reiner et al. (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen.
Keller, Reiner et al. (Hrsg.) (2010): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner et al. (2010): Die vielgestaltige Praxis der Diskursforschung: Eine Einführung, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 7-19.
Keller, Reiner et al. (2011): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden.
Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2012): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden.
Keller, Reiner/Viehöver, Willy (2006): Diskursanalyse, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 103-111.
Kelly, Claire Roche/Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (2010): Introduction, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 11-25.
Keohane, Robert O. (1988): International Institutions: Two Approaches, in: International Studies Quarterly 32(4), S. 379-396.
Kerchner, Brigitte (2002): Politik als Diskurs: Diskurstheorien und Diskursbegriffe in der Politikwissenschaft: Ein Überblick, in: POLHIST, Nr. 4 (herausgegeben von der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie), Berlin.
Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft: Ein Forschungsüberblick, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden, S. 33-67.
Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.) (2006): Foucault: Diskursanalyse der Politik: Eine Einführung, Wiesbaden.
King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sidney (1994): Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton.
Kirchner, Emil/Berk, Can (2010): European Energy Security Co-operation: Between Amity and Enmity, in: Journal of Common Market Studies 48(4), S. 859-880.
Kitschelt, Herbert (1984): Der ökologische Diskurs: Eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte, Frankfurt am Main/New York.
Klein, Naomi (2014): This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate, London u. a.
Klotz, Audie (2001): Can We Speak a Common Constructivist Language?, in: Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): Constructing International Relations: The Next Generation, Armonk/London, S. 223-235.
Klotz, Audie/Lynch, Cecelia (2007): Strategies for Research in Constructivist International Relations, London/New York.

Knoblauch, Hubert (2005): Wissenssoziologie, Konstanz.
Knoblauch, Hubert/Schnettler, Bernt (2007): Konstruktivismus, in: Buber, Renate/Holzmüller, Harmut H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung: Methoden, Konzepte, Analysen, Wiesbaden, S. 128-135.
Knorr-Cetina, Karin (1984): Die Fabrikation von Erkenntnis: Zur Anthropologie der Naturwissenschaften, Frankfurt am Main.
Kögl, Irene/Kurze, Kristina (2013): Sustainable Development: A Floating Signifier in the EU's Energy Policy Discourse?, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 61-74.
Krämer, Hans R. (1974): Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, Baden-Baden.
Kratochwil, Friedrich V. (2001): Constructivism as an Approach to Interdisciplinary Study, in: Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): Constructing international relations: the next generation, Armonk/London, S. 13-35.
Kratochwil, Friedrich V. (2008): Constructivism: What It Is (Not) and How It Matters, in: Della Porta, Donatella/Keating, Michael (Hrsg.): Approaches and Methodologies in the Social Sciences, Cambridge, S. 80-98.
Kratochwil, Friedrich V./Ruggie, John Gerard (1986): International Organization: A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization 40(4), S. 753-775.
Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung mit ausführlichen Annotationen aus der Perspektive qualitativ-interpretativer Methoden (von Jörg Strübing), 12. Auflage, Stuttgart.
Kruse, Jan (2010): Reader: Einführung in die qualitative Interviewforschung, Version Oktober 2010, Freiburg.
Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. Auflage, Wiesebaden.
Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim/Basel.
Kulovesi, Kati/Mogera, Elisa/Munoz, Miquel (2011): Environmental Integration and Multi-Faceted International Dimensions of EU Law: Unpacking the EU's 2009 Climate and Energy Package, in: Common Market Law Review 48(3), S. 829-891.
Kurki, Milja (2008): Causation in International Relations: Reclaiming Causal Analysis, Cambridge.
Kurze, Kristina (2009): Europas fragile Energiesicherheit: Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Münster.
Kurze, Kristina (2011): Is Sustainable Development 'Doomed' to Fail in the European Union? A Discourse Analysis of the EU's Energy Policy in Times of Climate Change, Paper presented at the 3rd UACES Collaborative Research Network 'The Governance of Sustainability', 21-22 Juli, Angers.
Kurze, Kristina (2012): Towards a Sustainable Energy Policy in Europe? On the Discursive (Dys)functions of Sustainability, in: Meimeth, Michael/Robertson, John D. (Hrsg.): Sustainable Development: How to Bridge the Knowledge-Action Gap? Exploring the Added Value of Social and Cultural Perspectives, Baden-Baden, S. 47-67.
Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2011): Re-defining the Energy-Environment Nexus? An Analysis of the EU's Policy on Carbon Capture and Storage, Nachwuchstagung des Arbeitskreises Integrationsforschung, 2.12.2011, Berlin.

Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2012): Re-defining the Energy-Environment Nexus? The Case of the EU's Integrated Climate and Energy Policy, Paper presented at the workshop 'Intra-institutional Politics of EU Energy Policy-Making: Landscape-Level Shifts, Bargaining and Organizational Cultures', 27-28 April, Cambridge.

Kurze, Kristina/Lenschow, Andrea (2018, im Erscheinen): Horizontal Policy Coherence Starts with Problem Definition! Unpacking the EU Integrated Energy-Climate Approach, in: Environmental Policy and Governance (Special Issue, Understanding Coherence between Policy Spheres: The Interplay between EU Energy and Climate Policies).

Kustova, Irina (2017): Towards a Comprehensive Research Agenda on EU Energy Integration: Policy Making, Energy Security, and EU Energy Actorness, in: Journal of European Integration 39(1), S. 95-101.

Kuzemko, Caroline (2014): Ideas, Power and Change: Explaining EU–Russia Energy Relations, in: Journal of European Public Policy 21(1), S. 58-75.

Lacasta, Nuno et al. (2010): From Sharing the Burden to Sharing the Effort: Decision 406/2009/EC on Member State Emission Targets for non-ETS Sectors, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 93-116.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics, 2. Auflage, London/New York.

Lafferty, William/Hovden, Eivind (2003): Environmental Policy Integration: Towards an Analytical Framework, in: Environmental Politics 12(3), S. 1-22.

Larsen, Henrik (2014): Normative Power Europe and the Importance of Discursive Context: The European Union and the Politics of Religion, in: Cooperation and Conflict 49(4), S. 419-437.

Latour, Bruno/Woolgar, Steve (1979): Laboratory Life: The Social Construction of Scientific Facts, Beverly Hills.

Lauber, Volkmar/Schenner, Elisa (2011): The Struggle over Support Schemes for Renewable Electricity in the European Union: A Discursive Institutionalist Analysis, in: Environmental Politics 20(4), S. 508-527.

Laughlin, Robert B. (2010): What the Earth Knows, in: The American Scholar (Summer 2010), abrufbar unter: http://theamericanscholar.org/what-the-earth-knows/#.U1pX01fwqEp (letzter Zugriff: 25.4.2014).

Lechner, Frank J./Boli, John (2000): General Introduction, in: Lechner, Frank J./Boli, John (Hrsg.): The Globalization Reader, Malden, MA/Oxford, S. 1-3.

Lechner, Frank J./Boli, John (2000): Introduction to Part IX, in: Lechner, Frank J./Boli, John (Hrsg.): The Globalization Reader, Malden, MA/Oxford, S. 371-373.

Leenders, Marij (2006): Die Niederlande, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden, S. 363-366.

Lenschow, Andrea (1999): Transformation in European Environmental Governance, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London/New York, S. 39-60.

Lenschow, Andrea (Hrsg.) (2002): Environmental Policy Integration: Greening Sectoral Policies in Europe, London/Sterling, VA.

Lenschow, Andrea (2002): An Introduction, in: Lenschow, Andrea (Hrsg.): Environmental Policy Integration: Greening Sectoral Policies in Europe, London/Sterling, VA, S. 3-21.

Lenschow, Andrea (2006): Environmental Policy in the European Union: Bridging Policy, Politics and Polity Dimensions, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond,

Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 413-432.
Lenschow, Andrea (2009): The Internalization of External Pressure: EU Climate Change Policy, in: EUSA Review (Summer 2009), S. 4-7.
Lenschow, Andrea (2010): Environmental Policy: Contending Dynamics of Policy Change, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Young, Alasdair (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 6. Auflage, Oxford, S. 307-330.
Lenschow, Andrea/Sprungk, Carina (2010): The Myth of a Green Europe, in: Journal of Common Market Studies 48(1), S. 133-154.
Lenschow, Andrea/Zito, Anthony R. (1998): Blurring or Shifting of Policy Frames? Institutionalization of the Economic-Environmental Policy Linkage in the European Community, in: Governance 11(4), S. 415-442.
Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (1970): Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Englewood Cliffs.
Litfin, Karen T. (1994): Ozone Discourses: Science and Politics in Global Environmental Cooperation, New York.
Loenhoff, Jens (2011): Die Objektivität des Sozialen, in: Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Schlüsselwerke des Konstruktivismus, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 143-159.
Lovins, Amory B. (1978): Sanfte Energie: Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg.
Lynggaard, Kennet (2007): The Institutional Construction of a Policy Field: A Discursive Institutional Perspective on Change within the Common Agricultural Policy, in: Journal of European Public Policy 14(2), S. 293-312.
Madeker, Ellen (2008): Türkei und europäische Identität: Eine wissenssoziologische Analyse der Debatte um den EU-Beitritt, Wiesbaden.
Maier, Matthias Leonhard (2001): Sammelrezension: Ideen und Policies, in: Politische Vierteljahresschrift 42(3), S. 523-548.
Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.) (2003): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen.
Maier, Matthias Leonhard (2003): Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Maier, Matthias Leonhard et al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse, Opladen, S. 25-77.
Maltby, Tomas (2013): European Union Energy Policy Integration: A Case of European Commission Policy Entrepreneurship and Increasing Supranationalism, in: Energy Policy 55(April), S 435-444.
March, James, G./Olsen, Johan P. (1989): Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics, New York.
Matlary, Janne H. (1996): Energy Policy: From a National to a European Framework, in: Wallace, Helen/Wallace, William (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 3. Auflage, Oxford, S. 257-277.
Matlary, Janne H. (1997): Energy Policy in the European Union, London/New York.
Matthes, Felix Christian (1995): Nachhaltige Energiewirtschaft: Zur Operationalisierung einer unscharfen Zielkategorie in: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung: Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte, Marburg, S. 141-168.
Mayer, Peter (2003): Die Epistemologie der Internationalen Beziehungen: Anmerkungen zum Stand der „Dritten Debatte", in: Hellmann, Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/

Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 47-97.
Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 11. Auflage, Weinheim/Basel.
McGowan, Francis (1989): The Single Energy Market and Energy Policy: Conflicting Agendas?, in: Energy Policy 17(6), S. 547-553.
McGowan, Francis (1996): Energy Policy in the EU: Diversity or Convergence?, in: McGowan, Francis (Hrsg.): European Energy Policies in a Changing Environment, Heidelberg, S. 1-20.
McGowan, Francis (1998): EU Energy Policy, in: El-Agraa, Ali M. (Hrsg.): The European Union: History, Institutions, Economics and Policies, 5. Auflage, London/New York, S. 266-290.
Meadowcroft, James/Oluf, Langhelle (Hrsg.) (2009): Caching the Carbon: The Politics and Policy of Carbon Capture and Storage, Cheltenham/Northampton, MA.
Meadows, Dennis et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
Meidl, Christian N. (2009): Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen, Wien/Köln/Weimar.
Merkens, Hans (2008): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 286-299.
Meuser, Michael (2011): Rekonstruktive Sozialforschung, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 140-142.
Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2011): Experteninterviews, in: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, 3. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 57-58.
Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.) (2011): Grounded Theory Reader, 2. Auflage, Wiesbaden.
Michaelis, Hans (1980): Europapolitik und Energiepolitik, in: Habrecht, Wolfgang (Hrsg.): Die Kernenergie als Problem europäischer Politik, Baden-Baden, S. 9-29.
Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5(2), S. 225-254.
Morata, Francesc/Solorio Sandoval, Israel (Hrsg.) (2012): European Energy Policy: An Environmental Approach, Cheltenham/Northampton, MA.
Moravcsik, Andrew (1993): Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies 31(4), S. 473-524.
Moussis, Nicholas (2009): EU Environment and Energy Policies, Brüssel.
Müller, Friedemann (Hrsg.) (1992): Russlands Energiepolitik: Herausforderung für Europa, Baden-Baden.
Müller, Harald (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln: Zur Kritik utilitaristischer Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1(1), S. 15-44.
Müller, Harald (2001): International Relations as Communicative Action, in: Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): Constructing International Relations: The Next Generation, Armonk/London, S. 160-178.
Müller, Patrick/Slominski, Peter (2013): Agree Now – Pay Later: Escaping the Joint Decision Trap in the Evolution of the EU Emission Trading System, in: Journal of European Public Policy 20(10), S. 1425-1442.
Müller-Kraenner, Sascha (2007): Energiesicherheit: Die neue Vermessung der Welt, München.

Natorski, Michael/Herranz Surrallés, Anna (2008): Securitizing Moves to Nowhere? The Framing of the European Union Energy Policy, in: Journal of Contemporary European Research 4(2), S. 71-89.

Nedergaard, Peter (2007): Blocking Minorities: Networks and Meaning in the Opposition Against the Proposal for a Directive on Temporary Work in the Council of Ministers of the European Union, in: Journal of Common Market Studies 45(3), S. 695-717.

Neyer, Jürgen (2006): The Deliberative Turn in Integration Theory, in: Journal of European Public Policy 13(5), S. 779-791.

Nilsson, Mans et al. (2012): Understanding Policy Coherence: Analytical Framework and Examples of Sector-Environment Policy Interactions in the EU, in: Environmental Policy and Governance 22(6), S. 395-423.

Noetzel, Thomas/Brodocz, André (1996): Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung, in: Zeitschrift für Politik 43(1), S. 49-66.

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie: Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft', Bielefeld.

Nonhoff, Martin (2010): Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 299-331.

Nonhoff, Martin (2011): Konstruktivistisch-pragmatische Methodik: Ein Plädoyer für die Diskursanalyse, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 18(2), S. 91-107.

Nonhoff, Martin/Gronau, Jennifer (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs: Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden, S. 109-130.

Nullmeier, Frank (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 285-311.

Nullmeier, Frank (2011): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 311-337.

Nutzinger, Hans G. (1995): Vorwort, in: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung: Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte, Marburg, S. 7-11.

Nylander, Johan (2001): The Construction of a Market: A Frame Analysis of the Liberalization of the Electricity Market in the European Union, in: European Societies 3(3), S. 289-314.

Oberthür, Sebastian/Dupont, Claire (2011): The Council, the European Council and International Climate Policy: From Symbolic Leadership to Leadership by Example, in: Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York, S. 74-91.

Oberthür, Sebastian/Groen, Lisanne (2017): Explaining Goal Achievement in International Negotiations: The EU and the Paris Agreement on Climate Change, in: Journal of European Public Policy, DOI: 10.1080/13501763.2017.1291708.

Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.) (2010): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel.

Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (2010): The EU's Internal and External Climate Policies: An Historical Overview, in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 27-63.

Oertzen, Jürgen von (2006): Grounded Theory, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 145-154.
Orr, David W. (1979): U.S. Energy Policy and the Political Economy of Participation, in: The Journal of Politics 41(4), S. 1027-1056.
Padgett, Stephen (1992): The Single European Energy Market: The Politics of Realization, in: Journal of Common Market Studies 30(1), S. 53-75.
Padgett, Stephen (2003): Between Synthesis and Emulation: EU Policy Transfer in the Power Sector, in: Journal of European Public Policy 10(2), S. 227-245.
Padgett, Stephen (2011): Energy Co-operation in the Wider Europe: Institutionalizing Interdependence, in: Journal of Common Market Studies 49(5), S. 1065-1087.
Paech, Niko (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?, in: Natur und Kultur 6(1), S. 52-72.
Paech, Niko (2009): Wachstum ‚light': Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär Nr. 13, S. 84-93.
Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München.
Palinkas, Peter (1999): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99, Bonn, S. 161-166.
Pehnt, Martin (2013): Energieeinsparung und Effizienz: Die wichtigsten Pfeiler der Energiewende, abrufbar unter: http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/152893/energieeinsparung-und-effizienz (letzter Zugriff: 20.5.2014).
Peterson, John (2009): Policy Networks, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 105-124.
Pollack, Mark A. (2001): International Relations Theory and European Integration, in: Journal of Common Market Studies 39(2), S. 221-244.
Pollack, Mark A. (2006): Rational Choice and EU Politics, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 31-55.
Pollak, Johannes/Schubert, Samuel/Slominski, Peter (2010): Die Energiepolitik der EU, Wien.
Pörksen, Bernhard (2011): Eine Einführung, in: Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Schlüsselwerke des Konstruktivismus, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 13-28.
Porst, Rolf (2014): Fragebogen: Ein Arbeitsbuch, 4. Auflage, Wiesbaden.
Prontera, Andrea (2017): Forms of State and European Energy Security: Diplomacy and Pipelines in Southeastern Europe, in: European Security 55(2), S. 273-298.
Radaelli, Claudio M. (1999): Harmful Tax Competition in the EU: Policy Narratives and Advocacy Coalitions, in: Journal of Common Market Studies 37(4), S. 661-682.
Radaelli, Claudio M./Schmidt, Vivien A. (Hrsg.) (2005): Policy Change and Discourse in Europe, London/New York.
Raffnsøe, Sverre/Gudmand-Høyer, Marius/Thaning, Morten S. (2011): Foucault: Studienhandbuch, München.
Rashbrooke, Gwenaele (2006): Clarification or Complication? The New Energy Title in the Draft Constitution for Europe, in: Rodi, Michael (Hrsg.): Environmental Policy-Instruments in Liberalized Energy Markets, Berlin.
Reckwitz, Andreas (2006): Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen, in: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur: Theorien der Gegenwart, Wiesbaden, S. 339-349.

Reichert, Götz (2009): Klimaschutz in der Europäischen Union: Das EU-Klimaschutzpaket vom 23. April 2009, cep Dosssier, Centrum für Europäische Politik (CEP), Freiburg.
Reichert, Karlheinz (1986): Energiepolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, Bonn, S. 192-198.
Rein, Martin/Schön, Donald (1993): Reframing Policy Discourse, in: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 145-166.
Reisigl, Martin (2006): Sprachkritische Beobachtungen zu Foucaults Diskursanalyse, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik: Eine Einführung, Wiesbaden, S. 85-103.
Rest, Jonas (2011): Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende, Wiesbaden.
Reyes, Antonio (2011): Strategies of Legitimization in Political Discourse: From Words to Actions, in: Discourse & Society 22(6), S. 781-807.
Richardson, Dick (1997): The Politics of Sustainable Development, in: Baker, Susan et al. (Hrsg.): The Politics of Sustainable Development: Theory, Policy and Practice within the European Union, London/New York, S. 43-60.
Richardson, Jeremy (2006): Policy-Making in the EU: Interests, Ideas and Garbage Cans of Primeval Soup, in: Richardson, Jeremy (Hrsg.): European Union: Power and Policy-Making, 3. Auflage, London/New York, S. 3-30.
Richert, Jörn (2017): From Single Voice to Coordinated Polyphony EU Energy Policy and the External Dimension, in: European Foreign Affairs Review 22(2), S. 213-232.
Rietig, Katharina (2013): Sustainable Climate Policy Integration in the European Union, in: Environmental Policy and Governance 23(5), S. 297-310.
Risse, Thomas (2000): "Let's Argue!" Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54(1), S. 1-39.
Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen: Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 99-132.
Risse, Thomas (2009): Social Constructivism and European Integration, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 144-160.
Risse-Kappen, Thomas (1995): Reden ist nicht billig: Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2(1), S. 171-184.
Roe, Emery (1994): Narrative Policy Analysis: Theory and Practice, Durham/London.
Roggen, Peter (1979): Die Internationale Energieagentur: Energiepolitik und wirtschaftliche Sicherheit, Bonn.
Rosamond, Ben (1999): Discourses of Globalization and the Social Construction of European Identities, in: Journal of European Public Policy 6(4), S. 652-668.
Rothe, Delf (2016): Energy for the Masses? Exploring the Political Logics behind the Desertec Vision, in: Journal of International Relations and Development 19(3), S. 392-419.
Sabatier, Paul A./Weible, Christopher M. (2007): The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications, in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process, 2. Auflage, Boulder, S. 189-220.
Sadovnik, Alan R. (2007): Qualitative Research and Public Policy, in: Fischer, Frank/Miller, Gerald, J./Sidney, Mara S. (Hrsg.): Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics, and Methods, Boca Raton, S. 417-427.

Sarasin, Philipp (2008): Michel Foucault zur Einführung, Hamburg.
Saretzki, Thomas (2003): Aufklärung, Beteiligung und Kritik: Die „argumentative Wende" in der Policy-Analyse, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München, S. 390-416.
Sauter, Raphael (2010): EU Energy Policy: Agenda Dynamics and Policy Change, Dissertation, University of Sussex.
Schaper-Rinkel, Petra (2006): Die Macht von Diskursen: Europäisierung, Ökonomisierung und Digitalisierung der Telekommunikation, in: Eder, Franz X. (Hrsg.): Historische Diskursanalyse: Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, S. 223-237.
Scheipers, Sybille (2007): Normative Power Europe: A Credible Utopia?, in Journal of Common Market Studies 45(2), S. 435-457.
Schild, Joachim (2005): Ein Sieg der Angst: Das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: integration 28(3), S. 187-200.
Schmidt, Susanne K. (1998): Liberalisierung in Europa: Die Rolle der Europäischen Kommission, Frankfurt am Main/New York.
Schmidt, Vivien A. (2001): The Politics of Economic Adjustment in France and Britain: When Does Discourse Matter?, in: Journal of European Public Policy 8(2), S. 247-264.
Schmidt, Vivien A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourses, in: Annual Review of Political Science 11, S. 303-326.
Schmidt, Vivien A. (2010): Taking Ideas and Discourses Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth 'New Institutionalism', in: European Political Science Review 2(1), S. 1-25.
Schmidt, Vivien A./Radaelli, Claudio M. (2004): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues, in: West European Politics 27(2); S. 183-210.
Schneider, Heinrich (1977): Leitbilder der Europapolitik: Der Weg zur Integration, Bonn.
Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden.
Scholl, Bruno (2006): Die symbolische Verfassung: Nationale Verfassungstraditionen und die Konstitutionalisierung der EU, Wiesbaden.
Schön, Donald A./Rein, Martin (1994): Frame Reflection: Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies, New York.
Schöne, Helmar (2006): Sequenzanalyse, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Verfahren, Baden-Baden, S. 335-344.
Schubert, Samuel R./Pollak, Johannes/Kreutler, Maren (2016): Energy Policy of the European Union, London/New York.
Schultheis, Antje (2010): Politische Ökonomie internationaler Investitionsabkommen: Diskurs und Forum-Shifting der EU, Münster.
Schumacher, Ernst F. (1977): Die Rückkehr zum menschlichen Maß: Alternativen für Wirtschaft und Technik – ‚Small is Beautiful', Reinbek bei Hamburg.
Schünemann, Wolf J. (2016): Manifeste Deutungskämpfe: Die wissenssoziologisch-diskursanalytische Untersuchung politischer Debatten, in: Bosančić, Saša/Keller, Reiner (Hrsg.): Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung, Wiesbaden, S. 29-51.
Schütz, Alfred (1974) [1932]: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Wien.
Schwab-Trapp, Michael (2006): Kriegsdiskurse: Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999, Opladen.

Schwab-Trapp, Michael (2010): Methodische Aspekte der Diskursanalyse: Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungsperspektiven, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 171-196.

Schwab-Trapp, Michael (2011): Diskurs als soziologisches Konzept: Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 283-307.

Schwellnus, Guido (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 321-345.

Scrase, Ivan J./Ockwell, David G. (2010): The Role of Discourse and Linguistic Framing Effects in Sustaining High Carbon Energy Policy: An Accessible Introduction, in: Energy Policy 38(5), S. 2225-2233.

Selianko, Iulii/Lenschow, Andrea (2015): Energy Policy Coherence from an Intra-institutional Perspective: Energy Security and Environmental Policy Coordination within the European Commission, in: Neuhold, Christine/Vanhoonacker, Sophie (Hrsg.): Dynamics of Institutional Cooperation in the European Union: Dimensions and Effects, in: European Integration online Papers 19(1), abrufbar unter: http://eiop.or.at/eiop/texte/2015-002a.htm, S. 1-29.

Shapiro, Michael J. (1989): Textualizing Global Politics, in: Der Derian, James/Shapiro, Michael J. (Hrsg.): International/Intertextual Relations: Postmodern Readings of World Politics, New York u.a, S. 11-22.

Simhandl, Katrin (2007): Der Diskurs der EU Institutionen über die Kategorien „Zigeuner" und „Roma": Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung" und „sozialem Einschluss", Baden-Baden.

Singer, Otto (1990): Policy Communities and Discourse Coalitions: The Role of Policy Analysis in Economic Policy Making, in: Knowledge 11(4), S. 428-458.

Singer, Otto (1993): Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung, Opladen, S. 149-174.

Skjaerseth, Jon Birger (2013): Unpacking the EU Climate and Energy Package: Causes, Content and Consequences, FNI Report 2/2013, Lysaker.

Skjaerseth, Jon Birger (2016): Linking EU Climate and Energy Policies: Policy-Making, Implementation and Reform, in: International Environmental Agreements 16(4), S. 509-523.

Skjaerseth, Jon Birger/Bang, Guri/Schreurs, Miranda A. (2013): Explaining Growing Climate Policy Differences between the European Union and the United States, in: Global Environmental Politics 13(4), S. 61-80.

Skjaerseth, Jon Birger/Wettestad, Jorgen (2010): The EU Emissions Trading System Revised (Directive 2009/29/EC), in: Oberthür, Sebastian/Pallemaerts, Marc (Hrsg.): The New Climate Policies of the European Union: Internal Legislation and Climate Diplomacy, Brüssel, S. 65-91.

Skjaerseth, Jon Birger/Wettestad, Jorgen (2010): Fixing the EU Emissions Trading System? Understanding the Post-2012 Changes, in: Global Environmental Politics 10(4), S. 101-123.

Skodvin, Tora/Gullberg, Anne Therese/Aakre, Stine (2010): Target-Group Influence and Political Feasibility: The Case of Climate Policy Design in Europe, in: Journal of European Public Policy 17(6), S. 854-873.

Skovgaard, Jakob (2013): The Limits of Entrapment: The Negotiations on EU Reduction Targets, 2007-11, in: Journal of Common Market Studies 51(6), S. 1141-1157.
Skovgaard, Jakob (2014): EU Climate Policy after the Crisis, in: Environmental Politics 23(1), S. 1-17.
Slim, Assen (2013): The Impact of De-growth (la décroissance) on the Discourse of Sustainability, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 48-60.
Slominski, Peter (2016): Energy and Climate Policy: Does the Competitiveness Narrative Prevail in Times of Crisis?, in: Journal of European Integration 38(3), S. 343-357.
Sodupe, Kepa/Benito, Eduardo (2001): Pan-European Energy Co-operation: Opportunities, Limitations and Security of Supply to the EU, in: Journal of Common Market Studies 39(1), S. 165-177.
Solorio, Israel/Bechberger, Mischa/Popartan, Lucia (2013): The European Energy Policy and Its 'Green Dimension': Discursive Hegemony and Policy Variations in the Greening of Energy Policy, in: Barnes, Pamela M./Hoerber, Thomas C. (Hrsg.): Sustainable Development and Governance in Europe: The Evolution of the Discourse on Sustainability, London/New York, S. 91-105.
Solorio, Israel/Jörgens, Helge (Hrsg.) (2017): A Guide to EU Renewable Energy Policy: Comparing Europeanization and Domestic Policy Change in EU Member States, Cheltenham/Northampton, MA.
Spaak, Fernand (1973): An Energy Policy for the European Community, in: Energy Policy 1(1), S. 35-37.
Stäheli, Urs (2006): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart II: Eine Einführung, 2. Auflage Opladen/Farmington Hills, S. 253-284.
Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung: Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung, Weinheim.
Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch, 6. Auflage, Reinbek bei Hamburg, S. 319-331.
Stone, Deborah A. (1989): Causal Stories and the Formation of Policy Agendas, in: Political Science Quarterly 104(2), S. 281-300.
Strauss, Anselm (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung, München.
Ströbele, Wolfgang/Pfaffenberger, Wolfgang/Heuterkers, Michael (2012): Energiewirtschaft: Einführung in Theorie und Politik, München.
Strübing, Jörg (2004): Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung, Wiesbaden.
Szarka, Joseph (2004): Wind Power, Discourse Coalitions and Climate Change: Breaking the Stalemate?, in: European Environment 14(6), S. 317-330.
Taylor, Stephanie (2001): Locating and Conducting Discourse Analytic Research, in: Wetherell, Margaret/Taylor, Stephanie/Yates, Simeon J. (Hrsg.): Discourse as Data: A Guide for Analysis, Los Angeles u. a., S. 5-48.
Teräväinen, Tuula (2010): Political Opportunities and Storylines in Finish Climate Policy Negotiations, in: Environmental Politics 19(2), S. 196-216.

Thiel, Thorsten (2012): Republikanismus und die Europäische Union: Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden.
Thornberg, Robert/Charmaz, Kathy (2014): Grounded Theory and Theoretical Coding, in: Flick, Uwe (Hrsg.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis, Los Angeles u. a., S. 153-169.
Throgmorton, Jim A. (1993): Survey Research as Rhetorical Trope: Electric Power Planning Arguments in Chicago, in: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, London, S. 117-144.
Titscher, Stefan et al. (2000): Methods of Text and Discourse Analysis: In Search of Meaning, London/Thousand Oaks, New Delhi.
Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.) (2015): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London.
Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (2015): Building the EU's Energy Policy Agenda: An Introduction, in: Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London, S. 1-17.
Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (2015): Building the EU's Energy Policy Agenda: Insights Gained, in: Tosun, Jale/Biesenbender, Sophie/Schulze, Kai (Hrsg.): Energy Policy Making in the EU: Building the Agenda, London, S. 247-263.
Turner, Louis (1974): The European Community: Factors of Disintegration: Politics of the Energy Crisis, in: International Affairs 50(3), S. 404-415.
Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Von den Höhen der Theorie in die Niederung der methodischen Empirie, Papier für die Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Mannheim, abrufbar unter: http://inef.uni-due.de/igapha/papers/ulbert_2005.pdf (letzter Zugriff: 18.2.2010).
Ulbert, Cornelia (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen/Farmington Hills, S. 409-440.
Umbach, Frank (2003): Globale Energiesicherheit: Strategische Herausforderung für die europäische und deutsche Außenpolitik, München.
Van Shaik, Louise/Schunz, Simon (2012): Explaining EU Activism and Impact in Global Climate Politics: Is the Union a Norm- or Interest-Driven Actor?, in: Journal of Common Market Studies 50(1), S. 169-186.
Vanderheiden, Steve (2011): The Politics of Energy: An Introduction, in: Environmental Politics 20(5), S. 607-616.
Vester, Heinz-Günter (2010): Kompendium der Soziologie III: Neuere soziologische Theorien, Wiesbaden.
Veyne, Paul (2010): Foucault: Der Philosoph als Samurai, Stuttgart.
Viehöver, Willy (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes: Der Klimadiskurs im Lichte der narrativen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2: Forschungspraxis, 4. Auflage, Wiesbaden, S. 233-269.
Viehöver, Willy (2011): Diskurse als Narration, in: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 193-224.
Villa, Paula-Irene (2006): Dekonstruktion, in: Behnke, Joachim et al. (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Baden-Baden, S. 93-102.

Vogler, John (2009): Climate Change and EU Foreign Policy: The Negotiation of Burden Sharing, in: International Politics 46(4), S. 469-490.
Voß, Jan-Peter/Bauknecht, Dierk/Kemp, René (Hrsg.) (2006): Reflexive Governance for Sustainable Development, Cheltenham/Northampton, MA.
Wagenaar, Hendrik (2003): The (Re-)discovery of Grounded Theory in Postpositivist Policy Research, Paper prepared for the ESF Workshop Qualitative Method for the Social Sciences, 28-29 November, Wien.
Wagenaar, Hendrik (2011): Meaning in Action: Interpretation and Dialogue in Policy Analysis, Armonk/London.
Walters, William (2004): Political Rationality of European Integration, in: Larner, Wendy/Walters, William (Hrsg.): Global Governmentality: Governing International Spaces, London/New York, S. 155-173.
Wæver, Ole (1998): Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Wivel, Anders (Hrsg.): Explaining European Integration, Kopenhagen, S. 100-146.
Wæver, Ole (2005): European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: Howarth, David/Torfing Jacob (Hrsg.): Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance, Basingstoke/New York, S. 33-67.
Wæver, Ole (2009): Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, 2. Auflage, Oxford, S. 163-180.
Weber, Stefan (2002): Konstruktivismus und Non-Dualismus, Systemtheorie und Distinktionstheorie, in: Scholl, Armin (Hrsg.): Systemtheorie und Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft, Konstanz, S. 21-36.
Weidenfeld, Werner (2007): Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, Baden-Baden, S. 13-48.
Wendt, Alexander (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41(3), S. 335-370.
Wendt, Alexander (1998): On Constitution and Causation in International Relations, in: Review of International Studies 24(Sonderheft: The Eighty Years' Crisis 1919–1999), S. 101-118.
Westerwelle, Guido (2012): Der Wert Europas: Vier Thesen zum Zukunftsprojekt Europa, in: integration 35(2), S. 90-93.
Whittle, Andrea/Mueller, Frank (2011): The Language of Interests: The Contribution of Discursive Psychology, in: Human Relations 64(3), S. 415-435.
Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 133-159.
Wight, Colin (2002): Philosophy of Social Science and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 23-51.
Willig, Carla (2014): Discourses and Discourse Analysis, in: Flick, Uwe (Hrsg.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis, Los Angeles u. a., S. 341-353.
Witt, Harald (2001): Forschungsstrategien bei quantitativer und qualitativer Sozialforschung, in: Forum: Qualitative Sozialforschung 2(1), abrufbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/969/2114 (letzter Zugriff 20.6.2015).
Wodak, Ruth (2011): The Discourse of Politics in Action: Politics as Usual, Basingstoke/New York.

Wolf, Sebastian (2006): Zur Zukunft des Euratom-Vertrags, in: integration 29(4), S. 297-302.
Wurzel, Rüdiger K.W./Connelly, James (Hrsg.) (2011): The European Union as a Leader in International Climate Change Politics, London/New York.
Yergin, Daniel (1991): The Prize: The Epic Quest for Oil, Money and Power, New York.
Youngs, Richard (2007): Europe's External Energy Policy: Between Geopolitics and the Market, CEPS Working Document No. 278/November 2007, Brüssel.
Youngs, Richard (2009): Energy Security: Europe's New Foreign Policy Challenge, London/New York.
Zahariadis, Nikolaos (2007): The Multiple Streams Framework: Structure, Limitations, Prospects, in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process, 2. Auflage, Boulder, S. 65-92.
Zehfuß, Maja (1998): Sprachlosigkeit schränkt ein: Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5(1), S. 109-137.
Zehfuss, Maja (2002): Constructivism in International Relations: The Politics of Reality, Cambridge.

Primärquellenverzeichnis[1849]

A Dokumente der EU-Institutionen
B Dokumente von Vertretern der Industrie und Zivilgesellschaft
C EU-Sekundärrecht
D Gutachten und Berichte
E Pressemeldungen der EU-Institutionen
F Reden und Statements
G Websites zu Teilaspekten der energiepolitischen Debatten
H Meldungen der Agence Europe
I Zeitungsartikel (Print- und Onlineausgaben)

A Dokumente der EU-Institutionen

Dokumente der Europäischen Kommission

(Abrufbar unter: http://eur-lex.europa.eu/homepage.html)

Europäische Kommission (1968): Erste Orientierung für eine gemeinsame Energiepolitik, KOM(68)1040, 18.12.1968, Brüssel.

Europäische Kommission (1972): Notwendige Fortschritte auf dem Gebiet der gemeinschaftlichen Energiepolitik, KOM(72)1200, 13.10.1972, Brüssel.

Europäische Kommission (1973): Guidelines and Priority Actions Under the Community Energy Policy, SEC (73) 1481, 19.4.1973, Brüssel..

Europäische Kommission (1974): Gemeinschaftliche Energiepolitik: Ziele für 1985, KOM(74)1960 endgültig, 29.11.1974, Brüssel.

1849 Das Quellenverzeichnis umfasst die im Text zitierten und die in den Textsamples erfassten Dokumente.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3

Europäische Kommission (1988): Der Binnenmarkt für Energie, KOM(88)238 endgültig, 2.5.1988, Brüssel.
Europäische Kommission (1990): Energy and the Environment, COM(89)369 final, 8.2.1990, Brüssel.
Europäische Kommission (1992): Towards Sustainability, COM(92)23 final, Vol. II, 27.3.1992, Brüssel.
Europäische Kommission (1995): Weißbuch: Eine Energiepolitik für die Europäische Union, KOM(95)682, 13.12.1995, Brüssel.
Europäische Kommission (1997): Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger – Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan, KOM/97/0599 endgültig, 26.11.1997, Brüssel.
Europäische Kommission (2001): Grünbuch: Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit, Luxemburg, [Nachdruck des Grünbuchs vom 29.11.2000, KOM(2000) 769 endgültig].
Europäische Kommission (2005): Green Paper on Energy Efficiency or Doing More with Less, COM(2005)265 final, 22.6.2005, Brüssel.
Europäische Kommission (2005): Grünbuch über Energieeffizienz oder Weniger kann mehr sein, KOM(2005)265 endgültig/2, Brüssel.
Europäische Kommission (2005): Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion, KOM(2005)494 endgültig, 13.10.2005, Brüssel.
Europäische Kommission (2005): Europäische Werte in der globalisierten Welt: Beitrag der Kommission zur Tagung der Staats- und Regierungschefs im Oktober, KOM(2005)525 endgültig/2, 3.11.2005, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2005, Brüssel/Luxemburg. [Der Gesamtbericht wurde von der Europäischen Kommission am 31. Januar 2006 unter der Nummer SEK(2005)1200 endgültig angenommen].
Europäische Kommission (2006): Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, KOM(2006)105 endgültig, 8.3.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Eine bürgernahe Agenda: Konkrete Ergebnisse für Europa, KOM (2006)211 endgültig, 10.5.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Energiepolitische Außenbeziehungen: Grundsätze und Maßnahmen, KOM(2006)590 endgültig, 12.10.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen, KOM(2006)545 endgültig, 19.10.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper "A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy", SEC(2006) 1500, 16.11.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2006): Über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, KOM(2006)726 endgültig, 4.12.2006, Brüssel.
Europäische Kommission (2007): Aussichten für den Erdgas- und den Elektrizitätsbinnenmarkt, KOM(2006)841 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.
Europäische Kommission (2007): Nachhaltige Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen – Ziel: Weitgehend emissionsfreie Kohlenutzung nach 2020, KOM(2006)843 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.
Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, KOM(2007)1 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.

Europäische Kommission (2007): Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius: Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus, KOM(2007)2 endgültig, 10.1.2007, Brüssel.
Europäische Kommission (2007): Ein Europäischer Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan): „Der Weg zu einer kohlenstoffemissionsarmen Zukunft“, KOM(2007)723 endgültig, 22.11.2007, Brüssel.
Europäische Kommission (2008): Unterstützung der frühzeitigen Demonstration einer nachhaltigen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen, KOM(2008)13 endgültig, 23.1.2008, Brüssel.
Europäische Kommission (2008): 20 und 20 bis 2020: Chancen Europas im Klimawandel, KOM (2008)30 endgültig, 23.1.2008, Brüssel.
Europäische Kommission (2011): Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO2-armen Wirtschaft bis 2050, KOM(2011)112 endgültig, 8.3.2011, Brüssel.
Europäische Kommission (2011): Energiefahrplan 2050, KOM(2011)885 endgültig, 15.12.2011, Brüssel.
Europäische Kommission (2013): Grünbuch: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, KOM(2013)169 endgültig, 27.3.2013, Brüssel.

Dokumente des Europäischen Parlaments

(Abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/RegistreWeb/search/simpleSearchHome.htm?language=DE)

Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Alternative Energieformen, P6_CRE(2005)03-07, 7.3.2005, Straßburg.
Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Klimawandel, P6_CRE(2005)05-10 (22), 10.5.2005, Straßburg.
Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates, P6_CRE(2005)10-26 (17), 26.10.2005, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 1-400, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, PE 378.878v01-00, 19.10.2006, Brüssel.
Europäisches Parlament (2006): Änderungsanträge 401-560, Entwurf eines Berichts Eluned Morgan, PE 380.649v01-00, 19.10.2006, Brüssel.
Europäisches Parlament (2006): Bericht über das Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ – Grünbuch (2006/2113(INI)), Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Berichterstatterin: Eluned Morgan, A6-0426/2006, 28.11.2006, Brüssel/Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ – Grünbuch, P6_TA(2006)0603, 14.12.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung, P6_CRE(2006)01-17 (18), 17.1.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Fusionen im Binnenmarkt, P6_CRE(2006)03-15 (11), 15.3.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union, P6_CRE(2006)03-22 (12), 22.3.2006, Brüssel.

Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates – Lissabon-Strategie, P6_CRE (2006)04-05 (4), 5.4.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Energieeffizienz – Grünbuch, P6_CRE(2006)05-31 (21), 31.5.2006, Brüssel.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Siebtes Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) – Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich Kernenergie (2007–2011), P6_CRE(2006)06-13 (6), 13.6.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäischer Rat (Brüssel, 15./16. Juni 2006), P6_CRE(2006)06-14 (2), 14.6.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung, P6_CRE(2006)06-14 (8), 14.6.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission 2007, P6_CRE(2006)11-14 (15), 14.11.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie – Grünbuch – Strategie für Biomasse und Biokraftstoffe – Unterstützungsinstrument im Bereich der nuklearen Sicherheit und Sicherung, P6_CRE(2006)12-14 (3), 14.12.2006, Straßburg.
Europäisches Parlament (2007): Beschluss des Europäischen Parlaments vom 25. April 2007 zur Einsetzung sowie zur Festlegung der Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Mandatszeit des nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/parlArchives/comArch/com6/mainSheet.do? language=DE&body=CLIM (letzter Zugriff 29.1.2015).
Europäisches Parlament (2007): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (8./9. März 2007), P6_CRE(2007)03-14 (4), 14.3.2007, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Vorschläge im Bereich Energie und Klimawandel, P6_CRE(2008) 01-23 (6), 23.1.2008, Brüssel.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Tagung des Europäischen Rates (15./16. Oktober), P6_CRE(2008) 10-21 (7), 21.10.2008, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket, P6_CRE(2008)12-04 (3), 4.12.2008, Brüssel.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket (Fortsetzung), P6_CRE(2008)12-04 (5), 4.12.2008, Brüssel.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates vom 11. und 12. Dezember 2008 – Tätigkeitsbericht des französischen Vorsitzes, P6_CRE(2008)12-16 (6), 16.12.2008, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Klimawandel und Energie (Einführung), P6_CRE(2008)12-16 (9), 16.12.2008, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten, P6_CRE (2008)12-16 (11), 16.12.2008, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Plenardebatte, Klimawandel und Energie (Abschluss), P6_PV(2008)12-16 (16), 16.12.2008, Straßburg.
Europäisches Parlament (2008): Das EU-Klimapaket: Background, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/ sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20081208BKG44004+0+DOC+XML+V0//DE#title1 (letzter Zugriff 20.12.2014).
Europäisches Parlament (2013): Kurzdarstellung über die Europäisch Union, abrufbar unter: http://www.europarl. europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_1.2.2.pdf (letzter Zugriff 26.1.2014).

Europäisches Parlament (o. Jahr): Die Klima- und Energiepolitik, abrufbar unter: http://www.europarl.de/de/ europa_und_sie /politikfelder_a_z/klima-und-energiepolitik.html (letzter Zugriff 29.1.2015)

Dokumente des Europäischen Rates

(Die Schlussfolgerungen sind abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/de/european-council/conclusions/)

Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2000, Lissabon.
Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt: Europäische Sicherheitsstrategie, 12. Dezember 2003, Brüssel, abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf (letzter Zugriff 18.3.2015).
Europäischer Rat (2005): Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, 18. Juni 2005, (Dokumentennummer SN 117/05), Brüssel.
Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, (Dokumentennummer 7775/1/06, REV1), Brüssel.
Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15./16. Juni 2006, (Dokumentennummer 10633/1/06, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14./15. Dezember 2006, (Dokumentennummer 16879/1/06, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 8./9. März 2007, (Dokumentennummer 7224/1/07, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2007): Aktionsplan (2007–2009) des Europäischen Rates: Eine Energiepolitik für Europa, Anlage I zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8./9. März 2007, (Dokumentennummer 7224/1/07, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 13./14. März 2008, (Dokumentennummer 7652/1/08, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15./16. Oktober 2008, (Dokumentennummer 14368/1/ 08, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2008): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 11./12. Dezember 2008, (Dokumentennummer 1727/1/08, REV 1), Brüssel.
Europäischer Rat (2014): Schlussfolgerungen, 23./24. Oktober 2014, (Dokumentennummer 169/1/14, INIT), Brüssel.
Europäischer Rat (2015): Schlussfolgerungen, 19./20. März 2015, (Dokumentennummer ST 11/2015, INIT), Brüssel.

Dokumente des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

(Abrufbar unter: https://dm.eesc.europa.eu/EESCDocumentSearch/Pages/redsearch.aspx)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006): EWSA-Hearing spricht sich für einen breit gefächerten Energiemix als Strategieziel aus, CES/06/04, 23.5.2006, Brüssel.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006): Die Energieversorgung der Europäischen Union: Eine Strategie für einen sinnvollen Energiemix, Sondierungsstellungnahme, TEN/227 „Energiemix", 13.6.2006, Brüssel.

Dokumente des Rates der Europäischen Union

(Abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/register/de/content/int/?lang=de&typ=ADV)

Rat der Europäischen Union (2008): Energy/Climate Change: Elements of the Final Compromise, (Dokumentennummer 17215/08), 12.12.2008, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2008): Energie und Klimawandel: Bestandteile des endgültigen Kompromisses, (Dokumentennummer 17215/08), 12.12.2008, Brüssel.

Gemeinsame Dokumente der EU-Institutionen

Europäische Kommission/Generalsekretär/Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (2006): Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich (S160/06), Brüssel.
Europäisches Parlament/ Rat der Europäischen Union/ Europäische Kommission (2007): Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, 25.3.2007, Berlin.

B Dokumente von Vertretern der Industrie und Zivilgesellschaft

(Für Erläuterungen zu diesen Dokumenten vgl. auch Anhang 2)

Architects' Council of Europe (ACE) (2006): ACE Statement – Green Paper on a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, 20.9.2006, o. O.
Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe, 27.2.2006, Brüssel.
Club Espanol de la Energía (2006): The Green Paper on Energy Policy for the EU, Brüssel.
Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe (CRPM) (2006): CPMR's Response to the Green Paper on ‚A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Opinion of the Political Bureau, 5.5.2006, Gozo/Malta.

Die Grünen Kärnten (2006): Stellungnahme zum Online-Konsultationsverfahren ‚The Green Paper Energy', o. O.
Erste Folgenabschätzung/Pilotprojekt (EFA) (2006): Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie": Bericht der Arbeitsgruppe (Federführung: Deutscher Industrie- und Handelskammertag), o. O.
European Aluminium Association (EAA) (2006): European Aluminium Association Comments to the Green Paper for a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Brüssel.
European Association for Coal and Lignite (EURACOAL) (2006): Contribution to the Fossil Fuels Forum Working Group on Coal as Well as on the Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Brüssel.
European Association for mountain areas (Euromontana) (2006): Euromontana Response to the Green Paper on 'European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Brüssel.
European Atomic Forum (FORATOM) (2006): FORATOM Response to Energy Green Paper Consultation, o. O.
European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic (CEEP) (2006): CEEP Position Paper on the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 6.6.2006, o. O.
European Chemical Industry Council (CEFIC) (2006): Comments on the Green Paper on a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, September 2006, Brüssel.
European Confederation of Iron and Steel (EUROFER) et al. (2006): Alliance of Energy-Intensive Industries Contribution to the EU Energy Strategic Review, 22.9.2006, Brüssel.
European Federation of Local Public Energy Distribution Companies (CEDEC) (2006): Position Paper – Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 12.4.2006, Brüssel.
European Federation of Public Service Unions (EPSU) (2006): EU Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, COM (2006) 105 final 8 March 2006, EPSU Position, Draft, 27.9.2006, o. O.
European Petroleum Industry Association (EUROPIA) (2006): Stellungnahme ohne Titel, Juni 2006, o. O.
European Renewable Energy Council (EREC): Green Paper 'A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe' – EREC Welcomes the Debate, but Sees the Paper as a Missed Opportunity for Outlining a Sustainable EU Energy Supply, News Release, 8.3.2006, Brüssel.
European Transmission [electricity] System Operators (ETSO) (2006): ETSO Comments on EC: The Green Paper for a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, 1.9.2006, Brüssel.
Forbrukerradet/Norwegian Consumer Council (NCC) (2006): Response to the European Commission's Green Paper on a Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, o. O.
Global Witness (GW) (2006): Stellungnahme ohne Titel, 22.6.2006, London.
Greenpeace (2006): Briefing: A 'Greener Paper' on Energy: New Vision for a Truly Sustainable, Competitive and Secure Energy Future, 3.3.2006, Brüssel.
Greenpeace (2008): MEPs Must Exercise Their Democratic Power and Reject the EU's 'Effort Sharing' Law, Briefing, 16.12.2006, Brüssel.

Greenpeace (2008): Why Carbon Capture and Storage Won't Save the Climate: Executive Summary, Amsterdam.
Greenpeace (2011): CO_2 -Endlager: Keine Lösung, sondern Risiko, Hamburg.
Greenpeace (2014): EU Leaders Pull Handbrake on Clean Energy, 24.10.204, Brüssel.
Group of European Municipalities with Nuclear Facilities (GMF) (2006): GMF Considerations on the Green Paper, 22.5.2006, Reus.
Highlands and Islands Enterprise (HIE) (2006): Response to EU Green Paper on Energy, 5.9.2006, Inverness.
International Federation of Industrial Energy Consumers (IFIEC) (2006): Response to the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', September 2006, Brüssel.
Mouvement Européen France/Ille-et-Vilaine (2006): Prise de position du Mouvement européen-France, Section Ille et Vilaine, sur la Politique européenne de l'Énergie, 13.6.2006, Rennes.
Singer, Stephan (2007): CCS: An Uncomfortable but Necessary Option, Präsentation, 8.5.2007, Brüssel.
The Association of European Chambers of Commerce and Industry (EUROCHAMBRES) (2006): Position Paper 2006: Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Juli 2006, Brüssel.
The British Psychological Society (2006): EU Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy' – Response from The British Psychological Society, September 2006, o. O.
The European Tribune (2006): Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy – Contribution to the Public Consultation by the European Tribune, o. O.
The European Tribune (2006): Open Letter from the European Tribune, o. O.
The European Union of the Natural Gas Industry (EUROGAS) (2006): EUROGAS Views on the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 14.7.2006, o. O.
The European Wind Energy Association (EWEA) (2005): EC Green Paper Outlines Common Energy Strategy, Despite Lack of Vision: Commission Denies Renewable Sector Representation in High Level Group, News Release, 8.3.2005, Brüssel.
The Greens/ European Free Alliance (2006): The Vienna Declaration: A Sustainable Energy Policy for Europe, 7.3.2006, Wien.
The International Association of Oil and Gas Producers (OGP) (2006): OGP Response to Green Paper A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Juli 2006, Brüssel.
Union of the Electricity Industry (EURELECTRIC) (2006): EURELECTRIC Comments: European Commission Green Paper on "A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy", Working Group on Energy Policy, 27.6.2006, Brüssel.

C EU-Sekundärrecht

(Abrufbar unter: http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de)

Entscheidungen

Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020.

Richtlinien

Richtlinie 68/414/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten der EWG, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten.

Richtlinie 76/491/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse in der Gemeinschaft.

Richtlinie 88/609/EWG des Rates vom 24. November 1988 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft.

Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG.

Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG.

Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006.

Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG

Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG.

Verordnungen

Verordnung (EWG) Nr. 1729/76 des Rates vom 21. Juni 1976 betreffend die Mitteilung von Informationen über die Energieversorgungslage der Gemeinschaft.

Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen.

Verordnung (EG) Nr. 663/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über vom 13. Juli 2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich.

Verordnung (EG) Nr. 713/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden.

Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003.

Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005.

D Gutachten und Berichte

Clingendael International Energy Programme (CIEP) (2006): Contribution to the Consultation Process on the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy' COM (2006) 105 final, 21.9.2006, Den Haag.

IPCC (2007): Vierter Sachstandsbericht des IPCC/Fourth Assessment Report (AR4), 2007, abrufbar unter: http://www.de-ipcc.de/de/128.php, (letzter Zugriff:2.6.2015).

Stern Review on the Economics of Climate Change (2006), abrufbar unter: http://web.archive.org/web/20081211182219/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_final_report.htm (letzter Zugriff 2.6.2015); eine deutsche Zusammenfassung des Berichts ist abrufbar unter: http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf (letzter Zugriff: 12.9.2014).

Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford.

Internationale Energieagentur (2008): IEA Energy Policies Review: The European Union: 2008, Paris.

Leismann, Kirstin et al. (2012): Nutzen statt Besitzen: Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur, Band 27 der Schriftenreihe Ökologie, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Naturschutzbund Deutschland, Berlin.

Obergassel, Wolfgang et al. (2016): Phoenix from the Ashes: An Analysis of the Paris Agreement to the United Nations Framework Convention on Climate Change, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Wuppertal.

Sussex Energy Group (2006): Response to the Green Paper 'European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 22.9.2006, University of Sussex.

E Pressemeldungen der EU-Institutionen

Pressemitteilungen aus der Press Releases Database

(Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/about.htm)

IP/97/330, Globale Sicht der Energiepolitik und des energiepolitischen Handelns, 23.4.1997, Brüssel.
IP/06/226, Energie, Umwelt, Wettbewerbsfähigkeit: Die Kommission ruft eine neue hochrangige Gruppe ins Leben, 24.2.2006, Brüssel.
IP/07/29, Kommission legt integriertes Energie- und Klimapaket zur Emissionsminderung im 21. Jahrhundert vor, 10.1.2007, Brüssel.
IP/07/283, Energie und Klimawandel: International renommierte Experten sollen Kommissionspräsident Barroso beraten, 6.3.2007, Brüssel.
IP/07/1750, Europäische Kommission schlägt Plan für schnellere Einführung von Energietechnologien für Zukunft mit wenig Kohlenstoffemissionen vor, 22.11.2007, Brüssel.
IP/08/80, Mehr Wachstum und Beschäftigung durch Klimaschutz, 23.1.2008, Brüssel.
IP/16/4009, Saubere Energie für alle Europäer: Wachstumspotenzial Europas erschließen, 30.11.2016, Brüssel.

Pressemitteilungen des Rates der Europäischen Union

(Abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/register/de/content/int/?lang=de&typ=ADV)

Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2645. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 6811/05 (Presse 42), 7.3.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2647. Tagung des Rates Umwelt, 6693/05 (Presse 40), 10.3.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2658. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 8344/05 (Presse 96), 10.5.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2662. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 9197/05 (Presse 123), 30.5.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2671. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 10285/05 (Presse 156), 27.-28.6.2005, Luxemburg.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2682. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 12800/1/05 REV 1 (de) (Presse 250),11.10.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2684. Tagung des Rates Umwelt, 12953/05 (Presse 255), 17.10.2006, Luxemburg.

Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2694. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 14155/05 (Presse 287), 28.-29.11.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2697. Tagung des Rates Umwelt, 14933/05 (Presse 315), 2.12.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2695. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 14636/1/05 REV 1 (Presse 303), 1./5.12.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2698. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 14763/05 (Presse 311), 6.12.2005, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2703. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 5323/1/06 REV 1 (Presse 7), 23.1.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2708. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 6083/06 (Presse 39), 20.2.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2707. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 6052/06 (Presse 37), 23.2.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2713. Tagung des Rates Umwelt, 6762/06 (Presse 58), 9.3.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2717. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 7009/06 (Presse 67), 14.3.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2716. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 6917/06 (Presse 64), 14.3.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2731. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 9334/06 (Presse 136), 29.-30.5.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2735. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 10042/06 (Presse 167), 8.-9.6.2006, Luxemburg.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2740. Tagung des Rates Umwelt, ST 10876/06 (Presse 192), 27.6.2006, Luxemburg.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2747. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 11554/06 (Presse 215), 24.7.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2751. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 12254/06 (Presse 240), 25.9.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2753. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 13600/06 (Presse 278), 10.10.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2754. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 13496/06 (Presse 268), 12.10.2006, Luxemburg.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2757. Tagung des Rates Umwelt, 13989/06 (Presse 287), 23.10.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2765. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15295/06 (Presse 326), 23.11.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2766. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 15502/06 (Presse 332), 28.11.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2769. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 15717/06 (Presse 337), 4.12.2006, Brüssel.

Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2770. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, 16289/06 (Presse 352), 11.12.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2771. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, 16291/06 (Presse 353), 11.-12.12.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2772. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15900/06 (Presse 343), 11.-12.12.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2773. Tagung des Rates Umwelt, 16164/06 (Presse 349), 18.12.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2774. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 16325/06 (Presse 354), 19.-21.12.2006, Brüssel.
Rat der Europäischen Union (2009): Council Adopts Climate-Energy Legislative Package, 8434/09 (Presse 77), 6.4.2009, Brüssel.

F Reden und Statements

(Abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/search.htm)

Arias Cañete, Miguel (2015): Historic Climate Deal in Paris: Speech by Commissioner Miguel Arias Cañete at the Press Conference on the Results of COP21 Climate Conference in Paris, SPEECH-15-6320, 14.12.2015, Brüssel.
Barroso, José Manuel (2005): Presentation of the Five Year Strategy and 2005 Legislative and Work Programme, European Parliament, Plenary Session, 26.1.2005, Brüssel.
Barroso, José Manuel (2006): Remarks on the Programme of the Austrian Presidency of the European Union, Plenary Session of the European Parliament, SPEECH-06-13, 18.1.2006, Straßburg.
Barroso, José Manuel (2006): Parliaments on the Road to Lisbon (Meeting with National Parliaments), SPEECH-06-53, 1.2.2006, Brüssel.
Barroso, José Manuel (2006): More Europe Where It Matters!, SPEECH-06-168, 15.3.2006, Straßburg.
Barroso, José Manuel (2006): Strengthening a Citizens Europe, 9 May Celebrations, SPEECH-06-283, 8.5.2006, Lissabon.
Barroso, José Manuel (2006): Seeing through the Hallucinations: Britain and Europe in the 21st Century, Hugo Young Lecture, SPEECH-06-602, 16.10.2006, London.
Barroso, José Manuel (2006): A European Strategy for Energy: Closing Speech, Conferência DN, SPEECH-06-649, 30.10.2006, Lissabon.
Barroso, José Manuel (2006): Opening Speech External Energy Conference, SPEECH-06-711, 20.11.2006, Brüssel.
Barroso, José Manuel (2006): Rede im Deutschen Bundestag, SPEECH-06-771, 30.11.2006, Berlin.
Barroso, José Manuel (2006): "The Future of Europe", Joint Parliamentary Meeting Organised by the Finnish Parliament and the European Parliament, SPEECH-06-780, 5.12.2006, Brüssel.

Dimas, Stavros (2005): Commission's Analysis and Proposals for the Lisbon Strategy, Conference by the European Environmental Bureau (EEB) – "The 2005 Summit and Europe's Environment", SPEECH-05-117, 25.2.2005, Luxemburg.
Dimas, Stavros (2005): Meeting the Climate Change Challenge, Brookings Institute, SPEECH-05-239, 18.4.2005, Washington.
Dimas, Stavros (2005): Climate Change: The Urgency of the Problem, Opening debate Green Week, SPEECH-05-309, 31.5.2005, Brüssel.
Dimas, Stavros (2005): The Commission's Initiatives for Shaping Future Policy, Climate Change Conference, SPEECH-05-567, 3.10.2005, Wien.
Dimas, Stavros (2005): Combating Climate Change: Developing a Sustainable Energy Future, Dialogue on Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development, SPEECH-05-659, 1.11.2005, London.
Dimas, Stavros (2006): Eco- Innovation: Three Challenges for European Business, European Business Summit, SPEECH-06-175, 16.3.2006, Brüssel.
Dimas, Stavros (2006): Political Priorities in Environment Policy 2007, Speech for the Environment Committee at the European Parliament, SPEECH-06-393, 20.6.2006, Brüssel.
Dimas, Stavros (2006): Review of the 6th Environmental Action Programme, Environment Council – Informal meeting, SPEECH-06-461, 15.7.2006, Turku.
Dimas, Stavros (2006): General Assembly of the Technology Platform on Zero Emission Fossil Fuel Power Plants, SPEECH-06-492, 12.9.2006, Brüssel.
Dimas, Stavros (2006): A Pan-European Energy Policy for the Internal Market or Markets to Promote Development, Public Hearing/ European Parliament, SPEECH-06-666, 8.11.2006, Straßburg.
Hübner, Danuta (2006): "A Positive Agenda for the Future of Europe", Ceremonial Act of the Anniversary of First Polish Constitution, SPEECH-06-272, 3.5.2006, Stuttgart.
Kroes, Neelie (2006): The Need for a Renewed European Energy Policy, OFGEM Seminar on Powering the Energy Debate: Europe – Competition and Regulation, SPEECH-06-541, 28.9.2006, London.
Kroes, Neelie (2006): A New Energy Policy for a New Era, Conference on European Energy Strategy – the Geopolitical Challenges, SPEECH-06-648, 30.10.2006, Lissabon.
Mandelson, Peter (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy, Conference on Strategic Energy Policy, SPEECH-06-718, 21.11.2006, Brüssel.
McCreevy, Charlie (2006): A Stronger Europe for a More Secure Future, Association of European Journalists, SPEECH-06-802, 15.12.2006, Dublin.
Michel, Louis (2006): „Europa ohne Plan?", Les Mardis d'EUR-IFRI, SPEECH-06-255, 25.4.2006, Brüssel.
Piebalgs, Andris (2005): Towards Zero Emission Power Plants, European CO_2 Capture and Storage Conference, SPEECH-05-221, 13.4.2005, Brüssel.
Piebalgs, Andris (2005): Konferenz FAZ-Institut – Europäische Energieversorgung im Zeichen der Globalisierung, SPEECH-05-501, 13.9.2005, Köln.
Piebalgs, Andris (2005): Roadmaps for the Transition to a Secure and Sustainable Energy Future, Dialogue on Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development, SPEECH-05-671, 1.11.2005, London.
Piebalgs, Andris (2005): The External Dimension of the European Union's Energy Policy, 16th Meeting of the Energy Charter Conference, SPEECH-05-776, 9.12.2005, Brüssel.
Piebalgs, Andris (2006): The Situation of Internal Markets in Gas and Electricity, Presentation of "Preliminary Findings of the Energy Sector Inquiry", SPEECH-06-94, 16.2.2006, Brüssel.

Piebalgs, Andris (2006): Secure Energy Supplies for the Future, Conference on "Synthetic Fuels", SPEECH-06-150, 7.3.2006, Brüssel.
Piebalgs, Andris (2006): A Common Energy Policy for Europe, EU Energy Policy and Law Conference, SPEECH-06-161, 9.3.2006, Brüssel.
Piebalgs, Andris (2006): A Place for Coal in the EU Energy Mix, Speech at the Conference "Future EU Energy Mix – Will Coal Play an Important Role?", SPEECH-06-328, 29.5.2006, Gliwice.
Piebalgs, Andris (2006): Energy Challenges Facing the EU, Polish Senate Conference on "The Security of Poland's Energy Supplies vs. European Energy Policy", SPEECH-06-330, 30.5.2006, Warschau.
Piebalgs, Andris (2006): Recent EU Developments on Energy Policy, Speech to the International Energy Agency Governing Board Members, SPEECH-06-375, 13.6.2006, Paris.
Piebalgs, Andris (2006): Towards a New European Energy Policy, Public Hearing on Green Paper on a European Energy Policy, SPEECH-06-524, 22.9.2006, Brüssel.
Turmes, Claude (2006), zitiert auf der Website http://www.greencarcongress.com/2006/03/debate_on_europ.html, 21.9.2014 (letzter Zugriff: 23.9.2014).
Reuel, Herbert (2013): Staubsauger nur der Anfang – Europäische Kommission plant weitere Schritte zur EU-Ökodiktatur, Pressemeldung, 28.10.2013, abrufbar unter: http://www.herbert-reul.de/index.php?id= 14&tx_ttnews[tt_news]=1758&cHash=e763d059fea8f11129096f423a5196c6, (letzter Zugriff 23.9.2014).

G Websites zu Teilaspekten der energiepolitischen Debatten

Für ein Beispiel suffzienzorientierter Angebote vgl. z. B. die Website http://www.fluglos-gluecklich.de/ mit Informationen zu alternativen, nachhaltigen Reiseangeboten (letzter Zugriff: 29.4.2014).
Für einige „Erfolgsgeschichten" aus verschiedenen Lebensbereichen vgl. das sogenannte „Zukunftsarchiv" auf der Website www.futurzwei.org (letzter Zugriff: 29.4.2014).
Für Transition-Initiativen in Deutschland vgl. http://www.transition-initiativen.de/ (letzter Zugriff: 29.4.2014).
Für zahlreiche praktische Hinweise zum Thema Upcycling vgl. auch die Website utopia.de – Das Portal für Nachhaltigkeit unter: www.utopia.de (letzter Zugriff: 28.4.2014).

H Meldungen der Agence Europe

Agence Europe (1996): Council Guidelines for EU's Future Energy Policy – Mention of Services of General Economic Interest, 16.5.1996.
Agence Europe (1997): For Global Energy Policy – Support Only to Renewable Energies but Also Nuclear Energy, 22.11.1997.
Agence Europe (1998): The Commission Appoints the 31 Members of the New Energy Consultative Committee, Which Will Operational as from March, 12.2.1998.
Agence Europe (2005): By Initiative of Greens, MEPs Recommend Obligatory Target of 23 % Energy Savings by 2020, 24.6.2006.
Agence Europe (2005): In Parliament's View, Objective of 25 % Green Energy as Share of Unions Total Consumption Is Ambitious but 'Feasible', 4.10.2005.
Agence Europe (2005): European Manifesto for Development of Green Hydrogen Economy Is Jointly Singed by the Five Main Political Groups, 14.9.2005.
Agence Europe (2005): EU/Hampton Court: Agreement on Priority Action to Respond to Globalisation – Lukewarm Welcome for Idea of Globalisation Adjustment Fund – General Desire to Reach Agreement in December on Financial Perspectives 2007–2013, 28.10.2005.
Agence Europe (2005): 'Broad Agreement' among Heads of State over Commission's Suggested Priority Areas for Globalisation – Concrete Decisions to Be Made Under Austrian Presidency Next Year – Tony Blair Says Guidelines Decided at Hampton Court Will Make It Much Easier to Strike Agreement on Budget, 28.10.2005.
Agence Europe (2005): A Look behind the News: Energy: Hope for Europe after the London Summit, but…, 4.11.2005.
Agence Europe (2005): A Few Good Reasons to Hope that the EU Is a Move Towards a Common Energy Policy Will Be Definitive (this Time), 8.11.2005.
Agence Europe (2005): Towards Solutions or Compromises on Controversial Aspects of the Mooted EU Energy Policy, 9.11.2005.
Agence Europe (2006): EU/Energy: Moscow Cuts off Gas Supplies to Ukraine, 4.1.2006.
Agence Europe (2006): EU/Energy: Kiev and Moscow Reach Gas Agreement – Despite Limited Impact of Gas Conflict on Union, 5.1.2006.
Agence Europe (2006): A Look behind the News: Scare Following Russia-Ukraine Dispute Should Have Strengthened EU Determination to Put Energy Policy in Place, 6.1.2006.
Agence Europe (2006): Consequences of Russian-Ukrainian Gas Dispute Will Strengthen Parliament Support for Commission and Council's Work Laying Base for Common Energy Policy, 17.1.2006.
Agence Europe (2006): Majority of European Citizens Are in Favour of European Energy Policy, 25.1.2006.
Agence Europe (2006): A Look behind the News: Aims, Ambitions and Limits of the Commission's 'Green Paper' in Energy, 10.3.2006.
Agence Europe (2006): Commission Adopts Its Draft European Energy Strategy Defining Basis for Common Policy, 9.3.2006.
Agence Europe (2006): Giles Chichester Regrets Key Nuclear Role Is Not Highlighted, 10.3.2006.
Agence Europe (2006): Greens Deplore Fact that Green Paper Almost Completely Ignores Transport Sector – Defence of European Energy Culture – Disappointment Expressed by Environmental Associations, 10.3.2006.

Agence Europe (2006): EU/Spring Summit: Mr. Schüssel Hopes to Set 'Ambitious Objectives and Timetables' to Implement Revised Lisbon Strategy – Papers on Energy from Benelux, Poland and Spain, 23.3.2006.
Agence Europe (2006): Common Energy Policy for Europe Takes on Board Most Proposals in Green Paper, 24.3.2006.
Agence Europe (2006): A Look behind the News: Only Time Will Tell Whether the Last Summit Was a Success, 27.3.2006.
Agence Europe (2006): EU/Spring Summit/Energy: Twenty-Five Express Satisfaction after Guidelines for Common Energy Policy Are Adopted, 27.3.2006.
Agence Europe (2006): EU/Spring Summit: Schüssel and Barroso Welcome Launch of European Energy Policy, 27.3.2006.
Agence Europe (2007): Political Energy Plan for Europe Proposed by Commission Aims to Make Union Low Carbon Economy, 11.1.2007.
Agence Europe (2007): European Parliament, except Greens, Welcome Commission Package on Energy and Climate, 12.1.2007.
Agence Europe (2007): Industry Gives Warm Welcome to 'Energy Package', 12.1.2007.
Agence Europe (2007): Environmental NGOs Criticise Commission Lack of Vision, 12.1.2007.
Agence Europe (2007): Preliminary Reflection on European Commissions 'Energy Package' and on the Reactions It Triggers, 17.1.2007.
Agence Europe (2007): Nature of Objectives Proposed by Commission under Renewable Energy Heading Divides Twenty-Seven, 10.2.2007.
Agence Europe (2007): Ministers Reach Compromise Delaying Decision on Unbundling until Later Date – Support for Binding Target for Biofuels but Target for Renewables as a Whole Can Remain Indicative, 16.2.2007.
Agence Europe (2007): Council Supports Commission's Post-2012 Objectives but Wants Guarantees on Fairness in Key for Effort Sharing by Members States, 21.2.2007.
Agence Europe (2007): Spring Summit May Choose to Make Targets on Renewables Binding, 22.2.2007.
Agence Europe (2007): Copenhagen Urges EU to Take the World Lead in Reducing CO2 Emissions and Wants Binding Commitment on Developing Renewables in the Union, 2.3.2007.
Agence Europe (2007): European Council Will Have Last Word on Whether Union Commitment on Renewable Energies Must Be Binding or Not, 6.3.2007.
Agence Europe (2007): NGOs Say Energy Efficiency, Binding Renewable Targets and Lower Emissions Are Crucial to Combat Climate Change, 7.3.2007.
Agence Europe (2007): EU27 Agree Binding Targets for Both Greenhouse Gas Emissions and Renewable Energy by 2020 – Victory for Credibility, 10.3.2007.
Agence Europe (2007): EU27 Adopt Three-Year Action Plan for Energy and Agree on 20 % Binding Target for Renewable, 10.3.2007.
Agence Europe (2007): A Look behind the News: Some Reasons to Confidently Welcome European Council's Approval of Energy and Climate Programme, 13.3.2007.
Agence Europe (2007): Claude Turmes Says Europe's Commitment to Reducing CO2 Emissions by 20 % Is Not Enough to Convince China and India to Shift, 15.3.2007.
Agence Europe (2007): Commission Adopts Its Third Legislative Package for Internal Market – Long Debate on Unbundling Takes Shape, 20.9.2007.
Agence Europe (2008): Greenpeace Calls on Czech Presidency to Make Climate Protection a Priority in the Same Way as Energy Security, 9.1.2008.

Agence Europe (2008): Debate on Sharing Greenhouse Gas Emission Reductions Intensifies with Approach of Commission Proposal, 17.1.2008.
Agence Europe (2008): Directive Will Implement Objectives on Renewable Energy Set by European Council in 2007 by 2020, 18.1.2008.
Agence Europe (2008): Commission Unveils Climate/Energy Package in Five Legislative Proposals to Engage Europe on Road to Low Carbon Economy, 24.1.2008.
Agence Europe (2008): Positive Response to Energy-Climate Package Contrasts with Previous Concern and Lobbying- Indication of Balance, 25.1.2008.
Agence Europe (2008): Jose Manuel Barroso and Charlie McCreevy Defend EU Energy and Climate Package, 29.1.2008.
Agence Europe (2008): Council Calls for Balance between Needs of Combating Climate Change and Those of Industry Competitiveness in Climate-Energy Package, 25.2.2008.
Agence Europe (2008): Appeal to Explain Guarantees of Origin Trade Mechanisms and Strict Sustainability Criteria for Biofuels, 29.2.2008.
Agence Europe (2008): Green Energies and Climate Change, New Bank Priorities, 29.2.2008.
Agence Europe (2008): Member States Support Structure and Ambition of Climate/Energy Package – All Want Political Agreement by End 2008/Beginning 2009 at the Latest, 4.3.2008.
Agence Europe (2008): Summit of Reassurance for Europeans, 9.10.2008.
Agence Europe (2008): Conflicting Expectations of Environmentalists and European Industry on Energy-Climate Package, 14.10.2008.
Agence Europe (2008): Reaffirm Collective Commitments on Financial Crisis Dossier and Climate/Energy Package, 14.10.2008.
Agence Europe (2008): Financial Crisis Must Not Be an Excuse for Watering down Climate Change Measures, Liberals Say, 16.10.2008.
Agence Europe (2008): Gordon Brown Backs Energy Package, 16.10.2008.
Agence Europe (2008): Pöttering Calls for Coordinated Response to Financial Crisis – EP Wants Agreement on Energy-Climate Package and Roadmap on Lisbon Treaty before End of the Year, 16.10.2008.
Agence Europe (2008): Trilogue Makes Start on ETS Directive and Effort Sharing in Non-ETS Sectors – Vote on Package 4 December, 7.11.2008.
Agence Europe (2008): Some Progress in Climate Package Trilogue – Presidency Gesture Towards Poland with Three-Year Exemption from Paid Quotas for Some Power Plants, 21.11.2008.
Agence Europe (2008): Borloo and Piebalgs Confirm Possible Agreement on 'Climate/Energy' Package before End of Week, 9.12.2008.
Agence Europe (2008): Flexibility and Solidarity to Be Recipe for Success Nicolas Sarkozy and José Manuel Barroso Want on Energy/Climate Package, 10.12.2008.
Agence Europe (2008): Appeal by Outgoing Presidency and Commission on Behalf Climate/Energy Package on Eve of Parliament Vote – Move Towards First Reading Agreement, 17.12.2008.

I Zeitungsartikel (Print- und Onlineausgaben)

(Artikel des EUObservers sind abrufbar unter: https://euobserver.com)

Dehmer, Dagmar (2007): Die Klimakanzlerin, in: Der Tagesspiegel, 25.9.2007, abrufbar unter: http://www.tagesspiegel.de/politik/die-klimakanzlerin/1051226.html (letzter Zugriff: 9.12.2014).

Etscheit, Georg (2012): Aufklärung 2.0, in: Die Zeit, 11.12.2012, abrufbar unter: http://www.zeit.de/2012/49/ Wachstumskritiker-Oekonom-Niko-Paech (letzter Zugriff: 29.4.2014).

EurActiv (2005): Sozialgipfel wird Globalisierungsgipfel, 12.10.2005, abrufbar unter: https://www.euractiv.de/section/soziales-europa/news/sozialgipfel-wird-globalisierungsgipfel (letzter Zugriff: 12.8.2017).

EurActiv (2014): UK, Czechs Call for Nuclear-Friendly 2030 Energy Policy, 17.1.2014, abrufbar unter: http://www.euractiv.com/section/energy/news/uk-czechs-call-for-nuclear-friendly-2030-energy-policy (letzter Zugriff: 12.8.2017).

EurActiv (2014): EU Leaders Adopt 'Flexible' Energy and Climate Targets for 2030, 28.10.2014, abrufbar unter: http://www.euractiv.com/section/sustainable-dev/news/eu-leaders-adopt-flexible-energy-and-climate-targets-for-2030 (letzter Zugriff: 12.8.2017).

Goldirova, Renata (2008): Member States Reaffirm Concern over New EU Emission Trading Scheme, in: EUObserver, 19.2.2008.

Goldirova, Renata (2008): EU to Commit to Tight Legislative Deadline for Green Goals, in: EUObserver, 14.3.2008.

Goldirova, Renata (2008): Poland Gears up for Battle over CO2 Emissions, in: EUObserver, 9.10.2008.

Goldirova, Renata (2008): Barroso Reminds Europe of Climate Change Threat, in: EUObserver, 14.10.2008.

Goldirova, Renata (2008): MEPs Likely to Back EU's Climate Package, in: EUObserver, 17.12.2008.

Kafsack, Hendrik (2008): EU-Gipfel: Die ‚Klimakanzlerin' kämpft jetzt für die Industrie, abrufbar unter: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eu-gipfel-die-klimakanzlerin-kaempft-jetzt-fuer-die-industrie-1743503.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Phillips, Leigh (2008): EU Unveils Comprehensive Climate and Energy Package, in: EUObserver, 23.1.2008.

Phillips, Leigh (2008): EU-Backed Carbon Capture and Storage Technology Not Without Critics, in: EUObserver, 25.1.2008.

Phillips, Leigh (2008): Europe's Captains of Industry Say They're Steering a Greener Course, in: EUObserver, 22.2.2008.

Phillips, Leigh (2008): EU Parliament Wades into Carbon Capture Battlefield, in: EUObserver, 7.5.2008.

Phillips, Leigh (2008): Industry Gains Slight Reprieve on 'Green Super Tuesday', in: EUObserver, 8.10.2008.

Phillips, Leigh (2008): MEPs Back Subsidies for 'Clean' Coal, in: EUObserver, 8.10.2008.

Phillips, Leigh (2008): Climate Package Must Now Be 'Cost-Effective', in: EUObserver, 16.10.2008.

Phillips, Leigh (2008): Poland Looks to Climate 'Present' from Sarkozy, in: EUObserver, 25.11.2008.

Phillips, Leigh (2008): Metal Unions Side with Bosses to Battle EU Climate Package, in: EUobserver, 2.12.2008.
Phillips, Leigh (2008): Deal on Climate Package Left to EU Leaders, in: EUObserver, 5.12.2008.
Phillips, Leigh (2008): Greens Hail EU Deal on Renewable Energy, in: EUObserver, 9.12.2008.
Phillips, Leigh (2008): Climate Deal Slammed as a 'Mirage', in: EUObserver, 12.12.2008.
Phillips, Leigh (2008): Parliament Negotiators Sign off on Climate Deal, in: EUObserver, 15.12.2008.
Phillips, Leigh/Goldirova, Renata (2008): Emissions Permit Auctioning Key Concern of Eastern Europe, in: EUObserver, 4.3.2008.
Runner, Philippa (2008): Poland Keen to Block EU's CO2 Auction Scheme, in: EUObserver, 7.8.2008.
Supp, Barbara (2012): Wir! Wollen!! Weniger!!!, in: Der Spiegel Nr. 33, 13.8.2012, S. 52-54.

Anhang

A1 Ergänzende Erläuterungen zum Textsample t1 (Analyseschritt I)

Textauswahl – Rat der Europäischen Union (Ministerrat):

Es wurden alle Pressemeldungen des Ministerrates (abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/register/de/content/int/?lang=de&typ=ADV, letzter Zugriff: 11.8.2014) der Jahre 2005 und 2006 gesichtet, die das Stichwort „Energie" beinhalten. Es wurden jedoch nur die Pressemeldungen letztlich in das Sample t1 aufgenommen, die das Wort „Energie" mehr als einmal nennen. Zudem musste es sich um eine inhaltliche Verwendung des Wortes handeln, also nicht etwa um die Bezeichnung eines Ministers. Es wurden so insgesamt 33 Pressemeldungen in das Sample t1 aufgenommen:

- 2 Mitteilungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten/Außenbeziehungen
- 4 Mitteilungen des Rates Landwirtschaft
- 7 Mitteilungen des Rates Umwelt
- 7 Mitteilungen des Rates Verkehr, Telekommunikation, Energie
- 7 Mitteilungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit
- 6 Mitteilungen des Rates Wirtschaft und Finanzen

Zu den Tagungen des Rates Justiz/Inneres, Beschäftigung sowie Jugend/Kultur wurden keine den Kriterien entsprechende Pressemeldungen veröffentlicht.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018
K. Kurze, *Die Etablierung der Energiepolitik für Europa*, Theorie und Praxis der Diskursforschung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21628-3

Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen

- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2770. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, 16289/06 (Presse 352), 11.12.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2771. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, 16291/06 (Presse 353), 11.-12.12.2006, Brüssel.

Landwirtschaft

- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2662. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 9197/05 (Presse 123), 30.5.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2703. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 5323/1/06 REV 1 (Presse 7), 23.1.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2708. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 6083/06 (Presse 39), 20.2.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2774. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 16325/06 (Presse 354), 19.-21.12.2006, Brüssel.

Umwelt

- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2647. Tagung des Rates Umwelt, 6693/05 (Presse 40), 10.3.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2684. Tagung des Rates Umwelt, 12953/05 (Presse 255), 17.10.2006, Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2697. Tagung des Rates Umwelt, 14933/05 (Presse 315), 2.12.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2713. Tagung des Rates Umwelt, 6762/06 (Presse 58), 9.3.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2740. Tagung des Rates Umwelt, ST 10876/06 (Presse 192), 27.6.2006, Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2757. Tagung des Rates Umwelt, 13989/06 (Presse 287), 23.10.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2773. Tagung des Rates Umwelt, 16164/06 (Presse 349), 18.12.2006, Brüssel.

Verkehr, Telekommunikation und Energie

- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2671. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 10285/05 (Presse 156), 27.-28.6.2005, Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2695. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 14636/1/05 REV 1 (Presse 303), 1./5.12.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2717. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 7009/06 (Presse 67), 14.3.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2735. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 10042/06 (Presse 167), 8.-9.6.2006, Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2754. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 13496/06 (Presse 268), 12.10.2006, Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2765. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15295/06 (Presse 326), 23.11.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2772. Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie, 15900/06 (Presse 343), 11.-12.12.2006, Brüssel.

Wettbewerbsfähigkeit

- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2645. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 6811/05 (Presse 42), 7.3.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2658. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 8344/05 (Presse 96), 10.5.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2694. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 14155/05 (Presse 287), 28.-29.11.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2731. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 9334/06 (Presse 136), 29.-30.5.2006, Brüssel.

- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2747. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 11554/06 (Presse 215), 24.7.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2751. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 12254/06 (Presse 240), 25.9.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2769. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung), 15717/06 (Presse 337), 4.12.2006, Brüssel.

Wirtschaft und Finanzen

- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2682. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 12800/1/05 REV 1 (de) (Presse 250),11.10.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2005): Mitteilung an die Presse, 2698. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 14763/05 (Presse 311), 6.12.2005, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2707. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 6052/06 (Presse 37), 23.2.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2716. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 6917/06 (Presse 64), 14.3.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2753. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 13600/06 (Presse 278), 10.10.2006, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2006): Mitteilung an die Presse, 2766. Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen, 15502/06 (Presse 332), 28.11.2006, Brüssel.

Textauswahl – Europäisches Parlament:

Das Europäische Parlament veröffentlicht unterschiedliche Dokumente, darunter Berichte und Entschließungsanträge, die nach Abstimmung als angenommene Texte veröffentlicht werden. Relevant für die Erfassung von divergierenden Positionen innerhalb des Parlaments sind jedoch die ausführlichen Sitzungsberichte der Plenardebatten, in denen die Wortmeldungen der MdEPs festgehalten werden. Diese ausführlichen Sitzungsberichte sind somit besonders geeignet um story-lines herauszuarbeiten. Im festgelegten Untersuchungszeitraum 2005 bis 2006 wurden

zahlreiche Debatten zu sehr unterschiedlichen Energiethemen im EP geführt[1850], womit die vielen Verknüpfungen zu anderen Politikfeldern deutlich werden. Hier musste aus forschungspraktischen Gründen eine drastische Selektion stattfinden, die nach folgenden Kriterien erfolgte.

Erstens wurden Debatten ausgewählt, die sich auf politische Ereignisse beziehen, die aufgrund der Vorkenntnisse des Untersuchungsgegenstandes als wichtig für die Etablierung der EPE erachtet wurden. Hierzu gehören die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der informellen Sitzung des Europäischen Rates in Hampton Court vom 26.10.2005, die Aussprache zur Vorbereitung des Europäischen Rates vom 14.6.2006, die Aussprache zum Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission 2007 vom 14.11.2006 und die Aussprache zur Europäischen Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie/Grünbuch der Kommission vom 14.12.2006.

Zweitens wurden folgende Debatten ausgewählt, die sich mit unterschiedlichen Inhalten der Energiepolitik befassen: Aussprache zur Energieeffizienz vom 31.5.2006, Aussprache zur Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union vom 22.3.2006, Aussprache zu alternativen Energieformen vom 7.3.2005, Aussprache zum Klimawandel vom 10.5.2005, Aussprache zum Thema Forschung & Entwicklung vom 13.6.2006 und die Aussprache zu Fusionen im Binnenmarkt vom 15.3.2006.

Zudem stellte sich im Laufe des Auswertungsprozesses heraus, dass im Rahmen der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie sowie der Nachhaltigkeitsstrategie der EU energiepolitische Fragen intensiv diskutiert wurden. Vor dem Hintergrund wurden drittens folgende Plenardebatten aufgenommen: Aussprachen zur Strategie für nachhaltige Entwicklung vom 14.6.2006 sowie zu den Umweltaspekten der nachhaltigen Entwicklung vom 17.1.2006 und die Aussprache zur Lissabon-Strategie vom 5.4.2006. Insgesamt wurden 13 Plenardebatten ausgewählt.

Plenardebatten

- Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Alternative Energieformen, P6_CRE(2005)03-07 (13), 7.3.2005, Straßburg.

1850 Die Suche nach Energiedebatten erfolgte über die Datenbank des Europäischen Parlaments: http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debates.html#sidesForm. Unter dem Stichwort Energie* im Titel der Plenartagung wurden 28 Treffer erzielt und bei der Suche im gesamten Text des Sitzungsberichts 460 Treffer. Alle Dokumente des EP sind auch abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/RegistreWeb/search/simpleSearchHome.htm?language=DE (letzter Zugriff: 5.8.2017).

- Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Klimawandel, P6_CRE(2005)05-10 (22), 10.5.2005, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2005): Plenardebatte, Vorbereitung der nächsten informellen Sitzung des Europäischen Rates, P6_CRE(2005)10-26 (17), 26.10.2005, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Umweltaspekte der nachhaltigen Entwicklung, P6_CRE(2006)01-17 (18), 17.1.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Fusionen im Binnenmarkt, P6_CRE(2006)03-15 (11), 15.3.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union, P6_CRE(2006)03-22 (12), 22.3.2006, Brüssel.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Ergebnisse des Europäischen Rates – Lissabon-Strategie, P6_CRE(2006)04-05 (4), 5.4.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Energieeffizienz – Grünbuch, P6_CRE(2006)05-31 (21), 31.5.2006, Brüssel.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Siebtes Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) – Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich Kernenergie (2007–2011), P6_CRE(2006)06-13 (6), 13.6.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäischer Rat (Brüssel, 15./16. Juni 2006), P6_CRE(2006)06-14 (2), 14.6.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Strategie für nachhaltige Entwicklung, P6_CRE(2006)06-14 (8), 14.6.2006.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Gesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Kommission 2007, P6_CRE(2006)11-14 (15), 14.11.2006, Straßburg.
- Europäisches Parlament (2006): Plenardebatte, Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie – Grünbuch – Strategie für Biomasse und Biokraftstoffe – Unterstützungsinstrument im Bereich der nuklearen Sicherheit und Sicherung, P6_CRE(2006)12-14 (3), 14.12.2006, Straßburg.

Textauswahl – Europäische Kommission:

In Bezug auf die Europäische Kommission wurde auf Reden der Kommissare zur Energiepolitik im Zeitraum 2005–2006 zurückgegriffen[1851], da angenommen

1851 Die Suche erfolgte über die EU-Webseite RAPID. Seit 21.8.2013 im neuen Design abrufbar unter http://europa.eu/rapid/search.htm (letzter Zugriff: 11.8.2014).

wird, dass die Kommissare (z. B. für Umwelt, Wettbewerb oder Energie) potenziell unterschiedliche Verknüpfungen und Schwerpunktsetzungen herstellen. Reden lassen dem Sprecher zudem auch mehr Artikulationsfreiheiten, als dies in offiziellen Dokumenten der Fall ist, sodass hier die narrativen Strukturen auch stärker zum Vorschein kommen (können). Von den 69 Reden zu Energiethemen wurden 37 Reden von acht Kommissaren in das Sample t1 aufgenommen. Es handelt sich dabei v. a. um programmatische Reden, in denen es also nicht um spezifische energiepolitische Maßnahmen oder Kooperationsabkommen mit Drittstaaten geht, sondern Energiefragen grundsätzlicher thematisiert werden.

Reden der Kommissare

- Barroso, José Manuel (2005): Presentation of the Five Year Strategy and 2005 Legislative and Work Programme, European Parliament, Plenary Session, 26.1.2005, Brüssel.
- Barroso, José Manuel (2006): Remarks on the Programme of the Austrian Presidency of the European Union, Plenary Session of the European Parliament, SPEECH-06-13, 18.1.2006, Straßburg.
- Barroso, José Manuel (2006): Parliaments on the Road to Lisbon (Meeting with National Parliaments), SPEECH-06-53, 1.2.2006, Brüssel.
- Barroso, José Manuel (2006): More Europe Where It Matters!, SPEECH-06-168, 15.3.2006, Straßburg.
- Barroso, José Manuel (2006): Strengthening a Citizens Europe, 9 May Celebrations, SPEECH-06-283, 8.5.2006, Lissabon.
- Barroso, José Manuel (2006): Seeing through the Hallucinations: Britain and Europe in the 21st century, Hugo Young Lecture, SPEECH-06-602, 16.10.2006, London.
- Barroso, José Manuel (2006): A European Strategy for Energy: Closing Speech, Conferência DN, SPEECH-06-649, 30.10.2006, Lissabon.
- Barroso, José Manuel (2006): Rede im Deutschen Bundestag, SPEECH-06-771, 30.11.2006, Berlin.
- Barroso, José Manuel (2006): "The Future of Europe", Joint Parliamentary Meeting Organised by the Finnish Parliament and the European Parliament, SPEECH-06-780, 5.12.2006, Brüssel.
- Dimas, Stavros (2005): Commission's Analysis and Proposals for the Lisbon Strategy, Conference by the European Environmental Bureau (EEB) – "The 2005 Summit and Europe's Environment", SPEECH-05-117, 25.2.2005, Luxemburg.
- Dimas, Stavros (2005): Meeting the Climate Change Challenge, Brookings Institute, SPEECH-05-239, 18.4.2005, Washington.

- Dimas, Stavros (2005): Climate Change: The Urgency of the Problem, Opening debate Green Week, SPEECH-05-309, 31.5.2005, Brüssel.
- Dimas, Stavros (2005): The Commission's Initiatives for Shaping Future Policy, Climate Change Conference, SPEECH-05-567, 3.10.2005, Wien.
- Dimas, Stavros (2005): Combating Climate Change: Developing a Sustainable Energy Future, Dialogue on Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development, SPEECH-05-659, 1.11.2005, London.
- Dimas, Stavros (2006): Eco- Innovation: Three Challenges for European Business, European Business Summit, SPEECH-06-175, 16.3.2006, Brüssel.
- Dimas, Stavros (2006): Political Priorities in Environment Policy 2007, Speech for the Environment Committee at the European Parliament, SPEECH-06-393, 20.6.2006, Brüssel.
- Dimas, Stavros (2006): Review of the 6th Environmental Action Programme, Environment Council – Informal meeting, SPEECH-06-461, 15.7.2006, Turku.
- Dimas, Stavros (2006): General Assembly of the Technology Platform on Zero Emission Fossil Fuel Power Plants, SPEECH-06-492, 12.9.2006, Brüssel.
- Dimas, Stavros (2006): A Pan-European Energy Policy for the Internal Market or Markets to Promote Development, Public Hearing/ European Parliament, SPEECH-06-666, 8.11.2006, Straßburg.
- Hübner, Danuta (2006): "A Positive Agenda for the Future of Europe", Ceremonial Act of the Anniversary of First Polish Constitution, SPEECH-06-272, 3.5.2006, Stuttgart.
- Kroes, Neelie (2006): The Need for a Renewed European Energy Policy, OFGEM Seminar on Powering the Energy Debate: Europe – Competition and Regulation, SPEECH-06-541, 28.9.2006, London.
- Kroes, Neelie (2006): A New Energy Policy for a New Era, Conference on European Energy Strategy – the Geopolitical Challenges, SPEECH-06-648, 30.10.2006, Lissabon.
- Mandelson, Peter (2006): Trade Policy and Stable, Secure and Sustainable Energy, Conference on Strategic Energy Policy, SPEECH-06-718, 21.11.2006, Brüssel.
- McCreevy, Charlie (2006): A Stronger Europe for a More Secure Future, Association of European Journalists, SPEECH-06-802, 15.12.2006, Dublin.
- Michel, Louis (2006): „Europa ohne Plan?", Les Mardis d'EUR-IFRI, SPEECH-06-255, 25.4.2006, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2005): Towards Zero Emission Power Plants, European CO2 Capture and Storage Conference, SPEECH-05-221, 13.4.2005, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2005): Konferenz FAZ-Institut – Europäische Energieversorgung im Zeichen der Globalisierung, SPEECH-05-501, 13.9.2005, Köln.

- Piebalgs, Andris (2005): Roadmaps for the Transition to a Secure and Sustainable Energy Future, Dialogue on Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development, SPEECH-05-671, 1.11.2005, London.
- Piebalgs, Andris (2005): The External Dimension of the European Union's Energy Policy, 16th Meeting of the Energy Charter Conference, SPEECH-05-776, 9.12.2005, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2006): The Situation of Internal Markets in Gas and Electricity, Presentation of "Preliminary Findings of the Energy Sector Inquiry", SPEECH-06-94, 16.2.2006, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2006): Secure Energy Supplies for the Future, Conference on "Synthetic Fuels", SPEECH-06-150, 7.3.2006, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2006): A Common Energy Policy for Europe, EU Energy Policy and Law Conference, SPEECH-06-161, 9.3.2006, Brüssel.
- Piebalgs, Andris (2006): A Place for coal in the EU Energy Mix, Speech at the Conference "Future EU Energy Mix – will coal play an important role?", SPEECH-06-328, 29.5.2006, Gliwice.
- Piebalgs, Andris (2006): Energy challenges Facing the EU, Polish Senate Conference on "The Security of Poland's Energy Supplies vs. European Energy Policy", SPEECH-06-330, 30.5.2006, Warschau.
- Piebalgs, Andris (2006): Recent EU Developments on Energy Policy, Speech to the International Energy Agency Governing Board Members, SPEECH-06-375, 13.6.2006, Paris.
- Piebalgs, Andris (2006): Towards a New European Energy Policy, Public Hearing on Green Paper on a European Energy Policy, SPEECH-06-524, 22.9.2006, Brüssel.

A2 Ergänzende Erläuterungen zum Textsample t2 (Analyseschritt II)

Alle im Rahmen des Konsultationsverfahrens veröffentlichten Stellungnahmen zum Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/energy/strategies/consultations/2006_09_24_gp_ energy_en.htm (letzter Zugriff: 11.8.2014). Die Kommission gruppiert diese Beiträge wie folgt: „Private Citizens“ (hier sind allerdings nur drei individuelle Stellungnahmen von Bürgern einsehbar), „Industry/Private Sector“, „Non-governmental Organisations (NGOs)“ und „Member States/Institutions“.[1852] Es wurden für die Stakeholder-Analyse 15 Beiträge aus der Gruppe „Industrie“, insbesondere Stellungnahmen europäischer Industrieverbände und der Energiewirtschaft, sowie 14 Beiträge aus der Gruppe der NGOs bzw. der organisierten Zivilgesellschaft ausgewählt. Dieser Begriff wird hier als Sammelbegriff bevorzugt verwendet, da neben Stellungnahmen von NGOs auch Positionspapiere von verschiedenen Verbänden, Parteien und Bürgerinitiativen in das Sample t2 aufgenommen wurden. Um ein möglichst breites Spektrum an Positionen zu erfassen, habe ich zusätzlich Positionspapiere von Umwelt-NGOs und aus der erneuerbaren Energien-Branche hinzugefügt, da diese nicht in den von der Kommission veröffentlichten Stellungnahmen vorlagen. Die Stellungnahme der Umweltorganisationen zum Grünbuch ist abrufbar unter: http://www.greenpeace.org/eu-unit/Global/eu-unit/reports-briefings/2007/5/ joint-ngo-letter-on-energy-gre.pdf (letzter Zugriff: 11.8.2014). Die Stellungnahme des European Renewable Energy Council (EREC) ist abrufbar unter: http://www.erec.org/fileadmin/erec_docs/ Documents/Press_Releases/greenpaper_080306.pdf, (letzter Zugriff: 11.8.2014).

Organisierte Zivilgesellschaft

- Architects’ Council of Europe (ACE) (2006): ACE Statement – Green Paper on a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, 20.9.2006, o. O.
- Climate Action Network Europe et al. (2006): Commission Green Paper on an Integrated Energy Policy for Europe, 27.2.2006, Brüssel.
- Club Espanol de la Energía (2006): The Green Paper on Energy Policy for the EU, Brüssel.

1852 Vgl. Europäische Kommission (2006): Summary Report on the Analysis of the Debate on the Green Paper “A European Strategy for Sustainable”, S. 41-45.

- Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe (CRPM) (2006): CPMR's Response to the Green Paper on 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Opinion of the Political Bureau, 5.5.2006, Gozo/Malta.
- Die Grünen Kärnten (2006): Stellungnahme zum Online-Konsultationsverfahren ‚The Green Paper Energy', o. O.
- Erste Folgenabschätzung/Pilotprojekt (EFA) (2006): Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie": Bericht der Arbeitsgruppe (Federführung: Deutscher Industrie- und Handelskammertag), o. O.
- European Association for mountain areas (Euromontana) (2006): Euromontana Response to the Green Paper on 'European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Brüssel.
- European Federation of Public Service Unions (EPSU) (2006): EU Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, COM (2006) 105 final 8 March 2006, EPSU Position, Draft, 27.9.2006, o. O.
- Forbrukerradet/Norwegian Consumer Council (NCC) (2006): Response to the European Commission's Green Paper on a Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, o. O.
- Global Witness (2006): Stellungnahme ohne Titel, 22.6.2006, London.
- Greenpeace (2006): Briefing: A 'Greener Paper' on Energy: New Vision for a Truly Sustainable, Competitive and Secure Energy Future, 3.3.2006, Brüssel.
- Group of European Municipalities with Nuclear Facilities (GMF) (2006): GMF Considerations on the Green Paper, 22.5.2006, Reus.
- Highlands and Islands Enterprise (HIE) (2006): Response to EU Green Paper on Energy, 5.9.2006, Inverness.
- Mouvement Européen France/Ille-et-Vilaine (2006): Prise de position du Mouvement européen-France, Section Ille et Vilaine, sur la Politique européenne de l'Énergie, 13.6.2006, Rennes.
- The British Psychological Society (2006): EU Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy' – Response from The British Psychological Society, September 2006, o. O.
- The European Tribune (2006): Open Letter from the European Tribune, o. O.
- The European Tribune (2006): Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy – Contribution to the Public Consultation by the European Tribune, o. O.

Industrie und Energiewirtschaft

- European Aluminium Association (EAA) (2006): European Aluminium Association Comments to the Green Paper for a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Brüssel.
- European Association for Coal and Lignite (EURACOAL) (2006):): Contribution to the Fossil Fuels Forum Working Group on Coal as Well as on the Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Brüssel.
- European Atomic Forum (FORATOM) (2006): FORATOM Response to Energy Green Paper Consultation, o. O.
- European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest (CEEP) (2006): CEEP Position Paper on the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 6.6.2006, o. O.
- European Chemical Industry Council (CEFIC) (2006): Comments on the Green Paper on a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, September 2006, Brüssel.
- European Confederation of Iron and Steel (EUROFER) et al. (2006): Alliance of Energy-Intensive Industries Contribution to the EU Energy Strategic Review, 22.9.2006, Brüssel.
- European Copper Institute (ECI) (2006): Reply to the Green Paper Consultation for Sustainable, Competitive and Secure Energy, o. O.
- European Federation of Local Public Energy Distribution Companies (CEDEC) (2006): Position Paper – Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 12.4.2006, Brüssel.
- European Petroleum Industry Association (EUROPIA) (2006): Stellungnahme ohne Titel, Juni 2006, o. O.
- European Renewable Energy Council (EREC): Green Paper 'A European Strategy for Secure, Competitive and Sustainable Energy for Europe' – EREC Welcomes the Debate, but Sees the Paper as a Missed Opportunity for Outlining a Sustainable EU Energy Supply, News Release, 8.3.2006, Brüssel.
- European Transmission [electricity] System Operators (ETSO) (2006): ETSO Comments on EC: The Green Paper for a European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, 1.9.2006, Brüssel.
- International Federation of Industrial Energy Consumers (IFIEC) (2006): Response to the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', September 2006, Brüssel.
- The Association of European Chambers of Commerce and Industry (EUROCHAMBRES) (2006): Position Paper 2006: Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', Juli 2006, Brüssel.

- The European Union of the Natural Gas Industry (EUROGAS) (2006): EUROGAS Views on the Green Paper 'A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy', 14.7.2006, o. O.
- The International Association of Oil and Gas Producers (OGP) (2006): OGP Response to Green Paper A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy, Juli 2006, Brüssel.
- Union of the Electricity Industry (EURELECTRIC) (2006): EURELECTRIC Comments: European Commission Green Paper on "A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy", Working Group on Energy Policy, 27.6.2006, Brüssel.

A3 Interviewliste

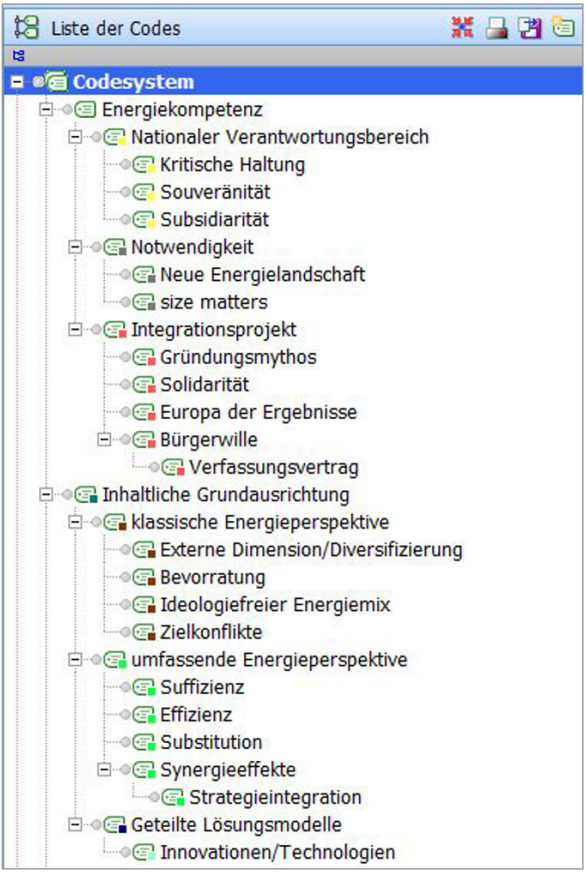
Interview 1 Telefoninterview, Januar 2011	(Ehemalige) Mitarbeiterin im Europäischen Parlament
Interview 2 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter im Europäischen Parlament
Interview 3 Brüssel, April 2011	Mitglied des Europäischen Parlaments
Interview 4 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter der Europäischen Kommission (GD ENER)
Interview 5 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter im Europäischen Parlament
Interview 6 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union
Interview 7 Brüssel, April 2011	Mitarbeiterin im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union
Interview 8 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter bei Greenpeace
Interview 9 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter der Europäischen Kommission (GD ENER)
Interview 10 Brüssel, April 2011	Mitarbeiter der Europäischen Kommission (GD ENER)

Da den Interviewpartnern Vertraulichkeit zugesichert wurde, sind diese nicht persönlich benannt. Auch sind die Transkripte aus diesem Grund nicht im Anhang aufgeführt.

A4 Leitfaden

Übergeordnete Themenfelder	Leitfragen/Erzählaufforderungen	Potenzielle Nachfragen
Eröffnung		
Beginn mit kurzer Darstellung der Arbeit und Überblick der Gesprächsthemen (allgemeine Entwicklungen, Gesetzgebungsprozess Energie- und Klimapaket, aktuelle Situation und Ausblick)	Einstiegsfrage nach persönlichem Bezug des Interviewten zur europäischen Energiepolitik (z. B. Wie lange arbeiten Sie schon im Bereich XY?)	
Allgemeine Entwicklungen		
	Wie lassen sich die Entwicklungen in der europäischen Energiepolitik in den letzten Jahren aus ihrer Sicht beschreiben?	• Wie kam es zu der großen Aufmerksamkeit für die Energiepolitik? • Inwiefern haben bestimmte Themen oder Ereignisse (Gaskrise, Klimawandel) eine besondere Rolle gespielt? • Gab es Veränderungen in den Prioritäten (Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit)?
Gesetzgebungsprozess Energie- und Klimapaket		
	Wie haben Sie die Verhandlungen um das Energie- und Klimapaket im Jahr 2008 erlebt?	• Welche Konfliktlinien gab es? • Was waren strittige Themen? • Was waren entscheidende Momente und Argumente? • Wer hat welche Positionen vertreten? • Gab es da aus Ihrer Sicht typische Koalitionen? • Wie kam es aus Ihrer Sicht zu der schnellen Einigung? (Verhandlungsdynamik, Stichwort „Kopenhagen“, Trilog-Verfahren?)

Aktuelle Situation		
	Wie bewerten Sie die Entwicklungen in der europäischen Energiepolitik seit der Verabschiedung des Pakets?	• Wo sehen Sie Probleme bei der Umsetzung des Pakets?
	Allgemeiner gefragt, gibt es Dinge, die Sie heute anders sehen?	• Fukushima: Neubewertungen der Energiepolitik? • Wirtschafts- und Finanzkrise: Neubewertung der Energiepolitik? • Gibt es jetzt neue, andere Prioritäten? • Welche Themen sind derzeit auf der Agenda?
Ausblick		
	Zum Schluss würde ich noch gerne wissen, wie sich die europäische Energiepolitik Ihrer Meinung nach weiter entwickeln wird?	• Welche Schwerpunkte sollten in Zukunft gesetzt werden? • Was wünschen Sie sich grundsätzlich für die zukünftige Energiepolitik der EU?
Ich bedanke mich ganz herzlich für das Gespräch!		

Dieser Leitfaden diente als Grundorientierung. Zusätzliche Fragen und spezifische Nachfragen wurden ad hoc und situationsabhängig gestellt. Für Hinweise zur Erstellung von Leitfäden, an denen ich mich orientiert habe vgl. Helfferich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, Wiesbaden; Kruse, Jan (2010): Reader: Einführung in die qualitative Interviewforschung, Version Oktober 2010, Freiburg.

A5 Grundlegendes Codesystem (Bildschirmausschnitt aus MAXQDA)